C 21734 D



8. März - Internationaler Frauentag

Arbeiterkampf

Jg. 7 7.3.77
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 1,–

10 000 in Wyhl

Einem Aufruf örtlicher Bürgerinitiativen zur Demonstration an der 'NATO-Rampe' bei Wyhl am 6. März folgten 10.000 Menschen, um noch vor dem für Mitte März erwarteten Gerichtsurteil gegen den geplanten Bau eines Kernkraftwerks zu protestieren. Bei der Kundgebung traten Vertreter der örtlichen BI's sowie ein Vertreter der elsässischen AKW-Gegner auf.

Auch in Wyhl wurde deutlich, wie die Bourgeoisie derzeit massiv die Spaltung der AKW-Gegner betreibt. So mußte vor der Kundgebung zunächst eine Straßensperre im Ort Wyhl von AKW-Befürwortern („KKW-Ja"-Leute aus Wyhl) weggeräumt werden. Bei der Kundgebung selbst fehlte dann die BI Weisweil, deren Vertreter auf ein Abblasen der geplanten Kundgebung gedrängt hatten und die dann – nachdem sie damit gescheitert waren – die Mobilisierung für den 6. März sabotiert hatten. Diese Strömung wollte erst das Urteil abwarten und d a n a c h über Gegen-Aktionen reden. Diese Strömung bildet derzeit aber nur eine Minderheit der örtlichen Bewegung und um so bedeutender muß die Tatsache erscheinen, daß immerhin 10.000 Menschen am 6. März mobilisiert werden konnten.

Für einen Mißklang sorgte, wie zu befürchten, der inzwischen völlig ausgeflippte KBW. Er war in ganz großer Besetzung am Platz erschienen und wollte mit Hilfe von zahlreichen Megaphonen eine „Platzbesetzung" in Gang bringen. Da mußte er allerdings (vergeblich) ganz allein losziehen. Immerhin erreichte der KBW auf diese Weise, daß in der bis dahin ziemlich einheitlich verlaufenden Kundgebung jetzt auch deutlich antikommunistische Töne laut werden konnten.

Das ist unser nächstes Ziel

Grohnde 19.3.

Der Atomkraftwerks-Bauplatz Grohnde, südlich von Hannover, wird das nächste Ziel der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung sein. Am 19. März soll dort eine Demonstration am Bauplatz stattfinden, zu der wieder Zehntausende von AKW-Gegnern aus dem gesamten Bundesgebiet und Westberlin, wie am 19. Februar in der Wilster Marsch und Itzehoe, erwartet werden.

Bereits am 19. Februar hatten 1.500 vorwiegend niedersächsische AKW-Gegner den Bauplatz Grohnde besetzt, waren dann aber vor der massiert anrückenden Polizei gewichen. Damals umgab nur ein Maschendraht das Gelände. Inzwischen ist auch in Grohnde mit dem Ausbau des Bauplatzes zur Festung begonnen worden. Ein hohes Metall-Gitter umgibt jetzt den Bauplatz, das noch von Nato-Draht „gekrönt" wird. Verglichen mit Brokdorf fehlt der Befestigung noch einiges (so sind bisher z.B. noch keine Gräben angelegt worden), aber über die weiteren Absichten des Staatsapparates kann trotzdem kaum ein Zweifel bestehen: Grohnde soll ein zweites Brokdorf werden, und sicher sollen Tausende von Polizisten (plus BGS?) am 19. März die Ausstattung vervollständigen.



Auch die Anti-AKW-Bewegung wird Grohnde zu einem zweiten Brokdorf machen. Zur Vorbereitung der Großkundgebung am Bauplatz hat am 5. März in Kirchohsen (bei Grohnde) ein Treffen stattgefunden, an dem etwa 50 Bürgerinitiativen teilnahmen, darunter die BI's aus dem Weserbergland (die Umgebung von Grohnde), aus allen Teilen Niedersachsens, Vertreter aus Hamburg, Bremen, teilweise auch aus anderen Bundesländern. **Beschlossen wurde einstimmig, daß am 19.3. „am" Bauplatz demonstriert wird, und zwar selbst für den Fall, daß die Kundgebung v e r b o t e n werden sollte!**

Das gewohnte Veitstänzchen führte wieder der KBW auf: Er will, wie schon vor dem 19.2., auf jeden Fall (!!) die Kundgebung in Grohnde anmelden und damit ein Verbot provozieren. Auf die Proteste aller übrigen Kräfte soll dabei, ebensowenig wie vor dem 19.2., keinerlei Rücksicht genommen werden! Eine Sprecherin des KBW verkündete in Kirchohsen ungerührt: „Die Demo muß angemeldet werden, damit wir zeigen, daß wir uns das Recht auf Demonstration nicht nehmen lassen. Der KBW wird die Demo auf jeden (!) Fall anmelden". Die letzten

Fortsetzung auf Seite 2

Der „Fall Traube"

Auf dem Weg zum „Atomstaat"

Am 28.2. veröffentlichte der „Spiegel" Geheimakten des Verfassungsschutz über eine illegale Abhöraktion gegen den Kernphysiker und AKW-Spezialisten Klaus Traube. Der Bericht wirft ein Schlaglicht darauf, in welchem Umfang Schnüffelei und Repression in der BRD heute bereits praktiziert werden: Traube wurde ein Jahr lang intensiv überwacht und ein faktisches Berufsverbot gegen ihn verhängt, obwohl ihm n i c h t s vorgeworfen werden kann. Dem direkt verantwortlichen Bundesinnenminister Maihofer wird nach der „Spiegel"-Veröffentlichung bezeichnenderweise von allen bürgerlichen Parteien „Achtung" bescheinigt. Die Herrschenden sind sich einig: Solche Praktiken sind (noch) gesetzeswidrig und deshalb müssen sie legalisiert werden! Offensichtlich dient die keineswegs zufällige Publikation zu diesem Zeitpunkt der gesetzlichen Absicherung solcher Geheimdienst-Methoden, verbunden mit einer weiteren Aushöhlung demokratischer Grundrechte. Im Zusammenhang mit der Durchsetzung des ehrgeizigen Atomprogramms der Bundesregierung soll die Faschisierung um einen weiteren Riesenschritt vorangetrieben werden.

Traube hat sich „zuschulde" kommen lassen, mit Inge Hornischer persönlich bekannt zu sein, einer fortschrittlichen Frankfurter Rechtsanwältin, die schon zahlreiche linke Angeklagte verteidigt hat, darunter auch Andreas Baader (allerdings vor der „RAF"-Zeit).

Für den Verfassungsschutz und die bürgerliche Presse reicht dies völlig aus, um sie als der „Terroristenszene zugehörig" (Spiegel: *„eine notorisch linke Anwältin"* !!) einzustufen und mit größter Selbstverständlichkeit überwachen zu lassen. Die Tatsache, daß Hans Joachim Klein (angeblich beteiligt an der Aktion gegen die Wiener OPEC-Tagung im Dezember 1975) zeitweise im Hornischer-Büro angestellt war, spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle.

Denn daß linke Anwaltsbüros überwacht werden, gehört zur „normalen" Praxis des Staatsapparates. So stießen die Staatsschützer auf Traubes „Spur", der sich in höchstem Maße „verdächtig" gemacht hatte, weil er mit Frau Hornischer und Hans Joachim Klein im Sommer 1975 in Urlaub gefahren war, und letzterem gar einmal seine Wohnung zur Verfügung gestellt hatte. Da Traubes Mutter auch noch, wie der VS recherchierte, ehemaliges KPD-Mitglied und dann in der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) war, war der Fall klar: *„Es ist jedoch – auch auf Grund seines (Traubes) Herkommens – möglich, daß er bereit ist, politisch-motivierte terroristische Bestrebungen zu unter unterstützen. Hier sind weitere Klärungen erforderlich"* (aus einem Bericht des VS an das Bundesinnenministerium, zitiert nach „Spiegel"). Als Abteilungsleiter der Firma Interatom (Tochterfirma der KWU) wurde Traube als „Sicherheitsrisiko" eingestuft, der den „Terroristen" Zugang zu kerntechnischen Anlagen oder gar zu radioaktivem Material angeblich hätte verschaffen können (dies wird wiederum von der Kernindustrie dementiert. Man bastelt dort offenbar noch an einer befriedigenden Lösung des Widerspruchs in der Propaganda: „Gefahr von Terroristen" einerseits, „hundertprozentige Sicherheit von AKW's" andererseits...).

Da die Telefon- und Postüberwachung Traubes effektiv nichts ergab, stiegen die VS- und BND-Leute mit Billigung des Bundesinnenministeriums nachts in Traubes Wohnung ein und brachten ein Abhörgerät an. Obwohl auch dies keinerlei „Erkenntnisse" brachte, wurde Traube aufgrund einer direkten Absprache zwischen VS und KWU entlassen.

Dies ist die Logik, nach der auch die Gestapo gearbeitet hat...

Bundesregierung und bürgerliche Presse stellen den Fall als „einmalig" dar.

Angesichts der allgemein bekannten Schnüffel-Praxis (z.B. im Öffentlichen Dienst) als einem weit „harmloseren" Bereich als der „Terroristen-

Fortsetzung auf Seite 2

„Mitleid" mit Nazi-Heß?

Jedes Jahr einmal erscheint Heß in der Presse (diesmal sogar in der internationalen, z.B. „The Times"). Diesmal wurde groß herausgestellt, daß Heß am 24.2. angeblich einen Selbstmordversuch verübt hat.

Heß, das ist jener Stellvertreter Hitlers, Nazi-Minister und Alt-Kumpan des „Führers" aus den ersten Faschistentagen. Seit Kriegsende sitzt er – als Hauptmitverantwortlicher am deutschen Faschismus – im Gefängnis in Berlin-Spandau. Seitdem scharen sich Nazi-Freunde um die Gallionsfigur Heß, inzwischen unterstützt von „ehrenwerten" Kirchenfürsten, Bundestagsabgeordneten, Politikern usw. Ihre „Hilfsgemeinschaft für Rudolf Heß" wiederholt ständig die alten Propagandalügen: Eigentlich habe Heß ja nur Frieden gewollt (1941 war er „heimlich" nach England geflogen, um die Westfront klarzumachen, damit der Überfall auf die Sowjetunion losgehen konnte); eigentlich sei die Inhaftierung von Heß „unmenschlich" usw. usf.

Heß habe – so die Story seines Sohnes, der führender Aktivist der „Hilfsgemeinschaft" ist – am 24.3. nach dem Abendessen zum Messer gegriffen, sich in den Arm geschnitten und ist kurz darauf von einem Wärter, der das Geschirr abholen wollte, „entdeckt" worden (gutes Timing!).

Presse, Rundfunk und Fernsehen griffen die „Selbstmord"-Geschichte voll auf: Von der Springerpresse bis zur sozialdemokratischen „Hamburger Morgenpost" – alle brachten die rührseligen Geschichten von dem „leidenden Greis", den „Kosten für den Steuerzahler" und dem barbarischen „Haß der Russen", aufgrund deren Einspruch bislang die Freilassung von Heß verhindert werden konnte.

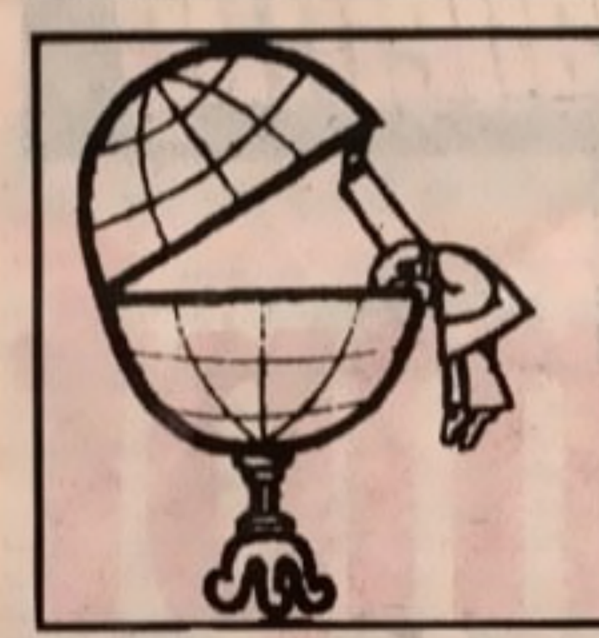
„Mitleid und Menschlichkeit" (so CDU-Reddemann in „Bild am Sonntag" vom 27.2.77) verschwinden allerdings sofort, wenn es um die Gefangenschaft von Linken geht – Karl Heinz Roth, Katharina Hammerschmidt, Siegfried Hausner... die Reihe der Opfer des Justiz- und Polizeiterrors, der von den Heß-Freunden betrieben wird, ist lang.

Die ganze Rührgeschichte, die jetzt um Heß gemacht wird, ist von vorne bis hinten erstunken und erlogen:

Da sitzt ein knallharter Faschist („Ich bereue nichts") für seine unzähligen Verbrechen im Knast. In der Kampagne für Heß werden gerade diese Verbrechen umgedeutet, „vergessen" und weggelogen. Da wird von den großenteils neonazistischen Kräften (man werfe nur einen Blick in die neuesten Ausgaben der „Deutschen Wochenzeitung" und der „National-Zeitung") versucht, mit der Figur Heß alten und neuen Faschismus an den Mann zu bringen.

„Mitleid" für solche Leute, „Mitleid" für den Nazi-Verbrecher Heß? Nicht doch. Wenn ein hartgesottener Nazi nicht mit dem Messer umgehen kann – selbst schuld.

Übrigens: Am 26. April hat Heß Geburtstag. Normalerweise machen da die Heß-Freunde ein Spektakel. Da werden sie ja wohl etwas mehr bringen als einen „mißglückten Selbstmord". Ob Heß erst mal üben wollte? □



Der ‚Fall Traube'

Fortsetzung von Seite 1

szene") ist dies eine geradezu lächerliche Behauptung. Vielmehr dient gerade dieser spezielle Fall und seine gezielte Veröffentlichung dem Vorhaben, bereits gängige Methoden propagandistisch zu rechtfertigen und die entsprechenden „Gesetzeslücken auszufüllen".

Der Fall Traube eignet sich gerade deshalb, weil die angebliche Gefahr von „Atombomben in der Hand von Terroristen" jede Maßnahme, und sei sie noch so undemokratisch, zu rechtfertigen scheint.

Gangstermethoden sollen legalisiert werden

Offensichtlich dient die gesamte jetzt stattfindende Diskussion in der bürgerlichen Öffentlichkeit dem Ziel, den Geheimdiensten die gesetzliche Möglichkeit in die Hand zu geben, das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung brechen zu können. Eine Hausdurchsuchung ist nach geltendem Gesetz nur dann legal, wenn dazu eine richterliche Entscheidung oder aber „Gefahr im Verzug" vorliegt. Sie darf nur von der Polizei, nicht aber von den Geheimdiensten durchgeführt werden. Für eine richterliche Entscheidung bedarf es jedoch (formalrechtlich) irgendwelcher Tatsachen, die eine solche Maßnahme rechtfertigen.

Die gesamten Überwachungsaktionen gegen Traube wurden dagegen erklärtermaßen durchgeführt, weil gegen ihn eben n i c h t s vorlag, und man auf diese Weise an „Erkenntnisse" erst herankommen wollte.

Kurz gesagt: Weil's für eine Hausdurchsuchung (bzw. für eine Anklageerhebung) nicht reicht, werden Post und Telefon überwacht. Weil das nichts bringt, bricht man in die Wohnung ein. Bleibt auch das ergebnislos, müßte man schließlich, um diese Logik fortzuführen, „im Namen der Inneren Sicherheit" auf die bewährte Methode der Folter zurückgreifen, wie Ministerpräsident Albrecht ja schon richtungsweisend ausgeführt hat.

1. Jahrestag der demokratischen arabischen Republik Sahara



Am 27. Februar 1976 hatte die Frente Polisario die Demokratische Arabische Republik Sahara ausgerufen. Das sahaurische Volk hatte damit seinen festen Willen bekundet, sich sein Land, seine Reichtümer und seine Freiheit nicht von den marokkanischen und mauretanischen Invasionstruppen nehmen zu lassen. Die Teilnahme von etwa 300 ausländischen Gästen (Vertreter fortschrittlicher Regierungen, revolutionärer Organisationen, Freundschaftsgruppen und Journalisten aus aller Welt) an den Feierlichkeiten des 1. Jahrestages der jungen kämpfenden Republik ist ein Zeichen für die zunehmende internationale Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes des sahaurischen Volkes, sowie seiner militärischen Erfolge im Volkskrieg gegen die marokkanischen und mauretanischen Marionettentruppen.

Außer Vertretern Lybiens und Algeriens, die die sahaurische Revolution schon seit geraumer Zeit unterstützen, waren Regierungsvertreter aus der VR Vietnam und VR Korea gekommen. Die antiimperialistischen afrikanischen Staaten Madagaskar, Benin, Angola, Mosambik, Guinea-Bissao sowie Ruanda, Togo und Burundi hatten offizielle Vertreter zum Jahrestag der DARS entsandt. Auch aus dem Senegal, dessen offizielle Politik die marokkanische Intervention gutheißt, waren Vertreter der Opposition gekommen. Unter den insgesamt rund 50 politischen Delegationen befanden sich sehr zahlreiche europäische Parteien und Organisationen. Von sozialistischen Parteien (z. B. Belgien) über revisionistische (Frankreich, Spanien...) bis hin zu revolutionären Organisationen (Lotta Continua, Avanguardia Operaia, PdUP/Italien, PT, ORT, MC/Spanien ...). Auch eine Vertreterin des KB war – wie schon zum 3. Kongreß der Frente Polisario im August 76 – eingeladen. Sie hatte in einem mehrtägigem Aufenthalt in den Lagern Gelegenheit, das Leben dort kennenzulernen, mit Vertreterinnen der „Union Sahaurischer Frauen" zu sprechen, außerdem sich mit marokkanischen und mauretanischen Kriegsgefangenen zu unterhalten, sowie Teile des von den Befreiungsstreitkräften erbeuteten Kriegsmaterials zu besichtigen.

Ein ausführlicher Bericht folgt im nächsten ARBEITERKAMPF.

Afrika-Kommission

Merkwürdige Zusammenhänge im Fall Traube

Die Enthüllungen des „SPIEGEL" zu den „Lauschangriffen" auf den Atom-Wissen-
In einer eigens anberaumten „Experten"-Diskussion am 1.3. vor der Bürgerschaft,
das sei. Sie haben keinerlei Exekutivgewalt. Die Einbruch-Aktion des VS bei

Merkwürdige Zusammenhänge im Fall Traube

sowie Teile des von den Befreiungsstreitkräften erbeuteten Kriegsmaterials zu besichtigen.
Ein ausführlicher Bericht folgt im nächsten ARBEITERKAMPF.
Afrika-Kommission

Die Enthüllungen des „SPIEGEL" zu den „Lauschangriffen" auf den Atom-Wissenschaftler Klaus Robert Traube liegen ein ganzes Jahr nach den eigentlichen Ereignissen vom Januar '76. Sie erfolgen zu einer Zeit, in der die Diskussion um eine „Legalisierung" der „nachrichtendienstlichen Tätigkeiten" massiv angeheizt worden ist:

am 19.12 legte eine interfraktionelle „Enquete-Kommission" einen Schlußbericht zu einer geplanten Verfassungsreform vor, an der seit dem 22.2.73 gebastelt wird. Nach eingehender Prüfung der „parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste" kam sie zu der „Empfehlung"; „Die grundgesetzliche Verankerung eines besonderen Ausschusses des Deutschen Bundestages für Angelegenheiten der Nachrichtendienste ist nicht erforderlich. Die Kommission geht dabei davon aus, daß der Vorsitzdes bestehenden Vertrauensmännergremiums von einem Mitglied des Deutschen Bundestages ausgeübt wird." Als Begründung wird u.a. gegeben: „Auch ein parlamentarischer Kontrollausschuß ist weitgehend vom Vertrauen abhängig, weil er im Grunde genommen doch keine wirksamen Mittel zur Durchsetzung seiner Informationsansprüche zur Verfügung hat." - wie wahr! Außerdem befürchtet die Kommission, daß „dieser Ausschuß aus seiner Kontrolltätigkeit politisches Kapital schlagen könnte. Dies ist aber gerade bei Nachrichtendiensten zu vermeiden." Kurze Zeit nach Vorlage des Berichts ließ ausgerechnet die CSU/CDU den MAD und seinen Dienstherren, Kriegsminister Leber, wegen Bespitzelung von streikenden Luftwaffenpiloten auflaufen. Im sog. Verteidigungsausschuß kam zur Sprache, daß der MAD und auch der BND - im Gegensatz zum VS - „lediglich auf der Grundlage von Dienstanweisungen" arbeiten. Die ehem. „Organisation Gehlen" sei allein durch einen Kabinettsbeschluß vom 11. Juli '55 als ‚BND' dem Bundeskanzleramt angegliedert worden. „Die ihm von der Bundesregierung zugewiesenen Befugnisse blieben überwiegend geheim." Eine legale Grundlage für die Tätigkeit des BND und MAD fehle ganz. Folgerichtig:„Nach der Initiative aus dem Verteidigungsausschuß wird sich der Bundestag mit Entwürfen zu Gesetzen über BND und MAD befassen müssen." (FR, 16.2.77)

Zur gleichen Zeit wurde von einem interfraktionellen „Verfassungsausschuß der hamburger Bürgerschaft dieVerabschiedung eines VS-Gesetzes eines „Kontroll-Ausschusses" vor, dem der VS auskunftverpflichtet sein sollte. Von den Befürwortern aus den Reihen der FDP wurde dabei aber zugleich deutlich gemacht, „daß die Enttarnung von Verbindungsleuten auch vor einem auf strengste Geheimhaltung verpfleichteten parlamentarischen Ausschuß nicht in Frage kommen kann. Die Anonymität der Verbindungsleute ist Voraussetzung nachrichtendienstlicher Tätigkeit überhaupt. Es ist deshalb klar, daß einem solchen Verlangen auf Aktenvorlage, das die Enttarnung von V-Leuten zur Folge hätte, vom Senat aus Gründen des Staatswohls nicht stattgegeben werden könnte." (FR, 8.2.77) - d.h. von Kontrolle ist auch hier - wie schon im Enquete-Vorschlag - nicht die Rede!, wohl aber von Legitimierung der VS-Praktiken.

In einer eigens anberaumten „Experten"-Diskussion am 1.3. vor der Bürgerschaft, an der u.a. auch die Chefs der Geheimdienste teilnahmen, wurde die Einrichtung des „Kontrollausschusses" als nicht „verfassungskonform" zerpflückt. Ein Gutachter Friesenhahn meinte, „Verfassungsschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe, sie kann nur in enger Zusammenarbeit von Bund und Ländern erfüllt werden. Grundgesetz und Bundesgesetze sehen jedoch keine parlamentarische Kontrolle vor." u.a.m. Darüberhinaus erhoben auch Personalräte des VS und „Gewerkschafter" der Polizei Bedenken:„Es sei unerträglich, unter einem latenten Mißtrauen zu arbeiten... Der Sprecher der DAG befürchtet einen Abbruch der Kontakte zu anderen Nachrichtendiensten und damit ein Gefahr für die Arbeitsplätze (!!) des Verfassungsschutzes." Die ÖTV-Vertreter forderten, „Politiker sollten sich stärker zur Arbeit des Verfassungsschutzes bekennen" usw.

Im gleichen Sinne hatte noch vor Jahresende der – inzwischen abgelöste – Vorsitzende der Innen-Minister-Konferenz Neubauer in einem Interview der „Rundschau am Abend" eine Propaganda-Offensive angekündigt.

Noch vor der „Spiegel"-Veröffentlichung vom 25.2. hatte die Zeitschrift „Das Parlament" in ihrer Beilage eine Studie des „Sekretärs beim Innenausschuß des Bundestages", Hermann Borgs-Maciejewski, über die rechtliche Grundlage der Geheimdienstarbeit veröffentlicht, auf die auch Augsteins Ausführungen fußen – soweit sie nicht den konkreten Fall beschreiben.

Diese Studie hat zumindest einen „offiziösen" Charakter! Ihr wesentlicher Gedankengang: Im Gegensatz zum VS, der durch das VS-Gesetz vom 27.9.1950 legitimiert sei, fehle für die Tätigkeit des MAD und BND jede verfassungsrechtliche Grundlage. MAD und VS seien zumindest ansatzweise parlamentarisch kontrolliert, der MAD durch den Verteidigungsausschuß, der VS durch den Innenausschuß. Der BND unterliege aber überhaupt keiner Kontrolle. Das von Adenauer 1956 geschaffene „Vertrauensmännergremium" (bestehend aus je 3 Vertretern der im Bundestag vertretenen Fraktionen) sei ein „Rechtsinstitut in der Grauzone". Es könne sich zwar informieren lassen, selbst aber keine Untersuchungen führen. Außerdem komme zur „fehlenden Rechtsgrundlage" noch die „Ahnungslosigkeit" der Mitglieder des Gremiums über die Arbeitsmethoden der Dienste.

Auch die Grundgesetzänderung vom 24.6.68 ermöglicht zwar die Aufhebung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses für den Verfassungsschutz (nicht für BND und MAD), im Fall der „Abwehr einer drohenden Gefahr". Von einem Recht auf Eischränkung der Unverletzlichkeit der Wohnung durch die ist aber weder für VS noch MAD oder BND irgendwo die Rede. Im Gegenteil: seit Auflösung der Nazi-Geheimdienste besteht die von den alliierten Siegermächten verfügte Trennung zwischen den „polizeivollzugs Vollmachten der Polizei" und der Arbeit der Geheimdienste.

Die „rechtliche Grundlage" für die Geheimdienste bedeutet also: der VS, MAD und BND dürfen nur „nachrichtendienstliche" Mittel einsetzen, was immer das sei. Sie haben keinerlei Exekutivgewalt. Die Einbruch-Aktion des VS bei Traube war damit „rundherum illegal". MAD und BND dürfen darüberhinaus nicht einmal – wie der VS – unter voller Deckung der „freiheitlich demokratischen Grundordnung" „lauschen". Die gegenwärtige öffentliche Diskussion um die Geheimdienste, einschließlich der „Spiegel"-Enthüllung läuft darauf hinaus, die bereits lange geübten Praktiken der Geheimdienste offen zu legitimieren, eine „parlamentarische Kontrolle" aber zu gleicher Zeit zu verhindern. „Wenn wir denn für die Innere Sicherheit einen Preis zu zahlen haben, wollen wir den Preis kennen" („Spiegel").

Wessen besondere Interessen der „Spiegel" in der Sache vertritt, bleibt offen."

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Solidarität mit Mehdi Khanbaba-Teherani!

Als einer der „Kontakte" Traubes zur „Terroristenszene" wird das CISNU-Mitglied Mehdi Khanbaba-Teherani genannt, im Verfassungsschutz-Jargon eine *„als gefährlich anzusehende Person"*. Gegen diese von der Presse übernommene Hetze protestierten die Schriftsteller Chotjewitz, Boehlich, Roth und Zwerenz („FR", 2.3.77)

Mehdi Teherani hat seinerzeit Geheimdokumente über die Aktivitäten des persischen Geheimdienst SAVAK mit veröffentlicht und zu dessen Entlarvung beigetragen. Daß er jetzt zur Zielscheibe einer Diffamierungskampagne wird, ist offensichtlich auf das Betreiben der SAVAK zurückzuführen, die mit dem VS bekanntlich bestens zusammenarbeitet.

Unsere „Liberalen"

Die Jungdemokraten haben den Rücktritt Maihofers gefordert, um „die Affaire Traube restlos aufzuklären". Maihofer selbst denkt nach eigenen Angaben gar nicht darn. Wie auch, soligar nicht daran. Wie auch, solidarisieren sich doch alle bürgerlichen Parteien mit ihm. Zur Erinnerung: Der Hamburger Justizsenator Klug (auch FDP) mußte zurücktreten, weil er das Bild eines Nazi-Richters an die Presse gegeben hatte...

Nachrichten von der französischen Anti - AKW - Front

Im Alsace:
Pfaffen und Pastoren im Kampf

Die AKW-Front hat sich seit dem letzten Wochenende im Alsace vergrößert, nachdem der Reaktor in Fessenheim in Gang gesetzt wurde.

In Roggenhouse (Hochrhein) befanden sich AKW-Gegner am 20.2. in ihrem elften Hungerstreiktag.

Sie fordern:

- die vollständige Offenlegung der Verordnungen des „Orsec-Radiations"-Planes
- die Befragung der betroffenen Bevölkerung
- Durchführung von Notstandsübungen
- Benennung einer neutralen Kontrollkommission

Die sieben Hungerstreikenden erhielten innerhalb der letzten Tage sehr viele Solidaritätsbekundungen.

Symbolische Hungerstreiks wurden im Alsace, in Lyon, in Dijon, in der Schweiz und in Westdeutschland durchgeführt.

Platzbesetzung in Gerstheim (Oberrhein)

In Gerstheim nahe bei Straßburg wurde zum dritten Male nacheinander am Wochenende das Baugelände besetzt, auf dem die EDF (Französische Elektrizitätsgesellschaft) einen 80m hohen meteorologischen Turm gebaut hat.

Für die Bewohner der Gegend ist der Turm der Auftakt zum Bau eines zweiten AKW's im Alsace, das zuvor in der Gegend von Fessenheim geplant war ...

Diese beiden Protestveranstaltungen wurden von hunderten elsässischen Pastoren unterstützt, die in einer öffentlichen Erklärung die Behörden in Sachen AKW-Planung wegen einer gewissen Form von „Machtmißbrauch" anklagten.

• • •

In Creys-Malville (Isere):

Eine „widerspenstige" Bürgerinitiativbewegung hat den Kampf aufgenommen.

Die Arbeiten an der Generatoranlage „Super-Phenix" in Creys-Malville wurden am 21. Februar um 4 Uhr morgens von 300 Demonstranten blockiert. Die Arbeiter mußten umkehren und die Betonmaschinen wurden angehalten.

Grohnde 19.3.

Fortsetzung von Seite 1

Sätze gingen in starken „Fischmehl-Fischmehl"-Rufen unter.

Angemessene Konkurrenz hat der KBW in diesem Fall vom rechtslastigen WSL („Weltbund zum Schutz des Lebens") bekommen: **Obwohl sich der überwiegende Teil der Konferenzteilnehmer eindeutig g e g e n eine polizeiliche Anmeldung aussprach,** hat der WSL bereits Absprachen mit der Polizei getroffen. Als Ergebnis wurde bekannt, daß beispielsweise der Sammelpunkt auf der anderen Weser-Seite liegen soll!...

Inzwischen haben verschiedene Frauengruppen dazu aufgerufen, am 19.3. zahlreich in Grohnde zu erscheinen und dort einen kämpferischen Frauenblock gegen AKW'S zu bilden. Dieser Aufruf wird bislang unterstützt von der Bremer HFSS-Frauengruppe, von der Hamburger „Fraueninitiative gegen AKW's" und der Aktionseinheit Hamburger Frauengruppen, sowie von Frauen der Hannoveraner Ökologie-Frauengruppe, aus der Gruppe ‚Frauenpolitik' Münster, von Frauen aus der Ökologiegruppe des Essener Frauenzentrums und von Frauen aus Nürnberger Frauengruppen.

Informationen zum Frauenblock können über den Verkehrs- und Informationsausschuß (Tel. 0511/71 13 35) eingeholt werden. Dort sollten sich auch Frauengruppen, die diesen Aufruf unterstützen, melden und auch selber öffentlich zur Teilnahme an der Grohnder Demonstration aufrufen!

Der 19.3. muß nach dem 19.2. zu einem weiteren Erfolg der Anti-AKW-Bewegung werden, wobei nicht nur das Spektrum Brokdorf-Itzehoe wieder mobilisiert werden sollte, sondern vor allem auch jene AKW-Gegner, die am 19.2. sich nicht entscheiden mochten oder die aus irgendwelchen sonstigen Gründen zuhause geblieben sind.

Grohnde ist eine Reise wert! Damit der Bauplatz wieder zur Wiese wird! Kein AKW in Brokdorf, Wyhl, Grohnde und anderswo! Das Atom-Programm der Bundesregierung kann man nicht ändern, man muß es zerschlagen!





Bauplatzbeschreibung: Das Bauplatzgelände liegt an der B 83 auf halber Strecke zwischen Grohnde und Kirchohsen. Das Gelände selbst liegt direkt an der B 83 und ist ca. 200 m lang und 450 m tief. Auf dem Gelände befinden sich 6 - 8 große, sowie etliche kleine Flutlichtmasten, mehrere Baukräne und der Montagemast „Derrick", der eine Höhe von 130 m erhalten soll; im Augenblick ist er ca. 70 m hoch. Die Spannseile, durch die der Mast aufrechterhalten wird, sind in allen vier Himmelsrichtungen ca. 300 Meter außerhalb des Geländes befestigt. Um die Verankerungsstelle der Spannseile des Montageturms wurde inzwischen ein ca. 3 m hoher Maschendrahtzaun in einem Radius von 10 m errichtet. Das Fundament des Reaktors ist auf dem Bauplatzgelände bereits fertiggestellt. Der einfache Maschendrahtzaun, der noch bis zum 19.2. das Gelände sicherte, wurde inzwischen durch zwei vorgelagerte massive Zäune ergänzt. Gestützt werden diese Zäune durch starke Stahlträger, die in den Boden einbetoniert sind. An den Stahlträger angeschweißt sind starke Stahlmatten. Auf diesen neuen ca. 3 m hohen Zäunen liegen Natodrahtrollen, die durch eine Schweißnaht mit den Zäunen selbst verbunden sind. Zwischen den ersten beiden Zäunen, die ca. 2 m voneinander aufgebaut sind, befindet sich ein Gang, in den gegebenenfalls Hunde gelassen werden können. Dahinter befindet sich dann der alte Maschendrahtzaun, hinter dem inzwischen eine asphaltierte Straße errichtet wurde. Und wiederum dahinter wurde an mehreren Stellen mit dem Aufbau einer Mauer begonnen. Zwischen den Zäunen und der Straße sind teilweise Natodrahtrollen auf dem Boden ausgelegt.

Die beiden bisher am wenigsten befestigten Stellen des Baugeländes liegen am Eingangstor an der B 83 und am Haupttor.

Gegenüber dem AKW-Gelände, auf der anderen Seite der B 83 ist der Kühlturmplatz, der bisher nur von einem 3 m hohen Maschendrahtzaun umgeben ist.

NRW-Initiativen: 19.2. – Erfolg

Hier wie auch anderswo: die große Mehrheit derjenigen BIs, die für Brokdorf mobilisiert haben, werten den 19.2. eindeutig als Erfolg.

ERKLÄRUNG

der Bürgerinitiativen Umweltschutz aus Hagen, Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Münster, Essen, Köln, Warendorf und Wuppertal, gefaßt am 23. Februar 1977 auf dem Landestreffen in Bochum:

1. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) hat in ihrer M e h r h e i t zu der Demonstration am 19. Februar in Brokdorf aufgerufen. Durch die einseitige Berichterstattung wurde bundesweit der Eindruck erweckt, daß diese Mehrheit der BUU n u r aus Chaoten und Extremisten besteht.

2. Die unterschiedlichen Auffassungen der Bürgerinitiativen über die Form des Protestes benutzten die Befürworter der Atomkraftwerke (AKW) zu Spaltungsversuchen. Diese Versuche wurden intensiv von den Vertretern der drei großen Parteien wie auch von Gewerkschafts- und DKP-Funktionären betrieben. Allen Spaltungsversuchen zum Trotz ließen sich die überzeugten AKW-Gegner – egal, ob sie in Brokdorf oder in Itzehoe demonstrierten – n i c h t von ihrer erklärten Forderung abbringen: KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO.

3. Trotz Demonstrationsverbots, Spaltungsmanövern, Diffamierung, Kriminalisierung und Bürgerkriegs-Aktionen der Polizei demonstrierten ungefähr 35.000 AKW-Gegner (laut Polizeibericht über Funk vom 19.2. gegen 19.30 Uhr) vor Brokdorf.

Fazit: Der Rechtsstaat konnte unter Anwendung aller seiner Machtmittel die friedliche Demonstration in Brokdorf nicht verhindern. Nicht der Einsatz von Polizei und Bundesgrenzschutz hat den gewaltfreien Ablauf der Brokdorfer Demonstration ermöglicht, sondern die Besonnenheit der überwiegenden Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer. Die Geschlossenheit aller AKW-Gegner hat mit diesen Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe einen wichtigen Erfolg im Kampf gegen die Atomkraftwerke erreicht.

Die NRW-Bürgerinitiativen Umweltschutz

Es bleibt dabei: KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO



STUDENTENSCHAFT an der RUHR-UNIVERSITÄT
- DER VORSTAND -

463 Bochum
Lennershofstraße 60
Tel. 701 855

Bankkonten:
Städtische Sparkasse Bochum
Nr. 29300035
Volksbank Bochum-Querenburg
Nr. 200 911 300

3.3.1977

Erklärung

Der Asta der RUB verurteilt auf das Schärfste den Überfall von Mitgliedern der KHI und des KBW auf die Genossen des KB, die heute Mittag in der Mensa Zeitungen verkauft haben. Das Zerstören von Büchertischen, Zerreißen und Entwenden von Flugblättern und der tätliche Angriff auf einzelne Personen werden auch bei grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den sich als fortschrittlich begreifenden Gruppen nicht zu einem Mittel politischer Auseinandersetzungen.

Der KBW hat durch sein sektiererisches Vorgehen bei der Demo am 19.2. in Wilster und durch die namentliche Denunziation dreier an der Demo-Leitung beteiligter Genossen gezeigt, daß er nicht bereit ist, die Auseinandersetzung um die AKW-Fage mit politischen Arumenten zu führen.

Der Asta wird auch in Zukunft an der Auseinandersetzung um diese Frage teilnehmen und sie vorantreiben helfen, vor allem mit Ziel auf eine baldige Einigung der bis zum 19.2. gespaltenen Anti-AKW-Bewegung.

In dieser Auseinandersetzung billigt er aber keine Mittel, die -wenn sie von Seiten des Staates kommen- zu Recht als Mittel der politischen Unterdrückung bezeichnet werden. Er ruft alle fortschrittlichen Kräfte auf, bei allen inneren Auseinandersetzungen das gemeinsame Ziel der Verhinderung der Umweltzerstörung und der Vernichtung von Menschenleben durch die Atomenergie niemals aus den Augen zu verlieren und an der Schaffung einer breiten Einheit aller AKW-Gegner mitzuwirken.

Wie hier in Bochum wurden die Schlägermethoden und fortgesetzten Provokationen des KBW in Zusammenhang mit dem 19.2. in fast ausnahmslos allen Bürgerinitiativen Norddeutschlands (in denen der KBW mitarbeitete) scharf verurteilt – und aus vielen Initiativen wurden bekannte KBW-Leute rausgefeuert, die sich weigerten, sich von derartigen Praktiken und den Totschlag-Parolen ihrer Führer zu distanzieren.

Einheit und Kampfkraft der Anti - AKW - Bewegung stärken !

Nach den Massenkundgebungen und Demonstrationen von mehr als 50.000 Menschen am 19.2. in der Wilster Marsch und in Itzehoe gegen das geplante AKW Brokdorf und nach der Demonstration von über 10.000 Menschen am 6.3. in Wyhl stehen weitere Großveranstaltungen gegen das Atom-Programm der Bundesregierung bevor:

– **Am 12. März soll eine bundesweite Großkundgebung im Raum Lüchow-Gartow gegen das Projekt einer Wiederaufbereitungsanlage und Atom-Müll-Deponie bei Gorleben (Ostniedersachsen) stattfinden. Die Organisatoren – örtliche Bürgerinitiativen, in denen bürgerliche Kräfte derzeit klar das Sagen haben – rechnen mit einigen Zehntausenden Teilnehmern. Voraussichtlich soll eine ‚Wanderung' zur Besichtigung des ins Auge gefaßten Baugeländes stattfinden.**

– **Am 19. März soll eine Großkundgebung am AKW-Bauplatz Grohnde (südl. Hannover) stattfinden, der bereits am 19.2. von etwa 1.500 Menschen ‚symbolisch' besetzt wurde. Inzwischen ist der Platz mit Metall-Zaun und NATO-Draht in eine Brokdorf-ähnliche Festung verwandelt worden. Die niedersächsischen BI's haben am 5. März beschlossen, die Kundgebung am Bauplatz auch d a n n durchzuführen, wenn sie verboten werden sollte.**

Das Thema AKW hat, vor allem seit den Auseinandersetzungen um die dritte Brokdorf-Aktion (19.2.), einen Platz im öffentlichen Interesse wie nie zuvor. Die Anti-AKW-Bewegung wächst in die Breite, neue Kampf-Punkte entstehen. Zahlreiche neue, teilweise höchst bedenkliche ‚Verbündete' haben sich der Bewegung zugesellt – Funktionäre von SPD und FDP, die DKP (die für den Kauf von angereichertem Uran aus der Sowjetunion wirbt und AKW's durch ‚paritätische Mitbestimmung' sicherer machen will), Studentengremien hinter denen SPD und DKP stecken, Kirchenfürsten usw.

Sie alle haben als oberstes Anliegen nicht den Kampf gegen das Atom-Programm der Bundesregierung, sondern die Abschwächung dieses Kampfes. Sie sollen dafür sorgen, daß die Bewegung auf „friedliche" Kampfformen eingeengt wird, daß ein „vertrauensvolles Verhältnis" zwischen bürgerlichen Politikern und Bürgerinitiativen hergestellt wird und daß jede Opposition gegen diese bürgerlichen Manöver isoliert wird.

Diese politischen Kräfte sind sozusagen die Reserven, die jetzt das Großkapital an eine bedrohte Front wirft, um die eigenen Linien wieder zu stabilisieren und Verwirrung und Zersetzung in die gegnerischen Reihen zu tragen. Es wurde vor dem 19.2. nicht einmal verheimlicht, daß die Mobilisierung nach Itzehoe wesentlich den Zweck verfolgte, eine Gegenmobilisierung gegen die Demonstration am Bauplatz in Brokdorf zu sein, d.h. nicht in erster Linie eine Mobilisierung gegen das Atom-Programm, sondern gegen die militanten AKW-Gegner. So sprach sich Ronneburger (FDP-Fraktionsvorsitzender in Schleswig-Holstein) offen dafür aus, durch *„Kundgebungen in Itzehoe der Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen an der Baustelle selbst zu begegnen"* (Flensburger Tageblatt", 11.2.). Die meisten Organisationen und Gremien, die für Itzehoe mobilisierten, „warnten" zugleich ganz entschieden vor der geplanten Demonstration in Brokdorf, wobei sie sich zynisch die Bürgerkriegsdrohungen und den Polizeiaufmarsch zur Einschüchterung zunutze zu machen versuchten.

Aber auch zahlreiche prominente und ganz unzweideutige AKW-Befürworter konnten es nicht lassen, ihr „Verständnis" und ihre „Genugtuung" über die Veranstaltung in Itzehoe kundzutun. Dazu zählten Bundeskanzler Schmidt, Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Stoltenberg, Bundestagspräsident Carstens (CDU), SPD-Vorsitzender Brandt u.a. Sie alle erklärten, daß sich in Itzehoe die „ernsthaften AKW-Gegner" treffen würden, mit denen man als Politiker gern einen ‚Dialog' führen würde, während nach Brokdorf nur die „K-Gruppen", „Chaoten" und „Gewalttäter" gehen würden, denen es nicht um den Kampf gegen einzelne AKW's, sondern gegen das g e s a m t e Atom-Programm und gegen „den Staat" überhaupt gehe.

Als Aufmarsch der „staatlich anerkannten" AKW-Gegner und Kraftprobe gegen die Brokdorf-Demo war Itzehoe allerdings alles in allem eine Pleite! Sieht man sich einmal die Aufrufer an: Da ist die gesamte DKP mit allem Drum und Dran, die sich voll in die Bresche hechtete; dann in Schleswig-Holstein SPD und FDP, plus ihren Jugendorganisationen; dann auch die Bundesvorstände von Jungdemokraten und Jusos; dann der Hochstapler Wüstenhagen, der sich als Gebieter von 900 Bürgerinitiativen mit insgesamt 300.000 Mitgliedern und einem Einzugsfeld von 15 Mio. Menschen ausgibt (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz = BBU); dann mindestens 35 SPD/DKP-ASten (Stand lt. „Hamburger Abendblatt" vom 15.2.); die VDS als angebliche Sprecherin von zigtausend Studenten; Hannovers Landesbischof Lohse und Hamburgs Landesbischof Wölber; laut Angaben Wüstenhagens sogar **„Teile der Jungen Union"** („Welt", 15.2.). Sicher sind das noch nicht mal alle. Das Ergebnis: 20.000 Menschen etwa. Aber selbst wenn es, wie die Organisatoren von Itzehoe behaupten, 40.000 Menschen gewesen wären, würde das niemanden vom Hocker reißen. Diese Organisationen, Gremien, Popen, Hochstapler, die auf dem Papier viele Hunderttausende Menschen repräsentieren, sind in ihrer tatsächlichen Mobilisierungskraft s c h w ä c h e r als die vielgeschmähten „Chaoten"! Und das trotz einer ungeheuerlichen Hetze und Einschüchterung gegen die Brokdorf-Demo und trotz einem Riesenwirbel der Bourgeoisie für Itzehoe. Diesen bürgerlichen Kräften die Führung der Bewegung zu überlassen, würde nicht etwa – wie manche linke Einfallspinsel es sich erhoffen – die Anti-AKW-Bewegung v e r b r e i t e r n, sondern wäre lediglich die Garantie für einen unrühmlichen Untergang der Bewegung im Sumpf – wie alle anderen Bewegungen, deren sich diese Agenten der Bourgeoisie angenommen haben: die Bewegung gegen die Remilitarisierung, der Kampf gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und gegen die Stationierung von Atomwaffen in der BRD und zuletzt der Kampf gegen die Notstands-Gesetze.

Man glaube doch nicht, daß durch die Aufrufe dieser ganzen „links"bürgerlichen Palette für Itzehoe die Bewegung z.B. um die vom Sozialdemokratismus beeinflußten Arbeiter als aktive AKW-Gegner bereichert worden wäre! Das schafft die SPD nicht und das will sie ja auch gar nicht. **Diese Massen zu mobilisieren und auch gegebenenfalls für „militante" Kampfformen gegen die AKW's zu gewinnen, das nimmt uns die SPD nicht ab, die DKP nicht und auch kein Erzbischof.**

Gegenoffensive der Bourgeoisie

Die Manöver der Bourgeoisie um die dritte Brokdorf-Aktion waren das erste Kapitel einer umfassenden strategischen Gegenoffensive zur Zerschlagung des Widerstands gegen das Atomprogramm der Bundesregierung. Diese Gegenoffensive läuft derzeit auf zwei Ebenen: Zum einen besteht sie in einer aktiven Pro-AKW-Propaganda, zum anderen besteht sie in der Zersetzung der Anti-AKW-Bewegung von innen.

Zum ersten: Zig Millionen sind bereitgestellt worden, um eine Verdummungs-Kampagne gigantischen Ausmaßes für die AKW's in Gang zu bringen. Die pro-AKW-Indoktrinierung soll schon an den Schulen beginnen, soll sich in Fernsehen, Presse etc. fortsetzen. Motto: Wer gegen AKW's ist, der ist blöd, altmodisch und uninformiert. Wer f ü r AKW's ist, der geht mit der Zeit und ist ein toller Typ.

Da die Bourgeoisie realistisch genug denkt, um sich über die Durchschlagskraft solcher Dummheiten a l l e i n keine großen Illusionen zu machen, nimmt sie das Mittel der Erpressung hinzu: **„Die Kernenergie ist notwendig. Sonst gehen bei uns schon 1983 die Lichter aus. Sonst steuern wir einen Arme-Leute-Staat an"**, so drohte Stoltenberg („Bild", 16.2.).

Ihm assistierten die Führer verschiedener Gewerkschaften – insbesondere bisher ÖTV, IG Bergbau und Energie, IG Chemie und Bau-Steine-Erden, die für den verstärkten Bau von AKW's „zur Sicherung unserer (?!) Arbeitsplätze" eintreten. Es lebe die Mitbestimmung!...

Die von der Bourgeoisie Ende 1973/Anfang 1974 international in Szene gesetzte „Energie-Krise" hatte in diesem Licht offenbar a u c h die Funktion (neben manchen anderen), auf kommende Auseinandersetzungen um die Kernenergie vorzubereiten, indem einmal vorgespielt wur-



de, was passieren würde, wenn... Diese Erfahrung steckt in diesem oder jenem Grad vielen Menschen noch in den Knochen, und die Bougeoisie könnte gebenenfalls auch nicht abgeneigt sein, das ganze Theater noch einmal zu wiederholen, um die Furcht vor der „Energie-Krise" wiederaufzufrischen. Konkret sehen die Drohungen heute schon so aus, daß man etwa lesen kann, der Baustop in Brokdorf koste die HEW (Hamburger Elektrizitätswerke) monatlich 5,5 Mio. DM und daher sei selbstverständlich demnächst mit einer neuen Strompreiserhöhung zu rechnen. Außerdem sei es, so der Senat, „nicht ausgeschlossen", daß ab 1982 der Strom in Hamburg kanpp wird („Bild", 24.2.). Ein anderes Beispiel ist die Drohung des Elektrokonzerns BBC, 5.000 Beschäftigte entlassen zu „müssen", falls der Bau von AKW's weiter „gebremst" würde (lt. „die tat", 25.2.).

„Stilwandel" und „Dialog mit dem Bürger"

Reklame für AKW's („Die sicherste Energie, die es je gab") und Drohungen mit der großen Krise sollen den Kreis von AKW-Gegnern von Anfang an möglichst klein halten und sollen nach Möglichkeit sogar ein – wenn auch zweifellos kleines – mobilisierbares Potential von AKW-Befürwortern schaffen (vgl. etwa die Pro-AKW-Demo der ÖTV für Brokdorf!!).

Zugleich wird gegenüber der Anti-AKW-Bewegung die Taktik verfeinert: Während die bürgerlichen Politiker ihre Bereitschaft zum „Dialog mit den Bürgern" bekunden und auch zu praktizieren beginnen, wird von innen die Spaltung und Zersetzung der Bewegung betrieben.

Die neue Taktik formulierte die „FAZ" bereits Anfang Januar, nach den beiden ersten Brokdorf-Aktionen: **„In Bonn wird jetzt angestrebt, bei möglicherweise umweltgefährdenden Projekten opponierende Bürgerinitiativen vorher an den Planungs- und Genehmigungsprozessen zu beteiligen, damit sie nicht nachher Bauplätze stürmen. Die Änderungen von Gesetzen oder Ergänzungen lagen längst in den Schubladen. Auf der anderen Seite verlangt das von den Bürgerinitiativen einen Stilwandel: weg von der Rolle der Bauplatzbesetzer, hin zu auch positiven Stellungnahmen bei Standortentscheidungen"** („FAZ", 4.1.77).

Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht (CDU) hat im Gegensatz zu Stoltenberg (der sich inzwischen aber auch zum „sachlichen Dialog bereit" gibt) diese Taktik von Anfang an verfolgt. Er spricht mit BI-Vertretern, versichert, daß er für eine vorrangige Nutzung der heimischen Kohle eintreten würde, daß für die „Entsorgung" des Atommülls lieber nach „internationalen Lösungen" (USA) gesucht werden sollte, daß die BI's an der Planung für eine Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen in jeder Phase beteiligt werden sollen, daß sie (soweit möglich) Einsicht in alle Unterlagen erhalten sollen.

Der „neue Stil" wird mit konkreten Lockungen verbunden. Von einer „Denkpause" beim Bau neuer AKW's ist schon allgemein die Rede. Die Forderung nach einem vorläufigen Baustop neuer AKW's („bis die Entsorgungsfrage gelöst ist" o.ä.) wird von vielen Gremien der SPD und FDP erhoben. *„Es wird ganz gewiß zu einer Verlangsamung des Ausbaus auf dem Gebiet der Kernenergie kommen, also zu einer Pause beim Bau neuer Atomkraftwerke. Parallel dazu werden wir den Ausbau der nichtnuklearen Energieträger beschleunigen"* (Willy Brandt, SPD-Vorsitzender, lt. „Hamburger Morgenpost vom 16.2.).

Also immer wieder die Lockung mit Verhandlungen und „Zugeständnissen", wobei aber stets betont wird, daß die BI's sich natürlich erst einmal klar von den „Chaoten" trennen müßten, denn **„Wer mit Anarchisten, Kommunisten und Terroristen zusammenarbeitet, verliert jede Glaubwürdigkeit"** (Stoltenberg, lt. „Kieler Nachrichten" vom 18.12.76). *„Alle beteiligten Kräfte, Befürworter wie Gegner der Kernenergie, müssen sich zur Legalität bekennen und die Autorität der Parlamente und Gerichte respektieren"* (Schleswig-Holsteins Innenminister Titzck, lt. „Welt" vom 5.2.). Und als Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Claussen verschiedenen BUU-„Sprechern" ein Gesprächsangebot machte (das dann tatsächlich angenommen wurde und zu der Itzehoe-Vereinbarung führte), fügte er deutlich hinzu, *„einem solchen alle Seiten befriedigenden Dialog habe die aktive Mitwirkung linksextremer Kräfte im Rahmen der zurückliegenden Demonstrationen im Wege gestanden"* („Kieler Nachrichten", 21.1.).

Spalter am Werk

Hochstapler Wüstenhagen („BBU-Vorsitzender") hat den Ball gleich aufgenommen: BI's seien *„bis zu diesen Tagen ein zwar energisches, aber ein durchaus konservatives Element. In vielen Bereichen werden BI's ausgesprochen von CDU-Mitgliedern getragen. Eine Unterwanderung hat es nie gegeben"* (Interview mit der „Welt", 15.2.). Und *„Wir können nicht mit denjenigen marschieren, die unter dem Motto der Gewalt sozialistische Atomkraftwerke als gut, kapitalistische dagegen als Verbrechen bezeichnen"* („Kieler Nachrichten", 5.2.). Der Mann ist natürlich nicht so blöd, wie er tut. Er weiß schon, daß nicht die „Chaoten", sondern die DKP für AKW's in der Sowjetunion, DDR etc. sind. Und er scheut sich selbstverständlich auch nicht, mit der DKP zusammenzuarbeiten, um die „Chaoten zu isolieren". (Dasselbe Rezept benutzen auch manche Sozialdemokraten in den BI's!).

Bei Wüstenhagen ist es so, daß er im Geschäft bleiben will. Jetzt macht er darum Vorschläge, wie man „friedlich" den Kampf gegen AKW's führen könnte: Steuerstreik, Boykott bestimmter in der Atomindustrie engagierter Konzerne etc. Ja, nicht einmal Bauplatzbesetzungen will er völlig ausschließen. Aber „friedlich" muß es dabei zugehen.

Viele Kräfte in den BI's ziehen am selben Strang wie Wüstenhagen: der WSL („Weltbund zum Schutz des Lebens"), der - gelinde gesagt - etwas ungeklärte Beziehungen zum organisierten Rechtsradikalismus unterhält; der „Bund für Natur- und Umweltschutz" des CDU'lers Gruhl; Kirchenvertreter, vom basis-nahen Pastor bis zum Landesbischof; SPD und FDP, speziell ihre Jugendorganisationen; vereinzelt auch CDU-Leute und unorganisierte Reaktionäre.

Am gefährlichsten für die Einheit und Wirkungskraft der Anti-AKW-Bewegung ist jedoch gegenwärtig eindeutig die DKP. Speziell die Auseinandersetzungen in der BUU zeigen, daß n i e m a n d sonst derart gezielt, skrupellos und mit geradezu faschistoider Demagogie der Spaltung der BUU zu verewigen sucht wie die DKP-Kader. Selbst schwankenden Teilen der ‚Itzehoe'-Fraktion versucht die DKP die Auffassung aufzuzwingen, daß es überhaupt keinen Sinn mehr habe, mit den „Chaoten" noch zu sprechen (d.h. praktisch die gesamte BUU Hamburg sowie eine ganze Reihe weitere BI's aus Schleswig-Holstein, die am 19.2. für Brokdorf aufgerufen hatten). Die DKP arbeitet, um dieses Ziel zu erreichen, bedenkenlos mit den reaktionärsten Teilen der BI's Hand in Hand. Sie will die „These 41" (keine Zusammenarbeit mit „Chaoten") der gesamten Anti-AKW-Bewegung aufzwingen.

Der DKP kommt dabei zugute, daß diese Absicht im Grunde auch den anderen bürgerlichen Kräften in den BI's nicht unwillkommen ist. Ebenso kann die DKP immer auf offene Ohren hoffen, wenn sie für „friedliche" Aktionsformen, Orientierung auf „gewerkschaftliche Mitbestimmung" und ähnliche Heilige Kühe der Bourgeoisie eintritt. Die Widersprüche zu anderen bürgerlichen Kräften in den BI's liegen zum einen darin, daß die meisten nicht bereit sind, die „Chaoten"-Hetze und die Spaltung-um-jeden-Preis-Politik der DKP voll mitzumachen, weil sie ihnen taktisch ungeschickt erscheint, und weil sie zum anderen aus verschiedensten Gründen keine Lust haben, sich total der DKP auszuliefern.

Wie ungeheuer willkommen insgesamt der Bourgeoisie aber das Eingreifen der DKP in die Anti-AKW-Bewegung ist , läßt sich daraus ersehen, daß - abgesehen von ein paar CSU-Trotteln und kleinen Spitzchen in der ‚FAZ' - die Bourgeoisie und ihre Parteien heute über die „Mitarbeit" der DKP in den BI's kein Wort verlieren, obwohl sie sonst keine Gelegenheit auslassen, von „kommunistischer Unterwanderung" zu schreien; obwohl Ende Januar die Geschichte von den ‚Geldern aus der DDR' aufgebracht wurde - die sofort wieder zu den Akten gelegt wurde; obwohl die Bourgeoisie auch kräftig mit den AKW's in der DDR und Sowjetunion Stimmung zu machen versucht.

Obwohl es doch nahe liegen würde, die Story von den ‚Geldern aus der DDR' mit der DKP in Verbindung zu bringen, wurde eigens die groteske Konstruktion aufgebaut, die DDR würde damit die „Chaoten" und „terroristischen Gewalttäter" unterstützen! Deutlicher als mit diesem Turn-Kunststückchen könnte die Bourgeoisie kaum beweisen, wo sie derzeit ihren Hauptfeind sieht und wo ihren momentanen Verbündeten!

Die konsequenten AKW-Gegner müssen das ernst nehmen, was da an kombinierter Gegenoffensive der Bourgeoisie gegen die Bewegung abläuft. Die Bourgeoisie hat Erfahrung darin, fortschrittlichen Bewegungen die Spitze abzubrechen, und man darf sich nicht ohne weiteres darauf verlassen, daß es ihr nicht auch diesmal, jedenfalls vorübergehend gelingen könnte, die Anti-AKW-Bewegung totlaufen zu lassen. Die These der „Gewaltfreiheit" hat schon weit gegriffen, während zugleich sich klar abzeichnet, daß die Bourgeoisie Zug um Zug a l l e Punkte ihres Atom-Programms in Festungen vom Typ Brokdorf verwandeln wird, so daß Besetzungsaktionen o h n e Konfrontation mit der Polizei gar nicht mehr möglich sein werden, was dann zur Folge haben wird, daß starke Kräfte in die BI's generell auf solche Aktionen verzichten wollen. Damit würde sich die Anti-AKW-Bewegung eines sehr wichtigen Druckmittels berauben; beispielsweise liegt es auf der Hand, daß es der Bourgeoisie leicht vom Herzen gehen würde, den Baustopp in Brokdorf wieder aufzuheben, wenn sie genau wüßte, daß danach sowieso keine militanten Aktionen zu erwarten wären. Alles, was wir im Kampf gegen das Atom-Programm bisher an Teil-Erfolgen erreicht haben, wurde in „ungesetzlichen", auch vor Konfrontationen nicht zurückschreckenden Aktionen den Herrschenden abgetrozt ; nichts wurde durch Unterwerfung unter die Spielregeln des „Dialogs mit dem Bürger" erreicht.

Heute muß festgestellt werden, daß die in der Auseinandersetzung um die dritte Brokdorf-Aktion aufgebrochene Spaltung der BUU tiefer geht, als man bisher annehmen durfte. Hier gehen die Rechten klar auf endgültige Spaltung, gegebenenfalls gründen sie neue BI's mit festen Abgrenzungsbeschlüssen gegen die „Chaoten".

Bei der Vorbereitung der Aktionen gegen das Projekt einer Wiederaufbereitungsanlage/Atommüll-Deponie in Gorleben sind die Rechten von Anfang an massiv aufgetreten, ebenso bei den Vorbereitungen für Grohnde.

Die Bedeutung dieser Sache liegt nicht so sehr in einer Stärke der von den Rechten beherrschten BI's (tatsächlich sind diese BI's oft zahlenmäßig recht schwach!), sondern liegt darin, daß dies in der Regel gerade die BI's „vor Ort" sind, die sich auf die Stimmung der „betroffenen Bevölkerung" berufen, und daß diese Demagogie bis weit in die Reihen der Linken der Anti-AKW-Bewegung

Forts. Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

hinein ihre Wirkung nicht ganz verfehlt - man vergleiche die Argumentation vieler AKW-Gegner vor dem 19.2. („Die betroffene Bevölkerung geht nach Itzehoe"). Insofern kann sich ein Konflikt wie „Brokdorf oder Itzehoe" zukünftig wiederholen und wird sich auch mit Sicherheit wiederholen.

Weder Opportunismus noch Sektierertum

Die Linken in der Anti-AKW-Bewegung würden unserer Meinung nach einen schweren Fehler machen, wenn sie sich von interessierter Seite eine Diskussion über irgendwelche Dolchstoß-Legenden um den 19.2. aufzwingen lassen würden (speziell vom ausgeflippten KBW) oder wenn sie überhaupt a b g e h o b e n von der Gesamtbewegung sich in eine Militanz-Debatte („Wer ist der Militanteste im ganzen Land?...") verstricken und sich daran selbst zerspalten würden. Wer gewohnheitsmäßig die Gefahr eines Rückschlags für die Bewegung ignoriert, wie der KBW („Manöver der Regierung verfangen nicht"), kann die Gefahr einer Selbstzerstörung der Anti-AKW-Bewegung natürlich außer acht lassen. Wer ernsthaft an die Sache herangeht, muß gerade diese Gefahr eines Rückschlags im Auge behalten. Wer heute in den Reihen der Linken ein Hickhack um den „Militanz-Pokal" veranstaltet, macht sich selbst unglaubwürdig, wenn er behauptet, die Bewegung müßte für a l l e AKW-Gegner, unabhängig von ihren Vorstellungen über die F o r m e n des Protestes, offen sein.

Umgekehrt lehnen wir eine Politik ab, wie sie speziell die Trotzkisten von der GIM als Vorhut der Sozialdemokratie der Bewegung aufzwingen wollen: Nämlich von vornherein, verbindlich und erklärtermaßen, uns auf ausschließlich „friedliche" Aktionen festzulegen. Insgesamt muß man die aus dieser Ecke kommende Tendenz ablehnen, sich den Spaltungsmanövern der Rechten anzupassen und sich von diesen Demo-Orte, Aktionsformen, politische Inhalte usw. diktieren zu lassen.

Nachträglich muß man unbedingt die volle Richtigkeit unseres Vorgehens unterstreichen, bei der Vorbereitung der dritten Brokdorf-Aktion voll die Herausforderung der Rechten anzunehmen und n i c h t nach Itzehoe zu gehen. Gerade auf diese Weise hat die Linke in der Anti-AKW-Bewegung ihre politische Selbständigkeit gewahrt und bewie-
Selbständigkeit gewahrt und bewie-
sen. Die gesamte Konstellation (beispiellose Hetzkampagne, größtes Bullen-Aufgebot in der Geschichte der BRD, andererseits das unverkennbare Wohlwollen von Bourgeoisie und Regierung für Itzehoe) hat Bewußtseinsprozesse auch bei den in Itzehoe Demonstrierenden und insgesamt in der Bewegung begünstigt, nicht erschwert. Sehr schädlich wäre die Sache ausgegangen, wenn es die Bourgeoisie in der Wilstermarsch tatsächlich nur mit den von ihr erhofften paar Tausend Leuten zu tun gehabt hätte und die Linken mehrheitlich mit nach Itzehoe gegangen wären. Unter dieser Voraussetzung hätte es höchstwahrscheinlich tatsächlich in der Wilster Marsch den vorbereiteten totalen Bullen-Terror gegeben, als dauerhaftes abschreckendes Exempel.

Umgekehrt war es aber: Nach einer ungeheuerlichen Hetz-Kampagne haben wir gegen das bisher größte Polizei-Aufgebot in der Geschichte der BRD die bisher größte verbotene Demonstration durchgesetzt.

Als Lehre für die Zukunft ergibt sich, daß wir weiter den sehr schmalen Grat zwischen Opportunismus und Sektierertum gehen (und finden!) müssen. Wichtig erscheint uns dabei vor allem, an den zwei folgenden Prinzipien konsequent festzuhalten, wie wir sie insbesondere in Wilster (Landeskonferenz vom 6.2. und Bundeskonferenz vom 12./13.2.) festgelegt und am 19.2. in der Wilster Marsch praktiziert haben:

a) Die Aktion muß für a l l e AKW-Gegner offen bleiben, unabhängig von ihren Vorstellungen über die F o r m e n des Protestes.

b) Demokratische Beschlußfassung durch gewählte und repräsentative Delegierte über alle konkreten Schritte während der Aktion. Unbedingte Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit.

Um die Durchsetzung dieser Prinzipien muß man in der Bewegung den Kampf führen. Der 19. März in Grohnde wird die nächste Probe aufs Exempel!

Kein AKW in Brokdorf, Grohnde, Wyhl und anderswo!

Kein Atommüll in Gorleben und anderswo!

Atommülldeponie in Gorleben?

Am 22. Februar hat die niedersächsische Landesregierung nach langem Zögern den Ort Gorleben in Ost-Niedersachsen als Standort für die geplante Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie vorgeschlagen.

Damit ist Albrecht der Aufforderung der Bundesregierung, einen Standort in Niedersachsen zu benennen, gefolgt. Schon im November letzten Jahres beim Atomgipfel in Hannover bekundete er gegenüber den Bundesministern Maihofer, Matthöfer und Friderichs die prinzipielle Bereitschaft, *„in seinem Land den Bau der Anlage zu billigen"* („Frankfurter Rundschau" – „FR", 12.11.76) und *„sehr kurzfristig einen aus Landessicht bestgeeigneten aus den vom Bund vorausgewählten Standorten zu nennen"* („Spiegel" Nr. 10, Feb. 77). Zu den von der Bundesregierung „vorausgewählten Standorten" zählten insbesondere Lichtenmoor, Wahn (Aschendorf-Hümmlingen) und Unterlüß. Gorleben befand sich ausdrücklich nicht darunter. So heißt es schon im November-Protokoll, daß *„Gorleben durch seine unmittelbare Lage an der innerdeutschen Grenze nicht in Betracht gezogen wurde"* (ebenda). Auch bei der Unterredung am 11. Februar zwischen Schmidt und Albrecht machte die Bundesregierung ihre Haltung zu Gorleben deutlich und Schmidt betonte, daß er darin ein *„Scheinangebot"* sehe (vgl. „FR", 12.2.77). Hier wurden auch noch einmal die Bedenken der Bundesregierung geäußert, nämlich, daß die unter Gorleben liegenden Salzstöcke von der DDR *„aus einsichtigen (?) Begründungen angebohrt"* werden könnten (ebenda).



Tatsächlich muß der Vorschlag der niedersächsischen Landesregierung als ein taktisches Manöver Albrechts gewertet werden, der sich durchaus bewußt ist, daß sich der Protest der AKW-Gegner gegen ihn richten wird, wenn er einen für die Bundesregierung akzeptablen Standort benennt, um dadurch den Bau freizugeben. Hinzu kommt, daß der Kampf gegen die Atommülldeponie um ein vielfaches stärker wird als die Auseinandersetzungen in Brokdorf. So startete Albrecht verschiedene Manöver, um nicht in die Position Stoltenbergs zu geraten, der sich durch die brutalen Bürgerkriegseinsätze nicht nur einer breiten Empörung der Bevölkerung gegenübersieht, sondern auch noch mit einer aus taktischen Gründen opponierenden SPD
tischen Gründen opponierenden SPD
zu kämpfen hat, die bemüßigt ist, sich an die Spitze der Anti-AKW-Bewegung zu setzen. Aus diesen Gründen versucht Albrecht, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Er will die direkte Einmischung der Bundesregierung bei der Benennung des Standortes erzwingen und damit die SPD in Niedersachsen auf die Durchsetzung des Atomprogramms der Bundesregierung festlegen, denn *„lehnt Bonn den Standort ab, so muß es selbst einen anderen benennen: dann ist wenigstens klar, daß nicht die niedersächsische Landesregierung um jeden Preis diese Anlage bauen will"* („Hannoversche Allgemeine Zeitung" – „HAZ", 1.3.77). Gleichzeitig betonte Albrecht gegenüber Vertretern der Bürgerinitiativen, *„daß alle Argumente für und wider die umstrittene Anlage auf das sorgfältigste geprüft würden"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 16.2.77).

Erst wenn Wissenschaft und Technik nachweisen können, *„daß die Anlagen keine Gefahren bringen, will er den Bau genehmigen"* („HAZ", 1.3.77). Und weiter: *„Wenn es um die Sicherheit und Gesundheit der Bürger geht, dürfen wir keine Kompromisse hinnehmen"*.

Diese demagogische Haltung versucht Albrecht gleichzeitig durch die Benennung des Zukunftforschers Eduard Pestel zum Wissenschaftsminister zu unterstreichen, der eine *„kräftige Ausweitung des Atomanteils"* an der Energiegewinnung für *„gefährlich und fragwürdig"* hält (vgl. „HAZ", 1.3.). Diese Taktik macht es der niedersächsischen Landesregierung noch möglich, Einfluß auf die in dieser Region arbeitenden BI's auszuüben und durch die Benennung eines für die Bundesregierung inakzeptablen Standortes die Beteiligung an der endgültigen Entscheidung von sich zu weisen. In diesem Sinn ist auch die Äußerung Albrechts zu sehen, daß die Atommüllkippe entweder nach Gorleben oder überhaupt nicht in Niedersachsen gebaut wird. Prompt jubelte Springers „Welt": *„Seiner Bevölkerung kann er für den Fall, daß die Bundesregierung Gorleben endgültig für unannehmbar erklärt, jederzeit glaubwürdig versichern, man habe ihn zu einem anderen Standort mitten in Niedersachsen gezwungen; die Schuld mit all ihren Konsequenzen treffe daher die Bundesregierung"* („Welt", 24.2.77).

Die Bundesregierung schaltet sich ein

Tatsächlich hat es nicht lange gedauert, bis die Bundesregierung eine Stellungnahme zu Gorleben abgab. So erklärte Regierungssprecher Bölling schon einen Tag nach der Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, daß die „Physikalisch-Technische Anstalt für Bodenkunde" in Braunschweig neben Gorleben auch an den anderen drei in einer Vorauswahl als günstig erkannten möglichen Standorte gemeint sind Wahn (Aschendorf-Hümmlingen), weitere Prüfungen vornehmen wird, um der Landesregierung einen entsprechenden Vorschlag zu machen (vgl. „FR", 24.2.77). Nach dem Atomgesetz kann ein Planfeststellungsverfahren angeordnet werden, um einen besser geeigneten Standort zu finden.

Auch Schmidt betonte in einem Interview mit dem SPD-Organ „Vorwärts", daß der Ministerpräsident eines Bundeslandes bei einer so entscheidenden Frage nicht allein die Verantwortung tragen könne: *„es gebe natürlich auch eine Verantwortung der Bundesregierung, ... die Mittel und Wege finden wird, sich politisch und verfahrensrechtlich mit (Standort)-Alternativen zu befassen"* („FAZ", 3.3.). Damit ist Albrechts Plan aufgegangen, eine „Allparteienregierung" bei der Durchsetzung des Atomprogramms in Niedersachsen herbeizuführen, um eine ähnliche Entwicklung wie in Schleswig-Holstein zu verhindern. So betonte Ravens (SPD) auch gleich, daß er den Bau der Atomanlage als „nationale Aufgabe" betrachte („FAZ", 12.2.). Tatsächlich scheint der endgültige Standort für die Wiederaufbereitungsanlage schon heute festzustehen. So soll Albrecht bei den vertraulichen Gesprächen mit den Bundesministern im November letzten Jahres den Kreis Aschendorf-Hümmlingen angeboten. haben („FR", 24.2.). Hierfür spricht auch, daß sowohl von der Industrie als auch von der Bundesregierung selbst Wahn (Aschendorf-Hümmlingen) als günstigster Standort angesehen wird und die am Projekt *„interessierten Unternehmen zu einer Festlegung auf diesen Platz"* drängten („FAZ", 16.11.76), da er *„aus Gründen der Wirtschaftsstruktur und des Umweltschutzes (?!) als geeigneter als die drei anderen in die engste Auswahl gezogenen Standorte"* gilt („FR", 16.11.76; „FAZ", 16.2.77).

Eine bundesweite Kundgebung in Gorleben

Die BI's in der Lüneburger Heide haben nach der Bekanntgabe des Standortes Gorleben einen Auto-Korso von Lüchow und von Dannenberg aus in Richtung Gorleben organisiert.

In Gorleben wurde eine Kundgebung mit 5-600 Teilnehmern durchgeführt. Danach ging noch einmal ein Autokorso bis Gartow, wo eine Abschlußkundgebung der BI Lüchow stattfand.

Am 25.2. organisierten die BI's einen Trecker-Korso in Lüchow; außerdem ist am 12.3. eine „bundesweite Kundgebung" an dem angenommenen Bauplatz, der Brandfläche zwischen Gorleben und Trebel, geplant. Die regionalen BI's, die sich in der „Arbeitsgemeinschaft der Bürgerinitiativen in der Lüneburger Heide" (ABL) zusammengeschlossen haben, bewegen sich bislang mehrheitlich im Rahmen der bürgerlichen Parteien und sie verhandeln auch mit Niedersachsens Ministerpräsidenten Albrecht. Die ABL umfaßt bisher BI's aus Eschede, Uelzen, Hankensbüttel (Ostheide), Hermannsburg (Südheide), Celle, Munster, Wietze, Lüchow-Dannenberg und Lüneburg. Fast alle in der ABL zusammengefaßten BI's haben in ihren Satzungen antikommunistische Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Auch die Demonstrationsform wurde dementsprechend auf „gewaltfrei" festgelegt. So bekräftigte der Vorsitzende der Borlebener BI, Veleba: *„Wir distanzieren uns von radikalen Mitteln zur Durchsetzung unserer Meinung, wie sie in Brokdorf vorgekommen sind"* („Elbe-Jeetzel-Zeitung", 26.2.77). Speziell engagiert in der Gorleben-Sache und auch am 23.2. während der Protestaktionen sind u.a. der Graf Bernstorff (dem weitgehend das Land um die geplanten Anlagen gehört), der Vorsitzende des örtlichen Grundstücksbesitzerverbandes (Albrecht habe der Fremdenverkehrs-Wirtschaft den Todesstoß gegeben') und ein Herr Schulz, Vorsitzender des reaktionären „Landvolk". Dieser sprach davon, daß die Gegend immer eine Hochburg der CDU gewesen sei, man habe sogar die Bayern übertroffen (60% CDU!), sie seien bisher auch durch CDU, DP und NPD (!!) immer gut vertreten gewesen, aber jetzt sei man doch enttäuscht, die CDU-Basis müßte aktiv werden usw.

Am 2.3. fand in Lüchow ein Koordinationstreffen für die Großkundgebung am 12.3. statt. Es wurde deutlich, daß die führenden Kräfte bei diesem Anlaß die „K-Gruppen" möglichst nicht dabei haben wollten, da diese sonst „chaotisieren" würden.

So soll der Kundgebungsplatz ähnlich wie eine Wagenburg von Traktoren eingekreist werden. Zur Rednerbühne kommt man nur mit speziellen Ausweisen. Falls Trupps sogenannter Chaoten die Demonstration stören sollten, wird deren Anti-Demonstration akustisch durch Musik abgeblockt. Die Bürgerinitiative Umweltschutz, die generalstabsmässig den Marsch auf Gorleben organisiert, plant nicht, den drei mal vier Kilometer großen Platz der vorgesehenen Atommülldeponie zu besetzen (vgl. „Elbe-Jeetzel-Zeitung", 4.3.77).

Hauptredner der Kundgebung ist der „Bundesvorsitzende der Bürgerinitiativen", H.H. Wüstenhagen.

Trotz des „Coups" von Albrecht sollte regional für diese Demonstration mobilisiert werden, allein um zu zeigen, daß die Linke „anwesend" ist und sich im Kampf gegen die Atommülldeponie und die Wiederaufbereitungsnlage nicht ausschalten läßt.

Darüberhinaus sollten die Anti-AKW-Bürgerinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet mit starken Delegationen an der Demonstration und Kundgebung in Gorleben teilnehmen.

BUU: Die Einheit muß im Kampf gegen die Spalter durchgesetzt werden!

Die BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) hat in den bisherigen Brokdorf-Aktionen die wesentliche Rolle gespielt. Zusammengeschlossen in der BUU sind die Regionalverbände Marschen, Hamburg, Westküste und Ostküste. Jedem Regionalverband gehören eine Reihe von Bürgerinitiativen an, die ihrerseits von Zeit zu Zeit ‚Konferenzen' (in Hamburg das regelmäßige BI-Plenum) durchführen. Die vier Regionalverbände zusammen bilden die Landeskonferenz. Jeder der vier Regionalverbände stellt dafür 10 Delegierte.

Vor dem 19.2. kam es in der Frage Brokdorf oder Itzehoe zu einer Spaltung der BUU. Die BUU Hamburg, die Mehrheit der Ostküstenkonferenz und eine Minderheit der Marschenkonferenz mobilisierten für Brokdorf, der Rest für Itzehoe. Nach den Massenaktionen von über 50.000 Menschen am 19.2. in der Wilster Marsch und in Itzehoe steht jetzt die Aufgabe einer „Wiedervereinigung" der BUU an, wie sie bereits vor dem 19.2. insbesondere von den Hamburger BI's und auch von mehreren Sprechern der ‚Brokdorf-Fraktion' der BUU dringend befürwortet wurde. Die Gegenposition wird einerseits von den Sektierern des KBW und der „KPD", andererseits und vor allem von der DKP und den rechten Sozialdemokraten vertreten. DKP und rechte Sozialdemokraten wollen die Zerschlagung der BUU, Verhinderung einer neuen Landeskonferenz und totale „Abgrenzung" gegen die „Chaoten" (d.h. die gesamte ‚Brokdorf-Fraktion'). Hier eine Übersicht über den Diskussionsstand in den einzelnen Regionalverbänden.

Hamburg

In Hamburg stand zunächst die Diskussion im Vordergrund, ob der 19.2. im wesentlichen als Erfolg oder als Niederlage anzusehen ist. Belastet wurde diese Diskussion durch eine wilde Gerüchteküche speziell gegen den Kommunistischen Bund (ausgehend von einigen militanten ‚Sponti'-Gruppen, die sich um die Früchte ihrer Vorbereitungen betrogen fühlten), sowie durch die Versuche des KBW, in dieser Gerüchteküche sein eigenes Süppchen zu kochen (zu diesen Diskussionen sind andere Artikel in diesem AK). Insgesamt gelang es auf diese Weise nicht, sich auf eine gemeinsame Einschätzung des 19.2. zu einigen. Die meisten Hamburger BI's haben aber inzwischen zum Ausdruck gebracht, daß sie den 19.2. als Erfolg werten und für die „Wiedervereinigung" der BUU eintreten.

bracht, daß sie den 19.2. als Erfolg werten und für die „Wiedervereinigung" der BUU eintreten.

Erreicht wurden außerdem folgende Beschlüsse:

1. Auf dem Plenum der Hamburger Bürgerinitiativen am 24.2. wurden von 2/3 der anwesenden Delegierten „in aller Schärfe" die Denunziationen und Morddrohungen des KBW gegen Mitglieder der „KPD" und des Kommunistischen Bundes verurteilt. Die Mitglieder des KBW wurden *„aufgefordert, sich vom Extrablatt der ‚KVZ' zu distanzieren oder die Bürgerinitiativen zu verlassen."*
2. Auf dem Plenum am 3.3. wurden folgende Resolutionen beschlossen: a) Initiative zur Einberufung einer neuen Landeskonferenz der BUU und Benennung einer Delegation, die mit den anderen drei Regionalverbänden Verhandlungen darüber aufnimmt. – b) Aufruf zur Teilnahme an der am 12.3. in Gorleben geplanten Großkundgebung. – c) Solidarität und Unterstützung für die am 19.2. von den Bullen mißhandelten und festgenommenen AKW-Gegner.

Als positiv sehen wir auch an, daß ein Vertreter der ‚kirchlichen Mitarbeiter', der selbst in Itzehoe gewesen war, auf dem Plenum vom 3.3. erklärte, sie würden insgesamt den 19.2. als eine großartige Sache einschätzen, besonders auch die Demonstration in der Wilster Marsch. Die Chancen für eine weitere Zusammenarbeit, so meinte er, seien jetzt gut. Hingegen kritisierte er die vor allem von der „KPD" vertretene Tendenz, die Organisatoren der Itzehoe-Demo pauschal als Spalter etc. zu verurteilen. Damit scheint der Weg zu einer Einigung mit der zwar kleinen, aber nicht zu ignorierenden ‚Itzehoe-Fraktion' in der Hamburger BUU geebnet.

Als negativ muß angesehen werden, daß durch ein trauriges Bündnis von „AK Ökologie" (Unorganisierte), „KPD" (!) und KBW das IKAH („Arbeiterhilfe" – dem KB nahestehend) aus einem wichtigen Arbeitsausschuß der Hamburger BUU ausgeschlossen wurde, obwohl ein ähnlicher Versuch zuvor im Plenum vom 24.2. gescheitert war. Diese Sache soll auf dem nächsten Plenum der Hamburger BI's diskutiert (und hoffentlich korrigiert!) werden.

Insgesamt scheint es derzeit so, als würde in der Hamburger BUU nach einer zeitweiligen Verwirrung nach dem 19.2. (Gerüchte, Dolchstoß-Legenden, Katzenjammer) nun bei der überwältigenden Mehrheit (abgesehen vom unverbesserlichen KBW) wieder die politische Vernunft Einzug halten. Das ist auch die unabdingbare Voraussetzung, um gegen die rechten Spalter die neue Landeskonferenz der BUU durchzusetzen und auf dieser Konferenz eine einheitliche und positive Rolle zu spielen.

Ostküstenkonferenz

Der BUU-Regionalverband Ostküste ist – nach Hamburg – der zweitstärkste Verband in der BUU. Vor dem 19.2. haben bürgerliche Kräfte dort, mit der DKP an der Spitze, den Verband zu spalten versucht, nachdem sie auf demokratischem Wege keine Mehrheiten für sich erreichen konnten. Der Regional-Verband Ostküste mobilisierte mehrheitlich für Brokdorf.

Am 28.2. tagte die Ostküsten-Konferenz erstmals nach dem 19.2. und diskutierte die Einschätzung der Aktionen. Anwesend auf der Konferenz waren:

1. BI gegen AKW Flensburg
2. BI gegen AKW Lübeck (als Beobachter)
3. BI „Kein KKW in der Eck.-Bucht" Kiel
4. AKU Kiel
5. AGU Kiel
6. BI Neumünster
7. BI „Kein KKW in der Eck.-Bucht" Eckernförde
8. BI Kappeln
9. BI Schleswig
10. AK naturgem. Ackerbau, Geschendorf
11. BI Preetz
12. AKU Eutin
13. BI Rendsburg
14. BI Bad Segeberg (als Beobachter)

In der Diskussion nahmen der AKU Kiel und der AKU Eutin indifferente Stellungen ein (Kiel: „Beide Aktionen sind leidlich (!) gelungen. Die kommunistischen Gruppen hätten vorher nicht deutlich gesagt, was sie eigentlich wollten, das hat Unsicherheit erzeugt.")

Vor dem 19.2. hatten die Rechten versucht, durch einige Gründungen von Geister„initiativen" die Mehrheitsverhältnisse in der Ostküsten-Konferenz (OKK) für sich zu verbessern. Diese Partei-„Initiativen" der SPD (AGU-Gruppen) und der DKP („Solidarität mit Brokdorf" u.ä.) waren in ihrer Mehrheit gar nicht erst zur Konferenz am 28.2. gekommen (ob sie überhaupt noch existieren, bleibt ungewiß). Die bürgerlichen Kräfte auf der Konferenz waren nur durch zwei BI's vertreten, nämlich AGU Kiel (SPD) und „AK Naturgemäßer Ackerbau" (Rechtsradikale), sowie dem inzwischen schon berüchtigten Herrn Schulz, Stellvertreter des Herrn Wüstenhagen für Schleswig-Holstein und Repräsentant einer nie gesehenen „BI Umweltschutz Schleswig-Holstein".

Diese rechten Kräfte versuchten, die Spaltung der BUU zu zementieren und eine weitere Zusammenarbeit mit „radikalen" AKW-Gegnern auszuschließen, indem sie eine Resolution einbrachten, in der es u.a. hieß:

„Wir sehen z.Zt. keine Basis für eine sinnvolle Zusammenarbeit in der OKK... Wir stehen auf dem Standpunkt, daß in manchen Gruppen der OKK parteipolitische Ziele verfolgt werden. Dies führt zu knappen Mehrheiten, die u.E. keine Grundlage für eine sinnvolle Zusammenarbeit mehr darstellen. Für uns ist eine Zusammenarbeit mit Gruppen, die offen oder versteckt die Anwendung von Gewalt gegen Personen predigen, nicht möglich. Solange in der Frage der Gewaltfreiheit keine Einigung erzielt wird, können wir die OKK nicht mehr mittragen... Wir fordern alle BI's auf, zunächst in ihren Gruppen zu diskutieren und eine eindeutige Stellungnahme zur Gewaltfreiheit abzugeben. Bevor diese Fragen nicht geklärt sind, bleiben wir der OKK fern..."

Dieser demagogische Erpressungsversuch erhielt auf der OKK die verdiente volle Abfuhr und wir würden uns sogar ausdrücklich darüber freuen, wenn diese Schweinehunde künftig den gemeinsamen Konferenzen fernbleiben würden und die AKW-Bewegung nicht weiter belästigen! Die Resolution der Rechten war am 28.2. bereits von allen – ferngebliebenen – Geister„initiativen" unterzeichnet, z.T. sogar von Minderheits-Fraktionen anwesender BI's. Gerade dies zeigt wieder, wie die Rechten arbeiten und wie planmäßig sie bei ihren Spaltungsversuchen vorgehen.

Zur Resolution selbst:

1) Es gibt innerhalb der BUU keine Kräfte, die *„Gewalt auch gegen Personen predigen"*, weder *„offen"*, noch *„versteckt"*. Dies wissen die Rechten genau. Gewalt-Prediger und -Anwender sitzen allein unter den AKW-Befürwortern (Regierung, Polizei und auch bei der DKP mit ihren Schlägertrupps). Die AKW-Gegner sind lediglich nicht bereit, massive Polizei-Übergriffe widerstandslos hinzunehmen. Der (von Stoltenberg und Co. geforderte !) Versuch, das „Prinzip Gewaltlosigkeit" durchzusetzen, zielt in Wahrheit nämlich darauf ab, überhaupt alle Widerstandsaktionen gegen AKWs zu unterbinden, sofern nicht vorher „garantiert" werden kann, daß die künftige Aktion „gewaltfrei" verlaufen wird. **Die Regierung selbst wird es dann in der Hand haben, solche Garantien unmöglich zu machen, indem sie von sich aus „Gemetzel" etc. ankündigt!**

2) „Parteipolitische Ziele" werden ausschließlich von den Rechten verfolgt, nämlich die Ziele von SPD, FDP, DKP etc., die Ziele der AKW-Befürworter, das Ziel der Zersetzung der Anti-AKW-Bewegung!

Alle anderen BI's der OKK haben die Brokdorf-Aktion als großen Erfolg eingeschätzt und setzen sich für eine neue Landeskonferenz und „Wiedervereinigung" der BUU ein, wenn auch z.T. mit KBW-„Argumenten" untermischt (Kiel, Eckernförde, Preetz, Neumünster).

Unerwartet erfreulich ist die Entwicklung in der Kieler BI, die mitgliederstärkste und einflußreichste BI der Ostküste und bisherige Hochburg des KBW (der am 19.2. noch die Kieler Vertrauensleute stellte). Sofort nach der Aktion verbreitete der Vorstand der BI ein Flugblatt, das in allen Punkten den KBW-Phantasien widersprach, die Brokdorf-Aktion als politischen Erfolg wertete und sich auch ausdrücklich hinter die Demo-Leitung und die von ihr gewählte Taktik in der Wilster Marsch stellte.

Gegen dieses Flugblatt des BI-Vorsitzenden hat der KBW voll mobilisiert und gehetzt. Trotzdem hat auf einer BI-Vollversammlung am 4.3. eine 2/3-Mehrheit das Flugblatt ausdrücklich begrüßt und im selben Sinn noch eine Presse-Erklärung verabschiedet, deren letzter Satz lautet: *„Wir haben nicht vor der Polizeisperre kapituliert, wir waren nur nicht bereit, in eine offene Falle zu laufen".*

Mit dieser Entwicklung in Kiel ist der letzte politische Einfluß des KBW in den norddeutschen BI's (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen) erledigt. Der KBW hat keinen nennenswerten Stützpunkt mehr, in vielen BI's wurden seine Mitglieder ausgeschlossen, in den übrigen haben sie sich selbst isoliert und lächerlich gemacht.

Marschen

Nach dem 19.2. fanden zwei Marschenkonferenzen statt, am 22.2. und am 4.3. Auf beiden Konferenzen prallten die politischen Widersprüche sehr scharf aufeinander. Innerhalb der Marschenkonferenz hat sich mittlerweile ein harter rechter Block herausgeschält, der eine Zusammenarbeit mit den Linken generell zu torpedieren versucht. Dieser „harte Kern" der Rechten bildet sich v.a. aus der DKP (BI Itzehoe, z.T. BI Brunsbüttel, BI Wedel/Minderheit u.a.), Lars Hennings und seinen Kremper Jusos (im Gegensatz zu anderen Jusos, z.B. aus Wedel) und einigen Reaktionären (Pfaffen etc.) aus Borsfleth und Wewelsfleth.

Dieser Block war allerdings auf beiden Konferenzen in der Minderheit. Er hat auch nach dem 19.2. eher an Einfluß in der Marschenkonferenz v e r l o r e n!

Obgleich er sich mit Händen und Füßen gegen eine neue Landeskonferenz der BUU (als Beginn der „Wiedervereinigung") stemmte, hat die Gegenseite einen – wenn auch sehr knappen – Abstimmungssieg f ü r eine solche Konferenz erzielt, nämlich 6:5 bei 3 Enthaltungen. Die 6 Für-Stimmen kamen von denjenigen BI's, die am 19.2. für Brokdorf mobilisierten; demgegenüber ist die „Itzehoe-Fraktion" gespalten, das heißt, ein Teil (drei BI's) steht einer „Wiedervereinigung" mit der „Brokdorf-Fraktion" – wenn auch skeptisch, so doch positiv gegenüber. Hier liegen tatsächlich Möglichkeiten drin, das Kräfteverhältnis in der Marschenkonferenz nachhaltig zu verändern und den mit Regierungsauftrag versehenen Spaltern (DKP, Teile der Jusos) eine gehörige Abfuhr zu erteilen.

Lars Hennings vertritt inzwischen klar die Linie „enge Zusammenarbeit mit der DKP, keine Gemeinsamkeiten mit ‚K-Gruppen' " (womit alle Linken gemeint sind). So verteidigte er am 5.3. direkt die DKP, als auf der Konferenz klar gemacht wurde, daß diese Partei kein AKW-Gegner ist und daß sie auch nicht die bisher vereinheitlichten BUU-Forderungen unterstützt: „Wir müssen auch Leute in unserer Mitte arbeiten lassen, die die Forderungen der BUU nicht voll unterstützen. Die unehrlichen seien nicht die DKP'ler, sondern in Wirklichkeit die ‚K-Gruppen' ". Dies bedeutet, die bisher vereinheitlichten BUU-Forderungen umzustoßen !!

Bei anderer Gelegenheit legte Hennings direkt à la Stoltenberg los: **„Die ‚K-Gruppen' wollen die BI-Bewegung und speziell Brokdorf dazu nutzen, den bewaffneten Aufstand zu proben"** (so sinngemäß Lars Hennings am 5.3. auf der Marschen-Konferenz)! Im Übrigen haben natürlich die DKP'ler mit ihrer teilweise schon faschistoiden „Chaoten"-Hetze auch nach dem 19.2. das Klima insgesamt zu vergiften versucht, so daß insgesamt eine ziemlich schwierige Situation in den Marschen-BI's besteht und die Vorbehalte gegen die Linken, speziell „die Hamburger", nicht unterschätzt werden dürfen.

Auf der Konferenz vom 22.2. haben die BI's eine Mobilisierung für den 12.3. nach Lüchow (Gorleben) beschlossen; Hennings wird als Redner dafür angeboten, ein Mitglied der BI Glückstadt will darüber wachen, daß er nicht wieder Dinge von sich gibt, die von der Konferenz nicht beschlossen oder vereinheitlicht sind.

Westküste

Dieser Regionalverband ist der mit Abstand personell schwächste Teil der BUU. Er gilt als „Hochburg" der Rechten und mobilisierte für den 19.2. mehrheitlich für Itzehoe. N a c h der Aktion scheint sich eine gewisse Verschiebung in linker Richtung in diesem Verband anzubahnen.

Am Sonntag, 6.3., tagte die Westküstenkonferenz und wertete die Aktionen am 19.2. aus.

Teilnehmer dieser Konferenz waren:

- BI Sylt (ein Geister„verband" bürgerlicher Kräfte),
- Naturschutz Sylt (dieselben Leute),
- AKU Sylt (die einzige, wirklich arbeitende BI auf der Insel),
- Gewaltfreie Aktion Husum,
- Naturschutz Husum (ein Geister-„verband" bürgerlicher Kräfte),
- Deutscher Frauenring Husum als Beobachter (FDP-Org.),
- BI Husum,
- AK gegen AKW's Niebüll,
- BI Süderlygum als Beobachter,
- BI Leck als Beobachter,
- BI Amrum,
- BI Föhr.

Nach ausgiebiger Diskussion wurden beide Aktionen am 19.2. (Brokdorf und Itzehoe) als gemeinsamer großer Erfolg für die Bewegung gewertet, mit der ausdrücklichen Begründung, daß beide Seiten unmißverständlich erklärt haben, daß sie eine Spaltung nicht akzeptieren wollen. Diese Einschätzung wurde ohne Gegenstimme und Enthaltung akzeptiert. In diesem Sinne will die Westküsten-Konferenz eine Presse-Erklärung ausarbeiten und verbreiten. Ebenfalls einstimmig fordert die Westküstenkonferenz eine neue Landeskonferenz der BUU, d.h. die „Wiedervereinigung" der beiden BUU-Fraktionen.

Verabschiedet wurde noch eine Solidaritäts-Resolution für F. Storim, einen Sprecher der Hamburger BUU (dem als Lehrer ein Berufsverbot angedroht wurde) und Heinz Brandt, einem Redner auf der Itzehoer Kundgebung (dem deswegen ein Gewerkschafts-Ausschluß ins Haus steht). Ebenfalls beschloß die Westküste eine Mobilisierung für die geplanten Aktionen in Grohnde und Gorleben.

Da bei den Abstimmungen verschiedene Delegierte (v.a. der Inseln) nicht mehr anwesend waren, kann nicht mit Sicherheit abgeschätzt werden, ob diese Beschlüsse in jedem Fall dann auch von a l l e n getragen werden.

Diese einheitlichen Westküsten-Beschlüsse sind zweifellos auch dem Umstand zu verdanken, daß die Oberspalter der DKP in keiner der BI's mitarbeiten und daß der KBW nur in der BI Husum eine (unbedeutende Minderheiten-)Rolle spielt und auch keinen Delegierten stellt (die BI Husum hat das Verhalten des KBW scharf verurteilt).

Es wird nicht leicht mit der „Wiedervereinigung" der BUU

Nach dem bisherigen Stand erscheint es als beschlossene Sache, daß demnächst eine neue Landeskonferenz der BUU stattfinden muß, auf der es vor allem um die Wiederherstellung der Einheit der BUU und um die Festlegung neuer gemeinsamer Aktionen gehen wird.

In den Hamburger BI's ist dieser Standpunkt weitestgehend vereinheitlicht, abgesehen von einigen sektiererischen Irrlichtern und den frischgebackenen Phantom-„Initiativen" der DKP, denen aber insgesamt keine praktische Bedeutung zukommt. In der Westküsten-Konferenz besteht eine klare Mehrheit für eine Landeskonferenz und für Bemühungen um die Einheit der BUU. In der Ostküsten-Konferenz gehen die Rechten knallhart auf Spaltung, d.h. möglicherweise sogar Gründung eines neuen Regionalverbandes. Die klare Mehrheit der Ostküsten-Konferenz ist aber für die Durchführung einer neuen Landeskonferenz. In den Marschen, denen als Initiativen „vor Ort" (Brokdorf) eine besondere Bedeutung zukommt, gibt es nur eine hauchdünne Mehrheit für eine neue Landeskonferenz, die von der Stimmenthaltung dreier ‚rechter' BI's abhängt.

Es muß unserer Meinung nach als Erfolg betrachtet werden, wenn die insgesamt mit klarer Mehrheit beschlossene Landeskonferenz tatsächlich zustande kommt, wenn dort Brokdorf u n d Itzehoe (19.2.) i n s g e s a m t als politischer Erfolg eingeschätzt werden und wenn eine Formulierung wie „...alle AKW-Gegner, unabhängig von den ihren Vorstellungen über die F o r m e n des Protestes" vereinheitlicht werden könnte (ein Punkt, wo besonderer Widerstand der Rechten zu erwarten ist). Dafür wollen wir eintreten, und leicht wird das nicht werden.

Bilanz nach dem 19.2. – So sehen's die anderen

DKP: Dumm geboren und nichts dazu gelernt

Neben Atom-Industrie, Stoltenberg und Bundesregierung gehört auch die DKP zu den großen Verlierern des 19.2. Die tägliche wütende Hetze der „UZ" vor dem 19.2. gegen die Demonstration in Brokdorf wird allen Betroffenen unverschüttbar in Erinnerung bleiben! Als *„Grüppchen maoistischer Provokateure"* und *„Handvoll organisierter maoistischer Provokateure"* (Horst Boje in der „UZ" vom 17.2.) sollten wir diffamiert und dem Polizeiterror ausgeliefert werden, den wir angeblich sogar „gewollt" und „provoziert" hätten.

Pech für die DKP, daß es am 19.2. alles ganz anders kam!

Nachträglich ist die DKP natürlich **auch nicht bereit, irgendwelche für** die Anti-AKW-Bewegung nützliche Lehren aus ihrer Bauchlandung zu ziehen. Im Gegenteil. So macht die „UZ" vom 21.2. aus den über 30.000 Demonstranten in der Wilstermarsch nur *„mehrere tausend Demonstranten"*, wobei ganz plötzlich hervorgehoben wird, daß sich darunter *„neben organisierten maoistischen Gruppen auch viele über die Kernkraftwerkspläne empörte Jugendliche befanden, die keine Anhänger dieser Gruppen sind"*. Die Methode ist leicht durchschaubar: V o r dem 19.2. waren wir alle „eine Handvoll Maoisten"; n a c h unserer großen **erfolgreichen** Demonstration aber werden wir zu „empörten Jugendlichen" erklärt, die mit den bösen Maoisten gar nichts im Sinn haben.

In der „UZ" vom 25.2. phantasierte dann gar ein Herr Stiefvater, DKP-Bezirksvorsitzender in Schleswig-Holstein: „*...Zum Versuch, die Bürgerinitiativen zu spalten, gehört auch der massive Einsatz maoistischer Gruppierungen. Ihr Abenteurertum soll die ganze Bewegung in Mißkredit bringen. Diese Rechnung ist jedoch nicht aufgegangen. Sie erlitten schon vor Itzehoe eine politische Niederlage. Die Verwirrung unter den Anhängern ist jetzt groß ... Die maoistischen Gruppierungen sind in der Bürgerbewegung eine Belastung. Diese Gruppierungen sind nicht bündnisfähig, sie wollen es auch nicht sein.*"

Das Schema, nach dem die DKP die Wirklichkeit mit ihren Wünschen in Einklang bringt, steht längst fest. Es kann auf die Formel gebracht werden: „... **Aber als maoistische oder anarchistische Gruppen den Kampf der Bevölkerung für eigene gruppenegoistische Ziele mißbrauchen wollten, waren sie sehr schnell isoliert"**. So steht's schon in einer im Januar erschienenen DKP-Broschüre zu Brokdorf zu lesen (S.32). Und das ist wiederum wortwörtlich aus einer anderen DKP-Broschüre von 1976, diesmal zu Wyhl, abgeschrieben worden: „... **Aber wenn maoisti-**

1976, diesmal zu Wyhl, abgeschrieben worden: „... Aber wenn maoisti-

sche oder anarchistische Gruppen den Kampf der Wyhler Bevölkerung für eigene gruppenegoistische Ziele mißbrauchen wollten, dann waren sie sehr schnell isoliert" (S.17). Die DKP hat die Stempel stets bereit, die sie der Wirklichkeit der Bewegung aufdrücken möchte. „Maoisten" werden eben immer „sehr schnell isoliert"; klappt das jedoch nicht so schnell wie gewünscht, dann muß man sie zu „empörten Jugendlichen" erklären.

Auch die DKP, ähnlich wie die „KPD/ML" und der KBW, hat sich eine Scheinwelt neben der bestehenden r e a l e n Welt aufgebaut. In ihrer Scheinwelt läuft alles nach dem vorgegebenen Schema ab, während ihnen die reale Welt davonläuft. Sollen sie nur weiterträumen und weiterspinnen! Umso leichter wird es der Anti-AKW-Bewegung fallen, sich von dem ganzen Ballast dieser Traumtänzer zu trennen.

KBW: „Aufhängen!"

Der KBW hat für den 19.2. insgesamt nur schwach mobilisert. Außerhalb Norddeutschlands hatte der KBW sogar ausdrücklich eine Mobilisierung nach Brokdorf abgelehnt (das sei „Sache der Massen in Norddeutschland") und örtliche Alternativ-Veranstaltungen durchgeführt. Aber selbst in Norddeutschland machte der KBW in den meisten Städten erst ein, zwei Tage vor dem 19.2. überhaupt nennenswerte „Anstrengungen". So kam es auch, daß der KBW am 19.2. mit weniger als 1.000 Leuten auf der Demonstration vertreten war, was auch in Berücksichtigung seiner Talfahrt im letzten Jahr ein erbärmliches Ergebnis ist.

In einer ersten Einschätzung („KVZ"-Extrablatt vom 21.2.) wird der 19.2. als Niederlage dargestellt, die von den *„Kettenhunden der Polizei"*, d.h. dem Kommunistischen Bund und der „KPD", verschuldet worden sei. Der KBW behauptet, „**daß das Baugelände des Kernkraftwerks, daß die Festung Brokdorf am Samstag nah am Fallen war, daß die Massen die Möglichkeit hatten, diese Festung zu erobern und zu schleifen**". Man müsse dafür *„die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen"*. Namentlich genannt wird ein Genosse des KB und zwei Mitglieder der „KPD", denen angedroht wird, sie *„zum passenden Zeitpunkt"* **aufzuhängen**. Die Mammut-Auflage dieses Extra-Blattes (300.000 !!) steht übrigens im schreienden Gegensatz zu den dürftigen Mobilisierungsbemühungen des KBW v o r dem 19.2.!

Ein Gutes scheint die Sache aber doch gehabt zu haben: Laut „KVZ" vom 24.2. bedeutet der 19.2. auch **„einen Rückschlag im Aufbau der Kommunistischen Partei"**, womit der KBW seine eigenen Gründungspläne meint. Der logische Zusammenhang zum Parteiaufbau wird zwar nicht klar, aber daß der KBW einen Rückschlag erlitten hat, ist jedenfalls erfreulich. Einiges kann man sich auch von folgender Ankündigung in der „KVZ" vom 24.2. versprechen: *„Wenn die Revisionisten und Opportunisten mit ihren Absichten noch durchgekommen sind, dann, weil diese Absichten bis in die Reihen der Revolutionäre* (d.h. den KBW – Anm. AK) *hinein Wirkung ausübten. Wieweit und warum, daß muß man untersuchen, und die Ursachen dafür muß man beseitigen. Das werden wir tun"*. Möglich, daß jetzt eine hocherfreuliche Neuauflage des selbstzerstörerischen „K(r)ampf zweier Linien" im KBW ansteht. In Bremen **wurden jedenfalls schon auf einer öffentlichen KBW-Veranstaltung einzelne aufmuckende KBW'ler als „Angsthasen" und „Hosenscheisser" fertiggemacht. Nur weiter so!**

SAG: Auch auf dem Dolchstoßtrip

Die SAG (Sozialistische Arbeitergruppe), die in Norddeutschland im wesentlichen nur in Hannover und Hildesheim auftritt, spricht in einem ersten Flugblatt von einer **„Kapitulation in Brokdorf"**. Die Demonstration durch die Wilster Marsch habe *„an eine klassische sozialdemokratische Massenveranstaltung"* erinnert.

Schuld daran sei, wie kann es anders ein, **„insbesondere der KB"**. Konsequent wird dann auch sogar von den **„KB-Organisatoren der Brokdorfer Demonstration"** gesprochen. Es folgen dann in buntem Reigen die Sagen und Legenden, wie sie derzeit auch vom KBW und einigen Hamburger „Sponti"-Gruppen um den 19.2. gerankt werden. Dabei wird sogar noch bemängelt, daß der KBW vor der Polizeiabsperrung *„an seiner Agi-*

noch bemängelt, daß der KBW vor der Polizeiabsperrung „an seiner Agi-

tation handfest gehindert" wurde. Schlußfolgerung der SAG: *„Damit hat der KB in unseren Augen den Anspruch verwirkt, eine führende Rolle in der Anti-AKW-Bewegung zu spielen"*. Einen derartigen „Anspruch" hatten wir allerdings nie. Freilich ist es richtig, daß sich viele taktische Einschätzungen und Vorschläge des KB in der Bewegung durchgesetzt haben – einfach deshalb, weil sie vernünftig und nützlich waren. Wir rechnen damit, daß das auch zukünftig und gerade nach den Erfahrungen des 19.2. so bleiben wird.

Speziell in Hannover macht die SAG derzeit (wohl als einzige Strömung am Ort) gemeinsame Sache mit den Demagogen des KBW. Immerhin gehen sie aber in ihrer Einschätzung nicht so weit, daß sie behaupten würden, man hätte am 19.2. den Bauplatz besetzen können. Sie schreiben: *„Den politischen Widerstand zu organisieren, ist keine leichte Aufgabe. Mancher wird uns fragen: wie hättet ihr denn den Bauplatz besetzen, die Polizeiabsperrungen durchbrechen wollen?"* ... **Die SAG bekennt, im Gegensatz zum KBW, ausdrücklich, daß sie darauf auch keine Antwort weiß. Das ist wahrlich nicht sehr viel!**

„KPD/ML": Ansichten eines Clowns

Die „KPD/ML" hatte vor dem 19.2. kein gutes Bild abgegeben: Am 5.2. erklärte sie auf der Bundeskonferenz der BI's in Wilster, in Brokdorf würde man „dem Feind ins offene Messer laufen" und daher werde „die Partei" in Itzehoe demonstrieren. Am 6.2. hieß es dann: „die Partei" habe es sich überlegt und wolle doch mit nach Brokdorf kommen. Nichtsdestotrotz stimmten die „KPD/ML"-Vertreter in den BI's bei den nächsten Treffen g e g e n Brokdorf, f ü r Itzehoe oder irgendwelche „dezentralen Aktionen". „Die Partei" habe da eine ganz heiße Sache vor, wurde auch geheimnisvoll mitgeteilt.

Nun denn: N a c h dem 19.2. steht die „KPD/ML" natürlich wieder da, wo sie als Avantgarde der gesamtdeutschen Arbeiterklasse hingehört: Nicht bloß auf der S e i t e der Sieger, sondern sogar an ihrer S p i t z e ! **„Erfolgreiche Demonstration gegen KKW Brokdorf"** lautet die Schlagzeile des „Roten Morgen" vom 25.2. Und das verdanken wir allein „der Partei". Denn: „... *es ist die Pflicht der kommunistischen Partei, unnötige Opfer zu vermeiden. Und diese Pflicht erfüllte die Partei bei dieser Demonstration. Angesichts der Übermacht der Polizei rief sie die Demonstranten bei dieser und zwei weiteren Kundgebungen auf, nicht ins offene Messer der Polizei zu laufen, auf eine Besetzung des Bauplatzes zu verzichten. Damit erwarb sie sich das Vertrauen vieler Menschen in den Bürgerinitiativen und gab eine Taktik an, der sich schließlich auch die Zirkelführer von GRF* (=„KPD") *und KBW beugen mußten"* („RM", 25.2.).

Nun also weiß man endlich, wer am 19.2. das Vorgehen der Demonstranten geleitet hat: Nicht etwa der gewählte Vertrauensleuterat aus den BI's, wie wir bisher dachten. Auch nicht das LG des Kommunistischen Bundes und das ZK der „KPD", wie der KBW behauptet. Nein, es war natürlich „die Partei".

An dieser Geschichte stimmt immerhin soviel: Die „KPD/ML" tauchte tatsächlich ganz kurz mit etwa 50 Leuten und einer Parteifahne in Wilster auf und verpißte sich dann rasch wieder. Alles andere hingegen ist frei erfunden. Man kann sich eigentlich nur vorstellen, daß solche Geschichten im Suff zustande kommen. Aber vielleicht hat die „Rote Fahne" („KPD") sogar recht, wenn sie meint: **„Man würde der KPD/ML-Führung und der Redaktion des ‚Roten Morgen' zuviel zutrauen, würde man glauben, es handle sich bei solchen Geschichten um bewußte und eiskalte Lügen. Es ist ja gerade das Kennzeichen von 'links' aufgeputzten Sektierern, daß sie die eigenen Märchen über die eigene Kampfentschlossenheit, den eigenen Einfluß und die Korrektheit ihrer Politik glauben"** („RF", 2.3.). Da spricht der Fachmann!...

„KPD": Schon wieder auf dem Kriegspfad

Die „KPD" hatte am 19.2. eine relativ positive Rolle gespielt, indem sie die kollektiven Beschlüsse der Demonstrationsleitung, die umfassende Konfrontation mit der Polizei möglichst zu vermeiden, voll mitgetragen hat. Dafür wurden dann auch vom KBW zwei führende „KPD"ler namentlich als *„Kettenhunde der Polizei"* etc. angegriffen und wurde dazu aufgefordert, sie *„zum passenden Zeitpunkt"* aufzuhängen („KVZ-Extrablatt", 21.2.).

Die „KPD" scheint diesen Angriff allerdings, ebenso wie eine Reihe von weiteren üblen Provokationen des KBW, mit ziemlicher Gelassenheit schlucken zu wollen. Vor allem in der Hamburger Anti-AKW-Bewegung ist die „KPD" im Gegenteil bemüht, die Kritik am KBW abzuschwächen. Mit dem KBW und einzelnen Unorganisierten (gleichfalls Leute, die heute die „KPD" maßgeblich für die angebliche „Niederlage" vom 19.2. mit verantwortlich zu machen versuchen) ist die „KPD" in Hamburg eine miese Koalition eingegangen, um den KB aus Gremien der BI-Bewegung auszuschließen. Diese Taktik wird sich für keinen ihrer Urheber lohnen, für die „KPD" am allerwenigsten.

Während die „KPD" gegenüber KBW und „Spontis" die Widersprüche zu kitten versucht (auch auf Kosten des eigenen Rückgrats), wird ziemlich undifferenziert gegen d i e Kräfte der Anti-AKW-Bewegung geholzt, die am 19.2. die Kundgebung in Itzehoe organisiert hatten. So heißt es bereits in einem ersten Flugblatt der „KPD": *„Der 19.2. ist auch eine schwere Niederlage für die Veranstalter von Itzehoe, die sich in die Anti-AKW-Bewegung eingeschlichen haben, in Wirklichkeit aber AKW-Befürworter sind ... Um sich erneut in die Bewegung der AKW-Gegner einzuschleichen, sprechen die Drahtzieher von Itzehoe jetzt davon, daß man doch zu gemeinsamen Aktionen kommen müsse ... Aber die kämpferische Einheit der Anti-AKW-Bewegung ist etwas anderes als die Einheit mit diesen Spaltern, die sich jetzt den Pelz waschen wollen"*. Mit diesen Kräften sei „keine Einheit möglich". In der „Roten Fahne" vom 23.2. (S.3) kann man ungefähr dasselbe noch einmal lesen.

Richtig ist daran, daß eine Einheit mit der DKP, diesen „Chaoten-Hetzern", nicht anzustreben ist. Es ist aber auch überhaupt nicht die DKP, die aus dem Kreis der Veranstalter von Itzehoe jetzt die Frage der „Wiedervereinigung" der BUU aufwirft. Im Gegenteil, die DKP hat die Spaltung geschürt und will sie mit ihrer „Chaoten"-Hetze verewigen. D i e Kräfte aus dem Kreis von Itzehoe, die jetzt die Aufgabe der Einheit stellen, tun das im Widerspruch zur DKP. Diese Kräfte nicht ernst zu nehmen, ihre Vorschläge und Angebote nicht zu prüfen, könnte nur den Spaltpilzen von Stoltenberg bis DKP gelegen kommen!

„Arbeiterbund": Plumpe Polemik gegen den KB

Der südbayrische „Arbeiterbund" betrachtete die Vorgänge in und um Brokdorf naturgemäß mehr aus der Distanz. Angenehm überraschte er immerhin mit einer für seine Verhältnisse sehr scharfen Verurteilung der Machenschaften der DKP. Wegen der Ausgewogenheit mußte natürlich auch die „andere Seite" gleich ihr Fett kriegen. Die Münchner „KAZ" schreibt in der Ausgabe vom 20.2.: „... *Währenddessen hielten es Gruppen wie der KB, der KBW und die Gruppe 'Rote Fahne (KPD)' für eine Selbstverständlichkeit, daß es nicht um die Einheit ginge, sondern ums Radikalsein. Es ist für diese Leute ein klarer Fall, daß man um die Einheit mit von der Sozialdemokratie beeinflußten Menschen nicht kämpfen muß, sie sind nicht fähig zu erkennen, daß die Einheit radikalisierter kleinbürgerlicher Kräfte eine Einheit auf schwachen Füßen ist. Ihre gesamte Politik arbeitet der 'Maoisten'hetze der DKP in die Hände"*.

Schlußfolgerung: *„Spätestens jetzt sollte jeder Revolutionär seine Pflicht erkennen und aktiv am Wiederaufbau der KPD mitarbeiten"* (das kann man bekanntlich nur im „Arbeiterbund"!).

Ihre plumpe Polemik gegen den KB untermauert die „KAZ" natürlich , wie üblich, mit keinerlei Tatsachen, mit keinerlei konkreten Berichten, mit keinerlei eigenen Vorschlägen! Ähnlich wie in der DKP scheint auch im „Arbeiterbund" beim Stichwort KB die Klappe zu fallen und man braucht gar nicht mehr zu beweisen, daß wir die Schandtaten die man uns pauschal andichtet, überhaupt konkret begangen hätten.

Wenn die „Arbeiterbund"-Führer, was wir ihnen zugute halten möchten, keine Ahnung haben, was im fernen Norden an konkreten Auseinandersetzungen und konkreter Politik seitens des KB gelaufen ist, dann wären sie am besten beraten gewesen, wenn sie das Maul gehalten hätten. Mit ihrer Sucht, sich selbst in Brokdorf noch als Avantgarde zu empfehlen, haben sie sich bloß wieder als hohle Schwätzer entlarvt.

(Inzwischen ist der „Arbeiterbund" in München als entschiedener AKW-Befürworter aufgetreten; die Anti-AKW-Bewegung sei „maschinenstürmerisch" etc. – vgl. Artikel an anderer Stelle dieses AK)

GIM: Immer „mit den Massen"

Nachdem die trotzkistische GIM noch in ihrer Zeitung „was tun" vom 10.2. zur Demonstration in Brokdorf aufgerufen hatte, überlegte sie es sich plötzlich drei, vier Tage vor dem 19.2. doch noch anders und rief für Itzehoe auf.

Nach dem 19.2. urteilt „was tun": „Itzehoe und Wilster - Trotz Spal-

Itzehoe auf.
Nach dem 19.2. urteilt „was tun":

„Itzehoe und Wilster - Trotz Spaltung ein Erfolg im Kampf gegen KKW!" (24.2.). Dabei bringt die GIM noch die Dreistigkeit auf, zu behaupten, sie habe *„niemals ihre Position geändert"*. In der nachträglichen Bewertung bleibt die GIM immer noch bewußtseinsgespalten:

Einerseits triumphiert sie: *„Demonstrationsverbot ein Schlag ins Wasser". „Die Demonstation von Wilster ... zeigte, daß mit Demonstrationsverbot ... dieser Bewegung nicht beizukommen ist. Es erwies sich als undurchsetzbar. Es blieb wirkungslos. Es wurde nicht einmal versucht, auf seiner Einhaltung seitens des Staatsapparats zu bestehen. Es kann damit seine Funktion zur Kriminalisierung der Bewegung und als Vorreiter für einen erneuten Abbau demokratischer Rechte nicht erfüllen. Das ist ein großer Erfolg nicht nur für diesen Kampf, sondern für die Verteidigung demokratischer Rechte überhaupt"*. – **Richtig, und was wäre aus diesem Erfolg geworden, wenn wir angesichts von Demonstrationsverbot und „Chaoten"-Hetze ebenso wie die GIM nach Itzehoe ausgewichen wären?!**

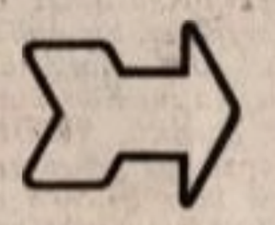
- **Andererseits rechtfertigt die GIM jedoch weiterhin ihren Ausflug nach Itzehoe**: „... *Jetzt kam es darauf an, mit den Massen zu gehen, die trotz aller Kampfbereitschaft der ‚Pro-Brokdorfer' letztlich die ausschlaggebende Kraft im Kampf gegen das AKW darstellen"*. Und die *„Massen"* sind für die GIM eben immer gerade da, wo DKP, Jung-SPD'ler und Gewerkschaftsführer es wollen. Es ist abzusehen, daß sich die Trotzkisten bei j e d e r Spaltung der Bewegung durch bürgerliche Kräfte (und dafür wird es zukünftig noch viele Anlässe geben) auf die Seite

Fortsetzung auf Seite 10

„tat" kontra „UZ"

Wie im letzten AK berichtet, ließ es sich die „UZ" der DKP vor dem 19. 2. besonders angelegentlich sein, immer wieder über die angebliche Absicht des berüchtigten Faschisten Roeder zu „informieren", am 19.2. nach Brokdorf zu kommen. Motto der „UZ"-„Berichterstattung": **„Maoisten und Neonazis organisieren Provokationen"** („UZ", 9.2.). Die besondere Pointe ist, daß Roeder dann am 19.2. in Wirklichkeit in **Itzehoe** auftrat, völlig ungestört. Wir haben uns nicht getäuscht, daß die „UZ" in ihrer ansonsten sehr weiträumigen und schwelgerischen Berichterstattung über Itzehoe diesen „gemäßigten AKW-Gegner" glatt vergessen würde.

Beachtlich ist hingegen ein Kommentar der antifaschistischen Wochenzeitung „tat" vom 18.2. Ansonsten meist an der kurzen Leine der DKP agierend, hat die „tat" in diesem Fall die Manipulationen um Roeder offengelegt und damit auch der „UZ" indirekt eine Ohrfeige versetzt. Respekt! Hier der Wortlaut des „tat"-Kommentars:



Nazi Roeder liefert die „Beweise"

Für die beliebte Diffamierungsthese – die „Linken" und „echten Extremisten" arbeiteten Hand in Hand – lieferte der Neofaschisten-Häuptling Manfred Roeder bilderbuchmäßig die passenden „Beweise": Er tönte lauthals, seine Neonazis würden „Arm in Arm" mit den sogenannten militanten K-Gruppen in Brokdorf dabeisein, um „den Zusammenbruch der Bundesrepublik zu fördern".

Da sind alle Propagandaklischees beisammen: Angebliche „Linke" und Rechte „Arm in Arm". Und den Kernkraftwerksgegnern geht's gar nicht um die Kernkraft, sondern um den „Zusammenbruch der Bundesrepublik". Und sie wollen „den Bürgerkrieg ..."

Das ist alles so haargenau passend für die gegenwärtige Diffamierungskampagne, daß es direkt erfunden und honoriert werden müßte, wenn es der Roeder nicht schon hinausposaunt hätte.

Ob er das Honorar schon kassiert hat?

aus: tat 18.2.77

Fortsetzung von Seite 9

von DGB, SPD und DKP. schlagen werden, weil dort „die Massen" seien.

Die GIM läßt es sich jetzt nicht nehmen, in erster Linie gegen den Kommunistischen Bund zu polemisieren, während die Provokateure vom KBW nur in einem Nebensatz erwähnt werden. So liest man jetzt in „was tun": *„Wer heute (wie z.B. der KB) der Frage des Demonstrationsortes eine größere Bedeutung beimißt, als der Einheit in der Aktion, der kann auch morgen leicht wieder zu einem Faktor werden, der Spaltungen begünstigt, indem er untergeordnete Fragen zum Prinzip erhebt, während er auf die zentralen politischen Probleme der Bewegung keine Antwort gibt".*

Im Gegensatz zu diesem leeren Geschwätz haben wir schon vor dem 19.2. im AK hervorgehoben, **daß es uns überhaupt nicht um diesen oder jenen Demonstrationsort zu tun war,** sondern um eine angemessene Antwort auf die massiven Versuche der Bourgeoisie, die Anti-AKW-Bewegung zu spalten, die Bewegung unter den Einfluß von SPD und DKP zu bringen und die militanten Teile der Bewegung zu isolieren und zu schlagen. Die GIM empfahl in dieser Situation, nach Itzehoe auszuweichen. Wir hingegen waren nicht der Meinung, daß man mit so einer Taktik Spaltungspolitik und Einschüchterung wirksam bekämpfen kann. **Wir sehen es so, daß die Rechten (DKP, SPD) es auf eine Kraftprobe angelegt hatten und wir diese Kraftprobe mit Erfolg bestanden haben. D a s bildet heute die Voraussetzung, die Einheit der Bewegung unter für uns annehmbaren (!!) Bedingungen wiederherzustellen.**

Das Problem der GIM ist, daß sie diese taktische Frage gar nicht ernsthaft diskutiert, sondern uns irgendein dummes Zeug unterstellt, sich aber gleichzeitig noch frech in der erfolgreichen Demonstration in der Wilstermarsch zu sonnen versucht. Politisch glaubwürdig ist diese Haltung nicht.

„Spartacus" : Klein aber oho?

Die kleinere trotzkistische Gruppe „Spartacus" hatte die Demonstration zum Bauplatz Brokdorf unterstützt. In ihrer ersten Einschätzung kritisiert sie vor allem die GIM: *„...daß die GIM der bürgerlichen Hetzpropaganda auf den Leim gegangen ist ... Abstrakt ist sicher die Aussage richtig, daß ohne die in Itzehoe Demonstrierenden und - müßte man ergänzen - die überhaupt zuhause Bleibenden, d.h. ohne die Mehrheit der Arbeiterklasse, die heute noch durch den reformistischen Einfluß gelähmt ist, die Bewegung gegen KKW's nicht entscheidende Erfolge wird erringen können. Richtig ist auch die Feststellung, daß gerade die militanten Demonstranten von Brokdorf weitgehend noch von der Arbeiterklasse isoliert sind . Doch aus diesen allgemein richtigen Feststellungen zieht die GIM eine verheerende Konsequenz. Nicht nur, daß sie den Kampf in Brokdorf, daß sie den Versuch, das Demonstrationsverbot zu durchbrechen von vornherein für verloren ansieht und damit faktisch vor den Schlägen der Bourgeoisie kapituliert! Darüberhinaus zieht sich die GIM bewußt von den militantesten und entschlossensten Kämpfern gegen KKW's zurück, die sicher in ihrer Mehrheit in Brokdorf und nur in geringer Anzahl in Itzehoe waren...".*

Zusammenfassend schreibt „Spartacus": ***„Die Durchsetzung der Demonstrationsfreiheit und die große Anzahl der Demonstranten waren ein relativer Erfolg der Brokdorfer Aktion. Jedoch wurde am 19.2. kein entscheidender Schritt nach vorn gemacht. In der Vorbereitung und während der Durchführung der Aktion ist es nicht gelungen, eine politische Klärung und Vereinheitlichung beim Kampf gegen das Atomenergieprogramm der Regierung zu erreichen. Die entscheidenden und wichtigen Aufgaben liegen noch unbewältigt vor der Zukunft der Anti-KKW-Bewegung. Im Augenblick droht die Gefahr, zwischen einseitig verstandener Militanz (immer wieder gegen die Brokdorfer Festung oder eine andere anzurennen, bis nur noch ein harter Kern dazu bereit ist) und politischer Integration (Vertrauen auf gerichtliche und parlamentarische Gremien und Entscheidungen) zerrieben zu werden. Die falsche Alternative kann nur überwunden werden, wenn die KKW-Bewegung eine langfristig angelegte politische Perspektive entwickelt. Eine grundsätzliche politische Debatte über die weitere Orientierung ist unbedingt notwendig und nur sie kann die Bewegung voranbringen"*** („Spartacus"-Extra). – Das könnte von u n s sein!...

„Und dann noch die Scheiße mit dem KB"...

Die meisten „Sponti"-Gruppen, „Sponti"- und „Alternativ"-Zeitungen der BRD und Westberlins haben sich nach Kräften an der Mobilisierung für den 19.2. nach Brokdorf beteiligt und werten diesen Kampftag nachträglich auch insgesamt als Erfolg.

Es gibt aber einige Zeitungen der „Sponti"- und Unorganisierten-Szene, die davon eine Ausnahme machen. Bisher sind das „Pflasterstrand – Zeitung für Stadtindianer" (Frankfurt, dem Kreis um Cohn-Bendit nahestehend), „Info-BUG" (Westberlin) und „Große Freiheit" (Hamburg).

Diese Zeitungen und die sie tragenden Gruppen hielten es vor dem 19.2. nicht für angebracht, sich an der Brokdorf-Mobilisierung zu beteiligen, oder sie machten sogar Gegen-Propaganda. Nach dem 19.2. versuchen sie, die Demonstration mehr oder weniger als Niederlage darzustellen, sich zum Sprachrohr der frustrierten „ganz Militanten" zu machen und an der Dolchstoß-Legende des KBW gegen den Kommunistischen Bund mitzustricken.

Am eindeutigsten belegt ist die Haltung des „Info-BUG" vor dem 19.2. (siehe „Info" vom 14.2.). Es heißt dort im Leitartikel (S.2-3): *„Wir dürfer es – und hier haben die Genossen in Norddeutschland bereits den ersten kapitalen Fehler vollzogen – gegenwärtig unter keinen Umständen zu einer Spaltung kommen lassen! ... Anstatt nun die dem Spaltungskonzept der Herrschenden entsprechende ‚Gegenveranstaltung' in Itzehoe einfach zur einzigen Hauptveranstaltung und zentralen Manifestation des Protestes zu machen, indem man geschlossen eben nun dorthin mobilisiert ... sitzt man dem Vorgehen der Bürgerlichen auch noch vollständig auf, indem man den Ort zur Prinzipienfrage macht".* Es kommt noch toller: *„... Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß alle gebotenen militärischen Mittel der Polizei und des BGS zum Einsatz kommen, auch um den Preis vieler schwerer Verletzungen, vielleicht sogar toter Demonstranten ... Wenn diverse K-Gruppen, hier auch KB, nun doch nach Brokdorf mobilisieren, so tun sie dies im Bewußtsein all dieser Tatsachen. Man kann hier nicht umhin, anzumerken, daß von jener Seite – bewußt oder unbewußt – Opfer in Kauf genommen werden, um im schlimmsten Falle auf der Basis einer spontanen Welle der Empörung neue Rekrutierungsmöglichkeiten für ihre Parteien und Bünde zu eröffnen".* Zu Peter Boehnisch's „Jungfrau von Brokdorf" ist da nur noch ein kleiner Schritt! ... Diese Tendenz ist keine Ausnahme. So weiß auch eine Frau im „Pflasterstrand" Nr.5 zu berichten, daß die K-Gruppen *„über Leichen gehen"* (S.9); und in derselben Zeitung findet sich der gegen *„stalinistische Kapellen"* und *„aufrechte Leninisten"* gerichtete denkwürdige Satz: *„Die Erpressung mit der Gefahr eines Atomkraftwerks ist genauso widerwärtig wie die mit dem Bundesgrenzschutz"* (S.5).

Die „Große Freiheit" hat immerhin in ihrer letzten Ausgabe vor dem 19.2. (vom 18.2.) die Frage „Itzehoe oder Brokdorf" total offen gelassen und sich lediglich zu dem Kommentar durchringen können: *„Die Auseinandersetzungen um die geeignete Fortsetzung des Kampfes hat bei Teilen der AKW-Gegner Unsicherheit ausgelöst".* Festzuhalten ist aber, daß der Hauptartikel der „Atom-Extra"-Ausgabe der „Großen Freiheit" n a c h dem 19.2. von einer Gruppe verfaßt ist, die auf dem letzten Plenum der Hamburger BUU vor dem 19.2. (am 17.2.) mit dem Vorschlag auftrat, angesichts der zu befürchtenden Konfrontationen mit der Polizei alles abzublasen! In ihrem Artikel bringen diese Verfasser ihre eigene Wankelmütigkeit und Stimmungshaftigkeit sehr klar zum Ausdruck. So schreiben sie einerseits: *„Vor der geplanten Demo in Brokdorf hatten wir Angst. Unsere Einschätzung war, daß es dort ein Gemetzel geben würde, bei der die Linke nur verlieren könnte"* (S.1). Da das Gemetzel (leider, oder wie?!) ausgeblieben ist, haben die Verfasser inzwischen neuen Mut gefaßt und meinen: *„So wenig Bullen haben wir selten in der Wilster Marsch gesehen ... Nun kniffen wir vor der ersten Sperre"* (S.3). Was wäre passiert, wenn wir nicht „gekniffen" hätten? Wahrscheinlich würden dieselben Leute heute schreiben, sie seien von den K-Gruppen sinnlos verheizt worden!

„Pflasterstrand" (immer Nr.5) bringt es sogar fertig, auf zwei Seiten derselben Ausgabe einmal zu schreiben: *„Wenn die K-Gruppen per Beschluß den Sturm auf den Bauplatz beschließen, fühlen wir uns zu recht als Kanonenfutter einer alles- oder nichts-Politik ... In Bezug auf den 19. hatten viele Angst, daß die knallhart Organisierten eine Schlacht ohne Rücksicht auf die jeweilige Situation initiieren könnten"* (S.2). Und andererseits: *„Viele auswärtige Spontis haben sich davon abhalten lassen, nach Brokdorf zu fahren, weil ihnen die einmütig offensive Brokdorf-Mobilisierung der K-Gruppen suspekt erschien. Wenn die so groß das Maul aufreißen, dann kann ja nichts dahinter sein. Diese Einschätzung ist völlig richtig: Da ist auch nichts dahinter"* (S.4). Die K-Gruppen können schließlich tun was sie wollen – das Weltbild solcher Art von „Spontis" bleibt am Ende immer in Ordnung. Das ist im Prinzip nicht anders als bei Peter Boehnisch.

Man darf das nicht beschönigen, was da teilweise an antikommunistischen Vorurteilen und stückweise direkt faschistoidem Denken in manchen Köpfen steckt. Da schreibt z.B. in der „Großen Freiheit" (Atom-Extra) die erwähnte Gruppe über die Reaktion des Hamburger BUU-Plenums auf ihren Vorschlag, die Sache am 19.2. abzublasen: *„... Daraufhin war das Plenum aus dem Häuschen. Wutverzerrte Gesichter, geifernde ML-Fratzen – uns ergriff das Schaudern. Mit diesen Leuten also, die keiner vernünftigen Auseinandersetzung mehr zugänglich waren, sollten wir nach Brokdorf ziehen".* – Dabei ist eh eindeutig, daß am lautesten im Plenum gegen diesen Auftritt bestimmt nicht die KB-Genossen („ML"er waren sowieso kaum da!) protestiert haben, sondern die anderen „Spontis"! Aber um Fakten geht es dieser Art von „Spontis" auch gar nicht mehr. Für sie verschmilzt das Hamburger BUU-Plenum zu „geifernden Fratzen", und daß das dann eben nur „ML-Fratzen" sein k ö n n e n, ist selbstverständlich. Im Übrigen sind wir hier wieder („wutverzerrte Gesichter", „geifernde ML-Fratzen") bei der Sprache des Peter Boehnisch, und das ist ohne jeden Zweifel eine Sprache, die nicht bloß die politische, sondern auch die physische Liquidierung der solchermaßen zur „Fratze" Reduzierten geistig vorbereiten soll. Wir wollen das beileibe nicht diesen Verfassern der „Großen Freiheit" unterstellen. Ihre Verfassung regt teilweise eher zum Mitleid an als zur Wut. Trotzdem muß man klar sagen, daß die Dinge objektiv in eine faschistoide Richtung gehen.

Ähnlich steht es um die Assoziationsketten der schon zitierten „Pflasterstrand"-Frau, die folgende antikommunistische Torheiten zu Papier gebracht hat: *„... die Herren der KPD und des KB hatten nichts eiligeres zu tun, als durch ihre Untergebenen Ketten bilden zu lassen, gegen die, die nicht einsehen wollten, warum die Demo nicht weitergehen sollte. In mehreren Reihen hintereinander, fest untergehakt und wacker dem Feind trotzend standen sie uns gegenüber. Ein unbändiger Zorn überfiel mich beim Anblick dieser Bullenketten aus Kommunisten bestehend.*

Spanien, Kronstadt, Stalin – die ganze menschenverachtende Politik, die über Leichen geht, Hauptsache, die Linie bleibt korrekt – das alles kam mir bei diesem Anblick hoch. Unsere Selbstbeherrschung wurde einer harten Zerreißprobe ausgesetzt" (S.9). Was diese Auskotzerei mit der Realität zu tun haben soll, ist uns schleierhaft. „Menschenverachtende Politik, die über Leichen geht", soll man uns doch einmal konkret nachweisen! Hinzu kommt, daß die erwähnten Ketten überhaupt nicht mehrheitlich aus „Untergebenen" (!) der K-Gruppen bestanden, sondern aus Eimsbüttler „Spontis"; es waren, wie andere (SAG) ganz richtig gesehen haben, sogar zwei oder drei deutlich gekennzeichnete „Gewaltfreie" mit in den Ketten. Aber daraus muß auf Biegen und brechen eine „Bullenkette aus Kommunisten" gemacht werden, damit die ganze Stalin-Scheiße auch schön abgespult werden kann. (Möglich übrigens auch, daß die Frau die Ketten gar nicht wirklich gesehen hat oder nur von sehr weit weg, von der Wiese – denn vor den Ketten standen praktisch bloß KBW'ler!).

Was hätte die Frau vom „Pflasterstrand" denn eigentlich an dieser Stelle gewollt? Die Bullen-Sperre durchbrechen oder umgehen? Nein, das auch nicht, denn gleich darauf schreibt sie: *„... Als dann auch noch der KBW versuchte, in einem riesigen (?) Block an denen vorbei in Richtung Bauplatz zu marschieren, hatten wir die Schnauze voll. Zwischen die Fronten der Kommunisten zu geraten, die sich eh alle (!) in ihrem Befehlsgeber-Befehlsnehmer, oben-unten-Denken gleichen, dazu hatten wir nicht die geringste Lust",* (S.9).

Die Frau spricht vom Gefühl des Ausgeliefert-Seins. Einerseits Wut auf die, die da Ketten gebildet haben und zur Umkehr auffordern, andererseits Wut auf die, die trotzdem weitergehen wollen. Man oder frau fühlt sich in jedem Fall als der/die Angeschissene gegenüber dem undurchschaubaren Verhalten der „straff organisierten" K-Gruppen, denen als gigantischem Popanz jede Schweinerei und jeder eigene politische Konflikt zugeordnet wird. Darin liegt viel erschütternde Angst und Kaputtheit, vieles sicher auch in eigenen Erfahrungen mit der Praxis von „K-Gruppen" irgendwie motiviert. Aber zugleich gehen diese Leute voll auf die Klischees des bürgerlichen Antikommunismus ein, reproduzieren diese Klischees auf jede b e l i e b i g e Situation ein. So jemand weiß schon am Morgen, daß die „K-Gruppen" erstens über Leichen gehen und zweitens Maulhelden sind. Und am Abend wird er/sie dann seine Erwartungen mit Sicherheit voll erfüllt finden.

„ich bin ausgeflippt. mit dem kb ist soviel scheiße gelaufen, die ärsche. Ich kann garnicht alles erzählen, es wird zuviel ... und dann noch die scheiße mit dem kb. es ist alles kein spiel mehr" („Info-BUG", 28.2., S.9). Während sich dieser Zeitgenosse nur sehr allgemein über die „Scheiße mit dem KB" ausläßt (er bringt tatsächlich kein einziges konkretes Beispiel!), macht unterdessen überall in der BRD und Westberlin schon die berüchtigte „Fischmarkt"-Story die Runde. Viele Buchläden und „Alternativzeitungen" haben sie zugeschickt bekommen, „Info-BUG", „Große Freiheit" und „Pflasterstrand" haben sie nachgedruckt. Bemerkenswert ist dazu der Kommentar in „Pflasterstrand" (S.2.): ***„ ... reale Erfahrungen mit Glaubensgemeinschaften wie dem KB und anderen strukturell gleichen Organisationen wie dem MEK; den Bullen allgemein. Die Vorkommnisse, gerade die mit dem KB, wurden von anderen Genossen bestätigt."***

In der „Fischmarkt"-Story berichtet die Stadtteilgruppe St.Pauli-Fischmarkt (Hamburg) über die Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen, die sie am 19.2 mit der Polizei/MEK (tatsächlich) und dem KB (angeblich) hatten. Nachträglich scheint es sich herauszustellen, daß die „Fischmarktgruppe" tatsächlich Ärger mit einzelnen Demonstranten bzw. Demonstrantengruppen hatte und diesen Ärger unbesehen auf das Konto des KB geschrieben hat. So wurde felsenfest behauptet, KB'ler hätten bereits bei der Abfahrt der Gruppe ihren LKW-Schlüssel geklaut, die Auto-Tür eingetreten, sie nach Knüppeln „gefilzt" usw. Hysterisch wurden einzelne unserer Genossinnen und Genossen als Täter beschuldigt („Du bist das gewesen! Ich erkenne dich ganz genau wieder!"). **In diesem Fall konnte inzwischen ermittelt werden, daß die Geschichte sich tatsächlich etwa so zugetragen hat – nur daß die ‚Täter' keine KB-Genossen waren, sondern „Gewaltfreie" aus Münster waren!** Auf einer nicht viel anderen Ebene liegt es, wenn es (speziell in der „Fischmarkt"-Story, aber auch in anderen Erzählungen) nachträglich so dargestellt wird, als habe der KB die anderen überrumpelt, die Bauplatz-Besetzung ‚abzublasen', als habe der KB die anderen auch an der Polizei-Sperre überrumpelt etc. Herumerzählt wird beispielsweise, die „KB-Ordner" hätten gewählte Delegierte (Vertrauensleute) mit Gewalt daran gehindert, vor der Polizei-Sperre zum Lautsprecherwagen vorzudringen und an der Entscheidung teilzunehmen. Nun waren die Ordner tatsächlich außerordentlich stur, und zwar gerade auch die „Spontis" und „Gewaltfreien", aber mit einigen Überredungskünsten konnte nach unseren Erfahrungen schließlich doch jeder der das wollte, irgendwo durchschlüpfen und zum Wagen gehen.

Das Wesen der Polemiken gegen den KB ist gerade, daß es um beweisbare Tatsachen gar nicht geht, sondern man sehr schnell bei der Hand ist, beliebige Erscheinungen willkürlich als *„typisch die Ärsche vom KB"* zu summieren. Dieser Typus von „Sponti" tut gerade das, was den K-Gruppen angekreidet wird: Verbreitung von Diffamierungen, gegen die sich die Betroffenen kaum wehren können, zu denen nicht einmal ihre Stellungnahme angehört wird, und die man dann selbst d a n n noch ungerührt weiter herumstreut, wenn sie nachweislich längst widerlegt sind. Selbst wenn jetzt z.B. – wie wir vermuten – die „Fischmarkt"-Gruppe von einigen ihrer Erzählungen abrücken wird, dürfte die erhoffte Wirkung bei vielen wohl doch eingetreten sein, nach dem alten Rezept „Etwas bleibt immer hängen"!

Das Wesen d i e s e r Art von „Sponti"-Politik besteht darin, uns wechselweise von „links" und mal von rechts anzugreifen, mit einander total widersprechenden Argumentationen. Phantasierte der Leitartikler des „Info-BUG" vom 21.2. noch, man hätte am besten die Bullen *„mit Konfetti, Luftschlangen Blumen, Obst oder sonstwas bewerfen"* sollen, hätte *„Faßnachtsartikel"* statt Knüppel mitnehmen sollen (S.3), kommen in der nächsten Ausgabe (28.2.) zur Abwechslung die „ganz Militanten" zu Wort. Und alle verstehen sich bestens und sind sich einig in der Wut auf die „Ärsche vom KB".

Für überhaupt nicht ausgeschlossen würden wir folgenden hypothetischen Vorfall halten: „Gewaltfreie" Spontis mit Pappnasen nehmen militanten Spontis die Knüppel ab. Daraufhin zwei Berichte: Die „Gewaltfreien" schreiben, daß sie die „Ärsche vom KB" entwaffnet hätten, die auf knallharte Auseinandersetzungen ausgewesen seien und andere sinnlos verheizen wollten. Die Militanten schreiben, sie seien von den „Ärschen vom KB" überfallen worden, die genau wie verkleidete MEK-Bullen ausgesehen hätten. Beide Berichte könnten durchaus in derselben Zeitung zu finden sein. Das eben ist undogmatisch und unbürokratisch. ...

Nein, ist es natürlich n i c h t ! Wir glauben auch nicht, daß so ein Vorgehen noch die politische Bezeichnung „Sponti" verträgt. Und, wie gesagt, die übergroße Mehrheit von „Sponti"-Gruppen, von „Sponti"- und „Alternativ"-Zeitungen hat ja auch nicht daran gedacht, mit auf diesen Trip zu gehen. Und in den genannten Gruppierungen sollten die ehrlichen Spontis mal die Fenster weit aufreißen, damit etwas frische Luft in die Bude kommt und der antikommunistische Mief verfliegt!



Nachrichten vom Widerstand

Erfolgreiche Anti-AKW-Veranstaltung im AKW Brunsbüttel

Hamburg. Die Anti-AKW-Gruppe der Gewerbeschule 5 (Drucker, Friseure, Zahntechniker) führte am 16.2., rechtzeitig vor dem 19., eine Anti-AKW-Veranstaltung in der Schule durch, zu der 50 Kolleginnen und Kollegen kamen. Noch am Morgen vor der Veranstaltung hatte die Schulleitung die zwei verantwortlichen Kollegen aufgefordert, ein Papier zu unterschreiben, wonach sie sich verpflichten mußten, nicht zur Brokdorf-Demo aufzurufen. Desweiteren stellte die Schulleitung die Bedingung, eine Gegenveranstaltung mit HEW und NWK durchzuführen, die eine Woche später in Form einer Besichtigungsfahrt in das AKW Brunsbüttel, an der ca. 50 Klassensprecher/innen und ihre Stellvertreter teilnahmen.

Die geplante Indoktrination der Kollegen im Sinn der AKW - Betreiber wurde für die HEW-Leute allerdings zum Bumerang: Die Anti-AKW-Gruppe hatte sich gut vorbereitet und stellte präzise Fragen an die Informationsingenieure von Brunsbüttel. Vor den Augen der Kollegen wurden die HEW-Leute mit Fragen nach der Gefährdung durch AKWs, nach den Katastrophenplänen usw. völlig ins Schleudern gebracht. Nach 2 Stunden wurde die „Informations"-Veranstaltung von den HEW-Leuten recht abrupt abgebrochen – sie waren wohl sehr frustriert, daß ihre Lobeshymnen auf die Atomkraft auf taube Ohren gestoßen waren. Die Kollegen fuhren zurück nach Hamburg, am Atom-KZ Brokdorf vorbei, und hinterließen in Brunsbüttel ihre Anti-AKW-Spuren in Form von Aufklebern, Plaketten usw. Insgesamt eine saubere Sache!

***

Erfolgreiche Veranstaltung in Hamburg

Am 5.3. führten in **Hamburg/Wandsbek** mehrere Wandsbeker Bürgerinitiativen eine erfolgreiche gemeinsame Veranstaltung mit mehr als 200 Teilnehmern durch. Auf der Veranstaltung wurde sehr lebhaft über den 19.2. diskutiert, der von der überwiegenden Mehrheit der Anwesenden als großer Erfolg eingeschätzt wurde. Gegen Ende der Diskussion wurde bei 6 Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen eine Resolution verabschiedet, in der es u.a. heißt:

„Es ist uns unverständlich, daß bis zum heutigen Zeitpunkt keine vom Plenum der Hamburger Bürgerinitiativen verfaßte öffentliche Stellungnahme zu der erfolgreichen Demonstration in der Wilster Marsch am 19. 2. 77 zustandegekommen ist. Auf diese Weise sind die notwendigen Schritte zu einer neuen Einheit aller Bürgerinitiativen auf Grundlage des Erfolges vom 19.2. unnötig verzögert worden. Diese von uns geforderte Stellungnahme sollte u.E. unverzüglich abgegeben werden und die AKW-Gegner in der ganzen BRD erreichen, sowie die befreundeten Gruppen im Ausland."

Ein zentraler Punkt der Diskussion war der Kampf gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen, die in der nächsten Zeit zum Brennpunkt der Anti-AKW-Bewegung werden wird. In diesem Sinn wurde auch die Teilnahme an der Großkundgebung in Gorleben, die für den 12.3. geplant ist, beschlossen.

Hamburg/Harburg. Über 200 AKW-Gegner kamen am 5.3. zu dem Anti-AKW-Fest der Bürgerinitiativen Harburg und Wilhelmsburg. Die bombige Stimmung der Anwesenden wird



500 AKW-Gegner versammelten sich in Hannover am 24.2. zu einer Protestkundgebung gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben. Nach der Kundgebung formierte sich eine spontane Demonstration, die unter dem zentralen Transparent „Atommüll – Nein Danke" durch die Hannoveraner Innenstadt zog. In der Nähe des niedersächsischen Landtags löste sich der Zug kurz auf und die Demonstranten rannten auf den Landtag zu, wo sich knapp 300 Leute trafen. Dort wurden Anti-AKW-Lieder gesungen und Albrechts Erscheinen gefordert. Die dort postierten 6 Bullen waren etwas überrascht und hielten sich anfänglich zurück, gezwungenermaßen ...

Rechter Spaltungsversuch in der BI Lüneburg

Am 28.2. tagten die Mitglieder der BI Lüneburg in zwei verschiedenen Räumen. Ca. 65 versammelten sich zum üblichen Zeitpunkt als reguläres Plenum, etwa 12 weigerten sich, überhaupt das Plenum anzuerkennen und gründeten stattdessen einen Verein, auf Grundlage einer neuen – nur intern diskutierten – Satzung. Von vornherein wurde für diese Sitzung nur ein bestimmter Kreis von BI'lern eingeladen und dieses Konzept wurde rigoros durchgesetzt. Drei (!) nicht eingeladene BI'ler sollten unter Berufung auf das Hausrecht rausfliegen, es wurde mit Polizei gedroht und eine Auflösung der Versammlung vorgetäuscht. Erfreulicherweise haben daraufhin etwa 20 der ursprünglich 32 Anwesenden den Raum verlassen, um an dem öffentlichen Plenum teilzunehmen.

Der Spaltungsversuch hatte sich bereits an der Frage, ob zur Brokdorf- oder zur Itzehoe-Demonstration mobilisiert werden sollte, entwickelt. Mit 2/3-Mehrheit hatte die BI am 7.2. beschossen, zur Brokdorf-Demonstration aufzurufen, was damals bereits den Protest der Rechten hervorrief. Mit demagogischen „Begründungen" wie „linksradikale Unterwanderung" wurde vor allem organisatorisches Konzept vorgeschlagen, das die Entscheidungsbefugnisse v.a. auf einen Vorstand konzentrieren sollte.

Die Stärkung solcher Vorstände, die weitgehend unabhängig von der Basis Entscheidungen fällen, entspricht dem von Albrecht vorgeschlagenen Konzept, der auf diese Weise unbequeme Bürgerinitiativen an's Gängelband kriegen will.

Für's erste ist das in Lüneburg gescheitert.

Nachdem die rechten Spalter aus der BI ausgeschieden sind, hat das Plenum der BI beschlossen, eine öffentliche Diskussion über die Erarbeitung einer demokratischen Satzung der BI vorzubereiten.

***

Anti-AKW-Bewegung in Bayern nach dem 19.2.

Nürnberg. Gleich nach ihrer Ankunft in Nürnberg zog der größte Teil der Brokdorf-Fahrer ins Jugendzentrum „KOMM" und kündigte für den Mittwoch eine Anti-AKW-Veranstaltung an. Vor der Veranstaltung demonstrierten ca. 150 AKW-Gegner durch die Nürnberger Innenstadt. Sie protestierten auf großen Transparenten gegen *„Polizeiwillkür gegen Atomkraftgegner und gegen Hetze und Falschmeldungen in Presse, Rundfunk und Fernsehen"*.

Die anschließende Veranstaltung war mit 250 Leuten gut besucht, bedenkt man die geringe Mobilisierungszeit von 1 1/2 Tagen. Augenzeugenberichte über die Demos in Wilster und Itzehoe wurden gegeben, ein Rechtsanwalt sprach über die Schikanen der Polizei und forderte die Brokdorf-Fahrer auf, durch kollektive Klagen und Öffentlichkeitsarbeit dagegen Widerstand zu leisten.

Als nächste kleine Aktion wurde auf der Veranstaltung noch der „Besuch" eines KWU-Standes in der Erlanger Innenstadt beschlossen. Ausserdem soll demnächst über die weitere Arbeit in der Region und eine bessere Koordinierung der verschiedenen Initiativen diskutiert werden.

Ein kleiner Erfolg am Rande war ein Leserbrief der AKW-Gegner und ein kurzer Artikel, in dem aus den Augenzeugenberichten von der Veranstaltung zitiert wurde, in den „Nürnberger Nachrichten", nachdem zehn AKW-Gegner den verantwortlichen Redakteur besucht hatten!

Landshut. 70 Leute kamen am 24.2. zu einer Veranstaltung der AKW-Gegner, auf der Augenzeugen über die Brokdorf-Fahrt berichteten.

Erlangen. Gut 80 AKW-Gegner besuchten in Erlangen am 1.3. eine Informationsveranstaltung der Brokdorffahrer.

Schweinfurt. Gut 250 Menschen kamen am 5.3. zu einer Kundgebung am Gelände des AKW-Grafenrheinfeld, zu der die Schweinfurter KKW-Nein-Gruppe aufgerufen hatte. Nach der zentralen Rede wurde auf dem Gelände ein Kranz von den AKW-Gegnern niedergelegt.

***

Schüsse auf AKW-Gegner in München

Rund 200 AKW-Gegner, darunter zahlreiche Brokdorf-Fahrer, deren Busse auf der Autobahn bei Würzburg an der Weiterfahrt gehindert worden waren, demonstrierten am Nachmittag des 19.2. im Englischen Garten in München.

Gegen 17 Uhr besetzten die Demonstranten den „Monopteros" und umgaben den antiken Tempelbau mit einer Celophanhülle und Spruchbändern. Darauf stand unter anderem: *„Hier entsteht das KKW München-Mitte. – Auf dem Gelände befinden sich wertvolle Anlagen und Baumaschinen. – Bitte haben sie für unsere Schutzmaßnahmen Verständnis."*

Ein Polizeibeamter, der sich zusammen mit einem weiteren Beam-
sammen mit einem weiteren Beam-
ten in Zivil unter die Teilnehmer der Demonstranten gemischt hatte, gab zwei „Warn"schüsse ab. Er behauptete, dies sei in „Notwehr" geschehen. Von Teilnehmern und von mehreren Zuschauern wurde dagegen folgende Darstellung gegeben: Der Polizist hat ein junges Mädchen tätlich angegriffen, das zuvor versucht hatte, ihn zu fotografieren. Erst als der Bulle auf das Mädchen einschlug, haben sich andere Personen in die Auseinandersetzung eingemischt. Der Beamte zog seine Dienstwaffe, richtete sie auf die Menge und gab zwei Schüsse in die Luft ab, worauf er sich zurückzog. Dann kamen weitere Bullen zur Verstärkung, die gleich Jagd auf die Demonstranten machten. Ein Demonstrant, der bei seiner Flucht auf einen in den Weg gestellten Streifenwagen sprang, wurde wegen „Sachbeschädigung" festgenommen. Ein anderer wurde später auf der Straße „erkannt" und festgenommen (alle Angaben nach „SZ", 21.2. und 23.2.77).

***

Besetzungsaktion in Freiburg

Am 2.3. besetzten etwa 80 AKW-Gegner in Freiburg das Zimmer des Regierungspräsidenten Person. Dazu erreichte uns folgender Bericht:

„Heute am 2.3.77 ist in Freiburg das Regierungspräsidium in der Innenstadt von ca. 50-80 Personen besetzt gehalten worden. Die Besetzungsaktion war als Unterstützung für den Hungerstreik von sieben Franzosen im elsässischen Roggenheim gedacht, die gegen die Inbetriebnahme des AKW in Fessenheim protestierten. Folgende Forderungen hatten sich die Besetzer zum Ziel gesetzt:

1) Die Veröffentlichung des Katastrophenschutzplanes für Fessenheim.
2) Die Einübung des Katastrophenschutzplanes mit der Bevölkerung.
3) Die Aussetzung der Inbetriebnahme des AKW Fessenheim, bis alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen sind.

Diese Forderungen waren am 1.3. von sechs Sympathisanten der GAF dem Regierungspräsidenten Person in Freiburg vorgelegt worden. Die persönliche Vorsprache bei Person am 1.3. brachte nichts. Darauf gingen die GAF-Leute wieder mit dem Hinweis, daß sie am nächsten Tag, dem 2.3., um 9 Uhr von Person eine schriftliche Stellungnahme zu ihren Forderungen abholen wollten. An diesem Morgen war dann Person nicht zu sprechen, und die GAF-Leute beschlossen, im Regierungspräsidium zu bleiben. Darauf sammelten sich immer mehr AKW-Gegner im Regierungspräsidium an: Leute aus dem Elsaß, Kaiserstuhl und Freiburg. Auch Walter Moßmann kam. So waren gegen Mittag 20-30 Leute anwesend. Gegen 19 Uhr gab dann der SWR eine Zahl von 80 Leuten in den Nachrichten durch – nach eigenen Schätzungen waren es gegen 20 Uhr drinnen noch 35 Leute und 50 Leute noch vor der Tür. Zu der
50 Leute noch vor der Tür. Zu der
Zeit kriegten die Bullen irgendwie raus, daß angeblich der KBW anrükken wollte und riegelten das Gebäude ab. Dann nahmen sie die Räumung vor, indem sie die Leute, die sich alle hingesetzt hatten, einzeln raustrugen. Das beendete erstmal die Aktion. Ein Erfolg ist, daß alle Medien, einschließlich der Tagesschau relativ breit über die Aktion berichteten. Die GAF rief anschließend dazu auf, am nächsten Morgen wieder zum Regierungspräsidium zu ziehen und über neue Aktionen zu beraten – eine erneute Besetzung erscheint ziemlich aussichtslos, weil die Bullen das Gebäude jetzt scharf bewachen."

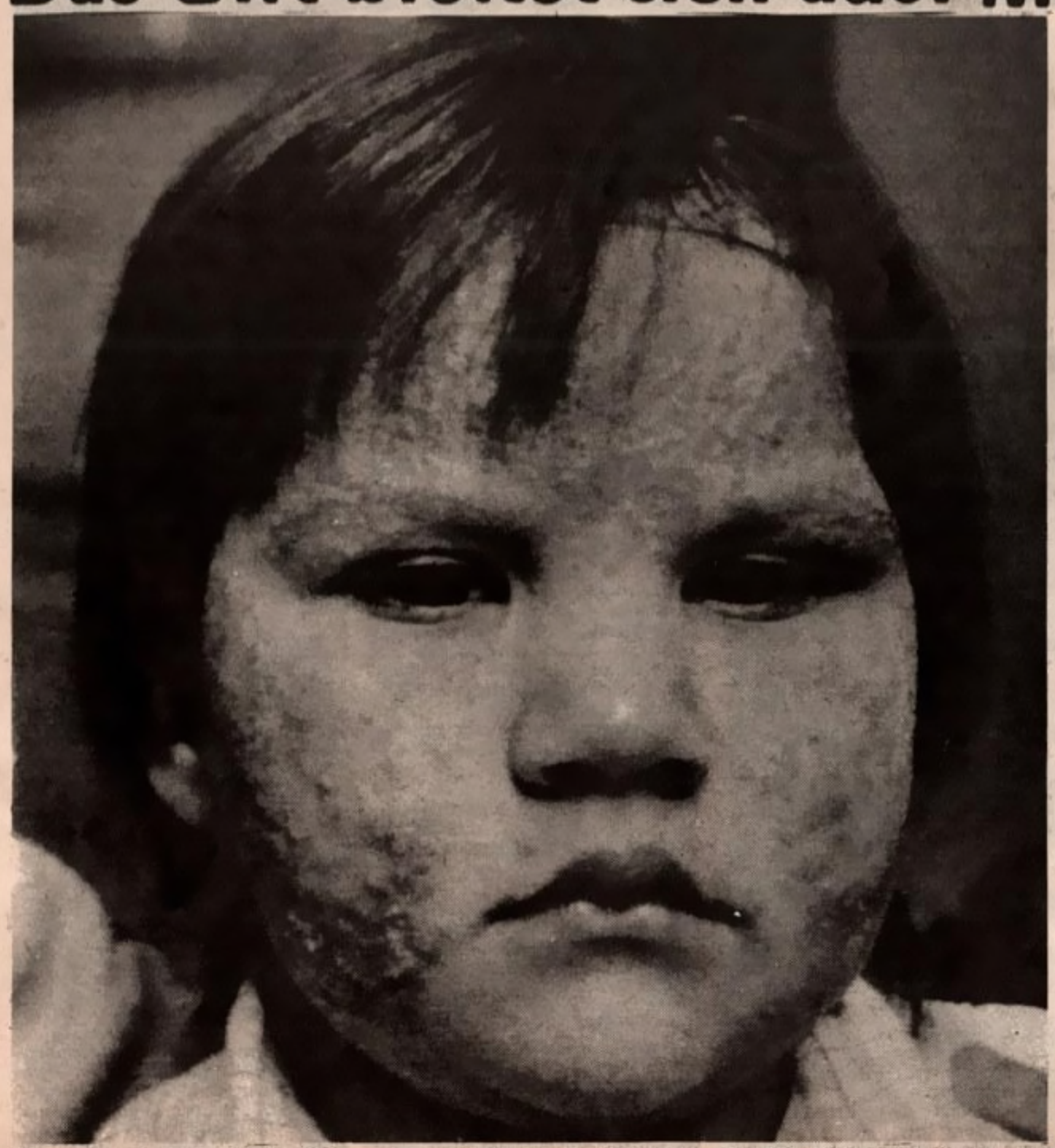
Nach Berichten von Genossen aus Hamburg, Lüneburg, Nürnberg und Freiburg



...nachdem über ein Dutzend Streifenwagen angerast kam und sich die Bullen stark genug fühlten, räumten sie gewaltsam die Treppenstufen. Obwohl alle Demonstranten friedlich auf der Treppe saßen und nur passiven Widerstand leisteten, setzten die Bullen Schlagstöcke, chemische Keule und zwei Hunde ein, wodurch mehrere Menschen leicht verletzt wurden. Die Demonstranten zogen sich mit Sprechchören „Wir kommen wieder" zurück.

SEVESO

Das Gift breitet sich aus! Militär im Anmarsch



Die ungeheueren Ausmaße des Giftgas-Ausbruchs bei der Icmesa, Toch-
Ebenso berichtet die CISA (eine Frauenselbsthilfeorganisation) über
Ca. 100 Kinder in Mailand von der Chlorakne befallen!

Die ungeheueren Ausmaße des Giftgas-Ausbruchs bei der Icmesa, Tochter von Hoffmann La Roche, in Seveso (im Juli 1976) scheinen erst ihren Anfang gefunden zu haben. Die Erklärung der Frauenkommission der Mailänder Poliklinik sowie einer Biologin an einem behördlichen Institut in Nova Milano – einem Vorort von Mailand – haben neue Fälle der Vergiftung in der Bevölkerung bekanntgemacht.

Die Erklärung der Frauenkommission lautet:

„...*Am 7. Februar wurde eine junge Frau aus Cesano Maderno, der man in der Klinik Mangiagalli die Abtreibung verweigert hatte, im siebten Monat von einem menschlichen Wesen entbunden, daß keine Geschlechtsteile und -merkmale hatte. Dieser schwerwiegende Fakt ist zynischerweise verheimlicht worden unter Berufung auf das sogenannte Berufsgeheimnis. Eine Anzahl von anderen deformierten und mißgebildeten Föten sind ebenfalls unter diesem ‚Geheimnis' verschwiegen worden.*" (Zitat „LC" vom 24.2.77)

Ebenso berichtet die CISA (eine Frauenselbsthilfeorganisation) über Mutationen bei Föten, die in Londoner Kliniken abgetrieben wurden, nachdem die Frauen von Seveso in italienischen Kliniken abgewiesen worden waren. Die größte Anzahl der Föten wies in erster Linie sowohl Zerstörung der inneren Organe wie Leber und Nieren, als auch ein meist völliges Fehlen von Geschlechtsorganen auf.

Erschreckender noch ist die Enthüllung der Biologin, die in einer Untersuchung nachweist, daß mehrere mißgestaltete Kinder von Frauen aus Seveso in Kliniken in Pavia und Bergamo geradezu versteckt werden! Inzwischen gibt es Untersuchungen, die aufzeigen, daß von 10 schwangeren Frauen, die von dem Gift betroffen sind, mehr als die Hälfte mißgestaltete oder nicht lebensfähige Kinder gebären. Betroffen sind jedoch auch die lebenden Kinder, die durch die Chlorakne befallen, unter grausamen Schmerzen über Jahre hinsiechen, bis sie sterben.

Ca. 100 Kinder in Mailand von der Chlorakne befallen!

Das Gift breitet sich in rasanter Geschwindigkeit aus und die ersten Mailänder Randgebiete sind bereits betroffen. Die Biologin weist in Nova Milanese einen sprunghaften Anstieg schwerer Infektionskrankheiten nach, wie Typhus, Gehirnhautentzündung und Salmonelleninfektionen. Diese Krankheiten stiegen nach den großen Überschwemmungskatastrophen im Herbst beängstigend in Mailand an, da das Gift durch die Flüsse und das Grundwasser sich Richtung Süden ausgebreitet hat. Das Gift ruft nicht nur die Chlorakne hervor, sondern tötet auch die Abwehrstoffe im Körper ab und begünstigt eine erhebliche Steigerung von Keimbildung und Viren.

Diese Enthüllungen haben die Magistrate der Mailänder Randbezirke gezwungen, Stellung zu nehmen, wobei mit geradezu menschenverachtendem Zynismus die Abgeordneten der PCI und PSI erklärten, daß es bereits im Dezember an Hand von Untersuchungen bekannt geworden ist, daß erhebliche Mengen von Gift vorhanden sind.

Zwei Schulen mußten bereits in Nova Milanese geschlossen werden, nachdem mehr als 30 Kinder von der Chlorakne befallen wurden. Eine Schule ist noch geöffnet, obwohl mehrere Kinder schon erkrankt sind.

Die Bevölkerung von Seveso und Mailand hat in den zahlreichen Versammlungen der letzten Wochen eine straffe Organisierung von Untersuchungsausschüssen, Pressekommissionen und gesundheitlicher Vorbeuge- und Selbsthilfekomitees vorgenommen, da der Staat und die Behörden alles tun, um die Auswirkungen zu verheimlichen und die Kämpfe zu kriminalisieren.

Beschlossen wurde ein Kampfprogramm mit den folgenden Forderungen:

- **Sofortige Schließung aller Schulen im Umkreis Sevesos und in den Randgebieten Mailands! Verlegung der Schulen in Gebiete wie Lago da Como etc., in die die Kinder mit Bussen hingebracht werden.**
- **Alle Kosten der Schutzmaßnahmen hat Hoffmann La Roche zu tragen!**
- **Sofortige Eröffnung von Ambulanzen und Vorbeugestationen in den betroffene Gebieten.**
- **Untersuchung des Wassers und der landwirtschaftlichen Produktion durch Professoren und internationale Experten. Anforderung vietnamesischer Fachleute (das Gift wurde von den USA in Vietnam eingesetzt) und Bildung eines Medizinisch-wissenschaftlichen Ausschusses durch Professoren der Universitäten.**
- **Sofortiges Abtragen der Erde in Seveso und Verwahrung der Giftprodukte in sicheren Mülldeponien.**
- **Umleitung des Flusses Certesa, der das Gift nach Mailand und in die Riviera bringt.**

Darüber hinaus haben sich mehrere Bürgerinitiativen gebildet, die Massenprozesse gegen Hoffmann La Roche führen wollen. Dem Aufruf nach juristischer Unterstützung sind namhafte Rechtsanwälte und Gutachter gefolgt. Mehr als 100 Prozesse
nach juristischer Unterstützung sind namhafte Rechtsanwälte und Gutachter gefolgt. Mehr als 100 Prozesse
sind geplant!

Armee „schützt" Seveso

Vor 10 Tagen rückten die ersten Soldaten begleitet von Panzerspähwagen und mehreren Militärfahrzeugen in der Zone A – dem Kerngebiet von Seveso – an! Offizielle Erklärung ist der Schutz der Bevölkerung vor dem Gift. Die Praxis sieht dagegen anders aus: Es werden kilometerlange Stacheldrahtzäune um das Kerngebiet gezogen und bewaffnete Wachposten aufgestellt. Begründung für die Bewaffnung ist die Sicherung der Gebiete gegen „Strauchdiebe und unberechenbare Personen!" Tatsächlich aber soll hier – wie schon in den Erdbebengebieten von Friuli – in erster Linie eine Einschüchterungspolitik gegenüber der Bevölkerung bezweckt werden. Der Schießbefehl, der gegeben worden ist, richtet sich nicht gegen „Diebe" (wer hat schon Interesse, seinen eigenen Tod durch Dioxin zu klauen), sondern gegen die Protest- und Besetzungsaktionen der Bevölkerung.

Ziel ist es unter anderem auch, die Forderung nach sofortiger Abtragung der vergifteten Erde zu blockieren, die, wie auch die Umleitung des Flusses Milliardengelder kosten wird.

Unterstützt werden die Behörden von den Gewerkschaften, die (mit Ausnahme der Metallgewerkschaft FLM) der Bevölkerung den Nutzen des „Schutzes durch die Armee" weismachen wollen. In 10 Versammlungen, die zwischen dem 19. und 24.2. in den betroffenen Gebieten stattfanden, wurde das Verhalten der Gewerkschaften und der PCI verurteilt, als ein Akt der Unterstützung der staatlichen Repression und als Versuch, durch die Beschränkung der Aktivitäten auf den Mailänder Raum, eine nationale Bewegung zu boykottieren.

Soldatenbewegung fordert zum Boykott auf!

Am 23.2.77 fand eine Versammlung der Komitees der demokratischen Soldatenbewegung statt, auf der die Delegierten der Kasernen im Mailänder Raum eine Resolution gegen den Einsatz der Armee verfaßte.

Es wurde enthüllt, daß sich die Soldaten der Kaserne in Novara am 19.2. mehrheitlich dem Befehl, in Seveso Stellung zu beziehen, widersetzt hatten und nur nach Androhung drastischer Strafmaßnahmen 80 Soldaten bereit waren, dem Befehl zu folgen. In ihrer Erklärung schrieben sie: „*Wir verurteilen den Versuch, die Soldaten als Wachhunde gegen die Kämpfe der Bevölkerung einzusetzen ... und dem Versuch, Seveso allein zu einem Problem der ‚öffentlichen Ordnung' umzufunktionieren!*"

Wesentlicher Bestandteil der Verweigerung der Soldaten, nach Seveso zu gehen, ist auch die Tatsache, daß hier vor allem Soldaten zwangsverpflichtet werden, die unter unglaublichen Bedingungen dort arbeiten sollen. Es gibt keinerlei Schutzmaßnahmen für die Soldaten, keine medizinsische Untersuchungen und auch keine Vorbeugemaßnahmen. In der ersten Woche
daten, keine medizinsische Untersuchungen und auch keine Vorbeugemaßnahmen. In der ersten Woche
sind bereits mehrere Soldaten erkrankt, wobei das Krankheitsbild nicht mit bisher bekannten Symptomen zu vergleichen ist.

Den erkrankten Soldaten wurde jede Information über ihre Symptome verweigert, unter Berufung auf das „Militärgeheimnis". Der Protest der Soldatenbewegung richtet sich also auch gegen die unmenschlichen Bedingungen, ohne Schutzmasken und Medikamente, sich für den Dienst „an der Front" verheizen zu lassen.

Die Soldaten haben für Anfang März zu einer Koordinierungsversammlung aufgerufen, an der sich alle Delegierten der demokratischen Soldatenbewegung beteiligen sollen, um ein Kampfprogramm gegen die Regierung und die Repressalien innerhalb der Armee aufzustellen.

Italien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Teufel aber auch! Der Papst als Umweltschützer?



Papst Paul VI. hatte es kürzlich wiedermal mit dem Teufel. Vor 7.000 Anhängern bezeichnete er den Teufel als „Fürsten der Welt". Die Welt werde „*beherrscht von einer unbekannten und unbestimmbaren Macht*", nämlich einem gewissen Herrn Satan. (Mischt der jetzt als Dritter beim „Ringen der Supermächte" mit ?!).

Dieser Satan sei, so Papst Paul, „*der okkulte Feind, der Irrtümer und Unglücke in der Geschichte der Menschheit verbreitet hat*", der „*böse und verschlagene Blender*". (Offenbar so etwas Ähnliches wie bei Hitler „der Jude"?)

Abschließend kam Papst Paul auch auf das leidige Thema Umweltverschmutzung zu sprechen: „Wir leben in einer verschmutzten Umwelt, in der man ständig wissen muß, wie man sich moralisch wappnet – durch Flucht aus dem weltlichen Leben, so wie es diejenigen tun, die sich für ein strenges Leben in Übereinstimmung mit der Lehre Christi entscheiden..." (Original-Zitate nach „Süddeutsche Zeitung", 25.2.). Und dieser irre Vogel ist das „geistliche Oberhaupt" von zig Millionen Menschen? Der Typ gehört entmündigt!

Geister-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



aus Betrieb und Gewerkschaft

Kurzarbeit und Massenentlassungen in der Stahlindustrie



Anfang Februar gab der Vorstand der Neunkircher Eisenwerke AG bekannt, daß im Laufe dieses Jahres 900 Arbeiter und Angestellte entlassen werden. Betroffen hiervon sind sämtliche Bereiche des Werkes, vor allem aber die Produktion, Beschaffung und Verwaltung. Außerdem wurde die Streichung sämtlicher Sozialleistungen beschlossen, und ob im Sommer neue Auszubildende eingestellt werden, ist mehr als fraglich.

Durch die jetzt angekündigten Maßnahmen kommt es nach 1958 und 1972 zur dritten großen Entlassungswelle im Neunkircher Werk.

Darüberhinaus besteht die große Gefahr, daß das Werk im Zuge der Rationalisierung in der saaländischen Stahlindustrie in den nächsten Jahren noch erheblich reduziert, wenn nicht gar völlig liquidiert wird.

Denn bereits heute steht fest, daß aufgrund des ungünstigen Standortes (kein unmittelbarer Zugang zum Wasser) die Saarkanalisierung für das Neunkircher Werk kaum Vorteile bringt.

Auch danach bleibt das NE gezwungen, entweder das Roheisen selbst zu kochen, oder die gesamte Flüssigphase der Produkiton (Hochöfen, Mischer, Konverter, Gießhalle, Blockwerk) einzustellen, und das NE in ein reines Walzwerk umzuwandeln. Vieles spricht aber auch dafür, daß der schlimmste Fall, nämlich die vollständige Schließung des Werkes, eintritt. Hierfür spricht das gesamte Investitionsprogramm, das ausschließlich kurzfristig angelegt ist.

Die Schließung des Neunkircher Eisenwerkes würde die Vernichtung von knapp 9.000 Arbeitsplätzen zur Folge haben und im Arbeitsamtsbereich Neunkirchen verheerende Auswirkungen zeitigen. Schon jetzt nimmt der Bereich Neunkirchen mit über 8.000 Arbeitslosen, was einer Quote von 7,8 Prozent entspricht, eine Spitzenstellung ein.

Im Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze hat die NE-Belegschaft von seiten der Gewerkschaftsführer und Betriebsrat nichts zu erwarten. So verkündete NE-Betriebsratsvorsitzender und SPD-Landtagsabgeordneter Herold während des Bundestagswahlkampfes: *„Entlassungen finden keine statt. Durch natürliche Fluktuation wird der Personalabbau über Jahre hinweg vorgenommen"* („Unsere Zeit", 14.2.). Nach der jüngsten Vorstandsentscheidung verkündete der BR, daß seine Bemühungen darauf abzielen, *„den bestehenden Sozialplan an die vom Vorstand verkündeten Maßnahmen anzupassen"* („was tun", 10.2.).

Wenig hilfreich sind auch, wie so oft, die Vorschläge der DKP, die sich mit ihren bekannten Forderungen nach „Überführung der Saar-Hütten in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und voller Mitbestimmung" sowie „praktischen Vorschlägen" zur Sicherung der Arbeitsplätze an die Landesregierung, Stadtrat, Oberbürgermeister und die Geistlichkeit wendet („Unsere Zeit", 14.2.).

Derartige Forderungen – und dazu noch in einer Branche, die unter die Montan-Mitbestimmung fällt – sind kaum mehr als ein schlechter Witz.

Aber die Lage ist nicht nur bei den Neunkircher Eisenwerken, sondern in der ganzen saarländischen Stahlindustrie äußerst düster. Nachdem die Bundesregierung den Bau einer Wasserstraßenverbindung über die Saar an die Mosel zugesagt hat, sowie die Subventionierung des Kokskohlenbezugs zur Schaffung mit den Ruhrhütten vergleichbarer Bedingungen, wird Röchling, der größte Stahlhersteller an der Saar, das Projekt eines neuen Oxygen-Stahlwerkes mit einem Investitionsaufwand von 450 Mio. DM planmäßig bis 1980 realisieren („Süddeutsche Zeitung", 3.2.). Die Kapazität ist in der ersten Baustufe auf 2,3 Mio. Jahrestonnen angelegt.

Die Saarkanalisierung, der Bau eines zentralen Hochofenwerkes, sowie die Ersetzung von drei alten „Thomas-Stahlwerken" durch drei vollautomatisierte Oxygen-Stahlwerke bedeuten, daß allein in den drei Werken Dillingen, Völklingen und Burbach in den nächsten Jahren tausende von Arbeitsplätzen wegrationalisiert werden.

Schon 1976 verringerte sich die Belegschaft bei den Stahlwerken Röchling-Burbach GmbH um 351 Arbeiter auf 18.632. Und für das Jahr 1977 wurden schon jetzt in jedem Quartal mindestens 14 Tage Werksstillstand eingeplant, die durch Kurzarbeit bzw. im dritten Quartal durch Betriebsferien zustande kommen sollen. Von den Maßnahmen sind auch die Angestellten mit voraussichtlich 40 Stunden Kurzarbeit im Monat betroffen.

Die IG Metall und der DGB protestierten mit einer Großkundgebung am Nachmittag des 1.3. gegen die geplanten Massenentlassungen (nach „Unsere Zeit", 2.3.77).

1/3 Kurzarbeiter in der Stahlindustrie

Ähnlich alarmierend wie auf den Saarhütten stellt sich die Lage für die Kollegenschaft in der gesamten westdeutschen Stahlindustrie dar. Die Kurzarbeiterzahl, die inzwischen 1/3 aller in der Stahlindustrie Beschäftigten beträgt, gibt Anlaß zu den schlimmsten Befürchtungen. Die Zahl der Kurzarbeiter, die Ende 1976 bereits bei 58.314 lag, stieg im Januar 1977 auf 69.346 und im Februar weiter auf 76.399. Dadurch erhöhte sich der Anteil der Kurzarbeiter an der Beschäftigtenzahl von rund 323.000 auf 23,7 %. Bezogen auf die unter Montanunionvertrag fallenden Betriebe liegt der Anteil sogar schon bei 31,6 % (Zahlenangaben nach „Handelsblatt", 14.2.).



Einige tausend Arbeiter und andere Werktätige kamen zu einer gewerkschaftlichen Protestkundgebung, um gegen Arbeitslosigkeit und die Entlassung von 960 Kollegen der Neunkirchener Eisenwerke zu demonstrieren

Darüberhinaus häufen sich die Meldungen aus den Betrieben, die eine weitere Zunahme der Kurzarbeiterzahl ankündigen.

Krupp Hüttenwerke:
Im Bochumer Werk wird ab 28.2. die wöchentliche Arbeitszeit in der Halbzeugstraße für sechs Wochen auf 32 Stunden reduziert und ab 21.3. auch in den Elektrostahlwerken. Betroffen sind hiervon insgesamt 1.400 Arbeiter. Etwa 700 Angestellte werden ab Anfang März ebenfalls nur noch 32 Stunden arbeiten.

Im Werk Rheinhausen wurden am 17.2. 5.500 Arbeiter bis zum 10. März in Zwangsurlaub geschickt.

Klöckner Bremen:
Den 6.200 Beschäftigten des Klöckner Werkes Bremen droht für die Monate Februar und März Kurzarbeit.

Hoesch Hüttenwerke:
Nachdem in den Dortmunder Werken bereits vom 24.1. bis 6.2. Blockstillstand herrschte und weit über die Hälfte aller hier Beschäftigten nämlich 14.000 kurzarbeiten mußten, kündigten die Kapitalisten schon jetzt den nächsten Blockstillstand vom 7. bis zum 17. April an.

Mannesmann Röhren-Werk AG:
Der Konzern plant die teilweise Stillegung der Produktion im Werk Düsseldorf-Reisholz. 1.400 Arbeiter und 400 Angestellte stehen hier vor der Entlassung.

Von seiten der Arbeiter und Angestellten wurde der verheerenden Entwicklung in der Stahlindustrie bisher kaum nennenswerter Widerstand entgegengesetzt. Lediglich in der Thyssen-Gießerei Werk Meiderich legten 300 Kollegen aus Protest gegen die Kurzarbeitsperiode vom 12. bis 27. Februar für 30 Minuten die Arbeit nieder. Die Gießer forderten ein Kurzarbeitergeld von 90 Prozent. Die Vertrauensleuteversammlung der Hoesch-Hüttenwerke Werk Westfalen forderten einstimmig: vollen Lohnausgleich bei Kurzarbeit.

Mit einer kurzfristigen Arbeitsniederlegung und einer Demonstration vor das Mannesmann-Hochhaus im Anschluß an eine Belegschaftsversammlung protestierten am 1.3. einige hundert Arbeiter und Angestellte der Mannesmann-Röhren-Werke gegen die Vernichtung von 1.800 Arbeitsplätzen.

Die Gewerkschaftsführer hüllen sich über die alarmierende Situation in der Stahlindustrie in Schweigen. Von Protestaktionen war noch nie die Rede, stattdessen verteilen sie Beruhigungspillen. Angeblich sei der Aufschwung nur aus spekulativen Gründen unterbrochen worden und werde sich 1976/77 mit dem weltweit steigenden Stahlverbrauch und dem stätigen langsamen Konjunkturaufschwung fortsetzen („Gewerkschafter" 10/76).

Wie haltlos diese Aussagen sind, wissen die Gewerkschaftsführer natürlich selbst am besten, schließlich gehört die Stahlindustrie zum Montanbereich und die Gewerkschaftsführer sind durch das dort praktizierte Mitbestimmungsmodell an allen Entscheidungen beteiligt.

Es zeichnet sich ab, daß auch in der Stahlindustrie sich die Mitbestimmung „bewähren" wird, und daß Kapitalisten und Gewerkschaftsführer „gemeinsam und partnerschaftlich" die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen durchsetzen wollen. Hiergegen gilt es den Widerstand der Arbeiter und Angestellten zu organisieren.

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Balcke-Dürr AG: Massenentlassungen

240 Beschäftigte der Firma Balcke und Dürr sind zwischen September 75 und September 76 entlassen worden und die Entlassungen gehen weiter. In Bochum sind davon 104 Arbeiter betroffen. Die Kapitalisten behaupten, seit der Fusion der Firma habe es keine Entlassungen gegeben. Demgegenüber behaupten die Kollegen, daß im Werk Hamme/Bochum in den vergangenen drei Monaten 30 Arbeiter gefeuert wurden. Von der vor Monaten noch 80 Mann starken bestehenden Kunststoffabteilung in der Kühlerfertigung in Hamme sind ganze neun übriggeblieben. Am 31.3. sollen auch diese entlassen werden, da die Abteilung aufgelöst wird.

Die Kapitalisten aber hatten andere Arbeitsplätze angeboten. Diese wurden von den Kollegen abgelehnt, weil in Düsseldorf/Ratingen ebenfalls entlassen wurde und das Fahrgeldangebot (Bochum – Düsseldorf: ca. 45 km) völlig ungenügend war. Einige Kollegen klagen jetzt vor dem Arbeitsgericht. Welche Sauereien hier ablaufen, wird erst vor der Bilanz des letzten Jahres deutlich, die von den Kapitalisten jetzt veröffentlicht wurde:

- Umsatzsteigerung um 10,2 % auf 331 Millionen;
- Bilanzgewinn 4,7 Millionen;
- 18 % Dividende.

Und das bei verminderter Belegschaft. (nach „WAZ", 8.2. und 1.3.77).

KB/Gruppe Bochum

Streiks gegen Lohnraub nach Tarifabschluß

Wie bereits in den letzten Jahren versuchen die Kapitalisten auch in diesem Jahr um eine tatsächliche Lohnerhöhung herumzukommen. Die tariflich vereinbarte Lohnerhöhung (ohnehin schon äußerst miserabel) wird auf die übertariflichen Zulagen angerechnet. In mehreren Betrieben wehrten sich die Kollegen dagegen:

- Humboldt-Lotz, Köln: Die Kollegen legten spontan die Arbeit nieder, als sie von dem geplanten Lohnraub erfuhren („UZ", 10.2.77).
- Schwelmer Eisenwerk: 300 Kollegen wehrten sich am 15.2. mit einem ganztägigen Streik. Die Kapitalisten wollten die Akkordarbeiter um einen Teil der tariflich vereinbarten Lohnerhöhung prellen. In Verhandlungen soll der Betriebsrat einem Kompromiß zugestimmt haben, wonach die 6,9% zum Teil auf den Effektivverdienst angerechnet werden.
- Diehl, Röthenbach : Mit einem Streik konnten die Schlosser und Maschinenbauer Lohnverluste zwischen 20 und 50 Pfennig durch Abbau übertariflicher Zulagen verhindern.
- Kugelfischer, Wuppertal: Am 18.2. streikten ca. 600 Kollegen über eine Stunde gegen die Anrechnung auf übertarifliche Leistungen.
- Am Sonntag legten 40 Beschäftigte des Unnaer Betriebes Deifuß für vier Stunden die Arbeit nieder. Sie protestierten gegen die Maßnahmen der Geschäftsleitung, die nach der Tarifrunde in der Metallindustrie die Überstunden gestrichen hatte. Dadurch wurden hohe Einkommensverluste hervorgerufen. Nach diesem Protest erklärt sich die Geschäftsleitung bereit, die Stundenlöhne durch übertarifliche Zuschläge anzuheben. Darüber soll weiterverhandelt werden.

Die Kollegen bei Deifuß erhalten 9,90 für Akkordarbeit. Ortsüblich ist der Lohn für die gleiche Arbeit aber 10,50 bis 11,00.

Das wollen sie ebenfalls haben (nach „Westdeutsche Allgemeine Zeitung", vom 1.3.77).

Frauen sind wieder besonders betroffen!



Die Rationalisierungswelle bei den Angestellten rollt – diese und ähnliche Meldungen tauchen in der letzten Zeit immer häufiger in der Gewerkschaftspresse auf.

Tatsächlich steigt die Zahl der arbeitslosen Angestellten unablässig. *„Von Mai 1971 bis Mai 1976 hat sich die Zahl ... fast verzehnfacht. Sie stieg von 39.570 auf 375.000"* („Metall", 25/26 – 1976). In einigen Regionen ist es besonders krass: In Frankfurt sind 57% der Arbeitslosen Angestellte.

Diese Zahlen beweisen, daß die Kapitalisten derzeit ihr Hauptaugenmerk auf Rationalisierungen in Angestelltenberufen legen und das mit einem „Nachholbedarf" gegenüber den Arbeitern begründen.

Das Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft behauptet, daß *„die Leistungsfähigkeit der Angestellten ... durchschnittlich nur zu 55 bis 65% ausgenutzt werde"* („Wirtschaft + Wissen" Nr. 12/75 – „W+W" – Angestelltenzeitung des DGB). Und: *„die Produktivität stieg von 1860 bis 1960 in der Fertigung um 1.500%, in der Verwaltung dagegen nur um 100%"* („W+W" 1/77).

Weibliche Angestellte besonders betroffen

Die weiblichen Angestellten sind von der Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffen.

1974 waren 71% (!) der arbeitslosen Verwaltungs-Kollegen Frauen, bei einem Beschäftigungsanteil von gut 53%. Ebenso war es bei der Berufsgruppe Warenkaufleute (Stat. Jahrbuch 74). Die hohe Arbeitslosenzahl der weiblichen Angestellten steht in direktem Zusammenhang zu den Bereichen, wo derzeit besonders Rationalisierungen der Kapitalisten anstehen.

Durch Einrichtung von Schreibsälen erzielten die Kapitalisten „gute Erfolge". Untersuchungen ergaben, *„daß die durchschnittliche tägliche Anschlagsleistung einer Stenotypistin – unter Berücksichtigung der Nebenarbeiten – bei 10.000 Anschlägen liegt. Durch den Einsatz von Diktiergeräten erhöht sie sich auf 13.000 und im zentralen Schreibdienst auf 45.000"* („W+W", 1/77). Durch Akkordsysteme (für je 1.000 Anschläge mehr 40 bis 50 Pfennig) wird die Anschlagzahl wesentlich gesteigert und 100.000 Anschläge sollen keine Seltenheit sein.

Das neue Zauberwort der Rationalisierer heißt jedoch Textverarbeitung. *„Die Investitionskosten für Magnetbandkorrespondenz-Automaten werden ... auf 2,5 Mrd. DM geschätzt. Aber die mögliche Einsparung an Personalkosten soll rund 4 Mrd. (!) jährlich betragen. Die Gesamtkosten der Textverarbeitung werden auf ca. 140 Mrd. DM geschätzt"* („Metall", 25/26 – 1976). Direkte Auswirkungen wird die Textverarbeitung auf 3 Millionen Korrespondenzplätze haben und auf zwei Millionen Schreibkräfte („W+W", 1/77).

Für die Kapitalisten bedeutet das *„in fast allen Fällen Personaleinsparungen von 25 bis 30%, durch Leistungsprämien nochmals ca. 20%"* (!) („W+W" 1/77).

Für die Kollegenschaft – und besonders auch für die Frauen – bedeutet das totale Monotonisierung der Arbeit. Es werden z.B. keine zusammenhängenden Sätze mehr geschrieben, sondern nur noch einzelne Worte eingefügt, alles andere macht der Automat.

Frauengehälter sinken

Die Tatsache, daß z.Z. besonders Frauen in die Angestellten-Akkord-Berufe hineingetrieben werden, schlägt sich direkt in den Frauengehältern nieder. Ebenso wie die Industriearbeiterin ist auch die Angestellte in den unteren Gehaltsgruppen zu finden:

1973 betrug der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst eines männlichen kaufmännischen Angestellten 1.931 DM, der der Frauen nur 1.270 DM, also 661 DM oder 34,2% weniger (Stat. Bundesamt 1975). Höchst interessant sind die neuesten Zahlen per Stand Januar 1976: Verdienst der Männer – 2.531 DM und der Frauen 1.618 DM. Die Differenz beträgt jetzt 913 DM (!!) oder 36,1%. Die Spanne hat sich also effektiv nicht verringert, sondern um 252 DM erhöht! (Angaben lt. „W+W", 10/76).

Ein weiterer Aspekt der verschärften Arbeitshetze ist der miserable Gesundheitszustand der weiblichen Angestellten. In der Metallwirtschaft gibt es eine erschreckende Bilanz: 1974 mußten fast 139.000 Frauen zur Kur. Schätzungsweise sind das 16 bis 20% der beschäftigten weiblichen Angestellten! An der Spitze stehen Krankheiten der Knochen und Bewegungsorgane = 46.138 Fälle und Nervenkrankheiten = 29.828 Fälle – beides also typische Auswirkungen von Schreibarbeiten.

Interessant und erklärend zu den Beschwerden ist eine Untersuchung der IGM über die „geistige Beanspruchung" der angeblich so leichten und angenehmen Büroarbeit: (Lesen = 100% :)

Adressen schreiben	– 62,9%
bekannte Texte schreiben	– 74,3%
Schreibmaschine schreiben	– 78,2%
Alphabetisch ordnen	– 90,2%

Bei weiterer Akkordisierung und Standardisierung der Arbeiten wird die Belastung wesentlich erhöht.

Also auch bei den Angestellten stehen die Frauen am Ende der Stufenleiter – monotone, nervige Arbeit – miese Bezahlung – nur bei Entlassungen stehen Frauen „an der Spitze".

Eine Metallgenossin
KB/Gruppe Hamburg

Arbeitsplatzabbau auf den Werften geht weiter

In der gesamten norddeutschen Werftindustrie haben die Kapitalisten in den letzten Wochen den Abbau der Arbeitsplätze verstärkt in Angriff genommen. Hier eine (unvollständige) Übersicht über die einzelnen Betriebe:

Bei Blohm & Voss (Hamburg) ist die angekündigte Kurzarbeit für über 1.000 Kollegen aus dem Schiffsbau zunächst wieder abgeblasen worden, da man „kurzfristig Lohnaufträge" hereinnehmen konnte.

Trotzdem wird es jetzt mit den angekündigten Entlassungen ernst: Auf der Vertrauensleute-Versammlung am 22.2. gab BR-Vorsitzender Knödler eine Übersicht, in welchen Abteilungen wieviele Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren sollen. Von dieser ersten Entlassungswelle sind zunächst 98 Angestellte und 129 Arbeiter – vornehmlich aus dem sogenannten „Gemeinkostenbereich" – betroffen. B&V hat dafür insbesondere Kollegen ausgesucht, die über 59 Jahre alt sind, sowie auffällig viele Schwerbeschädigte (!) und Kollegen, die nach dem inzwischen aufgestellten Sozialplan besonders billig abgefunden werden.

HDW Hamburg und Kiel: Bis zum Ende des Jahres soll die Zahl der Arbeitsplätze um 600 bis 700 gesenkt werden. Außerdem wurde Kurzarbeit angekündigt. Dabei soll es nur wenige direkte Entlassungen geben, da frei werdende Plätze nicht neu besetzt werden sollen und die älteren Kollegen bereits mit 60 Jahren Rente beantragen sollen („Hamburger Abendblatt", 16.2.77).

AG Weser Bremen: Auch hier soll der Personalbestand im wesentlichen durch Nichtersetzung ausscheidender Kollegen reduziert werden („Hamburger Morgenpost", 20.1.77).

Thyssen-Nordsee-Werke Emden: Von jetzt 4.268 sollen die Arbeitsplätze bis zum 30.9.77 auf 3.500 abgebaut werden („Hamburger Morgenpost", 20.1.77).

Ähnlich sieht es auch auf anderen Werften aus. Vor allem versuchen die Werftkapitalisten, diesen Abbau klammheimlich durchzuziehen, ohne größere einmalige Massenentlassungen. Bei HDW werden heute Entlassungen (teilweise mit sofortigem Werftverbot) ausgesprochen für „Verfehlungen", für die man noch vor einem Jahr allerhöchstens eine Verwarnung bekommen hätte. Einmal wird dadurch der Personalbestand gesenkt, zum zweiten wird die Kollegenschaft insgesamt eingeschüchtert und diszipliniert, und zum dritten wird damit versucht, einen gemeinsamen Kampf der Werftarbeiter gegen Entlassungen zu verhindern.

Krisenkonzept: mehr Rüstung

In ARBEITERKAMPF 97 hatten wir dargestellt, wie die IG-Metall-Führung die Durchsetzung der Krisenpolitik in den Belegschaften übernommen hat.

Genauso unterstützt die IGM-Führung die Forderungen der Werftkapitalisten nach verstärkten Rüstungsaufträgen an die Werften. Noch einen Schritt weiter gingen bereits Anfang 1976 15 SPD-Betriebsräte von Rüstungskonzernen (u.a. BR-Vorsitzender Knödler von Blohm + Voss) in einem Brief an Kanzler Schmidt. Sie forderten bessere Ausfuhrbedingungen für U-Boote, Kanonen, Flugzeuge, Panzer usw. usf. (nach „Spiegel", 15.3.76). Inzwischen sind die Lieferungen von U-Booten von den HDW an das faschistische Regime in Indonesien von der Bundesregierung genehmigt worden (siehe ARBEITERKAMPF 99). Befürwortet vor allem von zwei sozialdemokratischen Ministern, die beide als „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat der HDW sitzen, bzw. saßen: Ehrenberg: *„Die schwierige Lage der deutschen Werftindustrie lasse gar keine andere Wahl"* und Apel: *„Wir haben wegen der besonders schwierigen Lage in der Werftindustrie wirklich nur ausnahmsweise zugestimmt"* (nach „Spiegel", Nr. 8/77).

Weiter fordern jetzt Sozialdemokraten, CDU'ler, Werftkapitalisten und IG-Metall-Führer die rasche Vergabe der seit längerem angekündigten Fregattenaufträge für die Marine im Wert von über 1Mrd. DM.

• • •

Für wen geht es bergauf?

Mitte Februar hat die HDW den Geschäftsbericht 1975/76 vorgelegt. *„Der Abschluß weist zwar keinen Gewinn aus, doch schätzungsweise hat HDW im Berichtsjahr nochmals 120 Millionen DM verdient. Allein die Rückstellungen erhöhten sich netto um 100 Millionen DM und rund 22 Millionen DM der Erträge verwendete HDW für Sonderabschreibungen. Nach Angaben von Henke haben alle Bereiche der Werft Überschüsse erzielt"* („Welt", v. 16.2.77).

Metall-Kommission

Atomschiff „Otto Hahn":

Erstens Scheiße, zweitens teuer

Weltweit sind etwa 300 atomar betriebene Schiffe im Einsatz. Dabei handelt es sich fast nur um Kriegsschiffe, namentlich U-Boote. Für die Militaristen hat der atomare Schiffsantrieb den großen Vorteil, daß die Schiffe weitgehend unabhängig von Stützpunkten und Versorgungsschiffen sind. Die USA besitzen mit ihrem Flugzeugträger „Nimitz" mit einer Leistung von 300.000 PS das größte atomar betriebene Schiff.

Die Vorteile für die Militaristen sind unumstritten, für den kapitalistischen Wirtschaftsverkehr aber noch nicht bewiesen. Atomar betriebene Handelsschiffe gibt es nur eine Handvoll. Diese Schiffe sind nicht voll in den Frachtverkehr integriert, weil lange Werftliegezeiten und wissenschaftliche Forschungsprogramme dies verhindern. Die USA besitzen schon längst kein ziviles atomarbetriebenes Schiff mehr. Ihr Atomfrachter „NS Savannah", 1962 in Dienst gestellt, wurde 1970 wieder stillgelegt.

Sehr aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist ein Versuchsprogramm der Bundesregierung für ein atomgetriebenes Containerschiff (NSC 80), das allein 300 Millionen Steuergelder verschlungen hat. Dies Projekt ist daran gescheitert, daß sich bisher keine westdeutsche Reederei bereitgefunden hat, ein derartiges Schiff zu bauen (laut „PPD", 1.9.76).

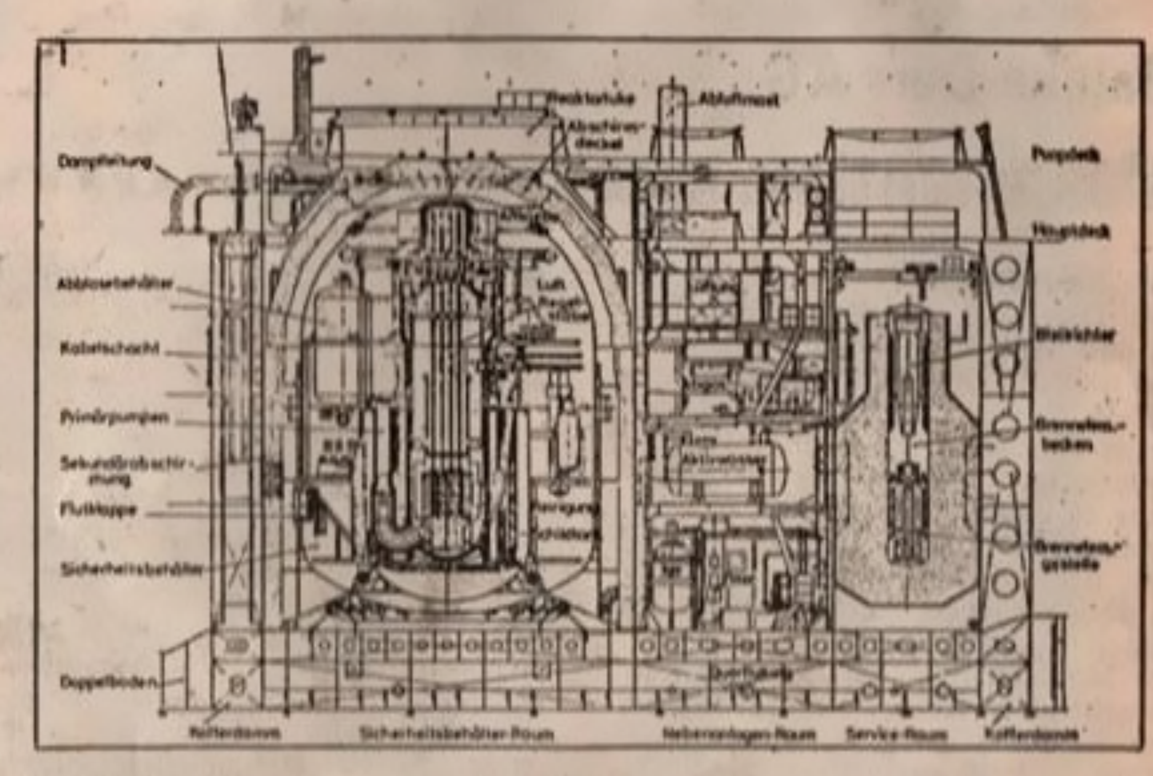
Die „Otto Hahn" ist zur Zeit das einzige atomare Handelsschiff der BRD. Von Planungsbeginn 1960 über die Kiellegung 1964 bis zur Indienststellung 1968 vergingen acht Jahre. Mit einer Wasserverdrängung von 25.790 Tonnen ist die „Otto Hahn" kein Riese auf den Weltmeeren. Riesig sind allerdings die Gefahren, die von ihr ausgehen.

Die „Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schiffahrt" (GKSS), an der zu 90% der Bund und zu 10% die Länder beteiligt sind, ist der Reeder der „Otto Hahn". Die GKSS hat erhebliche Schwierigkeiten, Anlaufhäfen für die „Otto Hahn" zu finden. Das Schiff darf nur 23 Häfen in 19 Ländern anlaufen. Sämtlich imperialistische bzw. reaktionäre Regimes, die USA, Argentinen, Brasilien und der Iran gehören dazu.

... unter freiem Himmel ...

Der Reaktor der „Otto Hahn" erzeugt 38 Megawatt thermisch, das entspricht einer Leistung von 10.000 Wellen PS. Er gehört damit zu den „kleinsten" Reaktoren in der BRD. Im Vergleich zum riesigen Reaktor in Biblis ist das „Laborgröße".

In den etwa zwei Meter langen Brennelementen sind rund 230 Brennstäbe enthalten, in denen die Kernspaltung und damit die Energiegewinnung vor sich geht. Insgesamt 1,7 Tonnen Uranoxid sind in diesen 11,4 Millimeter dicken Brennstäben untergebracht. Atomar „verfeuert" wird allerdings das Uranisotop Uran -235, das in dem Oxid mit 45 kg enthalten ist (nach Deutscher Forschungsdienst vom 31.8.76). Durch die nukleare „Verbrennung" entsteht das überaus gefährliche, hochgiftige Plutonium.



Detail-Längsschnitt des N.S. „Otto Hahn"

Die ersten gezielten Entlassungen bei MBB

Hamburg. Auf der letzten Betriebsversammlung (BV) am 28.1.77 gaben Geschäftsleitung (GL) und Betriebsrat (BR) offiziell bekannt, was die meisten Kollegen ohnehin schon wußten: 1977 werden 22 Tage kurzgearbeitet. Betroffen sind fast alle Abteilungen. Es werden nur noch Notdienste aufrechterhalten. Zu Fragen von schrittweisen Entlassungen und Anrechnung der tariflichen Lohnerhöhung auf die außertarifliche Leistungszulage, gab die GL klare Auskünfte! 1977 seien Entlassungen „kein Thema" bzw. „die außertarifliche Zulage wird nicht angetastet!" Jetzt, fünf Wochen später, stellen sich, wie es bei Kapitalisten nun einmal so üblich ist, diese klaren Aussagen als klare Lügen heraus! Ein Teil der Lohnerhöhung soll auf die außertarifliche Zulage angerechnet werden! 17 Kollegen werden zum 5.3.77, fast ausschließlich mit dem Kündigungsgrund „Arbeitsmangel", entlassen!

Die Kündigungen: Eine besondere Auswahl

Bei diesen 17 gekündigten Kollegen handelt es sich in fast allen Fällen um „unbequeme Leute". Also Kollegen, die sich in ihren Abteilungen nicht alles gefallen lassen. Bei zwei von den Entlassungen, R.L. und G.J., wird es dann nur allzu offensichtlich, wohin der Hase läuft. Zum einen ist der Kündigungsgrund „Arbeitsmangel" glatt an den Haaren herbeigezogen, da in ihren Abteilungen noch Leiharbeiter beschäftigt sind, bzw. noch Überstunden gemacht werden!

Zum anderen haben sie öfter auf BV's Mißstände angeprangert und sich für die Interessen der Kollegen eingesetzt. Dabei haben sie sich nicht nur den Zorn der GL sondern auch den des BR zugezogen. Denn sie haben die Anpassungspolitik des BR immer kritisiert.

So wie der Betriebsrat bisher schon stets auf „Partnerschaft" mit der Unternehmensleitung bedacht war, stimmte er auch den jetzigen arbeiterfeindlichen Maßnahmen vorbehaltlos zu.

Die Kollegen wurden zu den 17 Kündigungen bis jetzt weder informiert geschweige denn vorher gefragt! Der BR hielt es nicht einmal für nötig, die betroffenen Kollegen selbst zu dem Kündigungsantrag zu hören!

Wehret den Anfängen

Alle Anzeichen, Absatzschwierigkeiten, Kurzarbeit, die ersten Entlassungen wegen „Arbeitsmangel", der Rausschmiß der unbequemen und aktiven Kollegen, zeigen, daß wohl auch bei MBB in nächster Zeit Entlassungen größeren Ausmaßes anstehen. Bei der Politik der amtierenden BR's und der IGM-Führung ist es abzusehen, daß diese Entlassungen wohl nicht verhindert werden können. Die fortschrittlichen Kollegen müssen aber alle Möglichkeiten ausschöpfen, um eine breite öffentliche Auseinandersetzung darüber zu führen. Die beiden fortschrittlichen Kollegen R.L. und G.J. haben einen Schritt in die richtige Richtung getan und eine Persönliche Erklärung zu ihrer Kündigung vorm Betrieb verteilt, in der sie gegen ihre Maßregelung protestieren, die Kündigungspraktiken aufzeigen usw.

Außerdem haben sie beim Arbeitsgericht eine Kündigungsschutzklage eingereicht.

MBB Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

„Der Brennelementewechsel auf einem Schiff unterscheidet sich von den entsprechenden Vorgängen bei den Landreaktoren dadurch, daß die Arbeiten bei geöffnetem Sicherheitsbehälter unter f r e i e m H i m m e l (Hervorhebung v. uns) durchgeführt werden. Zunächst wird der Lukendeckel geöffnet, dann der Deckel in der Betonabschirmung und schließlich der Sicherheitsbehälterdeckel. Nachdem die in die Brennelemente hineinragenden, die Leistung des Reaktors regelnden Steuerstäbe entkuppelt sind, kann dann auch der Deckel des eigentlichen Reaktor-Druckbehälters entfernt werden" („DF.", 31.8.76). Die ausgewechselten Brennelemente gelangen in einem transportablen Sicherheitsbehälter in das Zwischenlager, das sich an Bord befindet, und müssen dort etwa ein Jahr lang lagern, bis die erste starke Radioaktivität „abgeklungen" ist. Ende 1972/Anfang 1973 wurde *„ein grundlegend neu konstruierter Kern in den Reaktor eingesetzt."* (a.a.O.) Der alte Kern mußte also ganz ausgebaut und abtransportiert werden. Im letzten Jahr wurden dann noch mal vier der insgesamt zwölf Brennelemente *„routinemäßig ausgetauscht"*.

Dies alles geschieht nicht irgendwo, sondern mitten im Hamburger Hafen, im Werk Roß der HDW.

Die „Otto Hahn" liegt monatelang im Hamburger Hafen und wird dort von Kollegen der HDW repariert oder umgebaut. *„Von Weihnachten bis Anfang August hatte der Frachter in der Werft gelegen. Die Brennelemente des Reaktors mußten ausgewechselt, die Turbine inspiziert und Forschungseinrichtungen eingebaut werden"* (Bremer Spezial-Informationsdienst, 31.8.76). Diese ganzen Arbeiten werden von Kollegen durchgeführt, die von der HDW in keinster Weise auf die Gefahren bzw. Unfallverhütung hingewiesen wurden. Es ist schon mehrmals passiert, daß Kollegen, die am Sekundär-Kreislauf gearbeitet haben, in der Sicherheitsschleuse Alarm auslösten! Beim Verlassen des Schiffes müssen sie mehrere Schleusen passieren. Dabei wird festgestellt, wie hoch ihre mR-Strahlung liegt. Erst hier wird bei einer Überdosis Alarm gegeben. Kollegen, die schon „zuviel hatten", dürfen eine zeitlang nicht mehr an Bord arbeiten – meistens für drei
dürfen eine zeitlang nicht mehr an Bord arbeiten – meistens für drei
Tage! Wohlweislich werden die Kollegen nicht über die Auswirkungen und Spätfolgen einer radioaktiven Verseuchung von den HDW-Kapitalisten informiert. Im Gegenteil! Die Kollegen dienen noch als Versuchskaninchen. Vor jedem „Otto Hahn"-Einsatz werden sie in der Gesundheitsbehörde Hamburgerstr. untersucht. Ohne jemals über die Untersuchungsergebnisse informiert zu werden.

In der Maschinenfabrik auf HDW/Roß wurden schon Teile der „Otto Hahn" repariert. Die „Sicherheitsvorkehrungen" sahen so aus, daß ein Teil der Halle durch ein Seil abgesperrt war und die an diesen Teilen arbeitenden Kollegen weiße „Schutzanzüge" anhatten. Der Boden der Halle wurde mit Papier ausgelegt damit auch wirklich alle Späne aufgefangen wurden!

Der größte Teil der ausgebauten Maschinenteile – verschwindet. Kein Kollege ist darüber informiert, wo sie bleiben. Der An- und Abtransport steht nicht, wie sonst üblich, unter ihrer Kontrolle. Vermutlich gelangen die Teile zur GKSS nach Geesthacht.

Leider sieht es noch so aus, daß die Kollegen gerne auf der „Otto Hahn" arbeiten. Durch eine „Gefahrenzulage" (DM 1,–/Std.) werden sie von den HDW-Kapitalisten gekauft. Die weißen „Schutzanzüge" sind natürlich auch 'ne dufte Show, zudem ist die Arbeitshetze auf der „Otto Hahn" nicht so groß wie auf anderen Schiffen.

Die HDW ist genau wie andere Werften dick im Atom-Geschäft mit drin. Durch die Erfahrung dieser Firmen im Turbinen-, Kessel- und Behälterbau können sie in diesem Geschäft mitreden. Arbeiter von HDW sollen schon bei Bau bzw. Reparatur des Atomkraftwerkes in Biblis und des AKW in Krümmel mitgemacht haben. für die AKW-Gegner auf den Werften steht an, die Verflechtung der Werft mit der Atomindustrie zu entlarven und die Kollegen über die Gefahren von Atomreaktoren aufzuklären.

Eine gute Möglichkeit zur Agitation bietet sich am 20. März, da dann die „Otto Hahn" wieder einmal in den Hamburger Hafen einläuft und Reparaturen auf der HDW durchgeführt werden.

Metallkommission
KB/Gruppe Hamburg

DRUCK

Hamburger DruPa

Jahreshauptversammlung

Am 27.2. tagte die im dreijährigen Turnus stattfindende Jahreshauptversammlung der Hamburger DruPa. Obwohl diese Versammlungen mit tödlich langen Wahlgängen (hier werden der Ortsvereinsvorstand und alle möglichen Delegierten etc. gewählt) vollgepfropft sind, gab es doch einige berichtenswerte Sachen.

Der Ortsvereinsvorstand ignoriert die Rücknahme der Ausschlüsse

Schon vor dieser Versammlung wurde den sechs Kollegen, deren Ausschlüsse aus der DruPa in der Beschwerdeinstanz vom Hauptausschuß zurückgenommen wurden, die neuen Mitgliedsausweise und jetzt der Zutritt zur Versammlung verweigert. Dafür wurde folgende Begründung aufgetischt: Der Hauptausschuß habe die Ausschlüsse zwar zurückgenommen und bislang wurde vom Hauptvorstand auch keine Beschwerde dagegen eingereicht, aber dies werde sicherlich noch geschehen und somit sei dann der im Herbst stattfindende Gewerkschaftstag die entscheidende Instanz. Und bis dahin würden die Mitgliedsrechte der betreffenden Kollegen ruhen. Als in der Versammlung der Antrag auf Einlaß eines dieser Kollegen gestellt wurde, stellte der Vorstand nicht etwa einen Gegenantrag auf Nichteinlassung, sondern er ließ sich obige Satzungsauslegung von der Mehrheit der Delegierten bescheinigen und ließ die Kollegen auf diese Weise vor der Tür. Eine wahrscheinlich einmalige Satzungsinterpretation: Rein formal sind die Ausschlüsse zurückgenommen und die Kollegen somit Mitglied der DruPa, zumal der Hauptvorstand noch keine Beschwerde eingelegt hat. Doch da er diese Beschwerde wahrscheinlich einlegen wird, läßt man die Kollegen gleich draußen. Im Strafrecht nennt man so etwas „Vorbeugehaft".

Krisensituationen

Der Geschäftsbericht des Ortsvereinsvorsitzenden Heinz Wolf befaßte sich insbesondere mit dem letztjährigen Streik und den darin aufgetretenen „Krisensituationen", von denen es seinen Ausführungen zufolge zwei gegeben hätte. Zum einen die Aussetzung des Streiks, die einen erheblichen Protest vieler Kollegen nach sich zog, dessen Höhepunkt eine spontane Versammlung im Gewerkschaftshaus mit bis dahin nicht dagewesenen schweren Auseinandersetzungen zwischen Vorstand und Mitgliedern war. Im Laufe dieser Versammlung trat H. Kruschak als Mitglied der örtlichen Streikleitung zurück. Hierzu meinte H. Wolf, daß diese Situation zwar gemeistert worden wäre, es für einen Funktionär jedoch unverantwortlich sei, zu so einem Zeitpunkt zurückzutreten. Man solle sich doch in Zukunft vorher genau angucken, wen man mit einer solchen Aufgabe betraut (!!).

Die zweite Krisensituation sei bei Abbruch des Streiks aufgetreten, weil die Hamburger Drucker noch eine Stunde zuvor ihre Kampfbereitschaft durch Hamburgs Straßen demonstrierten. Aber auch diese Wogen konnten laut H. Wolf wieder zur Zufriedenheit geglättet werden.

Streikbrecher Heinemann

In den Geschäftsbericht eingeschoben wurde der Bericht der Kommission zur Klärung des Streikbruchs bei der „Morgenpost". Hier wurde deutlich und bestätigt, daß die Erstellung der Streikbrecherausgabe von Ulli Heinemann betrieben wurde, dessen Ausschluß schon seit über einem Jahr massiv gefordert wird. Die Mehrheit des Ausschusses, drei hohe DruPa-Funktionäre, darunter der 2. Orts- und Landesbezirksvorsitzende Metzinger, sprach sich für einen „scharfen Verweis" aus. Diese feinen Herren sind auch Mitglied der SPD-AfA, dessen Vorsitzender eben jener U. Heinemann bis vor kurzem war. Die Minderheit, zwei Kollegen, sprach sich für den Ausschluß dieses Streikbrechers aus. Dieser Punkt wurde nicht mehr abgestimmt, da die Versammlung nach siebenstündiger Dauer vertagt wurde.

Wahlfarce in der Frauengruppe

Bei der Wahl zum Vorstand der Frauengruppe war es zu schweren Manipulationen gekommen, um junge fortschrittliche Kolleginnen von vornherein davon auszuschließen (s. AK 98). Der dju (deutsche Journalisten Union)-Vorstand brachte das zur Sprache und wußte nach seinen Recherchen von mindestens 35 Frauen, die nicht eingeladen wurden und belegte auch, daß im DruPa-Mitteilungsblatt keine Einladung erschienen war. Dies wurde vom Vorstand abgetan, er hätte anderslautende Informationen (eben von dem „gewählten" Frauenausschußvorstand) und die Wahl sei nach der seit 20 Jahren gültigen Wahlordnung ordnungsgemäß durchgeführt worden. Punktum!

Vorstandswahlen

Bei der Wahl des 1. Ortsvereinsvorsitzenden gab es gegen H. Wolf keine Gegenkandidaten. Er erhielt 150 Ja und 79 Neinstimmen, was eine beachtliche Anzahl von Gegenstimmen bedeutet. 2. Vorsitzender Metzinger wurde mit 140 Stimmen wiedergewählt, sein Gegenkandidat, H. Kruschak, gegen den der Vorstand eine gezielte Hetzkampagne vom Stapel ließ, erhielt immerhin 94 Stimmen. Auch der Kassierer- und der Schriftführerposten wurden wiederum von rechten Sozialdemokraten besetzt. Damit scheiterten insbesondere die DKP-Versuche, einen Sitz im Hamburger DruPa-Vorstand zu erlangen. Da half ihnen auch eine nochmalige Distanzierung vom „Streik-Info" nichts.

Ein Hammer am Rande

Zu seinem 60. Geburtstag erhielt H. Wolf vor kurzem einen Brief sowie als Geschenk eine Giftspritze für seinen „häuslichen Garten". Absender: Leberecht Lange, der Landesbezirksvorsitzende der DruPa-Niedersachsen. Kommentar Leberecht Langes: So ein Ungeziefervertilger könne Heinz Wolf ja vielleicht auch mal für seinen Landesbezirk gebrauchen. Die Absicht dieser faschistoiden Gesinnung dürfte klar sein: Säuberung der DruPa von allen linken Kräften. Die Vorgänger dieses feinen Gewerkschafters waren es, die am 1. Mai 1933 zusammen mit den Hitlertruppen den faschistischen Tag der Arbeit feierten. Heinz Wolf brachte es nur zu einer schwachen Distanzierung und meinte Leberecht Lange hätte sich im Ton vergriffen. Eine saubere Bande!

Betriebszelle Springer
KB/Gruppe Hamburg

Frauenarbeit bei der „WAZ"

= Sklavenhandel

Bochum: Unter den miserabelsten Bedingungen arbeiten 70 Frauen in Nachtschicht bei der „WAZ" („Westdeutsche Allgemeine Zeitung") in Bochum als „Einlegefrauen", d.h. sie müssen im Eiltempo Prospekte etc. in die Zeitung einlegen.

„Für die Frauen gibt es keinen Tarifvertrag, keinen Mindestlohn, keine manteltariflichen Bestimmungen, keinen Kündigungsschutz, keine Kündigungsfristen, keinen Mutterschutz, Nachtzuschläge entfallen. Die meisten Frauen arbeiten ohne Steuerkarte" (dieses und die anderen Zitate aus „Welt der Arbeit" vom 11.2.77). Es gibt keine geregelten Arbeitszeiten, sondern die Kolleginnen werden je nach Bedarf beschäftigt, mal ein paar Stunden, mal 14 Stunden. Dazu müssen sie jeden Tag telefonisch nachfragen, *„ob ihre Anwesenheit wieder erwünscht ist"*. Und der Lohn: 6,45 DM die Stunde (!) und das bei Nachtarbeit und Akkord! Wer aufmuckt hört die Antwort: „Sie können ja gehen, es stehen genug Frauen vor der Tür".

Doch den Frauen reicht es jetzt. Einige jüngere Arbeiterinnen haben sich zusammengesetzt, beriefen Versammlungen ein und stellten einen Forderungskatalog auf. Sie fordern: *„Einordnung in den Tarifvertrag, Fahrgelegenheit, Fahrgelderstattung, Aufenthaltsräume, Pausenregelung, Nachtarbeitszuschläge"*.

Ihre Kolleginnen vom Essener „WAZ"-Pressehaus haben ein ermutigendes Beispiel gezeigt: Sie erstreikten kürzlich 80 Pfennig mehr und haben jetzt 7,25 DM die Stunde. Immer noch wenig, denn normalerweise müßten die Frauen mindestens in der Lohngruppe III = 7,86 DM eingestuft werden, wenn nicht in Lohngruppe IV. Aber das ist ein erster erfolgreicher Schritt in die Richtung.

Was die Kolleginnen in Bochum erreicht haben, ist leider noch nicht bekannt. Wir wünschen viel Erfolg!

Eine Metallgenossin

Drucker wehren sich

Während des Druckerstreiks im Frühjahr '76 versuchten Drucker in mehreren Städten in der BRD, wie z.B. in Hamburg und Reutlingen die Auslieferung von Zeitungen und Notausgaben zu verhindern, indem sie die Ausfahrten der Druckereien versperrten.

Die Polizei wurde in fast allen Fällen von den jeweiligen Druckkapitalisten zur „Hilfe" geholt und so wurde mit Verhaftungen die „Pressefreiheit" der Kapitalisten verteidigt.

Viele Kollegen hatten auch in Aalen die von Streikbrechern erstellte Zeitung im Schwaben-Verlag zu verhindern versucht.

Nach fast neun (!) Monaten haben nun 14 Kollegen vom Amtsgericht ... Strafbefehle in Höhe von jeweils 1.000 DM zugestellt bekommen (nach „ID", Nr. 165). Außerdem müssen sie mit einer weiteren Schadenersatzforderung von jeweils 7.000 DM rechnen, falls sie noch wegen „Nötigung" verurteilt werden.

„Unser Recht auf Streik" lautet die Überschrift eines Flugblattes, das die Kollegen gemeinsam mit der örtlichen DruPa-Führung herausgegeben haben, um in der DruPa zu einer notwendigen Unterstützung aufzurufen.

Mittlerweile haben sich mehrere tausend Kollegen mittels Unterschriftensammlungen, Resolutionen usw. mit den angegriffenen Kollegen solidarisiert. Die Kollegen wollen demnächst eine Dokumentation herausbringen, die über folgende Adresse zu bekommen ist, an die auch die Solidaritätserklärungen zu schicken sind.

IG Druck und Papier
Ortsverein Aalen
Bahnhofstraße 70
7080 Aalen

Es ist auch zu sehen, daß es den Kapitalisten nicht so sehr darum geht, Entschädigungen für ihren verlorenen Profit zu bekommen, sondern es soll an diesem Fall eine Grundsatzerklärung durch die Gerichte erfolgen, um gegen solche Kampfmaßnahmen von Kollegen stärker vorzugehen und vorzubeugen.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

„Alternative 4,

wir bleiben hier!"

Am Freitag den 4.3. streikten ca. 300 Kollegen in dem Hamburger STILL-Werk/Jarrestraße für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Seit nunmehr einem Jahr plant die Geschäftsleitung, das Werk Jarrestraße zu verlegen, was für 100 Kollegen den Verlust ihres Arbeitsplatzes bedeuten würde.

Betriebsrat und Vertrauenskörper lehnen die Verlagerung des Werkes nicht grundsätzlich ab (behaupten vielmehr, daß dieser Schritt „unumgänglich" sei), sondern orientieren darauf, „soviel wie möglich" durch einen auszuhandelnden Sozialplan herauszuholen. Die Angestellten, die von der geplanten Veränderung in besonderer Weise betroffen sein werden, streikten am 4.3. nicht mit, was der kämpferischen Stimmung allerdings keinen Abbruch tat. Viele Kollegen werteten es als Erfolg, daß hier „Flagge gezeigt" wurde. Als sich die Geschäftsleitung weigerte über die von den Kollegen gestellten Forderungen zu verhandeln, gingen die Kollegen nicht wieder zurück an ihre Arbeitsplätze, sondern nach Hause.

Kampf gegen Kurzarbeit und Entlassungen!
Kampf der Rationalisierung und geplanten Werksverlegung!

STILL-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Bei Broschek nichts Neues

Hamburg: Wieder einmal haben die Broschek-Kapitalisten den Rechten im Betriebsrat (BR) den „freundlichen" Hinweis gegeben, daß es mal wieder an der Zeit wäre, sich von den Linken im BR zu distanzieren.

In der letzten Nummer der „Argumente" (linke Betriebszeitung) wurde von einem profitbringenden Auftrag berichtet, der für die Kollegen eine größere Arbeitsbelastung bedeuten wird. Die namentliche Nennung dieses Auftrages legten die Broschek-Kapitalisten als Verletzung des Geschäftsgeheimnisses aus und forderten den BR auf, den linken BR's, die an der Herstellung und Verteilung der „Argumente" beteiligt wären, einen Hinweis auf die Einhaltung der Amtspflichten zu erteilen. Gleichzeitig wurde damit gedroht, dem Wirtschaftsausschuß keine Informationen mehr zu liefern, falls diese „Rüge" nicht erteilt würde.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde diese Aufforderung von den Rechten begierig aufgegriffen, um dies zum Aufhänger für eine ausführliche Hetze und inhaltlich dünne Distanzierung zu benutzen. Nicht ohne Grund: So wurde in der „Argumente" auch die kollegenfeindliche Haltung der rechten BR's in der Frage der Neuwahlen nach der Amtsenthebung zweier linker BR's angeprangert: Die rechten BR's hatten gegen die 130 Kollegen gestimmt, die mit einer Unterschriftensammlung den amtsenthobenen BR's durch Neuwahlen eine Wiederwahl ermöglichen wollten. In der Kennzeichnung ihrer Haltung als „unehrlich", sahen die Rechten eine „unverschämt unsachliche Polemik" und beschlossen eine öffentliche Distanzierung, um allen Kollegen klar zu machen, daß sie weiterhin an ihrer unehrlichen Politik festhalten werden.

Betriebszelle Broschek
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

Tarifrunde '77 Lohnraub trotz zahlreicher Warnstreiks

Am 2.3. kam das Ergebnis der ÖTV-Tarifrunde 1977 in einer schon traditionellen Nachtsitzung zustande; noch am selben Tag wurde es von der Großen Tarifkommission der ÖTV mit Dreiviertel-Mehrheit gebilligt. Im einzelnen wurde vereinbart:

- **5,3 % Lohn- und Gehaltserhöhung**
- **150 DM Urlaubsgeld**
- **2 Tage mehr Urlaub in den unteren Lohngruppen**
- **Verlängerung der Laufzeit des Tarifs auf 13 Monate, dafür einmalig 100 DM.**

Das ist das mieseste Ergebnis aller bisherigen Tarifrunden des Jahres 1977. Vorher hatten Stahl mit 6 %, Metall mit 6,9 % und Häfen (ÖTV) mit 6,7 % abgeschlossen.

Nach dem 5-%-Abschluß im „Krisenjahr" 1976 hat der „Aufschwung" ganze 0,3 % pro Monat mehr gebracht. Ein Hohn, angesichts des immer weiter wachsenden Raubbaus, der mit den Kräften der Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern, Erziehungseinrichtungen, in den Verkehrs-, Verwaltungs- und Städtischen Betrieben getrieben wird.

Die neuesten Zahlen einer volkswirtschaftlichen Untersuchung, die das Münchner IFO-Institut veröffentlicht hat, zeigen, daß beim momentanen Stand von jeder zusätzlich verdienten Mark folgende Beträge abgehen für:

die Steuer	24,5 Pfg.
Kirche	1,6 Pfg.
Rentenversicherung	9,7 Pfg.
Krankenversicherung	11,5 Pfg.
Arbeitslosenversicherung	1,1 Pfg.
Arbeitnehmer	51,6 Pfg.

(nach „Süddeutsche Zeitung – SZ", 2.3.77).

Bekanntlich beträgt in diesem Jahr die offiziell zugegebene Preissteigerung über 4,5 %! Dazu kommen zwei Prozent Mehrwertsteuererhöhung, die die Arbeiter und Angestellten voll zu tragen haben werden. Diese zusätzlichen Verteuerungen sind mit dem Netto von ca. 2,7 %, die nach obiger Tabelle durchschnittlich wirklich mehr im Portemonaie landen, nicht auszugleichen! Schon anläßlich des Metallabschlusses stellte die bürgerliche Presse ganz offen fest, daß *„sich die Verteilungsschraube weiter zugunsten der Unternehmergewinne drehen kann. Die Gewerkschaften lassen sich damit auf weitere Schrumpfungen der Lohnquote ein"* („Frankfurter Rundschau – FR", 29.1.77).

Der „Einstieg" ins Urlaubsgeld, 150 DM im Jahr (der Tarif gilt für zwei Jahre), das ist ein mageres Taschengeld, wenn man bedenkt, wie bei dem ins Unerträgliche steigenden Streß der immer lebensnotwendigere Urlaub jedes Jahr rote Zahlen auf die Lohn- und Gehaltskonten bringt. Und die zwei Tage mehr Urlaub für die Kollegen mit kleinem Gehalt heben immer noch nicht die unerträgliche Situation auf, daß im Öffentlichen Dienst der Urlaub sich nach Gehaltshöhe bemißt.

Drei Wochen Spektakel um 0,8 %!

Die Presse beeilt sich, das „Gesamtvolumen" des Abschlusses zu propagieren. Dieses hat sich – legt man ein Gehalt von rund DM 1.800,- zugrunde – um 0,8 % gegenüber dem ersten Angebot der „Öffentlichen Hand" erhöht. Noch am 7.2. bestätigte Kluncker anläßlich der beginnenden Tarifverhandlungen die Orientierung an dem 6,9-%-Lohnraubabschluß für die Metaller. Abgesehen von Urlaub und Urlaubsgeld bestünde „kein Nachholbedarf" („Hamburger Abendblatt", 7.2.). Ermutigende Worte! In das Konzert stimmten ein: u. a. Sparkassenpräsident Geiger, vorher Schlichter in der Metall-Runde für Nordrheinwestfalen, für den der *„Abschluß für den Öffentlichen Dienst niedriger sein"* muß als 6,9 %, und Beamtenbund-Chef Krause, der die Bereitschaft der Beamten erklärte, *„angesichts der allgemeinen Konjunkturlage gewisse Zurückhaltung zu üben"* („Hamburger Abendblatt", 9.2.).

Dann ging es los. Maihofers Angebot von 5,2 % nennt Kluncker eine „Provokation" („Morgenpost", 11.2.). – Abbruch der Verhandlungen. Kluncker besteht auf den „Einstieg" ins Urlaubsgeld. Die volle Forderung von 300 DM + 50 DM für jedes Kind verschwand schon auf dieser ersten Begegnung klammheimlich in der Versenkung – wo sie auch blieb.

Wir dokumentieren im folgenden den Ablauf der Tarifrunde:

11.2. Warnstreik bei Mainzer Verkehrsbetrieben;

18.2. außerordentliche Betriebsversammlung Flughafen Frankfurt. Kluncker: Auf harte Tarifauseinandersetzungen einstellen. Notfalls bereit sein, für das geforderte Urlaubsgeld einen Arbeitskampf zu führen. Orientierungsgröße: Abschlüsse der anderen Industriegewerkschaften ... ÖTV-Mitglieder haben mit spontanen Protesten in vielen Betrieben und Verwaltungsstellen Bereitschaft bewiesen, notfalls einen Arbeitskampf zu führen („Frankfurter Allgemeine Zeitung – FAZ", 19.2.).

20.2. Staatssekretär Schlecht: 6,9 % für Metall sind vereinbar mit den Eckdaten der Regierung (dagegen Friedrichs: „Eckpfeiler zusammengebrochen"), Abschluß für den Öffentlichen Dienst soll „deutlich" unter 6,9 %, aber über 6 % liegen („FAZ", 21.2.).

21.2. Mehrere 100 Arbeiter der Münchner Verkehrsbetriebe legen für eine Stunde die Arbeit nieder. Der ÖTV-Redner auf der Versammlung forderten den „Einstieg. . .". In zwei weiteren Versammlungen erheben in München ca. 1.200 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes Protest.

21.2. Postgewerkschaftsvorsitzender Fehrenbach: Abschluß ohne Einstieg „nicht denkbar" („Hamburger Abendblatt", 22.2.).

In verschiedenen Orten des Saarlandes wird erwogen, „die Gewerkschaftsführer" durch „geeignete Maßnahmen" zu unterstützen („Hamburger Abendblatt", 22.2.).

22.2. **Dortmund**: 400 Kollegen marschieren von den Städtischen Kliniken zum Rathaus, 200 Kollegen von der Stadtverwaltung schließen sich spontan dem Zug ins Stadtinnere vor das Pressehaus an („Hamburger Abendblatt, 23.2.). Nach „UZ" waren es insgesamt 2.500 Kollegen!

Hagen: 200 Kollegen der Städtischen Verkehrsbetriebe befinden sich für eine Stunde im Warnstreik. Müllwerker fahren mit ihren Fahrzeugen zum DGB-Haus, übergeben eine Resolution mit der Forderung nach voller Durchsetzung der ÖTV-Forderungen.

Marl: 30 Müllwagen blockieren das Rathaus für eine Stunde.

Oberhausen: Busfahrerstreik von 9 bis 10 Uhr.

Mühlheim: Warnstreik von Arbeitern der Städtischen Kanalreinigung, der Müllabfuhr und der Städtischen Verkehrsbetriebe von 10 bis 10.30 Uhr.

Wolfsburg: 400 Beschäftigte für eine halbe Stunde im Warnstreik. Demonstration mit 40 Fahrzeugen zum Rathaus. Der Personalratsvorsitzende kündigt unbefristeten Streik an, falls die Urlaubsgeld-Forderung nicht erfüllt wird.

Bremen: Flugblatt- und Unterschriftenaktionen von Kollegen des Öffentlichen Dienstes.

München: 500 Kollegen der Hauptwerkstätten der Städtischen Verkehrsbetriebe fassen auf Protestversammlung einstimmig eine Resolution, in der auf den miserablen Tarifabschluß 1976 eingegangen und erklärt wird, sich nicht länger hinhalten zu lassen. ÖTV-Vorsitzender Bopp (Bayern) hält das für eine „wertvolle Unterstützung" („UZ", 23.2.).

„Noch haben wir alles unter Kontrolle. Aber es gärt überall" (ÖTV-Sprecher laut „Bild" vom 23.2.).

23.2. Klunckers „Ultimatum": die 2. Verhandlungsrunde am 24.2. wird sofort abgebrochen, wenn die Arbeitgeber nicht die Einführung von Urlaubsgeld anbieten („SZ", 24.2.).

23.2. Warnstreiks von mehr als 10.000 Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Schwerpunkte: Frankfurt, Wiesbaden, Kassel, München, Stuttgart, Saarbrücken.

23.2. Warnstreik in Frankfurt. 24 Straßenbahn- und 29 Buslinien stellen für eine Stunde den Verkehr ein. Ablauf: Über Funk kommt ein Losungswort, die Kollegen öffnen einen verschlossenen Brief, der ihnen bei Antritt der Fahrt übergeben wurde. Der Brief enthält die schriftliche Anweisung, die nächste Haltestelle anzulaufen, nicht auf Kreuzungen stehenzubleiben, nicht den Individualverkehr zu behindern. Ohne Ankündigung werden auf diese Weise tausende von Leuten plötzlich auf die Straße gesetzt. Verständnis der Fahrgäste für den Warnstreik, aber große Unzufriedenheit mit dieser unnötig rücksichtslosen Art der Durchführung. Betriebsratsvorsitzender Kröchel dazu: *„Daran haben wir während des gestrigen Trubels einfach nicht gedacht"* (in den ÖTV-Vorstandsetagen – versteht sich). ÖTV-Bezirksleiter Wolf schließt vor 3.000 Flughafenbeschäftigten weitere Aktionen nicht aus: *„Allerdings – das werden dann wirklich spontane und nicht von uns initiierte Aktionen sein"*, („FR", 24.2.).

Hanau: rund 500 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes im Warnstreik.

Darmstadt: Müllfahrzeuge und



Straßenkehrfahrzeuge rollen zur Müllverbrennungsanlage, wo der ÖTV-Kreissekretär spricht.

Marburg: Beschäftigte der Stadtwerke 20 Minuten im Warnstreik.

Oberursel: 70 Beschäftigte ebenfalls.

Offenbach: Demonstration von 200 Kollegen ins Rathaus.

Kassel: ab 7 Uhr legen nacheinander die verschiedenen Bereiche des Öffentlichen Dienstes kurzfristig die Arbeit nieder.

München: rund 1.000 Kollegen fahren mit Mülladern und anderen Dienstfahrzeugen zur Theresienwiese. Starke Worte des Bayrischen ÖTV-Vorsitzenden Bopp. Er weist die Äußerung von Staatssekretär Schlecht zurück (siehe oben). Die Forderung passe in die Landschaft ...

Jugendliche Kollegen führten eine Protestkundgebung durch und stellten die Forderung nach ausreichender Erhöhung der Ausbildungsvergütung auf („SZ", 24.2.).

Im Bereich Nordrheinwestfalen streikten etwa 100 Busfahrer in **Herne** und **Castrop-Rauxel**, in **Bottrop** 300 Arbeiter und Angestellte des Öffentlichen Dienstes, in **Gelsenkirchen** 400 Beschäftigte des Städtischen Fuhrparks, Warnstreiks von ÖTV-Mitgliedern fanden ebenfalls statt in **Oberhausen**, **Wuppertal** (800 Menschen), **Duisburg**, **Herford** (500), **Lünen** (500) (Angaben nach „Westf. Rundschau", „Westf. Allgemeine Zeitung" und „Ruhrnachrichten" vom 25.2.).

24.2. Nach drei Stunden wird die 2. Verhandlungsrunde vertagt. Kluncker hat das *„Gefühl, daß noch was drin ist"*.

Frankfurt: Rund 1.000 Auszubildende folgen dem Aufruf des ÖTV-Bezirks zu einer Protestversammlung. Hauptforderung: *„Eine einheitliche, vom Einkommen der Eltern unabhängige Ausbildungsvergütung für alle"*.

Ca. 100 Post-Kollegen bestreiken die Briefkastenleerung für eine Stunde.

Köln: Eineinhalb Stunden späterer Dienstbeginn vieler Beschäftigter der Verkehrsbetriebe.

Hannover: 800 Städtische Bedienstete marschieren zum Rathaus.

Hildesheim: Müll-Kollegen machen 90 Minuten Pause („Morgenpost", „FAZ", 25.2.).

25.2. und Wochenende

Der Verhandlungsführer des Öffentlichen Dienstes ist beim Kanzler. „Spitzengespräche" von Bund-, Länder- und Gemeinden-Vertretern mit ÖTV-Kluncker und DAG-Grothegut.

Kommentar der „Süddeutschen Zeitung": *„Aus ihren bisherigen Äusserungen zu schließen, dürften die Arbeitnehmervertreter jedoch kaum akzeptieren, daß im Öffentlichen Dienst – gemessen am Tarifabschluß in der Metallindustrie von 6,9 % – ein um nahezu ein Prozent niedrigeres Ergebnis erzielt wird"* („SZ", 28.2.).

1.3. Es ist erreicht, die „Arbeitnehmervertreter" haben akzeptiert. Der Abschluß entspricht genau der „Zielprojektion" der Regierung (siehe oben).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Visionen . . ."

Die Tatsache, daß in München und anderen Städten die Kollegen des Öffentlichen Dienstes in ihren Mülladern, Straßenreinigungsfahrzeugen etc. zur Protestversammlung fuhren, hat bei dem Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB), Wolf Moser, Zukunftsvisionen ausgelöst: *„Was heute den Müllfahrern recht ist, kann morgen den Lokomotivfahrern der Bundesbahn und übermorgen den Piloten der Lufthansa billig sein"* („Süddeutsche Zeitung – SZ", 25.2.77).

Daß die Kollegen einmal im Jahr „ihre" Arbeitsgeräte für die eigenen Klasseninteressen nutzen, war ihm eine *„Vision, die die Gefährdung selbstverständlicher Ordnungsbegriffe und Pflichten gegenüber der Allgemeinheit* (?) *deutlich macht"* (ebenda). Wenn wir diesen phantastischen Gedanken noch ein wenig fortspinnen (was Herr Moser bestimmt heimlich mit Schauder auch getan hat), eröffnen sich da die ungeahntesten Möglichkeiten: Es käme vielleicht so weit, daß die Kollegen von HDW mit von ihnen gebauten Dampfern ... die Flughafenkollegen und Piloten mit ihren Silbervögeln ... oder gar die Kollegen von Krupp mit den von ihnen gebauten Kanonen in die Tarifrunde eingreifen ... !

Hübsch! Auf was für Ideen uns der Wolf aber auch bringen kann!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



In Reih' und Glied postierten die Müllfahrer ihre Lader auf der Theresienwiese. Rund 1000 Bedienstete der Stadtwerke dokumentierten auf einer Protestkundgebung der ÖTV ihren Unwillen über die Arbeitgeberhaltung in Sachen Urlaubsgeld.

Rationalisierungskonzept bei der Bundesbahn geändert – ein neuer Schlag gegen die Kollegen

Das Unternehmen Deutsche Bundesbahn steckt – ähnlich wie es bei der Bundespost der Fall gewesen war – tief in den roten Zahlen. 1976 betrug die Verschuldung der Bahn rund 27 Milliarden Mark insgesamt. Bis 1980 wird dieser Schuldenberg noch auf 43 Milliarden Mark anwachsen. Diesem unerträglichen Zustand für ein nach kapitalistischen Prinzipien arbeitendes Unternehmen wird seit geraumer Zeit zu Leibe gerückt. Rationalisierungen auf Kosten der Kollegenschaft stehen dabei im Mittelpunkt der Bemühungen.

So hatte Verkehrsminister Gscheidle noch 1975 verkündet, die Bundesbahn *„müsse etwa die Hälfte des Schienennetzes, knapp 15.000 Kilometer, kappen"* („Der Spiegel", 7/77). Personaleinsparungen in allergrößtem Stil sollten damit verbunden werden. Nach dieser Ankündigung erhob sich jedoch unter den diversen Kapitalistenverbänden ein Sturm des Protestes. Durch die geplanten Streckenstillegungen nämlich sahen die Kapitalisten ihre Interessen nicht mehr gewahrt. Gegen die angekündigten Personaleinsparungen hatten sie natürlich nichts einzuwenden. Das Problem wurde von „Experten" neu beraten und ein neues Ergebnis liegt jetzt vor.

Die unter der Leitung des gelernten Refa-Ingenieurs und ehemaligen 2. Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft, Gscheidle, fertiggestellte Studie stellt fest, *„Bahnstrecken stillzulegen bringe lange nicht soviel, wie immer angenommen wird"* („Der Spiegel", 7/77). Entsprechend sieht die neue Generallinie der Finanzsanierung aus: *„Bis 1980 sind Stillegungen des Gesamtbetriebs allenfalls in Ausnahmefällen durchzuführen"* (ebenda). Die Rationalisierungen sollen allerdings sogar verstärkt vorangetrieben werden. Diese Bemühungen werden sich zukünftig auf den sogenannten „Vorhaltebereich" der Bahn konzentrieren. Insbesondere soll das Personal der Betriebsmaschinendienste und in den Ausbesserungswerken der Bundesbahn rigoros vermindert werden. *„Darüber hinaus seien weitere Rationalisierungsmöglichkeiten denkbar"* „Frankfurter Allgemeine Zeitung – FAZ", 16.2.77). Erwogen wird, *„zusätzlich 20.000 Beschäftigte aus den Lohnlisten zu streichen"* („Der Spiegel", 7/77).

Die alten, jetzt geänderten Rationalisierungspläne hatten zur Grundlage noch umfangreiche Streckenstillegungen. Man wollte damit von 1975 bis 1980 rund 60.000 Arbeitsplätze einsparen. **Obwohl nach Intervention der Kapitalisten von den Streckenstillegungen wieder Abstand genommen wurde, wird jetzt sogar ein Rationalisierungsergebnis von rund 80.000 vernichteten Arbeitsplätzen angestrebt:** Gscheidle hatte noch vor einem Jahr lauthals verkündet, die Personalverminderungen werden ausschließlich durch den sogenannten „natürlichen Abgang" (Pensionierung, „freiwillige" Kündigungen usw.) zustande gebracht. Und: *„Kein Eisenbahner wird entlassen"* („Der Spiegel", 7/77). Heute sieht das anders aus: *„Die Zusage des Bundesverkehrsministers könnte nicht mehr eingehalten werden"* (ebenda).

Das geänderte Rationalisierungskonzept der Bundesbahn wird die Arbeitsbelastung der Kollegen noch mehr erhöhen, als ohnehin ursprünglich geplant war. Arbeitsdruck, Arbeitshetze und Arbeitsunfälle werden danach unweigerlich zunehmen. Allein der Widerstand der Kollegen gegen die Rationalisierungspolitik bei der Bahn kann dies verhindern. Die Kollegen sind in diesem Kampf mehr denn je auf ihre eigene Kraft angewiesen. Die Führung der „Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands" nämlich ist mit der Rationalisierung grundsätzlich einverstanden. Sie kritisiert lediglich die *„unausgegorenen Pläne"* zu den Rationalisierungen und den *„überzogenen (!?) Personalabbau"* („Frankfurter Rundschau", 10.2.77). Personalabbau ja, nur „überzogen" darf er nicht sein. Da weiß also jeder Kollege genau, woran er ist.

Kampf der kapitalistischen Rationalisierung bei der Bundesbahn!

Postzelle
KB/Gruppe Hamburg

Fernmeldehandwerker streiken gegen Rationalisierung

Flensburg: Im Rahmen des Sonderprogramms für Fernmeldehandwerker sollen Rationalisierungsmaßnahmen bei der Post durchgeführt werden! Die Post hat in den einzelnen OPD (Oberpostdirektionen) Bemessungen vorgenommen, mit dem Ergebnis, daß unter anderem in Flensburg 33 Arbeiter „zu viel sind".

Diese 33 Kollegen sollen nun auf Grund des Sondersprogramms Arbeiten ausführen, für die man sie bisher nicht herangezogen hat, z. B. Telefonhäuschen neu streichen, Kabelschächte reinigen, Straßenkarteien vervollständigen usw. Weiter werden die Kollegen vor die Alternative gestellt werden – Entlassung oder Versetzung nach Süddeutschland, wo angeblich Personalmangel herrscht.

Gleichzeitig will die Post den Vergabeanteil an private Kapitalisten erhöhen, d. h. ihnen buttert die Post die „besseren Arbeiten" zu und für die Handwerker schafft man ein neues Arbeitsprogramm. Bisher hat sich gezeigt, daß die Kapitalisten auf diese Weise schnell Profit gemacht haben. Es wurden Kollegen aus anderen Berufen eingestellt, die dann im Akkord Telefonanschlüsse oder Kabelarbeiten durchgeführt haben. Die Bosse schreckten nicht einmal davor zurück, diese Kollegen bis Samstag abend arbeiten zu lassen. So versucht man, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen, indem sie trotz Akkord meist weniger verdienen als die Fernmeldehandwerker.

Aufgrund von spärlichen Informationen über das geplante Sonderprogramm, die von der Gewerkschaft oder vom Fernmeldeamt kommen, wurden die Handwerker aufmerksam. Sie verlangten Aufklärung über die Zukunft ihrer Arbeitsplätze. Am Mittwoch, dem 2.3., kam es dann im Baubezirk (BBZ) zu einer spontanen Arbeitsniederlegung, zu der sich auch einige Auszubildende und Beamte solidarisch einfanden.

Die Handwerker forderten: „Der Amtsvorsteher des Fernmeldeamtes Flensburg muß zu uns kommen, wir wollen wissen, was aus unseren Arbeitsplätzen wird".

Es kam der Abteilungsleiter, um die ganze Sache zu „schlichten". Man brauche sich keine Sorgen zu machen, das Sonderprogramm müsse ja erst noch beschlossen werden usw. Die Arbeiter forderten weiterhin: „Der Amtsvorsteher muß her!" Dieser kam dann auch – reichlich verspätet – im BBZ an.

Der Amtsvorsteher beteuerte, er habe selbst sehr wenig Informationen, am nächsten Donnerstag könne er ausführlichere Informationen geben. Durch Sprüche wie, er habe selbst schon an höherer Stelle auf eine Erhöhung der Bemessung gedrängt, schaffte er es, die Arbeitsniederlegung aufzulösen. Trotzdem muß diese Aktion als ein Erfolg bewertet werden. Zum ersten Mal haben Kollegen hier zu diesem Kampfmittel gegriffen.

ÖTV-Zelle
KB/Gruppe Flensburg

Skandalöse Verhältnisse in Hamburger Krankenhäusern

Die Hamburger Gesundheitssenatorin Elstner (SPD) hat den Beweis liefern wollen, daß man im Handumdrehen die katastrophale Situation in den Krankenhäusern verbessern kann. Es müssen eben nur die richtigen Leute anpacken: Die Frau Senatorin selbst fuhr zum Allgemeinen Krankenhaus (AK) St. Georg und vergrößerte die hoffnungslos überbelegte Männer-Aufnahmestation (überall liegen Patienten auf Tragen herum ...) auf zwölf bisher angeblich nicht benutzte Betten.

Durch die sogenannten Krankenhaus-Feuerwehr sollen die „vorübergehenden Engpässe" – so der offizielle Sprachgebrauch – beseitigt werden. Solche Aktionen, wie oben beschrieben, sollen dafür den Beweis erbringen und eine reibungslose Durchführung weiterer Sparmaßnahmen ermöglichen.

Geplant ist die vollständige Schließung des Kinderkrankenhauses St. Georg in Borgfelde. *„52 der 93 Betten sollen in das Kinderkrankenhaus Rothenburgsort verlegt werden. Auf 41 Betten kann verzichtet werden"* („Hamburger Morgenpost", 1.3.77). Vo r dem Klinikpersonal begründete Elstner die Schließung mit der „Unwirtschaftlichkeit". Außerdem wird *„das Risiko für Neugeborene ... durch den Umzug nach Rothenburgsort* (das liegt außerhalb Hamburgs! – AK) *nicht vergrößert. Der Transport von gefährdeten Babys geschehe ohnehin in speziellen Brutkästen unter Aufsicht eines Kinderarztes. Da spielen ein paar Minuten* (??) *längere Fahrt im Notarztwagen keine Rolle"* (ebenda)...

Weiterhin ist geplant, das AK Heidberg von zur Zeit 1.200 Betten auf 367 Betten bis Mitte der 80-er Jahre schrumpfen zu lassen. Der nach dem Krankenhausbedarfsplan von 1975 noch für nötig befundene Ausbau des AK Heidberg ist inzwischen ebenfalls den Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen. *„Nach dem alten Plan* (von 1975 – AK) *sollten bis 1985 von heute 17.000 Betten 3.800 abgebaut werden. Jetzt spricht man von 5.000 bis 6.000 überflüssigen* (?) *Betten"* („Bild", 27.1.77)!

Als Grund für diese Zahl müssen alle möglichen und unmöglichen Statistiken herhalten. So gibt es über die Kapazitätsauslastungen der einzelnen Krankenhäuser angestellte Berechnungen, die die tatsächlichen Zustände in den Allgemeinen Krankenhäusern völlig auf den Kopf stellen. Danach ergibt sich, daß kein Krankenhaus zu mehr als 75% ausgelastet ist! ...

Doch die Tatsachen sehen anders aus. Zumindest im AK Heidberg sind die Verhältnisse katastrophal. Ein Arzt beschrieb die Situation so: **„Wenn jetzt nicht bald etwas von Seiten der Gesundheitsbehörde geschieht, dann wird hier nicht mehr behandelt, dann wird gestorben"** („HA", 3.3.77). Und sterben muß man im Heidberg-Krankenhaus heute gefälligst auf dem Flur, die Zimmer sind mit nicht so schweren Fällen belegt. Es gibt keine Isoliermöglichkeiten für Patienten mit Infektionskrankheiten, Tuberkulosekranke liegen in Mehrbettzimmern. Die Aufnahme mußte mehrmals wegen Überfüllung geschlossen werden. Die Notfälle „blockieren" die Operationssäle, so daß Patienten überlange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen. Überall fehlen Krankenschwestern, Pfleger und Ärzte.

Aber nach den offiziellen Statistiken sind die Krankenhäuser noch „nicht voll ausgelastet"!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Rechtes BR-Mitglied muß gehen

Die letzte Tarifrunde im Hamburger Hafen hat bei der HHLA ein recht hochgehendes Kielwasser gehabt, dessen Wogen noch nicht ganz abgeklungen sind.

Die ÖTV-Führung war, um ihre vorhergehenden „Versäumnisse" zu verdecken, recht wortradikal in die Tarifrunde eingestiegen, orientierte ständig auf „Kampfmaßnahmen", ohne aber die notwendigen Schritte, wie z. B. ausführliche Information, dafür zu leisten (siehe Artikel in AK 96).

Diesem Mangel versuchten die Kollegen der „Alternative", einer Gruppe oppositioneller Kollegen und Betriebsratsmitglieder bei der HHLA, auszugleichen.

So kam es, daß rechte SPD-Vertrauensleute eine Unterschriftenliste gegen das Betriebsratsmitglied J. W. kursieren ließen, unter der letzten Endes sechs Namen standen. Kollege W. wurde „beschuldigt", die Kollegen einer Halle am Burchardkai zum Streik aufgefordert zu haben. Dies stimmte zwar so nicht, hätte aber gelangt, ihn aus dem Betriebsrat zu feuern. Das Schandpapier war an den Betriebsrat gerichtet, von wo es direkt in die Personalabteilung weitergeleitet wurde.

Überbringer war der für die SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen(AfA)-Zeitung im Hamburger Hafen zeichnende Redakteur im freigestellten Betriebsrat.

Als der Kollege W. dann die Kollegen direkt aufforderte, nur noch nach Tarif zu arbeiten, d. h. keine Doppelschichten und Überstunden mehr zu leisten, und dies geschlossen von den Kollegen befolgt wurde, schritt der Personalchef ein und verwarnte den Kollegen wegen „Verletzung der vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit der Geschäftsleitung.

Somit wurde das Geschiebe hinter den Kulissen bekannt. Unter den ehrlichen Mitgliedern im Betriebsrat ging ein Sturm der Empörung über den Überbringer des Schmierpapiers los. Dieser war natürlich zu feige, offen seine Schandtat zu gestehen.

Viele Kollegen waren hellauf empört über so viel Hinterhältigkeit und fanden es nur gerecht, daß der Betriebsrat mit überwältigender Mehrheit diesem Vogel das Mißtrauen ausgesprochen und ein Ausschlußverfahren gegen ihn in Gang gebracht hat.

Interessant ist das Verhalten des sonst jede Bewegung zurückzerrenden Betriebsratsvorsitzenden (nebenbei Mitglied des ÖTV-Hauptvorstandes), der sich hier kühn mit deutlichem Gespür für Mehrheitsverhältnisse an die Spitze der Bewegung setzte und eine Lanze für die gewerkschaftlichen Aktivitäten des sonst so verhaßten „Alternative"-Kollegen brach.

Mal seh'n, wie lange!

HHLA-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

„Strahlenunglück" – jeden Tag im AK St. Georg!

Das Allgemeine Krankenhaus (AK) St. Georg ist unter anderem „bekannt" durch seine Strahlenabteilung. Vor einigen Jahren hat sich dort ein großer Strahlenskandal ereignet, bei dem viele Menschen zum Teil schwere Verletzungen erlitten. Ursache war ein Defekt an einem Kobalt-Bestrahlungsgerät. Zu dieser Zeit hörte man viel über die Ereignisse in St. Georg. Inzwischen ist es in der bürgerlichen Presse sehr still darüber geworden.

Anscheinend war das eben ein „tragischer Zufall"?! Wie sieht es jetzt in St. Georg aus ?

Auf der Station „M(unten)" werden Bestrahlungen, durch Einlagen von radioaktiven Metallen vorgenommen. Die Behandlung findet in drei Zimmern statt. Diese Zimmer haben keinerlei Sicherheitseinrichtungen. Die Strahlen können durch Fenster, Türen und Wände ungehindert nach außen dringen!

In der I. Regel für Strahlenschutz heißt es dazu:

„Sicheren Schutz vor Strahlung bietet eine hinreichend dicke Bleiabschirmung. Auch Beton ist für Strahlen wenig durchlässig. Beim Bau von Röntgen- und Strahlenabteilungen muß dies eingeplant werden".
(H. König, „Physik in der Krankenpflege", S. 118; Lehrbuch im AK St. Georg!).

Im Oktober 1976 wurden bei einer Untersuchung Werte gemessen, die die Höchstnormen um das 70-fache überschreiten. Die Patienten, die in einem Saal an der Wand eines Bestrahlungszimmers liegen, sind einer Strahlenbelastung ausgesetzt, die die Höchstnorm um das 250-fache überschreitet! Und das Personal ?

Die Schwestern dieser Station sind ständigen Strahlenbelastungen ausgesetzt. Dort wird ohne Bleischürzen gearbeitet. Nicht mal zwischen Küche und Station ist eine Bleitür, so daß es sein kann, daß das Frühstück z.B. ein wenig radioaktiv „angereichert" ist. Dazu H. König:

„Die Gefahr, radioaktive Stoffe in den Körper aufzunehmen, ist in der Krankenpflege gering. Sie ist eigentlich nur gegeben, wenn radioaktiv verschmutzte Hände zum Mund geführt werden, und sie kann vermieden werden durch Vorsicht und ausgiebiges Waschen unter fließendem Wasser" (H. König, S. 117).

Die Einschätzung wird vom Stationsalltag, von „M(unten)" allerdings grausam widerlegt! Vor einiger Zeit besichtigte die Hamburger Gesundheitssenatorin die Station. Das Ergebnis ihres Besuchs war, daß der Gehweg zum Bestrahlungspavillon aufgerissen wurde, damit niemand zu nahe an die Strahlen kommt. Das gibt sicher den Kollegen zu denken, die tagtäglich über diesen Gehweg gegangen sind. Nur geht die Gesundheitsbehörde da nach dem Motto vor, das Netz nur an einem Loch zu flicken. Denn: Die Patienten werden noch immer trotz Radiumeinlagen ungeschützt durch das Gelände gefahren, die Situation der Schwestern ist die gleiche geblieben, das Haus hat noch keine Bleitüren oder andere Sicherheitsvorkehrungen!

Mit dem „Argument", daß die Abteilung 1980 verlagert wird, soll bis dahin gegen diese Zustände nichts unternommen werden!!

Eine ÖTV-Genossin
KB/Gruppe Hamburg

Und noch ein Fall ...

Der Facharzt Dr. Thaddäus Wißniowski und seine Frau Ingeborg wurden wegen Verdachts auf „fortgesetzten gemeinschaftlichen Betrugs" („Hamburger Morgenpost", 26.2.77) verhaftet. Es wird ihnen vorgeworfen, für einen Tag 373 (!) Untersuchungen mit der AOK abgerechnet zu haben, für die mindestens 93 Stunden nötig gewesen wären. Insgesamt mindestens eine halbe Million Mark (!) zuviel sollen von ihnen innerhalb eines Jahres (!) von den Krankenkassen gefordert worden sein.

Wenn die Krankenkassen eine Kontrolle der Abrechnungen vornehmen würden, dann würden sicherlich etliche Parallelen hierzu gefunden werden.

Ärzte-Skandal

Auch der Chef der Bundesärztekammer arbeitet mit Mafia-Methoden

Professor Hans Joachim Sewering, hochdekoriert mit dem Bundesverdienst(!)kreuz und anderen Orden, sowie fünf andere Frauenärzte aus Dachau sind in einen Skandal verwickelt, den der „Stern" 10/77 enthüllte.

Seit einigen Jahren werden für Brustvorsorgeuntersuchungen bei Frauen Mammographen eingesetzt. Mit Hilfe der Röntgenstrahlen eines solchen Geräts können Geschwulste in der Brust frühzeitig entdeckt werden. Bisher sind jedoch nur 10 % aller Frauen in der BRD mit dem Mammographen untersucht worden, weil nach Richtlinien der Kassenärztlichen Bundesvereinigung nur bei „besonderen Indikationen" so verfahren wird. Der eigentliche Grund ist laut „Stern" jedoch die Kostenersparnis. Welch scheinheilige „Vorsorge" der reaktionären Ärzte und der Krankenkassen, wenn Apparate, mit denen man Krebs und Tumore frühzeitig erkennen kann, nur bei einigen Frauen – vielleicht nur bei Privatpatientinnen? – eingesetzt werden.

Professor Sewering, seines Zeichens Chef der Bundesärztekammer, ist da freigiebiger. In Dachau kam schon jede zweite Frau unter den Mammographen. Das geschah allerdings auch nicht aus ehrlicher „Vorsorge", sondern aus nackter Profitgier. Professor Sewering betrieb seinen Mammographen nämlich mit fünf anderen Frauenärzten zusammen. Gegenüber der Krankenkasse wurde das jedoch verheimlicht. Jeder kassierte das Honorar, als wenn er selbst so einen Apparat besäße. Schafft sich ein Frauenarzt einen Mammographen für die eigene Praxis an, dann zahlt er schlappe 100.000 DM und von der Kasse bekommt er für eine Untersuchung beider Brüste 86 DM. Teilen sich dagegen mehrere Ärzte die Kosten für so ein Gerät, um es gemeinsam zu benutzen, bekommt jeder Arzt, der dieser Gemeinschaft angeschlossen ist, nur 40 DM.

Sewering und seine Kumpane kassierten jedesmal das volle Honorar, indem sie der AOK ihre Zusammenarbeit verheimlichten. Das Geschäft blühte, die Assistentinnen machten rund 5.000 Mammographien pro Jahr. Das Ärzte-Mafia-Kartell strich also rund 400.000 DM jährlich ein.

Angeblich müssen die sechs Ärzte jetzt um ihre Zulassung als Kassenärzte bangen. Man wird sehen! Dem Chef der Bundesärztekammer am Leder zu flicken, daran hat die AOK sicher kein Interesse. Hatte doch Sewering die Kasse schon mal um 100.000 DM beschissen, ohne daß daraus etwas gefolgt wäre. Eine Krähe hackt der anderen nun mal kein Auge aus!

Frauenkommission
KB/Gruppe Flensburg

GEW

GEW-Westberlin bleibt erhalten

Entgegen massiven Spaltungsmanövern seitens der Bundes-GEW und wortgewandter Aufrufe zum Übertritt in den von Frister am 29.1. gegründeten Spalterverband „GEW im DGB" durch die ehemalige 1. Vorsitzende der GEW Westberlin, Kujawa, sprachen sich auf der Vertreterversammlung vom 23.2. lediglich 196 Delegierte für eine Auflösung des Landesverbandes aus, 180 stimmten mit „nein", 2 enthielten sich. 283 Stimmen wären für eine Auflösung nötig gewesen. Damit bleibt die GEW-Westberlin weiterhin bestehen!

Am 21.1. hatte das Kammergericht in Westberlin die von zwei GEW-Mitgliedern erwirkte Einstweilige Verfügung, die Frister den Aufbau eines Spalterverbandes untersagte, aufgehoben. War die Klägergruppe zunächst davon ausgegangen (solange keine Begründung des Gerichts vorlag), daß dieser Entscheid aus formaljuristischen Gründen ergangen sei, so stellte sich einen Tag vor der VV heraus, daß das Gericht Frister auch inhaltlich recht gibt. Waren die beiden vorangegangenen Gerichtsentscheidungen von der Wahrung der Rechte jedes einzelnen Mitglieds ausgegangen, die durch die Bundessatzung verletzt würden, legte das jetzige Gericht die Kölner und Mainzer Beschlüsse der Bundes-GEW für seine Entscheidung zu Grunde. Danach hatte Frister jetzt vor Gericht Erfolg, *„weil die GEW Berlin seit dem 1. Oktober 1976* (Kündigung durch Frister, Anm. AK) *kein Landesverband der Beklagten* (GEW-Bund, Anm. AK) *mehr ist..."* D.h. das Gericht geht von vornherein von der „Rechtmäßigkeit" der „Kündigung" aus, was damit begründet wird, daß *„ein möglicher Gruppenausschluß der Angehörigen der GEW Westberlin nicht zu erblicken (ist). Die bloße Mitgliedschaft in der GEW Berlin begründet mangels einer entsprechenden Bestimmung in deren Satzung keine direkte Mitgliedschaft bei der Beklagten."* So einfach ist das also: die GEW-Bund bestimmt neue Spielregeln; wer diese nicht anerkennt, fliegt raus. Widersprüchlich ist diese Argumentation aber insofern, als der Landesverband Westberlin Mitglied in der GEW-Bund war und dieser g e s a m t e Verband ausgeschlossen wurde und nicht jedes einzelne Mitglied. Das Gericht stellte fest, daß es sich bei der Übernahme der Bundessatzung um eine faktische Auflösung der Landesverbände handelte, der diese nach dem in ihren Satzungen vorgeschriebenen Auflösungsverfahren (Westberlin: 3/4-Mehrheit der VV) zustimmen müßten. Außer in Westberlin ist die Abstimmung über die Bundessatzung jedoch in keinem LV unter dem Aspekt einer Auflösung durchgeführt worden.

Da die GEW-Bund demnach nach den Kölner Beschlüssen ohne Mitglieder dagestanden hat und somit gar keine „Anforderungen" an die einzelnen Landesverbände stellen konnte (wie Frister dies in erpresserischer Weise immer wieder getan hat), muß sich das Gericht auch hierfür einen Trick einfallen lassen.

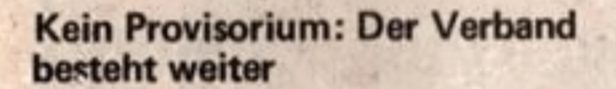
Die Kölner und Mainzer Beschlüsse seien deshalb nicht unwirksam, weil *„die Umstrukturierung über einen längeren Zeitraum hinweg erfolgte, mithin die Beklagte niemals ohne jegliche Mitglieder war, was in der Tat eine Auflösung der Beklagten bedeutet hätte."* D.h. das Gericht legitimiert den Ausschluß des Westberliner Landesverbandes allein damit, daß andere Landesverbände schon vorher die Bundessatzung übernommen hatten, allerdings alle unter der falschen, betrügerischen Annahme, dies sei keine Auflösung, sondern eine „normale" Satzungsänderung. Der „Rechts"staat hat sich wieder einmal die Ehre gegeben!

Umso erfreulicher ist es, daß sich die Delegierten auf der VV von diesem Urteil nicht beeindrucken ließen und trotzdem in so großer Zahl gegen die Auflösung stimmten. Dies immerhin angesichts der Tatsache, daß eine Wiederaufnahme der GEW Westberlin in den DGB kurzfristig ausgeschlossen erscheint. Besonders hervorzuheben ist hierbei, daß gegen die Auflösung ca. 70 Delegierte mehr stimmten als im vergangenen August gegen die Übernahme der Bundessatzung.

Kujawa und SEW treten über

Nachdem Kujawa mit ihrem Auflösungsvorschlag auf der VV gescheitert war, traten sie, zwei weitere Vorsitzende und mehrere Vorstandsmitglieder zurück und erklärten gleichzeitig ihren Beitritt in Fristers Spalterverband. Noch vor der VV hatten sie damit zu werben versucht, durch diesen Beitritt *„Einfluß auf die Programme von GEW und DGB"* zu nehmen, um sich *„ungehindert von juristischen Streitereien"* auf die *„eigentliche Arbeit konzentrieren zu können"* („Westberliner Lehrerzeitung", 2/77). Da sie ihre Aufgabe nicht zur Zufriedenheit der Gewerkschaftsführung erledigt hatte, bekam sie schon auf der nächsten Pressekonferenz einen Schuß vor den Bug. Dort erklärte der neue Vorsitzende, Stange, *„daß sie* (die Spalter-GEW, Anm. AK) *eine andere Politik betreiben will als die alte GEW Westberlin mit ihrem politischen Konfrontationskurs* (?), *eine an den Sachfragen orientierte Politik, die in Verhandlungen mit den politisch Verantwortlichen durchgesetzt werden soll"* („Tagesspiegel", 27.2.). Damit war Kujawas Versprechen mit einem Federstrich vom Tisch. Die SEW, die sich diesem Kurs Kujawas vollständig anschloß, bekam den gleichen Wind um die Ohren. Auf diese Erklärung der SEW hin, daß ihre Gewerkschafter sich dem Spalterverband anschließen würden, erklärte Stange sogleich, daß *„es keine Aktionseinheit des Vorstandes mit den Kommunisten geben wird, die auch nicht im Vorstand vertreten sein sollen"* („FAZ", 28.2.), wie dies noch in der GEW Westberlin der Fall war. Jedes Mitleid mit der SEW, die in Fristers Verband sicherlich einigen Repressalien ausgesetzt sein wird, ist unangebracht, denn gerade die SEWler haben maßgeblich zu der heute erfolgreichen Spaltung beigetragen.





Kein Provisorium: Der Verband besteht weiter

Nach dem Auszug von Kujawa und weiteren 100 Delegierten tagte die VV weiter. Sie wählte einen kommissarischen Vorstand, der sich aus Mitgliedern zusammensetzt, die den Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie bisher aktiv mitge-
liche Demokratie bisher aktiv mitgetragen haben. Schon am nächsten Tag erhielten alle GEW-Mitglieder einen Brief des neuen Vorstandes, in dem dieser alle Kollegen/innen aufforderte, *„in der GEW Westberlin zu bleiben und in den nächsten Wochen aktiv an der Meinungsbildung der gewerkschaftlichen Gremien teilzunehmen."* Außerdem wurde jedem Mitglied mitgeteilt, daß der Vorstand eine Rechtsschutzversicherung abgeschlossen hat (die alte wurde bei der „Kündigung" von Frister mitgekündigt), sodaß der Versicherungsschutz weiterhin gewährleistet ist.

Als erste Aufgabe gab der Vorstand die Vorbereitung für die Ende dieses Jahres stattfindenden Personalratswahlen an, wobei zu bemerken ist, daß alle Personalräte, die für ihr aktives Eintreten für die Interessen der Kollegen bekannt sind, im Verband verblieben.

In den Bezirken laufen die Vorbereitungen, um die durch die Abgesprungenen entstandenen Lücken (Vertrauensleute, Delegierte, Bezirksvorstände usw.) zu schließen.

Gewerkschaftspolitik außerhalb des DGB ?

Durch den Gerichtsentscheid und durch die vollzogene Gründung des Spalterverbandes durch Frister kann an einer Tatsache nicht mehr vorbeigegangen werden: auf noch nicht absehbare Zeit wird es zwei Verbände in Westberlin geben, wenn die Westberliner GEW sich nicht dem Diktat des Bundesvorstandes beugt. Dies bedeutet keineswegs, sich mit der Spaltung abzufinden, sondern erfordert im Gegenteil verstärkte Anstrengungen, die Wiederaufnahme in den DGB zu erzwingen. Realistisch betrachtet wird dies jedoch keine kurzfristig zu lösende Aufgabe sein. Weder von der Bundesvertreterversammlung noch von einem weiteren Gerichtsurteil werden augenblicklich entscheidende Wendungen kommen.

Nun stellt sich für die GEW-Mitglieder die Frage, ob und gegebenenfalls wie eine Gewerkschaftspolitik außerhalb des DGB zu entwickeln ist. Gerade weil dies in der BRD der erste Versuch wäre, außerhalb des DGB eine eigenständige Gewerkschaftsarbeit zu leisten, müssen die Vor- und Nachteile sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Dabei liegt auf der Hand, daß mit der Beendigung der Abhängigkeit von den DGB-Vorständen und dem Austritt der reaktionären Creme von Gewerkschafsführern und Bürokraten ein Ballast abgeworfen worden ist, dem man nicht eine Träne nachweinen sollte. Die organisierte feste Ankettung des Verbands an die SPD-Führung und die Unterwerfung unter die Politik des Staatsapparats ist damit zunächst einmal nachhaltig gestört, die Voraussetzungen für eine konsequente radikaldemokratische Gewerkschaftsarbeit im Interesse der Mitglieder verbessert.

Auf der anderen Seite ist absehbar, von wo die Hauptgefahr für die GEW Westberlin ausgehen wird. Die Mitglieder werden mit einer weitaus schärferen Repression und entsprechenden Isolierungsversuchen rechnen müssen als in einer DGB-Gewerkschaft. Zweifellos wird versucht werden, die GEW Westberlin zumindest in die „Nachbarschaft verfassungsfeindlicher Organisationen" zu rücken. Nicht umsonst spricht Kujawa jetzt schon zynisch von einer „Gewerkschaft der Berufsverboteopfer". Gerade weil die GEW eine Lehrergewerkschaft ist, deren Mitglieder in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis zum Staat stehen, wird es eine besonders schwierige Aufgabe sein, diesem Druck zu widerstehen. Dieser Gefahr kann nur dadurch begegnet werden, daß grundsätzlich in jedem Fall von Repression – unabhängig von der parteipolitischen Orientierung der Betroffenen – die volle Solidarität des gesamten Verbandes hergestellt wird. Es wäre sicher verheerend, durch „taktische Zugeständnisse" in dieser Frage die Solidarität der Mitglieder aufs Spiel zu setzen, die die wesentliche Stärke des Verbandes darstellt.

Freilich ist es unsinnig, so zu tun, als stünden die Westberliner Kollegen vor der „freien Entscheidung", innerhalb oder außerhalb des DGB weiterzumachen. Die Spaltung ist gegen den Willen der übergroßen Mehrheit der Mitglieder bewußt herbeigeführt worden, und es bleibt den demokratischen Kollegen gar keine andere Wahl, als entweder die Voraussetzungen für den weiteren Bestand der „alten" GEW zu schaffen und sich auf die zu erwartenden Schwierigkeiten gut vorzubereiten, oder mit einem Übertritt in den Spalterverband eine schwere Niederlage für die fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit in der GEW insgesamt in Kauf zu nehmen.

Wir wollen nicht verschweigen, daß unsere Sympathien einer radikaldemokratischen, konsequenten Arbeit innerhalb des alten, ausgeschlossenen Verbandes gelten, auch wenn diese Aufgabe mit außerordentlichen Problemen verbunden sein wird, und es sich erst erweisen muß, ob der Kern derjenigen Kräfte, die die Auseinandersetzungen mit dem Bundesvorstand getragen haben, dem gewachsen sein wird. Voraussetzung für ein solches Vorgehen ist jedoch die Erarbeitung einer kämpferischen Einheit der Mitglieder auf einer klaren demokratischen Grundlage.

Anders wird es kaum möglich sein, der zu erwartenden staatlichen Repression zu widerstehen und ein allmähliches Abbröckeln der Kollegen zu verhindern. So soll man es nicht überschätzen, daß bisher lediglich rund 2.000 Kollegen ausgetreten sind, während die übergroße Mehrheit der Mitglieder im Verband geblieben ist. Es wird wesentlich von den Diskussionen der nächsten Wochen abhängen, ob dieses erfreuliche Verhältnis gewahrt werden kann.

Bündniskommission
KB / Gruppe Hamburg

So sehen's die anderen

Extradienst (Sozialdemokraten/SEW): Unter der bezeichnenden Überschrift „DAS GROSSE GEW-IMMER" wirft er den „GEW-Mannen" Katzenjammer und „gesellschaftsfremde Träumerei" vor. Im Springerstil haut der ED dann voll in die antikommunistische Kerbe: *„Einzige Folge wird sein, daß wir zu all dem Sekten-Kuddel-Muddel noch eine Lehrer-Sekte dazu bekommen und daß wir einige Berufsverboteopfer mehr haben werden."* Wer sich wehrt, lebt verkehrt!

Für den ED ist die *„Sache zwar bitter, aber einfach: Frister hat gesiegt."* Also geht's nach der Devise: Augen zu und mitten durch: *„Wer sich zu fein ist, durch Scheiße zu waten (und genau das steht jenen bevor, die in der Gesamt-GEW* (?!) *aktiv sein wollen), ist für notwendige politische Arbeit untauglich."* Wen wundert's da noch, daß man diese Leute schon von weitem erkennt (riecht), geben sie doch ihren eigenen Ursprungsort schon selber zu. Eine Meisterleistung an Demagogie und Verdrehung ist das Ende dieser Tirade: *„Wer die Gewerkschaften als größte Organisation der Arbeiterklasse den Sickerts und Fristers überläßt, läßt jene im Stich, mit denen und für die er zu kämpfen vorgibt. So einfach ist das. Und all das Wortgetöse, Sprüchemachen, Phrasengekloppe übertönt die simple Wahrheit nicht: Wer im Stich läßt seinesgleichen, läßt sich doch nur selbst im Stich."* Wer hat hier eigentlich wen im Stich gelassen?! Das ganze lautstarke Geschimpfe kann doch nicht verdecken, daß hier genau diejenigen „Verrat" schreien, die keine Sekunde daran dachten, ihren Beitrag zur Verhinderung der Spaltung zu leisten, zu dem sie durchaus in der Lage gewesen wären. Viel Spaß weiterhin, bei der „Aufgabe", für Frister die Dreckarbeit zu machen!

SB: Das SB orientierte zur VV am 23.2. darauf, der Auflösung des Verbandes nicht zuzustimmen. Eine Auflösung sei *„zum jetzigen Zeitpunkt"* nicht opportun. Hoffnungen machte sich das SB (Helmut Horst in „express") zu diesem Zeitpunkt noch auf das Gerichtsurteil, weiterhin sollten die Personalratswahlen abgeschlossen werden. Denn H.H. befürchtet (zu Recht), daß im neuen Verband keine fortschrittlichen Kandidaten auf die Listen kommen würden. Ob sich dieses Problem bis zu den nächsten Wahlen gelöst haben wird? Zu denken gibt auch ein Brief von H.H. an Frister vom 11.1., in dem er beteuert, *„daß die Anhänger und Mitglieder im SB in der Satzungsfrage nicht die Positionen von KPD und KB teilen, nämlich daß die Angleichung der Landessatzung an die Bundessatzung kompromißlos abgelehnt werden müsse. Vielmehr gibt es namenhafte Vertreter des SB, die die bedingungslose Übernahme der Bundessatzung propagieren, um die von Dir, sei es bewußt herbeigeführte, sei es in Kauf genommene Spaltung der GEW um jeden Preis zu verhindern."* Es stimmt doch einigermaßen bedenklich, wenn SB-Sprecher ausgerechnet Frister gegenüber anderen Linken in den Rücken fallen.

Klarer drücken sich dagegen die Genossen aus dem Arbeitsfeld Schule des SB/Westberlin in der Märznummer der „Links" aus, wenn sie schreiben: *„Das Arbeitsfeld wendet sich dagegen, das undemokratische, satzungswidrige und spalterische Vorgehen des GEW-Bundesvorstandes dadurch zu legitimieren, daß die Mitglieder auf Auflösung der GEW-Berlin und Übertritt in den Spalterverband orientiert werden."*

GIM: Insgesamt gesehen kommt die Auffassung der GIM der unseren weitgehend entgegen. Die Frage, die wir uns aber heute schon stellen, ist, wann die GIM den Zeitpunkt erblicken wird, zur großen Versöhnung aufzurufen, denn eine eigenständige Gewerkschaft paßt ansonsten kaum in das Bild dieser Gruppe. Offen bleibt noch ihre Haltung zum juristischen Vorgehen. Hatte die GIM noch einen Tag vor der VV ein Flugblatt verteilt, in dem lediglich davor gewarnt wird, die *„Klage gegen Frister zur Hauptsache zu machen"*, was immerhin von der prinzipiellen Ablehnung der Klage um einiges abweicht, so wird nach der inhaltlichen Entscheidung des Gerichtes den klagenden Kollegen in der alten Schulmeisterart vorgehalten: *„Wer sich auf die bürgerlichen Gerichte verläßt, der ist verlassen!"* („was tun", 148). Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß das Flugblatt unter dem Eindruck der breiten Zustimmung zu einer weiteren Klage auf den Bezirksmitgliederversammlungen zustandegekommen ist, als es noch „opportun" erschien, sich nicht ganz abweisend zu zeigen. Wir warten noch immer auf eine Erklärung der GIM für die Tatsache, daß durch die Klage eine Atempause für die Linke geschaffen wurde, die ihr gerade in der letzten Abstimmung zugute gekommen ist.

KBW: Zu der wirrsten „Analyse" kommen wieder einmal die „Freunde" vom Heidelberger Schloß. Da auf der VV keine erneute Klage gegen Frister beschlossen wurde, war *„Raum geschaffen"*, um die *„Mitgliedermassen für eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung zu mobilisieren"*. Die Lage war ausgezeichnet, da aber erkannten *„die Opportunisten die Situation der möglichen Führung der Lehrerschaft durch die Vorschläge der Fraktion des KBW"* und in einem schnöden Verratsmanöver wurde beschlossen, die Diskussion auf die ordentliche Bundesvertreterversammlung zu verschieben. Obwohl *„der Boden für den Reformismus objektiv schmal geworden ist"*, wurde diesem Manöver nicht entgegengetreten (da muß mal der Fochler her). Aber noch ist nicht aller Tage Abend: die Forderung bleibt besteh'n und sollte die (KBW-)Welt auch untergehn!

„KPD": *„Die KPD erklärt sich voll mit diesen Kollegen solidarisch und unterstützt nach Kräften ihren weiteren Kampf."* Dies hängt allerdings von der Frage ab, ob sie sich *„für die uneingeschränkte Verteidigung demokratischer Rechte des Volkes in beiden deutschen Staaten einsetzen"* („Rote Fahne", Nr. 9/77). Aus dieser Ecke könnte am ehesten der nächste Unvereinbarkeitsbeschluß (gegen „sozialimperialistische Agenten") beantragt werden.

Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse und Gesinnungshetze

Delmenhorst. Mitte Januar wurden zwei Lehrerinnen wegen Unterstützung des KBW aus der GEW ausgeschlossen. Seit dem 11.2. ist eine von ihnen, Angela Burchardt, auch vom Schulunterricht beurlaubt. Gegenwärtig wird gegen den Lehrer Eberhard Schneider ein Berufsverbot vorbereitet, ebenfalls wegen KBW-Politik.

Diese Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse sind die ersten Ergebnisse einer maßlosen Hetzkampagne in der Delmenhorster Lokalpresse. Fast täglich erscheinen seit Ende November Artikel mit Balkenüberschriften wie: „*Im DGB kein Platz für radikale Kräfte*", „*KBW provozierte Ausschreitungen*", „*Kommunistisch unterwandert*", „*Elternbeschluß: Unterrichtsboykott*", „*Zusammenarbeit mit Burchardt unmöglich*", „*Bald Schulstreik im Max-Planck-Gymnasium?*" usw. usf.

Bürgermeister Zoschke (bis letzte Woche Kripo-Chef!!) hat bereits den Vorschlag gemacht, eine Kommission aus Vertretern des Stadtelternrats, der Schulbehörde, der Stadt und der GEW (!) zu bilden, die „*sich mit der Situation an den Delmenhorster Schulen und der eventuell möglichen ideologischen Beeinflussung von Schulkindern beschäftigen*" soll („Delmenhorster Kreisblatt" – „DK", 4.1.77)!

Äußerer Aufhänger für das momentane Zuschlagen der Reaktion ist eine isolierte KBW-Kampagne gegen den Notenterror. Beide bisher von Berufsverbot betroffenen Lehrer hatten sich dafür eingesetzt, keine „fünfen" und „sechsen" mehr zu geben und dies auch teilweise zu praktizieren versucht. Das Ganze wurde garniert mit wortradikalen Sprüchen wie: „*Im Kampf um die Einheitsschule ist es möglich, die Schule aus einem Ort der Widerstandslosen in einen Ort zu verwandeln, wo der Klassenkampf sich schwungvoll entfaltet. Diese Entfaltung des Klassenkampfes ist die nützlichste Art der Erziehung, die es gibt, befähigt sie doch, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates vorzubereiten*" (Flugblatt, 28.2.). Auch wenn ein großer Teil der GEW-Kollegen/innen die Abschaffung des Notensystems für nötig hält, so waren sie doch nicht bereit, dies mit der alleinigen Perspektive des „Kampfes für die Einheitsschule" zu tun und schon gar nicht im Alleingang ohne die Unterstützung der Schüler oder eines Teils der Eltern. Durch dieses völlig isolierte Vorgehen des KBW hatten reaktionäre Eltern ein relativ leichtes Spiel mit ihrer Hetze gegen alle fortschrittlichen Ansätze in der Schule.

Sie setzten bei Angela Burchardt einen Unterrichtsboykott aller Eltern durch, bis sie suspendiert wurde! Dasselbe Vorgehen haben sie jetzt angekündigt, falls Eberhard Schneider nicht sofort Berufsverbot erhält.

Welcher politischen Couleur diese „Vertreter der Interessen der Kinder" sind, macht die Stimmungsmache unter den Eltern deutlich: „*Wir Eltern können nicht verstehen, daß man hohe Beamte – z.B. bei der Bundeswehr – aufgrund einer gemachten Äußerung mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert* (gemeint ist Altfaschist Krupinski!!), *eine Lehrerin Burchardt hingegen bei der Vielzahl von Vergehen, die bei unseren Kindern vielleicht nicht wieder gutzumachende Schäden verursacht haben, von der Regierung noch immer im Dienst geduldet wird*" („DK", 9.2.). Da fehlt nur noch ein kleiner Schritt zur Lynchjustiz! Die KBWler sollten sich allerdings die Frage stellen, wie sie es denn in diesem Fall mit der Parole „Für die Wahl der Lehrer durch das Volk" halten?

GEW-Führer: Immer voll dabei!

Eine besonders üble Rolle bei der gegenwärtigen Hetzkampagne spielen die Gewerkschaftsführer: sie gehören zu den aktivsten Drahtziehern der Hetze. Denn in der Delmenhorster GEW gibt es noch immer eine starke fortschrittliche Fraktion. Trotz massivsten Widerstands und Ausschöpfung sämtlicher Geschäftsordnungstricks konnten die Rechten z.B. nicht verhindern, daß eine Resolution zur Unterstützung der Westberliner GEW-Kollegen gegen Fristers Spaltergewerkschaft verabschiedet wurde.

Zum offenen Kampf gegen alles, was demokratisch in der GEW ist, kam es auf einer Mitgliederversammlung im Dezember, als ein DGB-Funktionär aus Hannover, Horst Runge, ein Hetzreferat mit dem Thema: „*Können Verfassungsfeinde in einer Gewerkschaft sein?*" nicht wie geplant halten konnte. Als die Mehrheit der Anwesenden auch noch verhinderte, daß die beiden aus der GEW ausgeschlossenen Kolleginnen des Saales verwiesen wurden, war der Ofen völlig aus. Runge, der von vielen Lehrern hinterher mit den Nazis verglichen wurde, gröhlte herum: er hätte sich diese Zustände in Delmenhorst schon gedacht, und: „*Im Moment bin ich noch bereit, mit Ihnen zu reden, aber das kann sich sehr schnell ändern*" usw. usf.!!

In der Presse forderten Runge und seine Anhängerschaft schlankweg, die Gewerkschaftsausschlüsse zu forcieren und auf diejenigen auszuweiten, die sich „*am ständigen Schüren innergewerkschaftlicher Konflikte beteiligen*"!! Aber nicht nur das. Auch Berufsverbote wurden von Runge offen verlangt: „*Wer den demokratischen Rechtsstaat bekämpfe ... könne nicht erwarten, ausgerechnet von diesem Staat noch besoldet zu werden.*" Eindeutig erklärte dieser Gewerkschaftsfeind: „*Die Verbesserung von Bildung und Ausbildung sei gegenwärtig nicht das aktuelle Thema der GEW in Delmenhorst, sondern die Frage, ob Verfassungsfeinde Mitglied einer DGB-Gewerkschaft sein können*" (alle Zitate „DK", 19.2.).

Dieser Versuch, die GEW zum Wurmfortsatz der Regierung zu machen, und auch die gesamte Hetzkampagne hat bei den fortschrittlichen Lahrern bisher nicht den gewünschten Erfolg gehabt. In mehreren öffentlichen Stellungnahmen hat z.B. ein Teil des GEW-Vorstandes sich gegen diese kriminelle Politik zur Wehr gesetzt und insbesondere die Unvereinbarkeitsbeschlüsse scharf angegriffen. Sie zeigten am Beispiel des Widerstands gegen den Hitlerfaschismus auf, „daß wir heute in der BRD die Aufgabe haben, uns gegen j e d e reaktionäre Entwicklung f r ü h z e i t i g zu wehren. Zu diesen aktuellen Entwicklungen gehören die Berufsverbote und leider auch die gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse" (Offener Brief an alle Mitglieder des GEW-Kreisverbandes I/77). Genau!

KB/Gruppe Bremen

mentane Zuschlagen der Reaktion ist eine isolierte KBW-Kampagne gegen den Notenterror. Beide bisher von Berufsverbot betroffenen Lehrer hatten sich dafür eingesetzt, keine „fünfen" und „sechsen" mehr zu geben und dies auch teilweise zu praktizieren versucht. Das Ganze wurde garniert mit wortradikalen Sprüchen wie: „*Im Kampf um die Einheitsschule ist es möglich, die Schule aus einem Ort der Widerstandslosen in einen Ort zu verwandeln, wo der Klassenkampf sich schwungvoll entfaltet. Diese Entfaltung des Klassenkampfes ist die nützlichste Art der Erziehung, die es gibt, befähigt sie doch, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates vorzubereiten*" (Flugblatt, 28.2.). Auch wenn ein großer Teil der GEW-Kollegen/innen die Abschaffung des Notensystems für nötig hält, so waren sie doch nicht bereit, dies mit der alleinigen

GEW-Führer: Immer voll dabei!

Eine besonders üble Rolle bei der gegenwärtigen Hetzkampagne spielen die Gewerkschaftsführer: sie gehören zu den aktivsten Drahtziehern der Hetze. Denn in der Delmenhorster GEW gibt es noch immer eine starke fortschrittliche Fraktion. Trotz massivsten Widerstands und Ausschöpfung sämtlicher Geschäftsordnungstricks konnten die Rechten z.B. nicht verhindern, daß eine Resolution zur Unterstützung der Westberliner GEW-Kollegen gegen Fristers Spaltergewerkschaft verabschiedet wurde.

Zum offenen Kampf gegen alles, was demokratisch in der GEW ist, kam es auf einer Mitgliederversammlung im Dezember, als ein DGB-Funktionär aus Hannover, Horst

Wurmfortsatz der Regierung zu machen, und auch die gesamte Hetzkampagne hat bei den fortschrittlichen Lehrern bisher nicht den gewünschten Erfolg gehabt. In mehreren öffentlichen Stellungnahmen hat z.B. ein Teil des GEW-Vorstandes sich gegen diese kriminelle Politik zur Wehr gesetzt und insbesondere die Unvereinbarkeitsbeschlüsse scharf angegriffen. Sie zeigten am Beispiel des Widerstands gegen den Hitlerfaschismus auf, „daß wir heute in der BRD die Aufgabe haben, uns gegen j e d e reaktionäre Entwicklung f r ü h z e i t i g zu wehren. Zu diesen aktuellen Entwicklungen gehören die Berufsverbote und leider auch die gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse" (Offener Brief an alle Mitglieder des GEW-Kreisverbandes I/77). Genau!

KB/Gruppe Bremen

„Alternative" schießt sich auf DKP ein

Hamburg. Auf der a.o. Landesvertreterversammlung am 28.2. in Hamburg stand als zentraler Tagesordnungspunkt die Wiederholung der Wahl des Schriftleiters für die Hamburger Lehrerzeitung an. Diese erneute Abstimmung wurde notwendig, weil Mitglieder der „Alternative" die bereits im Mai 76 mit absoluter Mehrheit erfolgte Wahl erfolgreich angefochten hatten. Seit der Aufstellung einer Spalterliste im Frühjahr 76 zu den Personalratswahlen im Volks-Real- und Sonderschulbereich, arbeiten Mitglieder der GEW-Hamburg in dem von Frister selbst unterstützten Verein „Alternative" organisiert gegen die links-sozialdemokratische Politik des Landesvorstands.

Ihr „Steckenpferd" ist dabei, DKP-Mitglieder oder Sympatisanten offen zu benennen und ihre Mitarbeit als schädlich für die Arbeit der GEW hinzustellen. So war ein aufgeführter „Grund" für die Aufstellung einer eigenen Liste zu den Personalratswahlen die Tatsache, daß die jetzige 1. Vorsitzende des Personalrates sich außerstande sah, zusammen mit einem DKP-Mitglied auf der GEW-Liste zu kandidieren!

Schon nach der Anfechtung der Wahl des neuen HLZ-Schriftleiters war abzusehen, daß eine erneute Abstimmung kein anderes Ergebnis bringen würde, was auch geschah. Auf der LVV stimmten 249 von 456 Delegierten für Hergenröder, 141 für den von der „Alternative" favorisierten Kandidaten.

Der Effekt, den die „Alternative" jedoch erreicht hat, ist ein neuer öffentlicher Angriff auf die DKP.

Zum einen wurde ein Flugblatt der „Alternative" an alle (!) Schulen verschickt, in dem die Kollegen aufgerufen wurden „*ein DKP-Mitglied nicht zum Chef der Lehrerzeitung zu machen*". Neben den bekannten antikommunistischen Anwürfen wurde auch die LVV gleich selbst mitangegriffen und ihre Kompetenz in Frage gestellt. „*Wir brauchen*", so die „Alternative", „*einen demokratischen Schriftleiter – ein von der LVV demokratisch gewählter Schriftleiter genügt nicht!*".

Pikant an der ganzen Sache ist noch, daß ausgerechnet die „Alternative" auf der LVV Hergenröder angriff, weil er einen Beschluß des Vorstands zu der Ausbürgerung Wolf Biermanns nicht in der HLZ veröffentlicht hatte!

Unterstützt wurde die Kampagne der „Alternative" wie üblich von der Springer-Presse.

Es sieht nach all dem ganz so aus, als wolle die „Alternative" die Rolle eines Vorreiters in Sachen Ausdehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die DKP übernehmen. Der Unterstützung Fristers kann sie sich dabei sicher sein.

Dabei ist es offensichtlich, daß gerade die DKP mit ihrer bedingungslosen Unterordnung unter die Bundessatzung diesen Angriffen hilflos gegenübersteht und von ihr kein konsequenter Kampf gegen die „Alternative" zu erwarten ist.

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg

HBV

Tarifrunde 1977 – Versicherungen – „Bitte, bitte nicht so viel fordern!"

Hamburg. Da soll noch mal jemand behaupten, die Gewerkschaftsführung sei gegen den Lohnverzicht! Auf der Mitgliederversammlung (MV) der Fachgruppe Versicherungen der HBV in Hamburg am 24.2.1977 formulierte es Helmut Bednarek, Vorsitzender der Ortsverwaltung und Vofü-Betriebsrat, so, daß man mit Rücksicht auf „die öffentliche Meinung" und die politisch „schwierige Situation" keine hohen Forderungen beim Ka-

werkschaftliche Tarifforderung aufgestellt, daß im „ausblick", der HBV-Zeitung, bundesweit die Tarifbewegung der Ortsverwaltungen erscheinen muß. Zumindest in Worten schloß sich der Fachgruppenvorstand an und versprach, in der Tarifkommissionssitzung dafür zu sorgen.

Am 25.2.1977 nun tagte die Grosse Tarifkommission der HBV. Es kam dort zu einer Alternativabstimmung zwischen den Forderungen wie in

HBV

Tarifrunde 1977 – Versicherungen – „Bitte, bitte nicht so viel fordern!"

Hamburg. Da soll noch mal jemand behaupten, die Gewerkschaftsführung sei gegen den Lohnverzicht! Auf der Mitgliederversammlung (MV) der Fachgruppe Versicherungen der HBV in Hamburg am 24.2.1977 formulierte es Helmut Bednarek, Vorsitzender der Ortsverwaltung und Vofü-Betriebsrat, so, daß man mit Rücksicht auf „die öffentliche Meinung" und die politisch „schwierige Situation" keine hohen Forderungen beim Kapitalisten anmelden dürfe. HBV würde sich ins Schußfeld der Medien etc. begeben, keiner würde es verstehen.

Er hatte natürlich allen Grund, solche Beschwörungsformeln anzumelden. Sieben von neun Betriebsgruppen befürworteten eine Gehaltsforderung von mindestens 10% und einen relativ hohen Mindestbetrag (zwischen 200DM und 250 DM, eine Gruppe trat für einen Einheitsbetrag zwischen 250 DM und 300DM ein). Nur die Vofü und die Allianz lagen unter 10%.

Deutlich und scharf wurde von Sprechern der Betriebsgruppen Hermes, Iduna und Hamburg-Mannheimer jedes Einlenken auf Lohnlinien (Metallabschluß von 6,9%) zurückgewiesen. Bednarek mußte sich gefallen lassen, daß seine „Argumente" als Argumente eingeordnet wurden, die man normalerweise nur von den Unternehmern selbst hört.

Die Abstimmung der MV lief dann allerdings ab wie fast jedes Jahr. Der zahlenmäßig am stärksten vertretene Betrieb (die Vofü) konnte sich – wenn auch nur knapp – durchsetzen. Die Tagungsleitung ließ abstimmen:

für mehr als 10% – 53 ja-Stimmen,
genau 10% – 41 ja-Stimmen,
weniger als 10% – 53 ja-Stimmen.

Bednareks Geschäftsordnungsantrag, daß man sich auf 10% einigen sollte, wurde dann mit Mehrheit angenommen. Für einen Mindestbetrag von mehr als 200DM entschieden sich 67 Kollegen, für genau 200DM 79. So kam dann die Hamburger Forderung zustande: 10%, mindestens 200 DM.

Bei der Forderung der Auszubildenden setzte sich die Vofü ebenfalls durch: Für die Koppelung der Gehälter an die Tarifgruppe IV waren 72, für eine Erhöhung von 90 DM bis 100 DM pro Lehrjahr 62 Kollegen.

Man war sich allerdings darüber klar, daß sich die Forderung der Große Tarifkommission sicherlich in anderen Regionen bewegen würde. Bei den Banken war bereits eine zentrale Forderung (s. letzten AK) von 8,5% verabschiedet worden.

Nicht zuletzt deswegen hatte die Betriebsgruppe Iduna die innergewerkschaftliche Tarifforderung aufgestellt, daß im „ausblick", der HBV-Zeitung, bundesweit die Tarifbewegung der Ortsverwaltungen erscheinen muß. Zumindest in Worten schloß sich der Fachgruppenvorstand an und versprach, in der Tarifkommissionssitzung dafür zu sorgen.

Am 25.2.1977 nun tagte die Grosse Tarifkommission der HBV. Es kam dort zu einer Alternativabstimmung zwischen den Forderungen wie in Hamburg (Prozentforderung mit Mindestbetrag) und der Vorstellung des Hauptvorstandes (und natürlich einer Reihe von Delegierten), eine Prozentforderung mit einer Tarifgruppenveränderung zu fordern. Mit 24 zu 17 Stimmen setzte sich der Hauptvorstand (vertreten durch Volkmar) durch.

8,4% Gehaltserhöhung und eine Gruppenänderung, durch die nur ein Rechenkünstler durchblickt. Am 14. März wird das erste Mal verhandelt.

HBV-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Coop „schützt" seine Mitarbeiter

Ca. eine Woche vor dem 19.2. hing am Mitteilungsbrett des coop-Betriebes „hageba" plötzlich und für die Geschäftsleitung unerwartet der Aufruf des Bundeskongresses der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) zur Teilnahme an der Demonstration in Brokdorf. Der Kapitalist tickte regelrecht aus und verfaßte eine eindringliche Mahnung an den Betriebsrat. Das Flugblatt stelle einen Verstoß gegen das Verbot der parteipolitischen Betätigung im Betrieb dar und sei sofort zu entfernen. Gleichzeitig drohte man dem Betriebsrat an, in Zukunft unnachgiebig gegen Verstöße des Gesetzes vorzugehen.

Wie zu vernehmen war, sah sich der Betriebsrat überhaupt nicht befugt, den Aushang abzunehmen. Erstens sei das kein Verstoß gegen das Verbot der parteipolitischen Betätigung, zweitens habe der Betriebsrat das Flugblatt nicht ausgehängt und drittens würde der Betriebsrat keine Veranlassung sehen, den Aushang nicht zu gestatten.

Just in dieser Situation sah sich die Geschäftsleitung genötigt, den Aushang selbst zu entfernen, um – wie man hörte – „*mögliche Schäden vom Unternehmen und den Mitarbeitern, die vielleicht nach Brokdorf gehen, abzuwenden*". Nett – nicht war?

HBV-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

GEW-Schleswig-Holstein:

Rechtsgutachten gegen Satzungsübernahme erstellt

Auf Antrag von 47 Kolleginnen und Kollegen der GEW-Schleswig-Holstein ist ein Rechtsgutachten über die Übernahme der Bundessatzung durch die Landesvertreterversammlung (LVV) erstellt worden. Die Rechtsanwälte kommen dabei zu dem Schluß, daß „*erhebliche Zweifel ... hinsichtlich der Frage (bestehen), ob es sich bei der Übernahme der Bundessatzung um eine blosse Satzungsänderung handelte, oder ob darin nicht vielmehr eine Auflösung der Gewerkschaft lag.*" Eine Auflösung hätte jedoch nur durch 3/4-Mehrheit in einer Urabstimmung aller Mitglieder entschieden werden können.

In ihrer Begründung stützen sich die Rechtsanwälte darauf, daß „*die GEW-S-H ein eigenständiger, nicht rechtsfähiger Verein*" ist. „*Die GEW-S-H ist als autonome und selbständige Gewerkschaftsorganisation ein Landesverband der GEW Bund und unterscheidet sich darin wesentlich von den unselbständigen Landes- und Bezirksgliederungen fast sämtlicher anderer Einzelgewerkschaften im DGB.*" Die Begründung fußt wesentlich darauf, daß durch die Übernahme der Bundessatzung die Selbständigkeit des Verbandes aufgehoben wurde:

- es gibt nicht mehr die unmittelbare Mitgliedschaft in der GEW-S-H, sondern nur noch die in der GEW-Bund. „*Der Bundesgerichtshof hat in diesem Zusammenhang auch klargestellt, daß ein Vereinsbeschluß, der den Wegfall der Vereinsmitglieder vorsieht, auch dann einen Auflösungsbeschluß darstellt, wenn er nicht ausdrücklich als solcher dargestellt wird.*"
- durch die Übernahme der Bundessatzung verliert die GEW-S-H die Satzungsautonomie, die für einen eigenständigen Verband unerläßlich ist.
- „*Weiter würde durch den Beschluß vom 28.11.76 – wäre er rechtswirksam – zur Folge haben, daß die Organe der GEW-S-H zu Organen der GEW Bund würden*", was ebenfalls die Selbständigkeit aufhebt;
- „*Die GEW-S-H verliert darüberhinaus durch die Übernahme der Bundessatzung ihre Tarifautonomie.*"
- „*Zusammenfassend ist an dieser Stelle festzustellen, daß die GEW-S-H sich durch den Beschluß der Vertreterversammlung vom 28.11.76 von einer selbständigen Gewerkschaftsorganisation ... zu einer weitgehend unselbständigen Gliederung der GEW ... entwickelt hätte.*"

In einem Vorwort zu diesem Gutachten begründet eine Kollegin den Schritt, gegen den Versuch des Bundesvorstandes, der GEW-S-H in rechtswidriger Weise die Bundessatzung aufzuzwingen, vor Gericht zu gehen. „*Durch dieses Vorgehen* (satzungswidrige Durchsetzung der Bundessatzung, Anm. AK) *zwingt der Landesvorstand geradezu denjenigen Mitgliedern, die ein Interesse an der Erhaltung der GEW als einer demokratischen Einheitsgewerkschaft haben, juristische Schritte auf, wenn sie nicht tatenlos dem immer weitergehenden Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zusehen wollen ... Für die Mitglieder, die nicht mit einer rechtswidrig übernommenen Satzung leben wollen, zeigt das vorliegende Rechtsgutachten sehr deutlich, daß eine gerichtliche Klage erfolgreich die Satzungs„übernahme" aufheben würde.*"

Auch wenn letzteres sich vor Gericht ganz anders darstellen kann (siehe z.B. das jetzt ergangene Urteil in Westberlin), so sind wir doch der Meinung, daß eine solche Klage sinnvoll ist, weil durch sie erreicht werden kann, daß die Diskussion um das undemokratische Vorgehen von Frister und Co., um die Unvereinbarkeitsbeschlüsse usw. innerhalb der Gewerkschaft geführt wird, was bisher vom Landesvorstand verhindert wurde.

Durch dieses Vorgehen kann gleichzeitg erreicht werden, daß die Diskussion um die Bundessatzung in der gesamten GEW wieder aufgenommen wird, was auch für die Gegner der Bundessatzung in anderen Bundesländern eine wesentliche Hilfe ist.

Das Rechtsgutachten kann bestellt werden bei:
Ilse Hühndorf
Albert-Einstein-Straße 62
2308 Preetz

Solidarität mit der GEW-Westberlin

Hamburg. Auf der a.o. Landesvertreterversammlung in Hamburg am 28.2. wurde auf Antrag dem neuen ersten Vorsitzenden der GEW-West-Berlin, Gerhard Schmidt, Gelegenheit gegeben, über die Situation in West-Berlin zu berichten und auf diese Weise die Unterstützung des Hamburger Landesverbandes gegen die Spaltungsmanöver Fristers zu erbitten. Ein Antrag, Schmidt nur unter der Bedingung reden zu lassen, daß auch die bereits in den Spalterverband übergetretene ehemalige Vorsitzende Kujawa zu Wort kommt, kam nicht durch.

Einem eingebrachten Dringlichkeitsantrag, in dem der Hamburger Landesverband der GEW West-Berlin seine Unterstützung zusagt und den Hauptvorstand auffordert, „*keine weiteren Schritte zur Verschärfung der Spaltung in Berlin zu unternehmen*", wurde zwar die Dringlichkeit bestätigt, wegen der fortgeschrittenen Zeit wurde jedoch nicht mehr über ihn abgestimmt.

Lehrerkomitee KB/Gruppe Hamburg

Rechter Flügel der Betriebsgruppe Iduna deckt illegales Verhalten!

Hamburg. Am 6.1.77 stellte die HBV-Betriebsrätin Müller-Weymann von der Iduna zusammen mit dem völlig kapitalhörigen BR-Vorsitzenden Fechner einen Antrag, bis zu 270 Überstunden pro Kollegen und Jahr für einen größeren Teil der Mitarbeiter zuzulasssen. 60 Stunden im Jahr sind gesetzlich erlaubt!

Obwohl sowohl die HBV-Betriebsgruppe auf ihrer vorletzten Sitzung nahezu einstimmig ein Flugblatt beschloß, in dem schärfstens gegen die Überstundenpraktiken der Kapitalisten protestiert wurde und auch die Gewerkschaften HBV und DAG in Gutachten solche Überstundenaktionen und deren Sanktionierung durch Betriebsräte verurteilte, sah sich Müller-Weymann (M.W.) nicht veranlaßt, danach zu handeln. Es muß noch hinzugefügt werden, daß diese „Kollegin" Mitglied des dreiköpfigen Betriebsgruppen-Vorstandes ist. Der Antrag am 6.1. wurde mit der großen Mehrheit der Rechten von HBV und DAG angenommen.

Auf der Betriebsgruppensitzung am 1.3.77 stellten Teile der BG M.W. zur Rede. Sie aber betonte immer wieder, man müsse „Realpolitik" machen, mehr könne man derzeit dem Unternehmen nicht „abringen" (?) etc. Klar wurde, daß sie gar nicht daran denkt, ihr Verhalten, das im Gegensatz zur gesetzlichen Praxis und den Beschlüssen der BG steht, auch nur ansatzweise selbstkritisch unter die Lupe zu nehmen. Gedeckt wurde sie von rechten Teilen der BG. Mit Hilfe dieser Leute wurde ein Antrag auf Abwahl der M.W. aus dem Vorstand der BG nur knapp mit neun zu acht Stimmen abgelehnt. Immerhin wurde ein Antrag angenommen, in dem ihr Verhalten auf's schärfste kritisiert wurde (10:3:5 Stimmen).

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß eine DKPistin noch versuchte, in einem „Ergänzungsantrag" der Mißbilligung die Schärfe zu nehmen, was allerdings abgelehnt wurde.

Bedauerlicherweise lehnte es die Mehrheit der BG ab, zu den Vorfällen öffentlich im nächsten HBV-Flugblatt Stellung zu nehmen. Mit acht zu sieben Stimmen akzeptierte die BG den Antrag, daß M.W. sich offiziell im BR von ihrem Überstunden-Antrag distanzieren muß.

Betriebsrats-Sitzung der Iduna-Leben am 2.3.77

Einen Tag nach der Betriebsgruppenversammlung vom 1.3. tagte der Betriebsrat. Die Zeichen der Zeit (und der Betriebsgruppe) richtig deutend, ging M.W. in die Offensive – allerdings völlig anders, als man es von ihr verlangt hatte. Nicht sie, sondern vor allem die DAG'ler zeigten sich „erschüttert" über den Eindruck, den ihr Antrag hinterlassen hatte. Ein Schreiben des Gesamtbetriebsrates der Iduna Allgemeine wurde dargestellt, in dem der Gesamtbetriebsrat sichtlich empört feststellt, daß die Mehrgenehmigung von Überstunden in der Hauptverwaltung zwangsläufig dazu führt, daß weitere Arbeitsplätze in den Geschäftsstellen der Iduna wegfallen.

Unter der Parole – es gibt keine politischen Differenzen, nur Mißverständnisse – stellte dann nicht etwa M.W., sondern die DAG-Betriebsrätin Rietdorf einen sog. Willensbildungsantrag, der nunmehr den Beschluß vom 6.1. etwa folgendermaßen interpretiert:

Überstunden werden nur im gesetzlich zulässigen Rahmen genehmigt; in Einzelfällen, wo das Gewerbeaufsichtsamt mehr als 60 Überstunden genehmigt, behält sich der Betriebsrat vor, Einzelfälle zu prüfen, und gegebenenfalls zuzustimmen oder doch abzulehnen – in keinem Fall wir man über 270 Überstunden hinausgehen wollen.

Mit Hilfe der DAG-Rechten hatte sich so M.W. aus der peinlichen Situation herauslaviert.

Betriebszelle Iduna
KB/Gruppe Hamburg

AKW-Gegner soll aus dem Betriebsrat der Dresdner Bank gefeuert werden!

Hamburg. Auf seiner Sitzung vom 22.2.77 beschloß der Betriebsrat der Dresdner Bank AG in Hamburg mit den Stimmen fast aller HBV-Betriebsräte (die Mehrheit ist in der DAG organisiert), gegen den HBV-Betriebsrat P.H. ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten. Gleichzeitig wurde er vorerst von allen Ausschußfunktionen „befreit" (Info des BR v. 25.2.77).

Dem Kollegen H. wird der noch weitgehend „neue" Vorwurf gemacht, er habe im Betrieb ein Aufrufflugblatt zur Demonstration der BUU in Brokdorf am 19.2. verteilt. Dies sei der Aufruf zur Teilnahme an einer verbotenen Sache und könne nicht mit den Pflichten eines Betriebsrates in Einklang gebracht werden. Nicht näher bezeichnete „Vorkommnisse in der Vergangenheit" werden zusätzlich ins Feld geführt.

Eindeutig dabei ist, daß der Stein durch die Dresdner Bank-Kapitalisten ins Rollen gebracht wurde: Den Betriebsrat „erreichte ein Beschwerdeschreiben des Arbeigebers" (BR-Info).

Politisch auf den Hund gekommen sind dabei fast alle noch in einigen HBV-Kreisen als „fortschrittlich geltende" HBV-Betriebsräte. Nicht nur, daß sie zusammen mit den DAG-Rechten gestimmt haben; auf einer wenige Tage später stattfindenden regulären Vertrauenskörper-Sitzung der HBV nahmen dieselben Betriebsräte wieder stimmberechtigt teil, mobilisierten Vertrauensleute, die seit Jahr und Tag nur sehr selten erscheinen und peitschten so mit 10 zu 7 Stimmen durch, daß der VK „formell" das Verhalten „seiner" Betriebsräte billigt.

Dabei hatten die „Rechten" dann noch die Stirn, ihr Verhalten damit zu begründen, daß sie selber an sich auch meinen, die Flugblattverteilung könnte wohl kaum ein Amtsenthebungsverfahren rechtfertigen, aber *„das Ansehen der Gewerkschaft HBV stehe auf dem Spiel und da müsse man zuschlagen"*!

Es erübrigt sich fast zu sagen, daß der HBV-„Spitzenfunktionär" Harald Lohse wieder einmal der größte Einpeitscher war. Er stellte auf der VK-Sitzung gleich noch den Antrag, den Kollegen H. auch aus der Gewerkschaft zu schmeißen. Begründung: Weder der Inhalt noch die Initiatoren des Flugblatts (Initiative Angestellte gegen AKW's) seien der Grund für seinen Antrag, sondern die angebliche Tatsache, daß der Kollege H. absolut keine Ahnung vom Betriebsverfassungsgesetz habe und damit die HBV geschädigt werde.

Offensichtlich hatte sich Lohse allerdings verschätzt, denn dieser Antrag wurde mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. Nichtsdestotrotz muß man erwarten, daß Lohse, der wegen seiner rechten Touren durchaus kein Unbekannter ist (er sitzt übrigens im Ortsverwaltungsvorstand der HBV in Hamburg), auch ohne VK-Beschluß versucht, Leute für seinen Ausschlußantrag zu gewinnen.

Solidarität mit dem gemaßregelten Kollegen

Die „Initiative Angestellte gegen AKW's" veröffentlichte als ersten Schritt eine Erklärung, die breit vor den Betrieben des HBV-Bereiches verteilt wurde.

Als Antwort darauf konnte der Betriebsrat der Dresdner Bank nicht umhin, am 1. März den Versuch zu starten, seinen Schritt zu rechtfertigen. In einem BR-Info meinte der BR allen Kollegen weismachen zu können: *„Der Betriebsrat verurteilt nicht die Gegner von Atomkraftwerken. Wie in der gesamten Gesellschaft gibt es auch im Betriebsrat Gegner und Befürworter derartiger Anlagen."*

„Selbstverständlich kann jeder Bürger im Rahmen der bestehenden Gesetze für oder gegen eine Sache demonstrieren."

„Nach den Regeln (des BetrVG, d.V.) *ist jede politische Betätigung, z.B Verteilen von Werbeschriften politischer Parteien, innerhalb des Betriebes verboten."*

„Es ist daher für den Betriebsrat untragbar, wenn eines seiner Mitglieder gegen dieses Gebot verstößt..."

Und die größte Ironie: *„Da die Amtsenthebung eines Betriebsratsmitgliedes nur durch richterliche Entscheidung möglich ist, ist für willkürliche Maßnahmen des Betriebsrates oder auch des Arbeitgebers in derartigen Angelegenheiten ohnehin kein Raum."* Soweit der Betriebsrat.

In ihrer Sitzung vom 1.2.1977 verabschiedete die Stadtteilgruppe Ottensen der BUU/Hamburg eine Protesterklärung an den Betriebsrat und alle Beteiligten, in der die *„– sofortige Rücknahme des Amtsenthebungsbeschlusses,*
– sofortige Distanzierung der HBV Betriebsgruppe von den rechten Machenschaften ihrer Betriebsräte und Vertrauensleute,
– Schluß mit der Hetze und Kriminalisierung gegen AKW-Gegner"
gefordert wird.

Die Stadtteilgruppe stellte weiter fest: *„Jeder Kernkraftwerksgegner soll auf diese Art und Weise eingeschüchtert werden, daß er bei Protesten gegen Kernkraftwerke zumindest seinen Arbeitsplatz gefährdet."*

In ähnlichem Sinne verabschiedete die Initiative „Chemiearbeiter gegen AKW's" am 2.3.77 eine Solidaritätserklärung.

Es wird insbesondere auch die Aufgabe der Angestelleninitiative sein, mit ganzer Kraft den Fall P.H. in den Betrieben etc. publik zu machen und den Widerstand zu organisieren.

HBV-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Elektronische Mitarbeiterüberwachung geplant!

Hamburg. Eine Fülle von Plänen zur „perfekten Überwachung" der Kollegen wird zur Zeit von den Iduna-Kapitalisten geschmiedet. In drei Komplexe läßt sich das Vorhaben aufgliedern:

Filmüberwachung
Die Iduna hat die Firma „Tele-Security-Foto Überwachungsanlagen GmbH – 6794 Brücken" beauftragt, über zentral gesteuerte Filmkameras und Monitorüberwachung wesentliche Teile des Hauptgebäudes in ihrem Sinn abzusichern. Widersprüchliche Angaben über die Zahl der Kameras werden derzeit ausgestreut. Hieß es vor einigen Wochen noch, höchstens sechs Kameras seien geplant, waren es vor einer Woche schon neun, jetzt vor einigen Tagen wieder nur drei. Wie dem auch sei; solche Meldungen waren schon immer ein Mittel, Verwirrung und „Beruhigung" zu stiften. Die „Security-Firma" jedenfalls geht in ihrem Plan von neun aus, die vor allem Eingänge und Garageneinfahrten abdecken sollen. Technisch besteht die Möglichkeit, bestimmte Bilder im Monitorsystem einzugeben, so daß bei Erscheinen einer bestimmten Person etc. der (lt. dem Plan):
- *Alarm intern*
- *Sabotage intern*
- *Polizei*

ausgelöst bzw. gerufen werden kann. Durch diese Kameras werden auch Verteiler von Flugblättern und Kollegen, die welche nehmen, bildlich festgehalten.

Türsicherungen
Ebenfalls elektronisch gesichert werden sollen ca. 35 Türen im Hauptgebäude der Iduna in der Neuen Rabenstraße. Über ein zentrales Schaltpult ist feststellbar, welche Tür offen, welche geschlossen ist. Weitere Möglichkeiten sind noch nicht bekannt, aber vorstellbar. Z.B. elektronische Blockierung im „Alarmfall intern" oder bei „Sabotage intern". Die Eingangstür Warburgstraße ist zusätzlich mit Panzerglas geschützt worden. Schaltpult und andere dazu notwendige Dinge sind bereits angeschafft.

Militärarzt
Auf der Suche nach einem Betriebsarzt fiel die Wahl der Iduna auf einen Dr. med. Pröhl, seines Zeichens Ober-Stabsarzt des Bundeswehrkrankenhauses Wandsbek, der dort fünf Kasernen zu betreuen hat. Eine Probe der Ideen des Herrn Pröhl: *„Frauen sind belastungsfähiger als Männer, sie vertragen eher Monotonie am Arbeitsplatz wie z.B. Fließbandarbeit; sie sind weniger aufstiegswillig..."*

Und das vor dem Hintergrund, daß in der Iduna über 50 % der Beschäftigten Kolleginnen sind. Man kann sich vorstellen, was so ein Arzt praktisch machen wird...

Diese Punkte sind geplant bzw. in der konkreten Einstellung. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die Iduna bereits vor ca. zwei Jahren im gesamten Haus Lautsprecher zwecks zentraler Durchsagen installierte und schrittweise elektronisch abtastbare Personal-Identifikationskarten eingeführt werden (zuerst als „Türöffner", dann geht's weiter über Essenmarken-Ablochen bis . . .?)

Weder den Kollegen im Betrieb noch den Betriebsräten insgesamt wurde bisher ein Überblick über die Vorhaben des Kapitalisten gegeben. So konnte nur im letzten Moment durch Mehrheitsvotum der Betriebsräte verhindert werden, daß der Militärarzt eingestellt wird. Gerade aber auf dem Sektor der elektronischen Sicherungen verschweigt die Iduna fast alles. Öffentlichmachung ist von unbedingter Notwendigkeit, zumal noch zusätzlich ein hauseigener und rund um die Uhr tätiger Werkschutz aufgebaut werden soll.

Und diese ganzen Maßnahmen dienen sicherlich nicht dazu, die Vertragtaschen mit den Daten der Versicherungsverträge zu schützen. Da rollt mehr an.

Betriebszelle Iduna
KB/Gruppe Hamburg

ausgelöst bzw. gerufen werden kann. kann sich vorstellen, was so ein Arzt KB/Gruppe Hamburg im Ortsverwaltungsvorstand der HBV KB / Gruppe Hamburg

ausländische Arbeiter in der BRD

Einschränkung des Asylrechts für politisch verfolgte Ausländer geplant

Das Bundesinnenministerium hat einen Entwurf zur „Änderung der Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz" vorgelegt, wonach die Ausländerbehörde einen Asylantrag zurückweisen kann, wenn der Antrag erst nach längerem Aufenthalt in der BRD gestellt wird. Damit wird die Entscheidung, ob ein Ausländer ein Anrecht auf Asyl hat oder nicht, in die Hände der örtlichen Ausländerpolizei gelegt. Bisher wurde diese Entscheidung vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in einem sogenannten ausführlichen Anerkennungsverfahren getroffen. Während dieses Anerkennungsverfahrens konnte der betroffene Ausländer nicht ausgewiesen werden und bekam eine Arbeitserlaubnis. Unterhöhlt wurde das Anerkennungsverfahren bisher schon durch den Umstand, daß das Bundesamt von den örtlichen Behörden in verschiedenen Fällen Auskünfte und Stellungnahmen einholte, womit das Anerkennungsverfahren bereits von der Ausländerpolizei beeinflußt wurde.

Diese Aushöhlung soll nun durch den Entwurf des Ministeriums einer völlig freien Aussiebung der Asylsuchenden vor dem Anerkennungsverfahren Platz machen.

Noch schweinischer ist der neue Ausweisungsgrund für politisch Verfolgte, nach dem sie abgeschoben werden können, wenn sie den Asylantrag erst nach längerem Aufenthalt in der BRD stellen. *„Wer von den politischen Verhältnissen in faschistischen Staaten und von der relativ ungestörten Tätigkeit ihrer Geheimdienste, des persischen SAVAK etwa, der auch Informationen über Asylanträge sammelt, Kenntnis hat, der weiß, daß es nicht ungefährlich ist, in der Bundesrepublik Asyl zu beantragen"* (Knuth Dohse, Politologe in einer Untersuchung des Entwurf für die „Berghof-Stiftung für Konfliktforschung", zitiert nach „FR" vom 26.2.77). Asylanträge werden zwangsweise meist im letzten Moment gestellt, um Verwandte und Freunde zuhause vor Verfolgung zu schützen. Außerdem raubt das neue „Recht" auch Ausländern, die erst in der BRD begonnen haben, für die Befreiung ihres Landes zu kämpfen, die Möglichkeit des Asylantrages. Die Ausländerbehörde kann nach dem Entwurf frei nach Schnauze bestimmen, wer das Asylrecht „mißbraucht" und den Betreffenden sofort, meist in das Land, in dem er verfolgt wird, ausweisen. Dabei braucht die Anerkennung des Asylrechts durch das Bundesamt überhaupt nicht mehr abgewartet zu werden. Wer die Situation politisch Verfolgter z.B. in Persien kennt, weiß, daß eine solche Ausweisung einem Todesurteil gleichkommt, zumindest aber schwere Folter und jahrelange Haft bedeutet.

Durch faschistische Putsche und die – durch die BRD mitfinanzierten – Ausrottungsfeldzüge gegen Befreiungsbewegungen wie z.B. im Libanon ist die Anzahl der Asylsuchenden auch hier stark angestiegen.

Zur Untermauerung und ideologischen Vorbereitung solcher Asyleinschränkungen wird das Bild des „Asylschwindlers" geprägt und durch die bürgerliche Presse verbreitet. Danach wären der größte Teil der Asylsuchenden sowieso keine politisch Verfolgten, sondern Ausländer, die keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten und sich durch das Asylverfahren den Aufenthalt hier „erschleichen" wollen. In einem Artikel am 21.8.76 über das Flüchtlingslager für Asylsuchende in Zirndorf läßt der rechtsgerichtete „Bayernkurier" einen Gesinnungsgenossen aus der Lagerleitung zu Wort kommen: *„98 Prozent der hier Ankommenden sind mit Sicherheit keine politischen Flüchtlinge ... Aber was sollen wir tun? Wir müssen sie aufnehmen, solange es keine exakteren Regelungen gibt!"* Und die sind nun in Sicht!

Wurde im bisherigen Asylrecht schon mit zweierlei Maß gemessen ...

Der Politologe Knuth Dohse setzt sich in seiner Untersuchung auch mit der bisherigen Handhabung des Asylrechts auseinander und kommt zu dem Ergebnis, daß in der Verwaltungspraxis *„eine erhebliche Verengung des Verfolgungsbegriffs"* festzustellen sei, obwohl im Grundgesetz ein allgemeines Asylrecht für politisch Verfolgte vorgesehen ist. Während *„in Verfolgung der traditionellen antikommunistischen Asylpraxis fast alle Flüchtlinge aus Osteuropa anerkannt"* würden, erhielten *„nur rund ein Zehntel der Ausländer aus der dritten Welt – in der Regel Antifaschisten – einen positiven Bescheid."*

... so wird der Verfolgung von Revolutionären aus faschistischen Ländern nun grünes Licht gegeben

Die Polizeistaatspraxis gegenüber „normalen" Ausländern aus Ländern der „3. Welt", die darin besteht, Ausweisungen innerhalb kürzester Zeit ohne Einschaltung von Gerichten durchzuführen, mit gezogener MP Wohnungen zu durchsuchen und Pässe zu kontrollieren, willkürliche Verhaftungen von der Straße weg zu machen, wird nun auch gegen Menschen angewandt werden können, die offiziell um Schutz vor Verfolgung bitten. Die mittlerweile aufgedeckte Verfilzung von Polizei und Verfassungsschutz mit den faschistischen Geheimdiensten läßt ahnen, wer bei Durchkommen des geplanten Entwurfs bei Verfolgung und Ausweisung von politischen Flüchtlingen seine Hand im Spiel haben wird.

Gegen die geplante Einschränkung des Asyrechts!

Für die uneingeschränkte Aufnahme von politschen Flüchtlingen in der BRD!

Emigrantenzelle

Arbeiterwohlfahrt erläßt Unvereinbarkeitsbeschluß

Mit Rundschreiben vom 7.2.1977 hat der Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt (AWO) die Sozialbetreuer für türkische Arbeitsemigranten in der BRD darauf hingewiesen, daß ein Beschäftigungsverhältnis bei der Arbeiterwohlfahrt in der MHP, der Islamischen Union und der TEBÖK bzw. Organisationen, die von diesen Gruppen mitgetragen werden, unvereinbar ist und arbeitsrechtliche Konsequenzen für den Fall der Nichtbeachtung nach sich ziehen wird.

Bei der MHP handelt es sich um die rechtsextreme „Nationale Bewegungspartei" der Türkei, deren paramilitärische Unterorganisation „Graue Wölfe" in den letzten Monaten auch in der BRD von sich Reden gemacht hat. Anschläge auf Büros türkischer Arbeitervereine, Bedrohung von Mitgliedern dieser Organisationen und angezettelte Schlägereien gehören zu den Terroraktionen dieser faschistischen Gruppe.

Bei der Islamischen Union handelt es sich ebenfalls um eine rechtsradikale türkische Gruppe, die Einfluß auf die türkischen Arbeiter in der BRD mittels Einschüchtung etc. zu gewinnen versucht.

Im Gegensatz zu diesen eindeutig faschistischen arbeiterfeindlichen Organisationen handelt es sich bei der TEBÖK (Türkisches Komitee für Frieden und Freiheit) um einen linksorientierten Dachverband, dem u.a. eine größere Zahl türkischer Arbeitervereine angehört. Die TEBÖK ging ursprünglich aus einer amnesty-Gruppe hervor, hat aber seit einiger Zeit ihre politische Betätigung auch auf innenpolitische Fragen der Türkei ausgedehnt und sich zum Ziel gesetzt, vom Ausland her auf die innenpolitische Situation in der Türkei einzuwirken und die europäische Öffentlichkeit auf die faschistischen und arbeiterfeindlichen Tendenzen in der Türkei aufmerksam zu machen.

Die Arbeit der TEBÖK wurde auch von Sozialbetreuern der Arbeiterwohlfahrt, die für türkische Arbeitsemigranten in der BRD zuständig sind, aktiv unterstützt.

Während die politischen Zielsetzungen und Aktivitäten der MHP und der Islamischen Union in dem Schreiben der AWO ausführlich beschrieben und als Begründung für den Unvereinbarkeitsbeschluß herangezogen werden, findet man über die politische Position der TEBÖK bezeichnenderweise keine Ausführungen. Offenbar hätte eine Offenlegung des dem Beschluß zugrundeliegenden Materials bezüglich der TEBÖK die AWO von vornherein bloßgestellt. Die Tatsache, daß die Sozialbetreuer für Arbeitsemigranten in der BRD eine wesentliche Vermittlerrolle spielen, zeigt die weitreichende politische Relevanz dieses Unvereinbarkeitsbeschlusses, da eine weitere Mitarbeit in den Arbeiterinteressen vertretenden türkischen Arbeitervereinen und in der TEBÖK die Kündigung zur Folge haben wird. Die AWO weist ausdrücklich darauf hin, daß die Sozialbetreuer eine „wertneutrale Arbeit" zu leisten haben. „Wertneutral" erweist sich jedoch in diesem Zusammenhang als eindeutig gegen die Interessen türkischer Arbeiter in der BRD gerichtet.

Der Beschluß der AWO gründet im wesentlichen auf vom Verfassungsschutz zur Verfügung gestellten Material, wobei hier eine Zusammenarbeit zwischen dem türkischen und dem bundesrepublikanischen Geheimdienst (ähnlich der Beziehungen zum iranischen SAVAK) nicht ausgeschlossen erscheint.

Daß die Wahrnehmung und Unterstützung der Interessen der türkischen Arbeitsemigranten unterbunden werden soll, geht auch daraus hervor, daß durch Schreiben des Bundesvorstandes der AWO vom 9.2.77 den Sozialbetreuern eine Teilnahme am Türkischen Arbeiterkongreß Ende Februar 1977 verboten wurde.

Ein Genosse aus Frankfurt

KBW: Chauvinismus im „linken" Gewand

„Hilfe – die Deutschen sterben aus!"

Unter diesem Titel veröffentlichten die „Blätter des iz3w" in Nr. 59/77 die reaktionären Vorstellungen des KBW zur Ausländerpolitik. Danach sollen Ausländer in der BRD nach spätestens sechs Monaten zur Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit gezwungen werden: „*Kostenlose und obligatorische Einbürgerung der Ausländer, nachdem sie drei Monate in der Bundesrepublik verbracht haben.*" Widerstand gegen diese ungeheuerliche Bevormundung darf sich nach der „linken" Beamtenmentalität des KBW nur auf drei Monate beschränken: „*Möglichkeiten zur einmaligen Verschiebung des Termins durch den betreffenden Ausländer um weitere drei Monate.*" Aber es kommt noch dicker: Die zwangsweise zu Deutschen gemachten – der KBW spricht perverserweise von „deutschen Staatsbürgern ausländischer Herkunft" – müssen gezwungenermaßen auch noch die deutsche Kultur verinnerlichen: „*Kostenlose und obligatorische* (!!) *Sprachkurse von vier Stunden in der Woche für alle deutschen Staatsbürger ausländischer Herkunft während der ersten drei Jahre ihres Aufenthaltes in der BRD*" (alle Zitate nach „Beschlüsse der Ersten Ordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW"; Mannheim, Juli 1974). Man fragt sich, wann der KBW mit seinen „positiven Forderungen" darangeht, vorsorglich schon einmal ein paar verwaltungstechnische Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Abgesehen davon, daß es sich eh nur um Sandkastenspiele handelt, würde ein Ausländer bei Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft in der Regel seine ursprüngliche verlieren, d.h. ihm könnte als Ausländer die Rückreise in sein Heimatland verwehrt oder er dort den nicht weniger reaktionären Ausländergesetzen unterworfen werden.



Gegenüber der grenzenlosen nationalen Überheblichkeit, die in diesen Vorschlägen des KBW zum Ausdruck kommt, sind die Integrationsmodelle der Reformpädagogik geradezu fortschrittlich, beziehen sie in der Regel doch die Achtung vor der fremden Kultur und ihre weitere Pflege ein. Es handelt sich bei diesem Chauvinismus im linken Mäntelchen keineswegs um einen zufälligen Ausrutscher, sondern um dieselbe Arroganz, mit der der KBW sich selber immer so gerne mit den legendären „Volksmassen" verwechselt und bestehenden Bewegungen seine abstrusen Forderungen („Volksentscheid für § 218") aufzwingen will.

Weg mit Rassismus und nationaler Überheblichkeit – auch beim KBW!

Emigrantenzelle

SAVAK und Verfassungsschutz – Hand in Hand

„*Derzeit sind wir zufrieden*", sagte der Außenminister des faschistischen Regimes im Iran, Abbas Ali Chalatbari, womit er die hilfreiche Unterstützung durch den bundesdeutschen Verfassungsschutz bei der Verfolgung und Bespitzelung hier lebender iranischer Studenten meint. Regierungssprecher Grünewald bestätigte, daß diese freundlichen Kontakte seit 1959 bestehen. Es gehe dabei „*um die gegenseitige Unterrichtung von sicherheitsgefährdenden Bestrebungen und um Erkenntnisse über aktuelle terroristische Anschläge. Gemäß § 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz werde ferner die iranische Botschaft über Bestrebungen informiert, die zu Gewaltakten iranischer Staatsbürger – darunter auch Studenten – in der Bundesrepublik gegen persische Einrichtungen führen können*" („FR", 1.2.77).

Mit „sicherheitsgefährdenden Bestrebungen" gegen ein Mord-Regime wie das iranische kann nur jede wie auch immer geartete Widerstandsarbeit gemeint sein. Und terroristische Aktivitäten? „*Der Sprecher des Iran-Komitees, der Berliner Professor Karsten Colpe, sagte jedoch, die Interpretation dessen, was in der Bundesrepublik zulässig sei, sei in der letzten Zeit immer enger gefaßt worden. So fielen gewaltfreie demonstrative Besetzungen von Gebäuden schon unter den Begriff terroristische Aktivitäten und erlaubten offenbar eine Weitergabe von Informationen über die daran beteiligten Iraner*" („FR", 25.2.77).

Inzwischen haben sich mehrere Institutionen und einzelne Demokraten gegen diese Kumpanei zwischen der BRD und dem faschistischen Schahregime gewandt:

– 50 iranische Studenten führen in Hannover seit dem 21.2.77 einen Hungerstreik durch, um die Bundesregierung zur Einstellung der Zusammenarbeit zu bewegen.

– Die Jungdemokraten forderten in einem Schreiben an das Bundesinnenministerium die restlose Aufklärung der Sache und warfen der Bundesregierung bei Zutreffen der Anschuldigungen die „*Mitverantwortung für Inhaftierung und Folterung iranischer Staatsbürger*" vor.

– Das Iran-Komitee stellte Strafantrag gegen Innenminister Maihofer und Verfassungsschutzchef Richard Meyer wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung.

– Selbst der niedersächsische SPD-Landesvorsitzende P. v. Oertzen versprach den Studenten im Hungerstreik, sich dafür einzusetzen, daß die Tätigkeit des SAVAK in der BRD gründlich untersucht wird (diese verbalen Beteuerungen kosten allerdings auch nichts).

Es bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen sich für iranische Faschisten und Verfassungsschutz durch den Druck der demokratischen Öffentlichkeit ergeben werden. Eins wird jedenfalls nicht passieren, nämlich die Beendigung dieser herzlichen Kontakte. Die werden ein bißchen geheimer weitergeführt, bis die Gemüter sich beruhigt haben. Die Unterstützung ist dem SAVAK bei seinem Dreckgeschäft allemal sicher – schon allein dadurch, daß die Entrechtung und Unterdrückung per Gesetz und bundeseigener Machtorgane gegen iranische Widerstandskämpfer weiter fortschreitet.

Raus mit faschistischen Geheimdiensten aus der BRD!!

Emigrantenzelle

Hausbesetzungen in mehreren Städten

In Stuttgart wurden drei Häuser entgegen dem Willen der Öffentlichkeit zum Abriß freigegeben. Die Uhlandstr. Nr. 27 sowie die Häuser Alexanderstr. 22 und 24 sollen laut Abstimmung des nichtöffentlichen Wohnungsausschusses (CDU und „Freie Wähler" für Abriß) der Spitzhacke zum Opfer fallen, um an dieser Stelle einen Versicherungspalast errichten zu können.

Dazu bediente sich die Bauspekulantenfirma Eger wahrhaft krimineller Methoden. Nachdem sie vor etwa vier Jahren das unter Denkmalschutz stehende Eckhaus erwarb, trieb sie kurz darauf fast alle Mieter mit der Lüge, die Häuser würden in Kürze abgerissen, hinaus. Tatsächlich lag nie eine Abrißgenehmigung vor. Um diese zu bekommen und um das Verfahren zu beschleunigen, hat sie nicht nur mehrere Male vorsätzlich falsche Angaben gemacht, sondern kurz vor der Hausbegehung durch den Bezirksrat fegte ein bis jetzt unbekannter Sturm durch das Haus. Parkettböden wurden rausgerissen, Tapeten von den Wänden geholt, die Wohnungen unter Wasser gesetzt, Wände durchgeschlagen und Installationen zerstört, in den Wohnungen wurde Abfall verstreut.

Das überzeugte den Bezirksrat natürlich mehr als 3.000 Unterschriften von empörten Bürgern, 6.000 Wohnungssuchenden, fünf Zeugen, die die Wohnungen noch einige Tage vorher in gutem Zustand besichtigt haben, sowie eine Fotoserie.

Trotz gesetzlicher Grundlagen (Zweckentfremdungsverbot) macht sich die Stadt zum Handlanger solcher Spekulanten und Betrüger.

Um der Wohnraumzerstörung, der weiteren Verrottung der Stuttgarter Innenstadt entgegenzutreten, haben Leute der Sozialen Selbsthilfe Stuttgart e.V., Emmaus, der Mieterinitiative Alexanderstraße und andere die Häuser besetzt. Ziel u.a. der Besetzer ist es, „*daß sich OB Rommel, bei dem die endgültige Entscheidung über den Fall der Häuser liegt, sich zu, seiner Zusage, für den Erhalt der Wohnungen einzutreten, bekennt*" (Flugblatt). Doch OB Rommel hat „*für die Hausbesetzung überhaupt kein Verständnis. Das ist eine Sache, die zum Rosenmontag paßt*" („Stuttgarter Zeitung" vom 22.2.77). Die umwohnende Bevölkerung jedenfalls ist da ganz anderer Meinung. „*Nach der ersten Nacht in dem vom Abbruch bedrohten Haus brachten Hausfrauen schon am frühen Morgen etwa zwanzig ‚Freßpakete' mit Lebensmitteln vorbei. Ein Anlieger stellte sein Büro als Wärmestube zur Verfügung*" („Stuttgarter Zeitung" vom 23.2.77).

Wohnraumzerstörung, Innenstadtverunmenschlichung und Spekulantenunwesen, zugunsten kapitalistischer Raffgier und Profitinteressen gibt es nicht nur in Stuttgart. Wir meinen, daß das Stuttgarter Beispiel der Hausbesetzung zeigt, daß letztendlich nur das Vertrauen in die eigenen Kräfte einen wirksamen Widerstand gegen die Staatswillkür schafft.

An der Hausbesetzung beteiligte KB-Sympatisanten





Zugang zur Alexanderstraße 24 gibt's zur Zeit nur in luftiger Höhe. – Mit Spruchbändern und Flugblättern machten die Hausbesetzer und ihre Sympathisanten auf sich aufmerksam.

Göttingen. Ende Januar besetzten Studenten ein leerstehendes Wohnhaus in der Nähe der Universität. Sie forderten, daß das hochschuleigene Gebäude als Wohnraum genutzt wird, und nicht für universitäre Zwecke. Nachdem die Univerwaltung diese Zusage gemacht hat, brachen die Studenten die Hausbesetzung ab („Frankfurter Rundschau", 31.1.77).

Tübingen. Insgesamt 70 Studenten besetzten eine ehemalige Polizeidirektion, um das Haus wieder seinem ursprünglichen Zweck als Studentenwohnheim zuzuführen.

„Skandalös", das war der Kommentar des Uni-Präsidenten Adolf Theis, da das Gebäude dringend zur Verbesserung der Studienmöglichkeiten benötigt werde („Welt", 1.3.77). Von der Wohnungsnot vieler Studenten scheint er nie was gehört zu haben.

Wohnungskommission

Rathauseingang zugemauert!

Dortmund. Am Mittwoch, den 2. März um 12.00 Uhr mittags begannen Mitglieder der Dortmunder Selbsthilfe (DSH) den Haupteingang des Dortmunder Rathauses zuzumauern. Mit dieser Aktion protestierten sie gegen die Zerstörung von erhaltenswertem Wohnraum, die von der Stadt Dortmund betrieben wird.

Die DSH besteht aus Leuten, die arbeitslos waren, aus Heimen stammen, und sich keine Hilfe mehr vom Staat erwarten, sondern sich jetzt selbst gemeinsam helfen und ihre Probleme gemeinsam angehen. Sie haben ein Transportunternehmen gegründet, mit dem sie Entrümpelungen durchführen und sich einen Laden eingerichtet haben, in dem sie alte Sachen billig verkaufen.

Eines ihrer dringlichsten Probleme ist natürlich das Wohnproblem. Sie haben im Sanierungsgebiet Dorstfeld eine Wohnung gefunden, aus der sie die Stadt jetzt heraus haben will. Rund um ihre Wohnung herum wird guter Wohnraum zerstört. Türen und Fenster vernagelt und zugemauert. Die Vertreter der Stadt lehnen es ab, mit ihnen zu verhandeln, sondern rufen, sobald jemand von der DSH auftaucht, nur die Polizei. Die Polizei wurde auch hier wieder gerufen und die Mauer kam nur bis zu einer Höhe von ca. 70 cm, dann wurde sie von Bediensteten der Stadt eingerissen. Doch während der ganzen Aktion wurde mit Flugblättern und über Megaphon vor mehr als 100 Zuhörern über die Machenschaften der Dortmunder Stadtverwaltung aufgeklärt.

Kontakt: Dortmunder Selbsthilfe e.V.
Dorstfelder Hellweg 13
46 Dortmund



Nazi-Mörder Rosenbaum:
Sorge um den guten Ruf

Seit Ende '76 ist der NS-Verbrecher Wilhelm Rosenbaum - bis dahin, weil zu lebenslänglicher Haft verurteilt, im Gefängnis - frei.

Allerdings fühlt er sich in seiner Freiheit noch zu sehr an die Vergangenheit erinnert: So fand er in der Nähe seiner Wohnung (Hamburg Eppendorf, Lenhartzstr. 3, IV. Stock) Plakate mit der Aufschrift „Nazi-Mörder Rosenbaum zurück in den Knast! Seine Verbrechen - bestialische Morde". Es folgten Beispiele für Rosenbaums Mordtaten, die auf Presseberichten und Zeugenaussagen aus dem Prozeß beruhten.

Die „Ehre" dieses Nazi-Verbrechers läßt solche Darstellungen seiner Vergangenheit natürlich nicht zu: *„Da zu befürchten ist, daß durch die Plakataktion unserem Mandanten großer Schaden erwächst"*, fordern Rosenbaums Anwälte vom presserechtlich Verantwortlichen des KB, jede weitere Veröffentlichung und Verbreitung der Plakate zu unterlassen. Kein Mißverständnis : Rosenbaum verlangt nicht bloß, diese oder jene Einzelheit, die ihn als Mörder unzweideutig kennzeichnet, zu verschweigen, sondern er hat überhaupt etwas dagegen , wie auf dem Plakat „Nazi-Mörder" genannt zu werden! Und gleich noch einen Schritt weiter: Der KB soll in Zukunft überhaupt *„unterlassen, in weiteren Presseartikeln bei Erwähnung von Vorgängen, die von Herrn Rosenbaum begangene Straftaten und/oder dessen Verurteilung zum Gegenstand oder Ähnlichkeit damit haben, seinen bürgerlichen Namen zu nennen oder sein Bild zu veröffentlichen"*.

So also leitet ein Nazi-Verbrecher seine Rückkehr zu einer „bürgerlichen Existenz" ein.

Wie weit ein Mann wie Rosenbaum, dessen Verbrechen durch den Skandal seiner vorzeitigen Entlassung frisch in Erinnerung sind, bereits wieder auf die Unterstützung selbst angeblich Liberaler rechnen kann, zeigt der Zynismus des juristischen Kommentators im NDR, Dr. Hill: Er war empört (in der „Umschau am Abend" vom 25.2.77) nicht über die Freilassung des NS-Verbrechers, sondern über das Plakat gegen Rosenbaum! Hills Liberalität gegenüber dem Nazi („Soll Rosenbaum für immer aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden?") schlug um in Denunziation gegenüber den Kommunisten - er nannte den Namen des KB-Verantwortlichen und gab den Tip gleich dazu, das Plakat sei zwar so gut gemacht, daß eine Strafverfolgung wohl nicht in Frage käme, eine Anzeige wegen Beleidigung sei aber möglich, allerdings nur „auf Antrag". Sollte Hill nicht gleich offen als Rechtsanwalt von Rosenbaum auftreten?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Der Fall Cincera – ein Fall CDU/CSU

Größeres Aufsehen erregte in den letzten Monaten in der Schweiz der „Fall Cincera". Wie eine „Arbeitsgruppe demokratisches Manifest" enthüllte, ist der 48jährige Oberstleutnant der Schweizer Armee Ernst Cincera Chef eines privaten Schnüffelunternehmens, der „Informationsgruppe Schweiz", das seine Dienste sowohl Konzernen wie Nestlé und Stumpenberger, aber auch der Züricher Polizei und dem Abwehrdienst der Schweizer Armee zur Verfügung stellt.

Als Grundlage für diese Schnüffelei diente eine Kartei, die 3.500 Namen umfaßte – alles potentielle „Staatsfeinde", unter ihnen der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Enzio Canonica!

Die „Informationsgruppe Schweiz" arbeitet zusammen mit einer „Vereinigung freie Schweiz" und einem „Verein zur Erhaltung des heutigen schweizerischen Rechtsstaates"; zusammen geben sie an, daß „über 400 subversive Organisationen" (!!) von ihnen überwacht würden („PDI-Hintergrunddienst", 15.12.76).

Klar, daß die Kapitalisten solche Spitzeltruppen gern sehen. So erklärte die Westschweizer Arbeitgeberorganisation zum „Fall Cincera": „... *Viele Unternehmen haben sich bei Herrn Cincera erkundigt, bevor sie diesen oder jenen Stellenbewerber engagierten. Eine Firma hat unzweideutig das Recht, sich gegen Leute vorzusehen, deren erklärtes Ziel es ist, unsere Gesellschaftsordnung zu zerstören*" („PDI", 15.12.76).

Auch in der BRD hat Cincera „seine" Presse. So berichtete die „Bunte" über ihn: „...*Ernst Cincera (ist) einer jener Eidgenossen, man sollte es nicht für möglich halten, die heute schon bereit sind, für die Sicherheit der Schweiz in einer zukünftigen Krise lautstark ihre Stimme zu erheben. Einer, der nicht vergessen zu haben scheint, daß es ein sozialdemokratischer Herr Uljanow war, der schon Ende des vorigen Jahrhunderts von Zürich aus darauf drängte, die Phase einer liberalen Reform in Rußland einfach zu überspringen... Ernst Cincera verwendet seit 20 Jahren seine Zeit und seine Einkünfte darauf, linksextremistischen Jüngern Lenins in der Schweiz auf die Spur zu kommen*" („PDI", 15.2.77).

Aktiver Propagandist für das Cincera-Unternehmen ist die „Aktion Freiheit und Verantwortung" des Dr. Rudolf Farner, der u.a. einen „Argentinischen Pressedienst" herausgibt, in dem das Militärregime über alle Maßen gelobt wird.

Die Ermittlungen gegen Cincera in der Schweiz werden vom Bezirksanwalt Nüssli geleitet, der in den dreißiger Jahren Ortsgruppenleiter der „Nationalen Front" war, einem Schweizer Ableger der NSDAP!

Der „subversive Kampf" des Herrn Cincera führt direkt zur CDU/CSU

Die Aktivitäten des Herrn Cincera beschränken sich aber nicht auf das Bespitzeln von Demokraten und Kommunisten. Offenbar genießt Cincera in gewissen Bundeswehr- und CDU-Kreisen enorme Wertschätzung als Fachmann für „Subversive Kampfführung".

So sprach er u.a.:

– vor dem Aufklärungsgeschwader 51 „Immelmann" der Bundeswehr (Frühsommer 76, die Einladung datiert vom 13.4.76). Es ist dies dasselbe Geschwader, zu dessen „Traditionstreffen" auch der Nazi-Flieger-„Held" Rudel eingeladen worden war.

– Vor dem Landesfachausschuß innere und äußere Sicherheit der CDU, LV Saar zu den Themen „Der subversive Kampf als Instrument der Politik" und „Methoden und Formen des subversiven Kampfes";

– vor der CSU in Münsterschwarzach zum Thema „Strategie der ‚friedlichen' Unterwanderung – subversive Kampfführung". Auf diesem Seminar war im übrigen ziemlich viel Prominenz aus der Strauß-Mafia anwesend: Helmut Bärwald, Autor im „Deutschland-Magazin", Giovanni Bensi von „Radio Freies Europa", Dr. Ulrich Wagner von der „Hanns-Seidl-Stiftung" der CSU usw. („PDI" vom 1.2.77).

Wie wir in AK 98 und 99 berichteten, betreibt die CDU/CSU mit Hilfe der „Gesellschaft für Wehrkunde" (prominentestes Mitglied: Strauß) unter genau derselben Stoßrichtung eine staatlich geförderte „Bildungsarbeit".

Immer wieder Herr Grau ...

Als Vermittler für die Einladung Cinceras durch das Aufklärungsgeschwader 51 Immelmann trat ein Herr Karl Friedrich Grau in Erscheinung.

Grau ist in der BRD kein Unbekannter: Vor allem im Wahlkampf 1972 trat er als Vorsitzender der „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit" als einer der Hauptträger der damaligen CDU/CSU Hetzkampagne in Erscheinung. Darüber hinaus ist Grau Gründungsmitglied der „Deutschland-Stiftung e.V.", der „Gesellschaft für konstruktive Politik" sowie Vorsitzender einer Unzahl von ähnlichen Vereinen, die meist nur kurzfristig in bestimmten Kampagnen an die Öffentlichkeit treten.

Vor den hessischen Landtagswahlen 1974 verhandelte das damalige CDU-Mitglied Grau am 18.12.73 mit der NPD über ein gemeinsames Vorgehen zur Landtagswahl. Nachdem die Sache ruchbar geworden war, trat Grau symbolisch aus der CDU aus. Ebenso symbolisch traten damals u.a. die Herren Dregger und Marx von der CDU aus dem Kuratorium der „Studiengesellschaft..." aus.

Graus „Zentrale" ist die „Internationale Studiengesellschaft für staats-, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Öffentlichkeitsarbeit" mit Sitz in Interlaken (Schweiz). Wie der „Zeitdienst", eine fortschrittliche Schweizer Zeitschrift, veröffentlichte, hat Grau in der Schweiz eine Unzahl von Kontakten zu privaten „Staatsschutzorganisationen" und zum Staatsapparat selbst – so auch seit Jahren zu Oberstleutnant Cincera. Die zwielichtigen Umtriebe von Grau in der Schweiz führten sogar einmal fast zu einer Ausweisung („Zeitdienst", 26/1976).

Man darf annehmen, daß der Kontakt von Grau zu Cincera sich auf weit mehr erstreckt als auf die Vermittlung von Vorträgen. So berichtete die „Frankfurter Rundschau" bereits am 15.2.74: *„Nach Mitteilung Graus wurden ‚Listen von Sozis, Kommunisten und Gewerkschaftern' angelegt und in der Schweiz deponiert, um im Falle eines Aufstandes zur Verfügung zu stehen"* ...

Wie eng diese Verbindungen sind, läßt sich aus folgendem fast kurios wirkenden Vorfall erahnen: Nach seinem Rücktritt aus der BRD-Sektion der „Studiengesellschaft..." tauchte der CDU-Abgeordnete Werner Marx als Vizepräsident der Muttergesellschaft „Internationale Studiengesellschaft..." auf. Anfang '76 dementierte Marx zusammen mit allen weiteren Vizepräsidenten der „Internationalen Studiengesellschaft..." diese Mitgliedschaft. Am 15.12.76 berichtete dann der „PDI-Hintergrunddienst", daß eben diese angeblichen Vizepräsidenten der „Internationalen Studiengesellschaft..." des Herrn Grau nun als Vizepräsidenten der „Informationsgruppe Schweiz" des Herrn Cincera geführt werden, unter ihnen in alter Frische Werner Marx (CDU). Man darf auf das nächste Dementi gespannt sein. Fakt bleibt, daß Grau (trotz seines CDU-„Austritts") und Cincera nach wie vor die Wertschätzung der CDU/CSU genießen und zumindest Grau seit Jahren deren dunkle Geschäfte abwickelt.

Etwas bedauerlich bei der ganzen Angelegenheit ist eigentlich nur, daß die Schweizer Genossen von der „Arbeitsgruppe demokratisches Manifest", die den „Fall Cincera" ins Rollen brachten, sich „nur" Einblick in den S c h w e i z e r Teil der „Schwarzen Listen" dieser Schweinebande verschaffen konnten.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Nazi-Frey kontra ARBEITERKAMPF

In AK 85 berichteten wir über die angebliche Hinrichtung des SS-Mörders Peiper durch Antifaschisten in Frankreich. Wir hatten dazu geschrieben: **„Sollte tatsächlich Peiper von Antifaschisten hingerichtet worden sein, so können wir nur sagen: Bravo!"** Dem Herausgeber der „National-Zeitung" („NZ") in München, Dr. Gerhard Frey, lies das keine Ruhe. Am 13.8. erschien – eingebettet in eine Propagandakampagne zur Verharmlosung der SS-Verbrechen und zur Verherrlichung der SS als vorbildliche Truppe (so wurde der vielfache SS-Mörder Peiper zum „Nationalhelden" hochstilisiert!) – ein „NZ" -Artikel unter der Überschrift „Peiper-Mord gebilligt! Dr. Frey erstattet Anzeige gegen rote Mordhetzer". Gemeint war damit der KB: Es gibt – so die „NZ" – *„eine ganze Reihe von unbehelligt tätigen linksextremen Banden und Publikationen (...), die sich unverblümt verfassungsfeindlich zeigen und sich offen zur Gewalt, zu Mord und anderen Schwerverbrechen bekennen. Ein Musterbeispiel (!) dafür ist der ‚Kommunistische Bund' (KB) und sein in Hamburg herauskommendes Organ ‚Arbeiterkampf' "*. Frey fordert unser Verbot: *„Allerdings muß man sich grundsätzlich fragen, warum eine eindeutig verbrecherische Bande wie der ‚Kommunistische Bund' (...) noch nicht verboten worden"* ist. Zugleich kündigt Frey eine Strafanzeige gegen den KB an – wegen Verstoß gegen § 140 Strafgesetzbuch („öffentliche Billigung einer Straftat").

Bereits am 14.9. lag dann – aufgrund der Anzeige Freys – die erste Vorladung des Amtsgerichts auf dem Tisch. Da der Termin ohne unser Beisein verstrich, kam eine erneute Ladung am 15.11. Auch der Termin platzte – und eine neue Ladung kam am 9.12. Mit anderen Worten: Das Gericht reagierte auf die Anzeige des Faschisten Frey mit ungewöhnlicher Hartnäckigkeit und Eile. Am 24.1.77 fand die ermittlungsrichterliche Vernehmung statt. Vom presserechtlich Verantwortlichen des KB wurde erklärt: *„Ich halte es politsch für gerechtfertigt, wenn Mörder wie Peiper entweder von Gerichten oder aber vom Volkszorn bestraft werden. Darüber hinaus wurde von unserer Zeitung nicht zu einem Verbrechen aufgerufen. Ich möchte meiner Verwunderung darüber Ausdruck verleihen, daß die Justiz bereit ist, auf Anzeigen durch Anzeigenerstatter wie Dr. Frey einzugehen und diese Anzeige mit so viel Nachdruck verfolgt. Herr Dr. Frey ist NPD-Mitglied. Er hat sich nicht gescheut, bei einer DVU-Veranstaltung (er selber ist DVU-Chef) es öffentlich gutzuheißen, daß bei dieser Veranstaltung der Antifaschist Klarsfeld von NPD-Ordnern zusammengeschlagen wurde. Ich zitiere die Süddeutsche Zeitung vom 6.12.76: ‚Wenn dieser Störer, wie er angibt, eine Ohrfeige bekommen haben sollte, hat er sie verdient.' Außerdem bezeichnete er ihn als ‚Subjekt' und vorbestraften Rechtsbrecher"*.

Von der Anwältin wurde ergänzt: *„Eine Straftat nach § 140 StGB liegt nicht vor, weil in dem Artikel des ‚Arbeiterkampf' lediglich eine Hypothese ausgesprochen wird. Ich beantrage deshalb, das Strafverfahren einzustellen"*.

In kaum überbietbarer Niedertracht versuchte der berüchtigte Rechtsbrecher Serge Klarsfeld, während minutenlange Beifallsstürme Oberst Rudel umbrausten, den kriegsversehrten Nationalhelden des deutschen Volkes zu belästigen. Als er sich weigerte, von seiner infamen Provokation abzulassen, ließ ihn Dr. Frey aus dem Saal schaffen. Irgend jemand dürfte den Provokateur, um ihn von seinen Gemeinheiten gegen Oberst Rudel abzubringen, also offenkundig in Wahrung berechtigter Interessen, mit Backpfeifen belehrt haben. Diese neue Erfahrung muß den Rechtsbrecher so entnervt haben, daß er durch eine versperrte Tür des Bürgerbräukeller brach, während die Versammlungsteilnehmer vorbildliche Disziplin wahrten. Angebliche „Wunden" als Zeichen „neuerlicher Verfolgung" vorweisend und mit dem Judenstern an der Armbinde stellte sich der arme Klarsfeld neben weiteren Mitgliedern seiner Bande anschließend vor dem Bürgerbräu den Fotografen, wehklagend, daß in Deutschland Deutsche ihre Grundrechte vor alttestamentarischem Haß wahrten. Kriminalbeamte stellten darauf das Ansinnen, die Ordner der VOLKSUNION sollten sich durch den einschlägig rechtskräftig vorbestraften Klarsfeld „identifizieren lassen". Dr. Frey antwortete nach Schluß der Veranstaltung in einer kurzen Erklärung vor den Versammelten, er werde disziplinarisch und strafrechtlich gegen jeden Beamten vorgehen, dessen Anordnungen nicht in Übereinstimmung mit dem in Deutschland geltenden Recht blieben. Dr. Frey sagte: „Wenn Klarsfeld bei seiner an Unanständigkeit nicht zu überbietenden Provokation, eine Ohrfeige erhalten hat, dann hat er sie wohlverdient."

Nazi-Frey wie er leibt und lebt: Original-Ausschnitt aus der „Nationalzeitung" vom 10.12., nachdem Serge Klarsfeld während einer Nazi-Veranstaltung mit Frey und Rudel verprügelt worden war. Man beachte den faschistischen Zynismus: Klarsfeld sei „so entnervt" gewesen, „daß er durch eine versperrte Tür brach"! Während hier noch ganz klar wird, daß Serge Klarsfeld einfach verprügelt wurde, tischte Frey in der nächsten Ausgabe der Nazional-Zeitung (17.12.) eine wilde Lügengeschichte auf, Klarsfeld habe Teilnehmer angefallen etc. Kackfrech stellte Frey sogar Strafanzeige gegen Klarsfeld!

Freys „Nationalheld": SS-Mörder Peiper

Freys „Nationalheld", der SS-Mörder Peiper, wurde am 16.7. 1946 rechtskräftig durch ein amerikanisches Kriegsgericht in Nürnberg zum Tode verurteilt. Die Grundlage dieses Urteils war die Tatsache, daß Peipers Einheit bei der „Ardennen-Offensive" 1944 142 wehrlose amerikanische Kriegsgefangene umgebracht hatte, wobei Peiper persönlich die Ermordung von 71 Soldaten nachgewiesen werden konnte. Das war zwar die Urteilsbegründung, aber beileibe nicht Peipers einziges Verbrechen. Peiper meldete sich als einer der ersten Freiwilligen zur „Leibstandarte Adolf Hitlers", einer Kerntruppe der SS-Mörderband.

Diese Truppe, die später zu einer regelrechten Division mit schwerer Bewaffnung (so war Peiper in den Ardennen Kommandeur des „1.Panzerregiments der Division Leibstandarte") ausgebaut wurde, zog genauso wie andere berüchtigte SS-Einheiten eine wahre Blutspur in Europa hinter sich her.

Peiper war bereits im September 1943 an Kriegsverbrechen in Italien im Gebiet von Boves beteiligt. Ausserdem berichtete „Le Monde" am 21.9. 76 über ein weiteres Kriegsverbrechen, an dem Peiper verantwortlich beteiligt war. Danach wurden am 16.9.1943 in der Region von Cuneo, Italien, jüdische Bürger in Kühlwagen verfrachtet. Lediglich „eine Frau und einige Männer dieses Tranports kamen zurück", heißt es in „Le Monde".

Trotz dieser Verbrechen wurde Peipers Urteil schon 1951 in „Lebenslänglich" umgewandelt und bereits 1957 wurde Peiper – offensichtlich auf Intervention des US-amerikanischen Kommunistenfressers McCarthy – freigelassen! Mit offenen Armen wurde er daraufhin in das bundesrepublikanische kapitalistische System eingegliedert: Er wurde Verkaufsleiter bei seinem Gesinnungsfreund Ferry Porsche. Erst später verschwand er nach Frankreich.

Soweit die Tatsachen. Für die „NZ" sieht das natürlich anders aus. Aus dem Mörder Peiper macht sie einen „N a t i o n a l h e l d e n" : *„Oberst Jochen Peiper, von entmenschten*

Forts. Seite 21

Antieuropäern heimtückisch ermordet, war einer der tapfersten Soldaten des Zweiten Weltkriegs. Sein Heldenmut an der Front, seine kameradschaftliche Fürsorge, seine vorbildliche Haltung ... hat den Rang der Unsterblichkeit erreicht."

Was die „NZ" hier an Peiper hochgezogen hat, machte sie vor ein paar Monaten mit dem SS-Verbrecher Skorzeny. Davor waren es (und immer sind es) die SSler Kappler und Reder. Als Dauerbrenner läuft die Freilassungskampagne für den Hitler-Vize Heß. Gegenwärtig ist der Nazi-Oberst Rudel dran.

Frey, der braune Aufsteiger

1933 geboren, Vater Geschäftsinhaber, Studium in München und Graz: Soweit die spärlichen, öffentlich zugänglichen Daten seines Lebenslaufs. Tatsache ist, daß er sozusagen plötzlich auf der rechten Scene auftauchte: 1960 übernahm er die „Deutsche National- und Soldatenzeitung". Sie war bereits 1950 als „Soldaten-Zeitung" von den Nazi-Militärs gegründet worden, anfänglich unter den Fittichen des SS-Offiziers Erich Kernmayr, der später als graue Eminenz der NPD und heute als Mit-Verantwortlicher für die NPD-nahe „Deutsche Wochen-Zeitung" sein Unwesen treibt. Unter Freys Führung arbeiten Altfaschisten wie der ehemalige Gaukulturwart der NSDAP Saarpfalz, Mages, – heute „NZ"-Chef vom Dienst – und junge Nazi-Typen wie der Funktionär der „Deutschen Volksunion", Neubauer, an der braunen „NZ"-Suppe. CSU/CDU Kreise trugen das ihrige bei: So waren 1966/67 nacheinander zwei CSU-Mitglieder Verlagsleiter des Freyschen „DNZ"-Verlages (in dem u.a. die „NZ" erscheint). Außerdem wurde die „NZ" eine zeitlang in der Druckerei Kapfinger gedruckt – d.h. jenes Kapfinger, der als Strauß-Duz-Freund 1961/62 mit in die FIBAG-Bestechungsaffäre des CSU-Führers verwickelt war.
Freund 1961/62 mit in die FIBAG-Bestechungsaffäre des CSU-Führers verwickelt war.

Kein Wunder, daß Freys politsches (und wohl auch finanzielles) Geschäft florierte. Die „NZ" kletterte in Auflagenhöhen um die 100.000 wöchentlich (1967: 137.000). Daneben organisierte sich Frey einen ganzen Strauß weiterer Zeitungen zusammen: Die wichtigsten davon sind derzeit der „Deutsche Studentenanzeiger" und das Blatt der DVU, der „Deutsche Anzeiger".

1968 kaufte er das Organ der „Notgemeinschaft Deutscher Bauern" auf, den „Deutschen Bauern", und bootete kurz darauf den ehemaligen Besitzer und Herausgeber völlig aus: Thies Christophersen (der heute sein eigenes Blatt, „Die Bauernschaft", herausbringt).

Ähnlich übernahm Frey im Laufe der Zeit einige kleinere „Vertriebenen"-Blätter. Schon 1964 stieg Frey als Mitgesellschafter (30,1%) bei „Nation Europa" ein, einem der Zentralorgane des westdeutschen und europäischen Neofaschismus.

Mit diesen Blättern versucht Frey schon seit 20 Jahren - in immer gleich bleibender Tonlage und mit immer den gleichen Themen - die Nazi-Zeit wieder „hoffähig" zu machen. Typische Schlagzeilen der letzten „NZ"-Ausgabe (wie sie g e n a u s o vor 5 oder 10 Jahren in der „NZ" zu finden waren):

„Waffen-SS - Elite oder Verbrecher? Gerechtigkeit für Deutschlands Helden!"(13.8.76).

„Hitler als Prügelknabe - Das System der Lügen gegen Deutschland" (30.7.76).

„Der wahre Grund von Hitlers Selbstmord - Görings politisches Testament" (17.12.76).

„Ewig für Hitler büßen? So erpreßt uns Israel" (17.12.76).

„Die Lügen gegen Hitler - Neue Erpressung gegen Deutschland" (21.1.77).

Von seiner „NZ"-Bastion aus streckte Frey Fühler nach allen möglichen Ecken und Winkeln der Faschistenszene aus: Die Rolle als Zeitungsherausgeber ist ihm ganz offensichtlich zu bescheiden. Versuche, mit der (inzwischen eingegangenen) „Gesamtdeutschen Partei" eine neue Faschistenpartei aufzubauen, scheiterten. Seine Kontakte zur NPD sind seit Jahren gespannt.

Auf dem Höhepunkt der NPD-Aktivitäten (1968/69) giftete Frey gegen sie als „Verräter an der nationalen Idee". Die damalige NPD-Zeitung „Deutsche Nachrichten" wiederum behauptete, Frey und Co. stünden „in den Reihen ihrer Gegner" (5.7.68). Aber: Pack schlägt sich, Pack verträgt sich. Seit den Bremer Kommunalwahlen 1975 - wo es zu einem Bündnis der NPD mit der Frey-Gruppe kam („NPD/Vereinigte Rechte") - ist Frey offiziell wieder auf Paktiererkurs.

Ende '75 brachte ihm das schließlich einen Posten im NPD-Vorstand ein - trotz mancher Bedenken des mehr auf die „demokratische" Masche setzenden NPD-Flügels um
ein - trotz mancher Bedenken des mehr auf die „demokratische" Masche setzenden NPD-Flügels um
Thadden.

Das ist das Schwein: Juden-Hasser Frey (der klatschende Dicke rechts) mit dem Kriegsverbrecher Rudel (Mitte)

Freys DVU: Sammlung militanter Neonazis

Frey's „Hausmacht" ist eine Rotte militanter (z.T. altfaschistischer) Gruppen. Seit 1968 sind sie in der „Deutschen Volksunion" zusammengefaßt. Als DVU-Vorsitzender tritt Frey seitdem als Sprecher der „freiheitlichen Rechten" auf. Dahinter stecken der „Deutsche Block", die „Aktion Oder-Neiße" (AKON), der „Stahlhelm" und die „Wiking-Jugend". Diese Gruppen sind hinlänglich als nazistisch-paramilitärische Trupps bekannt (man denke nur an den „Stahlhelm"-Führer Hoffmann mit seiner „Wehrsportgruppe" in Nürnberg!). Über die AKON läuft die Verbindung Freys zum „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände". (der sich in der Nachfolge der „Aktion Widerstand" bildete); über die Wiking-Jugend hat Frey zusätzlich enge Kontakte zur NPD.

Frey ist - in einem Wort - einer der Hauptdrahtzieher im militanten faschistischen Spektrum der BRD. Dank seiner publizistischen und organisatorischen Möglichkeiten hat er gegenwärtig die NPD, die an ihren Wahlmißerfolgen kränkelt, glatt ausgepokert: In seiner „NZ" erwähnt das NPD-Vorstandsmitglied Frey die NPD kaum noch, stattdessen wirbt er für seine DVU.

Die Justiz - sein Freund und Helfer

Vor diesem Hintergrund ist die Tatsache, daß gerade Frey eine Anzeige stellt, in der er sich über die „öffentliche Billigung einer Straftat" „empört", an sich schon eine Unverschämtheit.

Zweifellos fühlt er sich zu diesem Vorgehen durch die Tatsache ermutigt, daß er bisher noch nie wegen Nazi-Verherrlichung, Volksverhetzung etc. verurteilt wurde.

Das Gegenteil ist der Fall. Genüßlich ließ er in der „NZ" vom 24.12.76 ein Schreiben vom Landgericht München veröffentliche, in dem bescheinigt wurde, daß „der meistverfolgte Bundesbürger, Dr. Frey, 402 Strafprozesse bestand". Unter diesen Strafprozessen befindet sich u.a. eine Anzeige des Zentralrates der Juden in München von 1966, der Frey wegen Volksverhetzung verurteilt sehen wollte. Ende 1974 (8 Jahre später) wurde das Verfahren gegen Frey aus „Bagatellgründen" eingestellt! Auch die „sozialliberale Regierungskoalition hätschelte Frey. 1969 wollte die Große Koalition immerhin noch vom Bundesverfassungsgericht die Feststellung, daß Frey das Grundrecht der Pressefreiheit verwirkt habe. Die folgende SPD/FDP-Regierung zeigt jedoch kein Interesse mehr am Verfahren. Sie erwiderte nicht einmal Freys Einlassungen vor Gericht. Im Juli '74 lehnten die Karlsruher Richter daraufhin den Antrag ab, da Frey und seine „NZ" keine Gefahr für die „Demokratie" seien.

Besonders frohlockte Frey am 28.6.74 in der „NZ": Die „NZ" hatte den kommunistischen Widerstandskämpfer Fiete Schulze unter Berufung auf ein Nazi-Urteil von 1935 als „Mörder" beschimpft. Die Tochter Fiete Schulzes wollte daraufhin einen richterlichen Bescheid, daß ihr Vater nicht weiter als Mörder beschimpft werden darf. Die Hamburger Richter wiesen die Klage zurück!

Damit das Märchen „rechts gleich links" auch weiter wirksam sein kann, wurde Frey in einigen wenigen Fällen auch zu geringen Strafen verurteilt: Das Amtsgericht München verurteilte Frey und Bruno Wetzel (Redakteur der „NZ") im Sommer '76 zu insgesamt 2340 Mark, weil sie für ein „jugendgefährdendes Buch" geworben hatten. Es war das Buch des SS'lers und Mussolini-„Befreiers" Otto Skorzeny.

Aus Österreich ist bekannt, daß
freiers" Otto Skorzeny.
Aus Österreich ist bekannt, daß
Freys dortige „NZ"-Ausgabe 1968 den ehemaligen Widerstandskämpfer Muchitsch anzeigte, weil er über die Aktionen von antifaschistischen Partisanengruppen berichtet hatte. Das Gericht sprach Muchitsch frei, da „bewaffneter Widerstand" gegen die Nazis schließlich sogar moralisch „geboten" sei. Na also!

Denn man zu!

Mit seiner Anzeige gegen den KB will Frey offensichtlich wieder mal sein faschistisches Mütchen kühlen - und von der Justiz kann er ebenso offensichtlich Unterstützung erwarten. Man darf gespannt sein, was der Staatsanwalt für seinen Antragsteller Frey alles auf die Beine stellen wird. Wir jedenfalls (übrigens mit Unterstützung Serge Klarsfelds) sind vorbereitet!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

MEK im Fernsehen: ... damit die Bevölkerung gut schläft

Die Krimisendungen, „Unterhaltungs"sendungen, Kinofilme, in denen die Sondereinheiten der Polizei als d i e Möglichkeit, Gangster zu stellen, gepriesen werden, häufen sich in letzter Zeit.

In der bislang eher biederen „Tatort"-Serie mit bester Sendezeit ist am 27.2. ein „Geiselgangster" am Werk. Natürlich kann dieser Gangster nur mit einem Riesenaufgebot an Scharfschützen, MGs, Flutlichtbeleuchtung, Wagen mit ausfahrbaren Kameras etc. zur Strecke gebracht werden. Die Grausamkeit der Menschenjagd wird legitimiert dadurch, daß dieser Gangster ja das Leben von unschuldigen Menschen gefährdet.

In der Serie „Sonderdezernat K 1" werden zwei Fälle, die sich tatsächlich ereignet haben und bei denen u.a. der Bankräuber Gonzales 1974 vor den Kameras „fernsehgerecht" von MEK-Leuten hingerichtet wurde, dem Publikum erneut serviert und die Notwendigkeit und Qualität der MEK's vorgestellt.

Filme wie „Die 21 Stunden von München" bieten ebenfalls viel Action. Dieser Film stellt die Ereignisse während der Münchner Olympiade 1972 dar. Da die Filmer das Wohlwollen (und Polizeifahrzeuge, Polizeistatisten, gepanzerte Sonderwagen etc.) des bayrischen Innenministeriums hatten, läßt sich schon denken, was dabei herauskommt: Der Einsatz der Scharfschützen war total gerechtfertigt, die Toten muß man eben in Kauf nehmen, um Recht und Ordnung zu wahren.

So wird der Bevölkerung per „Unterhaltung" der Einsatz von Mord-Einsatz-Kommandos nahegebracht.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Kriminalität" 1976 gestiegen ?

Mitte Februar wurde für Bund und Länder die „Kriminalstatistik 1976" der Öffentlichkeit vorgelegt. Wie mit einer Stimme tönte die bundesdeutsche Presse (wie üblich): „Immer mehr Diebe", „Festnahmen verdoppelt" ...

Die „UZ" war mit im Chor: **„Alarmierende Zahlen, Anstieg der Kriminalität"** (12.2.77).

Tatsache ist, daß zwar im Bundesdurchschnitt die allgemeine Kriminalität (wie jedes Jahr seit dem polizeilichen Stichjahr 1963) um ca. 5% angewachsen ist. In den Ballungszentren - wie München und Hamburg - dagegen ist sie gegenüber 1975 um ca. 5% gesunken! Für München schreibt die „SZ": *„Dieser Rückgang, der im Gegensatz zur Gesamttendenz im Bundesgebiet steht, kommt insbesondere in der sog. ‚Straßenkriminalität' zum Tragen: bei Einbruch, Raubüberfällen".* Die staatliche Pressestelle Hamburg gibt an: *„Durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Kriminalität seit 1963 ca. 5,5% (1975 um 8,5%). 1976 Zunahme um 5.570 Fälle = 3,7%"*, d.h. also auch für Hamburg ein Rückgang gegenüber 1975 um etwa 5%.

Entgegen der öffentlich geschürten Hysterie zeigen die Statistiken innerhalb der gesamten Kriminalitätsentwicklung auch noch eine *„Abnahme in den Bereichen Gewaltkriminalität (insbesondere bei Tötungsdelikten, Raub, gefährliche schwere Körperverletzung)".* Dagegen eine *„Zunahme in den Bereichen Diebstahl, Vermögens- und Fälschungsdelikte (fast ausschließlich Fahrgeldhinterziehungen)"*, sowie „Massendiebstahlsdelikte", d.h. Kaufhausdiebstahl o.ä..

Kaufhausdiebstahl o.ä..

Diese Entwicklung sei *„nicht auf Hamburg allein begrenzt, sondern mußte 1976 auch in allen anderen Ländern der Bundesrepublik und in vergleichbaren Großstädten festgestellt werden".*

Von besonderem Interesse ist der enorme A n s t i e g der „Wirtschaftskriminalität" (als ein Bestandteil der „Vermögensdelikte") um 8,5%! - wobei *„Betrugsverfahren größeren Ausmaßes langwierige Ermittlungen erfordern und daher einzelne Fälle nicht in der polizeilichen Kriminalstatistik erfaßt werden können".*

Man muß halt schon etwas genauer als die „UZ" unterscheiden, wo die Kriminalität steigt und wo nicht!

Merke: Seit dem 1.1.77 werden in der Kriminalstatistik auch sog. „Staatsschutzdelikte" bundeseinheitlich erfaßt und veröffentlicht.

Die Hamburger Statistik legte auch für 1976 bereits Daten vor. Interessant, was da alles unter der Rubrik „Staatsschutzdelikt" läuft: So z.B. „Beleidigung und Verleumdung z.N. polit. Persönlichkeiten" und „sonstige Staatsschutzdelikte", insbesondere „Straftaten im Zusammenhang mit der Bundestagswahl (u.a. 500 Wahlplakatsbeschädigungen)".

Auch „Demonstrationen" werden unter der Rubrik „Staatsschutzdelikte" abgehandelt, und zwar angemeldete sowie unangemeldete, mit und ohne „Störungen".

Bei d i e s e m Teil der Statistik darf man auf schnellen Anstieg der Zahlen hoffen!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

KB/Gruppe Hamburg

BGS: eine „stolze" Bilanz

Nur wenige Tage nach dem letzten großen Einsatz des BGS in Brokdorf legte das Bundesinnenministerium seinen „Tätigkeitsbericht des Bundesgrenzschutz (BGS) 1976" vor. Darin verkündet Minister Maihofer (FDP) stolz: *„Der Ausbau des BGS zu einer leistungsfähigen, stets einsatzbereiten Vollzugspolizei des Bundes ist weitgehend abgeschlossen".*

Gemeint ist, daß in der BRD jetzt eine ca. 22.000 Mann starke Polizei-Elitetruppe existiert, *„deren Aufgaben über die ursprünglichen der Grenzsicherung zur DDR hinaus"* heute *„auf die vielfältigen vollzugspolizeilichen Tätigkeiten des Objektschutzes, der Flughafensicherung"* und *„auch der Grenzkontrollen"* erweitert sind.

Der „Schlußstein" dieser „erfreulichen Entwicklung" wurde am 1 Juli 1976 in aller Stille mit der Verabschiedung des „Personalstrukturgesetzes für den BGS" gesetzt.

Das Personalstrukturgesetz bringt eine Angleichung des BGS-Dienstrechts, des Besoldungssystems, der Ausbildung und der Laufbahn an das Polizei-Modell – bei Aufrechterhaltung des sog. „Kombattantenstatus", d.h. Militärstatus. BGS-Dienst wird nicht mehr ersatzweise für (gezogenen) Militärdienst geleistet. Die Mindestverpflichtungsdauer wurde auf vier Jahre angehoben, gleichzeitig die Laufbahn auf Lebenszeit erweitert. Vorsorglich wurde eine ständige Fluktuation vom BGS in die Länderpolizeien hinein vertraglich festgeschrieben: *„Auf der Grundlage einer von der Konferenz der Innenminister/Senatoren der Länder beschlossenen Vereinbarung haben sich bisher neun Bundesländer verpflichtet, ab 1984 20% ihres Nachwuchsbedarfs der Schutzpolizei durch die prüfungsfreie Übernahme von BGS-Beamten zu decken. Dadurch können das durch das Personalstrukturgesetz eingeführte Lebenszeitprinzip verwirklicht und die aus sicherheitspolitischen Gründen unerwünschte Überalterung der BGS-Verbände verhindert werden"* (S.5). **Das heißt: Die Bourgeoisie verfügt mit dem BGS über eine freiwillige Bürgerkriegs-Truppe, die gleichzeitig Kaderreservoir für die gesamte übrige Polizei darstellt.**

Schon heute ist die Durchdringung des Polizeiapparats mit BGS-Kadern weit fortgeschritten:

– So werden BGS- und Polizeiausbildung gemeinsam an den Polizeiführungsakademien Münster und Hiltrup durchgeführt. Die Grenzschutzschule Lübeck und Troisdorf/Siegler ihrerseits schulen jetzt auch Bullen und Zöllner – nicht zu vergessen Kader der Zivildienst-Organisationen. Zeitweise bis zu 220 BGSler wurden direkt im BKA (Bundeskriminalamt) oder zu „sonstigen Aufgaben im Bereich des BKA" eingesetzt, d.h. wohl vor allem in den berüchtigten „Sonderkommandos" des BKA, im Zusammenarbeit mit den MEK's.

– Mit der Bildung eines „Grenzschutzkommandos West" wurde

Italien: Faschisten bekennen sich zur CSU

Ende 1976 hat sich die „Demokratische Rechte" von der faschistischen MSI abgespalten; von 35 Abgeordneten waren 16, von 15 Senatoren gar 8 mit dieser Abspaltung gegangen. Wir hatten in AK 96 (S.15) geschrieben, daß die Faschisten in Italien damit ein Doppelspiel versuchen: Die MSI als Partei der militanten Faschisten, die „Demokratische Rechte" als Bündnispartner der Christdemokraten und der Liberalen.

Dazu hat sich die „Demokratische Rechte" über Nacht von MSI-Chef Almirante und dessen Auftreten distanziert. Peinlich nur für die Demokratische Rechte", daß sich ei ihr so führende Faschisten wie der ehemalige Vorsitzende der MSI-Gewerkschaft CISNAL, Roberti, der bisherige Parteipräsident (!) Covelli und der Herausgeber des führenden Faschistenblattes „il borghese" versammeln.

Jetzt hat sich diese MSI-Abspaltung zur Partei konstituiert unter dem Namen „Constituente di Destra - Democrazia Nazionale" (CD - DN) (ED, 22.2.77). Auf ihrem Kongreß teilte sie mit, daß sie sich innenpolitisch als Partner der Christdemokraten anbieten will, außenpolitisch vor allem aber Kontakte zur CSU sucht. Lange zu suchen braucht sie dabei sicher nicht: Schon vor Jahren gab StrauSS eben dieser Faschistenzeitung „il borghese" ein aufsehenerregendes Interview und auch sein Buch „Entwurf für Europa" wurde in einem führenden Faschistenverlag auf italienisch veröffentlicht....(vergl. AK 45).

In der CSU wird derweil diskutiert, ob man nicht getrennt von der CDU zu den Wahlen zum Europaparlament kandidieren solle („Süddeutsche Zeitung", 1.2.77). Für eine rechte Fraktion in Brüssel bietet sich hier ein angemessener Partner.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Fortsetzung von Seite 21

in Bonn faktisch eine koordinierte Befehlszentrale geschaffen. *„Die neuen Führungsstellen lösten die im Raum Bonn anstehenden Koordinierungs- und Führungsaufgaben bisher zufriedenstellend. Die Zusammenarbeit mit den übrigen im Raum Bonn zuständigen Sicherheitsbehörden war äußerst wirksam".*

Der BGS steht praktisch bei der Durchführung sämtlicher „sicherheitspolitischer" zentraler Aufgaben an führender Stelle.

1. „Unterstützung der Polizei der Länder durch Bundesgrenzschutz", d.h. Kooperation im Rahmen der lokalen „Lagezentren".
- „3 Einsätze bei Geiselnahmen,
- 8 Einsätze bei Fahndungen,
- 16 Einsätze bei Suchaktionen,
- 17 Einsätze zur Verkehrsregelung und -lenkung,
- 74 Einsätze zum Transport von Häftlingen,
- 24 Einsätze im Personen- und Objektschutz,
- 12 Einsätze zum Schutz von Geldtransporten,
- 4 Einsätze zum Transport von Polizeieinheiten eines Landes".

Außerdem:
- „Absperrung von Demonstrationen",
- „Schutz ausländischer Gäste",
- „Sicherung des Gerichtsgebäudes in Stuttgart Stammheim",
- „Schutz der Baustelle des KKW-Brokdorf".

2. „Grenzpolizeilicher Schutz des Bundesgebietes", einschließlich der Grenzen zur DDR und CSSR. Dieser „Grenzschutz" umfaßt:
- *„die polizeiliche Überwachung der Grenzen,*
- *die polizeiliche Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs und*
- *die Beseitigung von Störungen und die Abwehr von Gefahren, die die Sicherheit der Grenzen im Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30km beeinträchtigen".*

Der BGS rühmt sich, *„daß die Zahl der Fahndungsaufgriffe aufgrund vorliegender Fahndungsersuchen um 61% gestiegen ist".*

Der BGS führt heute über die Grenzkontrollen hinaus in sämtlichen Flughäfen „Fluggast- und Gepäckkontrollen" und „Sonderkontrollen" in den Häfen durch. D.h., der BGS kontrolliert s ä m t l i c h e Ein- und Ausgänge zur BRD – auf legalem Weg kann niemand die BRD verlassen oder besuchen, der nicht vom BGS erfaßt wird. 78 „Grenzdienststellen" (BGS und Zoll) sind mit 87 „Terminals" an das Inpol-System des BKA/VS angeschlossen. Eine „Zentralstelle zur Bekämpfung illegaler Einreisen" ist angegliedert. Außerdem übernahm der BGS 1976 mit 178 Mann „Sicherheitsaufgaben" für Auslandsvertretungen, mit 166 für die Lufthansa-Flughäfen im Ausland.

3. „Unterstützung im Inland", d.h. Einsatz zu sog. „Objektschutzaufgaben" und engste Kooperation mit diversen Zivil-Schutz-Organisationen „im Rahmen seiner Zuständigkeit für zivile Verteidigung".

Wie weit der BGS auf dieser Linie bereits in den zivilen Bereich vorgedrungen ist, wird an folgendem Beispiel deutlich: *„Der BGS See unterstützte die mehr als 2000 Segler der ‚87. Travemünder Woche 1976' durch den Einsatz von Patrouillenbooten als Start- und Zielschiffe, sicherte die Regatten seewärts ab, leistete Schutz und Hilfe auf hoher See und gewährleistete mit anderen Sicherungskräften Sicherheit und Ordnung während der Segelwettbewerbe".*

Der Aufbau dieses Apparats, vor allem auch die Ausbildung und Ausrüstung mit neuen elektronischen Geräten und Waffen, kostete 1976 850 Mio. DM. In unzweideutiger Weise versucht das „sozial-liberale" Innenministerium diese Mammut-Aufrüstung nicht nur als „Reform" der „Inneren Sicherheit", sondern auch noch als soziale Leistung zu verkaufen: *„Das war zugleich ein bedeutsamer Beitrag, um die Konjunktur zu beleben und Arbeitsplätze zu sichern"* !

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Antifa-Kurzmeldungen

Schuß auf Fliehenden: Notwehr

„Notwehr" ist es, wenn man unbewaffnete Flüchtende niederschießt. Diese eigenwillige Interpretation brachte der Freiburger Oberstaatsanwalt Geyer fertig. Der Anlaß war folgender: Ein kurz zuvor bestohlener Juwelier wurde von einem Kollegen verständigt, daß die mutmaßlichen Diebe jetzt bei ihm seien. Der Juwelier nahm seine Pistole und begegnete seinem Kollegen bei der Verfolgung zweier Männer. Der Juwelier knüpfte sich einen der beiden unbewaffneten Flüchtenden vor (dabei war gar nicht klar, ob diese überhaupt etwas geklaut hatten) und gab drei „Warnschüsse" ab (von denen einer einen Schlafzimmerschrank traf) und verletzte mit dem vierten Schuß den Mann, einen jugoslawischen Kollegen, am Oberschenkel. Dies war natürlich völlig rechtens, denn, so Geyer: *„Flieht ein Dieb mit der Beute, so dauert der Angriff auf das geschützte Rechtsgut des Eigentums an!"* („Badische Zeitung", 1.3.77).

***

Der Aufkleber *„Öffentlicher Dienst – Wir stellen ein: fähige Radfahrer + Schleimer + Druckmäuser + Schnüffler + Kriecher"*, den der Schauspieler H. Hercygier an seinem Auto hatte, brachte ihm eine Anzeige wegen „Verdachts der Beamtenbeleidigung" ein. Angeblich seien Beamte als „Schleimscheißer" bezeichnet worden. Als das gewünschte Wort nicht gefunden wurde, beschlagnahmten die Bullen den Aufkleber und drohten Hercygier die Beschlagnahme seines Autos an, falls er seine Proteste nicht sofort einstellen würde! Inzwischen läuft gegen Hercygier ein Verfahren – über den Grund wollten weder Polizei noch Staatsanwaltschaft Auskunft geben („Demokratischer Informationsdienst", Nr. 24, 2/77).

***

Antifaschisten aufgepaßt !

Die NPD hat für den 26./27. März ihren 11. Bundesparteitag in Hannover einberufen.

***

Hitlerfigur bei Faschingsumzug

Bei einem Umzug in Eglingen und Steinhilben im Landkreis Reutlingen (Baden-Württemberg) beteiligte sich eine Gruppe aus dem Dorf Oberstetten (Schwäbische Alb), die auf einem Jeep einen Hitlerdarsteller in voller Uniform und mit Hitlergruß postiert hatte. Auf dem Jeep war eine Tafel angebracht: „Noch nie war er so wertvoll wie heute" (!!) („die tat", 4.3.77).

Die Zuschauer sollen den „Führer" mit lautem „Sieg Heil" begrüßt haben.

In unmittelbarer Umgebung von Eglingen, in Buttenhausen, wurde im Dritten Reich die starke jüdische Gemeinde vollständig ermordet!

Gegen die Gruppe (Namen unbekannt), die den Jeep ausrüstete, ist Strafanzeige erstattet worden. Der leitende Oberstaatsanwalt, Dr. Hermann aus Tübingen, *„deutete an, daß der Auftritt unter den Ausnahmebestimmungen des Abs. 3, § 86a gesehen werden könne, womit die Strafbarkeit hinfällig wäre"* („die tat", 4.3.77). Auf deutsch: Das ganze wird wohl wegen „Geringfügigkeit" eingestellt.

barkeit hinfällig wäre" („die tat", 4.3.77). Auf deutsch: Das ganze wird wohl wegen „Geringfügigkeit" eingestellt.

***

HAMBURGER

Inhumanen sowieso. Weil er ja in ihrem Sinne gearbeitet hat.

wo einer dem Zahn der Zeit zum Opfer fällt, rückt seine Brut nach.

Ja, Freunde, gerne! Doch bei aller Rachlust, mit Haß und Schaum vorm Mund, wird das wohl kaum möglich sein. Wo sollte die Rosen-

HAMBURGER SZENE? NICHT NUR!

Von Peggy Parnass

Mir kommt die Galle hoch.

Jahrelang kriech ich um das Thema herum, weich ich Auseinandersetzungen aus. Aus Bammel, es mir mit zu vielen zu verderben. Aus Angst, auch Liebgewonnene zu verprellen.

Aber jetzt langt's! Angesichts der wahnsinnigen Heuchelei. Hier steht ein Mann für viele:

SS-Untersturmführer Wilhelm Rosenbaum, 61. Ein Mann in den besten Jahren. Als er in den allerbesten Jahren war, bot ihm der deutsche Staat Gelegenheit, in Polen 148 Juden eigenhändig zu ermorden. Das ist erwiesen. In Anbetracht der vielen Zeugen, die die Begegnung mit dem Kerl nicht überlebt haben, ist die Zahl wohl zu multiplizieren. Seine Sadismen und phantasievollen Sonderquälereien wurden nicht bestraft. Er ließ z. B. einem lebenden Mann beide Hände abhacken (Honka wartete wenigstens bis hinterher). Er erhängte Männer und Frauen. Machte mit der Pistole Treibjagd.

Auf Menschenwild. Erschoß ein Kind auf dem Arm der Mutter.

Dieser Mann bekam, 1968 nach sieben Jahren U-Haft, zwar lebenslänglich. Aber immer wieder Haftunterbrechung. Zum Beispiel, als seine Frau krank war. Damit das Geschäft nicht kaputtging. Auch wenn er sich selber nicht ganz wohlfühlte. Immerhin ließ er sich dann gleich drei Wochen ambulant behandeln. Oder weil Weihnachten war. Diesmal hat er sogar kurz vor Weihnachten sechs Monate Urlaub vom Knast gekriegt. Angeblich weil er schwerkrank ist. Eine Krankheit, von der Ärzte und Mitgefangene bis jetzt nichts gemerkt haben, wie man hintenherum erfährt.

Ach, was soll's. Es wird ihm sicher nicht schwerfallen, Medizinerkumpel draußen zu finden, die ihm gerne eine Haftunfähigkeit attestieren. Daran hat's bei den Nazis nie gehapert.

Soviel Rücksicht wünscht man mancher Mutter im Knast, die drinsitzt, weil sie für ihre Familie geklaut hat. Manchem Mann, der eine Bank geknackt hat.

Ach, nur zur Information für die, die Eigentum höher schätzen als Leib und Leben. An Eigentumsdelikten hat's bei den Nazis auch nicht gefehlt. Die „wahnsinnigen Wiedergutmachungssummen", die Euch die Tränen in die Augen treiben, decken nicht ein Bruchteil von der uns geklauten Habe ab. Doch ich merk, ich werd kleinlich und komme ab vom Thema. Ausgerechnet jetzt, da man mir endlich Gelegenheit gibt, mir dies und das von der Seele zu reden.

Ich müßte eigentlich zufrieden sein. Denn die gesamte Springerpresse schreibt genauso empört über Herrn Rosenbaum wie ich. Ich bin aber nicht zufrieden. Woll'n wir doch bei der Wahrheit bleiben: Es ist hier doch jedem völlig egal, ob Sado-Röschen hinterm Ladentisch seiner Gattin rumsteht oder in Fuhlsbüttel das Archiv ordnet. Wie seit einem Jahr sein Kollege Dr. jur. Hahn, aktiver Mitarbeiter am Tod von 900 000 Juden.

Wir sind in Deutschland. Und da hat nun mal ein Mann wie Rosenbaum alle auf seiner Seite: die Humanen, weil sie auch solche Subjekte in den Mantel ihrer Menschlichkeit hüllen. Die Inhumanen sowieso. Weil er ja in ihrem Sinne gearbeitet hat.

Rosenbaum an sich kratzt die Hamburger und ihre Presse weder vorne noch hinten. Er kommt nur gerade gelegen, um einem Mann ganz anderer Art um die Ohren geschlagen zu werden.

Dem Hamburger Justizsenator Prof. Ulrich Klug. Ein Mann, den ich in Baden-Baden während einer Fernsehdiskussion über die Funktion von Gerichtsgutachtern kennen und schätzen lernte. Ein Radikal-Liberaler, der sich vehement für die Fristenlösung, gegen die stupide Berufsverbotsschnüffelei, gegen eine Vergrößerung des Polizeiapparates und für humanere Vollzogsbedingungen, gegen die Todesstrafe und gegen „lebenslänglich" einsetzt. So konsequent liberal,



daß er auch Verständnis für alle Attacken gegen seine eigene Person aufbringt. Der staatliche Zwänge überhaupt nur akzeptiert, wenn sie unumgänglich sind.

Er ist auch der Mann, der verhinderte, daß der Richter am Oberlandesgericht, Günter Schultz, zum Senatspräsidenten gemacht wurde. Schultz, der zu Beginn seiner Karriere als Beisitzer an Rasseschande-Urteilen mitwirkte. Der Präsident des OLG stellte sich vor ihn. Er habe ja schließlich im Rahmen der damals geltenden Gesetze gehandelt. Jaja, das tut er immer.

Ich möchte unbedingt, daß dieser Justizsenator, solange er die Kraft dazu hat, im Amt bleibt. Auch wenn ich ihm im Falle Rosenbaum zwar folgen kann, aber nicht mag.

Klar, daß die Rechten ihn nicht kippen wollen, weil sie meinen, daß er einem Massenmörder Zucker in den Arsch bläst. Sondern weil er gegen ihre eigenen brutalen Praktiken Sturm läuft.

Das klägliche SPD-Blatt, die „Hamburger Morgenpost", brauchte länger, um sich zu empören. Erst fand sie gar nichts dabei, einem weiteren Nazi eine weiße Weihnacht, einen grünen Frühling und einen goldenen Lebensabend zu bescheren. Erst nach tagelanger, lauwarmer Berichterstattung ging den Träg-Köppen auf, wie wenig opportun der Rauslassungszeitpunkt gewählt war. Ausgerechnet die Woche, in der der Hamburger Bürgermeister Klose in erfreulichster Weise Israel besuchte. Die Sache an sich – egal! Aber warum nicht ne Woche später?

Für wen wird diese Presseposse eigentlich aufgeführt? Gibt es hier noch jemand, der nicht weiß, daß Männer, die während der Hitlerzeit eine führende Rolle gespielt haben, heute, wieder respektiert, in richtunggebenden Positionen sitzen ? Das gilt für Schul- und Hochschulbehörde, für Ministerien, Bundeswehr, Verfassungsschutz, Wiedergutmachungs- und Rückerstattungsgremien, Justiz und Polizei. Und da, wo einer dem Zahn der Zeit zum Opfer fällt, rückt seine Brut nach.

Mir scheint, meine Empörung wird nur von ehemaligen KZ-Insassen und einigen Mithäftlingen Rosenbaums geteilt. Sie protestieren schon seit Jahren gegen die Bevorzugung der besoldeten Killer. Besonders die angebliche Haftunfähigkeit regt Mitgefangene immer wieder auf. Denis Pecic, Sprecher der Gefangenenvertretung: „Der betrügerische Kaufmann Henry Burmester, 56, starb qualvoll. Er hatte zwei Schlaganfälle hinter sich. Litt an Diabetes und an den Folgen einer Kriegsverwundung am Kopf. Er war teilweise gelähmt und schwer herzkrank. Trotzdem gab es für den zu 2 1/2 Jahren verurteilten Mann keinen Gnadenerweis. Die Ärzte hielten ihn für haftfähig. Burmester starb im Oktober im UG-Lazarett."

Mitgefangene haben Strafanzeige wegen unterlassener Hilfeleistung und fahrlässiger Tötung erstattet. Der Arme war aber beileibe nicht der einzige Haftfähige, der in den letzten Jahren an etwas anderem als Altersschwäche im Gefängnis starb.

Ein humaner Strafvollzug? Das gleiche Recht für alle? Ein Recht, daß dazu führt, daß Serge Klarsfeld und Frau Beate einem Herrn Rosenbaum, einem Dr. jur. Hahn, einem Herrn Lischka und ihren Konsorten nicht die Nase umdrehen dürfen. Auch böse Worte müssen sie sich verkneifen. Sonst würden sie bestraft. Ach ja, sind sie ja schon! Vorbestraft, weil sie wollten, daß wenigstens die Gerichte im Ausland sich einiger der Hiesigen annehmen. Die meisten der Nazis haben ein reineres Führungszeugnis.

Häftlinge schrieben: „Offensichtlich sitzen heute noch Gesinnungsgenossen in staatlichen Ämtern. Wie anders ist es zu erklären, daß Rosenbaum dauernd begünstigt wird? " Das griff der „Arbeiterkampf" auf. Schon kam Rosenbaum mit einer einstweiligen Verfügung durch. Der „Arbeiterkampf" darf die Bevorzugung nicht mehr Bevorzugung nennen. Durch seinen schnellen Erfolg ermuntert, beantragte Rosenbaum jetzt, dem Kampfblatt von Gerichts wegen zu untersagen, „meinen bürgerlichen Namen zu erwähnen, um meine Resozialisierung nicht zu gefährden."

Das ist es eben. Davon reden auch Freunde und Kollegen von mir: „Resozialisierung und gleiche Praxis muß möglich sein. Wiederholungsgefahr ist doch nicht gegeben, Peggy!"

Nee, sei denn, er tritt der Polizei bei. Und kriegt Order, in Brokdorf oder wo immer es nötig sein mag, Gelerntes umzusetzen.

Ich merk überhaupt, daß hier der Punkt ist, an dem meine Gespräche in Deutschland nicht mehr möglich sind. Ich stoß nur auf Entsetzen. Nicht etwa über Nazis („Mein Gott, das weiß man doch. Und mal muß das doch aufhören!"), sondern über meine Rachsucht. „Mensch, so kennt man dich ja gar nicht. Du bist ja richtig alttestamentarisch. Auge um Auge, Zahn um Zahn."

Ja, Freunde, gerne! Doch bei aller Rachlust, mit Haß und Schaum vorm Mund, wird das wohl kaum möglich sein. Wo sollte die Rosensau so 'ne Menge Augen und Zähne herkriegen? Oder irgendeiner der andern?

An denen kann man sich nicht rächen. Aber Ihr habt recht, ich möchte gerne. Sonst erstikke ich eines Tages an meinem Haß. Ich hab jahrelang versucht zu vergessen, indem ich mich auf die heute Leidenden konzentrierte. Vielleicht wäre mir auch das Vergessen gelungen, wenn Ihr nicht so vergeßlich wäret.

Der Antisemitismus, das weiß man, ist hier eine sehr lebendige Leiche. Benimmt ein Jude sich hier miserabel, das kommt bei Juden natürlich vor, wie bei allen anderen auch, wird das so genüßlich ausgewalzt, wird darauf so wiederkäuerisch rumgeknabbert, daß es alle optimistischen Zweifel leider beseitigt. Es ist, als würde durch solche Breitmanscherei endlich doch gerechtfertigt, was Herr Hitler mit so vielen Hilfswilligen anrichtete.

Man schämt sich tatsächlich, als überlebender Vorwurf rumzulaufen. Kehrt sein Judesein nicht gern nach außen. Natürlich kann man drüber sprechen. So wie man unter Aufgeklärten darüber sprechen kann, daß man 'ne Syphilis hat.

Sozialist sein ist mir sowieso eigentlich am wichtigsten. Doch durch Euch fühle ich es wieder sehr stark: Ich bin Jude. Und will es sein.

Warum ich hier lebe? Mich hier für wildfremde Deutsche einsetze? Mir Entwicklungen hier zu Herzen nehme? Ich hab hier einige meiner besten Freunde. Auch Deutsche. Außerdem: Dreht mal den Globus und empfehlt mir was Besseres!

P.S.:

Zu dumm, daß meine Empörung wahrscheinlich nur auf antifaschistische Leser trifft. Würde meine Artikel lieber in die „National- und Soldatenzeitung" und Herrn Frey in die Pfoten schmuggeln.

Übrigens: Ich hab' leider recht behalten. Rosenbaum ist als Thema von den „aufgewühlten" Massenmedien fallengelassen worden. Es ergab sich eine viel bessere Möglichkeit, Klug zum „freiwilligen Rücktritt" zu zwingen. Nämlich Klugs intensives Vorgehen gegen die Beförderung des oben genannten Richters Günter Schultz.

Anmerkung der AK-Redaktion:
Wir hatten in AK 97 (S.10) diesem Artikel von Peggy Parnass in einigen wesentlichen Punkten widersprochen. Peggy schrieb daraufhin einen Leserbrief (siehe AK 98), in dem sie sagte, daß ihr unsere Kritik „weh getan" habe und daß sie sie „ungerecht" finde.

Wir hatten vorgehabt, zusammen mit Peggys Leserbrief ihren oben im Faksimile wiedergegebenen Artikel abzudrucken, was dann aus Platzgründen nicht geschah.

Antifaschist wegen Strauß-Karikatur verurteilt

Bayern. Bei einer Wanderausstellung politischer Karikaturen vor zwei Jahren war der CSU-Vorsitzende StrauSS als Haupthandlanger des Imperialismus und korrupter Kriegsminister dargestellt worden. Eine Karikatur zeigte ihn mit faschistischer Grußhaltung und SS-Runen. Obwohl diese Ausstellung in sieben Städten zu sehen war und auch jetzt noch läuft, kam es nur in Nürnberg zu einer Strafanzeige.

Angeklagt wurden
- der Karikaturist Rainer Hachfeld (Mitarbeiter des Berliner Extradienstes)
- ein Drucker
- ein Westberliner Galerist und
- Jürgen Wolff, SPD-Stadtrat und Geschäftsführer der Nürnberger Plakaterie.

Die Anklage der Staatsanwaltschaft lautete auf „Verunglimpfung in grob ehrverletzender Weise".

Das Gericht sah in der Karikatur eine absichtliche Beleidigung, weil StrauSS dadurch in Zusammenhang mit der Nazi-Ideologie gebracht worden sei.

Die Urteile lauteten:
- Freispruch für Rainer Hachfeld in erster und zweiter Instanz, weil er nicht gewußt habe, daß das 1970 (!) gezeichnete Plakat Teil der Ausstellung war.
- Der Galerist Thomas F. wurde in erster und zweiter Instanz zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen a 15 Mark verurteilt. Außerdem muß er innerhalb von 4 Wochen in einer Nürnberger Tageszeitung das Urteil und den Tenor der Urteilsbegründung **bekannt machen.**
- Jürgen Wolff wurde in erster Instanz zu 750DM Geldstrafe verurteilt. Bei der zweiten Verhandlung war dann noch ein zweites Plakat Verhandlungsgegenstand, in dem StrauSS als schlimmster Feind des Volkes, Handlanger des Imperialismus und Nachfolger der Nazis erschien. Der Prozeß gegen Wolff wurde vom Verfahren abgetrennt, weil dessen bisheriger Verteidiger den mittlerweile freigesprochenen Drukker vertreten hatte und nach dem neuen § 146 nicht zwei Angeklagte in derselben Sache verteidigen darf. Sein neuer Rechtsanwalt hatte sich noch nicht in die Akten einarbeiten können.

Fortsetzung auf Seite 23

Fortsetzung von Seite 22

Antifa-Kurzmeldungen

– Das Plakat wurde „bis zum Jahre 2050" „archiviert" !!

Mit diesem Prozeß wird versucht, die (künstlerische) Kritik an ‚Nazi-StrauSS von der Idee (Grafiker) bis zur Veröffentlichung (Galerist), und sogar die Erstellung (Drucker) zu verbieten.

Jürgen Wolff und Thomas F. können noch in die Revision gehen. Dann wird man sehen, ob sich die Gerichte ganz und gar auf Seiten von StrauSS stellen und jede antifaschistische Kritik unter Strafe unterbinden wollen.

***

Immerhin ...

Dem ehemaligen SS-Sturmbannführer Hans Dietrich Ernst ist vom Präsidenten des Oberlandesgerichtes in Oldenburg seine Zulassung als Rechtsanwalt entzogen worden.

Ernst war in Frankreich, nach Angaben des französischen Antifaschisten Serge Klarsfeld, insgesamt viermal zum Tode verurteilt worden (in Abwesenheit).

Ernst war als Regionalkommandeur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Frankreich, u.a. für die Deportation von Greisen, Müttern und Kindern verantwortlich. Da die französischen Gerichtsverfahren in der BRD nicht anerkannt werden, ermittelt jetzt die Staatsanwaltschaft Köln gegen den Sturmbannführer.

***

Noch ein Bömbchen für Frey.

Auf die „Deutsche National-Zeitung" wurde am 24.1. ein „Sprengstoffanschlag" verübt. Die Zündanlage hatte aber einen Defekt. Da die Täter offenbar imstande sind, aus Er-
Täter offenbar imstande sind, aus Er-
fahrung zu lernen, haben sie es ein zweites Mal probiert, diesmal (am 26.2.) funktionierte die Zündung – und es ging ein Teil des Nazi-Archivs zu Bruch!

Für die Ergreifung der Täter wurden 3.000 DM „Belohnung" (für den mißglückten) und 3.000 DM (für den nicht mißglückten Anschlag) vom Bayerischen Landeskriminalamt ausgesetzt.

Damit die Suche nicht gar so schwer fällt, nennt der Herausgeber der DNZ, Frey, auch gleich die Täter: Natürlich die Antifaschisten Serge und Beate Klarsfeld (sogar ihre Telefonnummer hat er in seiner Zeitung vom 4.3. veröffentlicht).

Auch dem Staatsanwalt nimmt er eine Sorge ab: Er hält unter Hinweis auf etliche Paragraphen eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren für angemessen. Für den Fall, daß das alles nichts nützen sollte, wird von der „Deutschen National-Zeitung" eine „Belohnung " für Tips, die „zur rechtskräftigen Verurteilung der Täter führen" („DNZ",4.3.) ausgesetzt in Höhe von 50.000 DM. Wo die wohl das Geld herhaben? ...

***

Hoffmann hinter Gitter

Die antifaschistische Wochenzeitung „die tat" hatte am 10.2.77 ein Extrablatt in 100.000 Auflage über das Treiben der faschistischen Hoffmann-Bande herausgebracht, das starke internationale Beachtung fand. (Die Hoffmann-Bande ist eine faschistische Privatarmee, die in aller Ruhe wöchentliche Feldübungen abhalten kann – siehe Artikel in AK 95).

In Frankreich berichtete das Fernsehen und die größte Pariser Boulevard-Zeitung „France Soir" über die Hoffmann-Bande. Italiens größte Illustrierte „Oggi" veröffentliche Fotos und die polnische Presseagentur forderte Fotos an. In den bundesrepublikanischen Medien fanden die Enthüllungen – natürlich – keinen Eingang.

Der internationalen Publizität ist es wohl auch zuzuschreiben, daß am 26.2. Hoffmann und 21 weitere Bandenmitglieder auf der Autobahn München-Nürnberg festgenommen (und nach der Personalienfeststellung wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, versteht sich).

Vorläufig beschlagnahmt wurden zwei Mannschaftswagen der Bande, sowie ein LKW, Uniformen, Uniformteile und Waffen.

Es wurde auch ein Ermittlungsverfahren wegen „Vergehens gegen das Versammlungsgesetz" eingeleitet. Was dabei wohl rauskommt?

***

Verfassungsschutz-Logik: Zwei Linke, ein Rechter

Im neuesten Verfassungsschutzbericht des Landes Rheinland-Pfalz wird wie immer die Behauptung aufgestellt, *„daß ernsthafte Gefahren nur von links drohen würden"* („die tat", 4.3.77). Streng nach dem Motto „Daß nicht sein kann, was nicht sein darf", kommt der Verfassungschutz zu diesem Schluß, obwohl *„die Zahl neofaschistischer Umtriebe und Anschläge zugenommen hat"* („die tat", 4.3.).

***

Antifaschist Klarsfeld angezeigt

Auf dem Münchner Treffen der Deutschen Volksunion, wo Faschisten wie Frey und Rudel Generalamnestie für alle Kriegsverbrecher forderten, wurde der Antifaschist Klarsfeld brutal zusammengeschlagen (s. AK 95). Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft nicht etwa gegen die faschistischen Schläger, sondern gegen Klarsfeld. Ein gewisser Alois Verbist, Vorsitzender der „Vereinigung des nationalen flämischen Widerstandes" fühlte sich durch Klarsfelds Ruf „Ihr Faschistenschweine" „beleidigt". Damit die Anzeige auch genug „Zeugen" erhält, wurde jetzt in der „Nationalzeitung" genau beschrieben, was man gesehen haben soll!

***

Nazi-Kosiek wird Beamter

Als Beamter auf Lebenszeit wird jetzt Rolf Kosiek, Dozent für Physik an der Fachhochschule Nürtigen, trotz zahlreicher Proteste von Antifaschisten, eingestellt. Die baden-württembergische Regierung hatte zunächst seine Verbeamtung abgelehnt, das Verwaltungsgericht Stuttgart machte diesen Beschluß jetzt rückgängig. Mit Kosiek kommt ein weiterer prominenter Faschist in Filbingers schwarz-braunen Naturschutzpark. **Kosiek war bis 1972 NPD-Landtagsabgeordneter und ist**
turschutzpark. Kosiek war bis 1972 NPD-Landtagsabgeordneter und ist
heute stellvertretender NPD-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg und NPD- Bundesvorstandsmitglied.

***

Nazi-Provokationen in Husum

Nazis hatten in der Nacht zum 30.1.77 in Husum auf dem Turm des Schlosses eine Hakenkreuzfahne gehißt. Anlaß für diese Provokation war offensichtlich der 44. Jahrestag der **Machtergreifung Hitlers am 30.1.33** Als besonderen „Trick" hatten die braunen Figuren eine Sprengstoffattrappe unter die Fahne montiert, so daß Angehörige des Räumkommandos aus Kiel kommen mußten, um den „Sprengsatz" zu entschärfen.

Wenn die Husumer Nachrichten vom 31.1. auch rätselten, ob es sich bei dieser Aktion um *„einen schlechten Scherz* (??) *oder eine politische Demonstration"* gehandelt habe, so ist nicht zu übersehen, daß die Hakenkreuzschmierereien in Husum bedenklich zugenommen haben.

Bei den Akteuren vom31.1., die „recht genaue Ortskenntnis" hatten, müßte auch Manfred B o e r m dabei gewesen sein, Boerm, seines Zeichens (ehemaliger) Schüler der Bautechnikerschule, die ihren Sitz eben gerade in dem Husumer Schloß hat, wurde mit seinem roten Opel-Kadett (NF - CL - 70) des öfteren bei dem Chef des „Wiking-Hofes" in Dörpstedt, Uwe Rohwer, gesehen. Auch andernorts ist Boerm als Jung-Nazi aufgetreten.

Am 9.8.76 konnte man in der ARD-Sendung „Monitor" mit erleben, wie die Teilnehmer eines Zeltlagers der „Wiking-Jugend" Journalisten und Kameraleute mit Knüppeln und Fahrtenmessern angriffen und zwei ihrer PKW's demolierten. Gegen Boerm, der sich zusammen mit Roland Tabbert (Chef der „Nationalsozialistischen Deutschen Befreiungsbewegung") sowie dem „Bundesführers" Nahrath und dem Lagerleiter Hoffmann dabei besonders hervortat, wurde eine Strafanzeige erstattet („die tat", 13.8.).

Der Kriminalpolizei sind diese Dinge ebenfalls bekannt. Wir warten also auf ein „Ergebnis".

***

„Merex"-Affäre: Verfahren eingestellt

Klammheimlich hat die Staatsanwaltschaft den Revisionsantrag gegen den Freispruch im Fall „Merex" (angeklagt war der ehemalige Direktor dieser Waffenhandelsfirma Gerhard Mertins).

Erinnern wir uns:
Mit Wissen und Billigung von Bundesnachrichtendienst (BND) und dem damaligen zuständigen Staatssekretär Carl Carstens (CDU) hat die „Merex" Waffen unter Umgehung des „Außenwirtschaftsgesetzes", im Wert von ca. 150 Millionen DM u.a. nach Indien, Pakistan und Saudi-Arabien verkauft und dafür noch „Steuervergütungen" in Höhe von 1,3 Millionen DM kassiert („die tat", 4.3.77).

Die Umgehung des „Außenwirtschaftsgesetzes" hatte darin bestanden, daß mit Wissen des Ministeriums ganz einfach die Empfängerländer in den Frachtpapieren gefälscht worden waren, und die Bestimmung des „Außenwirtschaftsgesetzes", nicht in Spannungsgebiete zu liefern, damit umgangen wurde („Frankfurter Rundschau", „FR", 22.2.77).

Der Hammer bei dem damaligen Freispruch war, daß das Gericht diese Praxis, Gesetze durch kriminelle Praktiken zu umgehen, ausdrücklich gebilligt hatte: *„Der Grundsatz von Wahrheit und Klarheit müsse bei Verwaltungsakten zwar generell bestehen, er habe aber in Ausnahmefällen keine Gültigkeit, wenn nämlich die Behörde in Ausübung eines ihr zustehenden Ermessens wegen höherwertigen Belanges die Verschleierung für notwendig halte"* („FR", 22.2.).

Die Einstellung des Revisionsantrages wird von der Staatsanwaltschaft damit begründet, daß das neue „Außenhandelsgesetz" solche Waffenlieferungen offiziell gestatte!

***

Enorme Verschärfung der Berufsverbotepraxis

Laut Aussage von Albrecht (CDU-Ministerpräsident) geht das Land Niedersachsen nun daran, auch alle schon längst eingestellten Beamte zu „überprüfen".

Damit habe Niedersachsen als erstes Bundesland die Möglichkeit geschaffen, daß *„Kommunisten, die in den Staatsdienst hineingekommen sind, jetzt wieder herausfliegen."* („die tat", 4.3.77).

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



Polizei will „Dum-Dum"-Geschosse!



Am 23.2.77 erschienen in verschiedenen Tageszeitungen nahezu gleichlautend Meldungen über die Absicht der westdeutschen Polizei, sogenannte „Deformationsgeschosse" einzuführen. Unter dem Begriff „Deformationsgeschoß" verbirgt sich eine Patrone mit Weichmantel: Der sonst übliche Stahlmatel, der sich um einen Bleikern befindet, ist weggelassen. Durch die enorme Energie, die beim Auftreffen auf den menschlichen Körper frei wird, verformt (deformiert) sich das Geschoß und schlägt als Bleiklumpen mit einem vergrösserten Querschnitt durch den Körper. Es ergibt sich eine Schußbahn im Körper, die „irgendwie" verläuft. Das Geschoß verursacht einen Austrittskanal, der bis zu handtellergroß sein kann. Diese Geschosse wurden im 2. Weltkrieg als sogenannte „Dum-Dum"-Geschosse nur inoffiziell eingesetzt, weil sie völkerrechtlich geächtet sind!

Die Geschosse rufen starke Verletzungen hervor und sollen den „Gegner von den Beinen holen", aufgrund der enormen Aufprallenergie. Widerwärtig zynisch resümiert Springers „Abendblatt"-Schreiber, daß das *„Deformationsgeschoß eine größere Wundhöhle verursacht als das Vollmantelgeschoß; eine etwas größere Wunde sei aber eher in Kauf zu nehmen als mehrere Schußwunden, die unter Umständen zum Tode führten"*.

Das „neuartige" Geschoß wurde von dem Vorsitzenden der technischen Kommission der Polizei, Werner Übe, in Hannover vorgestellt. Im Presseorgan der „Gewerkschaft der Polizei" (GdP), „Deutsche Polizei", schwärmte er, damit sei eine „humane Polizeiwaffe" gefunden. *„Die jahrelange Suche der Polizei nach einem Neun-Millimeter-Geschoß, das potentielle Gegner zwar einerseits fluchtunfähig macht, andererseits aber möglichst nicht tödlich verletzt, scheint sich jetzt auszuzahlen"*. 108 verschiedene Patronen habe man dafür ausprobieren müssen... Das ist wahrer gewerkschaftlicher Einsatz! Mit dem gleichen perversen Eifer hat die GdP bereits richtungweisend die sattsam bekannte „Reform" der Polizei seit 1970/71 betrieben – im Interesse der Polizei„kollegen"! Mit dem gleichen perversen Eifer betreibt gerade die „Gewerkschaft der Polizei" seit Jahren Waffenforschung, wurde auch die Einführung der Chemischen Keule als „kleineres Übel" zu verkaufen versucht! Im Sinne einer solchen „Reform der Inneren Sicherheit" schrecken die Befürworter des „humanen" Geschosses auch vor einer zynischen Verdrehung des Völkerrechts nicht zurück: Erstens, meint Übe, sei das „Deformationsgeschoß" gar kein Dum-Dum-Geschoß, weil es sich nicht „zersplitternd zerlegt" – obwohl die Wirkung die gleiche ist! Zweitens, meinen Völkerrechtler Strebe und andere „Wissenschaftler" der Polizeiakademie Hiltrup, daß die Haager Erklärung zwar nach wie vor gelte, *„nach der Geschosse, die sich leicht plattdrükken, verboten sind. Allerdings stehe der Verwendung des Deformationsgeschosses dann nichts entgegen, wenn es von der Polizei nur innerhalb der Bundesrepublik benutzt werde"* („Welt", 23.2.).

Ganz sicher scheint man sich bei der Polizeiführung seiner Sache aber nicht zu sein. Die GdP erwartet mit „gemischten Gefühlen" die öffentliche Auseinandersetzung. Die Innenministerrunde – unter ihrem neuen Vorsitzenden Burkhard Hirsch (FDP) – „beruhigte": Die Einführung sei noch keine „beschlossene Sache" („SZ", 25.2.77). Solche „Dementis" **lösen sich allerdings spätestens beim** ersten Einsatz dieser Geschosse in Rauch auf. Die Erfahrungen mit der Chemischen Keule haben gezeigt: Die Liste der Todesschüsse ist seit Anwendung von „CM" nicht kürzer. Alle bisherigen Einführungen von „humanen" Polizeiwaffen dienten lediglich der Differenzierung, d.h. Effektivierung der Polizeibewaffnung, nicht ihrer „Humanisierung"!

Umweltschutzkommission und Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Initiativausschuß einigt sich auf Kompromiß

Nach scharfen Auseinandersetzungen um den Inhalt eines Aufrufs zur Unterstützung des Russell-Tribunals „BRD" konnte auf der letzten Sitzung der (überregionalen) Initiative für das Tribunal am 26.2. ein Kompromiß erreicht werden. Nachdem auf der Sitzung zuvor ein Entwurf Hamburger Genossen abgelehnt worden war (siehe AK 98), erarbeiteten zwei Mitglieder der Initiative einen Gegenentwurf (veröffentlicht in „ID" Nr. 165). Dieser Text enthielt freilich in zentralen Passagen dezidierte Einschätzungen, bei denen von vornherein klar war, daß sie von einem Teil der Initiative nicht mitgetragen werden könnten. Dieser Text konnte jedoch soweit verändert werden, daß er eine tragfähige Grundlage für die Arbeit der Initiative bilden kann. Bedenken gegen alle bisher vorgelegten Texte (einschließlich des verabschiedeten) erhob allerdings die ESG. Diese seien ungeeignet, die liberale Öffentlichkeit zu mobilisieren. Zweifellos kann der jetzt erarbeitete Text nicht den Anspruch erheben, alle diejenigen, die mit dem Russell-Tribunal sympathisieren, zu repräsentieren (aus dem einfachen Grund, daß zahlreiche Kräfte noch nicht in der Initiative vertreten sind). Dennoch hat es seine Bedeutung, daß sich immerhin die bisher vertretenen Kräfte (SB, KB, GIM, ESG, Spontis und Unabhängige) auf eine gemeinsame Grundlage einigen konnten.

Kleinliche Störmanöver

U.a. der Frankfurter „Informationsdienst" (ID) sah sich angesichts der Auseinandersetzungen um den Aufruf veranlaßt, eine Art „Vorentscheidung" für den zweiten Entwurf herbeizuführen. So druckte der ID (Nr. 165) den Text im Zusammenhang mit der Einladung zur Arbeitskonferenz als angeblich fertigen Aufruf – unterzeichnet von: Frankfurter Arbeitskreis gegen Repression, Sozialistisches Büro, Westdeutsches Irland Solidaritätskomitee, ID – ab. Daß es sich dabei um einen Entwurf in einer kontroversen Diskussion handelte, wird mit keinem Wort erwähnt, geschweigedenn, daß die umstrittenen Inhalte genannt werden.

Ähnlich wie bei der Brokdorf-Itzehoe-Diskussion weicht der ID hier offenbar wieder mal vom „Prinzip der reinen Berichterstattung" (zugunsten der „parteilichen Berichterstattung"?!) ab. Dieses – dezent gesagt – „unseriöse" Verfahren ist kaum geeignet, die Diskussion voranzubringen und hat auch dem ID keinerlei „Vorteile" gebracht: In der nächsten Ausgabe mußte die Unterschrift des Frankfurter Arbeitskreises dementiert werden (wo der Text gar nicht diskutiert worden war); ebenso erklärte das SB, den Text in dieser Form nicht unterzeichnet zu haben.

Eher peinlich wirkten auch die Darstellungen, die vom Westberliner Aktionskomitee gegen die Berufsverbote vor der Sitzung des Initiativausschusses vom 26.2. gegenüber den anderen Westberliner Berufsverbotekomitees in dieser Frage gegeben wurden (der im „ID" abgedruckte Text werde von der gesamten Initiative getragen außer dem KB, der eine Verabschiedung „provokatorisch" verhindern wolle, um das Tribunal aus irgendwelchen geheimnisvollen Gründen hinauszuzögern). Plänkeleien dieser Art bringen niemandem einen Gewinn. Stattdessen sollte man sich lieber darauf konzentrieren, die sachlichen Differenzen möglichst klar herauszuarbeiten.

26./27. März: Arbeitskonferenz in Frankfurt

Die ursprünglich für den 5./6.3. geplante Arbeitskonferenz aller Gruppen, die gegen die Repression arbeiten, wurde von der Initiative um drei Wochen verschoben, um eine bessere Vorbereitung garantieren zu können. Auf der Tagesordnung stehen der Erfahrungaustausch zwischen den Gruppen, die Vorbereitung des Russell-Tribunals, die Gewinnung einer möglichst breiten Unterstützung dafür und damit auch die Fragen, die in den Diskussionen des Initiativausschusses eine Rolle gespielt haben. Damit es aber nicht nur bei allgemeinen Diskussionen bleibt, möchten wir an dieser Stelle noch einmal dazu auffordern, Materialien mitzubringen bzw. aufzuarbeiten, die dem Tribunal vorgelegt oder in dem geplanten „Informationsbulletin" abgedruckt werden könnten und vor allem konkrete Vorschläge zu machen, wie die Kampagne in den verschiedenen Bereichen (Betrieb und Gewerkschaft, Frauen etc.) und Regionen geführt werden kann. So sollte es möglichst vermieden werden, daß die Arbeitsgruppen (wie am Pfingstkongreß des SB allgemein kritisiert) auseinandergehen, ohne konkrete Beschlüsse über die weitere Arbeit gefaßt zu haben.

Die Gruppen sollten möglichst nicht mit mehr als zwei oder drei Vertretern erscheinen und werden gebeten, ihre Teilnahme bis zum 19.3. bei der Adresse:

Jens Huhn, 645 Hanau 8, Haydnstr. 3

anzumelden, damit das Organisatorische klappt.

Gründung eines Anti-Repressions-Arbeitskreises in Hannover

Auf Initiative des KB und der „Fragezeichen", (Alternativ-)Stadtzeitung für Hannover, konstituierte sich am 21.2. in Hannover ein Anti-Repressions-Arbeitskreis, an dem Vertreter(innen) und Mitglieder verschiedener Organisationen und Initiativen beteiligt sind.

Zur Aufgabe gemacht hat sich der Anti-Repressions-Arbeitskreis aktuell eine Unterstützung des Russell-Tribunals über politische Unterdrückung in der BRD. Die Vertreter(innen) der hier zusammenarbeitenden Gruppen, Initiativen und Organisationen wollen ihre Erfahrungen, die sie in ihren Bereichen mit der politischen Repression gemacht haben, austauschen, aufarbeiten und vor allen Dingen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Das beinhaltet auch, daß die Arbeit dieses Bündnisses zeitlich über das Russell-Tribunal hinausgehen wird.

Abzusehen ist zur Zeit, daß schwerpunktmäßig die besondere Unterdrückung der Frau in allen Bereichen, die Repression in Gewerkschaft und Betrieb, die politische Zensur, die Aufrüstung des Staatsapparates und die staatliche Unterstützung faschistischer Gruppen in Hannover Themen der Untersuchungs- und Öffentlichkeitsarbeit sein werden.

In Vorbereitung ist ein Aufruf an die hannoversche Öffentlichkeit zur Mitarbeit.

Aufruf zur Unterstützung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD

1. Die Bertrand-Russell-Peace-Foundation hat sich bereit erklärt, ein Russell-Tribunal über die Repression in der Bundesrepublik Deutschland zu veranstalten.

Russell-Tribunale hat es bisher über „Kriegsverbrechen in Vietnam" und über die „Unterdrückung in Brasilien, Chile und Lateinamerika" gegeben. Russell-Tribunale setzten sich aus unabhängigen demokratischen Persönlichkeiten unterschiedlicher Nationalität zusammen. Sie sind an keinerlei staatliche Institution oder sonstige machtpolitische Interessen gebunden. Das Russell-Tribunal über die „Repression in der BRD" beabsichtigt, noch in diesem Jahr die Frage einer Verletzung der Menschenrechte und der demokratischen Grundrechte in der BRD zu untersuchen und der internationalen Öffentlichkeit seine Informationen darüber zu unterbreiten.

Zur Unterstützung dieses Tribunals hat sich ein Initiativausschuss gebildet, der sich aus Personen des politischen, kulturellen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Lebens zusammensetzt.

2. Die Erwägung, ein solches Tribunal durchzuführen, stützt sich darauf, daß in der BRD in einer sich verschärfenden internationalen Krisensituation Schritt um Schritt demokratische Freiheitsrechte systematisch eingeschränkt werden. Angesichts der ökonomischen Vormachtstellung der BRD wird diese Entwicklung zu einer konkreten Gefahr für Westeuropa.

In der Bundesrepublik ist die Repression am weitesten fortgeschritten. Die hier praktizierten Berufsverbote haben im Ausland zunächst die größte Beachtung gefunden: mehr als 800.000 Bewerber für den Öffentlichen Dienst wurden überprüft, 3.000 Berufsverbote ausgesprochen.

Gesinnungsschnüffelei und Jagd auf „Extremisten" haben längst auf weitere Bereiche übergegriffen:

- ermuntert durch die staatlich sanktionierte Berufsverbotepraxis sorgen Rundfunkanstalten und Verlage für eine „Ausgewogenheit", die kritische Ansätze neutralisieren soll;
- durch sogenannte Ehrengerichtsverfahren, teilweise gekoppelt mit Strafverfahren, werden inzwischen schon mehr als 70 Strafverteidiger wegen ihrer Verteidiger-Tätigkeit verfolgt;
- Repression gegen Frauen, die in Beruf, Ausbildung, Familie und anderen gesellschaftlichen Bereichen die doppelte Unterdrückung der Frau bekämpfen; Aufrechterhaltung des Abtreibungsverbots und verschärfte Verfolgung und Kriminalisierung von Frauen, die abgetrieben haben; Praktiken und Verordnungen, mit denen sogar der revidierte § 218 lokal oder regional noch unterlaufen wird; Polizeiübergriffe und Bespitzelung von Frauenzentren, Fraueninitiativen und Frauenhäusern; besondere Repression gegen weibliche Gefangene;
- die Gewerkschaftsvorstände haben sich mit den „Unvereinbarkeitsbeschlüssen" ein bequemes Mittel geschaffen, um den Kampf gegen konsequente Vertreter von Arbeiterinteressen zu führen;
- die Unternehmer nutzen dieses Klima aus, um noch forcierter den innerbetrieblichen Werkschutz als Spitzel- und Unterdrückungssystem auszubauen. Brokdorf hat gezeigt, wie gut er sich als paramilitärische Truppe einsetzen läßt.

Gegen alte und neue Nazis, gegen rechtsradikale Schlägertrupps, wird dagegen kaum vorgegangen. Ehemalige NSDAP-Mitglieder sitzen in hohen und höchsten Staatsämtern und sind zum Teil selbst bei Berufsverboteurteilen aktiv.

Prozesse gegen NS-Verbrecher werden um Jahrzehnte verschleppt, Verurteilte (falls es überhaupt dazu kommt) privilegiert behandelt.

Verlage fördern durch Massenproduktion Literatur, die die Naziherrschaft verherrlicht.

3. *„Die Bundesrepublik ist einer der freiheitlichsten Staaten der Welt"*, oder *„Noch niemals in der deutschen Geschichte hat es ein solches Ausmaß an Freiheit gegeben"*. Solche und ähnliche Parolen bekommt man aus dem Mund der verantwortlichen Politiker tagtäglich zu hören. Tatsächlich aber haben diese Politiker in den letzten Jahren durch neue Gesetze und die schärfere Fassung des geltenden Rechts einen massiven Abbau demokratischer Rechte betrieben und dadurch die Notstandsgesetze von 1968 wirksam im Sinne eines umfassenden Repressionsinstrumentariums ergänzt. Während die in der Verfassung niedergelegten Rechte und Freiheiten eingeschränkt werden, ist gleichzeitig die Machtbefugnis von Polizei- und Justizapparat gewaltig gesteigert worden:

- neue gesetzliche Bestimmungen für die „Verfassungsschutz"-Ämter ermöglichen es, Dossiers über politische Aktivitäten jedes Bürgers anzulegen. „Amtshilfe" wird auch Firmenleitungen und öffentlich-rechtlichen Anstalten wie Arbeitsämtern, Finanzämtern usw. geleistet, mit denen die Geheimdienste ihre „Erkenntnisse" austauschen. Das Vorgehen gegen den Kernphysiker Traube zeigt, daß der Geheimdienst auch vor Gangsterstücken nicht zurückschreckt.

Die Geheimdienste der BRD arbeiten organisiert und personell mit Geheimdiensten faschistischer Staaten zusammen (Spanien, Iran) und unterstützen dadurch die Verfolgung oppositioneller Kräfte in diesen Staaten.

- Die ausländerrechtlichen Bestimmungen werden verschärft angewendet, das Asylrecht soll grundlegend geändert werden.
- Künftig sollen Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen, Festnahmen und „erkennungsdienstliche Maßnahmen" zu jeder Tages- und Nachtzeit erlaubt sein.
- Neue Strafrechtsbestimmungen wie die §§ 88a, 130a, 140 StGB ergänzen die Maßnahmen justizförmiger Zensur. Sie richten sich nicht nur gegen fortschrittliche Verlage und Buchhandlungen. Sie erlauben es, jeden, der in einem Flugblatt zum Streik aufruft oder sich mit laufenden Aktionen solidarisiert, jeden, der zum Widerstand gegen die Zerstörung seiner Existenz durch Kernkraftwerke und Industrieanlagen auffordert, als „Befürworter strafbarer Gewalt" polizeilichen Ermittlungen zu unterwerfen und strafrechtlich zu verfolgen.
- Im Zuge des Stammheimer Prozesses wurden Gesetze erlassen, die zeigen, wie Strafverfahren als Instrumente der Repression eingesetzt werden: grundlegende Rechte von Angeklagten und ihren Verteidigern wurden eingeschränkt, die Haftbedingungen verschärft. Im Fall politischer Gefangener geht das soweit, daß durch die Versagung einer angemessenen medizinischen Versorgung die Vernichtung der Betroffenen durch die Justizorgane billigend in Kauf genommen, wenn nicht gar betrieben wird. Die Umstände des Todes von Katharina Hammerschmidt und Holger Meins zeigen dies ebenso deutlich wie der lebensbedrohende Gesundheitszustand von Karl-Heinz Roth.
- Die Polizei wird zunehmend militarisiert. Sie soll künftig Handgranaten und Maschinengewehre gegen eine Menschenmenge einsetzen dürfen, „wenn von ihr oder aus ihr heraus Gewalttaten begangen werden oder unmittelbar bevorstehen". Mit den „Mobilen Einsatz-Kommandos" steht der Polizei eine hochspezialisierte Truppe zur Verfügung.

Der gesetzlich vorgesehene gezielte Todesschuß wird die schon jetzt zahlreichen Exekutionen auf offener Straße sanktionieren und jede Hemmung zur Ausschaltung von „Störern" beiseite räumen.

Wenn die Polizei nicht ausreicht, steht der verstärkte Bundesgrenzschutz als Bürgerkriegstruppe zum Einsatz bereit. Wie ernst diese Bedrohung schon heute zu nehmen ist, hat vor kurzem das Vorgehen der Bundes- und Landesregierungen gegen die Atomkraftwerksgegner gezeigt: flankiert von einer gezielten Fernseh- und Pressekampagne wurde das bislang größte Aufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz in der Geschichte der BRD mobil gemacht.

4. Von allen diesen Maßnahmen ist bisher nur eine kleine Anzahl von Bürgern direkt betroffen. Für Millionen haben sie jedoch ein Klima der Einschüchterung und Anpassung geschaffen, das die Formulierung von Kritik, die Entwicklung alternativer politischer Vorstellungen und jeden Zusammenschluß, der auf Veränderung abzielt, schon von vornherein ersticken soll. Gleichzeitig werden die gesetzlichen Möglichkeiten bereitgestellt, um bei einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Konflikte auch Massenbewegungen bekämpfen zu können.

Ein Großteil der Bevölkerung steht dieser Entwicklung gleichgültig gegenüber, weil sie auf gesetzlichem Wege, durch Beschlüsse des Bundestages vorangetrieben wird, und damit der Schein von Demokratie gewahrt bleibt. Dies geht soweit, daß die 1968 verabschiedeten verfassungsverändernden Notstandsgesetze es sogar zulassen, auf parlamentarischem Wege unter Berufung auf einen „inneren Notstand" in diktatorischer Weise die Macht auszuüben.

5. Unter der Leitlinie „Deutschland – ein Modell für Europa" meldet der bundesdeutsche Staat seinen Anspruch an, die Führung in einem nach seinen Vorstellungen vereinten Europa zu übernehmen. Insbesondere den Ländern gegenüber, in denen die Arbeiterbewegung stärker entwickelt ist, spielt er sich als Ordnungshüter auf. Auf diese Weise soll möglichen Rückwirkungen, die von politischen und ökonomischen Umwälzungen in benachbarten oder verbündeten Staaten ausgehen könnten, schon vorbeugend begegnet werden.

Erste Ansätze einer derartigen Großmachtpolitik werden bereits praktiziert. Dazu zählen

- die kaum verschleierten politischen und ökonomischen Interventionen in Portugal und Spanien, um bei der Ablösung der alten Regimes unkontrollierte radikale Umwälzungen zu verhindern;
- die unverblümte Aufforderung an Italien, Kommunisten nicht an der Regierung zu beteiligen;
- die Gewährung von Wirtschaftshilfe mit der Forderung nach einem Abbau gewerkschaftlich erkämpfter Rechte der italienischen Arbeiterklasse zu verknüpfen;
- der Druck auf die griechische Regierung, um die Auslieferung von Rolf Pohle zu erzwingen. In diesem Zusammenhang ist auch der Versuch zu sehen, das Asylrecht unter dem Mantel einer „Anti-Terrorismus-Konvention" im europäischen Rahmen aufzuweichen;
- die Ausdehnung der politischen Überprüfung auf EG-Beamte oder im Ausland beschäftigte deutsche Lektoren.

5. Wir begrüßen es daher, daß die Bertrand-Russell-Peace-Foundation sich bereit erklärt hat, ein Tribunal zur politischen Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, antidemokratische Tendenzen abzuwehren, die heute zu einer konkreten Bedrohung für Frieden, Freiheit, Demokratie und Fortschritt in Europa und insbesondere in unserem eigenen Lande geworden sind.

6. Da die Russell-Foundation nicht über die materiellen Mittel verfügt, dieses Tribunal durchzuführen, fordern wir dazu auf, das Projekt finanziell zu unterstützen: Kontonummer 4645340/01 (R. Rütten – Kennwort: „Russell-Tribunal") bei der Dresdner Bank Frankfurt/Main.

Frankfurt/Main, 26. Februar 1977

INITIATIVE ZUR UNTERSTÜTZUNG EINES RUSSELL-TRIBUNALS ÜBER DIE REPRESSION IN DER BUNDESREPUBLIK

(Kontaktadresse: Jens Huhn, Haydnstraße 3, 6450 Hanau 8)

Niederlande: Unterstützung für Russell-Tribunal „BRD"

Am 13.1. wurde in den Niederlanden ein „Initiatiefkomitee" für die Einberufung eines Russell-Tribunals über die politische Unterdrückung in der BRD gebildet.

Von den vom „Internationalen Kommunistenbond" IKB (Sektion der IV. Internationale) angeschriebenen rund 35 Organisationen fanden sich zur Gründung des Komitees nur vier zusammen: Außer dem IKB die Soldatenorganisation BVD („Bond voor Dienstplichtigen"), die COC („Vereinigung zur Integration der Homosexualität") und die sozialistische Zeitung „Paradogma" (vergleichbar etwa der westdeutschen „Probleme des Klassenkampfes"). Bei der zweiten Sitzung kamen als Beobachter hinzu je ein Vertreter der Soldatengewerkschaft VVDM („Vereniging van Dienstplichtige Militairen") und des „Medisch-Juridisch Comite Politieke Gevangenen" MJC.

„Proletaries links", Zeitung des IKB, meint dazu: *„Es ist deutlich, daß dies Komitee viel zu schmal ist. Vor allem ist es von großer Bedeutung, daß Unterstützung von Parteien wie PvdA, PPR, PSP, CPN* (Sozialdemokraten, Radikale Politische Partei, Pazifistisch-Sozialistische Partei und revisionistische KP – Anm.AK) *und aus der Gewerkschaftsbewegung kommt. Denn erst dann haben wir eine Basis, um ein breites niederländisches Publikum zu erreichen"* („Proletaries links", 5.2.77).

Dem „Initiatiefkomitee" können sich *„sowohl einzelne Personen wie Organisationen anschließen"* (ebd.). Im Gegensatz zu der (westdeutschen trotzkistischen) GIM bestehen beim (niederländischen trotzkistischen) IKB keine Vorbehalte gegenüber der Einbeziehung der Gewerkschaftsausschlüsse in den Themenkatalog des Russell-Tribunals. Ebenso werden sehr wohl, im Gegensatz zu einigen im westdeutschen Russell-Komitee arbeitenden Organisationen, die Faschisierungstendenzen des westdeutschen Staatsapparates gesehen (und nicht etwa für eine „exklusive Theorie" des KB gehalten).

Die „Pazifistisch-Sozialistische Partei" PSP, bisher von dem bestehenden „Initiatiefkomitee" erfolglos zur Teilnahme eingeladen, hat ebenfalls Bestrebungen für die Einberufung des Russell-Tribunals unternommen. Allerdings hat die PSP (unseres Wissens) hierüber noch nicht in ihrer Presse berichtet.

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Russell-Tribunal
Frauen, laßt uns die Arbeitskonferenz nutzen!

Wie bereits im Arbeiterkampf berichtet, wird das Initiativkomitee zur Unterstützung eines Russell-Tribunals über die BRD am 26./27. März eine Arbeitskonferenz abhalten. Es sind alle Initiativen und Gruppen, die sich in irgendeiner Form mit politischer Unterdrükkung beschäftigen oder selbst Erfahrungen damit gemacht haben, aufgerufen, sich daran zu beteiligen.

Wir wollen hier nochmal besonders die Frauengruppen und Frauenzentren ansprechen, weil es Formen der staatlichen Repression gibt, die ausschließlich oder in besonderem Maße Frauen betreffen.

So verfolgt der BRD-Staat seit dem Verfassungsurteil zu § 218 systematisch all diejenigen, die sich nicht an das Abtreibungsverbot halten wollen. Diese Strafverfolgungen, Diskriminierungen und Kriminalisierungsversuche sollten unserer Meinung nach Gegenstand von Arbeitsgruppen und Diskussionen der Arbeitskonferenz sein.

So sind z.B. eine Reihe von Frauenzentren und Wohngemeinschaften Gegenstand von polizeilichen Razzien gewesen. Wir fordern hier auch besonders die Gruppen und Personen auf, die bisher aus Angst, Resignation oder Unkenntnis Polizeiwillkür, Durchsuchungen und Anschuldigungen still hingenommen haben, dort ihre Erfahrungen zu veröffentlichen.

So wird z.B. die Hamburger „Frauenkneipe" regelmäßig bei angeblichen Suchen nach „Terroristen" von Bullen besucht. Bisher ist darüber weder die Öffentlichkeit breit informiert worden, noch hat es massiven Protest gegeben.

Ebenso sind Lesbengruppen aufgefordert, die Repressionen, die ihnen täglich in Form von offener Benachteiligung, Anmache und massivem Druck entgegentreten, nicht länger schweigend hinzunehmen. Ein extremes Beispiel für die Repression gegen lesbische Frauen ist sicherlich die Behandlung im Knast, die von der bürgerlichen Schmierenpresse mit Hetzartikeln unterstützt wird.

Wir greifen hier nur einige Beispiele auf, die deutlich machen sollen, daß es spezielle Repression in der BRD gegen Frauen gibt. Deshalb sollten wir Frauen die Arbeitskonferenz am 26./27. März als eine Möglichkeit begreifen, die Öffentlichkeit zu informieren, sich mit anderen Betroffenen zusammenzutun und langfristig gegen die Repression einen Kampf zu organisieren.

Wir halten das für wichtig, weil die männlichen Teilnehmer des Initiativausschusses nicht unbedingt von selbst und initiativ (!) die Frauenprobleme in die Diskussion bringen – so engagiert und fortschrittlich sie im einzelnen sonst sein mögen.

Auf dem letzten Treffen des Initiativausschusses in Frankfurt z.B. wurde an einem Aufrufflugblatt gebastelt. Sorgfältig wurden die einzelnen Aspekte politischer Repression diskutiert und formuliert. Nur bei dem Punkt „Repression gegen Frauen" schien das anders zu sein. Da ja keine Frau anwesend sei, könne man das jetzt nicht weiter behandeln, mit diesen Worten wollte man zum nächsten Punkt übergehen. Dazu muß man sagen, daß die beiden Redakteurinnen der „Courage" nicht anwesend waren, **und daß die übrigen anwesenden Frauen offensichtlich für Frauenfragen nicht für kompetent gehalten wurden.**

Auf den Protest einer anwesenden Frau hin wurde dann versucht, ihr den schwarzen Peter zuzuschieben. Ohne sich im mindesten eigene Gedanken gemacht zu haben, forderte man von ihr, sie müsse schon eine fertige Formulierung parat haben, und überhaupt könne man nicht auf jeden kleinen (!) Punkt ausführlich eingehen. Das führe zu weit.

Wir bringen diese Beispiele, um deutlich zu machen, daß die Frauen gezwungen sind, ihre Sache auf der Arbeitskonferenz selbst zu vertreten. Wenn die Frauenbewegung keine Vertreterinnen zur Arbeitskonferenz und zukünftig in alle weiteren Veranstaltungen und Diskussionen schickt, wird auch die Repression gegen die Frauen in diesem Gremium weitgehend unter den Tisch fallen.

An uns liegt es, wie breit im In- und Ausland die Angriffe auf Frauenzentren, die Repression und Diskriminierung von fortschrittlichen Frauen und ihren Initiativen bekannt werden und angeprangert werden.

Wir möchten hier an dieser Stelle deshalb auch öffentlich die „Courage"-Frauen kritisieren, daß sie dem letzten Treffen ferngeblieben sind. Sicherlich gibt es inhaltliche Differenzen und das Arbeitsklima ist nicht das angenehmste, doch meinen wir, daß sie als Vertreterinnen eines großen Teils der Frauenbewegung keine noch so kleine Möglichkeit auslassen sollten, Frauenfragen einzubringen.

In diesem Sinne fordert die Arbeitsgruppe Frauen des Kommunistischen Bundes noch einmal alle Frauengruppen, Frauenzentren und Fraueninitiativen auf, die Initiative für ein Russell-Tribunal zu unterstützen, breit bekanntzumachen und die Arbeitskonferenz inhaltlich mitzugestalten.

Arbeitsgruppe Frauen
KB / Gruppe Hamburg



JU fordert Ausweitung der Berufsverbote

„Neue Vorschläge" für die Sicherung eines „rechtsstaatlichen Verfahrens" bei den Berufsverboten legte die Junge Union Mitte Februar vor.

Neben allerlei schon Bekanntem („Einzelfallprüfung", „Jugendsünden"), stellt die JU als Kernforderung auf, eine Liste aller „verfassungsfeindlichen Organisationen" zu erstellen.

Durch Veröffentlichung dieser mindestens jährlich auf den neuesten Stand zu bringenden Liste sei die Bevölkerung über solche „verfassungsfeindlichen Organisationen" zu unterrichten. Die Mitgliedschaft in einer in dieser Liste aufgeführten Organisationen führe dann automatisch zu einer *„negativen Prognose"* über die Gewähr der Verfassungstreue eines Bewerbers.

Dies ist nichts anderes als die Forderung nach einer Ausweitung der jetzt schon herrschenden Berufsverbotepraxis, denn als verfassungsfeindlich gelten heute schon alle Organisationen, die mit Kommunisten zusammenarbeiten oder denen Kommunisten auch angehören, wie z.B. der Sozialistische Hochschulbund (SHB), die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), Verband Demokratischer Juristen (VDJ), Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) usw. usf.

Letztendlich würde eine solche Liste auch eine Vorstufe zum Verbot der darin aufgeführten Organisationen bedeuten. Man sieht, die JU macht sich wahrhaft verdient um unsere „freiheitlich-demokratische Grundordnung". („Flensburger Tageblatt", 15.2.77).

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Proteste in Alkmaar (Niederlande) und Darmstadt gegen SPD-Bürgermeister

Aufgrund der Proteste der Bevölkerung von Alkmaar („Partnerstadt" von Darmstadt) wandte sich der dortige Gemeinderat mit einer Note gegen die Berufsverbote an den Darmstädter SPD-Bürgermeister Sabais. Der antwortete darauf erbost, daß es in Darmstadt gar keine Berufsverbote gäbe und ansonsten alles *„hysterische kommunistische Propaganda"* sei. (siehe AK 99)

„Hysterische kommunistische Propaganda" ist dann wohl auch, daß
– Hedy Robitzsch-Klee, Lehrerin in Darmstadt, aufgrund behaupteter DKP-Mitgliedschaft entlassen wurde;
– Peter Kaiser mit „cum laude"(mit Lob) abgeschlossenem Politologie- und Germanistik-Studium wegen seiner AStA-Mitarbeit seine Referendarszeit an keiner Darmstädter Schule absolvieren darf;
– im Mietvertrag eines Darmstädter Studentenwohnheims die Klausel zu finden ist, daß *„diejenigen, die sich in Wort, Schrift und Tat gegen die freie demokratische Ordnung wenden"* (Rückübersetzung aus dem Niederländischen), fristlos gekündigt werden können.

Allerdings, wenn es laut SPD-Sabais in Darmstadt „keine Berufsverbote" gibt, so äußerte er doch vorbeugend in seinem Antwortschreiben, daß für ihn die Einstellung von Menschen, die möglicherweise nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen usw. stünden, das gleiche wäre wie *„das Anstellen eines Trunkenboldes als Wirt, eines Einbrechers als Polizisten, eines Psychopathen als Arzt"*. Kommunisten, fügte er noch an, seien eine tödliche Bedrohung.

Die Ratssitzungen in Alkmaar nach Eintreffen dieses Schreibens von Sabais wurden von vielen Menschen besucht, die gegen die erzreaktionären Äußerungen des SPD-Bürgermeisters protestierten, alte Widerstandskämpfer zeigten sich entrüstet.

Sabais reagierte hierauf mit einer
alte Widerstandskämpfer zeigten sich entrüstet.

Sabais reagierte hierauf mit einer weiteren Schimpfkanonade, bei der er (lt. „De Waarheid" vom 25.2.) *„demokratische Menschen mit Verbrechern verglich"* und den Gemeinderat von Alkmaar als *„Idioten, Kommunistenhelfer, usw."* bezeichnete.

Ein Sprecher des Darmstädter Berufsverbote-Komitees stellte daraufhin fest, daß Sabais eine Gefahr für die Demokratie sei.

Am 19./20.2. hielt sich eine größere Delegation der PvdA (niederländische Sozialdemokraten) aus Alkmaar in Darmstadt auf, um dort mit der SPD die Angelegenheiten zu besprechen. Das Resultat war eine äußerst dubiose gemeinsame Erklärung von PvdA und SPD, worin die SPD-Gemeinderatsfraktion sich weigert, sich von Sabais' Äußerungen zu distanzieren und darüberhinaus darauf dringt, die ganze Sache aus der Öffentlichkeit herauszuhalten, da am 20. März in Darmstadt Gemeinderatswahlen durchgeführt werden. Sabais ist dabei Listenführer der SPD.

Diese Ruhe zu halten waren aber gerade die Mitglieder der PvdA in Alkmaar nicht willens: Empört wiesen die PvdA-Mitglieder gerade die Schlußpassage der gemeinsamen SPD/PvDA-Erklärung zurück, („Verständnis" für die Darmstädter SPD/ also „Verständnis" für die Berufsverbote!) und forderten den Abbruch der Beziehungen mit Darmstadt, d. h. mit der dortigen Obrigkeit. (Nach „De Waarheid", Zeitung der CPN – revisionistische KP –, 25.2.77).

Auch für uns muß gelten:

Die Schweinereien von SPD-Bürgermeister Sabais müssen an die breite Öffentlichkeit!
Keine SPD-Veranstaltung zur Gemeideratswahl, wo Sabais nicht angeprangert wird!
Keine Stimme für Berufsverbote-Sabais!
Keine Stimme für die Berufsverbote-Partei SPD!

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Aus dem Schreiben des Darmstädter Berufsverbote-Komitees an den Gemeinderat Alkmaar:
„Wir wenden uns an Sie, um unseren Dank zu bezeugen für Ihre Solidarität mit unserem Kampf gegen die anti-demokratischen Entwicklungen in unserem Land und um unsere Bestürzung auszudrücken über die unzutreffende und unverschämte Antwort des Bürgermeisters von Darmstadt auf Ihren Brief."

Das Komitee stellt nachdrücklich fest, daß man in Darmstadt die Besorgnis des Rates von Alkmaar sehr hoch einschätzt, *„nicht zuletzt wegen der geschichtlichen Erfahrungen unserer Nachbarländer und des Umstandes, daß die Antastung der Demokratie in unserem Land auch eine Bedrohung unserer Nachbarländer enthält"* (Rückübersetzung aus dem Niederländischen nach „De Waarheid", Zeitung der CPN, 25.2.).

Diese und andere Erklärungen werden von dem so gepriesenen Gemeinderat in Alkmaar derzeit unter Verschluß gehalten! Man sieht, die Forderung der Darmstädter SPD, mit Rücksicht auf die Gemeinderatswahlen „Ruhe" zu halten, hat gefruchtet ...

Aufgrund der ursprünglichen Zusage des Alkmaarer Gemeinderates, die Diskussion öffentlich zu führen, fand dazu eine Veranstaltung statt, die initiert war von der Initiative „Bürger gegen Berufsverbote" (DKP) und der ESG (Evangelische Studentengemeinde). Während der Veranstaltung stellte sich heraus, daß die Alkmaarer ein geselliges Beisammensein mit ihrer Darmstädter Schwesterpartei einer öffentlichen Auseinandersetzung um die Berufsverbote vorzogen.

Laut „Darmstädter Echo" sei ein *„Eklat wegen der unterschiedlichen Auffassungen nicht wünschenswert"*. In typisch sozialdemokratischer Manier schlagen auch die Alkmaarer den Kurs ein, die Wogen wieder zu glätten.

Es wurde daraufhin der Vorschlag gemacht, sich gemeinsam an diesem Treffen „zu beteiligen". Typisch war hier das Auftreten des Vertreters der DKP-bestimmten Initiative, der voll auf der sozialdemokratischen Linie mitschwamm – nur keine offene Konfrontation, sondern zukleistern der Differenzen – und den Vorschlag ablehnte.



Darmstädter Berufsverbotegegner auf einer Demonstration in Frankfurt Anfang Februar 1977

SPD fordert DKP-Ausschluß aus Berufsverbotekomitee

Marburg. Anläßlich des 5. Jahrestages des „Radikalenerlasses" erging an das Marburger „Komitee gegen Berufsverbote" ein Schreiben des örtlichen SPD-Vorstandes. Darin wird das Komitee aufgefordert, die DKP und ihre Mitglieder *„alsbald auszuschließen"*. Begründung:

„Solange diese Kommunisten Mitglieder des Komitees seien, könne dies seinem Anspruch nicht gerecht werden, sich für die Verfassungsrechte der Bürger der Bundesrepublik einzusetzen". Denn: *„Die DKP und ihre Mitglieder rechtfertigen die Unterdrückung der Menschenrechte in Osteuropa."* Mit derselben Begründung wurde auch die Teilnahme eines SPD-Vorstandsmitglieds an einer Podiums-Diskussion des Komitees abgelehnt. (nach „die tat", 11.2.)

Diese provokatorische Forderung der Marburger SPD-Führung beinhaltet nichts anderes, als unter Hinweis auf die „Unterdrückung in Osteuropa" Berufsverbote für DKP'ler für rechtens zu erklären und jede Solidarität mit ihnen abzulehnen. Gleichzeitig werden aber auch die Nicht-DKP-Mitglieder im Komitee, die nicht bereit sind, sich von den DKP'lern zu distanzieren und diese rauszuschmeißen, mit Berufsverbot bedroht. Denn die Behauptung, jemand werde dem Anspruch nicht gerecht, sich für die Verfassungsrechte der Bürger einzusetzen, ist bereits ein Berufsverbotegrund (die berühmt-berüchtigten „Zweifel").

Dieser Versuch der SPD, die DKP, deren Mitglieder rein zahlenmäßig immerhin noch die am meisten von den Berufsverboten betroffene Gruppe darstellen, aus den Reihen der Berufsverbotegegner auszuschließen (an sich schon ein Aberwitz) läuft einzig und allein auf eine Spaltung und Zerschlagung der Berufsverbote-Komitees hinaus. Und dies ausgerechnet von einer Partei, deren Führung maßgeblich an der Berufsverbotepraxis beteiligt ist, womit die Absicht allzu deutlich wird.

Auch wenn die Forderung des SPD-Vorstandes vom Marburger Komitee zurückgewiesen wurde, entwickelt das Beharren der DKP auf der Politik des „Kampfes um die Kernsätze der Verfassung" langsam zum Bumerang.

Indem sie Unterordnung unter diese Politik zur Voraussetzung einer Zusammenarbeit macht, beharrt die DKP auf der Spaltung der Bewegung gegen die Berufsverbote. Sie betreibt damit gegenüber der Linken die gleiche Unvereinbarkeitsbeschlüsse-Politik, wie die SPD ihr gegenüber.

Die DKP gerät somit immer mehr in Isolierung, woran sie zum größten Teil selbst Schuld ist. Es wird Zeit, daß in der DKP einmal darüber nachgedacht und entsprechende Konsequenzen gezogen werden.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Personalratsmitglieder von Berufsverbot bedroht

Oldenburg. *„Der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat in einem Erlaß vom 11. Februar d. J. den Rektor der Universität aufgefordert, darüber zu berichten, ob über die Mitgliedschaft und Kandidatur von drei Bediensteten der Hochschule zu Wahlen im Herbst hinausgehende politische Aktivitäten bekannt sind. Dabei soll der Rektor darlegen, ob die ihm bekannten Tatsachen bei den betroffenen Beamten geeignet seien, den konkreten Verdacht eines Dienstvergehens zu begründen. Im Falle des betroffenen Angestellten wird der Rektor gar aufgefordert darzulegen, ob mögliche Tatsachen Veranlassung zur Überprüfung der Frage ergäben, den Angestellten wegen grober Verletzung seiner Dienstpflichten fristlos zu entlassen. Unter den Betroffenen befinden sich zwei Personalratsmitglieder, die Amtmännin* (vielmehr Amtfrau, AK) *Helga Kochanowski und der Angestellte Fred Krüger, die beide der DKP angehören."* („uni-info", Herausgeber: Presse und Informationsstelle der Uni Oldenburg).

Der Rektor, Prof. Dr. Rainer Krüger, hat zu diesem Ansinnen erklärt, *„daß parteipolitische Betätigung und Kanidatur zu Wahlen für nicht verbotene Parteien nicht Gegenstand von Untersuchungen und Anlaß für Nachforschungen sein dürften"* und verweigerte weitere Informationen.



Durchsuchungen bei Rechtsanwälten

Westberlin. Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche wurde am 16.2.77 die Kanzlei der Rechtsanwälte Elfferding/Lieder in Berlin-Kreuzberg von einem größeren Aufgebot von Staatsanwaltschaft und Staatsschutz heimgesucht. Am Ende der über drei Stunden dauernden Durchsuchung beschlagnahmten die Beamten etwa 40 Aktenordner und eine nicht genau bestimmbare Menge schriftlichen Materials.

Dabei handelt es sich um unmittelbares Verteidigungsmaterial aus laufenden – politischen – Strafverfahren (Akten zum Verfahren Gabriele Rollnik, Akte Till Meyer, Verteidigungsmaterial zum „Schmücker"-Prozeß) und um Archivmaterial (Zeitschriftenordner „Info-BUG", „ID", „FIZZ", „883", „Charlie kaputt", „Rote Hilfe Nachrichten", Ausschnitte aus „Tagesspiegel", „BZ", „Bild", „FR", „Welt", „Mopo" usw.).

Außerdem wurde in das Prozeßregister und die Mandantenkartei sowie einen Ordner mit hinterlegten Vollmachten von Mandanten Einsicht genommen und einzelne Stücke hieraus beschlagnahmt. Die drei Privatwohnungen der Anwälte und der Büroangestellten Käthe Lieder standen ebenfalls auf der Durchsuchungsliste. Begründet wurde die Filzerei mit dem Argument, Rechtsanwalt Elfferding stehe im Verdacht eines Vergehens nach § 129 StGB (kriminelle Vereinigung), Eberhard und Käthe Lieder würden ihn dabei unterstützen.

Am 2.2.77 waren bereits RA Elfferding und RA Dethloff als Verteidiger von Christina Doemeland, Till Meyer und Gabirele Rollnik ausgeschlossen worden. Begründung: Alle drei Beschuldigten gehörten ein und derselben kriminellen Vereinigung an und wegen dem Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung könnten sie deshalb nicht dieselben Verteidiger haben (nach „Informationsdienst" Nr. 166, 26.2.77).

IKAH, Hamburg

Gesinnungsurteil gegen Borvin Wulf und Bernd Geburtig

Hamburg. Mit unbewiesenen Geschichten aus der Gerüchteküche des Verfassungsschutzes wurden Borvin Wulf zu fünfeinhalb und Bernd Geburtig zu fünf Jahren Knast verurteilt.

Und zwar wegen eines – nicht gelungenen – Bombenanschlags auf das Haus des ehemaligen Justizsenators Klug, wegen eines Brandanschlags auf das Auto des Hamburger Knastarztes Mairose, wegen unerlaubtem Waffenbesitz und ein paar anderen Kleinigkeiten. Nicht verurteilt wurden sie wegen Mitgliedschaft zu einer (zwei Mann) kriminellen Vereinigung. Beide haben bereits zwei Jahre davon als U-Haft hinter sich.

Borvin Wulf wurde – bis zur Rechtskraft dieses oder eines anderen Urteils (evt. Revision) – entlassen. Bernd Geburtig hingegen nicht. In 81 Verhandlungstagen ist es dem Gericht nicht gelungen, auch nur einen tatsächlichen Nachweis für die erhobenen Vorwürfe zu bringen.

Dieser Prozeß wurde zu einem Muster für Prozeßführung unter Leitung des Staatsschutzes: die Staatsschutz„zeugen" durften zwar aussagen, die Genossen seien es gewesen, aber für Details – geschweige denn Beweise – reichte dann die Aussagegenehmigung nicht mehr.

Die äußeren Umstände des Prozesses

Der Prozeß fand in einem umgebauten Gerichtssaal statt. Zuschauer erreichten ihn nur durch Taschen- und Ausweiskontrolle und wurden im Saal mittels einer Scheibe von den Beteiligten getrennt (Siehe AK 81 und AK 96).

Die Angeklagten haben sich durch die lange Isolationshaft bereits erhebliche gesundheitliche Schäden zugezogen. Trotz ärztlicher Gutachten wurde z. B. bei B. Wulf so gut wie keine Therapie durchgeführt. Zwar hob das Gericht offiziell am 14. 6. 76 die Isolation auf, Borvin wurde verlegt – die Bedingungen blieben die selben. Und das Gericht lehnte jeden Haftverschonungsantrag ab.

Zusammenarbeit Presse – Staatsanwalt

Bereits vor dem ersten Verhandlungstag waren die Angeklagten von der Presse vorverurteilt. Es gab für Springer und Co. überhaupt keine Zweifel: B. Wulf, der „Terrorist", lebte in der „Maske des Biedermannes" als (ehemaliger) Sprecher der SPD, Familienvater und Verlagskaufmann. B. Wulf wurde zum „neuen Typ" abgestempelt. Als der weit gefährlichere – z. B. gegenüber Bernd Geburtig, der vom „Hamburger Abendblatt" (21.5.76) als „Söldnertyp" bezeichnet wurde. Genau diese Argumentation nahm die Staatsanwaltschaft in ihrem Schlußplädoyer am 4.2.77 auf: Borvin Wulf in der „Maske des Biedermannes", war der „legale" Typ der kriminellen Vereinigung, Bernd Geburtig der „illegale".

Wegen der „besonderen Gefährlichkeit" forderte die Staatsanwaltschaft sieben Jahre für Borvin Wulf.

Zusammenarbeit Staatsanwälte – Verfassungsschutz (VS)

Vom Gesetz her ist der Staatsanwalt verpflichtet, be- und entlastendes Material zu sammeln. Hiervon konnte im Wulf/Geburtig-Prozeß nicht die Rede sein. In der Presse hieß es, B. Wulf sei bereits ein Jahr vor seiner Verhaftung im Januar 75 vom VS und MEK observiert worden. Von diesen Observationsberichten, die allesamt die Behauptung der „kriminellen Vereinigung" zumindest sehr stark erschüttert hätten, fand sich in den Akten kein Blatt.

Weiterhin wurden von Seiten der Staatsanwälte alle Fragen an Beamte zur Aufklärung regelmäßig beanstandet oder zu behindern versucht. Auch von den „Belastungszeugen" war nicht viel zu halten. So heißt es z. B. von einem Zeugen in einem polizeilichen Vermerk: *„... ist mehrfach als Betrüger in Erscheinung getreten. Es gab jedoch auch Hinweise in Sachen Baader-Meinhof-Mitglieder, die zu umfangreichen Ermittlungen und Feststellungen führten. Hinweise waren ausgedacht und haltlos ... ist dafür bekannt, daß er immer wieder Hinweise gibt, um ggf. Hafterleichterung zu erhalten"* („Informationsdienst", 8.1.77).

Aufschlußreich war auch das Verhalten eines weiteren „Zeugen": Christian Lochte, Stellvertretender Leiter des hamburgischen Verfassungsschutzamtes, CDU.

Er erschien mit einer „Genehmigung", die besagte: *„Die Aussage hat sich im Rahmen der durch Gerichtsbeschluß festgelegten Beweisthemen auf die schriftlichen Auskünfte vom ... zu beschränken"*, d. h. er wollte nicht mehr aussagen, als dem Gericht bereits schriftlich zugegangen war.

Dieser Aussageverweigerung muß man die Aussagefreudigkeit dieses Beamten in der reaktionären Presse gegenüberstellen: So wurde bekannt, daß C. Lochte als NDR-Verwaltungsratmitglied seinem Parteifreund Schier-Gribowsky mitteilte, daß der Reporter P. Homann *„nicht nur ehemaliger und vorbestrafter Sympathisant der Baader-Meinhof-Gruppe gewesen, sondern heute Mitglied der moskautreuen DKP sei"* („Stern", 10.2.77).

Christian Lochte redet wohl, allerdings nur, wenn er Linken schaden zufügen kann. Es ist daher auch anzunehmen, daß das Schweigen im Wulf/Geburtig-Prozeß nur heißen kann, daß nichts belastendes vorliegt. Die Verteidiger von B. Wulf haben die Aussage „genehmigung" Lochtes vom Verwaltungsgericht auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen lassen – und siehe da: sie ist rechtswidrig! Die Machenschaften von Staatsanwälten und VS wurden von dem Vorsitzenden Richter Schenck gestützt. Er verweigerte den Anwälten, Anträge zu stellen, er schaltete ihnen das Mikrofon ab. Er ging nicht dagegen vor, daß Akteneinsicht verwehrt wurde und er lehnte Anträge gegen seine Befangenheit selbst ab! Das Gericht kam auch seiner Aufklärungspflicht nicht nach, es drängte nicht darauf, daß die Zeugen aussagen, etwa im Falle Lochte, wo der Antrag der Verteidiger, Zwangsgeld festzusetzen, abgelehnt wurde. Der Vorsitzende Schenck ging sogar soweit, daß er nach einem Beschluß, seine eigenen Fragen an den Zeugen als unzulässig abwies!

Solidarität mit inhaftierten und angeklagten Genossen!

In Hamburg und vor allem in Norderstedt, wo Borvin Wulf wohnt, hat es einige kleinere Veranstaltungen, Flugblätter u. ä. gegeben, in denen über den Prozeßverlauf berichtet wurde, über die Behinderungen der Verteidigung, über die Haftbedingungen etc.

Auch über die politische Arbeit Borvins vor seiner Verhaftung wurde breiter informiert: sein Engagement für die türkischen Kollegen, von denen einer (Neset Danis) bei einem Faschistenüberfall ermordet wurde; seine Aktivität für die Haftverschonung der krebskranken Katharina Hammerschmidt etc.

Damit ist der Weg gezeigt, auf dem derart massive Angriffe in Zukunft stärker zurückgekämpft werden müssen!

IKAH, Hamburg

Fortschrittliche Juristen weiter diskriminiert

Schleswig-Holstein. Im Mai 1975 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß auch „Radikalen" die Möglichkeit verschafft werden muß, den staatlichen Vorbereitungsdienst nach dem Jura-Studium zu durchlaufen. Die CDU hat jetzt einen Änderungsantrag zu einem Gesetz-Entwurf der SPD-Landtagsfraktion vorgelegt, wonach die Diskriminierung weiterhin gesetzlich verankert bleibt. Die CDU will neben dem Vorbereitungsdienst ein Praktikantenverhältnis anbieten. Das betrifft diejenigen, die als nicht „verfassungstreu" gelten. Sie werden deshalb auch nicht in „sicherheitsempfindlichen Bereichen" eingesetzt. Wer also das Praktikantenverhältnis durchläuft, ist sein Leben lang als „Radikaler" gestempelt und dürfte es entsprechend schwer haben, Arbeit zu finden.

Daß sich im Grundsatz gar nichts verbessert hat, wird auch daran deutlich, daß „a k t i v e Radikale" von dieser Regelung sowieso ausgenommen sind. *„Als Praktikant darf nach den Vorstellungen der CDU nicht eingestellt werden, wer sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung betätigt"* Bloße Parteimitgliedschaft soll also nicht genügen, wohl aber *„aktive Tätigkeit mit Außenwirkung"*, insbesondere die *„Ausübung von Gewalt mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung"*.

Die Teilnahme an der Brokdorf-Demonstration vom 19.2. hätte wohl schon gereicht, um als Jurist seine Berufsaussichten begraben zu können.

(Zitate aus „Kieler Nachrichten" vom 2.2.77)

Ein Kieler Genosse

Berufsverboteverfahren gegen RA Reinhard – schon wieder ausgesetzt!

Hamburg. Eigentlich sollte das „Ehrengericht" in Hamburg am 1.3.77 das Urteil über den Antrag auf ein vorläufiges Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Rheinhard (R.) verkünden. Doch es kam ganz anders: Die Staatsanwaltschaft stellte einen neuen Antrag auf vorläufiges Berufsverbot gegen den Rechtsanwalt. Dazu kramte sie Vorwürfe, die bereits Gegenstand eines ehrengerichtlichen Hauptverfahrens gegen R. im August 75 gewesen waren, wieder hervor. Vorläufiges Ergebnis: Der Prozeß wurde wieder ausgesetzt, voraussichtlich im Juni wird der Prozeß fortgesetzt, besser gesagt: wieder von vorne aufgerollt!

Um welche Vorwürfe geht es?

Das Verfahren gegen R. auf Verhängung eines vorläufigen Berufsverbots läuft bereits seit Oktober 76. Erstaunlicherweise wurde das Verfahren bereits am 11.10.76 bis Mitte Januar 77 ausgesetzt mit der Begründung, der Verteidigung von R. – RA Gottschalk-Solger, RA Hannover und RA Niese – müsse Gelegenheit gegeben werden, das umfangreiche Ermittlungsmaterial zu studieren. Erstaunlich deshalb, weil es in politischen Prozessen landläufige Praxis ist, eine wirksame Verteidigung durch Unterschlagung oder Nichtzurverfügungstellung von Akten zu behindern.

Um folgende Vorwürfe geht es im Wesentlichen:

– In der Mordsache Schmücker soll R. die Aussagen seiner damaligen Mandanten – Jandt, Bodeux u.a. – aufeinander abgestimmt, bzw. ihnen zur Aussageverweigerung geraten zu haben.

R. soll, nach der Aussage von Bodeux, gesagt haben, er wolle an der Verteilung der Beute aus Banküberfällen beteiligt werden?! (Im weiteren Verlauf zeigte sich, daß Bodeux die Rolle übernahm, die schon Ruhland und Müller zuvor gespielt hatten. Durch umfangreiche Aussagen belastete er die Gruppe, der er angehörte, je nach Bedarf.)

– Verschicken von Verteidigerpost an I.Jandt, die gar keine gewesen sei, (so z.B. ein Gutachten über die für die Verteidigergespräche in Stuttgart-Stammheim eingerichteten Panzerglaskäfige.)

1. Anlauf: Ehrengerichtliches Hauptverfahren

Bereits im August 75 wurde ein ehrengerichtliches Hauptverfahren gegen R. eingeleitet, d.h. hierbei ging es um die Frage: endgültiges Berufsverbot oder nicht. Damals war R. zu 3.000 DM Geldstrafe und einem Verweis verurteilt worden. Dieses Hauptverfahren wurde nicht rechtskräftig, da sowohl die Staatsanwaltschaft als auch R. in die Revision gingen und das Urteil formal zurückgewiesen wurde. Ein weiteres Verfahren steht aus. Damals wurden die folgenden Vorwürfe erhoben:

– R. habe an einer Demo in Karlsruhe anläßlich des Hungerstreiks von Rechtsanwälten teilgenommen,

– R. sei „ausfallend" gegenüber Richtern und Staatsanwälten geworden,

– R. hätte Briefe als Verteidigerpost verschickt, die nicht Verteidigerpost gewesen seien,

– R. hätte die Schußwunden von K.-H. Roth im Knast fotografiert.

Die alten Vorwürfe werden wieder ausgegraben

Am 25.2.77 kreuzte nun die Staatsanwaltschaft mit einem weiteren Antrag auf ein vorläufiges Berufsverbot auf. Dazu wurden die alten Vorwürfe wieder aufgewärmt. Gleichzeitig wurde ein Verbinddungsantrag mit dem bisher laufenden Verfahren gestellt, damit nicht das jetzige Verfahren mit einem möglicherweise positiven Ergebnis für R. beendet wird. Auf deutsch heißt das: Das bisherige Verfahren war praktisch für die Katz und im Juni geht der ganze Kram etwas erweitert von vorne los! Daß R. zermürbt werden soll, macht auch noch folgende Tatsache deutlich: Der neue Antrag ist bereits am 18.2. beim Ehrengericht gewesen. R. erfuhr aber erst am 25.2. davon, dazwischen lagen noch 2 Verhandlungstage des laufenden Ehrengerichtsverfahrens, nämlich der 23.2. und 25.2., beide in West-Berlin.

Auf den ersten Blick, so könnte man meinen, ist ein vorläufiges Berufsverbot doch weniger ‚schlimm' als ein endgültiges. Die Rechnung geht jedoch so nicht auf, denn:

1.) In einem – nicht mehr gültigen – Paragraphen der Bundesrechtsanwaltsordnung war früher festgelegt, daß nach der Verhängung eines vorläufigen Berufsverbots innerhalb einer bestimmten Frist das Hauptverfahren eröffnet werden mußte. Dieser Passus ist nun ersatzlos gestrichen, d. h. ein vorläufiges Berufsverbot wird dann zum endgültigen Berufsverbot, wenn die Staatsanwaltschaft das Hauptverfahren nicht eröffnet.

2.) Die Tatsache, daß jetzt wieder die alten Kamellen aufgewärmt werden, läßt darauf schließen, daß es der Staatsanwaltschaft um eine Verurteilung um jeden Preis geht.

Müller als Zeuge?

Einigen Wirbel hatte die Tatsache ausgelöst, daß zur Eröffnung des Verfahrens im Oktober von R., bzw. seinen Verteidigern, u.a. der bekannte Kronzeuge Müller (der in verschiedenen anderen Verfahren Angeklagte der RAF belastet hatte), als Zeuge dafür benannt wurde, daß R. schon immer ein distanziertes Verhältnis zur RAF gehabt habe. Nach Aussagen von R. ging es bei diesem Antrag – der nach der Aussetzung des Verfahrens übrigens nicht mehr gestellt wurde – vor allem darum, das zu verhindern, was im Groenewold-Verfahren passiert war: Groenewold bekam praktisch an einem einzigen Tag – ohne daß über die einzelnen Anklagepunkte verhandelt wurde – ein vorläufiges Berufsverbot verpaßt. Durch das Stellen möglichst vieler Anträge sollte verhindert werden, daß die Staatsanwaltschaft auch hier kurzen Prozeß machen konnte. Die eine solche Begründung macht n. E. den Antrag nicht besser oder ungefährlicher. Eine entlastende Aussage zugunsten von R. hätte sehr schnell zu einer Belastung aller der Anwälte führen können, die in RAF-Verfahren verteidigt haben oder noch verteidigen: mit dem Umkehrschluß, daß sie dann wohl kein „distanziertes Verhältnis" zur RAF hatten. In einigen Verfahren ist der Vorwurf, daß sich die Anwälte den „Befehlen" der RAF untergeordnet hätten, ja auch bereits erhoben worden. Hinzu kommt, daß gerade die Verteidiger, die in Verfahren tätig sind, wo Müller als Belastungszeuge auftritt, Beweise für die völlige Unglaubwürdigkeit Müllers erbracht haben.

Initiativkomitee Arbeiterhilfe (IKAH) Hamburg

Roth/Otto–Prozeß

Köln. Im Roth/Otto-Prozeß wurde am 6. Verhandlungstag die Anklageschrift verlesen. In den folgenden Tagen gaben Roland und Karl-Heinz Erklärungen zur Person ab (liegen gedruckt vor und sind für zus. 3.– DM incl. Porto beim Unterstützungsbüro zu erhalten).

Seit dem zehnten Verhandlungstag hat die Beweisaufnahme begonnen. Der Vorsitzende Draber hat es in diesen ersten Verhandlungstagen verstanden, den Prozeß zu einem „Fall Draber" werden zu lassen, wie das Unterstützungsbüro schreibt. Durch willkürliche Behandlung (meist Ablehnung) von Anträgen, die er einfach ohne Beratung mit den übrigen Richtern fällte, hat er einen Verhandlungsstil gefunden, der selbst in der bürgerlichen Presse (wie „Stern", „Spiegel" etc.) auf Ablehnung stieß. Festzustellen ist, daß Karl-Heinz weiterhin verhandlungsunfähig ist und Draber sich weigert, die Verhandlungsunfähigkeit durch einen anerkannten Spezialisten feststellen zu lassen. Darüberhinaus sitzt Karl-Heinz wieder in Isolationshaft, weil er einen Antrag von Gefangenen aus dem Haftkrankenhaus, der nach dem neuen Strafvollzugsgesetz ausdrücklich erlaubt ist, mit unterzeichnet hat. Der Antrag forderte Hafterleichterungen, die im Sinne der Genesung nötig, sinnvoll und praktikabel (!) sind.

In der letzten Woche gab es erneut scharfe Auseinandersetzungen zwischen Verteidigung einerseits und Gericht andererseits: Armin Golzem, Vertrauensverteidiger von Karl-Heinz: *„Es fehlen nicht nur eine ganze Reihe von Beweismitteln, es sind auch noch eine Reihe mehr vernichtet worden."* Es „fehlen" zum Beispiel Führerschein und Kraftfahrzeugschein von Karl-Heinz. Der Staatsanwalt Wilhelm konnte über den Verbleib keine Angaben machen, empörte sich aber über den Vorwurf, Beweismittel seien abhanden gekommen!

Wären nicht Linke angeklagt, wäre es kein politischer Prozeß, dann wäre diese Schmierenkomödie bereits als Justizskandal aufgeflogen!

Solidarität heißt auch solidarische Auseinandersetzung mit der Politik der verfolgten Genossen

Über die Zielsetzung der Kampagne schreibt das Unterstützungsbüro, daß der Prozeß nicht isoliert gesehen werden darf. Es weist auf die Parallelität zum Prozeß gegen Peter-Paul Zahl hin, der seiner Gesinnung wegen zur Höchststrafe verurteilt wurde. Er weißt hin auf den laufenden Prozeß gegen Christina Doemeland und Waltraud Siepert, die angeklagt sind wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, über die noch kein Gericht verhandelt hat, und die, wenn der Prozeß gegen ihre angeblich Mitglieder (Bewegung 2. Juni) beginnt, bereits als existent behandelt wird, ohne daß die eigentlichen Angeklagten sich gegen den Vorwurf verteidigen könnten.

In dem Zusammenhang wirft das Büro eine für die Solidarität mit politischen Gefangenen wichtige Frage auf: Früher habe man die Auffassung vertreten, *„man müsse mit den politischen Gefangenen solidarisch sein, weil sie als „Opfer" der Staatsgewalt ausgeliefert seien. Diese Auffassung teilen wir nicht. Solidarität, die sich nur auf den Opferaspekt beschränkt, ist keine. Nur das „Opfer-sein" betonen heißt: wir haben nichts mit ihnen zu tun, nichts mit ihren Handlungsweisen, nichts mit ihren Vorstellungen. Eine Notwendigkeit zur inhaltlichen Auseinandersetzung besteht nicht mehr. Gerade wenn wir noch eine Beziehung zu den Gefangenen haben, sie in ihren Entscheidungen und in ihrem Verhalten ernst nehmen, betrachten wir sie nicht als Opfer. Wir akzeptieren sie als handelnde Personen, als kämpfende Genossen. Erst das ist Solidarität. Erst dadurch verhindern wir, daß sich die Funktion des Knastes – der Raub der Identität – durchsetzt. Praktische Solidarität heißt dabei keineswegs, eine ähnliche oder identische Praxis wie der zu machen, mit dem ich solidarisch bin. Sie kann sich auch ausdrücken, in praktischer solidarischer Kritik, in einer solidarischen Auseinandersetzung."*

Wir halten diese Stellungnahme zur Frage der Solidarität für einen Schritt in die richtige Richtung, den es nach Kräften zu unterstützen gilt!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

(Spendenkonten für die Arbeit des Unterstützungsbüros: W. Hippe 135816-508 Postscheckamt Köln und 105103287 Stadtsparkasse Köln)

Informationen zu dem Prozeß sind zu erhalten beim
Unterstützungsbüro
Roland Otto/Karl-Heinz Roth
Glasstraße 80
5 Köln 30
Tel. 0221/52 05 79

IKAH, Hamburg

Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwalt v. Plottnitz

Folgende Pressemitteilung wurde uns von dem Frankfurter Rechtsanwaltsbüro Golzem/v. Plottnitz/Riedel/Koch zugeschickt:

Pressemitteilung

Am Samstag, den 5. März 1977 findet um 9.30 Uhr im Gerichtsgebäude A der Frankfurter Justizbehörden, Saal 147, vor der II. Kammer des Ehrengerichts für den Bezirk der Rechtsanwaltskammer Frankfurt/Main der erste Tag der Hauptverhandlung des Ehrengerichtsverfahrens gegen den Frankfurter Rechtsanwalt Rupert von Plottnitz statt. Auf Initiative der Bundesanwaltschaft erhebt die in Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwälte zuständige Anklagebehörde, die Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht, gegen den Rechtsanwalt in zwei Anschuldigungsschriften von 25 und zehn Seiten Stärke unter Anführung einer Vielzahl von Einzelpunkten den Vorwurf, er habe als Verteidiger des im Stuttgarter RAF-Prozeß angeklagten Jan Raspe sich standeswidrig verhalten, weil er „ ... wiederholt die Sitzung erheblich gestört sowie allein oder in Zusammenwirkung mit anderen Verteidigern durch sach- und pflichtwidriges Auftreten den geordneten Verfahrensablauf ernsthaft gefährdet ..." und vornehmlich auf Agitation beschränkt und dabei u.a. immer wieder Verfahrensbeteiligte und Repräsentanten staatlicher Institutio-

fährdet ..." und vornehmlich auf Agitation beschränkt und dabei u.a. immer wieder Verfahrensbeteiligte und Repräsentanten staatlicher Institutio-

nen beleidigt sowie durch haltlose Unterstellungen verdächtigt und verunglimpft ..." habe.

Die Angeklagebehörde strebt, wie inzwischen offiziell bekannt geworden ist, ein Berufsverbot für Rechtsanwalt v. Plottnitz an.

Die Anschuldigungsschriften machen sich nicht nur die mit der Strafprozeßordnung nicht vereinbare Rechtsansicht zu eigen, eine an rechtsstaatlichen Maßstäben und strikter Parteinahme für den Angeklagten orientierte Verteidigung sei mit einer geordneten Strafrechtspflege nicht vereinbar, sie reißen darüber hinaus die in ihnen geschilderten Verhaltensweisen und Äußerungen des Rechtsanwalts aus den konkreten Zusammenhängen der Prozeßsituation in Stuttgart-Stammheim heraus, um auf diese Weise mit zusammenhanglosen Zitaten ein standeswidriges Verhalten zu suggerieren.

Spätestens seit der Aufdeckung des Aktenversendeskandals um den ehemaligen Vorsitzenden im Stammheimer Verfahren, Richter Dr. Prinzing, und den als Revisionsrichter für das Stammheimer Verfahren zuständigen Bundesrichter Meyer ist in der Öffentlichkeit klar, gegen welche rechtswidrigen Maßnahmen von seiten des 2. Strafsenats bei dem Oberlandesgericht Stuttgart und der Bundesanwaltschaft die Verteidigung im RAF-Prozeß tagtäglich zu kämpfen hatte. Die Art und Weise, wie in Stuttgart-Stammheim die rechtsstaatlichen Mindestgrundsätze für das Strafverfahren teilweise offen mit Füßen getreten worden sind, ist inzwischen auf öffentliche Kritik gestoßen; dem gegenüber bezeichnen die Anschuldigungsschriften gegen Rechtsanwalt v. Plottnitz jeden seiner Angriffe gegen diesen Umgang mit der Strafprozeßordnung als sachlich nicht gerechtfertigt.

Das Verfahren gegen Rechtsanwalt v. Plottnitz ist eines von weit über 70 Ehrengerichtsverfahren, mit welchen Rechtsanwälte bis hin zur Existenzvernichtung diszipliniert werden sollen, die in politischen Prozessen auf der Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze bestehen. Hierbei ragen besonders die Verfahren gegen Verteidiger von Gefangenen aus der RAF heraus, gegen die bisher die weitestreichenden Maßnahmen getroffen worden sind:

ren gegen Verteidiger von Gefangenen aus der RAF heraus, gegen die bisher die weitestreichenden Maßnahmen getroffen worden sind:

Vorläufiges Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Groenewold, Hamburg, Straf- und Ehrengerichtsverfahren mit dem Ziel des Berufsverbots gegen Rechtsanwälte Stroebele, Berlin und Dr. Croissant, Stuttgart, Strafverfahren gegen Rechtsanwalt Groenewold wegen angeblicher Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (RAF) a l l e i n durch legale Verteidigertätigkeit, Ehrengerichtsverfahren gegen ausnahmslos alle Verteidiger von Angeklagten aus der RAF, die diesen Angeklagten nicht als mit Recht so genannte Zwangsverteidiger aufoktroyiert wurden. Es ist offensichtlich, daß mit derartigen Maßnahmen eine unbefangene Verteidigung in solchen Verfahren von vornherein unmöglich gemacht werden soll.

(Bernd Koch)
Rechtsanwalt
als Verteidiger des
Rechtsanwalt v. Plottnitz

„Meineidsprozeß" in Buxtehude

Am 24.2. endete der Buxtehuder Meineidsprozeß vor dem Jugendschöffengericht mit Freispruch für die drei Angeklagten. Das Urteil wurde von den ca. 100 Zuschauern begeistert aufgenommen.

Vor drei Jahren fand in Buxtehude ein Prozeß gegen einen Antifaschisten statt, in dem die Aussage eines Bullen den Aussagen der (jetzt angeklagten) Entlastungszeugen gegenüberstand (AK68, S. 43). Natürlich wurde dem Bullen geglaubt.

Zwischen dem ersten Prozeß und der Berufungsverhandlung liefen Einschüchterungsversuche in Form von Verhören, Verdrehungen der Aussagen und massiven Drohungen durch die Polizei (Ermittlungsbeamter Banasch).

Der Antifaschist wurde zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt.

Nun nach mehr als zwei Jahren stehen die drei Entlastungszeugen als Angeklagte wegen Meineids vor Gericht.

Der Prozeß war von vornherein darauf angelegt, die drei Genossen von der „KPD/ML" zu kriminalisieren. Dies drückt sich darin aus, daß Richter Konopka in einer geradezu verarschenden Art die drei ausfragte („Wie alt waren Sie zur Tatzeit?", „Wie war Ihre Durchschnittsnote in der Schule?", „Können Sie nicht rechnen?"). Die Zeugenaussagen sollten als „jugendliche Unreife" ausgelegt werden. Dadurch, daß die drei in ihrer Stellungnahme zur Anklageschrift diesen Prozeß als einen politischen Prozeß bezeichneten und dies durch viele Beispiele belegten, gelang es Richter und Staatsanwalt nicht mehr, den Prozeß nach ihren Vorstellungen zu führen. Es war auch dem offensiven Vorgehen der Rechtsanwälte zu verdanken, daß die Bullenaussage sich als völlig unglaubwürdig und widersprüchlich entlarvte. Für die Anklage ergab sich daher die peinliche Situation, daß der Prozeß sich als reiner Einschüchterungsversuch entlarvte. „Er (der Staatsanwalt) *deutete in seinem Plädoyer sogar an, daß aufgrund der Aktenlage der Prozeß hätte gar nicht eröffnet werden dürfen*" („Stader Tageblatt", 26.2.77).

Die Aktenlage war natürlich lange vor dem Prozeß bekannt!!

In dem besagten Plädoyer brachte er noch den Hammer, daß er meinte, „man könne an der Glaubwürdigkeit des als Zeugen geladenen Polizeibeamten keine Zweifel hegen" („Stader Tageblatt", 26.2.77). Widersprüchlicher geht's ja wohl nicht mehr: Einmal mußten die drei freigesprochen werden, andererseits wird noch versucht, den Bullen reinzuwaschen.

Zwei AK-Leser aus Stade und Buxtehude

4 Monate Gefängnis wegen Zeitungsartikeln

Betzdorf. Am 14.2. stand Ruth Heuzeroth („KPD/ML") das dritte Mal innerhalb von drei Jahren vor Gericht. Sie zeichnete für Artikel in „Die Wahrheit" (Organ der „KPD/ML" im Siegen-Olpe) verantwortlich.

Bei diesem Prozeß wurde ihr die Berichterstattung über eine Wahlveranstaltung mit Dregger (CDU) vorgehalten. Auf der Veranstaltung war Ruths Mann geschlagen worden, was durch Zeugenaussagen genauso belegt wurde wie die üble Behandlung von Ruth selbst. Diese Behandlung wurde in dem Artikel als „faschistische Terrormethode" bezeichnet. Darüber hinaus wurde Ruth Beihilfe zu Artikeln vorgeworfen, die die Mitangeklagten R. Götz und R. Ficker verfaßt hatten, in denen es um RAF-Aktionen ging. Die Verteidigerin von R. Ficker stellte den Antrag, diese Anklagepunkte fallenzulassen, da darüber erst nach dem Urteil in Stuttgart-Stammheim befunden werden könne. Wegen „Beleidigung", „Verächtlichmachung" und Verstoß gegen das Pressegesetz wurde R. Heuzeroth zu drei Monaten mit Bewährung, R. Ficker zu einem Monat mit Bewährung und R. Götz, der sich von der „KPD/ML" und seinen früheren Artikeln sehr anbiedernd distanziert hatte, zu 900 DM Geldstrafe verurteilt.

IKAH Hamburg

Ein Plakat – 110 DM Geldbuße

Ein Plakat – 110 DM Geldbuße

Pforzheim. In einem Bußgeldverfahren wurden vom Amtsgericht Pforzheim 2 Schüler am 23.2. zu insgesamt 110 DM Geldbuße und Übernahme der Verfahrenskosten verurteilt. Sie sollen ein Plakat (Bundestagswahlparole „Freiheit") an ein öffentliches Gebäude geklebt haben. Zur Beweisführung mußte u.a. herhalten, daß sie, als sie von der Polizei festgenommen wurden, wohl keine Plakate, dafür aber Aufkleber bei sich hatten. Damit war die linke Gesinnung hinreichend nachgewiesen. Die Urteilsbegründung strotzte von primitivstem Antikommunismus: *„Diese Leute* " (damit meinte der Richter die Linken) *„nehmen sich und machen sich doch bloß wichtig"*; der KBW beispielsweise würde „alles mit Schmierzetteln vollpflastern". Dieses Urteil hat wieder mal gezeigt, daß die Klassenjustiz der Linken jedes Recht auf freie Meinungsäußerung streitig machen will.

KB-Sympatisanten Pforzheim

Ermittlungsverfahren gegen RA v. Plottnitz

Frankfurt. Aus der Giftküche der Bundesanwaltschaft kommen wieder einmal völlig haltlose Beschuldigungen gegen den Frankfurter Rechtsanwalt Rupert von Plottnitz. Er wird beschuldigt, im Frühjahr 73 eine konspirative Wohnung gemietet zu haben, um Angehörigen der RAF dort einen Aufenthalt zu ermöglichen. Plottnitz hat diese Anschuldigungen zurückgewiesen. Man darf also gespannt sein, was sich die Bundesanwaltschaft nun einfallen läßt.

Der Versuch RA Plottnitz zum Terroristenhelfer auszubauen, kommt – welch ein Zufall – zu einem Zeitpunkt, wo das Ehrengerichtsverfahren gegen ihn wegen seiner treffenden Äußerungen im Stammheimer Prozeß kurz bevorsteht. Die Vermutung liegt also nahe, daß es sich bei den Beschuldigungen um reine Stimmungsmache gegen den prominenten fortschrittlichen Anwalt handelt.

Die Zulassung von RA Riemann als Verteidiger von Plottnitz wurde übrigens abgelehnt, da Riemann schon als Verteidiger in einem anderen Zusammenhang mit dem „Komplex-RAF" fungiert. Anders ausgedrückt heißt das, daß die Bundesanwaltschaft die Beschuldigungen gegen RA Plottnitz auf dieselbe Stufe wie die RAF-Prozesse selbst stellt.

KB/Gruppe Frankfurt

Polizist wegen Körperverletzung im Amt verurteilt

Am 25.2. verurteilte das Hamburger Amtsgericht den Polizeimeister Walter S. zu 2.700 DM Geldstrafe wegen „Körperverletzung im Amt". Am 15.Mai 76 war an einer Straßenbahnhaltestelle in Hoheluft gegen 24 Uhr folgendes passiert: der 16 jährige Lehrling Andreas trat, beschwingt durch 2 Flaschen Bier, gegen das Fahrplanschild. Ein Funkstreifenwagen hielt und wollte Andreas mitnehmen. Andreas: *„Ich bekam Angst wegen meiner Lehrstelle und meines Vaters. Ich lief davon. Er (der Polizist) holte mich ein und schlug mir seine Faust dreimal auf den Mund. Meine Lippe war gerissen, die Zähne wackelten, Blut floß."*

Der Polizist: *„Wir sind gestolpert und hingefallen"*. In erster Instanz hat Andreas Recht bekommen, doch wurde sofort Berufung eingelegt. Die Justiz wird dann wahrscheinlich wieder die Westen der Polizei „reinweichen" (Angaben nach Mopo,26.2.77).

IKAH Hamburg

Knast

Nachrichten aus dem Knast

Stammheim. Am 17.2.77 wurde der 7. Stock der Vollzugsanstalt generalstabsmäßig durchsucht, weil ein Anwalt angeblich ertappt wurde, als er ein elektronisches Bauteil „in die Anstalt schmuggeln" wollte. Der Anwalt hatte vor seinem Besuch eine Aktentasche an der Pforte abgegeben, in der sich eine feuerfeste Platte, wie sie für Toaster benutzt werden, befand. Beim Rausgehen warf man ihm deswegen versuchte Gefangenenbefreiung und Strafvereitelung vor! Drei Stunden später wurde der ganze Trakt von 32 Staatsschützern auf den Kopf gestellt. Nach zwei Stunden wurde eine kleine Kochplatte – „illegale Kochstelle" – aufgespürt (sie hatte die ganze Zeit offen auf dem Tisch gelegen. Sie diente zur Erwärmung des kalten Anstaltsessens!

Berlin-Moabit. Am 15.2.77 sind die Gefangenen Fritz Teufel, Roland Fritsch, Ralph Reinders, Andreas Vogel, Till Meyer und Gerald Klöpper von 30 – 50 Knastbullen verprügelt worden.

Vorwand: Sie hatten in der Freistunde mit einem faustgroßen Papierball gespielt! Die Anwälte dazu: *„Das Vorgehen der Anstaltsleitung ist nur so zu verstehen, daß diese durch eine bewußte Provokation versucht, die bisher gewährten Hafterleichterungen wie gemeinsame Freistunden und gemeinsame Sportveranstaltungen wieder rückgängig zu machen."*

IKAH, Hamburg

Achtung: Zur Büchertauschzentrale für Gefangene

Uns sind mehrere Briefe zugegangen, in denen vor dem „Gefangenenkampf" (ein Zusammenschluß der IFG/Bielefeld Initiative für Gefangenenhilfe" und dem Medienzentrum Fuhlsbüttel/Hamburg) gewarnt wird. Die Warnungen beziehen sich v.a. auf den Kontaktmann der Büchertauschzentrale, Heinz Karbe in Dorsten, von dem mehrere unrühmliche Beispiele aus seiner Vergangenheit berichtet wurden. Wir werden diesen Vorwürfen nachgehen und darüber im nächsten AK berichten. Nach Aussage eines Mitglieds des Medienzentrums Fuhls-

werden diesen Vorwürfen nachgehen und darüber im nächsten AK berichten. Nach Aussage eines Mitglieds des Medienzentrums Fuhls-

büttel wird auch im „Gefangenenkampf" zur Zeit diskutiert, ob sich die Gruppe von Heinz Karbe trennen wird.

IKAH Hamburg

Redaktionelle Anmerkung

Der fünfte Teil des Artikels „Die politischen Gefangenen in der BRD" mußte für diesen AK aus arbeitsökonomischen Gründen verschoben werden. Wir bitten an dieser Stelle nochmal alle Gefangenen, Genossen, Rechtsanwälte und Leute, die mit den Gefangenen zu tun haben, uns Material über die Prozesse, über die Zustände im Knast etc. zuzusenden.

IKAH Hamburg

Berichtigung zum Artikel „Prozeß gegen den Gefangenenrat" (AK 98)

Zu dem Artikel „Prozeß gegen den Gefangenenrat" in AK 98, S. 16 erreichten uns mehrere Briefe von Mitgliedern des Gefangenenrats und von einem anderen Gefangenen. Den Leserbrief von Herbert Henrich, der durch den Artikel direkt angegriffen worden war, drucken wir nebenstehend vollständig ab. In diesen Briefen wird – wie wir meinen auch zu Recht – unsere Berichterstattung zum Gefangenenrat angegriffen, bei der uns ein böser Fehler unterlaufen ist. Dort wird behauptet, daß u.a. auch Henrich als Mitglied des Gefangenenrats belastende Aussagen gemacht haben soll und nicht mehr im Knast sitzen würde. Diese Informationen hatten unsere Frankfurter Genossen von Genossen bekommen, die mit dem Prozeß zu tun hatten. Falsch ist daran auf jeden Fall, daß Herbert Henrich nicht mehr im Knast sitzt, tatsächlich sitzt er schon fast zwei Jahre im Knast. Ob Herbert Henrich belastende Aussagen gemacht hat, wird der Prozeß ergeben, und es war ein böser Fehler von uns, diese Behauptung unseres Frankfurter Informanten unüberprüft zu übernehmen.

Ein Gefangener aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) in Frankfurt schrieb uns, daß Herbert Henrich im Knast nicht nur sehr solidarisch zu den anderen Gefangenen ist, sondern selber einer ausgesprochen schikanösen Behandlung ausgesetzt ist. Dieser Gefangene schickte uns auch eine Verfügung des Leiters der JVA Butzbach gegen Herbert Henrich vom 17.1.77, in der gegen Herbert wieder verschärfte Isolationshaft verhängt wurde. Dies wurde mit „Fluchtgefahr", „erhöhter Gefahr von Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen" und „erheblicher Störung der Anstaltsordnung" begründet. (Herbert hatte sich an den Protesten der Gefangenen in der JVA Frankfurt I beteiligt.) Als „besondere Sicherheitsmaßnahmen" wurden gegen Herbert Henrich angeordnet:

- *„Entzug – Vorenthaltung von Gegenständen, die geeignet sind, eine Flucht oder Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen zu fördern oder die Übersichtlichkeit (?!) in der Zelle beeinträchtigen.*
- *Wiederholte Beobachtung bei Nacht.*
- *Absonderung von anderen Gefangenen (auch Ausschluß vom Gottesdienst – von allen Veranstaltungen).*
- *Einzelfreistunde*
- *Tägliche Durchsuchung des Gefangenen, seiner Sachen und des Haftraumes".*

Noch ein Wort zu der scharfen Kritik der Genossen aus dem Knast: Wir bemühen uns im AK seit längerer Zeit, ein so vollständiges und wahrheitsgetreues Bild wie möglich über die Zustände und die Unterdrückung im Knast zu geben. Die Zensur gegen Euch wirkt sich aber natürlich auch auf unsere Berichterstattung aus, denn längst nicht alle Briefe und Informationen aus den Knästen kommen bei uns an, so daß wir teilweise auf die „Bullenberichterstattung" in der bürgerlichen Presse zurückgreifen müssen – mit der notwendigen Skepsis, versteht sich. Es tut uns leid, daß uns dieser böse Fehler im Fall Herbert Henrich unterlaufen ist. Gefreut hat uns aber, daß Ihr so prompt darauf reagiert habt und wir bitten Euch, weiter möglichst viele Informationen über Eure Lage im Knast an uns zu schicken.

IKAH Hamburg

Leserbrief von Herbert Henrich

herbert henrich
kleeberger str. 23
6308 butzbach

11.2.77

liebe antifa, zum artikel im ak 98 folgende erklärung: ich habe keine aussagen gemacht, noch jemand belastet, bin ich nicht frei, sondern seit august 75 bis auf (zusammengeklekkert) 3 monate, ständig in ISO, also auch jetzt. es ist bedauerlich, daß ihr euch so ohne weiteres in die reihen derer stellt, die für die bullen arbeiten, mithin „euer soll" erfüllt; was sollen diese miesen diffamierungen? ich würde genauso den bullen in die arme arbeiten, würde ich meine „fehler" und „verdienste" usw. rausstellen. ich würde um der solidarischen kritik wegen vorschlagen, erstmal abzuwarten, was die verhandlung ergibt – auf jeden fall von der ebene, die ihr hier eingeschlagen habt, schleunigst weggehen; sie ist nicht nur ne denunziation gegenüber einem genossen, sondern instrumentalisierte übernahme von bullenküchen und nicht zuletzt ne üble provokation.

herbert henrich

Verschärfte Unterdrückung in Moabit

Westberlin. In letzter Zeit sind die Genossen Ronald Fritzsch, Gerald Klöpper, Ralf Reinders, Fritz Teufel, Andreas Vogel und Till Meyer, die seit September 1975 in der Untersuchungshaftanstalt Moabit sitzen und als Aktivisten der Bewegung 2. Juni (sie sollen Lorenz entführt haben) beschuldigt werden, verschärften Übergriffen und Provokationen von Seiten der Anstaltsleitung und des Staatsschutzes ausgesetzt.

Der letzte Hammer passierte am 15. Februar: Die 6 Genossen, die seit Oktober 76 in Kleingruppenisolation sind (d.h. sie haben nur untereinander und nicht mit den anderen Gefangenen Kontakt) spielten während der gemeinsamen Freistunde mit einem selbstgebastelten Fußball.

Als die Bullen das den Genossen verbaten und diese trotzdem weiterspielten, gab ein Bulle Alarm und ca. 40 Bullen stürzten sich auf die Gefangenen. Jeweils mit mehreren Bullen drehten sie Gerald die Arme brutal auf den Rücken, warfen Andreas zu Boden und traten ihm in die Rippen, zerrten Ralf an den Haaren vom Hof und schlugen Till, der bereits am Boden lag, brutal zusammen. Fritz wurde von einem Bullen dermaßen gewürgt, daß er zu ersticken drohte. Alle sechs Genossen zogen sich schlimme Körperverletzungen zu und erstatteten Strafanzeige gegen die Bullen. Der Anstaltsleiter drehte daraufhin – wie üblich – den Spieß um und verhängte Einzelisolation für die Genossen. Diese soll solange bestehen, bis sich die Genossen für die „Verletzungen" (?) der Bullen entschuldigt haben!

Diese jüngste Provokation, (die Rote Hilfe Westberlin hat in einem Bericht die ganzen Angriffe, die gegen die Genossen gelaufen sind, dargestellt), ist im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Wally Siepert und Tina Doemeland zu sehen, in dem die Genossinnen der Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung", der die 6 Genossen angehört haben sollen, beschuldigt werden (s. dazu den Artikel in AK 97, S. 13).

Durch den Prozeß soll gerichtlich festgeschrieben werden, daß Wally und Tina die „Bewegung 2. Juni" unterstützt haben, b e v o r überhaupt bewiesen ist, daß 1. der 2. Juni eine „kriminelle Vereinigung" ist 2. die Raubüberfälle, die dem 2. Juni zur Last gelegt werden, tatsächlich nachgewiesen worden sind. Die 6 Genossen, die von Generalbundesanwalt Buback als „Aktivisten" des 2. Juni bezeichnet werden, haben keine Chance, sich gegen die Vorwürfe zur Wehr zu setzen, weil sie ja in dem Siepert/Doemeland-Prozeß gar nicht angeklagt sind. Ist aber erst der Prozeß gelaufen, dann ist gerichtsnotorisch, daß der 2. Juni eine „kriminelle Vereinigung" ist, daß die Genossen Raubüberfälle begangen haben usw. usf. Selbst für die westdeutsche Klassenjustiz ist dieser Vorgang (noch) einmalig!

Die 6 Genossen sind durch den laufenden Prozeß gegen Tina und Wally einem steigenden Druck ausgesetzt, und der soll jetzt offenbar durch die Aufhebung der Kleingruppenisolation und Wiedereinführung der totalen Isolationshaft verstärkt werden.

Durch die vom Staatsschutz provozierten Zwischenfällen, wie bei dem oben beschriebenen Fußballspiel, wird wohl noch eine zweite Strategie verfolgt: Angesichts der bereits absehbaren Beweisnot im 2. Juni-Prozeß soll durch solche und ähnliche Zwischenfälle die weitere Einbuchtung der Genossen gewährleistet bleiben. Wenn schon nicht wegen 2. Juni und Lorenz-Entführung, dann wegen Widerstandshandlungen. . .

IKAH Hamburg nach einem Bericht der Roten Hilfe Westberlin

Nürnberg – Volkstheater — Freiheit, die sie meinen

Fortschrittlichen Künstlern gehts langsam auch an den Kragen. Verglichen mit anderen Bereichen konnten sie sich eine Zeitlang noch relativ unbehelligt in den Gefilden ihrer Kunst tummeln. Doch das Klima ändert sich rasch, und auch hier beginnt mit den kälteren Zeiten die Treibjagd auf alles, was noch demokratisch ist. Ein weiteres Beispiel für die sich häufenden Angriffe auch auf fortschrittliche Ansätze in der Kunst konnte man kürzlich in den Nürnberger Zeitungen verfolgen.

Da hatte an den Städtischen Bühnen das Schauspiel „Ein Volksfeind" von Henrik Ibsen Premiere.

In diesem Stück geht es um den Badearzt eines aufstrebenden Badeortes, der entdeckt, daß das Wasser des Bades durch Fabrikabwässer total vergiftet ist. Er denkt an Umbau der Kläranlage und der Wasserleitung. Das allerdings gefällt den Herren Aktionären des Bades gar nicht, denn sie haben kein Interesse an weiteren Investitionen. Mit den bekannten Mitteln der Demagogie, Erpressung, Kriminalisierung etc. wird der Doktor isoliert und ihm wird verboten, seine Erkenntnisse zu veröffentlichen. Er läßt sich jedoch nicht einschüchtern, sondern bringt die Sache an die Öffentlichkeit. Hier wird er allerdings in einer infam manipulierten Volksversammlung zum „Volksfeind" erklärt. Dann wird er entlassen, erhält Berufsverbot, seine Wohnung wird ihm gekündigt, und in einer Art Sippenverfolgung werden sowohl sein Freund als auch seine Tochter (Lehrerin) entlassen und sogar seine Kinder werden aus der Schule nach Hause geschickt.

Zu diesem Stück hatte die Dramaturgie des Theaters ein Programmheft gemacht, das „*...den Versuch unternimmt, ein historisches Stück dadurch zu aktualisieren, daß auf zeitgenössische Analogien hingewiesen wird.*" („NZ", 3.2.77). „*Die Dokumentation solle, so heißt im Programmheft, dem Publikum einen Überblick über gegenwärtige Zustände und Vorkommnisse vermitteln. Der entscheidende Passus steht allerdings bereits im ersten Absatz. Dort heißt es nämlich unter Bezug auf Ibsens „Ein Volksfeind": Dr. Dr.Stockmann entdeckt einen Mißstand und bringt seine Kritik an die Öffentlichkeit. Dafür wird er bestraft. In diesem Programmheft soll ein Fall dokumentiert werden, der sich in Nürnberg in jüngster Vergangenheit zugetragen hat*"(„NN",2.2.).

Der Fall ist vielen Nürnbergern noch geläufig. Anwalt B. hatte in einem Prozess als Verteidiger von Musikern, die von Bullen verprügelt worden waren, erklärt, daß die täglichen Prügeleien in der Hertie-Wache stadtbekannt seien. Deshalb wurde er angeklagt. In 80 Verhandlungstagen wurden in erster und zweiter Instanz 86 Zeugen von ihm beigebracht, die dies bestätigten. Trotzdem wurde er verurteilt. Denn, wie man der Programmheftdokumentation entnehmen kann, qualifizierte das Gericht fast alle Zeugen als unglaubwürdig ab z.B. mit Kategorien wie: dem Rechtsstaat gegenüber verschlossen, rechtsfeindlich eingestellt, polizeifeindlich, jung, unreif, drogensüchtig ...

Das schien den Theaterleuten offensichtlich merkwürdig genug, um in diesem Urteil eher ein Willkürurteil zu sehen, mit dem Kritik am Staat und seinen Organen erstickt werden soll. Zumal gerade im Sommer und Herbst'76 in Nürnberg wieder etliche Artikel zu Bullenprügeleien in den Zeitungen auftauchten, die ebenfalls im Programmheft zu lesen sind.

Alles in allem wohl nicht gerade ein schlechter Versuch, auf „zeitgenössische Analogien" hinzuweisen. Besonders, weil der Fall der unmittelbaren, konkreten Nähe der Nürnberger entnommen ist und sich nicht in allgemeinen theoretischen Erörterungen über Parallelen zur BRD erschöpft, sondern konkrete, für jeden überprüfbare Fakten vorzeigt.

CSU - Ein Exzess

Daß damit ein empfindlicher Nerv getroffen wurde, beweißt treffend die auf das Heft folgende Reaktion der bürgerlichen Parteien. Die CSU stand Kopf und die SPD turnte sofort nach: Anfrage an den OB und Dringlichkeitsantrag im Kulturausschuß. CSU-Vize Bühl: „*Ein Exzess, der in den politischen Bereich hineingeht*" („NN",2.2.). Da haben wirs. Natürlich weiß die CSU, daß Theater immer politisch ist; aber sie will mit allen Mitteln die Lüge aufrechterhalten, daß die ihr genehmen politischen Inhalte in Kunstproduktionen selbstverständlich mit Politik nichts zu tun haben. In den hehren und reinen Höhen der Kunst wird immer nur das als „politisch" diffamiert, was nicht paßt. So ließ die CSU auf der Kulturausschußsitzung denn auch die Hosen runter und hetzte ungehemmt drauflos: „ *Die Volksfeind-Akte sei ein Skandal. Hier wurden die Grenzen der künstlerischen Freiheit überschritten, es geht um politische Agitation. Bühl meinte ironisch, daß man privat jeden Blödsinn auf eigene Kosten verzapfen kann*"(„NN", 5.2.). Und weiter: „*Er, Bühl, sei immer für ein 'in dubio pro libertate'* "(im Zweifel für die Freiheit - das war wohl auch gut so, daß er das lateinnisch gesagt hat, damit das keiner versteht), „*und die CSU hat ohne Murren hingenommen, wenn sich im Theater linkslastige Tendenzen breitgemacht hätten. Aber wenn Programmhefte in den Dienst politischer Veränderungen gestellt würden, dann spielen wir nicht mehr mit. Wer seine Energien statt für gutes Theater für politische Agitation einsetze, der solle sich bald nach seinem Hut umsehen, denn er werde ihn bald brauchen*" ('„NZ", 5.2.).



SPD - Meinungsfreiheit und Reißwolf

Überflüssig, nach diesen Drohungen und Hetztiraden noch zu betonen, daß es keineswegs um irgendwelche, auch vorgeschobenen sachlichen Mängel ging. Wie es z.B. die SPD als Vorwand benutzte, indem sie in blasierter Überheblichkeit befand, daß das Programmheft dem Thema des Stückes in keiner Weise gerecht werde („NN". „NZ". 3.2.). Warum dann der Wirbel? Aber die Perfidie ging noch weiter. Ihr Sprecher, Kulturdezernent Dr.Glaser, verpackte seine mit der CSU übereinstimmende Diffamierung demagogisch in ein grundsätzliches (Lippen-) Bekenntnis zum Prinzip der künstlerischen Freiheit.: „*Der Rechtsträger der städtischen Bühnen, hier die Stadt Nürnberg, vertreten durch das Schul- und Kulturreferat, mißbilligt zwar die Herausgabe des Programmhefts; es vertritt jedoch das Prinzip der künstlerischen Meinungsfreiheit auch dann wenn der Gebrauch dieser Meinungsfreiheit - wie hier - weder rational noch moralisch sich zu legitimieren vermag*". Und: „ *Bei einer Reihe von Beteiligten mögen ideologische Strategien ausschlaggebend gewesen sein: durch gezielte Provokation Stadt und Öffentlichkeit zu repressiven Maßnahmen zu veranlassen*".

„*Gleichwohl meint Dr.Glaser, müsse man die (künstlerische) Meinungsfreiheit auch dann achten, wenn ihre Absichten unredlich sind*" („NN", 3.2.).

So hat die SPD zumindest in Worten ihre größere Liberalität und Weltoffenheit gegenüber der CSU bewiesen. Aber: schaut man den Leuten nicht aufs Maul, sondern auf die Finger, dann sieht man - aber wen wunderts noch - wie diese Finger das Programmheft einziehen und in den Reißwolf stopfen. **„Ab sofort wird die Dokumentation eigezogen"**, steht in der „NN" vom 5.2. unter der Überschrift „Der Volksfeind im Reißwolf".

KB/Gruppe Nürnberg

Italien

Die Reaktion bereitet einen größeren Schlag gegen die revolutionäre Linke vor

Die Studenten- und Schülerbewegung in Italien, die vom Protest gegen die Studienreform (Malfatti-Plan) ausgegangen ist und sich mehr und mehr gegen die Andreotti-Regierung insgesamt richtet, hat neue schwere Angriffe überstehen müssen: Nach 15 Tagen Besetzung wurde die Universität in Rom am 17.2. polizeilich geräumt. Unmittelbar eingeleitet wurde diese Räumung durch die Revisionisten, die mit einer durch und durch als Provokation angelegten Veranstaltung des CGIL-Sekretärs Lama das auslösende Signal zur „Wiederherstellung der Ordnung" lieferten. Die PCI hat sich namentlich im Zusammenhang mit der neu aufgelebten Studentenbewegung mittlerweile soweit der reaktionären Andreotti-Regierung angedient, daß ihre Hetze gegen die revolutionäre Linke und ihre Recht- und Ordnungs-Vorschläge sich kaum noch von denen der Regierung selbst unterscheiden. Auf dem Hintergrund dieser jüngsten Erfahrungen erhält die von der revolutionären Linken getroffene Bezeichnung „Andreotti-Berlinguer-Regierung" eine zunehmende Berechtigung.

Während die Studentenbewegung jetzt verstärkt eine Verbreiterung und radikale Aktivierung der Opposition gegen die Regierung ansteuert und vor allem eine engere Verbindung zu den arbeitslosen Jugendlichen und zur Arbeiterbewegung insgesamt sucht, bereitet die Reaktion offensichtlich einen größeren Schlag gegen die revolutionäre Linke vor, mit dem sie die Massenbewegung in die Knie zu zwingen hofft. Diskutiert werden (unter Beteiligung der PCI!) bereits konkrete Pläne zur I l l e g a l i s i e r u n g revolutionärer Organisationen.

Nachdem die Mobilisierung unter den Studenten und zunehmend auch unter den Schülern durch die Ereignisse vom 1. und 2. Februar in Rom weiter radikalisiert wurde (lebensgefährliche Schußverletzung des Studenten Bellachioma durch ein Faschistenkommando und MP-Angriff ziviler Bullen auf eine Demonstration, bei dem die Genossen Tomasini und Fortuna schwere Verletzungen erlitten – siehe AK 99), kamen täglich weitere Meldungen über neue Besetzungen von Universitäten oder einzelner Fakultäten, über Demonstrationen und große Versammlungen. Am 16.2. fand ein koordinierter Aktionstag in fast allen Universitätsstädten statt: In Mailand waren wie schon am 3.2. erneut 15.000 auf der Straße, in Turin 10.000, in Neapel 8.000 (und weitere 3.500, die sich einem getrennten Zug der PCI-Jugendorganisation FGCI anschlossen), in Genua, Palermo und Cagliari je 3.000, in Mestre (bei Venedig) 2.000. Am folgenden Tag demonstrierten in Florenz 10.000, in Catania 4.000 und in Trento 3.000. Überall gewannen
renz 10.000, in Catania 4.000 und
in Trento 3.000. Überall gewannen
über den Protest gegen die Studienreform hinaus solche Losungen an Bedeutung, die sich gegen die polizeiliche Repression, gegen die „Opferpolitik" der Andreotti-Regierung und gegen den von Regierung, Kapitalisten und Gewerkschaftsführung anvisierten „Sozialpakt" richteten. Dieser „Sozialpakt" bedeutet eine drastische Verschärfung der Krisenlasten für die Arbeiterklasse (Erhöhung der Mehrwertsteuer, Kürzung der Sozialausgaben, Unterlaufung der Lohnanpassung an die Inflation, die gegenwärtig 28% beträgt, usw.).

Die PCI hat sich von Anfang an g e g e n die neue Studentenbewegung gestellt, wobei dies nur vordergründig durch blutleere Beteuerungen nach einer „umfassenden Reform" der Ausbildungsbedingungen verkleidet wird. Diese Haltung der PCI ist durchaus konsequent im Rahmen ihrer gesamten Politik seit den Wahlen im letzten Jahr, seitdem sie sich faktisch als „Teil der Regierung außerhalb der Regierung" benimmt.

Das „Krisenprogramm" der Christdemokratie wird von ihr prinzipiell unterstützt und nach links abgesichert. Bis heute hat sie zu k e i n e r Kampfaktion gegen die Andreotti-Regierung und deren „Politik der Opfer" mehr aufgerufen, sondern stattdessen die aufkommende Forderung nach einem Generalstreik schlicht „überhört". In einem Interview, das der „Spiegel" vorletzte Woche mit Lama, Generalsekretär der CGIL, der von der PCI beeinflußten größten Gewerkschaft Italiens, abdruckte, erklärte dieser ausdrücklich, daß die CGIL „keineswegs" die Andreotti-Regierung zu Fall bringen will. Lama gab auch zu, daß *„manche unserer Mitglieder viel schärfere Opposition gegen die Sparvorhaben Andreottis forderten"*; dies sei aber nun „vorbei" (was allerdings wohl mehr ein frommer Wunsch von Lama ist...), weil die CGIL *„mit den Arbeitern eine große demokratische Debatte geführt"* habe – sprich: all ihre Kraft zur Abwiegelung solcher Forderungen eingesetzt hat. Lama erklärte weiter, daß die Revisionisten mithelfen wollen, „die Lohnkosten zu senken", und daß wieder eine „größere Produktivität und Rentabilität der Betriebe" hergestellt und das „Krankfeiern durch Kontrollen erschwert" werden müsse.

Aber zurück zur Haltung der Revisionisten gegenüber der Studentenbewegung. PCI-Politiker hatten, wie wir schon im letzten AK berichteten, die von der Polizei angegriffenen (!) Demonstranten am 2.2. auf eine Stufe mit den Mordbanden der Faschisten gestellt. Auf Flugblättern und in ihrer Presse (auf Versammlungen hatten sie weniger Gelegenheit dazu ...) beschimpften sie die kämpferischen Studenten und insbesondere Angehörige revolutionärer Gruppen als „Provokateure", „Gesindel", „Vandalen" usw., die „Unordnung" und „barbarische Verwüstungen" (!) an den Universitäten anrichten und eine „wirkliche Reform" verhindern würden. Insbesondere versuchten sie, die Studentenbewegung gegen die Arbeiterbewegung auszuspielen und als deren Feind darzustellen.

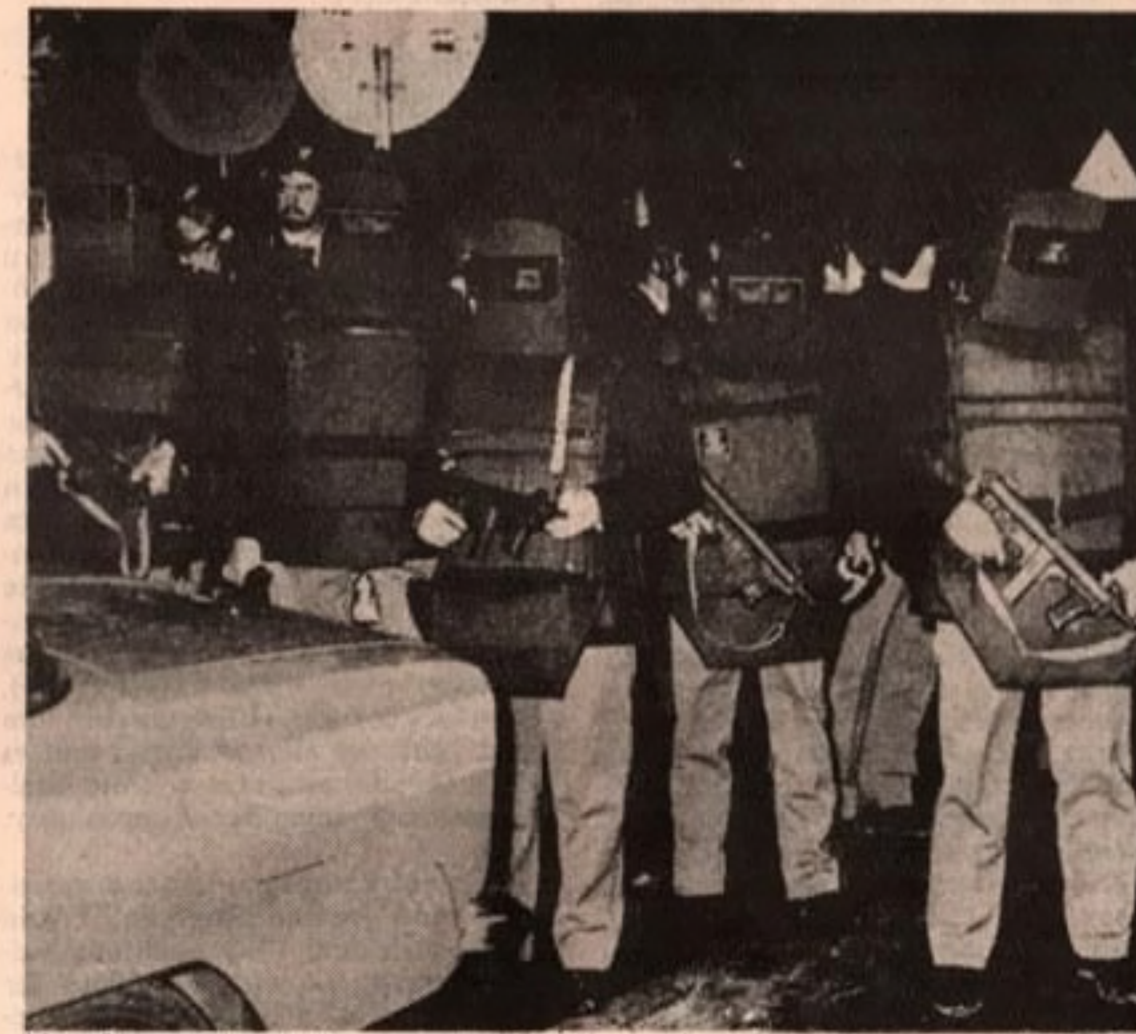
Für den 17.2. hatte die CGIL-Führung eine Kundgebung ihres Ge-
Für den 17.2. hatte die CGIL-
Führung eine Kundgebung ihres Ge-
neralsekretärs Lama auf dem Universitätsgelände in Rom angekündigt, die nach der gesamten Haltung von PCI und CGIL von vornherein als provokatorische „Abrechnung" mit der Studentenbewegung (mit der breiten revolutionären Strömung in ihr) angelegt und einzuschätzen war. Am Vortag schoß das PCI-Zentralorgan „L'Unita" entsprechend auch noch mal volle Breitseiten gegen den „Vandalismus" dieser Bewegung ab: „L'Unita" empörte sich, daß „die Gittertore des besetzten Rektorats eingeschlagen" worden seien, daß Professoren „von einem wilden Haufen angegriffen" worden seien usw. Der Gipfel dieser reaktionären Hetze war, daß „L'Unita" erneut einen angeblichen „Vorfall" auftischte, der bereits zwei Tage zuvor als Lüge entlarvt worden war: Daß die „Vandalen" nämlich im Hygienischen Institut Reagenzgläser mit infektiösen Viren zerbrochen hätten! Solche Lügen, die „L'Unita" fast noch begieriger aufgriff, als die übrige bürgerlich-reaktionäre Presse, konnten keinen anderen Zweck verfolgen, als das Klima für ein gewaltsames Einschreiten der Staatsmacht zu schaffen.

In Rom fand am Vortag des 17.2. noch eine größere Uni-Versammlung statt, auf der über die bevorstehende Lama-Kundgebung diskutiert wurde. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es u.a. hieß: **„Die Universitäts-Vollversammlung verurteilt den Versuch der Revisionisten und Gewerkschaftsführer, den Donnerstag zu einem Moment des Angriffs auf die Kampfbewegung zu machen, die in den letzten Tagen an der Universität herangewachsen ist ..."**. Es wurde hervorgehoben, daß die kämpferischen Studenten die PCI-„Reformpläne" ebenso ablehnen wie den Malfatti-Plan. Die Resolution schloß mit einem Aufruf zur Mobilisierung für den folgenden Tag, um „die Ablehnung jeglicher Normalisierung der Bewegung zu bekräftigen sowie den Willen, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen und sich realen Kampfperspektiven zu widmen, verbunden mit dem ausdrücklichen Kampf der Arbeiterklasse gegen den Versuch des Sozialpakts und mit dem Kampf der Arbeitslosen" (zit. nach „Lotta Continua", 17.2.). Gefordert wurde auf der Uni-VV außerdem ein Rederecht für die Studenten, um an Ort und Stelle die Auseinandersetzung mit den Revisionisten zu führen.

Der Ablauf des 17. Februar

Am Morgen des 17.2. versammelten sich rund 2.000 Leute auf dem Universitätsgelände, die fast alle das Abzeichen der drei Gewerkschaften CGIL-CISL-UIL trugen. Demgegenüber standen rund 10.000 Studenten, die dem Aufruf der Uni-VV zur Mobilisierung gegen die geplante Provokation gefolgt waren. Als Lama seine Rede beginnt, kommt es zu ersten oppositionellen Zwischenrufen und Parolen gegen die „Opferpolitik" der Andreotti-Regierung sowie ironische Bemerkungen zur Haltung der PCI demgegenüber. Die „Ordnungsdienste" der Gewerkschaftsführung und PCI starten daraufhin erste Angriffe: Transparente werden zu zerstören versucht, Genossen werden mit Faustschlägen traktiert.

Lamas gesamte Rede ist eine einzige Hetzkanonade gegen „Parasiten", gegen „Verwüster und Irrationale, die man öffentlich bekämpfen muß", usw. Die Pfiffe und oppositionellen Parolen nehmen entsprechend zu. An einem bestimmten Punkt, wo Lamas Haßgesänge im lauten Pfeifkonzert untergehen, holen PCI-„Ordner" plötzlich mitgebrachte Stöcke und Feuerlöscher hervor und prügeln und spritzen auf die Studenten ein. Erste Verletzte müssen weggetragen werden; Genossen der revolutionären Gruppen versuchen noch Ketten zu bilden, um die anwachsende Prügelei einzudämmen. Die ganze Situation ist mittlerweile jedoch derart spannungsgeladen, daß auch die Wut der angegriffenen Studentengenossen nicht mehr aufzuhalten ist. Lama muß seine Rede schließlich abbrechen und nimmt mit seinen Mannen Reißaus. Nach seinem Abgang wird das Gerüst, von dem aus Lama gesprochen hat, von empörten Studenten zerstört. Vor dem Universitätsgelände ist inzwischen massiv Polizei aufmarschiert, unter deren Schutz sich die PCI-Aktivisten begeben, um



Mit Maschinenpistolen und „Anti-Terroristen-Anzug" treten die Buller heute den Demonstranten gegenüber



CGIL-Sekretär Lama hetzt gegen die „Vandalen"

von dort aus weiter gegen die Studenten zu hetzen; sie beschimpfen sie als „Faschisten" und brüllen Parolen wie „Camarata, basco nero (Bezeichnung der Banden von Mussolini), dein Platz ist auf dem Friedhof"! In der Stadt und später in ihrer Presse streuen die Revisionisten allerlei Verleumdungen aus; sie behaupten, daß die „Vandalen" sie mit Molotow-Cocktails angegriffen hätten und setzen sogar das Gerücht in Umlauf, daß der FGCI-Sekretär erstochen worden sei!

Die Studenten diskutieren derweil in einer Versammlung auf dem Universitätsgelände diesen „Vorfall" und seine zu erwartenden Folgen (Lotta Continua bezeichnet die revisionistische Provokation als „kleines Prag der PCI").

Es wird allgemein damit gerechnet, daß die aufmarschierte Polizei sehr bald zur Räumung übergehen wird und daß eine militante Verteidigung der Uni dagegen aussichtslos erscheint. Die meisten Studenten entscheiden sich daraufhin, das Uni-Gelände zu verlassen; nur rund 1.500 bleiben zurück und wollen erst in dem Moment durch hintere Ausgänge abziehen, wo die Polizei die Räumung beginnt.

Gegen 16.30 Uhr rückt die Polizei bewaffnet und mit schweren Räumfahrzeugen auf das Uni-Gelände vor. Obwohl die verbliebenen Studenten sich sofort gemäß ihres Plans zurückziehen, feuern die Bullen völlig grundlos ca. 200 Tränengasgranaten in Richtung der abmarschierenden Studenten ab. Die besetzte Uni Rom ist nach 15 Tagen mit Ausnahme einiger außerhalb des geschlossenen Geländes liegender Fakultäten geräumt. Die „Wiedereröffnung für den normalen Lehrbetrieb" wird später für den 1. März angekündigt.

Von Lotta Continua wurde eingeschätzt, daß der „harte Kern" der Lama-Kundgebung, der quasi den 1. Akt der Räumungsaktion gespielt hat, aus maximal 200 PCI-Aktivisten und Gewerkschaftsfunktionären bestand. Der Rest waren zum Teil „einfache" Gewerkschaftsmitglieder, von denen viele (Nach Berichten von LC) „verwirrt" und „bedrückt" waren über das, was passierte – und vorher offenbar auch nicht „eingeweiht".

Gewerkschaftsführung und PCI hatten eine weitaus größere Teilnahme an ihrer Kundgebung erwartet, um ein monströses Schauspiel „Arbeiterprotest gegen studentischen Vandalismus" abzuziehen: In Interviews mit dem linken Sender „Radio Citta Futura" berichteten Gewerkschaftsmitglieder verschiedener Betriebe, daß CGIL-Funktionäre am Vortag noch in Dutzenden von Fabriken rumtelefoniert hatten, um „die Arbeiterschaft" auf den Campus zu mobilisieren. Unter der Hand wurde vorher sogar die Parole ausgegeben, daß am 17.2. „möglicherweise zu einem größeren Streik aufgerufen" werden solle – wobei aber nicht mitgeteilt wurde, worum es gehen sollte. Nur in einem Fall (nach den uns bekannten Informationen) hat die PCI dann n a c h den „Vorfällen" des 17.2. tatsächlich versucht, über ein Flugblatt und eine Intervention beim Consiglio die Fabbrica (Betriebsrat), zu einem Warnstreik gegen die „Provokateure" aufzurufen: bei IME in Pomezia. Der CdF, von dem selbst Delegierte an der Lama-Kundgebung teilgenommen hatten, verbreitete daraufhin eine Erklärung, in der kurz dargelegt wurde, wogegen die Studenten kämpfen (Arbeitslosigkeit, Andreotti-Regierung, usw.), und wo es dann hieß: „...*und darum können die Studenten nicht als Feinde oder Provokateure betrachtet werden, sondern als Verbündete der Arbeiterklasse*".

Insgesamt scheint es aber nicht in größerem Maße gelungen zu sein, Stellungnahmen aus den Betrieben zu den Vorfällen vom 17.2. zu erhalten, obwohl namentlich Lotta Continua sich darum bemüht hat. Veröffentlicht wurde noch eine Stellungnahme des CdF von Romeo Rega (Metall), in der es heißt: *„Wir verlangen von der Gewerkschaft an vorderster Stelle, daß sie die Auseinandersetzung als politische Waffe wiederherstellt und alte antidemokratische Systeme abschafft, wie das, die Gewerkschafter wie Fallschirmspringer in Kampfsituationen absteigen zu lassen; eine Methode, die das vollständige Merkmal trägt, die ‚Ordnung wiederherstellen zu wollen"*. Die Arbeiter der großen Turiner Fabrik Singer zogen nach einer Demonstration am 18.2. in den Palazzo Nuovo,
tion am 18.2. in den Palazzo Nuovo,
um dort gemeinsam mit den Studenten der besetzten Turiner Uni eine Versammlung über den Kampf gegen die Andreotti-Regierung abzuhalten. Auch eine 4 Tage später von 8.000 Turiner Studenten veranstaltete Demonstration zu „La Stampa" (Zeitung des Fiat-Chefs Agnelli), mit der gegen die Verfälschungen in der Presse über den 17.2. protestiert wurde, wurde von einer Delegation des Singer CdF angeführt. Weitere Reaktionen über die PCI/CGIL-Provokation aus den Betrieben selbst beschränken sich (zumindest vorerst) weitgehend auf die Wiedergabe von einzelnen Gesprächen und „Stimmungsbildern".

Eine sehr zweideutige Rolle in den Auseinandersetzungen mit der PCI und Gewerkschaftsführung haben PdUP-manifesto und Avanguardia Operaia gespielt. Bereits bei der ersten großen Demonstration am 9.2. in Rom, mit der rund 30.000 Studenten gegen die Nazi- und Polizeiüberfälle vom 1. und 2. Februar protestierten, hielten PdUP und AO sich fern und schlossen sich stattdessen der (allerdings mit 20.000 Teilnehmern auch relativ starken) Spalter-Demonstration von FGCI usw. an. Das Nationale Sekretariat des PdUP gab über den 17.2. eine Erklärung heraus, in der schiedsrichternd vor einer „Schraube Konfrontation" gewarnt wird, „die kein Demokrat wollen kann". Die Verantwortung der PCI für die Vorfälle wird zwar einerseits als „sehr schwer" bezeichnet, andererseits aber aber auch gleich die „Gegenseite" aufs Korn genommen: daß das Verhalten der PCI nämlich „der Gruppe der sogenannten Arbeiterautonomie, die in den Studentenversammlungen schon geschlagen worden ist, schließlich Raum gegeben hat" (Raum wofür?). Ähnlich äußerte sich die Schulkommission von AO, die die Vorfälle vom 17.2. als „schwärzeste und dramatischste Stunden der letzten Jahre" bezeichnete und die Verantwortung dafür sodann gleichmäßig zwischen dem PCI-Ordnerdienst und „der sogenannten Arbeiterautono-

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

mie" verteilt. Auffällig ist im übrigen auch, daß „L'Unita" die Democrazia Proletaria (AO und PdUP) meist in positivem Sinn erwähnt; besonders den PdUP, den „L'Unita" am 16.2. ausdrücklich mit zu den „demokratischen Kräften" zählte, die den „Provokateuren" wegen der „Verwüstung" des Rektorats usw. „eine geschlossene Antwort erteilt" hätten! ...

Was die erwähnte Gruppe der „Arbeiterautonomie" und andere „Autonomisten"-Gruppen anbetrifft, so können wir deren konkrete Politik in der aktuellen Bewegung mangels Informationen nicht genau einschätzen; sie scheinen aber mit bestimmten Strömungen in der Sponti-Bewegung bei uns in etwa vergleichbar zu sein. Das von der PCI immer wieder beschworene Bild, daß diese quasi „vorherrschend" in der aktuellen Bewegung (und die „Drahtzieher der Provokationen" usw.) seien, wird allerdings von Lotta Continua bestritten. Konkret hat LC das z.B. hinsichtlich der gemeinsamen Versammlungen von Arbeitern und Studenten in Turin bestritten, wo die Revisionisten mit ähnlichen Geschichten zu spalten versuchten. Nach LC ist in dem dortigen Agitationskomitee, das diese Bewegung in Turin z.Z. koordiniert, kein einziger Vertreter dieser „Autonomisten"-Gruppen beteiligt. Im übrigen hat LC bereits v o r den Vorfällen vom 17.2. zu derartigen Spaltungsversuchen p o l i t i s c h Stellung genommen: *„Es ist nötig, ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Komponenten zu finden, ein dynamisches Gleichgewicht, das Kampf und Organsierung miteinander verbindet, tägliches Leben und praktische Kritik der bestehenden Ordnung. Es ist auch nötig – ohne Opportunismus – die abenteuerliche und total selbstmörderische Praxis zu schlagen, die die Organisierten von den ‚Autonomen' zu spalten versucht. Wenn wir davon sprechen, dann darum, weil diese Hypothese der Normalisierung seitens der PCI sich aus dieser Dunkelzone in einer Bewegung nährt, die ansonsten stark, lebendig und reich an guten Sachen ist"* („LC", 17.2.).

Lotta Continua hat selbst in dieser Bewegung allerdings auch eine politische Linie entwickelt, die die Rolle ihrer Organisation auch von „Autonomie"-Gruppen eher respektieren läßt, als dies von Avanguardia Operaia oder PdUP-manifesto möglich wäre. So heißt es z.B. in einem mit Mirko Pieralisi unterzeichneten Artikel in „LC" vom 16.2. (die Artikel, die sich mit dieser Auseinandersetzung befassen, sind im Gegensatz zu den meisten anderen immer namentlich unterzeichnet): *„Die explosive Kraft dieser Bewegung ... ist die totale Absage an die Delegation ... Es sind Tausende von Studenten, die nicht mehr wollen, daß irgendjemand (sei es Dozent oder Parteifunktionär) über ihre Köpfe entscheidet ..."*

Die Reaktion fordert: „Schließung der Höhlen"

Als Reaktion auf den 17.2. wurde für den 19.2. zu einer neuen großen Demonstration in Rom aufgerufen. Mit 50.000 Teilnehmern wurde diese Demonstration noch größer als die vom 9.2. (auch PdUP und AO beteiligten sich diesmal daran). Am gleichen Tag waren auch in Mailand erneut 15.000 auf der Straße – während FGCI usw. mit rund 2.000 Leuten weitgehend unter sich blieben. Am 26./27.2. fand in Rom mit 5.000 Teilnehmern die besonders von Lotta Continua propagierte Nationale Koordinierung der Studenten statt (über deren Ergebnisse uns allerdings noch nichts bekannt ist). An den übrigen Universitäten im Land geht der Kampf weiter und es kommen immer noch weitere Meldungen über neue Besetzungen usw. hinzu.

Die Hetzkampagne in der bürgerlichen und revisionistischen Presse wurde nach dem 17.2. ebenfalls weiter verstärkt – und die Pläne für einen größeren Schlag gegen die Bewegung nehmen konkretere Gestalt an.

Besonders ausgeschlachtet wurde in diesem Zusammenhang noch ein Vorfall, der sich am Abend des 19.2. in Mailand ereignete: eine Polizeistreife kontrollierte einen Wagen, in dem ein Mann (Enzo Fontana) und eine Frau (Renata Chieri) saßen. Als die Polizisten die Frau zur Wache mitnehmen wollten, zog Fontana eine Waffe und schoß. Ein Polizist wurde getötet, ein anderer verletzt. Fontana selbst wurde ebenfalls durch Schüsse eines dritten Polizisten verletzt. Laut LC sollen die beiden in ihrem Wagen Flugblätter der „Brigate Rosse", einer Gruppierung ähnlich der RAF, mit sich geführt haben. Die bürgerliche Presse zog daraus sofort neuen Stoff für ihre Hetze gegen die gesamte revolutionäre Linke. Einen ganz besonderen Schweinsorden verdiente sich dabei erneut „L'Unita": In ihrer Ausgabe vom 20.2. brachte sie Lotta Continua mit diesem Vorfall in Verbindung, indem sie behauptete, daß bei der Frau „ein Ausweis von Lotta Continua gefunden" wurde. Abgesehen davon, daß es gar keine „Ausweise von Lotta Continua" gibt (was auch den Revisionisten bekannt sein dürfte), hat LC dazu erklärt, daß Renata Chieri tatsächlich mal bei ihnen organisiert war, im Januar 1975 (also vor zwei Jahren) sich aber von LC getrennt hat. Der Zweck solcher „Enthüllungen" von „L'Unita" ist indes deutlich, daß die Revisionisten ein „hartes Durchgreifen" des Staates gegen LC wünschen.



„Die gute Tat des Pfadfinders" (Berlinguer führt Ministerpräsident Andreotti über die Straße) – aus „Quotidiano dei Lavoratori", 22.2.77.

Im Anschluß an diesen Vorfall fand in Mailand sofort eine polizeiliche Großaktion von Hausdurchsuchungen statt. Nach Angaben von „L'Unita" vom 20.2. handelte es sich dabei um 11 Wohnungen – und in der Wohnung eines Arbeiters von Sit-Siemens, Antonio Muscovich (der lt. LC als kämpferischer Belegschaftsvertreter bekannt ist), soll angeblich der „Entwurf eines Flugblattes" gefunden worden sein, aus dem hervorgehe, daß „Terroristen" die „Entführung eines PCI-Mitglieds" des Betriebes vorbereiten würden...

In Trento wurde 5 Tage später ein Genosse des Zentralkomitees von Avantguardia Operaia (Terzo Molari) verhaftet, der wegen „schwerwiegenden und fortwährenden Raubs" im Zusammenhang mit Aktionen der BR und NAP angeklagt werden soll (die NAP – „Bewaffnete proletarische Kerne" – ist eine andere „Stadtguerilla"-Gruppe, die vorwiegend aus ehemaligen Häftlingen rekrutiert ist, die im Knast politisiert worden sind). Am 25.2. wurde schließlich ein Haftbefehl gegen Enzo D'Arcangelo, Mitglied von LC und in den Kämpfen an der Uni in Rom hervorgetreten, erlassen. Der Haftbefehl konnte bislang allerdings nicht vollstreckt werden, weil der Genosse sich zum Zeitpunkt der Durchsuchung nicht in seiner Wohnung aufhielt...

Unmittelbar nach dem 17.2. waren bereits führende Vertreter der Christdemokratie (darunter Innenminister Cossige und Justizminister Bonifacio) zusammengetreten und hatten eine Reihe von Maßnahmen ausgearbeitet, die demnächst im Parlament verabschiedet werden sollen. Unter anderem soll eine bereits länger in der Diskussion befindliche „Spezialhaft" für „besonders gefährliche Gefangene" angeordnet werden. Ferner soll ein Gesetz durchgepaukt werden, das es „den Polizeikräften erlaubt, aus Sicherheitsgründen Verhaftungen von Personen vorzunehmen, die verdächtigt werden, aufrührerische Handlungen des Terrorismus oder der Geiselnahme von Personen vorzubereiten".

Das Kernstück der geplanten „Spezialgesetze" soll sein: *„Schliessung derjenigen Vereinigungen und Bewegungen, bei denen Waffen oder Explosivstoffe gefunden werden, oder von denen Mitglieder wegen Verbrechen gegen den Staat angeklagt sind"*! Letzteres trifft heute in Italien auf j e d e Organisation der revolutionären Linken zu und würde mithin die juristische Handhabe für deren I l l e g a l i s i e r u n g abgeben. Es ist auch außer Zweifel, daß der Staatsapparat diese Gesetze ausschließlich gegen die revolutionäre Linke plant, und keineswegs auch gegen faschistische Terrorbanden, wie aus leicht erkennbaren Verschleierungsgründen in der Presse teilweise geschrieben wird. Das ganze läuft unter der Parole „Schließung der Höhlen".

Die Revisionisten machen im Prinzip ebenso deutlich, daß sie das Verbot der revolutionären Organisationen wollen. Nach dem 17.2. hat z.B. Lama in einem Interview mit dem „Corriere della Sera" eindeutig erklärt, wo für ihn der Feind sitzt; über die revoltierenden Studenten, die ihm die Tour vermasselten, geiferte er: *„Es war die erste Demonstration des neuen Faschismus (!!), mit dem wir es heute in Italien zu tun haben"*. Und PCI-Senator Pecchioli, der von der revolutionären Linken als „Innenminister des PCI-Schattenkabinetts" tituliert wird, sagte in einem Interview mit der Zeitschrift „L'Espresso" vom 20.2.: *„Heute ist für alle klar, daß nur ein einziger Extremismus existiert, vor der eine demokratische Gesellschaft sich schützen muß: nämlich derjenige, wie auch immer verkleidet, der mit Gewalt die zivile Gegenüberstellung von Ideen verhindern will"*. Und auf die ausdrückliche Frage, ob er die „Schließung der Höhlen" nur in Bezug auf die Faschisten befürworte, antwortete Pecchioli ebenso ausdrücklich: *„Nein, auch (?) in Bezug auf die Höhlen der Gruppen wie jene der sogenannten Autonomie..."*.

In Italien beschleunigt die Reaktion die Militarisierung und Faschisierung des Staatsapparats - und das „Neue" daran ist heute die u n v e r h ü l l t e Komplizenschaft durch „die größte Arbeiterpartei" des Landes, die PCI.

Als im April/Mai 1975 das neue Waffengesetz und das sogenannte Legge Reale verabschiedet wurden (siehe AK 61, S. 16/17), da wurden zu gleicher Zeit die Genossen Claudio Varalli, Giannino Zibecchi, Tonino Micciche, Rudolfo Boschi und Gennaro Costantino auf der Straße von Faschisten und Polizei erschossen. Als vor wenigen Wochen im Parlament die große Debatte über die „öffentliche Ordnung" begann, da wurde zu gleicher Zeit Straffreiheit für die nazistischen und staatlichen Mörder der Genossen Pietro Bruno, Saverio Saltarelli und Franco Serantini erlassen. Die revolutionäre Linke Italiens wird in der kommenden Zeit schweren Belastungsproben ausgesetzt sein. Lotta Continua hat am 19.2. dazu aufgerufen, dieser Entwicklung massiv den Kampf anzusagen: *„Die revolutionären Organisationen, die Demokraten, alle diejenigen, die den Anspruch des standhaften Antifaschismus in der praktischen politischen Aktion und nicht als Alibi zur Faschisierung der Strukturen des Staatsapparats haben, sind zuvorderst aufgerufen, sich mit der Kraft und der Unmittelbarkeit der Mobilisierung dagegen anzustemmen."*

KB/Gruppe Frankfurt

Kurzmeldungen

In der Nacht zum 12.2. haben Faschisten und Mafiosi im Murate-Gefängnis von Florenz einen brutalen Überfall auf Genossen verübt, während diese im Fernsehraum saßen. Die Faschisten und Mafiosi hatten sich unter den „zugedrückten Augen" der Gefängnisleitung mit Messern, Stangen und sogar Pistolen bewaffnen können. Mehrere Genossen mußten nach diesem Überfall ins Gefängnishospital eingeliefert werden; einer schwebt in Lebensgefahr. Daß die Faschisten und Mafiosi mit berechneten Mordabsichten auf die Genossen losgegangen sind, beweist auch die Tatsache, daß fast alle ins Hospital eingelieferten Genossen Verletzungen (Messerstiche usw.) in der Herzgegend erlitten. Das faschistische Mordkommando wurde von sattsam berüchtigten Nazi-Verbrechern angeführt:

- Luciano Franci, Urheber einer Serie von Attentaten in der Toscana und auch in das Italicus-Blutbad vom 4.8.74 verwickelt (Bombenanschlag auf einen Zug, der 12 Todesopfer und 48 Verletzte forderte);
- Stefan Mingrone, einer der Führer von Avanguardia Nazionale, einer Nazi-Bande, der die Urheberschaft für zahllose Verbrechen zuzurechnen ist: u.a. wurde von AN auch das Mailänder Blutbad vom 12.12.69 mitorganisiert (16 Tote, rund 90 Verletzte);
- Sandro Sparapani und Francesco Rovello, gegen die u.a. ein Prozeß wegen der Ermordung des jungen Genossen Giancarlo Del Padrone eröffnet werden mußte.

Die wenigen Faschisten, die überhaupt aufgrund der breiten antifaschistischen Massenbewegung ins Gefängnis gesteckt werden (meist auch nur für relativ kurze Zeit), können dort mithin ihrem Mord- und Terror-Geschäft ungehindert weiter nachgehen. In der Öffentlichkeit wurde dieser Überfall auch erst mit mehreren Tagen Verspätung und dank der Informationsarbeit der Linken bekannt. Über Bestrafungen oder auch nur Verlegung der Faschisten in einen Trakt, wo sie keine Überfälle mehr auf Genossen verüben können, ist bislang nichts bekannt.

* * *

Zwei Stunden lang fanden am 13.2. im Viertel Santa Croce in Florenz Kämpfe zwischen der Polizei und Genossen statt: Ausgerechnet in diesem Arbeiterviertel mit lebendiger antifaschistischer Tradition, und ausgerechnet auf einem Platz, der bekanntermaßen als öffentlicher Treffpunkt der Linken gilt, wollten Faschisten eine „Gedenkfeier" für Mussolinis Salo-„Republik" abhalten (in Salo, Norditalien, suchte Mussolini 1943 Zuflucht, als sein Regime erstmals vom antifaschistischen Widerstand der italienischen Arbeiterklasse auseinandergejagt wurde). Rund 200 Genossen hatten einen Schutz dieses Platzes vor den Nazis organisiert. Polizei und Carabinieri gingen sofort zum Angriff auf die Genossen über, gaben wieder mal „Warnschüsse" ab und jagten, mit der Pistole in der Hand, willkürlich Passanten und zufällige Beobachter durch die Straßen. Sieben Antifaschisten wurden verhaftet und wegen Widerstands, Beleidigung, Gewaltanwendung und „unrechtmäßigen Besitzes von uneigentlichen Waffen" angeklagt. Die Verhafteten wurden im übrigen in dem Block des Murate-Gefängnisses eingekerkert, wo tags zuvor die Faschisten ihren Mordüberfall verübt hatten. Immerhin konnte die Nazi-Zusammenrottung in Santa Croce aber nicht mehr wie geplant stattfinden.

* * *

Rund 200 Frauen zogen am 15.2. vor das Krankenhaus San Giacomo in Rom, um eine Diskussion mit den Ärzten zu fordern, die seit etlichen Tagen eine Frau, die eine Abtreibung verlangt hat, in einem angstvollen Wartezustand lassen. Die Frau hat schon vier Kinder, befindet sich in schlechtem gesundheitlichen Zustand und mußte wegen ihres kranken Beines in den ersten Wochen ihrer Schwangerschaft eine für eine eventuelle Geburt gefährliche radiologische Behandlung über sich ergehen lassen. Während die meisten der versammelten Frauen vor dem Krankenhaus warteten, gingen ca. 50 Frauen in das Krankenhaus rein, in einen eigens für Versammlungen vorgesehenen Saal, und begannen von sich aus eine Diskussion über die Praxis der Abtreibung(sverhinderung) in Italien. Der Direktor des Krankenhauses ließ sofort Polizei herbeirufen, die den Versammlungssaal gewaltsam räumte. Mehrere Frauen wurden kurzerhand die Treppe runtergeschmissen oder auf andere Weise von den Bullen mißhandelt.

* * *

Am Abend des 16.2. explodierte vor der Schiffswerft Codecasa in Viareggio (in der Nähe von Pisa) eine Bombe mit einer Sprengkraft von über ein Kilo TNT, wodurch glücklicherweise aber niemand verletzt wurde. Dies ist der jüngste Anschlag in einer Serie von Provokationen, die die Faschisten in Viareggio in letzter Zeit inszeniert haben. Neben zahlreichen Terror-Drohungen vornehmlich gegen jüngere Genossen haben die Nazis erst wenige Tage zuvor einen nächtlichen Brandanschlag auf die nautische Schule verübt, von deren Schülern verschiedene antifaschistische Initiativen ausgehen. Nach dem neuerlichen Attentat fanden am 17.2. in allen Schulen der Stadt antifaschistische Versammlungen statt, die in eine gemeinsame Demonstration mündeten, auf der die Parolen der revolutionären Linken gegen die Faschisten, für ein Verbot der MSI und gegen die christdemokratische Regierung dominierten. In einer von Lotta Continua herausgegebenen örtlichen Erklärung wird gefordert: „Keinen physischen oder politischen Raum für die Faschisten, die in Viareggio den Waffenhandel und das Heroingeschäft in der Hand haben, und die in ganz Italien, in engem Kontakt mit einigen Sektoren der staatlichen Reaktion, Attentate und Entführungen organisieren!"

* * *

93 Wohnungen wurden am 19.2. in Mailand neu besetzt. Die Familien, die diese Aktion durchführten, protestierten damit gegen das Verhalten der Kommunalbehörden, die diese Wohnungen einerseits zwar wortreich als billige Sozialwohnungen ausgewiesen hatten, andererseits aber tatenlos zuließen, daß sie nach Vertreibung der ehemaligen Bewohner aus „Renovierungsgründen" an die IBM vermietet und zu Büroräumen umgerüstet werden.

Drei Tage später wurden die Wohnungen bereits wieder polizeilich geräumt; rund 40 der Besetzer wurden festgenommen und auf das Polizeirevier verschleppt.

In Mailand gibt es zur Zeit rund 30 solcher kollektiven Besetzungen.

* * *

Die Repressionen gegen die demokratische Soldatenbewegung in Italien gehen weiter. In Vipiteno (Alto Adige), wo die Soldaten seit Anfang Februar mit Boykottaktionen für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und für vollständige Informationsfreiheit kämpfen, wurden zwei angebliche „Rädelsführer" inhaftiert. In Pordenone (Veneto), wo es um ähnliche Forderungen geht, wurden drei Soldaten verhaftet und wegen „subversiver Propaganda" angeklagt.

* * *

Im Prozeß gegen die Genossen Alvaro Lojacano und Fabrizio Panzieri (siehe AK 96, S. 15/16) hat die Staatsanwaltschaft jetzt horrende Terrorurteile gefordert: für den Genossen Lojacano (der allerdings im Prozeß selbst nicht anwesend ist, weil er sich der Verhaftung rechtzeitig entziehen konnte) wurden 30 Jahre Gefängnis beantragt; der Genosse Panzieri soll nach dem Willen der Staatsanwaltschaft für 24 Jahre in den Knast! Den Genossen wird vorgeworfen, den Faschisten Mantekas, Agent des griechischen Geheimdienstes KYP, getötet und einen weiteren Faschisten verletzt zu haben. Dieser Vorfall ereignete sich im Februar 1975 in Rom: nach einer Demonstration wurden Genossen in der Nähe des MSI-Sitzes in der via Ottaviano von Faschisten überfallen, wobei plötzlich Schüsse fielen. Die Nazis veranstalteten nach diesem Vorfall noch die ganze Nacht durch eine bewaffnete Treibjagd gegen Genossen und Passanten im gesamten Stadtviertel.

Die angebliche „Identifizierung" des Genossen Lojacano stützt sich einzig und allein auf Behauptungen von drei Faschisten. Der Genosse Lojacano ist indes weithin als militanter Antifaschist bekannt, und daß die Nazis ihn völlig willkürlich beschuldigen, ist auch dadurch erhärtet, daß sie anfangs noch weitere Namen von ihnen bekannten Antifaschisten als „Täter" nannten, diese dann aber urplötzlich und ohne Begründung wieder fallenließen. Der Staatsanwalt hat den Genossen Lojacano darüberhinaus noch beschuldigt, später in der Nacht auf einen Polizisten geschossen zu haben. Der betreffende Polizist selbst hat Lojacano nach vorgelegten Fotos jedoch n i c h t „wiedererkannt" und sogar ausgesagt, daß die Schüsse überhaupt nicht in seine Richtung abgegeben worden seien!

Der Genosse Panzieri, der der „Mittäterschaft" am Tod des Faschisten Mantekas angeklagt ist, wurde aufgrund von Aussagen einer „anonymen" Person (!) verhaftet. Die Staatsanwaltschaft behauptet jetzt, daß in der via Ottoviano ein „Bruchstück eines Projektils" gefunden worden sei, das aus einer Waffe stamme, die sich in der Nähe des Verhaftungsortes von Panzieri befand. Indes: von allen vollständigen in der via Ottaviano gefundenen Projektilen (einige Dutzend) stammt nachweislich k e i n e i n z i g e s aus dieser Pistole! Und zudem: die Paraffin-Probe an Panzieris Händen ergab, daß Panzieri überhaupt nicht geschossen hat. Der Genosse Panzieri, für dessen Freilassung eine breite Bewegung kämpft, ist eine völlig willkürlich beschuldigte Geisel des Staatsapparates gegen die antifaschistische Massenbewegung in Italien.

KB/Gruppe Frankfurt

Griechenland / Türkei

Spanien

Wahlvorbereitungen der Bourgeoisie: Täuschung, Einschüchterung, Terror

Das Zulassungsverfahren für politische Parteien zu den im Frühsommer anstehenden Wahlen in Spanien zeigt einmal mehr, welch enge Grenzen die Bourgeoisie für ihre Demokratie zu ziehen gedenkt. Von den weit über dreißig Parteien, die beim Innenministerium ihre Legalisierung beantragt haben, sind vorerst lediglich fünfzehn zugelassen worden („El Pais", 27.2.77).

Schwierigkeiten haben
- die Carlistische Partei (weil sie eine Form der Monarchie anstrebt, die in Widerspruch zur bestehenden faschistischen Monarchie steht);
- ohne Ausnahme alle Parteien links von der sozialdemokratischen PSOE, vor allem die nicht-revisionistischen, revolutionären Organisationen (z. B. MC, PT, ORT usw.);
- und die revisionistische PCE, um deren Zulassung – oder nicht – es den meisten öffentlichen Wirbel gibt.

Zulassungsanträge, die vom Innenministerium nicht genehmigt werden, gehen weiter an das oberste spanische Gericht, das Tribunal Supremo. Dies trifft dann die endgültige Entscheidung.

Daß überhaupt ein Gericht dafür bemüht wird, ist nur als Täuschungsmanöver zu verstehen, was sogar von der bürgerlichen spanischen Presse zugegeben wird: *„Es gibt keine Rechtsprechung, die auf diesen Fall anwendbar ist (...), denn in Spanien gibt es seit vierzig Jahren keine politischen Parteien. Auch die Gesetze sind nicht sehr präzise"* („cambio 16", 6.3.77).

Das ganze Hin und Her um die Zulassung der Revisionisten – die durch ihre Praxis bis zum Erbrechen gezeigt haben, daß sie für die Bourgeoisie keine Gefahr darstellen – ist nur eine Methode, um diese Partei bei den noch unentschlossenen, schwankenden Wählerschichten in Mißkredit zu bringen und ihre „demokratische Zuverlässigkeit" in Zweifel zu ziehen.

Diese Taktik, die selbst bei einer später folgenden Legalisierung – die nicht ausgeschlossen ist – ihre Wirkung auf das Bewußtsein bestimmter Teile des Volkes sicher nicht verfehlt, wird auch gegenüber der revolutionären Linken angewendet, wenngleich in ihrem Fall zusätzlich auch noch schärfere Mittel zum Einsatz gelangen: Die Regierung verwirklicht nämlich konsequent ihr „Programm der gezielten Repression" gegen die Revolutionäre (wir berichteten darüber bereits in ARBEITERKAMPF 96).

Nach Meldungen der Tageszeitung „El Pais" sind im Zeitraum zwischen dem 17. und 26. Februar folgende Verhaftungen vorgenommen worden:
- In Vigo (Galizien) wurden „mehrere Erzieher", Angehörige der PC (r), verhaftet (Meldung vom 18.2.77).
- Auf den Kanarischen Inseln führte die Polizei eine großangelegte Aktion gegen die Unabhängigkeitsbewegung MPAIAC durch, wobei rund 50 Menschen festgenommen wurden (lt. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", vom 21.2.77).
- 16 PC (r)-Mitglieder fielen in der Provinz Vizcaya den Bullen in die Hände; in Madrid wurden fünf weitere vor Gericht gestellt. Ihnen wirft man vor, in die Entführungen von Oriol und Villaescusa verwickelt zu sein („El Pais", 19.2.77).
- In Bilbao wurden acht Militante der „Organizacion Comunista de Espana" (OCE) ins Gefängnis geworfen („El Pais", 20.2.77).
- Ebenfalls in Bilbao verhafteten die Bullen 38 Mitglieder bzw. Sympathisanten der „Organizacion de Izquierda Comunista", sowie ein Mitglied der Jungen Roten Garde der „Partei der Arbeit" (PT) („El Pais", 22.2.77).
- Zehn Mitglieder der anarchistischen Gewerkschaft CNT wurden in Murcia in den ersten drei Februarwochen festgenommen („El Pais", 23.2.77).
- Auf Gran Canaria und Teneriffa fanden weitere Verhaftungen von Mitgliedern der MPAIAC statt („El Pais", 25.2.77).
- 24 ORT-Mitglieder wurden in Pamplona, Asturien, Madrid, Cordoba und Galizien festgenommen. Gleichzeitig wurden in Barcelona sechs CNT-Militante vor Gericht gestellt („El Pais", 26.2.77).

Wer zweifelt angesichts dieser Tatsachen eigentlich noch an der „Demokratisierung" ...? Werden durch ausbleibende bzw. verzögerte Legalisierung der Parteien und durch Massenverhaftungen in den Reihen der revolutionären Organisationen die Wahlchancen der Linken schon erheblich eingeschränkt, so hat die faschistische Regierung Suarez damit noch längst nicht alle ihre Möglichkeiten ausgeschöpft. So versuchen die Faschisten ein Wahlgesetz durchzusetzen, das den bevölkerungsarmen und in der Entwicklung zurückgebliebenen ländlichen Provinzen unverhältnismäßig viele Abgeordnetensitze zuspricht, da hier ihr reaktionärer Einfluß noch am stärksten ist. Des weiteren weigern sie sich, das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre zu senken – sie wissen nur zu gut, daß sie bei der Jugend nicht hoch im Kurz stehen. Ihren totalen Einfluß auf den staatlichen Rundfunk und das Fernsehen werden die Faschisten sicher auch nicht freiwillig aufgeben. Über diese und andere mit den Wahlen zusammenhängende Fragen steht die demokratische Opposition derzeit mit der Regierung in Gesprächen. Wie diese ausgehen werden, ist äußerst ungewiß. Ministerpräsident Suarez hat jedenfalls in seiner kurzen Amtszeit zur Genüge bewiesen, daß er ein Meister der demokratischen Phrase und der faschistischen Tat ist.

Spanien-Kommission

Prozeß gegen „Eleftherotipia" vorläufig verschoben

Griechenland. Am 16.2.77 sollte der Prozeß gegen die linke Athener Tageszeitung „Eleftherotipia" wegen „Beschimpfung einer Polizeibehörde" gemäß § 181 beginnen. In der Ausgabe vom 11.6.76 hatte – erstmalig in der griechischen Geschichte – ein Polizeibeamter im Dienst ein Interview gegeben. Der Polizist Pandazis Chronopoulos hatte die Existenz des „Nebenstaates" im Polizeiapparat bestätigt und das Netz faschistischer Durchdringung deutlich gemacht, das die Karamanlis-Regierung vor jeglicher „Entjuntafizierung" fein säuberlich bewahrt. Chronopoulos hatte ausführlich geschildert, wie gegen Demonstrationen vorgegangen wird:

„Unter die versammelten Bürger ‚wirft' man einige Provokateure, die im gegebenen Augenblick die Polizeikräfte ‚mit Steinen bewerfen'. Daraufhin rufen die ‚getroffenen' Polizisten, angeblich empört, ‚es sind Kommunisten', und werfen sich auf die Demonstranten, wobei sie auch die Gesetzestreuen (Polizisten) mitreißen. Es folgt ein Zusammenstoß und die ‚avres' (Panzerfahrzeuge) greifen ein.

... Gleichzeitig, um die Gesamtheit der Polizeikräfte noch mehr zu erregen und um die guten Kollegen wild zu machen, fangen provokatorische Informationen zu zirkulieren an, wie etwa ‚ein Polizist ist erschossen worden', oder ‚die Kommunisten haben einen Kollegen entführt' u.a."

Angeblich sollen so auch die Ereignisse des 25. Mai 76 provoziert worden sein, wobei faschistische Bullen z.B. über Funk den Polizeichef beschimpft und irregeleitet haben sollen.

Wegen dieses und einiger weiterer diesbezüglicher Artikel in den Tagen darauf hatte die Polizei Anzeige erstattet.

Als es allerdings zum Prozeßtermin kam, war der mitangeklagte Polizeibeamte plötzlich *„spurlos verschwunden"*, und die Polizei, die ihm die Vorladung hatte überbringen sollen, war *„völlig ahnungslos"* über seinen derzeitigen Aufenthaltsort. „Merkwürdig" ist nur, daß derselbe Beamte noch zehn Tage vorher Dienst getan hatte.

Offenbar ist der Polizei die Sache zur Zeit wegen eines gerade laufenden Berufungsprozesses zum Polytechnikum, wo der Staatsanwalt volle Dreckskübel auf die Opfer der
Sache zur Zeit wegen eines gerade laufenden Berufungsprozesses zum Polytechnikum, wo der Staatsanwalt volle Dreckskübel auf die Opfer der
Schlächterei entleert, um die angeklagten „Größen" reinzuwaschen, etwas zu „heiß" geworden, so daß sie ein „ruhigeres Klima" abwarten möchte (nach „Eleftherotipia", 15. und 17.2.77).

Griechenland/Türkei-Kommission

Staatsanwalt schon wieder auf Junta-Linie

Griechenland. Beim Berufungsprozeß gegen 7 hohe Armee- und Polizeioffiziere wegen des Gemetzels beim Polytechnikum im November 74 hat jetzt der Staatsanwalt Papadhimitrion in seinem Plädoyer ganz neue Töne angeschlagen.

Wörtlich: *„Die Demonstranten griffen mit Hölzern und Knüppeln die Polizei und das Heer an"!*

(Tatsache war damals, daß die Studenten naiverweise den anrückenden Panzerbesatzungen zuriefen, „Schießt nicht, Brüder!", bevor das Feuer eröffnet wurde.)

Deshalb hätten die Bullen nur *„ihre Pflicht erfüllt"*, wobei es einige *„Übertretungen"* gegeben hätte. Die Juntageneräle Dhimitrios Zaghoriannakos und K. Mavroidhis seien auf jeden Fall freizusprechen, weil man ihnen das nicht zur Last legen könne.

Und bei den anderen Angeklagten handele es sich nur um *„Fahrlässigkeit"!* Die beiden Generäle hätten sogar *„heldenhaft ihre Pflicht erfüllt"*, während es sich bei dem ermordeten 17 jährigen Dhiomidhis Komninos so verhielte: *„Sie mußten der Göre schon zwei Ohrfeigen geben!* Das ist bei der Anklage wegen Beihilfe zum Mord in 6 und zum Mordversuch in 37 Fällen ein eigentlich nicht mehr zu überbietender Zynismus.

Bei einem anderen Berufungsprozeß am 14.2.77 gegen vier Oberfolterer zeigte die Karamanlissche Justiz, wo es langgehen soll: Obwohl der Staatsanwalt der ersten Instanz die Revision wegen der Niedrigkeit der Strafen eingelegt hatte, gab es diesmal auch noch „Rabatt", so daß für drei der vier Angeklagten das Maß von einem Jahr nicht überschritten wurde und sie sich folglich zu dem üblichen Satz von ca. DM 10,– pro Tag freikaufen konnten. Ihnen allen wurde *„das vorher unbescholtene Leben"* anerkannt, was bei Faschisten nach dem Maßstab der Klassenjustiz ja garantiert ist.

Bemerkenswert, daß unter den dreien auch der berüchtigte K. Karapanajotis ist, dessen „Aktivitäten" für die Junta damals vor dem Europarat mit den Ausschlag dafür gaben, Griechenland dort auszuschließen.

Aber auch der vierte Folterer, Petros Bambalis, muß sich nicht grämen: Von seinen 18 Monaten hat er schon 10 in Untersuchungshaft „abgesessen", und in zwei Monaten ist er frei, weil er dann zwei Drittel der Strafe „verbüßt" hat!

Griechenland/Türkei-Kommission

hat!

Griechenland/Türkei-Kommission

Imperialistische Friedenstauben

Zypern. Die „diplomatische Friedensoffensive" zur Lösung des Zypernproblems scheint weitgehend abgeschlossen. In den letzten Monaten gaben sich die „Friedensengel" Ehmke (BRD), Waldheim (UNO) und Clifford (USA) auf Zypern die Türklinke in die Hand.

Darüberhinaus gab es mehrere Treffen zwischen Makarios, Zyperns Präsident, und R. Denktasch, selbsternannter Vertreter der türkischen Zyprioten. Als Ergebnis dieser Treffen wird die endgültige Teilung Zyperns festgeschrieben. Hiermit ist der lang gehegte Plan der Imperialisten, ein unabhängiges antiimperialistisches Zypern zu verhindern und sich der militärstrategisch bedeutenden Lage Zyperns zu bedienen, aufgegangen.

Zypern soll ein Bundesstaat werden, der aus zwei Teilstaaten besteht, die jeweils eine eigene Regierung, eigene Gerichtsbarkeit, eigene Polizei und auch eigenes Militär erhalten sollen. Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Zypern-Frage wollen die US- und Nato-Imperialisten das Militärhilfeabkommen mit der Türkei und die Stützpunktverhandlungen für die US-Flotte unter Dach und Fach bringen. Bisher hatte das amerikanische Repräsentantenhaus seine Zustimmung zu den von Kissinger schon vor einem Jahr ausgehandelten Verträgen verweigert, da die Türkei nicht zu Zugeständnissen in der Zypern-Frage bereit war. Inzwischen scheinen beide Seiten, Türken wie Griechen auf Zypern, vom Imperialismus weichgekloppt zu sein. Die absehbare Aufhebung des US-Waffenembargos gegen die Türkei wird mit einer Gebietsreduzierung des türkischen Teils auf Zypern beantwortet. Das Teilungsverhältnis dürfte sich bei 27 % (türkischer Teil) und 73 % (griechischer Teil) einpendeln.

Makarios, der mit seinem außenpolitisch unabhängigen Kurs über Jahre hinweg Zielscheibe der Imperialisten war, scheint nun ebenfalls einzuschwenken. In einem Interview mit der Athener „Eleftherotipia" erklärte Makarios, *„er wünsche nicht durch seine Person zu einem Hindernis auf dem Weg zu einer Beilegung des Volksgruppenkonflikts zu werden."*

Ordentliche Vorarbeit beim Weichklopfen hatte auch die BRD geleistet. Die „Cyprus Mail" berichtete, daß namentlich Helmut Schmidt Makarios gegenüber geäußert hätte, **„daß er mich bewundere und schätze, es aber vorzöge, wenn ich mich auf meine Aufgaben als Kirchenführer beschränken würde"** (lt. „FAZ", 24.2.77).

In diesem Zusammenhang sprach Makarios von einem „Wendepunkt in den Beziehungen zu den USA". Und hier wird auch der kritische Punkt im Plan der Imperialisten liegen, denn Makarios verläßt damit eindeutig den Boden der Interessen der breiten Mehrheit der griechischen Zyprioten. Diese haben bei den Wahlen Anfang September deutlich gemacht, wie sie zu NATO und Imperialismus stehen. Das 'breite Wahlbündnis unter anderem mit der revisionistischen KP, der AKEL, errang unter den Parolen *„Nein zur NATO, für Unabhängigkeit, Abzug aller Truppen und Aufhebung der Teilung"*, 34 der 35 Sitze im Parlament.

Es bleibt abzuwarten, ob es den Imperialisten gelingt, den Zyprioten den Verlust ihrer Unabhängigkeit an NATO und Imperialismus schmackhaft zu machen.

Makarios sieht es wohl richtig, daß *„1977 für Zypern zu einem kritischen Jahr werden wird* („SZ", 27.1.77).

Griechenland/Türkei-Kommission

Wie gehabt: „KPD" pro-imperialistisch!

Ein neues Dokument „vaterländischer" Vernageltheit und Blindheit enthält die „Rote Fahne" vom 23.2.77. In dem Artikel „Einheit und Unabhängigkeit Zyperns" vertritt die „KPD" den Standpunkt, daß die jetzt laufenden „Lösungsversuche" der Imperialisten in der Zypern-Frage ein *„Erfolg für die Unabhängigkeit und Einheit Zyperns und eine Absage an die Einmischungsversuche der beiden Supermächte und an die von ihnen geschürten chauvinistischen Tendenzen in der Türkei und Griechenland"* sind.

Der Erfolg wird darin gesehen, daß sich die Vertreter der beiden Volksgruppen, Denktasch und Makarios, über die Grundzüge eines Bundesstaates Zypern geeinigt haben. Dies waren von Beginn der Gespräche an die Ziele der Imperialisten, und auch die „Lösungsvorschläge" stammen aus deren Federn, die von dem Ziel angetrieben werden, Zypern als unversenkbaren Flugzeugträger zu beherrschen (siehe Artikel in diesem AK).

Stattdessen versteigt sich die „KPD" zu so hirnrissigen und jede Grundlage entbehrenden Behauptungen, wie, die türkische Invasion sei „von den Sozialimperialisten unterstützt" worden und die Gespräche zwischen Denktasch und Makarios bedeuten eine Abfuhr an die Supermächte, sich weiter als „Vermittler" und „Friedensstifter" einzumischen. Tatsache ist allerdings, daß sich heute Makarios den US-Imperialisten schier an die Brust schmeißt, jede US-feindliche Darstellung in der Regierungspresse verboten hat und seinen Angestellten bei der Wahl Carters einen Tag Urlaub gewährte. Denktasch selber ist guter Kunde des CIA und erfahren in der Terrorisierung der Bevölkerung durch seine Terrororganisation TMT.

Makarios, der seine eigene und die Geschichte des zyprischen Volkes, die aus dauernder Unterdrückung, und Teilungsversuchen besteht, ein Bluthund im Auftrag der Imperialisten, – das sind für die „KPD" die Garanten für den Kampf des zyprischen Volkes um Unabhängigkeit und Einheit!

Mit dieser Stellungnahme in der „Roten Fahne" fallen die Vaterlandsverteidiger dem Wunsch und dem Ziel des zyprischen Volkes nach Selbstbestimmung voll in den Rücken. Und dies mit einer Leichtfertigkeit einer hergezauberten „Einschätzung", die alle bekannten Fakten, die jeder fortschrittliche Mensch kennt, leugnet und in einer Situation, in der das zyprische Volk unsere Solidarität gegen die Pläne der US- und EG-Imperialisten besonders benötigt!

Griechenland/Türkei-Kommission

Kampf dem Faschismus!

Türkei. Der Lehrerverband TÖB-DER hat vor kurzem einen Aufruf zur Aktionseinheit gegen den Faschismus und die türkische Regierung unter Demirel herausgegeben (siehe auch AK 99).

Mittlerweile hat der Frauenverein in Ankara zu einer Kampagne *„Schulter an Schulter gegen unseren Hauptfeind Faschismus und gegen seine Handlanger ÜLKÜ OCAKLARI"* (das sind die faschistischen Ideal-Vereine der MHP) gestartet.

Auf einer Pressekonferenz, an der die Generalvorsitzenden von verschiedenen Verbänden teilnahmen, sprachen außerdem Mütter einiger von Faschisten ermordeter Studenten; andere betroffene Mütter schickten Grußtelegramme. Die Vorsitzende des Frauenvereins betonte, daß die Morde von den Faschisten begangen werden und protestierte aufs schärfste gegen die reaktionäre Presse und das Fernsehen, die die Morde vertuschen wollen, indem sie behaupten, die „Täter seien unbekannt". Sie forderte das Verbot der „ÜLKÜ OCAKLARI". Eine weitere Veranstaltung fand am 26.2. in Istanbul statt. Auf einer Frauenversammlung, die von der CHP (Sozialdemokraten unter Ecevit) veranstaltet wurde, wurde ebenfalls den Faschisten der Kampf angesagt. Die Frauen riefen: *„Wir wollen nicht, daß unsere Kinder von den Faschisten getötet werden!"*

Am 27.2. fand in Istanbul eine Manifestation gegen den Faschismus statt.

Zu der Großdemonstration, zu der zahlreiche Organisationen und Verbände aufgerufen hatten, kamen Zehntausende! („nach Cumhuryet").

Griechenland/Türkei-Kommission

Skandinavien

„Neue" sozialdemokratische Regierung - neue Angriffe gegen die Arbeiterklasse

Am 15. Februar fanden in Dänemark zum viertenmal in vier Jahren Neuwahlen statt. Und am 25.Februar bildete Anker Jörgensen eine „neue" sozialdemokratische Minderheitenregierung. Anker Jörgensen hatte Neuwahlen ohne „zwingenden Grund" – Mißtrauensantrag oder drohende Abstimmungsniederlage im Folketing – ausschreiben lassen. Wesentliches Ziel der Wahlen war, sich im Folketing eine bessere Basis für die Durchsetzung des August-Forlig, des Krisenprogramms gegen die dänische Arbeiterklasse, zu verschaffen. Das August-Forlig von 1976 ist auf anhaltenden Widerstand bei den Werktätigen gestoßen. Bei dem August-Forlig geht es wesentlich darum, die Konkurrenzfähigkeit der dänischen Kapitalisten zu verbessern und die hohen Auslandsschulden zu tilgen. Die Auslandsverschuldung Dänemarks betrug Ende 1976 40 Milliarden Kronen, ein Sechstel des Bruttosozialprodukts. Ende 1977 wird sie 45 Milliarden Kronen betragen. Anker Jörgensen ist mit den Neuwahlen dem obengenannten Ziel ein Stückchen näher gekommen. Die Sozialdemokraten und vier kleinere bürgerliche Parteien, die das August-Forlig mittragen, haben erheblich an Mandaten gewonnen. Aber nach wie vor sind sich diese und die anderen bürgerlichen Parteien im Folketing nicht ganz einig, wie die Arbeiterklasse am besten geschröpft werden kann und welche Gangart dabei vorgelegt werden soll. Deswegen wird in der dänischen Presse die „neue" sozialdemokratische Minderheitsregierung auch wieder nur als Übergangslösung bewertet. Man rechnet damit, daß es doch demnächst noch zu einer Koalitionsregierung der Parteien des August-Forlig kommt oder aber schon wieder im Sommer Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Der Wahlausgang

Der Wahlausgang

Die drei größten der insgesamt elf im Folketing vertretenen Parteien waren bisher Sozialdemokraten, Venstre und die Fremskridtspartei des Faschisten Glistrup.

Die Sozialdemokraten haben am 15.Februar 7,1% Stimmen dazugewonnen. Damit sind ihre Mandate im Folketing von 53 auf 65 gestiegen. Venstre, eine rechte bürgerliche Partei, hat 11,4% Stimmen verloren und jetzt nur noch 21 statt bisher 42 Mandate. Venstre hat das August-Forlig nicht mitgetragen, weil es noch nicht scharf genug gegen die Arbeiterklasse war. Von Venstre wurden „unpopuläre Maßnahmen" und „Gürtel enger schnallen" gefordert. Diese Partei war die ganze Zeit zwischen Sozialdemokraten und Fremskridtspartei hin- und hergerissen und wollte sich nicht so recht festlegen. Die Fremskridtspartei hat 1% dazugewonnen, die Anzahl der Mandate ist von 24 auf 26 gestiegen. Damit ist diese reaktionäre Partei jetzt die stärkste „Oppositions"partei im Folketing.

Außer von den Sozialdemokraten wird das August-Forlig von folgenden vier bürgerlichen Parteien getragen: Radikale Venstre, Konservative Volkspartei, Zentrumsdemokraten, Christliche Volkspartei. Diese Parteien haben insgesamt 21 Mandate hinzugewonnen.

Die Parteien des August-Forlig verfügen jetzt über 103 der insgesamt 179 Mandate. Bisher hatten sie nur 89.

Für Anker Jörgensen bedeutet das eine bessere Basis, noch vor dem neuen Tarifjahr, das am 1.März beginnt, neue Maßnahmen gegen die dänische Arbeiterklasse unter Dach und Fach zu bringen.

Vom Augustabkommen zum Februarabkommen

Die Koalitionsverhandlungen mit den anderen Parteien des August-Forlig waren vorerst an der sog. Rohenergieabgabe, einer verhältnismäßig unbedeutenden Frage gescheitert. Die Sozialdemokraten hatten vorgeschlagen, daß die Privathaushalte – die Betriebe sind ausdrücklich ausgenommen – drei Öre pro Kilowattstunde vom Elektrizitätsverbrauch abgeben. Differenzen waren natürlich mit den anderen Parteien darüber nicht entstanden, ob man die Werktätigen zusätzlich durch höhere Abgaben für Strom zur Kasse bitten solle.

Nach gescheiterten Koalitionsverhandlungen haben sich aber am 26. Februar die Parteien des August-Forlig auf neue „wirtschaftspolitische" Maßnahmen vereinheitlichen können. Das ist das Februarabkommen. Diese Maßnahmen sehen zumindest vor: „Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung" von zunächst 807 Millionen Kronen, d.h. kräftige Finanzspritzen für die Kapitalisten. Finanziert werden sollen diese Geschenke durch Lohnsenkungen für die Arbeiterklasse und erhöhte Abgaben, voraussichtlich bei Strom und Wasser. Auf diese Weise will man sich eine Milliarde Kronen von den Werktätigen holen.

und Wasser. Auf diese Weise will man sich eine Milliarde Kronen von den Werktätigen holen.

Das Februarabkommen stellt für die Arbeiterklasse eine weitere Verschärfung dar. Seit gut einem Jahr ist darangegangen worden, den bislang relativ hohen Lebensstandard der dänischen Arbeiterklasse und „Sozialleistungen" abzubauen. Die Krise wird auf die Arbeiter abgewälzt. Einer Inflationsrate von 9% steht eine Reallohnsteigerung von 3% im letzten Jahr gegenüber. Anfang Februar wurden fast 170.000 Arbeitslose registriert bei einer Einwohnerzahl von fünf Millionen. Das sind über 13%!

Aber die Kapitalisten sind doch mit recht starkem Widerstand konfrontiert. Deswegen soll jetzt mit dem Februarabkommen noch ein Zahn zugelegt werden.

1976 wurden 1.000 „wilde" Streiks gezählt, das sind 25% mehr als im Vorjahr. Und das neue Tarifjahr, das am 1.März anfängt, hat sich für die Kapitalisten nicht gerade verheißungsvoll angekündigt. Das August-Forlig sieht für die Arbeiterklasse „bestenfalls" Lohnsteigerungen von 2% und möglicherweise Verhandlungen über Teuerungszulagen von zusätzlich höchstens 4% vor, insgesamt also höchstens 6%. Damit werden sich aber die dänischen Arbeiter nicht zufrieden geben. Die Drucker und Setzer gehen voran. Aus Protest gegen die Entscheidung des Kopenhagener Arbeitsgerichts, das die Kollegen von „Berlinske Tidende" und „Ekstra-Bladet" zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit zwingen wollte, traten am 24. Februar alle Drucker und Setzer Dänemarks in den Solidaritätsstreik. Am 17.Februar platzten bereits die ersten Tarifverhandlungen. Schon 17 Gewerkschaften haben den Kapitalisten für den 1.März die in Dänemark vorgeschriebenen Streikankündigungen vorsorglich ins Haus geschickt. Die Gewerkschaften gehen davon aus, daß die Tarifverhandlungen scheitern und die Kapitalisten zum brutalen Mittel der Aussperrung greifen.

Der Dachverband der dänischen Gewerkschaften LO hat für den Fall, daß bis zum 1.April keine Einigung in Sicht ist, den Generalstreik angekündigt, so wie 1973, als die dänische Arbeiterklasse für 20 Tage die Wirtschaft des Landes lahmlegte.

Diese Ankündigungen von LO geschehen nur unter dem starken Druck der Basis. Denn die LO-Führung besteht mehrheitlich aus Sozialdemokraten und lehnt das August-Forlig nicht prinzipiell ab. Ihr geht es lediglich darum, innerhalb dieses Lohndiktats von höchstens 6% „möglichst viel rauszuholen", wie sie sagen. Durch Scheinradikalität will sie vor allem die Kampfbereitschaft in den Druckarbeiter- und Seeleutegewerkschaften beschwichtigen, die immer an der Spitze der Kämpfe der dänischen Arbeiterklasse stehen. Es sieht aber danach aus, daß sich die dänische Arbeiterklasse nicht von vornherein auf solche Zugeständnisse, wie die LO-Führung sie will, festlegen läßt. Dafür sprechen die Druckerstreiks und die vielen Streiks ohne den Segen der Gewerkschaftsführung im letzten Jahr. Außerdem gerät die LO-Führung natürlich ange-

ohne den Segen der Gewerkschaftsführung im letzten Jahr. Außerdem gerät die LO-Führung natürlich ange-

sichts der immer miseren Lage der Arbeiterklasse immer mehr in Schwierigkeiten, das August-Forlig zu rechtfertigen. Das auch, weil es allzu offensichtlich ist, wie die sozialdemokratische Spitze immer weiter nach rechts rückt. Noch 1973 erklärte Anker Jörgensen: „Wir stehen links von der Mitte", was damals zur Abspaltung eines rechten Flügels führte. Als letztes Jahr dem August-Forlig massiver Widerstand der dänischen Arbeiterklasse entgegengesetzt wurde, versuchten Anker Jörgensen und LO-Führung die Arbeiter mit dem Versprechen auf Mitbestimmung zu beschwichtigen. Heute ist in Dänemark selbst dieses Lieblingskind der europäischen Sozialdemokratie passé. Anker Jörgensen erklärte nach den Wahlen, daß „die Mitbestimmung zur Zeit nicht zur Debatte steht". Damit legt die Sozialdemokratie ihr reformistisches Mäntelchen ab – in der gegenwärtigen Situation ist das als offene Kampfansage an die dänische Arbeiterklasse zu werten!

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Norwegen auf dem Weg in die EG?

Seitdem in Norwegen Gas- und Ölbohrungen fündig geworden sind, versuchen die imperialistischen Staaten Einfluß auf die norwegische Ölpolitik zu nehmen. 1972 scheiterte eine Assoziierung mit der EWG (heute EG) durch das Votum des Volkes. 53 % des norwegischen Volkes stimmten sie einer Volksabstimmung gegen einen Beitritt zur EWG. Die EG-Imperialisten haben ihre Ziele jedoch nie aufgegeben und versuchen nun Norwegen – ohne daß es formelles Mitglied wird – durch Wirtschaftsverträge usw. an die EG zu binden.

Diese Politik wird auch vom norwegischen Kapital getragen; man hielt wohl, nach dem Schiffbruch 1972 , eine offene Propagierung für einen EG-Beitritt nicht für opportun; denn, besonders durch die dänischen EG-Erfahrungen, dürften die Menschen in Norwegen stärker als je zuvor gegen einen EG-Beitritt opponieren.

Neuer Reichtum Norwegens: Erdöl und Petrochemie

„Bisher wurden im norwegischen Teil des Nordostsee-Kontinentalsokkels über eine Milliarde Tonnen Erdöl und 500 Billionen Kubikmeter Erdgas erkundet. In diesem Jahr wird Norwegen eine Förderung von 17 Millionen Tonnen Öl haben" („Neues Deutschland" – „ND", 26.8.76). Das sind zehn Millionen Tonnen mehr als der eigene Verbrauch. Die ersten Gas- und Ölfunde wurden 1968 im Cod-Feld gemacht; bis 1974 wurden insgesamt 22 Bohrungen fündig. Wichtige Gas- und Ölfunde wurden 1970 im Ekofisk-Feld gemacht. Die ersten Bohrlizenzen in den Jahren 1965 und 1969 wurden an große internationale Konzerne wie Esso, Shell usw. vergeben. Der norwegische Staat war nur zu einem kleinen Teil beteiligt (5 % bis 17,5 %). Nach langjähriger absoluter Dominanz der großen Ölkonzerne beschlossen Regierung und Parlament 1972 die Festlegung eines 50prozentigen Staatsanteils an allen neuen Konzessionen und die Gründung des speziellen staatlichen Konzerns Statoil sowie der Vertriebsgesellschaft Norol. Das erste Erdölfeld – mit den bisher größten Vorkommen – in dem die norwegische Beteiligung eindeutig überwog, und zwar durch einen Anteil von 50 % der norwegischen staatlichen Erdölgesellschaft, ist das Statfjord-Feld.

Neben den Investitionen auf dem Gas- und Ölsektor steht auch die Investitionstätigkeit auf dem Petrochemiesektor im Mittelpunkt. Besonders forciert wird der Ausbau der Anlagen in Mongstad (in der Nähe von Bergen) sowie der pretrochemische Komplex Rafnes am Frierfjord. Die Raffinerie Mongstad soll in Kürze durch den staatlichen Kauf von Norsk Brandselolje und dem Erwerb der Hälfte der Kapitalanteile der Hydro-Gruppe zu 70 % in Staatsbesitz übergehen.

Die neuen Petrochemieanlagen werden Norwegen bereits in wenigen Jahren zu einem bedeutenden Überschußproduzenten für wichtige petrochemische Erzeugnisse aufsteigen lassen. Bisher wurde – von wenigen Ausnahmen abgesehen – der Inlandsbedarf auf diesem Sektor durch Importe gedeckt.

Die ehemals passive Handelsbilanz Norwegens weist jetzt durch Gas- und Ölexport einen Überschuß auf. *„Ein großer Teil des künftigen Devisenstroms nach Norwegen aufgrund der wachsenden Erdöl- und Erdgasexporte muß im Ausland investiert werden, um Störungen und Fehlentwicklungen in der norwegischen Wirtschaftsstruktur zu verhindern"* („BfA/NfA" – 11.3.76), so der norwegische Industrieminister Bjartmar Gjerde. Als sinnvoll bezeichnete er eine norwegische Kapitalanlage im Ausland, besonders eine *„Beteiligung an Projekten zur Rohstoffsicherung für die norwegische Industrie"* („BfA/NfA", 11.3.76). Weiterhin *„seien Vorhaben zur Weiterveredelung norwegischer Produkte im Ausland interessant"* („BfA/NfA", 11.3.76). Diese Äußerungen Gjerdes und die intensiven Kontakte zur BRD weisen darauf hin, daß die norwegische Regierung ein großes Interesse daran hat, zu den EG-Staaten intensivere Handelsbeziehungen aufzubauen, insbesondere *„wird den Kontakten mit der deutschen Wirtschaft aufgrund ihrer größeren Möglichkeiten besondere Bedeutung zugemessen"* („VWD/NfA", 23.8.76).

BRD-Imperialisten bekunden Interesse am norwegischen Öl

Am 19. August 1976 trafen sich der norwegische Industrieminister Gjerde und der BRD-Wirtschaftsminister Friderichs. Während des Zusammentreffens wurde bekräftigt, daß die Regierungen beider Staaten für eine nähere Zusammenarbeit auf dem Industrie- sowie Energiesektor eintreten würden. Die Zusammenarbeit soll u.a. folgende Gebiete



umfassen: *„Suche nach und Ausbeutung von Erdölprodukten, Transport und Landung von Gas, petrochemische Industrie, metallverarbeitende Industrie und Metallveredelung (u.a. Aluminium, Eisen und Stahl), sowie elektronische Industrie"* („VWD/NfA" 23.8.76).

Noch im Herbst 1975 dementierte die norwegische Regierung einen Bericht von Dagsrevyen über Verhandlungen zur Vorbereitung einer Zusammenarbeit zwischen der BRD und Norwegen auf dem Energiesektor. Das norwegische Fernsehen filmte damals eine norwegische Regierungsdelegation, die sich auf dem Weg in das Hauptkontor des größten Energiekonzerns Westdeutschlands der VEBA/AG befand. In dem Dementi hieß es, es habe sich nur um „unverbindliche Gespräche" gehandelt (vgl. „miljo" Nr. 7/76).

Im Juni des nächsten Jahres, nach dem die Ölförderung im Statfjord-Feld vom Storting beschlossen war, sandte die norwegische Regierung die Meldung aus, daß eine Zusammenarbeit auf dem Energie- und Industriesektor mit der BRD angestrebt würde. Im Laufe des Sommers wurden Verhandlungen über eine industriepolitische Zusammenarbeit geführt. Am 19.8.76 kam Friderichs nach Norwegen, um Gjerde und die Vertreter der größten norwegischen Konzerne zu treffen: Norsk Hydro, Statoil, Sydvaranger, Dyno, Elektro Union u.a.

Statfjord und das Tempo der norwegischen Ölgewinnung ist der Schlüssel zum Verständnis der industriepolitischen Zusammenarbeit, wie sie jetzt entwickelt werden soll. Gjerde hatte sicher wichtige Gründe den Ausbau von Statfjord beschleunigt im Storting durchzudrücken. Gjerdes öffentliches Argument war, daß Norwegen vier bis fünf Milliarden Kronen verlieren würde, falls die Sache verschleppt würde. Aber ohne Zweifel war es ein anderer wichtiger Grund, warum die Zusammenarbeit mit der BRD den Ausbau von Statfjord erforderte, – um den aktuellen Umfang zu erreichen. Solange die BRD Öl erhalten kann – und sie ist daran interessiert alles Öl zu erhalten, das sie bekommen kann – wird der westdeutsche Markt, so Friderichs, für norwegische Investitionen offenstehen.

Die BRD ist auch daran interessiert, norwegische Rohwaren weiterzuveredeln; selbst dann, wenn norwegisches Kapital dabei eingesetzt

Fortsetzung auf Seite 33

Landesweiter Zeitungsstreik in Dänemark

Die Auseinandersetzungen bei dem dänischen Zeitungsverlag „Berlingske" spitzen sich weiter zu. Die Drucker und Setzer stehen im Kampf gegen ein Rationalisierungsprogramm und die Versuche der Geschäftsleitung, den Tarifvertrag zu unterlaufen (siehe AK 98). Seit dem 30.1.77 erscheinen die größte dänische Tageszeitung „BT" (das ist die dänische „Bild"), „Berlingske Tidende" und „weekend avisen" nicht mehr.

Am 16.2. hat ein Arbeitsgericht die Gewerkschaft des technischen Personals zu 50.000 kr. (!) und jeden betroffenen Kollegen noch einmal zu 300 kr. Geldstrafe verurteilt.

In der Begründung dazu heißt es, es sei das Recht der Geschäftsleitung, darüber zu entscheiden, wie die Arbeit aufgeteilt werde. Die Kollegen wurden weiterhin dazu verurteilt, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen. Das lehnten diese jedoch ab.

Daraufhin gab es noch am selben Tag den breitesten Zeitungsstreik in Dänemark seit vielen Jahren.

Am 16.2. waren 22 Tageszeitungen davon betroffen. Rechnet man die zwei bereits bestreikten Blätter hinzu, erschienen am Donnerstag 1,3 Mill. Zeitungen nicht. Auch zwei grosse Druckereibetriebe, „Dansk Kontrollbogfabrik" in Odder mit ca. 200 Beschäftigten und die „P. Hansen"-Druckerei in Kopenhagen mit ca. 70 Beschäftigten wurden bestreikt.

Auch von Zeitungen, die normal erschienen, wurden Resolutionen verschickt, die scharf gegen das Urteil des Arbeitsgerichtes protestieren.

Nachdem auch dieser Schlag die Kampfbereitschaft der Drucker und Setzer bei „Berlingske" nicht hatte brechen können, startete die Geschäftsleitung ein übles Spaltungsmanöver innerhalb der Belegschaft. Sie kündigte ca. 600 Büroangestellten und 300 Journalisten zum 1. März. Einige Tage später nahm sie diesen Schritt jedoch vorläufig wieder zurück („Flensborg Avis", 24.2.).

Am 28.2. wurde die dänische Typografengewerkschaft erneut zu 200.000 kr. Geldstrafe verurteilt. Der Boykott der BT-Kollegen, schon vorgefertigte Annoncen zu drucken, hatte inzwischen auch auf eine Reihe anderer regionaler Zeitungen übergegriffen. Den Kapitalisten dort sind dadurch schon ca. 1,3 Mill. kr. durch die Lappen gegangen.

Angesichts der Tatsache, daß es dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Anker Jörgensen gelungen ist, bei den Parlamentswahlen in der vergangenen Woche mit seinem ökonomischen Krisenprogramm einen Wahlerfolg zu erzielen, ist mit noch weitergehenderen Angriffen gegen die streikenden Kollegen zu rechnen.

Dänemark-Kommission

wird. Eine Zusammenarbeit dieser Art findet schon mit Sydvarangers Eisenerzanlage in Emden statt.

Der EG-Anhänger Gjerde gab bekannt, daß zukünftig gemeinsame norwegisch-westdeutsche Fabriken errichtet werden sollen; westdeutsche Konzerne werden außerdem Tochtergesellschaften in Norwegen aufbauen.

All das erhellt, daß EG-Anhänger die norwegische Politik lenken und Norwegen in den „freien Markt" lotsen wollen. Durch die verstärkte wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen Norwegen und den EG-Staaten hat die Entwicklung Dimensionen angenommen, die Norwegen durch eine offizielle EG-Mitgliedschaft erreicht hätte.

IEA-Vertrag integriert Norwegen in die EG

Die industrielle Zusammenarbeit mit EG-Staaten entspricht voll und ganz den Verpflichtungen, die Norwegen mit dem Anschluß an das in Paris residierende „Internationale Energiebüro" (IEA) übernommen hat. Das IEA hat *„vor kurzem ein sogenanntes Langzeitprogramm mit eindeutigen Begrenzungen der nationalen Souveränität der Teilnehmerländer über ihre Energiepolitik verabschiedet"* („ND", 26.8.76). So sieht das „Langzeitprogramm" – um die Energieproduktion der IEA-Länder zu steigern – u.a. eine freie Kapitalbewegung und gleiches Etablierungsrecht vor (vgl. „miljo", 7/76). Dieses „Langzeitprogramm" traf auf erheblichen Widerstand, zu dem sich viele ehemalige Teilnehmer der Anti-EWG-Front, darunter die revisionistische KP Norwegens, die Sozialistische Linkspartei und die Jugendverbände der Sozialdemokraten wieder zusammenfanden.

Trotz dieses Widerstandes wird auf Grundlage des IEA-Programms weiterhin Politik gemacht. Im September des vorigen Jahres fuhr Gjerde nach England, um dort ähnliche Verträge wie mit der BRD abzuschließen. Die tiefgreifende Zusammenarbeit mit den EG-Ländern wird Norwegen verstärkt in die EG-Politik integrieren, womit sich Norwegen in einer Situation wie vor der Volksabstimmung 1972 befindet.

Skandinavien-Kommission

Schwedische Revisionisten gespalten

Am 28. Februar verließ eine Fraktion der schwedischen revisionistischen VPK („Linkspartei Kommunisten") die Partei und erklärte, sie wollen eine neue Partei, die „Arbeiterpartei Kommunisten", gründen.

Es handelt sich dabei um eine als „moskautreue" bezeichnete Fraktion, die seit 1964 in Opposition zur Parteiführung steht. Damals wurde der „moskautreue" Parteiführer Hilding Hagberg durch C.H. Hermannsson abgelöst. Gleichzeitig gab die Partei den Namen „SKP" auf (heute nennt sich eine ML-Gruppe „SKP"), und den Namen VPK an.

Die Gruppe um Hilding Hagberg behielt die einzige Tageszeitung der Partei, „Norrskensflamman", unter ihrer Kontrolle.

„Norrskensflamman" führte seitdem den Kampf gegen „die Intellektuellen", denen vorgeworfen wurde, sie wollten die Partei dem Sozialdemokratismus zuführen. *„Schwedens Arbeiter brauchen nicht zwei sozialdemokratische Parteien, sondern eine kommunistische Partei"* (Hilding Hagberg: I Marx och Lenins anda).

Tatsächlich ist die Fraktion um „Norrskensflamman" dort am stärksten, wo die Partei eine relativ grosse Verankerung in der Arbeiterschaft hat (Norrbotten, Göteborg). Die Fraktion stellte der Parteiführung jedoch keineswegs eine klare linke Linie entgegen, sondern forderte eine nahe Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und vor allem eine bedingungslose Orientierung an der Sowjetunion.

Die Widersprüche verschärften sich 1968, als die Parteiführung gegen den Einmarsch in die CSSR protestierte.

1975 trat Hermannson zurück und Lars Werner wurde neuer Parteivorsitzender. Damit hatte das in Richtung der italienischen Revisionisten driftende Zentrum der Partei erneut gesiegt. Nun folgten die ersten administrativen Maßnahmen gegen die „Moskautreuen". Im Herbst 1975 wurde der Distriktvorsitzende in Västerbotten, Gunnar Norberg, ausgeschlossen, weil er dem Parteibeschluß zuwidergehandelt hatte, in erster Linie das offizielle Parteiorgan „Ny Dag" zu verbreiten. Norberg hatte „Norrskenflamman" vorgezogen. Daraufhin wurde die gewählte Distriktführung durch eine linientreue von oben ersetzt. Bis jetzt bestanden deshalb u. a. in Kiruna parallele Parteiorganisationen.

Als Zündstoff zur Spaltung diente u.a. eine Demonstration für Sozialismus und Demokratie in Osteuropa. Unter folgenden Parolen wurde am 26.2. in der südschwedischen Stadt Lund demonstriert:

Sozialistische Demokratie – Organisations- und Streikrecht!
Gebt die politischen Gefangenen in Osteuropa frei! Gebt die gefangenen Arbeiter in Polen frei und stellt sie wieder ein! Laßt das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter frei arbeiten!
Sozialistische Demokratie – Meinungsfreiheit!
Stoppt die Verfolgung der Unterzeichner der Charta 77! Solidarität mit der sozialistischen Opposition in Osteuropa!
Sozialistische Demokratie – Bürgerliche Rechte!
Gebt Wolf Biermann die Staatsbürgerschaft zurück!
Nationales Selbstbestimmungsrecht im Sozialismus!
Internationale Solidarität – Kampfeinheit der Arbeiterklasse!

Die Demonstration war vom Förbundet Kommunist, vom trotzkistischen KAF, vom Sozialistischen Osteuropakomitee und von SSU (schwedische Jusos) arrangiert.

Ursprünglich wollte auch VPK daran teilnehmen. Damit hätte VPK zum ersten Mal gegen Verhältnisse in RGW-Staaten demonstriert. Verantwortlich für den am 17.2. gefaßten Beschluß, an der Demonstration teilzunehmen, ist eine in Lund relativ starke sich links gebärdende Fraktion in der lokalen Führung der VPK. Die VPK-Jugendorganisation KU hatte jedoch „nach Beratung mit der Zentrale " eine Teilnahme abgelehnt.

„Norrskensflamman" veröffentlichte daraufhin am 21.2. einen offenen Brief an die Parteiführung, in dem aus vollen Rohren gegen die Lokalabteilung und gegen die Parteiführung geschossen wurde: *„Ist es mit den Prinzipien der Partei betreffs Selbständigkeit, Gleichberechtigung und Nichteinmischung vereinbar mit marxistisch-leninistischen Prinzipien, an einer antikommunistischen Demonstration teilzunehmen, die sich gegen die sozialistischen Länder und gegen Bruderparteien der VPK richtet, und diese Demonstration zusammen mit anderen ‚linken' und rechten Gruppen zu organisieren?"* (. . .) *„Ist es die Meinung der Partei, daß es in ‚Osteuropa' politische Gefangene gibt? Daß es polnische Arbeiter gibt, die wegen Streiks im Gefängnis sitzen? Daß die Unterzeichner der Charta 77 eine sozialistische Opposition sind? "* . . . *„Ist es mit den Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen VPK und der Jugendorganisation vereinbar, wenn der lokale Vertreter in der VPK-Führung auf einer Mitgliederversammlung in Lund erklärt, der Jugendbund brauche sich nicht an den Beschluß der Leitung des KU zu halten, wonach eine Teilnahme an der Demonstration verboten ist?"*

Bemerkenswert ist vor allem der letzte Punkt, weil darin VPK-internes Material veröffentlicht wird. Offenbar sollte damit ein Ausschluß der Verfasser des offenen Briefes provoziert werden.

Die Parteiführung entgegnete: *„Morgen, am Samstag wird in Lund eine Demonstration für die demokratischen Rechte und Freiheiten in den sozialistischen Ländern durchgeführt werden. Das Exekutivorgan der VPK hat der Abteilung in Lund mehrfach zu verstehen gegeben, daß die Partei den Charakter der Demonstration nicht akzeptieren kann. Die Parteiführung verlangte gleichzeitig Kritik an den Kränkungen der demokratischen Rechte und Freiheiten in den kapitalistischen Ländern. Nur im Sozialismus kann die Demokratie voll verwirklicht werden. Das sollte bei einer solchen Demonstration deutlich zum Ausdruck kommen. Wir sind auch sehr erstaunt darüber, daß VPK-Lund die Demonstration gemeinsam mit Sekten wie den Trotzkisten durchführen will, die doch eine feindliche Haltung gegenüber den sozialistischen Ländern einnehmen"* („Ny Dag", Nr. 15 vom 25.2.77).

Um VPK-Lund dennoch eine Teilnahme zu ermöglichen, wurde von den anderen Veranstaltern eine sechste Parole zugelassen:
Keine wirkliche Demokratie ohne Sozialismus!

Dennoch wurde ein Demonstrationsverbot verhängt, dem jedoch einzelne VPK-Mitglieder trotzten. Während der Demonstration traten die Anhänger der „Norrskensflamman" auf, fotografierten Demonstrationsteilnehmer und verkauften trotz lokalen Verbotes ihre Zeitung. Diese Vorgehensweise zeigte bereits deutlich, daß sie einen Ausschluß nicht fürchteten, sondern eben diesen provozieren wollten. Der Austritt war zu dem Zeitpunkt schon beschlossene Sache.

Die Folgen der Spaltung der VPK sind noch schwer überschaubar. Auch wenn Vertreter der neugebildeten Partei meinten, sie würden etwa 30% der Mitglieder übernehmen können, so sind nicht einmal die Größenverhältnisse klar. Unklar ist auch noch, welche der beiden Parteien von der KPdSU anerkannt werden wird. Sicher scheint aber zu sein, daß VPK bei der nächsten Wahl die Vier-Prozent-Hürde nicht schaffen wird.

Norwegen: Terror gegen Jugendliche!



Terror gegen Jugendliche

Der Widerstand organisiert sich

In einem Stadtteil Oslos, im Stovner Centrum, finden seit einiger Zeit Demonstrationen von Jugendlichen statt, die sich gegen eine private Wachgesellschaft richten, die es sich insbesondere zur Aufgabe gemacht hat, das Einkaufszentrum, ein beliebter Treffpunkt der Jugendlichen, „sauber" zu halten.

Um zu verhindern, daß sich die Jugendlichen in diesem Centrum treffen, ging man seitens der Wachgesellschaft mit nicht gerade „wählerischen" Mitteln gegen sie vor. So wurden sie ständig unter Einsatz von Gaspistolen von ihrem Treffpunkt vertrieben; außerdem setzte die Wachgesellschaft scharfe Hunde ein! Nach und nach entwickelte sich der Widerstand gegen diese ständigen Übergriffe und die Gewalt der Wachgesellschaft. Man organisierte Unterschriftensammlungen im Stadtteil, die das brutale Vorgehen verurteilten.

Doch schon dieser erste Ansatz des Widerstandes sollte im Keim erstickt werden! Als die Jugendlichen begannen, im Einkaufszentrum Unterschriften zu sammeln, dauerte es nicht lange, bis die Bullen eintrafen und einige von ihnen verhafteten und in einen Raum im Einkaufszentrum einsprerrten. Nach einiger Zeit wurden sie jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt, da sich eine größere Menschenmenge über das Vorgehen der Polizei empörte. Anschließend wurde die Unterschriftensammlung fortgesetzt.

Eine Woche später organisierten die Jugendlichen eine Demonstration mit über 100 Teilnehmern. Gefordert wurde nicht nur, unverzüglich die Gewalt gegen die Jugendlichen einzustellen, sondern auch einen Kellerraum als Treffpunkt einzurichten.

Bei dieser Demonstration kam es zur nächsten Provokation der Wachgesellschaft. Als eine kleine Gruppe von Jugendlichen versuchte mit den Wachleuten zu diskutieren, setzten diese erneut ihre Hunde gegen sie ein. Der Kampf gegen diesen Terror wird fortgesetzt!
(Informationen aus „Klasskampen", Nr. 11/77).

Skandinavien-Kommission

Niederlande / Belgien

3 Wochen Streiks in Hollands Häfen – 3 Wochen Streikbrecherdienste in westdeutschen Häfen ?!

Im Tarifkampf der Rotterdamer und Amsterdamer Hafenarbeiter ging es neben einem 14-Punkte Programm zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in erster Linie um eine automatische Anpassung der Löhne an die Steigerung der Lebenshaltungskosten (Indexierung) und eine zusätzliche Reallohnerhöhung.

Nachdem Anfang Februar die Hafenkapitalisten vor allem die Indexierung entschieden abgelehnt hatten, begann am 7.2. ein 3-wöchiger Arbeitskampf in den Häfen, der von den Gewerkschaften mit Schwerpunktstreiks begonnen wurde. Im weiteren Verlauf legten ca. 1/3 der Rotterdamer und Amsterdamer Kollegen die Arbeit nieder. Damit wurden – lt. ÖTV-Info vom 22.2. – 85% der Hafenkapazität in Rotterdam und Amsterdam stillgelegt. Erst am 28.2. nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf.

Der inzwischen ausgehandelte Abschluß beinhaltet u.a.
- den vollen Ausgleich des Anstiegs der Lebenshaltungskosten mit Unterstützung des Staates für dieses Jahr. Für das nächste Jahr soll über eine gemeinsame Formel weiter verhandelt werden,
- eine zusätzliche Lohnsteigerung von 1,8 %,
- die Möglichkeit der vorzeitigen Pensionierung.

Nur Hamburg und Bremen (noch) immer offen wie ein Scheunentor

Am 23.2. (!) hörten die meisten Hamburger Hafenarbeiter erstmals vom Kampf ihrer niederländischen Kollegen. Während an verschiedenen Stellen des Hafens schon munter Rotterdamer Ladung an Land geholt wurde, verbreitete die ÖTV ein Flugblatt, in dem es hieß: *„Die Kollegen in Holland haben Anlaß zu der Annahme, daß in größerem Umfang Schiffe, die ursprünglich für Rotterdam und Amsterdam bestimmt waren, in unsere Seehäfen umgeleitet werden. Besonders deshalb, weil unsere Brudergewerkschaft in Belgien jedes dieser Schiffe, das den Antwerper Hafen anläuft, ohne jeden Vorbehalt boykottiert".*

Und so stellen sich die ÖTV-Führer „praktische Solidaritätsmaßnahmen" in den westdeutschen Häfen vor: *„Wir fordern Euch auf, eingedenk unserer Verpflichtung zur Solidarität mit den holländischen Hafenarbeitern, durch keinerlei, wie auch immer geartete, Mehrarbeit (!) die Wirkungen des Streiks unserer Kollegen in Holland zu mindern...* (es folgen die Tarifbestimmungen zur Mehrarbeit) ... *Wir bitten Euch dringend, insbesondere den Euch von uns namentlich genannten Schiffen gegenüber, hart und rigoros diese Manteltarifbestimmungen unseres Rahmentarifvertrages zu praktizieren.*

Die Arbeitgeber sind schlecht beraten, wenn sie durch die Hereinnahme von Schiffen, die in Holland bestreikt werden, glauben, zusätzliche (?) Geschäfte machen zu können ..."

Und die Wirklichkeit:
- Angesichts einer durchaus nicht „angespannten" Beschäftigungslage hätte selbst eine 100% ige Verweigerung von Mehrarbeit in Rotterdamer Ladung kaum zur Beeinträchtigung des Hafenumschlags geführt,
- eine Schiffsliste ist nirgends veröffentlicht worden,
- als HHLA-Kollegen von Schuppen 55 beim Betriebsrat wegen eines Schiffes mit Rotterdamer Ladung anriefen, erhielten sie die Auskunft: „nicht auf der Liste".

So gut es ist, daß sich die ÖTV-Seehafen erstmals gezwungen sah, überhaupt anläßlich eines Streiks in ausländischen Häfen von der Notwendigkeit praktischer Solidarität zu sprechen - so klar ist, daß das Informationsblatt der ÖTV nur darüber hinwegtäuschen sollte, daß in Hamburg und Bremen mal wieder nichts laufen sollte.

Wir wissen nicht, inwieweit die holländischen Hafenarbeiter (nicht die Gewerkschaftsführer) den Abschluß als Erfolg bewerten. Wir wissen auch nicht, ob die Bearbeitung Rotterdamer Ladung im Hamburger Hafen diesmal direkt den Streikverlauf beeinflußt hat. Für die fortschrittlichen Kollegen der westdeutschen Häfen sollte dieser Streik aber Anlaß sein, die Frage der internationalen Solidarität offensiv in die ÖTV hineinzutragen und wirksame Aktionsformen zu diskutieren. (Alle Informationen zum Streik, soweit nicht anders angegeben, aus „Deutsche Verkehrszeitung" Nr. 1526/77).

Hafenanleitung
KB/ Gruppe Hamburg

Massenstreiks in Belgien

Am Freitag, den 25.2.77, begann in Belgien eine Serie von insgesamt 4 Wochen dauernden regionalen und sektoralen Streiks, die von den beiden großen Gewerkschaften ausgerufen wurden, um gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Tindemans (im sog. „Egmont-Plan“ zusammengefaßt) zu protestieren. In ganz Belgien legten über 300.000 Beschäftigte die Arbeit nieder, in vielen Städten kam es zu großen Demonstrationen. Der gesamte Eisenbahnverkehr kam zum Erliegen; der internationale Verkehr und der Fährverkehr nach England waren stillgelegt. Neben den Angestellten im öffentlichen Dienst streikten in den beiden Provinzen Hennegau und Westflandern auch die Arbeiter anderer Branchen, ausserdem die Müllabfuhr von Brüssel.

Für den 4.3. ist der Streik der Arbeiter der Nah-Verkehrsbetriebe vorgesehen, für den 11.3. der Rest des öffentlichen Dienstes. Außerdem sollen jeweils für diese Tage die Beschäftigten in je einer wallonischen und einer flämischen Provinz in den Ausstand treten.

Die Postangestellten hatten am Donnerstag gerade ihren Streik gegen die Verschleppung der Verhandlungen über Laufbahn-und Urlaubsregelung beendet. Daneben sind eine Reihe weiterer Betriebe besetzt oder werden bestreikt (Henricot, Siemens), wobei es im wesentlichen um die Abwehr scharfer Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten geht.

Allerdings anders als 1960, wo in einer ähnlichen Situation ein entsprechendes „Sanierungsprogramm der Regierung mit einem Generalstreik beantwortet worden war, geht es diesmal nur um – allerdings relativ ausgedehnt – Schwerpunktstreiks. Zusätzlich bremsend wirken sich die Aufrufe der „christlichen“ Gewerkschaften zur „Besonnenheit“ aus, die bewirkten, daß die Aktivitäten der flämischen Landesteile (außer in Westflandern und Antwerpen) nur einen begrenzten Umfang erreichten („Neue Zürcher Zeitung“, 8.2.77). Außerdem war von den Gewerkschaften angekündigt worden, Betriebe, die mit „wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben“ von der Streikbewegung auszunehmen („Handelsblatt“, 24.2.77).

„wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben“ von der Streikbewegung auszunehmen („Handelsblatt“, 24.2.77).

Angesichts der schon am ersten Streiktag bewiesenen Kampfbereitschaft vor allem im wallonischen Teil befürchtet die Bourgeoisie allerdings schon, daß „den Gewerkschaften die Bewegung aus den Händen gleiten“ könnte („Neue Zürcher Zeitung“, 28.2.77).

Kampf dem „Egmont“-Plan

Die Streiks richten sich gegen den Plan der Regierung Tindemans (Koalition aus Christlicher Volkspartei, den Liberalen und dem „Rassemblement Wallon“, einer regionalen Partei im französisch-sprachigen Teil), die Krisenlasten der belgischen Arbeiterklasse aufzubürden. So soll zum 1.4.77 die Mehrwertsteuer erhöht werden. Die Erhöhung soll sich auf Wein (von 14 auf 25%!), auf Zigaretten, Benzin und Autobedarf (von 18 auf 25%), auf Telefonate ins Ausland (von 0 auf 14%), auf Hotels und Theater auswirken. Auch Essen und Trinken dürfte zu einem immer kostspieligeren Vergnügen werden. Die Schärfe dieses Angriffs wird deutlich, wenn man die schon bisher extrem hohe Inflationsrate von über 9% berücksichtigt. Hiervon erwartet sich die Regierung Mehreinnahmen von etwa 15 Mrd. bfr, um damit das Loch im Haushalt zu stopfen, das etwa 50 Mrd. bfr beträgt. Inzwischen hat Tindemans ein kleineres „Zugeständnis“ gemacht: Die Erhöhungen sollen nicht mehr alle am 1.4., sondern gestaffelt bis zum Herbst in Kraft treten.

Der zweite Punkt des Egmont Plans besteht darin, die der Arbeiterklasse abgepreßten Gelder den Kapitalisten in den Rachen zu werfen. Um „*Impulse zur Ankurbelung der Wirtschaft und einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu geben*“ („Welt“, 15.2.), sind Steuerfreiheit für Gewinne, günstigere Abschreibungssätze, Zinsvergünstigungen für Investitionen etc. geplant. Die bisherigen Ausgaben für diese Geschenke an die Kapitalisten sollen von 25 auf 50 Mrd. bfr verdoppelt werden („Süddeutsche Zeitung“,10.2.77)! Natürlich werden diese Mittel nicht zur „Sicherung der Arbeitsplätze“ dienen, sondern im Gegenteil nur der verstärkten Rationalisierung. Damit wird das Problem der hohen Arbeitslosenquoten von 9,4% noch verstärkt. Die weiteren „Maßnahmen“, die der Egmont-Plan gegen die Arbeitslosigkeit vorsieht, sind folgende:

- es sollen 50.000 Arbeitsplätze geschaffen werden dadurch, daß die Kapitalisten für die Einstellung von Aushilfen, die natürlich nur 75% des normalen Lohns bekommen, belohnt werden und
- indem Arbeitslose für schlechter bezahlte Arbeiten gelockt werden mit dem Versprechen, bei erneuter Arbeitslosigkeit keine geringere Beihilfe zu erhalten.

Diese Pläne gehen den Kapitalisten allerdings längst nicht weit genug. An der hohen Arbeitslosigkeit seien nur die „unmäßigen Arbeitskosten“ schuld („Handesblatt, 24.2.), die „*jeglichen Anreiz zur Vornahme neuer Investitionen in Belgien erlahmen ließen*“. Und die deutsch-belgisch-luxemburgische Handelskammer kommt zu dem Schluß, daß „Belgien sich am besten keine Lohnsteigerungen mehr leisten“ soll, wenn es seinen Ruf als „günstiges Investitionsland“ behalten will (Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen Nr. 185). Zu einer „umfassenden Einkommenspolitik“ (besser umfassendem Lohnraub) gehöre mehr als die bisherige Koppelung der Lohnsteigerungen an den Preisindex. Wenn Vertreter des westdeutschen Imperialismus entsprechende Vorschläge machen, haben sie das westdeutsche Modell der Lohnleitlinien und konzertierten Aktion im Auge. In Belgien dürfte wegen der relativen Stärke der Arbeiterbewegung ein solcher Frontalangriff allerdings nicht so leicht vonstatten gehen.

Kippt die Regierung Tindemans ?

Kippt die Regierung Tindemans ?

Tindemans hat die Streiks mit massiven Drohungen beantwortet: durch die „*mangelnde Opferbereitschaft der einzelnen Interessengruppen*(gemeint sind die Gewerkschaften) *sei die Demokratie in Gefahr geraten*“, er kündigte dagegen die Schaffung eines „Komitees zur Verteidigung der Demokratie“ an („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 22.2.77). Mit einer ähnlichen Stoßrichtung wie hierzulande Strauß macht er sich zum Vorreiter eines schärferen Kurses gegen die Arbeiterklasse, fordert er mehr „Gemeinschaftssinn“ und denkt an einen „starken Staat“, um dem notfalls Nachdruck zu verleihen.

Innerhalb des Regierungslagers sind diese Äußerungen nicht nur auf helle Begeisterung gestoßen, weil man befürchtet, damit gegenwärtig nur Öl aufs Feuer zu gießen. Wie weit dahinter eine andere Strategie zur Gängelung der Arbeiterbewegung steckt, kann bisher nur vermutet werden. Über eine Regierungsumbildung unter Einschluß der Sozialdemokraten wird schon länger spekuliert, um damit der Arbeiterklasse die Krisenpläne „auf die Sanfte“ unterzujubeln, indem man dann über die Sozialdemokraten die Gewerkschaften in diese Pläne einbindet.

Die Möglichkeit einer Regierungsumbildung wird außerdem größer durch die bestimmt nicht zufällig während der Streiks ultimativ vorgetragenen Forderungen des „Rassemblement Wallon“ (RW) nach einer kurzfristigen Einigung über die wirtschaftspolitische „Regionalisierung“, d. h. nach besonderen Stützungsmaßnahmen für den wallonischen Teil und weitgehende Autonomie.

Belgien-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

Belgien: Gründung von „pour le socialisme“

Am 12./13. Febuar fand in Brüssel die Gründungsversammlung einer neuen revolutionären Organisation statt, die „pour le socialisme“ heißt. Seit den massiven „wilden“ Streiks von 1970 in Belgien hatte ein Informationskollektiv die Wochenzeitung „Pour“ (Pour écrire la verité, Auflage 5.000) herausgegeben, und die Arbeit um die Zeitung herum ist nach wie vor eine sehr wesentliche Aufgabe der noch kleinen Gruppe, die nur im französisch-sprachigen Teil Belgiens zwei Gruppen in Brüssel und in Lüttich hat.

Nach zwei Jahren der beständigen Diskussion um Grundsatzfragen und Gesellschaftsanalysen versteht man jetzt die Gründung als revolutionäre Organisation „als revolutionärer Pol, der sich in der Arbeiterklasse verankert“. In den Thesen zum Kongreß wird ausgeführt, daß „*die Krise da ist und uns erhebliche Verantwortung auferlegt, wenn wir eine Gegenoffensive der Volksmassen gegen die Pläne des Kapitals in Gang setzen wollen, indem wir ihr die geeigneten Ziele und Perspektiven weisen. Deshalb ist die maximale Vereinigung der revolutionären Kräfte notwendig, was bedeutet, daß die Einheit in den Kämpfen notwendigerweise mit der Vertiefung der Auseinandersetzung um die Linien und mit dem politischen Klärungsprozeß innerhalb der revolutionären Linken einhergeht. Dies wird die Einheit nur stärken und wir werden unsererseits in diese Auseinandersetzung aktiv eingreifen*“.

Zentraler Punkt der Diskussion war die Auseinandersetzung mit dem Reformismus und seiner Stärke, was die Organisation in Bezug auf die anstehenden Wahlen veranlaßt, auf die Wahl der Sozialdemokraten zu orientieren. Die Abgrenzung den Reformisten und den Vaterlandsverteidigern gegenüber fand ihren Ausdruck in der Tatsache, daß ausdrücklich weder die PCB noch die AMADA (stärkste „ML“-Organisation in Belgien) zum Kongreß eingeladen waren. Von anderen linken Organisationen nahmen die Trotzkisten (LRT) und die „Parole au Peuple“ am Kongreß teil.

Als Schwerpunkte des praktischen Eingreifens wurden Betriebskämpfe, Schulkämpfe, Frauenarbeit und Kulturarbeit genannt. Von ausländischen Organisationen waren anwesend: Bandera Roja (Spanien), OCT (Frankreich), SWP (die neugegründete Socialist Workers Party aus England), MIR(Chile), PLFE (Erotrea). Tupamaros (Uruguay), KB (BRD). Der MES schickte eine Grußadresse. In einer Internationalismuskommission wurde u.a. die Arbeit mit Gastarbeitern und das Europäische Parlament diskutiert, das besonders der OCT und der „Pour“ am Herzen lag. Diese beiden Organisationen sind inzwischen zu regelmäßigen Treffen übergegangen. Die Gespräche verliefen in freundschaftlicher Atomsphäre und man darf auf die weitere Arbeit der neuen Organisation gespannt sein.

Belgien-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

England / Irland

„Freiheit der Presse“ in England: Verhaftung und Ausweisung linker Journalisten!

Zwei linken Journalisten, den Amerikanern Philip Agee und Mark Hosenball, droht die Ausweisung aus England, obwohl sie dort seit Jahren mit ihren Familien leben. Drei weitere Journalisten, die Engländer John Berry, Duncan Campell und Crispin Aubrey, die mit Agee und Hosenball zusammengearbeitet haben und außerdem dem „Agee-Hosenball-Verteidigungskomitee“ angehören, wurden inzwischen verhaftet und unter Anklage gestellt: allen fünf wird „Gefährdung der Sicherheit Großbritanniens“ vorgeworfen.

Zur Vorgeschichte: Philip Agee, ein ehemaliger CIA-Agent, der Ende der 60-er Jahre seinen Dienst quittierte, nachdem er aus eigener Erfahrung die verbrecherischen Methoden des CIA in Lateinamerika kennengelernt hatte, kämpfte seitdem aktiv auf der Seite der Antiimperialisten in England. Er gab u.a. ein Buch heraus, in dem er die Verbrechen des CIA entlarvte und außerdem ganz konkret die in England arbeitenden CIA-Agenten enttarnte.

Mark Hosenball, der früher für die in der linken Scene Londons verbreitete Wochenzeitung „Time out“ geschrieben hatte und jetzt beim konservati-

Mark Hosenball, der früher für die in der linken Scene Londons verbreitete Wochenzeitung „Time out“ geschrieben hatte und jetzt beim konservati-

ven „Evening Standard“ angestellt ist, hatte ebenfalls Artikel über Wühlarbeit des CIA in England und die Zusammenarbeit zwischen englischen Agenten und Abwehrbehörden und dem CIA geschrieben. Im Rahmen dieser Veröffentlichungen wurde auch bekannt, daß Labour-Außenminister Anthony Crosland (der vor kurzem starb) hauptamtlich für den vom CIA finanzierten „Congress for Cultural Freedom“ gearbeitet hat, daß außerdem Labour-Finanzminister **Denis Healey 10 Jahre lang Korrespondent** für das sozialdemokratische Magazin „New Leader“ („Neuer Führer“) war. (Dies ist eine CIA-Schöpfung, die darauf abzielt, Einfluß auf sozialdemokratische Organisationen und die internationale Arbeiterbewegung zu gewinnen – nach „Leveller“, Jan. 77.)

Klar, daß diese beiden Journalisten den englischen und amerikanischen Imperialisten gleichermaßen ein Dorn im Auge waren.

Die Engländer Berry, Campbell und Aubry arbeiteten mit Hosenball und Agee bereits seit längerer Zeit zusammen an der Untersuchung und Veröffentlichung von Abhör- und Überwachungsmethoden der britischen und amerikanischen Bullen und Spitzel, u.a. auch in Nordirland: Berry, ein ehemaliger Spezialist „für Kommunikation“ in der Armee, Aubrey, ein linker Reporter bei „Time out“ und Campbell, „*einer der besten Journalisten in England auf diesem speziellen Gebiet der Kommunikation und Technologie*“ („Guardian“, 21.2.77), der regelmässig Artikel für „New Scientist“ („Der Neue Wissenschaftler“) und „Time out“ schreibt und außerdem dafür bekannt ist, daß er seinen Sachverstand auch praktisch bei der Erfindung und dem Bau von Anti-Wanzen-Vorrichtungen einsetzt („Guardian“, 21.2.77).

Angefangen hatte alles mit einem Artikel von Hosenball in „Time Out“ Ende letzten Jahres über das Hauptquartier des englischen Geheimdienstes in Cheltenham. In diesem Artikel wurde sehr genau darauf eingegangen, daß der britische Geheimdienst der angeblich von der IRA praktizierten Zündung von Bomben per Funk dadurch begegnen will, daß man die Wellenlänge des Zündungsbefehls anpeilt. In dem „Time out“-Artikel wird – so die Einschätzung des „Guardian“ – der Schluß nahegelegt, daß „*die Cheltenham – Experten diese Bomben selber detonieren lassen können, bevor die Terroristen die übliche telefonische Warnung durchgeben können*“ („Guardian“, 21.2. 77)

Die beiden von Ausweisung bedrohten Journalisten



Philip Agee



Mark Hosenball

Nach den breit bekannt gewordenen Fällen von Provokationen durch Bombenschläge und Banküberfälle im Namen der IRA – ausgeführt von Secret Service Agenten (z.B. Little John – Affaire) – ein durchaus legitimer Schluß.

Im November '76, unmittelbar nach Erscheinen des Artikels in „Time Out“, schickte Labour Innenminister Merlyn Rees an Agee und Hosenball die Aufforderung, das Land zu verlassen. Zur Verteidigung der beiden bildete sich schnell ein „Verteidigungskomitee“, das inzwischen bereits Demonstrationen in mehreren Städten Englands durchgeführt hat. Agee und Hosenball legten Widerspruch ein, Mitte Februar entschied Innenminister Rees abschlägig und erneuerte seine Aufforderung, England zu verlassen, und zwar sollten beide bis zum 1. März ein Land nennen, in das sie gehen wollten.

Der Protest gegen diese unglaubliche Einschüchterung war breit: Das konservativ-reaktionäre Blatt „Evening Standard“, bei dem Hosenball beschäftigt ist, sprach von einem „krassen Unrecht“, alle anderen großen Zeitungen fordern zumindest eine Revision des Verfahrens, da kein einziger Beweis für den Vorwurf der „Gefährdung der Sicherheit des Landes“ vorgebracht worden war.

Säuisch verhielt sich in dieser Frage die „Europäische Menschenrechtskomission“, die es ablehnte, zugunsten der beiden zu intervenieren. Sie begründete das damit, daß in diesem Fall die „Sicherheit des Staates“ vor dem Grundrecht eines einzelnen Menschen rangieren würde, zumal es sich ja auch noch um Ausländer handele (!), außerdem sei eine Ausweisung selbst noch keine Strafe („Guardian“,23.2.77)!!

Eine Woche vor der gesetzten Frist, von der ab die gewaltsame Ausweisung auf der Tagesordnung

eine Ausweisung selbst noch keine Strafe („Guardian“,23.2.77)!!
Eine Woche vor der gesetzten Frist, von der ab die gewaltsame Ausweisung auf der Tagesordnung

stand, eskalierte die Staatsgewalt die Sache dadurch, daß Berry, Campbell und Aubrey in einer Nacht- und Nebel-Aktion festgenommen wurden. Außerdem wurde einen Tag später in das Büro der linken Zeitung „Leveller“, für die die Gruppe auch bereits Artikel geschrieben hatte, eingebrochen und zahlreiche Unterlagen gestohlen.

Rechtliche Grundlage der Verhaftungen und Anklagen ist ein Gesetz, das es verbietet, irgendwelche Informationen, die Regierungs- bzw. Staatsangelegenheiten betreffen, weiterzugeben oder auch nur anzunehmen, bevor sie nicht offiziell freigegeben worden sind. Allein die Annahme solcher Informationen wird mit 2 Jahren Gefängnis bestraft! In der Regel wird dieses Gesetz im „normalen (bürgerlichen) Journalismus“ überhaupt nicht angewendet, bietet allerdings theoretisch jederzeit die Möglichkeit, in breitestem Maßstab eine kritische Berichterstattung zu kriminalisieren und total abzuwürgen!

Speziell Campbell wird in diesem Zusammenhang angelastet, die Informationen, auf die sich Hosenballs Artikel über Cheltenham stützt, geliefert zu haben.

Vermutlich wird die Abschiebung der beiden nicht ganz so schnell über die Bühne gehen, wie gewünscht: ein Londoner Gericht hat wenige Tage vor Ablauf der Frist zugunsten Hosenballs entschieden, daß er gegen die Entscheidung Rees Einspruch erheben darf. Und Agee hat angekündigt, daß er nach Schottland gehen werde, da es mehrere Fälle von Ausweisungen gibt, die von schottischen Instanzen nochmals verhandelt wurden, da Schottland u.a. in dieser Frage eine gewisse Eigenständigkeit hat.

Trotzdem droht die Abschiebung nach wie vor. Nur ein breiter demokratischer Protest kann dies letztlich verhindern.

England-Kommission

Folterexperten erpressen Geständnisse

Irland. Mitte Februar veröffentlichte die „Irish Times" (bürgerlich-liberale Zeitung der Republik Irland) einen Bericht, in dem enthüllt wurde, daß eine Spezialtruppe der südirischen Polizei bei der Vernehmung verdächtiger Personen Folter anwendet.

Die „Irish Times" spricht hierbei von der „heavy gang". Justizsenator Cooney sagte dazu, daß es keine sogenannte „heavy gang" gebe, daß aber für besonders schwierige Verdächtige Geheimpolizisten mit „technischem Wissen" (!) von Dublin in die örtlichen Polizeireviere gesendet werden. Normalerweise werden die Geheimpolizisten eingesetzt, wenn Personen aufgrund des Notstandgesetzes, daß im November letzten Jahres in Kraft trat, festgehalten werden. Hierbei handelt es sich meistens um politisch Verdächtige. Nach dem Notstandsgesetz können Personen bis zu 7 Tagen festgehalten werden, ohne daß irgendein konkreter Vorwurf oder Beweis gegen sie vorliegen muß. Es wird also von dem neuen Notstandsgesetz nicht nur kräftig Gebrauch gemacht, sondern es existiert auch schon eine Spezialtruppe, die mit „technischem know-how" für die richtigen Ergebnisse bei den Verhören sorgt.

Bei den Verhörmethoden handelt es sich z.T. genau um die Methoden, die von den Briten in nordirischen Internierungslagern angewendet wurden, und in einem Bericht der europäischen Menschenrechtskommission vom September letzten Jahres scharf verurteilt und als Folter bezeichnet wurden.

Betroffene beschrieben, daß sie sich mit gespreizten Händen gegen eine Wand lehnen mußten, so daß das ganze Gewicht auf den Fingerspitzen lastete, bis sie völlig erschöpft waren, und daß ihnen Nahrung, Wasser und Schlaf entzogen wurden. Von den Dubliner Geheimdienstleuten wird gesagt, daß es schon seit 3 Jahren zu ihrer Praxis bei Verhören gehört, **sowohl physischen wie psychischen Druck auszuüben** und dabei mit Schlägen und Drohungen und Lügen zu arbeiten. Diese Praxis hat seit Inkrafttreten des Notstandsgesetzes enorm zugenommen. **In 7 Tagen kann man einen Menschen natürlich mehr schikanieren als in 2 Tagen.**

Vier Männer aus Tipparary, die auf einer Polizeistation festgehalten und verhört wurden, sagten aus, daß die Mißhandlungen begannen, als ein Team von Geheimdienstlern aus Dublin ankam. Es wurde ihnen der Schlaf entzogen, und sie verloren vollkommen das Zeitgefühl, weil sie in einem verhangenem Raum festgehalten wurden, in dem ständig das Licht brannte. Außerdem wurden sie geschlagen und getreten. Einer von ihnen versuchte, durch Sprung aus dem Fenster zu fliehen; er hat sich heute noch nicht von den Verletzungen erholt.

Das sind nur einige von vielen Beispielen. Ein Dubliner Rechtsanwalt gab bekannt, daß allein bei ihm 50 Beschwerden dieser Art eingegangen sind. In 25 dieser Fälle will er Prozesse anstrengen.

Die Enthüllungen der „Irish Times" fallen genau zusammen mit den Verhandlungen vor dem „Europäischen Gericht für Menschenrechte" um die Anklage der südirischen Regierung gegen Großbritannien, in den nordirischen Internierungslagern Foltermethoden angewendet zu haben.

1971 hatte die Regierung der Re**publik Irland ein 600 Seiten umfas**sendes Beschwerdeschreiben an die Menschenrechtskommission gerichtet, in dem in 228 Fällen detailliert die Folter nachgewiesen wird. Im Herbst 1976, also 5 Jahre später, veröffentlichte die Menschenrechtskommission einen Bericht, in dem Großbritannien der Anwendung der Folter in Nordirland beschuldigt wird. Z.Z. laufen die Verhandlungen **darüber in Straßburg vor dem Europäischen Gerichtshof.** Wie wenig ernst die südirische Regierung die Anklage nimmt und wie wenig praktische Konsequenzen solche Verhandlungen haben werden, zeigt die Praxis der Republik Irland im eigenen Land.

(Informationen nach „Guardian" vom 15. und 18.2.77)

Irlandkommission

Britischer Propagandaoffizier jetzt in Rhodesien

Einen bemerkenswerten Zusammenhang zwischen der britischen Terror**maschinerie in Nordirland und dem** Faschistenregime in Rhodesien zeigt **eine Notiz im „Guardian"** vom 5.2. 1977.

Der frühere Kopf der Presse- und Propagandaabteilung der britischen Armee in Nordirland, Stannard, wurde von dem Faschisten Smith angeworben, um die Propagandaarbeit in der rhodesischen Armee, die bisher nicht von Erfolg gekennzeichnet war, zu leiten. Stannard leitete von 1973 - 75 die Propagandaabteilung in enger Zusammenarbeit mit den in Belfast arbeitenden Journalisten. Die Pro**pagandaarbeit wurde von der briti**schen Regierung als „sehr erfolgreich" bezeichnet. So hieß es dann auch in dem Artikel, daß Stannards Erfahrungen in Nordirland dem Smith-Regime eine bedeutende Unterstützung sein werden.

Irlandkommission

USA

„Solidarität der Demokraten"

Unter dem Deckmäntelchen des praktizierenden Baptisten hat der neue US-Präsident Carter ein heftiges Techtelmechtel mit sowjetischen Dissidenten gestartet. In ungewohnter Offenheit und Direktheit wandte er sich an den Moskauer Schriftsteller Andrej Sacharow.

Noch im vergangenen Jahr sagte der damalige Präsident Ford ein geplantes Gespräch mit dem „ausgebürgerten" Solschenazi ab, weil er „*dachte, es könnte ein politisches Problem sein*". Carter hatte schon damals diesen Entschluß als einen schweren Fehler kritisiert und Ford vorgeworfen , seine Entspannungspolitik könne nicht viel wert sein, wenn sie eine derartige Belastung nicht aushielte. Auch Ford findet heute seine seinerzeitige Entscheidung „bedauerlich" ...

So hatte der Friedens -Nobelpreisträger Sacharow gute Karten, als er im Januar in einem persönlichen Brief an Carter diesen aufforderte, „seine Stimme zu erheben " für die in der Sowjetunion und anderen Staaten Osteuropas verfolgten „Regime-Kritiker".Nach ersten Stellungnahmen des amerikanischen Außenministeriums folgte denn auch ein Brief Carters, in dem dieser verlogen die ganze Wirklichkeit des barbarischen US-Imperialismus auf den Kopf stellt. So schreibt er u.a. an den „Lieben Professor Sacharow", am 5.2.77 : „*Wir werden unsere guten Dienste zur Verfügung stellen, um die Freilassung von Gefangenen des Gewissens zu erreichen, und wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, eine den menschlichen Wünschen entsprechende Welt zu gestalten ...*"

Er vergaß allerdings in seinem Brief zu erwähnen, daß es in den USA seit der McCarthy-Ära Konzentrationslager gibt, die zur jederzeitigen Internierung von allen Personen bereitstehen, „**von denen angenommen werden kann, daß sie wahrscheinlich (!!) Spionage- oder Sabotageakte verüben werden oder sich wahrscheinlich (!!) mit anderen verschwören werden, um solche zu verüben**". (McCarran-Gesetz von 1950).

Er vergaß ebenso zu erwähnen, daß in den USA selbst nicht nur Demokraten tagtäglich überwacht, verfolgt und widerrechtlich inhaftiert werden; daß beispielsweise die Black Panther-Bewegung maßgeblich durch Mord-Kommandos des FBI liquidiert wurde; daß ganze Völker (Indianer, Farbige verschiedenster Nationalität) in den USA grausam unterdrückt und benachteiligt werden...

Er weiß sich in dieser Vergeßlichkeit allerdings im Bunde mit den „besten Männern" seines Landes. Dem antikommunistischen Superhetzer und Chef des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL/CIO, George Meany, war es ein persönliches Bedürfnis, Wladimir Bukowski zu einem Besuch in die USA einzuladen. Bukowski, der im Austausch gegen den im KZ festgehaltenen chilenischen KP- Chef Luis Corvalan in den Westen gekommen war, sollte bei dieser Gelegenheit gleich auch noch von Vizepräsident Mondale und Carter selbst ans brüderliche Herz gedrückt werden. Bei dieser Gelegenheit (am 1.3.77) bedankte sich Bukowski artig bei Carter für „*die hohe Ehre*" und „*revanchierte sich mit einer Kurzvorlesung über die Psychologie der sowjetischen Führungsspitze*" (Welt, 3.3.77). Anschließend gab er seine Ansichten in der George-Washington-University zum Besten und warnte die USA davor, die UdSSR weiter zu unterstützen, indem er Lenin zitierte: „Die Kapitalisten werden uns den Strang verkaufen, an dem wir sie später aufhängen." Ja, Lenin der ...

Auch in der BRD: Freiheit statt Sozialismus!

Auf dem west-östlichen Divan der „Regime-Kritiker" lümmelt sich ohne Zögern auch die westdeutsche Parteienprominenz. So tönte Kanzler Schmidt: „*Die Motive von Präsident Carter unterscheiden sich nicht von unseren.* "Die Bundesrepublik werde „*auf dem uns geeigneten Weg darauf hinwirken, daß Menschen, die abweichende Meinungen vertreten, deshalb nicht diskriminiert oder verfolgt werden.*" (Merke : es gibt keine Berufsverbote!) Auch CDU-Chef Kohl begrüßte, daß Carter der „*Bürgerrechtsbewegung in der Sowjetunion den Rang einräumt, der diesem Freiheitsstreben hinter dem Eisernen Vorhang zukommt*". Und Strauß (bekanntlich ein Prototyp des „Demokraten") erklärte, Carters Brief an Sacharow sei „*eine Ermutigung für die um ihre Bürgerrechte kämpfenden Menschen*" (Welt am Sonntag, 20.2.77). **Sage mir, mit wem du gehst und ich sage dir, wer du bist!**

USA-Kommission



Frauen streiten für gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ist zwar in den USA gesetzlich verankert, wird allerdings – wie in der BRD und in vielen anderen Ländern – nicht praktiziert. Im Gegenteil: Vor 20 Jahren verdienten die Frauen ca. 63 % vom Männerlohn, 1976 nur noch 57 % !

Einige Frauen hatten allerdings die Nase voll und prozessierten gegen „ihren" Kapitalisten wegen Unterbezahlung.

Bei der New York Times führen 7 Frauen seit 1974 einen Musterprozeß, bislang ohne Entscheidung. Ein Fernmeldekonzern wurde dagegen bereits verdonnert, 200 Millionen Dollar nachzuzahlen. Erfolg hatten auch 16 Frauen der Fernsehgesellschaft NBC, die für sich und 2 600 Kolleginnen 5 Millionen Dollar Nachzahlung erstritten sowie feste Zusagen über Beförderungen und Neueinstufungen von Frauen. Weiter wurde vertraglich vereinbart, daß 1/3 der neuen Arbeitsverträge für Frauen reserviert werden.

Weiter so!

(Alle Angaben aus „Kurier am Mittag", vom 28.2.77)

Eine Metallgenossin

Offiziell bestätigt: CIA kauft Politiker

Am 18.2.77 verursachte die US-Zeitung „Washington Post", die schon den Watergate-„Skandal" enthüllte, wieder einigen Wirbel. Sie enthüllte eine ganze Liste namhafter Politiker in aller Welt, die vom US-imperialistischen Geheimdienst CIA geschmiert werden. Danach werden CIA-Gelder gezahlt an:

- **Willy Brandt,**
- **König Hussein von Jordanien,**
- **Präsident Jomo Kenyatta von Kenia,**
- **Nguyen Van Thieu, früherer südvietnamesischer Präsident,**
- **Ngo Dinh Diem, dessen Vorgänger,**
- **Synghman Rhee, früherer südkoreanischer Präsident,**
- **Chiang Kai-shek, früherer Präsident von Taiwan,**
- **Ramon Magsaysay, früherer Präsident der Philippinen,**
- **Mobutu, Staatschef von Zaire,**
- **Erzbischof Makarios von Zypern,**
- **den Dalai Lama von Tibet, im indischen Exil,**
- **Forbes Burnham, Ministerpräsident von Guayana,**
- **Eduardo Frei, früherer chilenischer Präsident und Chef der Christdemokraten,**
- **Louis Echeverria, früherer mexikanischer Regierungschef.**

Die „Spenden" des CIA wurden zum Teil über 20 Jahre lang gezahlt, wie im Falle Hussein, der jährlich bis zu zwei Millionen eingesackt haben soll. Bei den „Enthüllungen" handelt es sich aber nicht um die Sensation, die in der bürgerlichen Presse daraus gemacht wird. Die Tatsache, daß der CIA Politiker kauft, ist spätestens **seit Erscheinen des Buches der ehe**maligen CIA-Agenten Marchetti und John Marks „The CIA and the Cult of Intelligence" bekannt. In diesem Buch sollten auch Namen fallen. Aber die US-Regierung funkte dazwischen. Sie erwirkte ein Gerichtsurteil, nach dem 180 Passagen des Buches gestrichen werden mußten, insbesondere die Namen, die sie „*zu einer schweren und nicht wiedergutzumachenden Schädigung der Interessen der Vereinigten Staaten führen*" würden. Die CIA hatte ursprünglich die Streichung von über 370 Stellen verlangt.

Seit langem bekannt ist die Tatsache, daß nach dem zweiten Weltkrieg die US-Imperialisten Sozialdemokraten, Gewerkschaftsführer und auch führende Rechtsradikale, wie Strauß, finanziell unterstützt haben, um die Bundesrepublik als „Demokratie" nach US-Muster zu errichten. Aus CIA-Kassen konnte jeder ein Schärflein erwarten, der Antikommunist und kalter Krieger war. Die Gelder wurden über US-geleitete Presseorgane, die Ford Foundation oder den US-Gewerkschaftsverband AFL geleitet („Spiegel", 28.2.77). So wie auf nationaler Ebene die Politiker im Kapitalismus von der Bourgeoisie geschmiert werden (Helaba, Glöggler, Lockheed), bestechen die Imperialisten ihre Lakaien, um sie gefügig zu machen, wenn es einmal nötig sein sollte, bzw. sie für „gute" Dienste zu belohnen. Wie gesagt, dies ist eigentlich keine Sensation, sondern tägliche Praxis der Imperialisten.

Bestechung offiziell bestätigt

Bemerkenswert an diesen jüngsten Meldungen ist aber, daß sie dadurch, daß sie nicht dementiert wurden, bestätigt worden sind:

Brandt, Makarios, Hussein und andere namentlich genannte Schmiergeldempfänger haben diese Meldungen mit gespielter Empörung zurückgewiesen. Brandt hat in einem persönlichen Brief an Carter geschrieben: „*Ich verwahre mich mit Entschiedenheit gegen die unwahren Behauptungen und muß Sie bitten, die zuständige Stelle Ihrer Regierung zu der gebotenen Klarstellung zu veranlassen*".

Doch dazu sah sich Carter nicht in der Lage. In seinem Antwortbrief heißt es: „*Als Regierung müssen wir leider der Versuchung widerstehen, jeden Bericht über Geheimdienstaktivitäten mit einem Kommentar zu versehen. Ich wünschte, daß es in meiner Macht stünde, diese grundlosen Beschuldigungen Ihrer Person gegenüber von vornherein zu verhindern (!), aber dies ist ein Preis, den wir für die Regierungsform, der wir uns beide Verbunden fühlen, zu entrichten haben*".

Und auf einer Pressekonferenz erklärte Carter, daß eine Untersuchung der Enthüllungen ergeben habe, daß es derzeit keine „illegalen und unangemessenen" CIA-Operationen gebe. Weiter lehnte er jede direkte Stellungnahme ab, „**weil es besonders schädlich für die Beziehungen mit anderen Nationen und für die Sicherheit unseres Landes, sogar in Friedenszeiten, sein kann, wenn legitime und angemessene (!) Operationen enthüllt werden**".

Kurz: Die Bestechungen und andere „Operationen" des CIA sind okay, „besonders schädlich" sind lediglich die Enthüllungen dieser Machenschaften! In diesem Sinne versuchte US-Präsident Carter persönlich, den Chefredakteur der „Washington Post", Ben Bradlee, und den Reporter Bob Woodward um „Zurückhaltung" bei der Berichterstattung zu bewegen ... Wie es heißt, wird jetzt im Regierungsauftrag nach „undichten Stellen" geschnüffelt.

USA- und SPD-Kommission



naher osten

Aktionen iranischer Studenten gegen die Zusammenarbeit mit dem faschistischen SAVAK

Hannover. In den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde traten am 21.2. 50 iranische Studenten in den Hungerstreik, um gegen die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit dem SAVAK zu protestieren.

Durch den Hungerstreik der CISNU-Mitglieder soll folgenden Forderungen Nachdruck verliehen werden:

„1. Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur restlosen Aufklärung aller Verbindungen zwischen SAVAK und BRD-Geheimdiensten.
2. Ausweisung aller SAVAK-Agenten aus der BRD, darunter Dadsetan (Bonn, Djawan (Bonn), Amir Khalili (Bonn), Parsakia (Hamburg), deren Agententätigkeit seit langem dokumentarisch nachgewiesen ist.
3. Sofortige Einstellung aller Kontakte zwischen SAVAK und BRD-Geheimdiensten.
4. Freie politische Betätigung für CISNU in der BRD.
5. Klare Stellungnahme der niedersächsischen Landesregierung, ob auch in Niedersachsen Verbindungen zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz und SAVAK bestehen" (aus dem Flugblatt der CISNU).

Am 23.2. fand am Kröpcke eine Protestkundgebung statt, die von verschiedenen westdeutschen und ausländischen Organisationen unterstützt wurde.

Vier Tage nach Beginn des Hungerstreiks „besuchten" der SPD-Landesvorsitzende v. Oertzen und Oberbürgermeister Schmalstieg die protestierenden CISNU-Mitglieder in der ESG. V. Oertzen versicherte, daß er sich dafür einsetzen werde, daß die Tätigkeit der SAVAK in der BRD gründlich untersucht werde. Er forderte die Ausweisung aller für den SAVAK tätigen Iraner und die Beendigung der Kontakte zwischen Verfassungsschutz und der „terroristischen Organisation" SAVAK.

Auch Schmalstieg wollte sich für die Forderungen der CISNU-Mitglieder einsetzen, um zu verhindern, daß sie für eine in der BRD erlaubte politische Betätigung im Iran verfolgt würden („Frankfurter Rundschau", 25.2.77).

Solche radikalen Phrasen klingen reichlich hohl, wenn man bedenkt, daß sich das Bundesinnenministerium gerade jetzt darum bemüht, das Asylrecht weiter zu verschärfen. Zukünftig soll die Ausländerbehörde unter Unterlaufung des Antragsverfahrens dann einen Asylantrag ablehnen und den Antragsteller ausweisen können, wenn der Antrag erst nach längerem Aufenthalt in der BRD gestellt wird („FR", 26.2.77).

Mit diesem Gesetz soll die politische Betätigung von fortschrittlichen Ausländern weiter eingeschränkt werden. Bei der guten Zusammenarbeit mit dem SAVAK muß jeder Iraner damit rechnen, für seine politische Betätigung in der BRD vom faschistischen Schah-Regime verfolgt zu werden, ohne daß ihm in der BRD Asylrecht gewährt würde. Schon heute wird die CISNU – eine fortschrittliche, demokratische Studentenorganisation – vom Verfassungsschutz als „terroristische Organisation" eingestuft.

Nahost-Kommission



50 iranische Studenten traten aus Protest gegen die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit dem SAVAK in den Hungerstreik.

Weitere Zusammenarbeit zwischen BRD und Schah-Regime

Im Januar hielt das Krupp-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Briam – ehemals beim DGB – vor der „Deutsch-iranischen Freundschaftsgesellschaft" einen Vortrag über die notwendige „deutsch-iranische Kooperation im Bildungs- und Ausbildungswesen". Der Krupp-Konzern werde in Zukunft für die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten persischer Arbeitskräfte sorgen. In diesem Zusammenhang wurde auch erwähnt, daß es seit kurzem eine Vereinbarung zwischen der Universität Stuttgart und dem College für „Science and Technology" in Teheran über die weitere Qualifizierung von Technikern und Ingenieuren gibt. Briam ließ außerdem durchblicken, daß die totale Unterdrückung jeglicher Opposition durch das Schah-Regime der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes nur zuträglich sei.

Vor der „Deutsch-iranischen Freundschaftsgesellschaft" brauchte der ehemalige „Gewerkschafter" auch kein Blatt vor den Mund zu nehmen, hat sich diese Gesellschaft doch schon seit langem die Verschleierung der faschistischen Unterdrückung im Iran zum Ziel gesetzt. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Zusammensetzung des Präsidiums der Gesellschaft. Ihm gehören u. a. an: Kai-Uwe von Hassel (CDU) und SPD-MdB Hermann Scheffler, für diese Aufgabe besonders prädestiniert, da er gleichzeitig einen Posten im Krupp-Aufsichtsrat hat (Information nach „Extra-Dienst", 1.2.77).

Am 1. März wurde außerdem ein Abkommen für eine deutsch-iranische Hochschule im Iran geschlossen. Die medizinisch-technische Hochschule in Rasht am Kaspischen Meer soll noch in diesem Herbst den Betrieb aufnehmen. Etwa 130 Professoren aus der BRD sollen dort später arbeiten („Süddeutsche Zeitung", 3.3.77).

Nahost-Kommission

Leserbrief (Kurden)

Zu unserem Artikel „Kurden im Irak weiter unterdrückt" (AK 97)

Bonn, die bezeichnenderweise zu ihrem öffentlichen Diskussions-

„Fälschungen" hereingefallen. Es ist durchaus glaubhaft, daß der irakische Informationsminister die Arabisierung des kurdischen Gebietes im Nordirak als *„Strafe"* dafür bezeichnet hat, *„daß sich die Kurden im irakischen Volk und an der irakischen Souveränität vergangen haben. Dafür*

außerdem durchblicken, daß die totale Unterdrückung jeglicher Opposition durch das Schah-Regime der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes nur zuträglich sei.

Vor der „Deutsch-iranischen Freundschaftsgesellschaft" brauchte der ehemalige „Gewerkschafter" auch kein Blatt vor den Mund zu

Die medizinisch-technische Hochschule in Rasht am Kaspischen Meer soll noch in diesem Herbst den Betrieb aufnehmen. Etwa 130 Professoren aus der BRD sollen dort später arbeiten („Süddeutsche Zeitung", 3.3.77).

Nahost-Kommission

Hungerstreiks und Demonstrationen in israelischen Gefängnissen

Seit Anfang Dezember protestieren die palästinensischen Gefangenen mehrerer israelischer Gefängnisse mit einem Hungerstreik gegen die mörderischen Haftbedingungen und für ihre Anerkennung als politische Gefangene (vgl. AK 97). Seit dem 26.2. führen über 200 Gefangene in Ashkalon erneut einen Hungerstreik durch. Hier hatte der Hungerstreik Anfang Dezember begonnen, Hunderte von Gefangenen aus den Gefängnissen in Ramleh, Beersheba und aus allen Gefängnissen im Westjordanland schlossen sich ihrem Kampf an. In Ashkalon starb ein palästinensischer Genosse im Verlauf des Hungerstreiks. Bei vielen ist der Zustand kritisch. Teilweise sprechen die Quellen von mehreren Todesfällen („Afrique-Asie", 21.2.77, „Le Monde", 1.3.77, „Neues Deutschland", 3.2.77).

In Ashkalon konnte der Hungerstreik für einen Monat deshalb unterbrochen werden, weil die Gefangenen in mehrere Gruppen aufgeteilt und in die Gefängnisse von Kfar Yona, Ramleh und Nablus überführt wurden („El Moujahid", 25.1.77). Trotz der in Israel und den besetzten Gebieten bestehenden Zensur, besonders für die Auslandspresse, sind inzwischen verschiedene Einzelheiten bekanntgeworden.

Insgesamt befinden sich 5.832 palästinensische Widerstandskämpfer in zionistischen Gefängnissen, allein im letzten Jahr wurden über 1.800 willkürlich verhaftet („Afrique-Asie",21.2.77, „Monitor-Dienst", 11.2.77). Die Gefängnisse sind total überbelegt. Im Durchschnitt (!) stehen nach Angaben des israelischen Generalgouverneurs für Gefängnisse, der sicher nicht untertreibt, pro Gefangenen 2,2 Quadratmeter zur Verfügung, in Hebron sind es sogar weniger als ein Quadratmeter. Nach Aussagen des israelischen Rechtsanwaltes Tzemel werden 20 bis 30 Gefangene in einer schmutzigen und feuchten Zelle zusammengepfercht. Die Nahrung ist derart dürftig und einseitig, daß die meisten der Gefangenen ausgehungert sind und an Magenkrankheiten leiden. Medizinische Versorgung existiert praktisch nicht („Afrique-Asie",21.2.77).

Folterungen sind an der Tagesordnung. Viele Gefangene sind bereits auf diese Weise ermordet worden („ND", 9.2.77).

In der ersten Februarwoche kam es aus Solidarität mit den im Hungerstreik stehenden palästinensischen Gefangenen zu Demonstrationen und militanten Auseinandersetzungen mit dem israelischen Militär in allen grösseren Städten des Westjordanlandes. Gegen die Demonstranten wurden Schlagstöcke, Tränengas und automatische Waffen eingesetzt („EM", 2.2.77, „Afrique-Asie", 21.2.77).

Wieder kam es zu Massenverhaftungen. Allein in Nablus wurden am 3.2. 38 Palästinenser verhaftet und für die Demonstrationen und „Ausschreitungen" verantwortlich gemacht („Neue Zürcher Zeitung", 5.2.77).

Jordanische Frauenorganisationen richteten einen Appell an die Internationalen Organisationen, in dem sie u.a. die Freilassung der palästinensischen Gefangenen forderten („EM", 30.1.77).

In der letzten Januarwoche besetzten die Familien der palästinensischen Gefangenen aus Protest gegen die Verbrechen in zionistischen Gefängnissen das Büro des Internationalen Roten Kreuzes und verschiedener anderer humanitärer Organisationen in Jerusalem („Afrique-Asie",21.2.77).

Die seit einem Jahr anhaltenden, dauernden Proteste der palästinensischen Bevölkerung in Israel und den besetzten Gebieten zeigen, wie wenig es den Zionisten trotz aller Brutalität und trotz allen Terrors gelingt, den Widerstand gegen das zionistische Besatzerregime zu brechen.

Nahost-Kommission

Leserbrief (Kurden)

Zu unserem Artikel „Kurden im Irak weiter unterdrückt" (AK 97) erhielten wir von der „Vereinigung Kurdischer Studenten in Europa", Ortsgruppe Hamburg einen Leserbrief, den wir – leicht gekürzt – wiedergeben:

„Liebe Genossen,
mit großem Interesse haben wir den o. a. Artikel gelesen. Wir möchten diesem wahrheitsgetreuen Artikel einige aus unserer Sicht notwendige Ergänzungen hinzufügen.

Unsere Vereinigung hat sich seit 1958/59 zur Aufgabe gemacht, das Problem unseres Volkes in den verschiedenen Teilen Kurdistans – Irak, Iran, Türkei und Syrien – der Öffentlichkeit näher zu bringen. Obwohl die „gegnerischen" Seiten immer bemüht sind, ihre imperialistischen Interessen „mit Erfolg" zu rechtfertigen, als Beispiel sei das Zitat des Informationsministers Azis – ‚man muß die Kurden bestrafen' – genannt, dürfte eine progressive Organisation wie die Eure auf solche Fälschungen nicht hereinfallen.

Folgendes wäre nun zum Artikel selbst zu ergänzen:

1. Der irakischen Regierung ist der Versuch, Irakis (arabische) in den Norden des Landes umzusiedeln, durch das Bewußtsein der irakischen Bevölkerung ... mißlungen. Deshalb war das irakische Regime gezwungen, arabische Familien aus Ägypten heranzuziehen, um ihren chauvinistischen Plan, die Kurden aus ihrer Heimat zu vertreiben, durchzusetzen.

2. Das März-Abkommen von 1970 ist geschlossen worden durch eine Vertretung der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK) ... und einer Vertretung der irakischen Baathisten, nicht ... zwischen irakischen Kurden und der Baath-Regierung ...

3. Die „unbestreitbaren" Rechte, die den irakischen Kurden durch das irakische Baath-Regime eingeräumt werden, dienen ausschließlich Propagandazwecken. Beweis dafür ist das lt. März-Abkommen zugebilligte Recht auf die kurdische Sprache in allen Schulen als Muttersprache; die Wirklichkeit ist, daß nur an drei Schulen mit insgesamt ca. 250 Schülern kurdisch gelehrt wird. Ein anderes Beispiel der „demokratischen Verhältnisse" lieferte der Besuch einer irakischen Kurdendelegation in Bonn, die bezeichnenderweise zu ihrem öffentlichen Diskussionsabend nur irakische Kurden einliessen und auch diese nur nach Vorlage ihres Passes.

4. Ihr berichtet in dem Artikel von Zugeständnissen der Irakis an Persien, erwähnt aber nicht, für uns etwas unverständlich, woraus diese bestanden, nämlich der kampflosen Abgabe irakischer Hoheitsgebiete (Arabistan, Arab. Golf), Beendigung der materiellen und moralischen Unterstützung der Freiheitskämpfe in Dhofar und Oman, das Anerkennen der seit Jahren umstrittenen Schiffahrtsrechte im arabischen Golf, wodurch der Einfluß der imperialistischen Kräfte in dieser Region verstärkt wurde und nicht zuletzt die Auslieferung aller progressiven oppositionellen persischen Kräfte, die sich seit Jahren im Irak aufhielten an den SAVAK. Siehe auch letzte Tauschaktion von Persern gegen Irakis und die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den irakischen Geheimdiensten und SAVAK. ..."

Antwort der Kommission

Zu diesem Brief möchten wir feststellen:

1. Bei den Zitaten des Informationsministers Azis sind wir nicht auf „Fälschungen" hereingefallen. Es ist durchaus glaubhaft, daß der irakische Informationsminister die Arabisierung des kurdischen Gebietes im Nordirak als *„Strafe"* dafür bezeichnet hat, *„daß sich die Kurden im irakischen Volk und an der irakischen Souveränität vergangen haben. Dafür müssen sie einen politischen Preis bezahlen"* („Frankfurter Rundschau", 10.11.76). Mit dem Abdruck dieses Zitats wollten wir keineswegs – wie die kurdischen Genossen anzunehmen scheinen – unseren Standpunkt zum Kurdenproblem kennzeichnen, im Gegenteil. Wir kennzeichneten dieses Zitat als „zynisch", ist es doch der Versuch, unter Umkehrung der wahren Verhältnisse, den Kurden die Schuld zu geben an der jahrelangen Unterdrückung durch verschiedene irakische Regimes.
2. Es war nicht Ziel des Artikels, den irakisch-iranischen Vertrag noch einmal zu erläutern. Das haben wir schon in AK 58 (April '75) auch im Hinblick auf seine Auswirkungen für den kurdischen Befreiungskampf getan.
3. Wir wären dankbar, wenn die kurdischen Genossen uns fortlaufend mit Informationsmaterial über die Lage der Kurden in den verschiedenen Ländern versorgen würden.

Und zum Schluß: Aufgrund eines technischen Fehlers stand in der Überschrift des Artikels „Iran" statt „Irak". Aber das konnte man nach dem Inhalt des Artikels doch gar nicht mißverstehen, oder?

Nahost-Kommission

Folter und Mord im Iran

Am 19.2.77 fand in Amsterdam der von „amnesty international" organisierte Kongreß über „unbekannte politische Gefangene und Folter im Iran" statt. Der Kongreß sollte ursprünglich in der BRD stattfinden. Die Bundesregierung hat dies jedoch strikt abgelehnt, womit sie ein weiteres Mal ihre Komplizenschaft mit dem faschistischen Schah-Regime unter Beweis gestellt hat.

Die Skrupellosigkeit der Bundesregierung wird besonders deutlich, wenn man bedenkt, daß seit Sommer 1976 eine Dokumentation des Wissenschaftlichen Fachdienstes im Deutschen Bundestag (WF II – 101/76) bekannt ist, die ausführlich auf die innere Lage im Iran eingeht und eine einzige Beweiskette für die blutige Unterdrückung jeder Opposition im Iran darstellt (abgedruckt in „Frankfurter Rundschau" vom 16.2.77).

Trotz dieses umfangreichen Beweismaterials tut die Bundesregierung alles, um die Verbrechen des Schah-Regimes zu verschleiern.

An dem Amnesty-Kongreß nahmen etwa 1.000 Menschen aus verschiedenen Ländern teil, u. a. zahlreiche Iraner aus der BRD und Frankreich.

Nach dem von „amnesty" vorgelegten Material – das im übrigen in wesentlichen Punkten mit der Dokumentation des Wissenschaftlichen Fachdienstes übereinstimmt – gibt es im Iran zwischen 25.000 und 100.000 politische Gefangene, die von dem SAVAK willkürlich verhaftet wurden, die brutal gefoltert werden und der willkürlichen „Recht"-Sprechung der Militärgerichte unterworfen sind, die keinerlei Rechte für den „Angeklagten" kennen und bisher noch niemanden freigesprochen haben.

Seit 1972 sind mehr als 300 Gefangenen nach solchen „Urteilen" hingerichtet worden, und, zwischen

Ägypten: Studentenunruhen gegen faschistische Innenpolitik

Am 13. Februar kam es zu neuen Unruhen an Kairos Universitäten. Trotz des generellen Demonstrationsverbotes protestierten mindestens 400 Studenten gegen das Sadat-Regime. In Parolen und auf Transparenten wurde Sadat als Diktator bezeichnet. Es kam zu militanten Auseinandersetzungen, bei denen acht Studenten festgenommen wurden (nach „International Herold Tribune", 14.2.77 und „Neue Zürcher Zeitung", 15.2.77).

Die Unruhen ereigneten sich wenige Tage nach Wiedereröffnung der Universitäten, die seit den Auseinandersetzungen im Januar geschlossen waren. Anlaß war die Verabschiedung eines neuen Gesetzes zur inneren Sicherheit. Dieses Gesetz ist in seiner Schärfe nahezu einmalig. Es beinhaltet unter anderem: *„Artikel 2: Geheime Organisationen oder Organisationen, die der Gesellschaftsordnung feindlich gesinnt sind oder militärischen Charakter haben, sind gemäß der Verfassung verboten. Jeder, der sich ihnen anschließt oder ihre Gründung fordert, soll mit lebenslanger Haft oder Zwangsarbeit bestraft werden ...*
Artikel 7: Mit lebenslanger Zwangsarbeit werden diejenigen Arbeiter bestraft, die aufgrund eines zwischen ihnen zum Zweck der Verwirklichung eines gemeinsamen Ziels geschlossenen Abkommens, durch das die Volkswirtschaft gefährdet werden könnte, absichtlich in Streik treten.
Artikel 8: Jeder, der eine Versammlung oder einen Sitzstreik organisiert oder daran teilnimmt, wodurch die öffentliche Sicherheit gefährdet werden könnte, wird mit lebenslanger Zwangsarbeit bestraft" (aus der Rede Sadats, Radio Kairo, 3.2.77, nach „Monitor-Dienst", 8.2.77). Dieses Gesetz ist seit dem 9.2. in Kraft! Alle an der Demonstration beteiligten Studenten könnten also mit lebenslanger Zwangsarbeit bestraft werden!!

Sadat sagte bei Verkündung des Gesetzes: *„Jene Kommunisten, ... sind Leute, die privaten Organisationen beitreten, um das Regime ... zu stürzen." „Jeder Mensch kann denken, was er will. Aber niemand hat das Recht, etwas zu tun, was die Sicherheit der Heimat und der Bürger oder die Freiheit der Heimat der Bürger stört"* (ebenda). Und: *„Das Volk wird die Kommunisten ausschalten, weil sie keinen Platz in unserer Gesellschaft haben"* („Welt", 9.2.77).

Dieses Gesetz hat bei der legalen Opposition kaum Protest ausgelöst. Auch die Nationale Fortschrittliche Sammlungspartei (eine der drei legalen Parteien), die von Sadat als kommunistisch unterwandert angegriffen wird, hat unseres Wissens nicht öffentlich protestiert. Eine Ausnahme bildet der „unabhängige" Parlamentsabgeordnete Kamal ed Din Hussein. In einem offenen Brief griff er das Gesetz scharf an, kennzeichnete es als Schritt in Richtung Diktatur und bezeichnete die stattgefundene Volksabstimmung, bei der 99,42 Prozent für das Gesetz gestimmt haben sollen, völlig zu Recht als Farce. (Zu den „Wahlen" in Ägypten siehe auch AK 94). Aufgrund dieses Protestes wurde inzwischen seine Immunität als Abgeordneter aufgehoben. Er wird vor ein Sondertribunal für Staatssicherheit gestellt! Sadat will jede kritische Äußerung zu seiner Politik mit brutalem Terror unterdrücken. In diesem Zusammenhang verstärken sich auch die Angriffe und die Hetze gegen die sogenannte „legale linke" Opposition, die Nationale Fortschrittliche Sammlungspartei. Sadat erklärte: *„Die Nationale Fortschrittliche Sammlungspartei wurde ausgenutzt. Die meisten, die ihr beitraten, gehörten diesen kommunistischen Kommandos an, die zwei Dinge beibehielten. Sie behielten den Vorteil der freien und garantierten legitimen Tätigkeit durch die Sammlungspartei und führten einige Untergrundtätigkeiten weiter – mit dem Ziel, die Autorität anzugreifen, um Sabotage zu betreiben"* („Monitor-Dienst", 8.2.77).

Diese Anschuldigungen haben in etwa den gleichen Wahrheitsgehalt, wie ähnliche Angriffe des hiesigen rechten Sumpfes auf die SPD. Allerdings gibt es auch wesentliche Differenzen zwischen der Sammlungspartei und der Sadat-Regierung. So erklärte ihr Führer, Khalid Muhji Ad-Din, *„die Massenerhebungen seien spontane Aktionen und Ausdruck der Erbitterung über die Wirtschaftspolitik der Regierung gewesen. Er fügte hinzu: Der Trend, möglichst viel ausländisches Kapital in die Wirtschaft Ägyptens zu ziehen, sei ausschließlich für die Reichen von Nutzen gewesen. Die Kluft zwischen ihnen und den Volksmassen habe sich dadurch noch vertieft"* (Radio Moskau, 31.1.77, nach „Monitor-Dienst", 2.2.77).

Sieht man von der Anbiederung an die Volksmassen ab, so ist der Kern der Vorstellungen der Sammlungspartei, daß sie die „Politik der Öffnung" ablehnt. Sie hält es für den Aufbau einer eigenen starken Wirtschaft für notwendig, eine gewisse Unabhängigkeit vom Imperialismus zu erreichen. Diese von Nasser jahrelang verfolgte Politik, die auch eine Annäherung an die UdSSR zur Folge hatte, die aber nicht das geringste mit dem Aufbau des Sozialismus zu tun hat, wird von Sadat total abgelehnt. Dementsprechend werden die Nasseristen scharf angegriffen und verfolgt. *„Sie* (die Verhafteten, Anm. AK) *erklärten, sie seien Nasseristen. Sie ziehen es vor, sich Nasseristen anstatt Kommunisten zu nennen. In Wirklichkeit sind sie dasselbe"* (Rede Sadats, „Monitor-Dienst", 8.2.77).

Sadat setzt seine Politik des totalen Ausverkaufs an die Imperialisten und der faschistischen Unterdrückung jedes Widerstandes der Bevölkerung mit harter Machtpolitik auch im bürgerlichen Lager durch. Diese Strömungen sollen jetzt beseitigt werden, allerdings weiterhin unter dem Deckmantel einer scheinbaren „pluralistischen Parteiendemokratie" nach westlichem Vorbild. Es ist damit zu rechnen, daß die Sammlungspartei in nächster Zeit massiv dazu gezwungen wird, Sadats Politik ebenfalls zu verfolgen, andernfalls werden zumindest Teile von ihr kriminalisiert werden. Aber Sadats Rechnung scheint nicht so einfach aufzugehen. Das zeigten auch die Studentenunruhen am 13.2.. Da sich die Lage der Massen immer weiter verschlechtert, wird Sadat keine Ruhe bekommen.

Nahost-Kommission

CIA-Gelder an Jordanien Hussein als US-Marionette bestätigt

Die „Washington Post" – bekannt für die Aufdeckung des Watergate-Skandals – enthüllte jetzt die Zahlung von Millionengeldern durch den CIA an den jordanischen König Hussein. Neben den 200 Millionen Dollar militärischer und wirtschaftlicher Hilfe auf dem offiziellen Wege erhielt Hussein im letzten Jahr 750.000 Dollar, seit 1957 (!) insgesamt 15 Millionen Dollar aus CIA-Mitteln („Los Angeles Times", 18.2.77).

Das Amt für die Geheimdienst-Überwachung hatte den damaligen Präsidenten Ford davon unterrichtet, daß diese Zahlungen „möglicherweise unsauber" seien, doch Ford hatte nichts dagegen unternommen. Da dies nach der Aufdeckung des Projekts für einen gerade ins Amt eintretenden Präsidenten nicht geht, ohne seinen ganzen Ruf zu versauen, hatte Carter sofort den Stop aller Zahlungen an Hussein verfügt und erklärt, er habe von allem nichts gewußt. Sollten diese Dinge bei der Vorbereitung der Nahostreise des neuen Außenministers Vance außer acht gelassen worden sein? Schon Nasser hat einmal gesagt, er würde lieber mit dem CIA verhandeln als mit dem State Department, weil der CIA den direkteren Weg zum Präsidenten habe („Los Angeles Times",19.2.77).

Die Gelder, die vom obersten CIA-Mann in Amman direkt ausgezahlt wurden (in der Regel wird der feinere Weg über Stiftungen und Komitees gewählt), gingen zum großen Teil an *„untergeordnete Regierungsbeamte und an jordanische Stammesmitglieder, um deren Loyalität zum König zu sichern und ihn über interne Vorgänge im Lande zu informieren"* („Süddeutsche Zeitung", 22.2.77). Doch auch Hussein selbst steuerte Informationen und Material bei.

Innerhalb des CIA wurden diese Zahlungen als eine der erfolgreichsten Aktionen angesehen und der frühere Chef des CIA, Ray Cline, bezeichnete sie als „moralisch vertretbare Handlung im Bereich geheimer Politik" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21.1.77).

Insgesamt hat Hussein für diese Gelder auch gute Dienste geleistet. Er erlaubte dem CIA, im strategisch günstig im Nahen Osten gelegenen Jordanien frei tätig zu werden.

Er zerschlug die PLO in seinem Land, indem er 1970 Zehntausende von Palästinensern abschlachten ließ und beteiligte sich nicht am letzten Krieg gegen Israel. Und jetzt beginnt Jordanien wieder verstärkt, sich in die Palästina-Frage einzumischen und an der „friedlichen Lösung" mitzuarbeiten.

Hussein hat natürlich diese Enthüllungen dementiert. Doch *„gut die Hälfte aller Zeitungen, die die Enthüllung der ‚Washington Post' veröffentlichten, ... hielt das Hussein-Dementi freilich keiner Zeile wert"* („Extra-Dienst", „ED", 22.2.77). Die Namen Husseins und auch anderer Politiker (so wie Willy Brandt, Mobutu, Kenyatta, Thieu, Guyanas Premierminister Burnham) wurden aus einem Manuskript bekannt, auf dessen Grundlage Machetti (früher Assistent des CIA-Direktors) und Marks (früher Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums) ein Buch über den CIA geschrieben hatten. Nach den vergeblichen Bemühungen des CIA-Chefs Colby, das Erscheinen des Buches zu verhindern, konnte er immerhin erreichen, daß 168 „allergeheimste Passagen" gestrichen wurden, darunter eben die Passagen, in denen Namen genannt wurden: *„weil die Namensnennung zu einer schweren und nicht wiedergutzumachenden Schädigung der Vereinigten Staaten führen würde"* („ED", 22.2.77 und „LAT", 21.2.77).

Doch zumindest im Nahen Osten wird es nicht viel Geschrei geben, weil wohl kaum ein Staat in dieser Beziehung eine saubere Weste hat. Man denke an den für seine CIA-Vermittlerrolle zu Zeiten Nassers berüchtigten ägyptischen Journalisten Amin, den Sturz Mossadeghs im Iran, die Gelder an den Iran für die Unterstützung der Kurden gegen den Irak und die Unterstützung der Faschisten im libanesischen Bürgerkrieg mit Waffen und Ausbildung. Viele Geschäftsleute, besonders in der Öl-Industrie sind als CIA-„Teilzeitbeschäftigte" bekannt. Es paßt in dieses Bild, daß der ehemalige CIA-Chef Richard Helms als Botschafter für den Iran auserwählt wurde und McMurtrie Godley in den Libanon geschickt wurde – von Laos, wo der CIA offen und aktiv im antikommunistischen Kampf engagiert war (Zusammengetragen aus „LAT", 19.2.77).

Nahost-Kommission

Januar und Oktober '76, nach Angaben der offiziellen iranischen Presse (!) weitere 69 („Le Monde", 22.2.77). Nicht erwähnt sind dabei die zahlreichen Genossen, die in bewaffneten Auseinandersetzungen mit der SAVAK starben, in den Folterkammern oder „auf der Flucht" ermordet wurden.

Auf dem Kongreß blieb es allerdings im wesentlichen bei der moralischen Empörung. Erst nach längeren Diskussionen wurde Bahman Nirumand ein Beitrag gestattet. Er war auch der einzige, der nicht nur die derzeitigen Zustände im Iran beschrieb, sondern auch die Hintergründe aufzeigte (nach einem Brief des Wiesbadener Iran-Komitees).

Der Kongreß forderte zum Abschluß den Schah auf, eine unabhängige, internationale Kommission einreisen zu lassen, die die Verletzung der Menschenrechte im Iran untersuchen solle.

Nahost-Kommission

Terrorurteile gegen die marokkanische Linke

Am 15. Februar ging in Casablanca ein Prozeß gegen die revolutionäre Linke mit harten Urteilen zu Ende. Neun Monate lang war der Prozeß immer wieder verschoben worden – er paßte nicht in das Bild von der „Demokratisierung" und „Liberalisierung" des Systems. Im November 1976 waren 243 politische Gefangene, die Ende 1974 festgenommen worden waren, in einen Hungerstreik getreten. Sie forderten entweder Freilassung oder einen Prozeß. 104 von ihnen wurden freigelassen, ihre Verfahren wegen der abgesessenen zwei Jahre eingestellt. Eine 63-jährige italienische Erzieherin wurde wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes vorläufig freigelassen. Ein weiterer Angeklagter wurde aus dem laufenden Prozeß herausgenommen, weil er nach den ersten Prozeßtagen wegen Gehirnstörungen (!) ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Gegen die restlichen 137 Gefangenen wurde der Prozeß geführt, in Abwesenheit mitangeklagt waren 39 weitere Linke. „In marokkanischen Oppositionskreisen wird erklärt, daß viele von den Abwesenden gefoltert wurden und daher ‚nicht vorzeigbar' gewesen seien." Es wird auch nicht ausgeschlossen, daß einige nicht mehr am Leben sind. („Extradienst", 22.2.77). Einer der 1974 Festgenommenen, das Leitungsmitglied der Organisation „Illal Amam", Abdellatif Zeroual, war schon eine Woche nach der Festnahme zu Tode gefoltert worden.

Die Angeklagten gehören zu den revolutionären Organisationen „Illal Amam" (Vorwärts), „Bewegung des 23. März" und „Al Moutakaline" (Die Versammlung). Diese drei Organisationen strebten die Bildung einer „revolutionären Volksfront" an (deshalb werden sie auch als „Frontisten" bezeichnet) und die Errichtung von „roten mobilen Basen" unter den Arbeitern und Bauern.

Die Anklage

Der schwerste Vorwurf ist der des Attentats und der Verschwörung gegen das monarchistische Regime. Hierfür ist die Höchststrafe lebenslänglich. Weitere Anklagepunkte waren: Angriff auf die innere Staatssicherheit, Umsturzversuch, Bildung von Untergrundorganisationen, Verrat am Islam, Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus. „Gewalt gegen Sachen oder Personen wurde niemandem vorgeworfen" („Extradienst", 22.2.77). Im November hatten die Angeklagten in einem Brief an den Justizminister vom „faschistischen Apparat der marokkanischen Justiz" gesprochen – deswegen kam noch der Anklagepunkt „Beleidigung des Richteramts" hinzu. Die Anklage sollte noch auf „Angriff gegen die äußere Sicherheit" ausgedehnt werden, weil Zeitungen der „Illal Amam" noch immer verteilt würden. In ihrer Haltung zur Saharafrage – Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts der Saharauis als Vorbedingung für jede Einheit der marokkanischen und saharauischen Massen – sollten die Angeklagten eingeschüchtert und gespalten werden, indem sich das Regime vorbehielt, bestimmte Angeklagte wegen „Hochverrats" vor ein Militärgericht zu stellen („Etincelles", 10.2.; „Afrique Asie", 24.1.; „El Moudjahid", 7.1. und 3.2.; „Le Monde", 5.1.77).

Während in dem Massen-Schauprozeß 1973 den Angeklagten u. a. die Herstellung von Molotow-Cocktails, und eine Brandlegung zugeschoben wurde und unter den Beweisstücken immerhin eine Waffe war, bestanden die „Beweisstücke" in diesem Prozeß aus Kartons mit marxistischen Büchern (die frei käuflich sind), alten Flugblättern und Zeitungsexemplaren der Organisationen, weiter aus Schreibmaschinen und einem Vervielfältiger, während in der Anklage so getan wird, als stünden der Volkskrieg und die „demokratische Volksrepublik" vor der Tür.

Das Ganze zeigt, daß hier eindeutig ein politischer Gesinnungsprozeß stattfand, der auf keinen konkreten Anklagepunkten und Fakten beruht.

Der Prozeßverlauf selbst – ein reines Verhör

Die Art der Prozeßführung deutete schon darauf hin, daß mit höchsten Gefängnisstrafen gerechnet werden konnte. Es sollte zum Prozeß kein internationaler Beobachter zugelassen werden. Schließlich durfte ein Vertreter von „Amnesty International" doch teilnehmen.

Gleich zu Anfang des Prozesses rief ein Angeklagter zu einer Schweigeminute auf. Das war Grund genug, den Saal räumen und die Verhandlung zwei Stunden aussetzen zu lassen. Ein Dutzend Angeklagte wurden aus dem Saal geworfen, weil sie die Verhandlung „störten". Die Reden der Angeklagten, die das monarchistische Regime anprangerten, wurden jedesmal vom Gerichtspräsidenten gestoppt. Die Angeklagten wurden verpflichtet, nur mit Ja oder Nein zu antworten. Eine öffentliche Kritik des Regimes wäre natürlich eine zu große Herausforderung. Das Gericht beschloß, die Verhandlungen ohne die Angeklagten weiterzuführen und sie nur einzeln zu Vernehmungen hereinzulassen.

Am 17. Januar traten die Gefangenen in einen unbefristeten Hungerstreik, um gegen die Verhandlungsführung und für gemeinsames Auftreten zu protestieren, nachdem sie eine Woche vorher schon einen 48-stündigen Hungerstreik aus den gleichen Gründen gemacht hatten („El Moudjahid", 19.1.77). Unterstützung erhielten sie von ihren Familienangehörigen, die ebenfalls scharf protestierten und seit dem Hungerstreik im November mehrere Demonstrationen in Casablanca organisiert hatten.

Doch die Justiz ließ sich nicht beirren. Gleich am 18. Januar wurde ein Angeklagter in den „Keller" gebracht, in dem Folterknechte „Berichtigungen" und „Meinungsänderungen" der Angeklagten zu erreichen versuchen.

Angesichts der „ernsthaften Verschlechterung" des Gesundheitszustandes der Angeklagten mußte der Prozeß zweimal ausgesetzt werden, und am 7. Februar wurde der Hungerstreik erfolglos beendet.

Doch können die „Frontisten" es als einen Erfolg für sich verbuchen, daß sie trotz der verschiedenen politischen Herkunft und der Vereinzelungs- und Spaltungsmanöver der Justiz eine bemerkenswerte Geschlossenheit zeigten. Z. B. hat die „Bewegung 23. März" eine opportunistische Haltung zur Sahara-Frage, indem sie auf die „Marokkanität" pocht, doch die Organisation betonte im Namen ihrer Angeklagten ihre „bedingungslose Solidarität mit allen vor Gericht stehenden Kämpfern" (nach „Afrique Asie", 7.2.77).

Aufgrund der Sahara-Frage fanden die Angeklagten keinerlei Unterstützung außerhalb ihrer eigenen Organisationen. Die legale Opposition – Istiqlal, USFP und PPS – provozierte sogar den Abfall bestimmter Verteidiger, die sich in letzter Minute zurückzogen, weil „die Angeklagten das Recht der Saharauis auf Selbstbestimmung unterstützen". Besonders die USFP hielt ihre Rechtsanwälte zurück – ihr Parteiführer Bouabid ist auch Rechtsanwalt! („El Moudjahid", 12.1.; „Liberation", nach „El Moudjahid", 2.2.77). Dennoch haben mehrere Anwälte der USFP die Verteidigung mit übernommen!

Doch die Anwälte konnten in diesem Prozeß so gut wie nichts ausrichten. Sie beschränkten sich zwangsweise darauf, Verhandlungsfehler aufzudecken und verschiedene Punkte zurückzuweisen. Ein Verteidiger stellte fest: „In einem solchen Prozeß ist unsere Anwesenheit einfach unnütz, und wir können keinen Einfluß nehmen auf das Urteil, das schon im Voraus gefällt wurde. Die einzig mögliche Haltung ist, zu schweigen oder einen Zirkus zu veranstalten" („Afrique Asie", 21.2.77).

Angesichts der Tatsachen und der aufrechterhaltenen Anklagepunkte sind die Urteile unglaublich: 44 Angeklagte (darunter alle 39 Abwesenden) wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt – „was angesichts der marokkanischen Haftbedingungen mit der Todesstrafe gleichzusetzen ist" („Extradienst", 22.2.77) –, 21 zu 30 Jahren, 44 zu 20 Jahren, 45 zu zehn Jahren, 19 zu fünf Jahren und 23 zu fünf Jahren mit Bewährung. Die Höchststrafe erhielt u. a. Abraham Serfaty, ein weiteres Leitungsmitglied von „Illal Amam" („Le Monde", 16.2.77)!

Mit diesem Prozeß wurde ein Exempel statuiert für Regimegegner, die sich in konsequenter Weise gegen die innere und äußere Repression wenden, während Angeklagte von USFP usw. im letzten Jahr mit relativ milden Strafen dafür belohnt wurden, daß sich ihre Partei immer mehr auf Versöhnungskurs mit der Monarchie befindet.

Gleichzeitig wurde die Szene gereinigt vor den nächsten „Wahlen", die für März/April vorgesehen sind. „Afrique Asie" kommentiert den Prozeß so: *„Im Königreich haben sich die Dinge kaum verändert, d. h. sie haben sich verschärft, weil während der dramatischen Prozesse unter der Herrschaft Hassans immer noch ein Schein von Legalität aufrechterhalten wurde. Sicher standen die Urteile immer schon vorher fest, waren die Richter sorgfältig ausgewählt und die Rechte der Verteidigung größtenteils nicht beachtet, aber es gab nie solche Verletzungen der elementarsten Spielregeln wie dieses Mal"* („Afrique Asie", 21.2.77).

Nahost-Kommission

afrika

VR Angola auch heute noch ständiges Opfer von Provokationen

Die RSA-Armee hat auf einer am 3.2. abgehaltenen Pressekonferenz erklärt, daß *„auf dem Höhepunkt des angolanischen Konfliktes die verbündeten FNLA- und UNITA-Streitkräfte mit der Unterstützung südafrikanischer Truppen das gesamte Territorium Angolas hätten erobern können"* (Radio Johannesburg, lt. „Monitor-Dienst", 8.2.77). Die RSA-Truppen hätten nur 50 Kilometer vor der Hauptstadt Luanda gestanden. Allein auf Wunsch des UNITA-Chefs Savimbi, der auf eine „friedliche Regelung" mit der MPLA abgezielt hätte, sei nicht weiter vorgestoßen worden. Angeblich seien nur weniger als 2.000 Mann der RSA-Armee in Angola im Einsatz gewesen, die anfangs nur deshalb einmarschiert wären, um die Wasserkraftprojekte Ruacana und Caleque gegen die „Raub- und Mordexpeditionen" der SWAPO zu schützen.

Der ganze Bericht strotzt nur so von Selbstherrlichkeit und *„ist von Lügen durchlöchert"* (VRA-Präsident A. Neto lt. „MD", 11.2.77) und hat augenscheinlich nur die Funktion, das durch die Niederlage der RSA-Truppen in Angola angeschlagene Selbstbewußtsein der weißen Faschisten aufzupäppeln – im Hinblick auf die Klassenkämpfe in der RSA selbst und auf erneute Aggressionen gegen die VR Angola!

In Wahrheit ist die faschistische RSA-Armee niemals über Porto Amboin (325 km von Luanda entfernt) hinausgekommen und hat bei ihrer Niederlage und ihrem Rückzug schwere Verluste einstecken müssen. In einer Presseerklärung vom 4.2. berichtet die SWAPO, daß insgesamt 12. bis 15.000 (!) Mann der RSA-Armee in Angola eingesetzt waren.

Trotz all dieser Lügenmanöver wird doch eines deutlich am RSA-Bericht: die engste Zusammenarbeit der RSA-Armee mit den CIA-Hilfsorganisationen UNITA und FNLA.

So spricht der Bericht davon, daß *„UNITA und FNLA an die südafrikanischen Streitkräfte um Unterstützung gegen die kommunistische Infiltration im Süden Angolas appelliert"* hätten, daß *„Südafrikaner für den FNLA-Führer Holden Roberto in beratender Funktion tätig gewesen seien"*, und daß *„sehr gute Beziehungen zwischen den südafrikanischen und den FNLA-UNITA-Streitkräften bestanden"* hätten (Radio Johannesburg, „MD", 8.2.).

Hiermit dürtten nun wohl die letzten Zweifel am faschistischen Charakter dieser beiden Marionettentruppen ausgeräumt sein.

Auch die SWAPO bestätigt in ihrer Presseerklärung noch einmal ausdrücklich, daß die UNITA für hohe Geldsummen mehrere Verstecke der SWAPO-Militär-Lager an die Faschisten verraten hat, um ihnen die Liquidierung der Freiheitskämpfer zu erleichtern. Auch heute, so betont die SWAPO, *„setzt sich das Bündnis zwischen Südafrika und UNITA fort, wobei die UNITA jetzt als Kanonenfutter für die südafrikanische Aggression in Namibia und Angola genutzt wird"* (Presseerklärung, s.o.).

Neue Massaker der Faschisten!

Auch Präsident A. Neto betonte in seiner Rede vom 8.2., daß *„die aus Angola vertriebenen Kräfte immer noch neue Angriffe auf das Land vorbereiten. An unserer Südgrenze, insbesondere in der Provinz Cunene, hat es Einfälle gegeben, in die Flugzeuge, Hubschrauber oder Marionetten zur Bekämpfung der FAPLA geschickt wurden"* („MD", 11.2.77). „Jornal de Angola" berichtete, daß am 24.1. im Dorf Dumbo, im Gebiet von Huambo, insgesamt 17 Menschen brutal niedergemetzelt wurden („MD", 1.2.77). Das Gebiet von Huambo zählte ehemals zum „Einflußgebiet" der UNITA...

Außerdem, so Neto, sind an der gesamten Nordgrenze Angolas, auf zairischem Territorium, reaktionäre Truppen der Marionettenorganisationen aufgestellt, die mit französischen und amerikanischen Waffen ausgerüstet seien („Neue Zürcher Zeitung", 20.2.77).

Zu den „Ergebnissen" der Verhandlungsversuche mit Zaire nahm der angolanischen Außenminister, Chef des angolanischen diplomatischen Korps in einem Interview mit der Zeitschrift „Afrique-Asie"* Stellung: *„Bis jetzt hat die angolanisch-zairische Kommission keine Verständigungsmöglichkeit gefunden. Die letzte Begegnung in Brazzaville hat keine einzige konkrete Entscheidung bezüglich der zur Debatte stehenden Probleme, besonders bezüglich der Truppeninfiltrationen von zairischem Gebiet aus, gebracht. Kinshasa blokkiert jede Entwicklung, indem es die Existenz der Stützpunkte und der Infiltration abstreitet, obwohl wir ausreichende Beweise haben, die das Gegenteil bestätigen. Unter diesen Umständen bemühen sich die VRA und die Volksrepublik Kongo natürlich, einen gemeinsamen Truppenverband aufzubauen"* („A.-A.", 21.2.77).

„Wir können nicht ruhen, bis diese Militärstützpunkte an unserer Grenze entfernt sind" („MD", 11.2.). Nach „NZZ" vom 2.3.77 war das Dorf Pangala nahe der zairischen Grenze vor wenigen Tagen Opfer eines Überfalls von 200 bewaffneten Männern, die aus Zaire kamen. 43 Einwohner des Dorfes wurden ermordet. Die Mördertruppe bestand aus Angolanern, Zairern und drei aus Europa stammenden Söldnern (Mobutu, Strauß und der KBW dürften sich angesichts solcher Massaker die Hände reiben, siehe AK Nr. 99). Das angolanische Verteidigungsministerium betonte in seinem Kommunique, daß derartige, von Zaire aus gesteuerte Aktionen künftig nicht mehr ungestraft bleiben und alle erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung derartiger Massaker in die Wege geleitet würden.

Illegaler Fischfang in angolanischen Hoheitsgewässern

Auf einer Pressekonferenz in Luanda am 28.1.77 berichtete der angolanische Außenminister Paulo Jorge über den ständig zunehmenden illegalen Fischfang vor der angolanischen Küste. Trotz mehrerer Aufforderungen zur Unterlassung des Fischfangs wurden in den entsprechenden Gewässern zunehmend mehr unrechtmäßig fischende Flotten verschiedener Nationalitäten – besonders Spanien, Zaire und Japan – beobachtet. Angesichts der mehrfachen Warnungen und in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht hat die Regierung der VR Angola jetzt beschlossen, alle illegal fischenden Flotten zusammen mit ihrer Fischladung zu beschlagnahmen. Übrige *„Maßnahmen und Sanktionen werden unabhängig von den üblichen politischen und diplomatischen getroffen"* (nach Radio Luanda, „MD", 3.2.77).

Hier sieht man wieder am konkreten Beispiel, daß hinter den Verbrechen, die von den Vaterländlern so gerne der Sowjetunion zugeschrieben werden, in Wirklichkeit die Imperialisten stecken.

Afrika-Kommission

Ausnahmezustand in Sierra Leone

Am 1. Februar war der Präsident des westafrikanischen Kleinstaates (drei Millionen-Bevölkerung) Sierra Leone, Siaka Stevens, aufgrund von Massenkämpfen gegen seine Regierung gezwungen, den Ausnahmezustand über das ganze Land zu erklären. Ausgangssperren in den Städten, Massenverhaftungen sowie massiver Polizei- und Armeeeinsatz in der Hauptstadt Freetown haben unseres Wissens bisher nicht zur Zerschlagung der militanten Kämpfe, sondern im Gegenteil zu einer Ausdehnung und Solidarisierung auch in anderen Provinzen geführt.

1968 putschte sich Siaka Stevens gegen die bis dahin unverhüllt imperialisten-freundliche regierende SLPP (Sierra Leone's People's Party) an die Macht. Nach seiner anfangs fortschrittliche aussehenden Politik, bei der er noch 1971 bei einem gegen ihn durchgeführten Putschversuch vom fortschrittlichen Nachbarstaat Guinea-Conakry mit Truppen unterstützt wurde, wandte sich das Stevens-Regime schon bald wieder einer US-freundlichen Politik zu, was der US-Imperialismus mit einer großzügigen Wiederaufnahme seines „Hilfsprogramms" belohnte („African Development" 772). Mit massiven Wahlmanipulationen, Verbot und Verfolgung der demokratischen Opposition („Times", 4.5.74) bestreiten Stevens und seine Partei („All People's Congress") heute sämtliche Sitze im Parlament.

Schon einmal - 1974 – war Stevens aufgrund von Unruhen gezwungen, den Ausnahmezustand zu erklären.

Studenten fordern Rücktritt!

Die neuen Kämpfe brachen auf einer Feier in der Universität der Hauptstadt Freetown aus, bei der Stevens von hunderten Studenten mit Rufen nach „Rücktritt" und „wir wollen wirtschaftliche Reformen" begrüßt wurde. Außerdem forderten die Studenten Maßnahmen gegen die Korruption und die Abhaltung allgemeiner Wahlen. Bereits am selben Abend beriet das Zentralkomitee der APC über einen Plan zum Gegenangriff. Am folgenden Tag provozierten einige APC-Mitglieder mit einem Marsch auf die Universität, mit Transparenten wie „Siaka Stevens ist unerschütterlich" und „Stellt jede Unterstützung für die Universität ein" (!). Daraufhin kam es zu Auseinandersetzungen mit hunderten von Studenten, die mit Steinen und leeren Flaschen auf die Provokation reagierten. Die Studenten errichteten in mehreren Teilen der Hauptstadt Barrikaden, die Kämpfe weiteten sich auf andere Hochschulen aus. Die Polizei ging gegen die Studenten vor, über 100 (nach offiziellen Angaben) wurden verhaftet (alles nach „Monitor-Dienst", 3.2.77). Am selben Abend erklärte Stevens den Ausnahmezustand, schloß Schulen und Universitäten, und verhängte eine Ausgangssperre. Auch die Gespräche Stevens' mit Studentenvertretern am 5.2. führten nicht zu einer Beendi-



gung der Kämpfe; nach „Monitor-Dienst" vom 8.2. schlossen sich die Schüler der meisten Schulen den kämpfenden Studenten an.

Auch in anderen Städten brachen nun Kämpfe los: In einer Rundfunkansprache mußte Stevens berichten, *„daß eine Welle der Unordnung über die Provinzen des Landes hinwegfege. Die Unruhen, die in den Städten Bo und Kenema stattfanden, hätten den staatlichen Einrichtungen beträchtlichen materiellen Schaden zugefügt..."* („MD", 10.2.77).

Am 16.2. mußte Stevens öffentlich erklären, daß er innerhalb der nächsten drei Monate neue Parlamentswahlen durchführen lassen werde („Le Monde", 18.2.77). Auch wenn das erstmal ein rein verbales Zugeständnis ist (und wohl auch bleiben wird) zeigt es doch die Stärke der Massenkämpfe, die im Moment den westafrikanischen Staat erschüttern.

Afrika-Kommission

RSA/USA So kann's gehen

Allgemein bekannt ist die Tatsache, daß die südafrikanischen Rassisten zu den besten Freunden der US-Imperialisten gehören. So stammt der Großteil der Armeeausrüstung aus den USA; die USA ist größter Handelspartner der Rassisten und die USA hatten immer eine Vorreiterrolle in der UN, wenn es darum ging, die RSA vor einer Verurteilung durch die UNO zu bewahren.

Die Rassisten aber sind selbst in der Frage der Behandlung von US-Bürgern in der RSA konsequent: So wurde in den letzten Wochen mehrfach verweigert, US-Bürger in der RSA wie Weiße zu behandeln. Grund: Es handelte sich bei den US-Bürgern um farbige Angestellte der Botschaft (sie durften in zwei Fällen – trotz Diplomatenstatus – keine Restaurants für Weiße betreten). Die US-Regierung sah sich daraufhin veranlaßt, „schärfstens zu protestieren".

Nicht nur wegen der oben genannten Tatsachen (Militärhilfe etc.) klingt dieser „Protest" lächerlich. Werden doch auch in den USA die Farbigen als Menschen „zweiter Klasse" behandelt: Es gibt auch dort jede Menge Schulen, die nur den Besuch für die Weißen gestatten. Die Zahl der Schwarzen, die arbeitslos sind, ist um ein vielfaches höher, als die der Weißen. Gibt es zwar keine Townships, so wohnt doch die Mehrzahl der Farbigen in den Slums, in den von Weißen verlassenen Kernen der Großstädte. Erinnert sei auch an die vielen Morde an Mitgliedern der „Black Panther"-Bewegung und der Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen. Die Liste dieser Beispiele ließe sich fortsetzen.

Vor diesem Hintergrund gesehen ist der „Protest" nichts weiter als ein Teil der heuchlerischen „Bürgerrechtsmasche" des neuen Präsidenten Carter!

Übrigens: Die beiden Schwarzen aus der US-Botschaft sind natürlich auch nur Bedienstete des weißen Botschafters!!! (AFP, 5.2.77, nach „Monitor-Dienst", 9.2.77).

Zimbabwe (Rhodesien)

Aktuelle Meldungen

Rassist Smith will „Rassenschranken abbauen": Demnächst sollen Schwarze auch auf Privatschulen (!) gehen dürfen; ebenso soll der Grundbesitzerwerb und das Betreiben von Geschäften für Schwarze erleichtert werden („Süddeutsche Zeitung", 23.2.77).

Durch diesen „radikalen Wandel" (Smith) soll denjenigen Verrätern des schwarzen Widerstandes entgegengekommen werden, die bereit sind, mit den Rassisten zu kollaborieren (Mozurewa, Sithole, ZUPO etc.), um das Scherflein der schwarzen Kleinbürger ins Trockene zu bringen. Die „Patriotische Front" (derzeitiges Bündnis zwischen ZANU und ZAPU) hat diese Manöver als *„reine Augenwischerei"* bezeichnet, die *„verkleistern soll, daß die Rassisten derzeit mit kaum gekannter Brutalität gegen die schwarze Bevölkerung vorgehen"*.

* * *

Ein Bischof – der wegen Zusammenarbeit mit dem Widerstand des Landes verwiesen wurde – sagte, daß es sich bei den Aktionen der Rassisten gegen die Guerillos um eine *„Politik der verbrannten Erde"* handele, die sich gegen alles richte, *„was sich bewegt, gegen Häuser und gegen die Kornspeicher der Dörfer"*.

Gleichzeitig versicherte er jedoch, daß der Widerstand der Schwarzen enorm gewachsen sei und *„die überwiegende Mehrheit der Schwarzen auf Seiten der Befreiungsbewegung steht"*. Als Beweis für diese Äußerung gilt sicherlich die Tatsache, daß in den letzten Tagen schon wieder 800 Schüler und Studenten von Rhodesien aus in die Lager der ZIPA gekommen sind („Le Monde", 28.2.77 und „SZ", 24.2.77)!

* * *

Angesichts dieser Situation (lt. „Le Monde" vom 22.2.77 sollen allein in den letzten sechs Monaten 15.000 Schülerinnen und Schüler in die Lager der ZIPA gegangen sein) werden von den Rassisten derzeit exemplarische Urteile gegen junge Afrikaner gefällt, die angeblich nach Mosambik gehen wollten:

- In Salisbury wurden am 18.2. Gefängnisstrafen zwischen zwei und fünf Jahren verhängt, weil sich acht Schüler im Alter von 15 bis 18 Jahren den Freiheitskämpfern anschließen wollten. Zusätzlich wurde gegen alle „körperliche Züchtigung", d.h. Prügelstrafe, empfohlen!!
- Einen Tag zuvor wurde vom selben Gericht ein junger Schwarzer zum Tode verurteilt, weil er „Personen für die Widerstandsbewegung" gewinnen wollte!

Trotz dieser Terrorurteile *„verschwinden gerade in und um Salisbury mehr und mehr schwarze Schüler auf unerklärliche Weise"*, d.h. sie schließen sich den Freiheitskämpfern der ZIPA an (nach „Le Monde", 22.2.77).

* * *

In Großbritannien – dessen Regierung sich bekanntlich in vorderster Front in den Bemühungen um eine „friedliche Lösung" befindet – ist jetzt ein ehemaliger hoher Offizier von der britischen zur rhodesischen Armee „übergetreten". Dieser saubere Herr hat sein Büro offiziell (!) in Nordirland und wirbt von dort aus Söldner für das Rassistenregime. Ebenso offiziell und ungehindert kann er an die englische Armee herantreten – über ehemalige Offizierskollegen – um für sein Handwerk „geeignete Leute" zu finden. Ein Beispiel mehr für die Ernsthaftigkeit der „Bemühungen" der britischen Regierung, „so schnell wie möglich eine schwarze Regierung zu schaffen" (nach „Guardian", 5.2.77).

Afrika-Kommission

Uganda: Amin metzelt weiter

Am 17.2. kamen nach ugandischer Darstellung in Kampala der anglikanische Erzbischof Luwum und zwei am Abend vorher gemeinsam mit ihm verhaftete Kabinettsmitglieder durch einen mysteriösen „Autounfall" ums Leben. Die drei waren wegen angeblicher Verschwörungspläne gegen den „Präsidenten auf Lebenszeit", Amin, festgenommen worden. Kurz vorher hatte eine von Amin inszenierte Massenversammlung von 3.000 Soldaten die Todesstrafe für die „Verschwörer" gefordert („Neue Zürcher Zeitung", 19.2.77). Ziemlich augenscheinlich ist die story vom Autounfall wie auch die von der Verschwörung erfunden.

So bezeichneten fortschrittliche Regierungen, wie etwa Tansania, Amin als den Mörder seiner Opponenten („NZZ", 23.2.77). Ins gleiche Horn – wenn auch völlig anders motiviert – stießen die sonst gegenüber faschistischen Diktaturen äußerst zurückhaltenden Kräfte wie Weltkirchenrat und internationale Juristenkommission sowie die internationale West-Presse, bei der die „Bild" den Vogel mit der ihr eigenen Präzision abschoß: *„Überall lagen Augen und Zähne herum"* (28.2.77).

Fortsetzung auf Seite 39

Fortsetzung von Seite 38

Für diese Kreise ist Amin nach wie vor gelegenes Objekt, um dem schaudernden Publikum „Afrikaner an der Macht" zu schildern und so ihr Scherflein der ideologischen Kriegsführung gegen den Befreiungskampf im Süden beizutragen.

Wenn wir aus der (relativ seriösen) Quelle Amnesty International's hören, daß dem Amin-Regime seit Januar 1971 zwischen 50- und 300.000 zum Opfer fielen („NZZ", 8.2.77) und daß er jetzt seine Blutzüge wieder gegen zwei Stämme richtet, dann vergessen wir nicht, daß er dies nur mit Billigung der nach wie vor Uganda aussaugenden Groß-Multis kann ... und die haben ja nicht protestiert.

Afrika-Kommission

Geld in Kisten?

Ein eher seltsames Ereignis passierte im April 1975 in einem englischen Hafen: Aus Kisten – deren Inhalt als thailändischer Tabak deklariert war – fiel „zufällig" rhodesisches Geld. Da die Firma, die als Empfänger der Kisten galt, mit der Sowjetunion Handel treibt, war der „Skandal" perfekt!

Die englischen Imperialisten, die sich ja sooo streng an den Wirtschaftsboykott gegen die rhodesischen Faschisten halten – sie sind die drittgrößten Handelspartner der Rassisten – hatten „allen Grund", sich zu empören: Sie beantragten bei der UNO eine Verurteilung der Sowjetunion, wegen „Bruchs des Handelsembargo" mit Rhodesien! Soweit der „Skandal".

Fakt ist wohl eher, daß hier auf ziemlich dilletantische Art und Weise (rhodesisches Geld in thailändischen Tabak-Kisten, entdeckt durch irgendeinen Hafenarbeiter) von imperialistischen Geheimdiensten versucht wird, der Sowjetunion etwas unterzujubeln, um selber umso offener und sozusagen mit moralischer Legitimation den Boykott brechen zu können. Denn die USA, Großbritannien, Frankreich und die BRD sind die größten Handelspartner der rhodesischen Rassisten. Sie liefern die Waffen und das Material, mit dem die schwarze Mehrheit des Landes gefoltert und ermordet wird. Sie liefern die Güter, die es der weißen Minderheit möglich machen, zu überleben. Und sie treiben mit den Rassisten Handel, damit diese Devisen haben usw.usf.

Uns liegt es fern, zu behaupten, die Sowjetunion würde niemals Handel mit faschistischen Staaten betreiben (siehe den Kauf von Kupfer aus dem faschistischen Chile), bei diesem miesen Trick dürfte es sich aber wohl eher um eine billige Inszenierung der imperialistischen Geheimdienste gehandelt haben!

Afrika-Kommission

CDU propagiert Mord in Rhodesien

Offene Propaganda für das rhodesische Rassistenregime betrieb am 20.2.77 die CDU in Neustadt (Holstein). Zu einem Referat hatte sie einen gewissen Gerd Krantz eingeladen, über den es in den „Kieler Nachrichten" hieß: *„Auf Urlaub vom Buschkrieg in Rhodesien"*. Bis November 76 war Krantz im „Buschkrieg" eingesetzt, ein bezahlter faschistischer Killer also. Auch ein Bruder von Krantz soll schon in Biafra gewesen sein, *„um dort Hilfe zu leisten"* (für wen wohl?) (nach „Extra-Dienst", 25.2.77). Diese offene Propagierung des Mordes am zimbabweschen Volk war bisher den Faschisten vorbehalten!

CDU-nahe Kreise waren zumindest bisher darum besorgt, ihre Hilfe für die rhodesischen Rassisten „humanitär" zu tarnen. So propagierte die rechtsextreme „Zeitbühne" eine *„Terrorhilfe der Evangelischen Notgemeinschaft e.V."* („Zeitbühne" 11/76), die sich um die „schwarzen Opfer schwarzen Terrors" sorgen soll. Diese „Notgemeinschaft" ist eine rechte Kirchenmafia, die u.a. gegen die „linke Unterwanderung" die Kirche nach rechts auszurichten versucht. Im Zusammenhang mit Rhodesien und Südafrika liefert die „Zeitbühne" dann auch eine astrein rassistische „Begründung", warum die dortigen Faschisten „notwendig" seien: *„Außerdem sind die Bantus des Südens kaum mit den höher entwickelten Negern des Nordwestens (Guinea) zu vergleichen"*.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



lateinamerika aktuell

Argentinien

Brutale Folter und Unterdrückung der Frauen

Die Bilanz des Terrors nach knapp einem Jahr des faschistischen Militärputsches in Argentinien hat längst chilenische Ausmaße erreicht. Offiziell gibt es 2.500 Tote, mindestens 10.000 politische Gefangene und mindestens 20.000 Verschollene. Dies sind die offiziellen Zahlen von „amnesty international" und der UNO-Menschenrechtskommission und daher noch eher weit untertrieben.

In argentinischen Gefängnissen wird permanent gefoltert, Gefangene verschleppt und erschossen. In einem einzigen Monat werden 2.000 Menschen verschleppt, die dann nie mehr auftauchen oder als verstümmelte Leichen aufgefunden werden.

Die faschistischen Streitkräfte General Videlas betreiben eine systematische Sippenhaft; nicht „nur" die Männer, sondern auch Frauen und Kinder werden gleich mit verhaftet oder verschleppt. Häufig werden gleich ganze Familien ausgerottet. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß in sämtlichen Gefängnissen fast ebensoviele Frauen anzufinden sind wie Männer. Damit übertrifft die argentinische Junta noch die Methoden Pinochets.

Ein Brief der Frauen aus dem Gefängnis in Cordoba

Die Frauen im Gefängnis in Cordoba schrieben einen chronologischen Bericht an die Bischofskonferenz über die Folter und Terror in ihrem KZ.



„Wir werden mit einem chronologischen Bericht über die Ereignisse seit dem Militärputsch beginnen. Zu diesem Zeitpunkt gab es in besagtem Gefängnis 280 politische Gefangene, davon 80 Frauen und elf Kinder. Im anderen Teil des Gebäudes gab es 800 Gefangene. Am 25. März (am Tag des Putsches, Anm. AK) begannen die Veränderungen im Gefängnis. An diesem Tag wurden uns alle Bücher weggenommen.

Am 26. März wurden keine Besuche zugelassen, auch nicht von Rechtsanwälten. Dieser Zustand dauert bis heute an. Am 28. März wurden alle Formen der internen Kommunikation verboten. Am 3. April unternahmen die Genossen Protestaktionen für besseres Essen. Hieran beteiligten sich die drei Männertrakte und die drei Frauentrakte solidarisierten sich. Dagegen schritt das Militär ein und begann mit Repressionsmaßnahmen...

6. April: Wir unternahmen eine Aktion gegen die Verweigerung von Diät für die Kranken und Milch für die Kinder. Wir schrien: „Diät für die Kranken und Milch für die Kinder". Durch die offenen Fenster wurde der ganze Stadtteil aufmerksam.

7. April: Angehörige der Armee, die sich bisher außerhalb des Gefängnisses aufgehalten hatten, kamen aus diesem Grund hinein und übernahmen das ganze Gefängnis... Am gleichen Tag fand aus demselben Grund eine weitere Protestaktion von uns statt unter der Losung „Henker, wir wollen Essen!" In dieser Nacht brachten sie uns gutes Essen...

Am 11. April überprüfte die Armee alle Frauentrakte. Am 13. April fand eine Durchsuchung durch das Gefängnispersonal statt, wobei uns alles abgenommen wurde und uns nur noch die Kleidung blieb.

Am 14. April kamen 30 Armeeangehörige herein und zwangen uns, im Gänsemarsch auf den Innenhof zu gehen mit den Händen im Nacken und die Augen auf den Boden gerichtet. Die Kinder wurden herausgeholt und zu den Zellenwärterinnen gebracht... Als wir auf dem Innenhof ankamen, mußten wir uns mit dem Gesicht zur Wand stellen und die Hände auf den Rücken legen. Hinter uns waren Soldaten postiert, die Gewehre mit aufgestecktem Bajonett trugen... Wir waren 86 Gefangene und ebensoviele Soldaten. Dann zwangen sie uns, ...uns auszuziehen und unsere Kleidung einen Meter hinter uns zu legen. Dann durchsuchten uns die Zellenwärterinnen. Sofort danach wurden wir wieder aus den Zellen geholt, obwohl man uns nach der Durchsuchung befohlen hatte, in den Trakt zurückzugehen...

15. April: Im Morgengrauen dieses Tages wird der befehlshabende Leutnant der Militärpatrouille vorgestellt. Wir müssen aufstehen... und müssen uns im Gang an die Wand stellen. Er erklärt uns unsere Lage und die Arrestbedingungen unter Drohungen und Beleidigungen aller Art... Am Nachmittag des gleichen Tages kommt der Leutnant mit einem Mann in Zivil, mit welchem er zusammen Zelle für Zelle Verhöre vornahm. Hiermit begannen die ersten Verhöre nach Art der Militärs, wie sie es selbst nennen. Verboten bleiben Versammlungen im Speisesaal nach den Mahlzeiten, Lieder, Geräusche usw. Gänge zum Arzt finden unter Bewachung mit aufgestecktem Bajonett statt, wobei der Gefangene ständig die Hände im Nacken halten und den Blick senken muß. An diesem Tage sahen Genossinnen, wie die Militärs zwei Genossen in brutaler Weise schlugen ...

18. April: Der ... Leutnant ... ruft die Gefangenen, schlägt sie und macht sie für alles verantwortlich, was hier geschieht. Man befiehlt uns, den Trakt zu streichen und auszubessern, denn es gab politische Parolen und Symbole an den Wänden. Aus diesem Grund wurden wir bestraft. Wir mußten die Wände ohne Hilfsmittel nur mit unseren Händen streichen, wobei uns eine Frist ... gesetzt wurde.

19. April: Um 15 Uhr kam der Befehl, daß jeder in seine Zelle gehen sollte. Sie schlossen die Türen und holten die Genossin Diana Fidelmann heraus, die sie mit einer Wolldecke über dem Kopf wegbrachten. Man brachte sie zur „Informationsabteilung", wo sie 15 Tage lang gefoltert wurde. Danach in den Trakt zurückgebracht, erfuhren wir auf diesem Wege vom Tod des Genossen Hugo Schiavarini und einer anderen Inhaftierten, deren Namen wir nicht wissen. Diana hatte eine Liste sehen können, auf der Genossinnen und Genossen standen, die später abgeholt werden sollten, unter ihnen Marta Rosetti de Arqueola. Hiermit begann eine Periode der Sanktionen, die größtenteils in der völligen Isolierung der Gefangenen bestand. Die Zellen haben keine Matratzen und sind völlig verschlossen... In dieser Zeit hatten die Militärs die Absicht, uns in ständiger Spannung zu halten. Dazu benutzten sie verschiedene Methoden: Öffnen der Türen zu später Nachtzeit, Provokationen während des Essens usw.

Von diesem Zeitpunkt an beginnt eine neue Etappe, die durch „die Tänze" gekennzeichnet ist. Diese bestehen darin, daß wir Befehle lernen und auf diese antworten müssen, indem wir Haltung annehmen, weiterhin in militärischen Leibesübungen, Aufspringen, Hinwerfen, Kriechen, Kreisen der Arme, Beugen von Armen und Beinen eine unbegrenzte Zeit lang. All dies wird von Knüppelschlägen und körperlichen Übergriffen begleitet.

29. April: Es kommt zu körperlichen Übergriffen und Versuchen von Vergewaltigungen, die durch das Einschreiten einer Zellenwärterin verhindert werden. In diesen Tagen beginnt das Polizeipersonal, uns die Haare in erniedrigender Weise zu schneiden, wobei einige langhaarige Genossinnen kahlgeschoren wurden. Man muß hervorheben, daß die Frauen gezwungen werden, die Kinder abzuliefern, wobei ihnen gedroht wird, daß sie ins Waisenhaus kommen werden, wenn sie nicht innerhalb einer Frist von Familienangehörigen abgeholt werden...

17. Mai: Leutnant Manzar und Sergeant Ramirez kommen herein. Es ergeht der Befehl: „Jeder in seine Zelle". Wieder holen sie die Genossin Diana Fidelmann heraus. Später erfahren wird, daß sie zusammen mit den Genossen Musse, Miguel Hernandez, Borons Ilana und anderen mehr erschossen wurde.

Am 18. Mai werden zwei weitere Genossinnen erschossen. Dazu muß man sagen, daß die Genossen in der Zwischenzeit herausgeholt, gefoltert und ins Gefännis zurückgebracht worden waren.

19. Juni: Während wir alle schliefen, haben sie um 23.15 Uhr die Genossinnen Mirta de Magei und Ester Barberi geholt. Ihnen wurden die Augen verbunden, man knebelte sie und legte Handschellen an. In der gleichen Nacht wurden die Genossen Miguel Barreras und Claudio Zorillas abgeholt. Später wurden alle erschossen zusammen mit anderen Gefangenen, die nicht aus dem Gefängnis kamen.

Für die öffentliche Meinung werden diese Erschießungen als Fluchtversuche hingestellt...

30. Juni: Um 11 Uhr kommen Leutnant Manzon und sein Sergeant in den Trakt, um Marta Rosetti de Arqueola abzuholen. Sie war in der Nacht vorher wieder in den Trakt zurückgebracht worden, da kein geeignetes Fahrzeug vorhanden war. Wir müssen hier auf die Haltung unserer geliebten Genossin hinweisen. Nachdem sie zurückgebracht worden war, waren wir mehr als zuvor vereint im Schmerz, denn wir wußten, daß es die letzten Augenblicke waren, die wir zusammen erlebten. Sie ermutigte uns, weiterzumachen und zeigte dem Gefängnispersonal ein Lächeln, als sie ging. Sie wurde zusammen mit dem Genossen Jose in einem Lastwagen am Eingang des Gefängnisses erschossen.

5. Juli: Eine Genossin, die eine Strafe erhalten hat, wird im Innenhof an einen Pfahl gebunden. Man legt ihr Fußeisen an und foltert sie drei Stunden lang mit kaltem Wasser und durch Verbrennen mit Zigaretten. Sie ist vorher entkleidet worden. Diese Prozedur wird vom Leutnant ... selbst ausgeführt.

14. Juli: Um 13 Uhr während des Mittagessens müssen wir einen „Tanz" vollführen. Dabei zeigt uns Leutnant Alsina eine „Estrella Roja" (Organ der ERP, Anm. AK) und sagt uns, man habe den Platz ausgehoben, wo sie gedruckt wurde.

Später sehen wir, daß sie einen Genossen bringen, mit verbundenen Augen, in Handschellen und voller Blut von der kürzlich stattgefundenen Folter. Sofort werden wir eingeschlossen, damit wir nicht die Folter sehen, die sie dem Genossen antun. Es handelt sich um den Genossen Moukarcel, den sie neun Stunden in Fußeisen legen und stundenlang foltern, indem sie ihm kaltes Wasser über den Kopf schütten. Sie lassen seine Augen verbunden und er bleibt geknebelt, während er in der Nacht stirbt. Wir konnten alle sein Stöhnen hören nach den Foltern, die sie bei ihn anwandten, um Informationen zu erhalten...

20. Juli: Ein Stockwerk des Frauentraktes erhält eine dreißigtägige Strafe. Zu dieser Zeit werden Strafen ... ohne Gründe verhängt... Wir müssen unsere Bedürfnisse in den gleichen Zellen ohne Behälter verrichten, in denen wir schlafen und essen. Außerdem ist es verboten, das Fenster zu

Außerdem ist es verboten, das Fenster zu
öffnen. (Größe der Einzelzelle: 1,20 x 2,80m).

20. August: Während der Zeit der Strafe wird um 21.30 Uhr die Genossin Liliana Feliza Paez abgeholt. Wie in den vorherigen Fällen erschießt man sie zusammen mit dem Genossen Tramontini.

Inzwischen sind, einschließlich der vorher genannten, 40 Genossen erschossen worden...

3. September: ... Die Fenster werden geschlossen, Arztbesuche und Reinigungsmittel werden beschränkt. Dabei leben die schwangeren Frauen unter den gleichen Bedingungen. Zusammen mit Herzkranken und Frauen, die zu Krüppeln gemacht wurden, wurden sie bestraft, weil sie keine Leibesübungen machten. Die Frauen, die geboren hatten, wurden sofort danach abgesondert. Die „Tänze" werden verschärft. Die Leitung hat hierbei jetzt die Luftwaffe übernommen. Die „Erziehung" wird auf die Praxis im Springen ausgerichtet. Die Übungen erstrecken sich auf eine lange Zeit, wobei einige Genossinnen durch die Überanstrengung das Bewußtsein verloren...

Immer wieder sehen wir, daß durch die Waffen Gewalt ausgeübt wird, wobei man versucht, ein Klima der „Todesurteile" zu schaffen, selbst bei lächerlichen Situationen...

Unsere Haltung gegenüber größeren Repressionen ist fester Zusammenschluß... Sie haben uns Bücher und Zeitschriften weggenommen. Wir sangen das Lied: Que tororoTo, der Che zeigt uns den Weg. Auch in dem Andenken an den Genossen Moukarcel wurde ein Lied gemacht...".

(Leicht gekürzt zitiert aus „Cosal", „Zur Lage der weiblichen politischen Gefangenen und ihrer Kinder").

Ähnliches ließe sich auch über Folterungen und Mißhandlungen der Kinder berichten, die größtenteils an Unterernährung oder Tuberculose sterben.

In den letzten Tagen hat die Junta gar ein Dekret erlassen, nach dem die Kinder nach ihrem sechsten Lebensjahr den Eltern weggenommen werden. Die Junta will damit verstärkten Druck und Erpressung auf die Eltern ausüben.

Lateinamerikakommission

Bis zur Fußball-Weltmeisterschaft in Argentinien soll Ruhe und Ordnung herrschen . . .

Im Juni 1978 wird die Fußball-Weltmeisterschaft in Argentinien ausgetragen. Dies will die Junta natürlich **für ihr außenpolitisches Image nutzen** und die politische Bedeutung dieses Ereignisses kommt schon darin zum Ausdruck, daß die Militärs selbst alle Vorbereitungen in die Hand genommen haben. Das Geld für die Stadien, der Einkauf von technischem Gerät, der Sicherheitsdienst, die Fernsehanlagen, ein besseres Telefonnetz und der Ausbau des nationalen Flugnetzes soll natürlich von den Imperialisten kommen. Per Dekret Nr. 21349 werden Importe aus den imperialistischen Ländern völlig zollfrei und zu Sonderkursen angerechnet. Dabei ist die Zusammenarbeit mit den westdeutschen „Experten" besonders eng. Ein Junta-General: *„Wir bekommen von Drüben jede gewünschte Hilfe* (!), *die Deutschen waren hier bei uns, und wir haben uns in Deutschland umgesehen"*. Und von westdeutscher Seite ist man mit dem Austragungsort Argentinien vor allem nach dem Putsch sehr zufrieden. DFB-Präsident Neuberger, der auch Vize-Präsident der FIFA (Weltfußballverband) und Vorsitzender des FIFA-Organisationskomitees ist, meinte zum Putsch: *„Ganz gleich, wie man ihn politisch bewertet, für uns hat er nur Vorteile gebracht... Wir jedenfalls haben dadurch Partner mit Durchsetzungsvermögen* (30.000 politische Gefangene!) *bekommen, die auch über die notwendigen finanziellen Mittel* (von Siemens) *verfügen"* („Cosal", 25.2.77).

Es bleibt zu hoffen, daß einige Generäle bei ihren Vorbereitungen noch recht hoch (14m) fliegen!

Lateinamerikakommission

Erneute Streiks in Argentinien

Die Elektrizitätsarbeiter in der Hauptstadt Argentiniens, Buenos Aires, streikten erneut für höhere Löhne und gegen Entlassungen. Der Strom fiel für einen Tag in Buenos Aires aus. Die Junta schritt ein und der Streikführer, Oscar Smith, wurde festgenommen. Daraufhin traten die Elektrizitätsarbeiter in einen erneuten 48-stündigen Streik und legten für zwei Tage den Strom lahm. Die Junta ließ Oscar Smith wieder frei, ohne jedoch die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. (Nach einem Bericht von Roberto Guevara, dem Bruder Che Guevaras, auf einer Argentinien-Veranstaltung in Hamburg am 24.2.77).

Lateinamerikakommission

Letzter christdemokratischer Sender in Chile endgültig geschlossen

Durch ein Dekret der faschistischen Militärjunta in Chile wurde am 28.1. der von den rechten Christdemokraten betriebene Sender „Radio Balmaceda" für die „Dauer des Ausnahmezustandes" geschlossen. Damit ist der letzte nicht von der Junta kontrollierte Sender beseitigt. („Monitordienst", 4.2.77).

Lateinamerikakommission

El Salvador
Faschistisches Blutbad nach den Wahlen

Anläßlich der Präsidentschaftswahlen am 20. Februar ist es in El Salvador zu schweren Auseinandersetzungen gekommen, nachdem der „wiedergewählten" Versöhnungspartei schwerer Wahlbetrug nachgewiesen werden konnte.

Die PCN („Versöhnungspartei") ist bereits seit 15 Jahren Regierungspartei, die spätestens seit März 72 mit offenem Terror regiert, als Oberst Molina durch einen blutigen Militärputsch an die Macht kam.

So gingen z.B. am 14. Dezember 1976 Militäreinheiten und Polizeibeamte im Norden gegen Bauern und Plantagenarbeiter vor. Mehrere hundert Polizisten, ausgerüstet mit schußsicheren Westen, Gasmasken und Maschinenpistolen, durchsuchten alle Bauerndörfer im nördlichen Bergland, anläßlich eines Streiks der Landarbeiter für höhere Löhne.

Die Offensive der Faschisten diente zur Ausschaltung der Linken und oppositionellen Kräfte vor den Wahlen.

Gegen die Versöhnungspartei (PCN) und ihren Präsidentschaftskandidaten, den General Carlos Humberto Romero, (er repräsentiert im wesentlichen die 14 Familien, denen El Salvador gehört und die eng mit dem US-Imperialismus verbunden sind), haben sich die bürgerlichen Oppositionsparteien unter Führung der Christdemokraten in der „Nationalen Opposition" (UNO) zusammengeschlossen.

Die UNO fordert eine „vorsichtige Demokratisierung" und Steigerung des Lebensstandarts und vertritt die nationalen Sektoren der Bourgeoisie sowie Teile des Kleinbürgertums.

Bekannt geworden sind auch zwei Aktionen der „Volksbefreiungskräfte" FPL und der „Revolutionsarmee des Volkes" ERP: Die FPL richtete den Regierungspolitiker Manuel Atilo Canas wegen seiner Verantwortung für ein Blutbad unter Bauern im Dezember 1974 hin. Die ERP entführte den Großindustriellen und Kabinettsmitglied von Molina, Robert Poma, und erschoß ihn zusammen mit seinen drei Leibwächtern.

Schon die letzten Wahlen in El Salvador waren selbst für bürgerliche Verhältnisse eine reine Farce. Nach den Präsidentenwahlen 1972 erklärte das PCN-beherrschte Parlament Molina für gewählt, obwohl er keine Mehrheit gefunden hatte. Bei den Parlamentswahlen im März '76 sah sich die UNO gezwungen, zum Wahlboykott aufzurufen, da ihr in wichtigen Wahlbezirken (San Salvador) die Teilnahme an der Wahl verwehrt wurde. Damals wurde der Boykottaufruf von 60% der wahlberechtigten Bevölkerung befolgt.

Der Kandidat der UNO, Oberst Claramount, enthüllte, daß kurz vor der jetzigen Wahl zahlreiche UNO-Anhänger verhaftet wurden, Angestellte des Wahlausschusses erklärten, daß sie Stimmzettel, auf denen die UNO angekreuzt war, vernichten mußten.

In 920 von 3.500 Wahllokalen durften Beobachter der UNO dabeisein, sonst nicht.

Nach den amtlichen Angaben hatte sich noch nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung an den Wahlen beteiligt. Ein Oberst wurde festgenommen, als er dagegen protestierte, daß Urnen schon vor der Öffnung der Wahllokale mit Stimmzetteln gefüllt waren. Ein örtlicher Polizeikommissar hat mit vorgehaltener Pistole die Herausgabe der Wahlurnen verlangt und sie dann gefüllt zurückbringen lassen.

Rund 100.000 Menschen („NZZ" 23.2.) protestierten gleich nach den Wahlen gegen die massiven Wahlmanipulationen, die UNO hat zum Generalstreik aufgerufen.

Allerdings entlarvte sich der „Oppositions"führer Claramount deutlich, als er erklärte, er wolle keine Gewalt. („NZZ", 28.2. 77). Claramount und die eher rechts-bürgerliche UNO – die allerdings von der revisionistischen „KP" unterstützt wurde! – hatten die Massen vor den Wahlen mobilisieren können, weil sie als Repräsentanten des Kleinbürgertums und Teilen der Bourgeoisie den Massen gewisse Versprechungen wie eine „Demokratisierung" usw. versprachen.

Die Arbeiter und Bauern unterstützten die UNO vor allem deshalb, weil sie sich auch einige kleine Verbesserungen erhofften.

Die Massendemonstrationen von 100.000 Menschen brachten den Haß gegen die jetzige Diktatur deutlich zum Ausdruck. Nach den Wahlen setzten die Arbeiter und Bauern die Kämpfe fort.

So besetzten 6.000 Menschen den Plaza Libertad in der Hauptstadt, schlugen dort Zelte auf usw.

In den Vororten der Hauptstadt hat es Barrikadenkämpfe gegen die Militärs gegeben und Anfang März formierten sich die Massen zu einer machtvollen Demonstration in die Hauptstadt, um den Präsidentenpalast zu besetzen. Tausende von Fabrikarbeitern legten das Verkehrsnetz zur Hauptstadt lahm und ein Regierungsgebäude wurde in Brand gesteckt. Die machtvollen Demonstrationen wurden auf die nächstgrösseren Städte Santa Ana und San Miguel ausgedehnt. (Nach „NZZ", 2.3. 77).

Dieser riesigen Massenbewegung, die sich nach dem 21. Februar immer weiter ausdehnte, antwortete das Militär am Abend des 1. März mit brutalem Terror; der Ausnahmezustand wurde verhängt und der von den 6.000 Menschen belagerte Platz wurde vom Militär geräumt, wobei über 100 Menschen erschossen wurden! („NZZ", 2.3.77).

Das Militär führte die weiteren die Militärgerichtsbarkeit ein und beginnt eine brutale Gegenoffensive gegen die Massenbewegung.

Oberst Claramount ist inzwischen der Boden zu heiß unter den Füßen geworden – er setzte sich nach Costa Rica ab.

Die Massenbewegung hatte die Wahlen zu nutzen versucht, die verhaßte Diktatur zu Fall zu bringen. Dieser Versuch ist vorerst gescheitert.

Lateinamerikakommission

Kolumbien
Rechtswendung der Revisionisten

Die kolumbianische „KP" hat erklärt, sie wolle im Zusammenhang mit den Wahlen im nächsten Jahr eine „Einheitsfront" mit der kleinbürgerlich-populistischen ANAPO („Nationale Volksallianz") bilden. Dies ist eine klare Rechtswendung der Politik der „KP", die immer noch als sehr „links" im Vergleich anderer lateinamerikanischer „KP"en gelten muß. Dies zeigt sich zum einen, daß die „KP" einen bewaffneten Arm, die FARC, hat, die sich im Bündnis mit anderen Guerilla-Bewegungen und der revolutionären Linken aktiv an bewaffneten Aktionen beteiligt.

Zum anderen hatte sich die „KP" mit revolutionären Linken, die sich im Block der MOIR vereinigt hatten, an den Wahlen im letzten Jahr beteiligt und errang bei einer Wahlbeteiligung von 20% (!) immerhin 9% der Stimmen. Die ANAPO war Ende der sechziger Jahre vom US-Imperialismus aufgebaut worden, um die Linke zu spalten. Mit ihrer antiimperialistischen Demagogie gelang ihr bei den Wahlen 1970 der Sieg, kam dennoch nicht an die Regierung, da die Militärs und rechten Parteien das Wahlergebnis verfälschten. Die Imperialisten ließen die ANAPO nach den Wahlen fallen und bei den Wahlen im letzten Jahr errang diese kleinbürgerlich-reformistische Partei eine deutliche Niederlage. Sie erhielt weniger Stimmen als das Wahlbündnis aus „KP" und MOIR. Nach diesen Wahlen kam es zur Spaltung der ANAPO, ein rechter Flügel der Partei strebte das Bündnis mit den rechten Parteien, die das Militär unterstützen, an, während die überwiegende Mehrheit der ANAPO dieses Bündnis ablehnte. Die „Linken" innerhalb der ANAPO setzten sich durch und formulierten ein Programm, das u.a. die „*Verstaatlichung der Naturressourcen sowie den Kampf gegen die Militarisierung der Justiz*" ebenso fordert wie eine „*entscheidende Rolle Cubas im Kampf Lateinamerikas gegen den Imperialismus*" („Monitordienst", 9.2.77).

Die ANAPO wurde somit als Repräsentant gewisser Teile des Kleinbürgertums sowie reformistischer Teile der Klein- und Mittelbourgeoisie der „ideale Bündnispartner" der „KP". In der Erklärung der „KP" heißt es dann auch, daß „*die politische Alternative ... eine Bewegung der Volkseinheit sein muß, die nur mit der aktiven Beteiligung der KP zu verwirklichen ist*" („MD", s.o.). In der gesamten Erklärung ist nicht mehr von der ursprünglichen Allianz mit der MOIR die Rede, sondern vom „*politischen Abenteurertum einiger kleinbürgerlicher Kräfte*" – damit sind zweifellos die revolutionären Linken gemeint.

Damit schwenkt auch die kolumbianische „KP" in den von allen 24 revisionistischen Parteien Lateinamerikas verabschiedeten Kurs des „friedlichen Übergangs", des Verzichts auf die Diktatur des Proletariats und der Proklamierung breiiiter „Einheiten" mit a l l e n „antiimperialistischen" Kräften ein, der 1975 in Havanna festgelegt worden ist.

Lateinamerikakommission

Bankskandale in Chile

In Santiago de Chile ist es in den letzten Wochen zu Protesten und auch Protestaktionen von Hunderttausenden Chilenen gekommen. Die Ursache: Viele „halboffizielle" Banken und ominöse Kreditinstitute haben Bankrott angemeldet und Hunderttausende von Sparern sind bedroht worden. Die zigfachen Kreditinstitute und Banken sind wie Pilze aus dem Boden geschossen, weil infolge der Geldverknappungspolitik der Junta die Devisenspekulationen einen enormen Auftrieb erhielten. So boten diverse „Institute" Sparern hohe Zinsen an und starteten viele Anzeigenkampagnen. Spekulationen, Wucher, finstere Devisengeschäfte blühten. Die Geschäftemacher trugen das Geld an die internationalen Börsen usw. Diese wilde Geschäftemacherei endete nun mit dem Bankrott vieler Banken und die vielen Sparer belagerten die Institute zum Teil einige Tage lang, weil die Ersparnisse oft der allerletzte Notgroschen waren. Viele Sparer sind nun ebenfalls von der Politik Pinochets betroffen. Klar ist, daß die Arbeiter nicht so sehr davon betroffen sind – sie haben in Chile nichts zum Sparen! – sondern vor allem Teile des Kleinbürgertums, der kleinen Gewerbetreibenden, die hofften, mit Devisengeschäften auf einen grünen Zweig zu gelangen. Pinochets Junta selbst mischte bei diesen Geschäften kräftig mit: So ist Lavier Leturia, Leiter von Pinochets „Büro für Jugend", ein Direktor von zahlreichen „Firmen". Zwei weitere Direktoren, die wiederum den Draht zur chilenischen Großbank hatten, nahmen rechtzeitig ihren Hut („Monitordienst", 4.2.77).

Lateinamerikakommission

Kompromiß bahnt sich an

Im Februar dieses Jahres trat der bisherige Außenminister Panamas, Boyd zurück. Hintergrund dieses Rücktritts sind Differenzen zum panamaischen Präsidenten General Torrijos in der Panamakanalfrage.
Der neue US-Präsident Carter sah die Lösung dieser Frage als einen Schwerpunkt der Lateinamerikapolitik des US-Imperialismus an und brachte die Verhandlungen wieder in
zone gekämpft, die nur „mühsam und blutig" niedergeschlagen werden konnte.
Vor diesem Hintergrund begündete Kissinger vor den US-Imperialisten die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Panama: „In jedem Fall muß eine neue Formulierung (!) gefunden werden, in der Panama ein neuer Status eingeräumt wird, weil sonst Panama ein Kampfgebiet der
mischungen in andere Länder benutzt werden kann".
Den USA wird also weiterhin die Verwaltung und militärische „Präsenz" zugestanden. Auf der anderen Seite sind die USA bereit, die acht Kilometer breiten Landstreifen entlang des Kanals zu verkleinern. Damit würden einige Häfen und Industriegebiete an Panama fallen, was natürlich Devisen bringt. Gleich-

derttausende von Sparern sind bedroht worden. Die zigfachen Kreditinstitute und Banken sind wie Pilze aus dem Boden geschossen, weil infolge der Geldverknappungspolitik der Junta die Devisenspekulationen einen enormen Auftrieb erhielten. So boten diverse „Institute" Sparern hohe Zinsen an und starteten viele Anzeigenkampagnen. Spekulationen, Wucher, finstere Devisengeschäfte blühten. Die Geschäftemacher trugen das Geld an die internationalen Börsen usw. Diese wilde Geschäftemacherei endete nun mit dem Bankrott vieler Banken und die vielen Sparer
Chile nichts zum Sparen! – sondern vor allem Teile des Kleinbürgertums, der kleinen Gewerbetreibenden, die hofften, mit Devisengeschäften auf einen grünen Zweig zu gelangen. Pinochets Junta selbst mischte bei diesen Geschäften kräftig mit: So ist Lavier Leturia, Leiter von Pinochets „Büro für Jugend", ein Direktor von zahlreichen „Firmen". Zwei weitere Direktoren, die wiederum den Draht zur chilenischen Großbank hatten, nahmen rechtzeitig ihren Hut („Monitordienst", 4.2.77).
Lateinamerikakommission

Kompromiß bahnt sich an

Im Februar dieses Jahres trat der bisherige Außenminister Panamas, Boyd zurück. Hintergrund dieses Rücktritts sind Differenzen zum panamaischen Präsidenten General Torrijos in der **Panamakanalfrage**.

Der neue US-Präsident Carter sah die Lösung dieser Frage als einen Schwerpunkt der Lateinamerikapolitik des US-Imperialismus an und brachte die Verhandlungen wieder in Gang.

Boyd mußte gehen, da er zu wenig kompromißbereit gegenüber dem US-Imperialismus war und General Torrijos nun selbst in die Verhandlungen einsteigen will.

Bereits im März des vergangenen Jahres trat Boyds Vorgänger Tack aus den gleichen Gründen zurück wie nun Boyd. Damals wurde Boyd noch von den USA „*eine größere Konziliant (Versöhnungsbereitschaft, Anm. AK) gegenüber den Vereinigten Staaten nachgesagt*" („Neue Zürcher Zeitung", 5.4. 76).

Damals wurden außerdem der Innenminister und der Justizminister durch „*zwei ausgesprochen Konservative*" („NZZ", ebenda) ersetzt, was auf Druck des US-Imperialismus zurückzuführen war.

Die US-Imperialisten werden dabei von den panamaischen Kapitalisten unterstützt, die an einem faulen Kompromiß mit den USA interessiert sind; ihnen geht es dabei nicht so sehr um die Souveränität Panamas, sondern sie wollen um einen Brocken feilschen, der ihnen durch die Kanalgebühren zufallen würde.

Der Kanalvertrag selber wurde von den USA im Jahre 1903 diktiert; er spricht alle Rechte bezüglich der Verwaltung des Kanals und alle Erträge, die er durch die Kanalgebühren abwirft, den USA zu.

Der acht km breite Landstreifen zu beiden Seiten des Kanals ist nordamerikanisches Hoheitsgebiet; offiziell ist es den USA gestattet, 10.000 Soldaten zum „Schutz" des Kanals in diesem Gebiet zu stationieren – in Wirklichkeit gibt es dort erheblich mehr US-Soldaten, außerdem Ausbildungslager für lateinamerikanische Militärs in der „Antiguerillakriegführung" und Folterschulen.

1974 leitete Kissinger persönlich mit einem Besuch in Panama die Kanalverhandlungen ein.

In den sechziger Jahren hatte eine breite Protestbewegung und eine relativ starke Guerilla gegen die Vorherrschaft der USA in der Kanalzone gekämpft, die nur „mühsam und blutig" niedergeschlagen werden konnte.

Vor diesem Hintergrund begündete Kissinger vor den US-Imperialisten die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Panama: „*In jedem Fall muß eine neue Formulierung (!) gefunden werden, in der Panama ein neuer Status eingeräumt wird, weil sonst Panama ein Kampfgebiet der Guerilla werden kann*" („Herald Tribune", 17.9.75). Die Ziele der Verhandlungen seitens des US-Imperialismus sind laut Kissinger: „*Die USA müssen einseitig das Recht behalten, den Kanal für lange Jahre zu verteidigen. Wir dürfen den Schutz (!) des Kanals nicht aufgeben*" („Herald Tribune", 17.9.75).

Das ist die Forderung des panamesischen Volkes

Andere Vertreter des US-Imperialismus empfahlen, „*notfalls auch Gewalt anzuwenden, um die Panamasen kleinzukriegen*" („Iz3W" Nr. 51).

Der Rücktritt des Außenministers Boyd vor wenigen Tagen macht den Weg frei für einen faulen Kompromiß; so äußerte General Torrijos in einem Interview recht deutlich: „*...die Punkte ... halten fest, daß Panama den Vereinigten Staaten zwei Grundrechte gewährt. Das eine ist das Recht, den Kanal zu verwalten und das zweite, den Kanal zu schützen.*" Den USA müsse, um „*den Kanal zu schützen und zu verwalten*", ein „*gewisser Raum zur Verfügung stehen.*" Zur militärischen Präsenz sagte Torrijos: „*Wir streben ... eine Formel an, durch die die militärische Präsenz auf den Schutz des Kanals und seine Neutralität (?) begrenzt wird und Panama nicht als Stützpunkt für Einmischungen in andere Länder benutzt werden kann*".

Den USA wird also weiterhin die Verwaltung und militärische „Präsenz" zugestanden. Auf der anderen Seite sind die USA bereit, die acht Kilometer breiten Landstreifen entlang des Kanals zu verkleinern. Damit würden einige Häfen und Industriegebiete an Panama fallen, was natürlich Devisen bringt. Gleichzeitig sollen bestimmte Verwaltungsaufgaben an panamaische Arbeiter und Beamte übertragen werden.

Dennoch wird es so schnell nicht zu einem Abkommen kommen, da eine breite antiimperialistische Arbeiter- und Studentenbewegung immer wieder massenhaft für den völligen Abzug der USA aus Panama kämpfen. Ein allzu fauler Kompromiß wird die Proteste zweifellos verstärken. Aus diesem Grunde versucht die Junta, eine „*nationale politische Bewegung*" ins Leben zu rufen, die das „*politische Sektierertum*" beseitigen und „*zur Basis für den Revolutionsprozeß werden*" soll. Es „*soll ein breites Gremium geschaffen werden, das Werktätige und Studenten auffängt*" („Monitordienst",2.2.77). Damit will Torrijos versuchen, die breite antiimperialistische Bewegung zu kanalisieren.

Dennoch zeigten die erst kürzlichen Massendemonstrationen am Kanal anläßlich des 74. Jahrestages des Kanalvertrages, daß das panamaische Volk nicht so leicht mit einem Kompromiß abzuspeisen ist!

Lateinamerikakommission



asien

Japans Rüstungspolitik ist „verfassungsgemäß"

Durch ein Urteil des Distriktgerichts der japanischen Stadt Mito wurde am 17.2.1977 die Verfassungsmäßigkeit der japanischen Streitkräfte zum ersten Mal seit ihrer Gründung im Jahre 1954 von einem Gericht bestätigt. Zwar ist dieser Schritt nicht gerade verwunderlich angesichts der imperialistischen japanischen Politik, doch dürfte er entscheidende Akzente für die künftige Rüstungspolitik Japans setzen. Besonders auffällig ist, daß diese Entscheidung in einer Zeit gefällt worden ist, in der von einem eventuellen Abzug von Teilen der US-Truppen aus Südkorea und einer „erhöhten militärischen Verantwortung Japans" im asiatischen Raum die Rede ist.

Der Rechtsstreit begann im Jahre 1958, als japanische Rüstungsgegner des Dorfs Hiyakuri ein 2.2 ha großes Grundstück auf dem Gelände kauften, wo ein Militärflughafen gebaut werden sollte. Als eine Restsumme des Kaufpreises nicht rechtzeitig abgezahlt wurde, wurde das Grundstück an das japanische Verteidigungsministerium verkauft. Die Rüstungsgegner klagten daraufhin gegen dieses Vorgehen unter anderem mit der Begründung, daß die Selbstverteidigungskräfte Japans nicht verfassungsmäßig seien. Da der Grundstückskauf durch das Verteidigungsministerium nicht mit der japanischen Verfassung im Einklang stehe, sei er auch nichtig. Gemäß Artikel 9 der japanischen Verfassung wird ausdrücklich ein Verzicht auf Kriegsführung und jede Unterhaltung von Land-, See- und Luftstreitkräften sowie anderen Kriegsmitteln erklärt.

Die japanische Regierung behauptete dagegen, *„daß die Selbstverteidigungskräfte verfassungsmäßig seien und daß das Gericht keine Autorität besitze, um solche hochpolitischen Angelegenheiten wie die grundsätzliche Verteidigungspolitik der Nation zu untersuchen"* („The Japan Times", 18.2.77). Diese Haltung der Regierung zeigt unmißverständlich die Mißachtung jeglicher „gerichtlicher Schutzfunktion" gegenüber der Bevölkerung auf.

Schon im Jahre 1973 reagierte die Regierung in gleicher Weise, als das Distriktgericht in Sapporo „sich anmaßte", die Selbstverteidigungskräfte für nicht verfassungsmäßig zu erklären – es handelte sich damals um eine Raketenbasis im Naturschutzgebiet Naganuma. Durch dieses Urteil sichtlich angeschlagen und aus berechtigten Befürchtungen vor der Öffentlichkeitswirkung forderten die regierenden Liberaldemokraten (LDP) ihre Organisation und Abgeordnete auf, *„gegen das parteiische (!?) Urteil mit aller Entschlossenheit zu kämpfen"*, und Ministerpräsident Tanaka sprach sogar den Selbstverteidigungskräften (SDF) Mut zu: *„Es ist schwer, dem Naganuma-Urteil zuzustimmen; eine Absicht, den Bestand der SDF und ihre Ausrüstung zu ändern, besteht nicht! Es ist ein gutes Zeichen, daß unter den Angehörigen der SDF keine Unruhe sichtbar geworden ist"* (Matsumoto Zenmei, Die Japanische KP und die Selbstverteidigungsstreitkräfte, aus:Chuo Koron, 12/1973).

Im August letzten Jahres wurde schließlich das Naganuma-Urteil vom Oberlandesgericht in Sapporo revidiert und die Nichtzuständigkeit der Gerichte für solche Sachfragen erklärt!

Vor diesem Hintergrund ist es auch verständlich, daß die neuste Gerichtsentscheidung von Mito fast den gleichen Wortlaut enthält: *„Die Aufrechterhaltung einer militärischen Mindestkapazität für die Selbstverteidigung steht nicht im Widerspruch zu der Kriegsabsageerklärung der Verfassung. ... ob die Stärke der Selbstverteidigungsstreitkräfte ein ‚Kriegspotential' darstelle, das nach Artikel 9 der Verfassung untersagt ist, steht außerhalb der gerichtlichen Kompetenz. Es ist eine Angelegenheit von ‚hochpolitischer Natur' und muß vom nationalen Parlament entschieden werden"*; es wurde noch hinzugefügt, daß *„die Selbstverteidigungsstreitkräfte zur Zeit der Erhebung der Klage offensichtlich kein Kriegspotential besaß."* („The Japan Times", 18.2.77). Logisch! Aber das war vor 18 Jahren!

Diese Gerichtsentscheidung ist ein erneuter Rückschlag für die breite antiimperialistische Bewegung in Japan. Vor allem die kleinbürgerlichen Protestler und die Pazifisten, die bislang auf die Gerichte vertraut haben, werden Konsequenzen ziehen müssen. Denn auch ungeachtet der laufenden Prozesse wurden und werder die Streitkräfte in Japan weiter zügig aufgerüstet. Bis zur Urteilsverkündung von Mito war die Kampfstärke des umstrittenen Fliegerhorstes von Hiyakuri auf etwa 70 Phantom- und Aufklärungsjäger sowie 1 700 Mann Luftwaffenpersonal angestiegen. Vom Verteidigungsministerium wurde schon verkündet, daß das Verteidigungsbudget ab 1978 auf 1 % des Bruttosozialproduktes angehoben werden soll. Für das Fiskaljahr 1977 (April 1977 bis März 1978) sind umgerechnet rund 15 Mrd. DM angesetzt, das sind 0,88 % des Bruttosozialproduktes. Angesichts der erheblichen Wirtschaftswachstumsraten und Inflationsraten in Japan dürfte die Erhöhung des Rüstungsanteils beträchtliche Ausmaße annehmen. Ferner machte Verteidigungsminister Mihara bekannt, daß die Entscheidung getroffen wurde, 123 Kampfflugzeuge des Typs McDonnell-Douglas F15 zu kaufen und daß die Anschaffung von PXL-U-Boot-Jagdflugzeugen erwogen werde. Daß diese Eskalation erst der Anfang ist, geht schließlich aus der Äußerung Miharas hervor, daß er statt der Ein-Prozent-Richtlinie eine „flexiblere" Budgetpolitik für die Verteidigungskräfte wünsche.

Asien-Kommission



Japanische Antimilitaristen demonstrierten in Tokio gegen die Aufrüstung im eigenen Lande und gegen das aggressive Bündnis mit den USA.

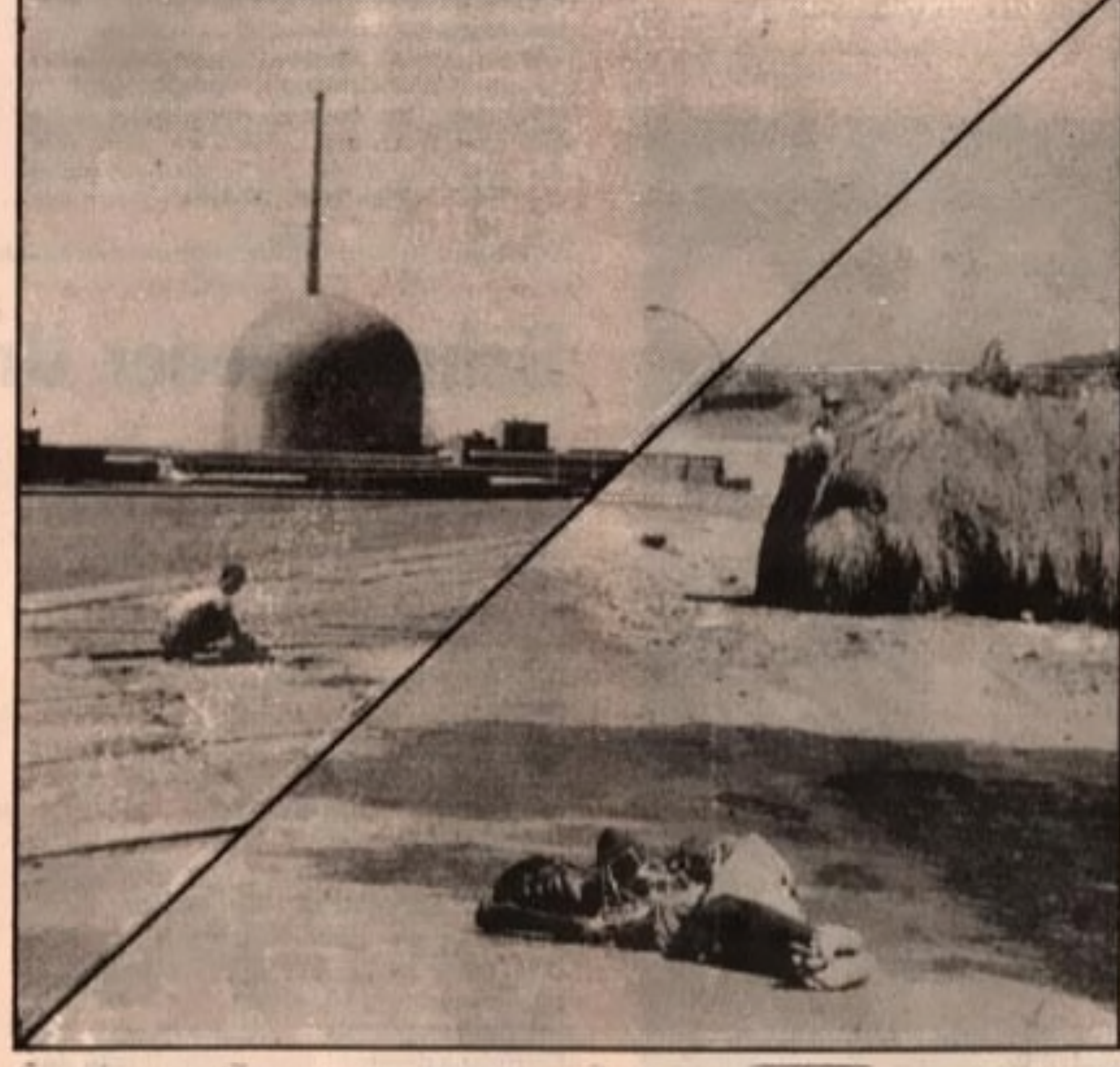
Indien im internationalen Atomgeschäft

Ende Februar hat Indien mit dem faschistischen Iran ein Abkommen über die atomare Zusammenarbeit der beiden Länder geschlossen. Vereinbart wurden u.a. der Austausch von Technikern und Wissenschaftlern sowie die Ausbildung von iranischen Spezialisten in Indien! Damit erhält der Iran Zugang zu einer Nukleartechnologie, deren Entwicklungsstand bereits die Herstellung von Atomwaffen ermöglicht. Denn das „Entwicklungsland „Indien hat sich zur Atommacht gemausert.

Die erste indische Atombombe wurde im Mai 1974 gezündet. Indien hat den internationalen Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen nicht unterschrieben. Auch die indische Atomindustrie hat mittlerweile so einen Entwicklungsstand erreicht, daß *„die Planung, der Bau, die strukturellen Grundlagen und die technische Ausstattung von Kernkraftwerken völlig in den Händen indischer Ingenieure (liegen)"*.

–*„Indien ist jetzt sowohl im Entwurf als auch bei der Installierung von Wärmekraftwerken völlig autark"* („All India Radio", 9.1.77, nach: „Monitor-Dienst", 11.1.77).

Indien hat sich „zu einem führenden Ausfuhrland für Geräte für Energieerzeugung und Energietransport entwickelt. Abnehmer sind sowohl fortgeschrittene Länder als auch Entwicklungsländer, darunter Westdeutschland, Großbritannien, die USA, die Sowjetunion, Australien, Neuseeland, Iran, Kuwait, Sri Lanka, Singapur und Malaysia" („All India Radio", 9.1.77). Unter anderem hat Anfang dieses Jahres der staatliche indische Konzern „Bharali Electrical" mit der westdeutschen „Kraftwerksunion" ein Kooperationsabkommen geschlossen! Die KWU gehört zu den führenden Herstellern von KKWs in der Welt.



Für die Zukunft sieht speziell das indische Atomprogramm einen weiteren und forcierten Aufbau der indischen Nuklearindustrie vor. Entsprechend wird in einer jüngst von der US-Regierung fertiggestellten Studie festgestellt: „Indien hat ein technisches Niveau auf diesem Gebiet erreicht, das es in die Lage versetzt, Know-How in einem Umfang zur Verfügung zu stellen, der für ein anderes Entwicklungsland ausreichend sein würde, das danach trachtet, ein eigenes Atompotential für militärische Zwecke zu entwickeln" (nach „Frankfurter Rundschau", 15.2.77). Die Voraussetzungen für eine derartige Entwicklung sind mit dem jetzt abgeschlossenen Vertrag zwischen Indien und dem Iran geschaffen worden.

Asien-Kommission

1977 – „Jahr des Kampfes gegen die Atomgefahren" in Australien

In Australien hat die Bewegung für Umweltschutz und zur Wahrung der Rechte der Eingeborenen das Jahr 1977 zum „Jahr des Kampfes gegen die Atomgefahren" erklärt. Die australischen Umweltschützer wenden sich hauptsächlich gegen die Erschließung und den geplanten Abbau der auf insgesamt 400.000 Tonnen geschätzten Uranerzvorkommen in den Bundesstaaten West- und Südaustralien sowie in Northern Territory. Auch in der öffentlichen Diskussion wächst die Ablehnung dieses Projektes der reaktionären Fraser-Regierung.

So veröffentlichten die Zeitungen täglich seitenweise Leserbriefe, die gegen den Uranerzabbau Stellung nehmen. Die Front zwischen den Befürwortern und den Gegnern dieses Vorhabens verläuft quer durch die bürgerlichen Parteien und die Gewerkschaften. Der Gewerkschaftsdachverband hat sich mehrheitlich entschieden gegen den Abbau ausgesprochen und bereits mit einem Generalstreik gedroht (australische Arbeiter haben in der Vergangenheit wiederholt Uranexporte boykottiert mit der politischen Begründung, daß das Uran für die Herstellung von Atombomben verwendet werden würde).

Das australische Uranerz ist z.Z. ausschließlich für den Export bestimmt. Lieferverträge hat Australien bereits mit den USA, der BRD, Japan und Großbritannien abgeschlossen. Weitere Verträge mit anderen Staaten sollen noch abgeschlossen werden. Voraussetzung für die Erfüllung dieser Abkommen ist allerdings der Abbau und die weitere Erschließung der Vorkommen. An dem Abbau ist die BRD in besonderem Maße interessiert. So hat die westdeutsche Regierung bereits in Canberra erklären lassen, daß sie *„Australien als zukünftigen Uranlieferanten anderen Ländern vorziehen würde"* („Süddeutsche Zeitung", 1.3.77).

Auch wollen sich westdeutsche Unternehmen selbst am Abbau der Erze beteiligen. Deshalb befinden sich gegenwärtig einige Delegationen der BRD-Imperialisten auf einer Informationsreise im Land. Darunter sind Delegationen der Ruhrkohle AG, von Krupp und dem Thyssen-Stahlbau. Im Mai wollen Bundeswirtschaftsminister Friderichs und der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, von Amerongen, nach Sydney kommen. Sie werden sicherlich die Fraser-Regierung in der Durchsetzung der imperialistischen Interessen bestärken wollen. Die australischen Umweltschützer werden sich in ihrem Kampf also nicht nur gegen das eigene Großkapital und die einheimische Reaktion, sondern auch gegen die Interessen des internationalen Imperialismus durchsetzen müssen. Auch wir müssen unseren Kampf gegen das Atomprogramm der BRD-Imperialisten verstärken. Das muß unsere Solidarität mit den australischen Umweltschützern sein!

Asien-Kommission



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Weg mit dem Schulgesetz!

Warnstreiks, Demonstrationen von Schule zu Schule: Am Vormittag des 3. März ging es hoch her an Hamburgs Schulen. Insgesamt kam es an 20 Schulen zu Streikaktionen, an den Demos nahmen knapp 5.000 Schüler teil. Abends folgten dann noch einmal 3.500 Schüler einem Aufruf der Schülerkammer. Anlaß für diesen Protest war das vom Senat verabschiedete Schulgesetz, das nun im Sommer endgültig in Kraft treten soll.

Macht die Schulen dicht...

Drei Aktionen des Vormittags ragen aus einer Fülle weiterer hervor: **Eimsbüttel**: Nach einer Vollversammlung beschließt die Schülerschaft des Gymnasiums Curschmannstr. einen Vollstreik nach der dritten Stunde. Mit ca. 6 bis 700 Schülern demonstrieren die Schüler zum benachbarten Gymnasium Hegestraße und holen nach einer Kundgebung auf dem Schulhof etwa 400 Schüler aus dem Unterricht. Gemeinsam wurde dann zum Gymnasium Helene-Lange marschiert, wo der Zug unter großem Beifall auf eine weitere Demo stieß. 200 Schüler des Wirtschaftsgymnasium Schlankreye waren nach der dritten Stunde ebenfalls in den Streik getreten und nach Zwischenstationen an zwei weiteren Schulen, aus denen sie weitere Demonstranten gewannen, zu einem Zug von ca. 700 Schülern angewachsen. Die Schulleitung des HLG bekam es daraufhin offensichtlich mit der Angst zu tun, denn sie verständigte die Polizei, die auch prompt mit zwei Peterwagen anrücklern angewachsen. Die Schulleitung des HLG bekam es daraufhin offensichtlich mit der Angst zu tun, denn sie verständigte die Polizei, die auch prompt mit zwei Peterwagen anrückte. Dadurch ließen sich die Streikenden jedoch nicht aufhalten; sie zogen nun geschlossen zum Gymnasium Weidenstieg, wo mit ca. 2.000 Anwesenden eine Abschlußkundgebung abgehalten wurde.

Rahlstedt: 3 bis 400 Schüler des Gymnasium Am Heegen traten schon nach der zweiten Stunde in den Streik und versuchten, die übrigen Schüler aus dem Unterricht zu holen. Auf die Drohung des Rektors hin, die Bullen zu holen, verließen sie die Schule in einem Demozug, statteten drei weiteren Schulen einen Besuch ab und führten schließlich mit ca. 1.000 Schülern eine Kundgebung durch.

Farmsen: Die streikenden Schüler des Gymnasium Hermelinweg organisierten eine Demo quer durch den Stadtteil, vorbei an fünf Hauptschulen und dem Gymnasium Farmsen. Am Ende beteiligten sich ca. 1.500 Schüler. Hierbei ist besonders hervorzuheben, daß die oberen Klassen der Hauptschule Berner Au geschlossen ihre Klassen verließen. An der VR Suhrenkamp sprangen Schüler aus dem Fenster, da der Schulleiter die Türen verschließen ließ.

Schülerkammer in Nöten

Die Schülerkammer, mehrheitlich besetzt von „SSB"/H (Juso-Schülergruppe, nicht zu verwechseln mit dem SSB, der mit dem KB sympathisierenden Schülerorganisation) und der SdAJ, hatte lange Zeit keinerlei Aktivitäten gegen das Schulgesetz unternommen, außer einigen lahmen Protesten beim Senat.

Als sich jetzt jedoch der Unmut vieler Schüler in den ersten spontanen Aktionen entlud (so gab es schon vor 14 Tagen an drei Schulen Warnstreiks und eine Demo mit 700 Teilnehmern), beschloß sie Hals über Kopf, „zentrale Aktionstage", ohne allerdings mehr als einen Demo-Aufruf auf die Beine zu stellen. Offenbar wollten sie den Anschluß nicht verpassen. Im Vordergrund stand denn für sie auch nicht die Entwicklung von wirklichen Aktionen an den Schulen, sondern die Forderung bar wollten sie den Anschluß nicht verpassen. Im Vordergrund stand denn für sie auch nicht die Entwicklung von wirklichen Aktionen an den Schulen, sondern die Forderung nach „Mitbestimmung an einem demokratischen Schulgesetz".

Auf der Demo kam es dann aber ganz anders, als es sich diese Leute gedacht hatten. Geprägt wurde sie von den kämpferischen Teilen, so daß immer wieder die Parole nach *„Für das Recht auf Schulstreik"* aufkam. Mit wachsender Begeisterung wurde auch der Kanon: *„Senator Apel, Senator Apel. Schläfst du noch, schläfst du noch, hörst du nicht die Schüler ... Streik, Streik, Streik!"* gesungen.

Schülerkammer und Bullen — Hand in Hand gegen linke Schüler

Auf der Abschlußkundgebung sprach dann ein Mitglied der Schülerkammer und eine Vertreterin der GEW, die beide jedoch so gut wie nichts über die gelaufenen Aktionen berichten konnten, ja nicht einmal die Namen der streikenden Schulen zusammenbekamen. Woher auch, waren Jusos und SdAJ, von einigen Ausnahmen abgesehen, an den Kampfaktionen des Vormittags gar nicht beteiligt gewesen. Teilweise hatten sich Jusos sogar direkt gegen Streikaktionen gestellt.

Da die meisten Schüler nicht ihren Parolen auf der Demo folgten, hatten sie den Lautsprecherwagen wohlweislich mit einer Kette von stämmigen und Radau-erprobten SdAJ- und Juso-Ordnern umstellt.

Schon während der Kundgebung erschollen immer wieder Sprachchöre: *„Rederecht für die Streikschulen"*, was die Schülerkammer allerdings nicht daran hinderte, nach den zwei Reden die Kundgebung für beendet zu erklären. Daraufhin rückten viele Schüler auf den Wagen zu, um das Rederecht durchzusetzen. Als sich die Schülerkammermitglieder immer noch stur stellten, wurde der Wagen eingekeilt und am Abfahren gehindert.

Ob abgesprochen oder nicht, kann hier nicht genau entschieden werden jedenfalls stürmten in diesem Augenblick etwa 40 Bullen mit gezohindert.

Ob abgesprochen oder nicht, kann hier nicht genau entschieden werden jedenfalls stürmten in diesem Augenblick etwa 40 Bullen mit gezogenen Schlagstöcken auf die Schüler zu und schlugen mit äußerster Brutalität auf sie ein (siehe auch Augenzeugenbericht). In mindestens einem Fall wurde auch Chemical Mace eingesetzt. Nachdem so eine Bresche geschlagen worden war, fuhr der Lautsprecherwagen mit Vollgas davon, ohne sich weiter um die geschlagenen Schüler zu kümmern.

Bezeichnend ist, daß selbst bei vollkommen friedlichen Demonstrationen (darunter 13- bis 14-jährige Schüler) die Bullen heute schon so weit sind, ohne Bedenken Schlagstock und die Chemische Keule einzusetzen.

Knapp die Hälfte der 3.000 Demonstranten führte dann noch eine eigene Kundgebung durch, wonach noch ca. 700 Schüler in einer weiteren Demo zum Hauptbahnhof zogen. Mit einer kurzen Rede wurde dieser Tag beendet, wobei eine Parole vorherrschend war: *„Für das Recht auf Schulstreik — Schulstreik landesweit!"*

Ein heißer Frühling an Hamburgs Schulen ist fällig

In den Aktionen am 3.3. ist der Unmut vieler Schüler über die beschissene Situation in den Schulen, spontan und ohne daß dazu lang andauernde Vorbereitungen notwendig waren, zum Ausbruch gekommen.

Zwar bilden die Schulen, an denen aktiv gekämpft wurde, nur einen Bruchteil der Hamburger Schulen, jedoch zeigt die geschlossene Teilnahme an Warnstreiks und Unterrichtsboykotten, was alles noch drinliegt.

Bei den Aktionen geht es nicht ums Schulgesetz allein; es ist lediglich das Bindeglied der Aktionen. Der Protest der Schüler richtet sich vielmehr gegen einen Schulalltag, der Streß, Willkür, Schikanen und Unterdrückung in immer schärferer Weise mit sich bringt. Die Bereitschaft, sich gegen diese Zustände zur Wehr zu setzen, ist in den letzten Wochen spontan angestiegen. Besonders die Unter- und Mittelstufenschüler tun sich hierbei hervor. Oftmals drückt sich dieser Protest in einfachen Unterrichtsstörungen, in Angriffen gegen Lehrer oder sonstigen Aktionen, mit denen „Putz gemacht wird" aus. Auch an der Demo haben überwiegend **jüngere Schüler (12 bis 15 Jahre)** teilgenommen.

Ähnlich wie an Hessens Schulen und hierbei besonders Frankfurt, sind auch die Hamburger Schulkämpfe seit langem die ersten, die vollständig eigenständig verlaufen, also ohne Unterstützung der Eltern, wie es noch mehrheitlich bei den Protesten gegen die „Sparpolitik" der Fall war. Vergleichbar ist dieser plötzliche Ausbruch mit den Erscheinungen der Studentenbewegung. Deshalb sei hier auch daran erinnert, daß auch in den 60-er Jahren die Schülerbewegung sehr schnell an die Studentenbewegung Anschluß fand. Deshalb muß nach den Ferien an den jetzigen Aktionen angesetzt werden, mit dem Ziel, bei Verabschiedung des Schulgesetzes in der Bürgerschaft Anfang Mai, einen landesweiten Schulstreik zu organisieren.

Sozialistischer Schülerbund

Augenzeugenbericht über den Bulleneinsatz

Gegen 18.30 Uhr machte ich Fotos von der Abschlußkundgebung auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz. Die Demonstration verlief ausgesprochen friedlich. Als der Lautsprecherwagen vom Platz fahren wollte, stellten sich einige Schüler in den Weg und forderten das Mikrophon. Innerhalb von zwei Minuten war eine größere Gruppe (ca. 40 Beamte) von Polizeibeamten am Lautsprecherwagen, um diesem eine Abfahrtschneise zu bahnen. Dies geschah mit Gummiknüppeln und in einem Fall mit der Chemischen Keule. Beim Versuch, dies zu fotografieren, sagte mir ein Beamter: *„Noch einmal, und ich schlag dir das Ding entzwei"*. Ich gab mich daraufhin als Pressefotograf zu erkennen. Der Beamte wiederholte seine Drohung trotzdem: *„Noch ein Bild, und du bist das Ding los"*. Wenige Meter (ca. drei) neben dem Beamten stand der Einsatzleiter (Dienstnummer 2096), der mir persönlich bekannt ist und sich mir bei einem früheren Einsatz als Herr Schröder vorgestellt hat. Ich rief diesem zu, er möchte seine Beamten von mir zurückhalten. Er sagte denn auch zu dem Beamten, der mittlerweile auch auf mich zugehen wollte: *„Laß das sein!"*. Ich machte daraufhin weitere Fotos von Beamten, die einem davonlaufenden Schüler nachliefen und ihn dabei mit dem Gummiknüppel auf den Rücken schlugen. Da traf mich ein Schlag, der mir die Kamera samt Blitzgerät aus der Hand riß und mich an der linken Schläfengegend streifte. Als ich das Blitzgerät zwischen den Füßen der Polizisten aufhob, bemerkte ich, daß einer der Beamten eine ca. 150 cm lange, helle Holzlatte in der Hand hielt. Meine mehrfache Frage nach der Dienstnummer wurde nicht beachtet...



Hamburg, 3. März. Gegen Ende einer Demonstration von ca. 3.500 Schülern rückt Polizei gegen eine Gruppe an, die am Lautsprecherwagen Rederecht für streikende Schüler gefordert hatte. Die veranstaltende Schülerkammer verweigert dies und erklärt die Kundgebung für beendet. Die Bullen setzen Schlagstock und Chemische Keule ein.

Schon wieder Urteil gegen AStA

Hamburg. Die Kette der Urteile gegen den AStA wegen Verstößen gegen das Verbot des Politischen Mandats reißt nicht ab. Jetzt erhielten zwei rechte Studenten vom Oberverwaltungsgericht Hamburg (OVG) recht, die sich geweigert hatten, den laut Uni-Gesetz fälligen AStA-Beitrag (9,10 DM pro Semester) zu zahlen. Ihre Verweigerung hatten sie damit begründet, daß der AStA trotz „einschlägiger" Verbotsurteile desselben Gerichts weiterhin das Politische Mandat wahrnehme. Nachdem vor einigen Semestern ein entsprechender Versuch eines RCDSlers gescheitert war, schuf das OVG einen neuen Präzedenzfall gegen die Verfaßte Studentenschaft. Zwar wies das Gericht (diesmal noch) die Klage der beiden Reaktionäre ab, auch in Zu**kunft Beiträge verweigern zu dürfen**, doch enthält die Begründung für diese Abweisung selbst noch eine weitere Verschärfung. *„Die Richter halten es nicht für ausgeschlossen, daß auf Grund der jetzt vorliegenden Urteile der AStA entweder freiwillig zu einem rechtmäßigen Verhalten zurückkehrt, oder die Aufsichtsinstanzen ihn zwingen könnten. In diesem Zusammenhang wird in dem Urteil ausdrücklich die Möglichkeit eines stärkeren Durchgreifens gegenüber dem AStA genannt, eventuell sogar durch eine Gesetzesänderung der Bürgerschaft, die den Aufsichtsinstanzen ein besseres Durchgreifen erleichtern würde"* („Hamburger Abendblatt", 4.3.77).

Damit plädiert das OVG für ein noch schärferes Vorgehen als bisher, wo schon mit Geldstrafen (bis zu 17.000 DM) und versuchter Herausnahme politischer Flugblätter aus dem AStA-Etat durch den Uni-Präsidenten gearbeitet wurde. Das OVG setzte sich auch über die „Warnung" des Uni-Präsidenten Fischer-Appelt hinweg, der im Prozeß im Januar erklärt hatte: *„Hier steht die Existenz eines Instrumentariums auf dem Spiel, dessen Bedeutung noch wachsen wird"* („Abendblatt", 4.3.). Mitgespielt hat bei dieser Mahnung, nicht zu hart durchzugreifen, sicher die Erfahrung, daß Streiks gegen die Angriffe auf das Politische Mandat wesentlich dazu beitrugen, daß das traditionell eher ruhige politische Klima der Hamburger Uni, auf das sich Fischer-Appelt so viel zugute hält, in den letzten drei Semestern um einiges rauher wurde.

Der AStA hat Revision gegen das Urteil angekündigt.

VDS-Mitgliederversammlung

Schluß mit der Alleinvertretung des VDS durch MSB

Am 20.3. findet die nächste ordentliche Mitgliederversammlung (MV) der vds (vereinigte deutsche studentenschaften) statt. Schon weit im Vorfeld dieser MV fanden Machtgerangel um Führungsansprüche und Vorstandsposten zwischen MSB/SHB und Jusos statt. In der jetzt hergestellten Situation des Patts – keiner kann's allein – ist für die MV alles offen. Uns soll an dieser Stelle vornehmlich die Position der Basisgruppen (BG) zur zukünftigen vds-Politik interessieren.

Anlaß hierfür ist, daß die Vorstellungen großer Teile der BGs über studentische Aktionen mit denen der vom vds-Vorstand durchgesetzten in keinster Weise übereinstimmen. Als immer hinderlicher hat sich gerade im letzten Semester die eingeschlagene „Aktionseinheit" entpuppt, denn obwohl von dem weitaus größten Teil der BGs „Aktionstage", „Sternmärsche" a la MSB grundsätzlich abgelehnt wurden, waren sie auch im letzten Semester wieder Grundlage des vds-Aufrufs. Nicht verschwiegen werden darf allerdings in diesem Zusammenhang, daß die Vertreter der BGs im Vorstand und im Zentralrat diesen Aktionen zugestimmt haben, natürlich immer im Interesse der „Aktionseinheit".

Die Tatsache, daß sich die Studentenkämpfe des letzten Semesters in ihrem Zeitpunkt, ihrer Breite, Dauer und Radikalität weitgehend unabhängig von der vds-Politik entwickelt haben, sollte Anlaß sein, die bisherige Politik der BGs in den vds grundsätzlich zu überprüfen.

Aktionseinheit zu wessen Nutzen?

Wichtigster Ansatzpunkt scheint uns dabei die bisher entwickelte Aktionseinheitspolitik gegenüber MSB/SHB und Jusos zu sein. Beim Zusammenschluß des alten vds und des SVI (Fachhochschulen) zu einem gemeinsamen Verband wurde eine „Aktionseinheit aller Linkskräfte" (MSB, SHB, Jusos, LHV, BGs) geschmiedet, deren Grundlage eine Hauptresolution war. Diese Hauptresolution enthielt allerdings nur allgemeine Aussagen über die Formierungsbestrebungen an den Hochschulen und die Aufgaben der demokratischen Studentenbewegung. Alle praktischen Konsequenzen wurden aus dieser Resolution ausgeklammert.

So konnte es denn z.B. passieren, daß sich zwar auf eine „gemeinsame Grundlage" geeinigt wurde, der Sternmarsch im letzten Sommersemester aber gegen den erklärten Willen der BG durchgesetzt wurde. Dies war jedoch nur deshalb möglich, weil wesentlichen Teilen der BGs zu diesem Zeitpunkt eine allgemeine „Aktionseinheit" mit MSB und SHB höher stand, als die Durchsetzung und Beibehaltung der eigenständigen Vorstellungen der BG. Diese Politik setzte sich auch im Wintersemester fort.

Obwohl bekannt war, daß der überwiegende Teil der BGs die von MSB, SHB und Jusos propagierten „Aktionstage" ablehnen, stimmten die Zentralrats- und Vorstandsvertreter diesen zu, ebenso wie dem Aufruf des vds-Vorstandes. Erst im nachhinein konnte diese Zustimmung auf einer Fraktionssitzung wieder zurückgenommen werden.

Aus diesen Erfahrungen scheinen allerdings führende Teile der BGs nicht gelernt zu haben. Einzige bisher schriftlich vorliegende Vorstellungen über die zukünftige Rolle der BGs in den vds sind Thesen von Axel Ickert (dem Vorstandsvertreter der BGs) u.a. Dort wird gleich zu Beginn herausgestellt, *„daß Aktionseinheit der Linkskräfte an den Hochschulen nicht reduziert werden kann auf die Frage, ob prinzipielle oder punktuelle Aktionseinheit ... Die Aktionseinheit erklärt sich unserer Meinung nach aus der Notwendigkeit, reaktionäre Kräfte im Hochschulbereich aktiv zurückzudrängen."* D a ß die reaktionären Kräfte zurückgedrängt werden müssen, ist eine Binsenweisheit.

Die Hauptfrage, die sich den Linken heute stellt, ist, w i e gegen die staatlichen Formierungsbestrebungen und die politische Disziplinierung vorgegangen werden muß. Dazu reicht allein der Ruf nach „Aktionseinheit der Linkskräfte" nicht aus, vielmehr hat sich diese „Aktionseinheit" bisher als Bumerang erwiesen. Denn innerhalb der Studentenbewegung laufen heute die entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen den konsequent linken Kräften und den reformistischen und revisionistischen Strömungen. In den Thesen heißt es dann weiter:

„Aktionseinheit und gemeinsamer Kampf in verschiedenen Aktionen halten wir derzeit vor allem für folgende Schwerpunkte in der Hochschulpolitik für unbedingt erforderlich: – beim Kampf gegen das HRG ... – beim Kampf um den Erhalt der verfaßten Studentenschaft ... – beim Kampf um die Verbesserung der sozialen Lage der Studenten .."

Die aufgezählten Schwerpunkte für eineAktionseinheitspolitik umfassen den g e s a m t e n Rahmen der bisherigen vds-Politik. Danach wird also nach dem Willen der Verfasser alles beim alten bleiben! Daran ändert auch nichts, daß sich die Verfasser dieser Thesen in einzelnen Positionen vom MSB abgrenzen, denn die Abgrenzung auf programmatischer Grundlage wurde auch bei den bisherigen Aktionseinheiten betont. Auch die Erkenntnis, daß es mit dem MSB in der Frage des Kampfes gegen die politische Repression nicht möglich sein wird, zusammenzugehen, war bisheriger Konsens der BGs.

Wo der Hase im Pfeffer liegt, benennt der MSB in einem Schreiben an die BGs selbst: *„Die Alternativen, die real anstehen, sind vielmehr: Beibehaltung und Fortentwicklung der Aktionseinheit aller fünf gegenwärtig im vds-Vorstand vertretenen Fraktionen oder Rückschritt in den alten gerade notdürftig und beileibe nicht vollständig überwundenen Zustand der Spaltung und des Gegeneinanders der Linkskräfte in der Studentenschaft."*

Die Alternative liegt tatsächlich entweder in der Fortsetzung der bisherigen „Aktionseinheit" oder aber in einem eigenständigen Weg der BGs, was der MSB hier jedoch als „Zustand der Spaltung" zu diffamieren versucht. Fragen müssen sich die BGs heute, weshalb der MSB so grossen Wert auf die Beibehaltung der „Aktionseinheit" mit den BGs legt, obwohl er sonst nicht müde wird, jede links von ihm liegenden Alternativen in übelster Weise zu diffamieren.

Die Praxis der letzten Semester hat gezeigt, daß die Entwicklung einer linken Politik überall dort besonders große Erfolge aufzuzeigen hat, wo die massive Auseinandersetzung mit den Reformisten und Revisionisten gesucht wurde (Westberlin, Göttingen, Bremen, Oldenburg usw.). Dies hat sich auf der Ebene der vds bisher nicht niedergeschlagen, weshalb der MSB heute noch schreiben kann:

„Wir gehen immer noch davon aus, daß auch die BG-Fraktion die in den vds erreichte Aktionseinheit der Linkskräfte als eine Errungenschaft betrachtet, die verteidigt werden muß." Dies können sie nur deshalb schreiben, weil die bisherigen und einzigen Nutznießer der „Aktionseinheit" die Revisionisten selbst waren, die allein dadurch imstande waren, ihren geringer werdenden Einfluß in den vds auszugleichen wobei sie gleichzeitig die BGs als Prellbock gegenüber den Jusos benutzten.

Erfolge wird die Linke in den vds nur dann haben, wenn dieser Art der „Aktionseinheitspolitik" eine klare Absage erteilt wird. Die Thesen einiger führender BGler lassen diese radikale Kritik bisher vermissen, im Gegenteil besteht wiederum die Gefahr sich mit allgemeinen Phrasen abspeisen zu lassen (bestimmte „Zugeständnisse" auf programmatischer Ebene) während in der Praxis MSB, SHB und Jusos in den vds schalten und walten können wie sie wollen.

Die Vereinbarungen auf dem letzten BG-Seminar, die Verhandlungen über eine neue Hauptresolution abzulehnen und stattdessen zu einzelnen Bereichen der vds-Politik (HRG, Repression/Russell, AKW) Einzelanträge vorzulegen, k a n n ein richtiger Schritt sein. Aber nur dann, wenn sie verbunden werden mit einer radikalen Kritik der bisherigen vds-Politik und konkreten Festlegungen des vds-Vorstandes für Aktionen im nächsten Semester. Schon jetzt ist zu erwarten, daß hierbei die BGs auf den geeinten Widerstand von Jusos und MSB stoßen werden. In diesem Fall wird sicherlich auch die Besetzung eines Vorstandspostens erpresserisch ins „Geschäft" gebracht werden. Wenn die Linke ihre gewachsene Stärke wirklich zur Geltung bringen will, so muß sie darauf beharren, daß die Vertretung der Linken im vds-Vorstand ohne jede Vorbedingung gewährleistet sein muß. Jeder Kompromiß oder jede Einigung auf eine „gemeinsame Grundlage" kann wiederum nur den Reformisten und Revisionisten nutzen.

SSB/Hamburg

KBW-Auswertung der SP-Wahlen:

Eine ernstzunehmende Warnung an die Linke

Dem KBW hat unsere Auswertung der SP-Wahlen erwartungsgemäß nicht gefallen. In seinem „theoretischen Organ", „Kommunismus und Klassenkampf" (KuK) 2/77 antwortet Fochler auf unsere Einschätzung.

„Die Zeitschrift ‚Arbeiterkampf' analysiert das Ergebnis dieser Wahlen mit dem ihr eigenen Tiefgang: ‚SP-Wahlen: Linke auf dem Vormarsch'. Woher die Zeitschrift ‚Arbeiterkampf' diesen ‚Vormarsch der Linken' nimmt, man (?) weiß es nicht, aus dem Stimmergebnis der Studentenparlamentswahlen jedenfalls kann es nicht sein".

Zwar kann selbst Fochler nicht umhin, bei seiner Auswertung der Wahlen an 16 Hochschulen festzustellen, daß die Linken *„vormals 5113 Stimmen und (...) jetzt mit 10518 doppelt so viele, rund 5400 Stimmen Zugewinn"* verzeichnen, aber „mit dem ihm eigenen Tiefgang" stellt er gleichzeitig fest: *„Der tiefgängig analysierte (Bündniskommission) ‚Vormarsch der Linken bei den SP-Wahlen' hat nicht nur den Reaktionären, den Rechten, den offen Bürgerlichen nicht geschadet, hat nicht nur dem Revisionismus Fortschritte gestattet, er hat auch die Konsolidierung, ja Ausweitung des offenen SPD-amtlichen Reformismus nicht verhütet".* Die Stimmengewinne, folgert F. messerscharf, seien also ausschließlich zu Lasten des KBW gegangen (3000 Stimmen Verlust), der Rest der Stimmen kommt von Jusos und LHV, die in Göttingen nicht mehr kandidiert hatten.

Nehmen wir als Beispiel die Sparte in der „KuK" *„DKP-Revisionismus (MSB, SHB, ‚GO')"*, der laut KBW-Statistik von 12234 auf 13985 Stimmen kletterte. Dessen Verluste an die Linken in Bremen und Heidelberg werden ausgeglichen durch Stimmengewinne vom KBW etwa in Münster und vor allem in Osnabrück, wo keine linken Listen kandidierten. Das gleiche Bild bei den Jusos:

Verluste an die Linken z.B. in Göttingen werden u.a. ausgeglichen durch Gewinne vom KBW in Kiel. Der ganze statistische „Tiefgang" des KBW besteht darin, zu vertuschen, daß der KBW eben nicht nur an andere Linke, sondern auch an Jusos und MSB/SHB erhebliche Stimmenverluste verzeichnet, während die Linken sowohl vom KBW als auch von Jusos/MSB/SHB Stimmen gewonnen haben. Was Fochler den Linken vorhält, nämlich Reformisten und Revisionisten nicht geschwächt zu haben, fällt so auf seine eigenen Füße zurück, indem der KBW durch seine Verluste an Revisionisten und Reformisten deren Niederlagen an anderen Hochschulen gegen linke Listen wieder ausgleicht. Wenn Fochler sagt, *„dies sind die Ergebnisse der Wahlen zu Studentenparlamenten in diesem Semester, und schön sind sie nicht"*, so mag das für den KBW gelten, für die Linke nicht.

Die Konsequenzen des KBW

Wer nun gedacht hatte, die verheerende Niederlage würde den KBW „zur Räson" bringen – wir gehörten nicht dazu – , der wird diese Restbestände des Glaubens an Vernunft beim KBW beerdigen müssen. Nicht die BAFöG-Linie des KBW-ZK ist verantwortlich für die Niederlage, sondern „Abweichungen" und „Fehler" der einzelnen KBW-Studentenorganisationen. Im verschrobenen KBW-Deutsch klingt das so: *„Unser Plan für dieses Semester wurde festgelegt auf einem Kongreß der kommunistischen Hochschulorganisationen. Das kleine Hamburger Nachrichtenmagazin* (KBW-Kosename für den ARBEITERKAMPF) *lockt jetzt und sagt, die Niederlagen rühren vom Plan her. Jede* (?) *Untersuchung zeigt, daß es gerade andersherum ist und Niederlagen herrühren aus Fehlern, gegen die sich die Plattform gerade ausspricht"* („KuK", 2/77, S. 89).

Am Beispiel der Uni Freiburg (KBW-Verlust 50% seiner Stimmen) wird dies „belegt". Die KHG habe dort eine Strömung vertreten, *„die die Klassengegensätze abstumpfen will, die die Hoffnung hegt, daß nichts so heiss gegessen wird wie gekocht. Aussöhnung mit den Opportunisten in der Studentenbewegung, zu mindestens sie nicht richtig angreifen".* Der KHG wird vorgeworfen, die Forderung nach dem „Koalitionsrecht" in der BAFöG-Frage nicht genügend in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt zu haben als das Zentrale, wofür die Studentenbewegung zu kämpfen habe. Und es wird auch gleich erklärt, gegen wen die KHG diese Politik hauptsächlich hätte durchsetzen müssen und wie – gegen die Linken.

An der Uni Freiburg hatte sich diesmal erstmals eine linke Liste („Faust") gebildet, die auf Anhieb 1898 Stimmen und vier Sitze gewann. *„Unser Fehler bestand darin, diese Lumpen (!) lange Zeit nicht revolutionär anzugreifen, so daß sie uns noch Faules überreichen konnten bei der Kandidatenvorstellung zu den Studentenparlamentswahlen, ohne dafür was aufs Haupt zu kriegen. Dabei sind sie übel, reden von ‚Antirepression', nur um zu rechtfertigen, daß sie niemals arbeiten wollen".* Das ist die Art des KBW, seine Niederlage in Freiburg (aber sicher nicht nur dort) „einzuschätzen".

Manch Linker mag diese Androhung des KBW für hohles Wortgeklingel halten und darüber zur Tagesordnung übergehen. Wir nicht. Es bürgert sich beim KBW insgesamt die Tendenz ein, die politisch-ideologische Auseinandersetzung mit anderen Linken, die er nie ernsthaft geführt hat, durch Androhung und Praktizierung von Schlägermethoden zu ersetzen. Der linke Frankfurter Frauen-AStA hat bereits einschlägige Erfahrungen. Cohn-Bendit in Frankfurt und einem Hamburger KB-Genossen wird vom KBW mit dem Strick gedroht, ausgetretene KBW-Genossen in Kiel bekamen zu hören *„in anderen Zeiten hätte man Euch erschossen".* Der Werdegang des KBW zur politischen Sekte geht einher mit der Entwicklung faschistoider Gesinnung (*„Aufhängen", „Erschießen"*) und Hetze (*„arbeitsscheues Gesindel"*) gegen die Linke.

Die Linke sollte diese Drohungen durchaus ernst nehmen und entsprechend beantworten. Bei der jetzt anstehenden Vorbereitung neuer linker Listen für Fachschaften und Studentenparlamente muß die Linke von vornherein einen scharfen Trennungsstrich zum KBW ziehen.

Bündniskommission
KB/ Gruppe Hamburg

Strafanzeigen gegen Streikaktivitäten

Göttingen: Der Streik an der Uni und der PH vom letzten Dezember soll nun sein Nachspiel in Ermittlungen der Staatsanwaltschaft finden. Dabei versucht die Justiz gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen:

- Zehn Kommilitonen/innen wird Landfriedensbruch, Sachbeschädigung und Nötigung vorgeworfen, weil sie zusammen mit 500 (!) weiteren Kommilitonen an einer Sprengung der Fachbereichsratssitzung WiWi teilgenommen haben sollen. Da die Ratsmitglieder es für nötig gehalten hatten, sich hinter mehreren verschlossenen Türen zu verschanzen, gingen bei dieser Aktion auch einige Schlösser zu Bruch.

Interessanterweise sind einige der Ermittlungen direkt auf Denunziationen eines Mitglieds des RCDS zurückzuführen. Vom Kultusministerium ist die Weisung erfolgt, die Verfahren „straff durchzuführen", obwohl der Leiter der Politischen Polizei für Niederschlagung plädiert hatte.

- Vier Kommilitonen erhielten eine Vorladung aufgrund eines Ermittlungsverfahrens wegen Sachbeschädigung. Anzeige hatte der schon oben erwähnte RCDS-Denunziant gestellt, weil er sein Auto eines morgens mit dem Schriftzug „Denunziant" (rot auf gelben Grund) wiederfand, womit seine staatstreue Gesinnung einer großen Anzahl von Studenten bekannt gemacht werden sollte.
- Gegen die AStA-Vorsitzenden und Finanzreferenten der Jahre 71 bis 74 wird wegen „Untreue" ermittelt. Ihnen wird vorgeworfen, studentische Gelder „zweckentfremdet" zu haben, da sie für Aufgaben verwandt wurden, die nach Ansicht der Behörden nicht zu den „Aufgaben der verfaßten Studenschaft" gehören (politisches Mandat). Erstmals wird in diesem Verfahren auf Grundlage strafrechtlicher Belange (§ 266 StGB) ermittelt, womit die Einzelnen nicht nur haftbar gemacht werden, sondern ihre Handlungen kriminalisiert werden sollen. Dabei scheut sich die Staatsanwaltschaft nicht, eine Untersuchungsarbeit von gigantischem Ausmaß in Gang zu setzen – sämtliche Publikationen dieser Jahrgänge müssen nach „rechtswidrigen" Passagen durchgeforstet werden – um den Vorwurf der „Untreue" zu belegen. Das perfide an diesen Verfahren ist darüberhinaus, daß einzelne regreßpflichtig gemacht werden sollen, als ob sie sich gleich der korrupten Lockhead- und Helaba-Schieber an „öffentlichen Gelder" gesundgestoßen hätten.

Mit dieser konzertierten Akion von Unibürokratie und Staatsanwaltschaft sollte gegen Ende des Semesters versucht werden, gegenüber den gelaufenen Streik- und Boykottaktionen wieder in die Offensive zu kommen. Dieses Ziel haben sie allerdings nicht erreicht. Noch kurz vor Ende des Semesters demonstrierten ca. 2.000 Studenten und brachten zum Ausdruck, daß sie es nicht dulden werden, wenn einzelne als Rädelsführer herausgegriffen werden.

Im nächsten Semester geht es weiter.

KHB/Göttingen

Studenten wegen „Freiheitsberaubung" angezeigt

Kiel: Während des Streiks gegen die Schließung des Studienkollegs fand sich in einem Griechisch-Lektüre-Kurs allein der Student Rolf Schäfer ein, der auf der Durchführung des Kurses bestand. Einige Studenten versuchten ihn zu überzeugen, daß er als Streikbrecher der demokratischen Mehrheitsentscheidung der Studenten für Streik in den Rücken fallen würde. Der größte Teil der Studenten des Kurses hatte den Raum erst gar nicht betreten und stand draußen vor der Tür. Um zu verhindern, daß der Dozent den Raum betritt, wurden von außen die Türklinken abgenommen; von innen war der Raum jederzeit zu öffnen.

Der Student Schäfer hat nun gegen einen Kommilitonen Anzeige wegen „Freiheitsberaubung" erstattet. Nach einem Ordnungsverfahren während der Urabstimmung und zwei während des Streiks ist das der vierte und bisher schärfste Versuch, gegen im Streik aktive Studenten vorzugehen.

Eine Philosophistudentin
Ein Genosse der Studenten des KB/Gruppe Kiel

DKP total enthemmt

Am Veilchendienstag, den 22.2.77, wurde ich in Mönchengladbach vor der Gaststätte „Walja", in der ich den AK verkaufen wollte, von einem Sympathisanten der DKP angegriffen.

Ich unterhielt mich im Eingang mit einem Bekannten, als mehrere SDAJ'ler und dieser Typ das Lokal verließen. Einer von ihnen suchte Streit, wurde aber von uns abgewiesen, woraufhin er zu mir die Bemerkung machte: „Du bist wohl eine von den ganz Emanzipierten!" und mich zur Seite stieß. Als wir ihn dann zurechtwiesen, schlug er mir ins Gesicht und riß mir die Zeitungen aus der Hand, um diese auf die Straße zu werfen.

Seelenruhig wurde diese „Auseinandersetzung" von den herumstehenden SDAJ'lern beobachtet. Meine Aufforderung, die Zeitungen zu ersetzen und der Versuch, den Schläger wegen seiner „Argumente" zur Rede zu stellen, wurde von ihnen mit Bemerkungen beantwortet: „Wer schmeißt denn hier Zeitungen in den Dreck", bzw. „Wer schlägt denn hier?".

Als einige Minuten später Frauen aus der Frauengruppe mit mir zusammen in die Kneipe gingen, hörte man von den SDAJ' und DKP'lern folgendes: „Ach da kommen ja unsere (?) Emanzen, jetzt wird's interessant". Einige der DKP'ler äußerten später die Meinung, daß es wohl ganz richtig gewesen wäre, „daß die Chaoten eins aufs Maul gekriegt haben!"

Nicht nur Gewalt gegen Frauen wurde von den anwesenden DKP- und SDAJ'lern als willkommene Belustigung angesehen, sondern an diesem Vorfall wurde einmal mehr deutlich, zu welchen Mitteln Mitglieder der DKP greifen, um Mitglieder kommunistischer Organisationen einzuschüchtern.

Eine Sympathisantin des KB aus Mönchengladbach

Aus dem Reich der realen Radioaktivität

Seit die DKP kürzlich den Kampf gegen Kernkraftwerke entdeckt hat, kann man auch häufiger Ausführungen wie die folgenden in der revisionistischen Presse lesen: „*Jedes KKW emitiert* (stößt aus – Anm. AK) *schon bei normalem Betrieb große Mengen von radioaktiven Stoffen. Die Radioaktivität dieser Stoffe mit der natürlichen zu vergleichen ist unzulässig: Viele dieser Stoffe reichern sich im menschlichen Organismus an; d. h. bestimmte Organe halten wie ein Filter diese Stoffe fest und bauen sie bevorzugt in den Körper mit ein: So hat man bei Fischen schon eine 10.000mal höhere Konzentration an radioaktiven Stoffen gefunden wie in dem sie umgebenden Wasser. Durch die Nahrungskette gelangen diese Stoffe in den Körper der Menschen, wo sie Krebs und Erbschädigungen hervorrufen können*" („rote Blätter", März 1977 – Organ des MSB, Studentenorg. der DKP).

Die hier vertretenen Auffassungen sind offensichtlich falsch, denn die im Zweifelsfall für die DKP immer maßgeblichen sowjetischen Experten sind gegenteiliger Meinung: Auf die
maßgeblichen sowjetischen Experten sind gegenteiliger Meinung: Auf die
Frage „*In der Presse vieler Länder wird immer wieder darüber diskutiert, ob Kernkraftwerke gefährlich seien*", geben sie die beruhigende Auskunft: „*....heute können wir anhand von Zahlen beweisen, daß bei der Arbeit eines Kernkraftwerks die radioaktive Strahlung nicht nur geringer als in einem Wärmekraftwerk (vergessen Sie nicht, daß Kohle ebenfalls radioaktiv ist), sondern selbst schwächer als die Strahlung ist, die von allen uns umgebenden Dingen ausgeht, von den Häusern, den Maschinen und den Menschen selbst*" („Sowjetuion heute", Nr. 22/74).

Entgegen weitverbreiteten Ansichten produziert das KKW also keine Radioaktivität und strahlt sie teilweise aus. Im Gegenteil: Es vernichtet die Radioaktivität, sodaß nachher weniger davon da ist als vorher. Welch ein Segen für die Menschheit! Die DKP sollte daraus die Konsequenz ziehen und den Platz räumen, den sie auf Grund wissenschaftlicher Unkenntnis in der Anti-KKW-Bewegung einnehmen wollte. Freie Bahn dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt!

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadresse
Auflage: 24.500
Erscheinungsweise: 14-tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank:
451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg:
240 595, J. Reents

In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag ARBEITERKAMPF enthalten.

Schweinkram



Einer der im Westen hochgejubelten „Menschenrechtskämpfer" in der CSSR ist Ludvik Vaculik. Gerade rechtzeitig, als man in den westlichen Redaktionen krampfhaft Ausschau nach einem „Opfer der kommunistischen Willkür" hielt, wurde er in Prag festgenommen. Zwar nicht wegen der „Charta 77", sondern wegen Pornographie und Grabschändung.

Was ist denn schon dabei, wenn jemand sich unbekleidet bei „Turnübungen" mit seiner Freundin fotografieren läßt. Daß diese Aufnahmen in ganzen Serien aufgelegt werden und Vaculik sich nicht nur im Bett räkelt, sondern auch auf den Gräbern des Friedhofs von Starice (unser Bild), sehen die Freiheitskämpfer aller Schattierungen sicher als die Freiheit an, für die sie eintreten.

In der CSSR wurden durch Polizei, Geheimdienst etc. massenhaft Nacktfotos verbreitet, die den „Regime-Kritiker" Ludvik Vaculik zeigen, teilweise auch beim Bumsen mit der Freundin.

Leute, die mit solchen Methoden politische Gegner zu diskriminieren versuchen, stellen sich selber bloß. Bei diesem politischen strip tease wollte auch die DKP nicht fehlen: Zur Selbstentlarvung veröffentlichte sie in der „UZ" vom 14.2.77 nebenstehendes Bild und Text!

Pfui Spinne, kann man dazu nur sagen. Mit linker Politik, überhaupt mit demokratischer Politik, haben diese Methoden nichts mehr zu tun.

Zu nett zur „KPD"?...

Das Artikelchen „ ‚KPD' ganz manierlich" im AK 99 (S.6) hat bei manchen Genossen Verblüffung und Protest ausgelöst. Stellvertretend für eine Reihe weiterer drucken wir hier einen typischen Leserbrief zu diesem Thema ab und nehmen dazu Stellung.

„Liebe Genossen!
Im AK 99 wird auf das in der Tat relativ positive Verhalten der AO im Gegensatz zum Provokateurs-Kurs des KBW während der Brokdorf-Demo eingegangen. Das wird auf die Fähigkeit zur „realistischen Einschätzung der Lage" und das Vorhandensein von Elementen („einer Bündnispolitik") bei der AO zurückgeführt. So weit, so richtig. Daraus wird die Schlußfolgerung gezogen: „Das ändert wahrscheinlich (?-mit Sicherheit! -Anm.) nicht das Geringste an ihrer üblen proimperialistischen Linie, sondern betrifft nur die TAKTIK, mit der sie diese durchzusetzen versucht. Insofern (?) kann es heute noch tatsächlich konkret möglich und nötig sein, mit der „KPD" in Einzelfragen zusammenzuarbeiten, während dies beim KBW ganz ausgeschlossen erscheint".

Die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der AO wird hier doch allein nur vom Taktikwechsel und nicht der politischen Linie abhängig gemacht! Im AK fehlen allerdings nähere Ausführungen, ob diese „Möglichkeit" nur für Fragen wie eben z.B. die Organisierung und Durchführung von Demos gesehen wird, um z.B. (anderen) Provokateuren (KBW) das Handwerk zu legen oder auch für Fragen wie z.B. der pol. Zusammenarbeit in BI's usw. Den 1. Fall kann ich mir in bestimmten Situationen (Brokdorf) aus taktischen Gründen vorstellen. Der 2. Fall ist m.E. grundsätzlich abzulehnen. In AK 98 ist ja auch nochmal ausführlich nachgewiesen, daß die AO, weil sie mit ihren proimperialistischen Vorstellungen schnell vor die Tür gesetzt würde, in fortschrittlichen Bewegungen erst mal taktisch vorgeht, d.h. mit ihren wirklichen Positionen hinterm Berg hält. Dieses taktische Verhalten „beherrscht" die AO, wie z.B. in der ersten Phase des Kampfes gegen AKWs oder während des Westberliner Uni-Streiks zu sehen war, nicht schlecht. Unsere Aufgabe gegen derartige Strömungen ist in AK 98 auch noch mal sehr klar zusammengefaßt: „Man muß sich klar machen, daß die ‚KPD' letzten Endes j e d e antiimperialistische Bewegung im Sinne des ‚Hauptschlages gegen den Sozialimperialismus' und der ‚Erziehung der Volksmassen für den Kriegsfall' zu verfälschen und zu zerstören versucht. Darum muß man die Vertreter dieser proimperialistischen Vaterlandsverteidiger aus der Bewegung h i n a u s w e r f e n, und dieser Hinauswurf muß zielstrebig vorbereitet und angegangen werden".

Die Ausführungen im AK 99 sind m.E. dagegen zumindest geeignet, für Verwirrung und Unsicherheit bei denjenigen Kräften zu sorgen, die dank unseres entschiedenen Kampfes gegen diese schädliche Strömung zu einer Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der AO gelangt sind. Oder sollte es sich bei den Ausführungen in AK 99 etwa doch um eine Änderung unserer Politik gegenüber der AO handeln? Ich finde es deshalb wichtig, daß im nächsten AK die Schlußfolgerung aus AK 99 näher erläutert wird, zumal neben mir selbst auch andere Genossen „verwirrt" wurden, oder besser: die Aussagen in AK 98 und 99 so wie sie dastehen, erstmal für widersprüchlich halten.

Ein Westberliner SSB-Genosse"

Antwort der Redaktion

Zuerst einmal: Wir legen Wert darauf, die Dinge k o r r e k t darzustellen. Das heißt, wenn die „KPD" mal eine relativ positive Rolle gespielt hat (wofür es natürlich Gründe gibt), dann schreiben wir es auch so, statt es zu verschweigen oder uns gar verpflichtet zu fühlen, auf Teufel komm raus der „KPD" doch noch irgendetwas anzuhängen. Das unterscheidet uns beispielsweise gerade von der „KPD", die es nicht lassen konnte, nach dem 19.2. gleich wieder gegen den KB zu hetzen, und sei es mit der Lüge, wir hätten in Wahrheit nach Itzehoe gewollt. In einer Sekte wie der „KPD" kann gar nicht anders verfahren werden, denn sonst würde das gesamte „Weltbild" der Mitglieder womöglich aus den Fugen geraten. Der Genosse, dessen Leserbrief wir abgedruckt haben, akzeptiert offensichtlich in diesem Punkt unsere Vorgehensweise. Es gibt aber auch Stimmen, die darauf hindeuten, daß manche unserer Genossen ernsthaft Sehnsucht nach einem „klaren Weltbild" wie bei der „KPD" haben und andernfalls bereits verunsichert reagieren. Solche Sehnsucht ist eine Schande.

„KPD" 'ler haben in Westberlin vom KBW schwere Prügel mit Knüppeln, Fahrradketten, Eisenstangen etc. bezogen. Nicht weil sie Vaterlandsverteidiger sind (was den KBW nicht stört), sondern wegen der Funken politischer Vernunft, die noch in ihren Köpfen sind und die sie am 19.2. unter Beweis gestellt haben. Der springende Punkt ist doch gerade, daß die „KPD"-Führung relativ gelassen und versöhnlerisch auf das Zusammenschlagen ihrer Mitglieder reagiert hat, weil sie inzwischen schon wieder am Aufbau der alten Front, gemeinsam mit dem KBW gegen den KB, bastelt. Einige unserer Genossen in Westberlin meinten in dieser Situation, man könne keinesfalls gemeinsam mit der „KPD" irgendetwas gegen die Provokationen des KBW unternehmen. Diese Ansicht ist unserer Meinung nach falsch. Gerade dazu müßte man die „KPD"-Führer zwingen, denn gerade das wollen sie ja auf keinen Fall!

Wir hatten geschrieben, daß eine Zusammenarbeit mit der „KPD" in Einzelfragen (!) „heute noch konkret möglich und nötig" sei. Möglich und nötig, das gehört zusammen. Möglich, weil die „KPD", wie beschrieben, teilweise „vernünftiger" vorgeht als der KBW, verbindlicher beim Einhalten von Abmachungen und Beschlüssen ist (wenngleich man sich darüber auch keine Illusionen machen sollte) als z.B. der KBW. Aus demselben Grund aber auch n ö t i g , weil die „KPD" sich z.B. in der Anti-AKW-Bewegung längst noch nicht soweit entlarvt hat, daß wir auf eine gewisse Zusammenarbeit verzichten könnten, ohne uns selbst zu isolieren.

Wir haben in AK 98 die Taktik der „KPD" u.a. in der Anti-AKW-Bewegung ausführlich dargestellt und nachgewiesen, daß es dabei im Kern um pro-imperialistische Politik geht. Fakt ist aber, daß die „KPD" damit in der Bewegung selbst nicht offen herauskommt, sondern sich sehr zurückhält. Unser Interesse besteht nun nicht darin, die „KPD" mit formalen Beschlüssen aus der Bewegung zu werfen, sondern besteht in der Entlarvung ihrer tatsächlichen Absichten und d a r a u f basierend dann ihre Entfernung. Man muß sie also immer wieder und immer weiter veranlassen, Farbe zu bekennen, und muß darum den Kampf in der Bewegung führen.

Dabei muß man sehr genau auf die Gefahr achten, daß dies nicht als ein viele unorganisierte AKW-Gegner abstoßendes „Hickhack unter den K-Gruppen" erscheint, und daß auch nicht der falsche Eindruck entsteht, als wollten wir uns mit den Ellenbogen durch die Bewegung boxen. Das kann nicht unser Ziel sein. Wir sind allerdings der Meinung, daß pro-imperialistische Auffassungen, wie sie die „KPD" vertritt, und erklärt undemokratische (gegen die Prinzipien der Aktionseinheit verstoßende) Auffassungen, wie sie der KBW vertritt, in der Anti-AKW-Bewegung nicht geduldet werden können. Diese Klärung müssen wir aber aus der Praxis der Bewegung selbst heraus entwickeln, wir können und wollen sie nicht der Bewegung dogmatisch und formal aufzwingen.

KBW bleibt KBW!

„Arbeiterbund" zu Kernkraftwerken:

KBW bleibt KBW!

Nachdem die Karnevalszeit durch den Aschermittwoch abgeklungen ist, sorgte der Osnabrücker KBW für seinen verspäteten Auftritt.

Am Samstag, dem 26.2., versammelte er sich mit seinen standfestesten Mitgliedern in der Großen Straße. Dort sollte ein Wettbewerb veranstaltet werden. Vier AK-Verkäufer gegen 15 KVZ-Verkäufer. Spielregeln: Drei KBW'ler decken einen KB'ler.

Es war ein recht interessantes Spiel. Obwohl die KBW'ler wüst pöbelten und in Gesprächen dazwischenquatschten, verhalfen sie uns zum Sieg und sich zur Niederlage. UNSER VERKAUF WAR GRANDIOS!

Da der KBW aber ein schlechter Verlierer ist, hielt er eine Kundgebung ab und wollte zwei unserer Genossen einen Papporden verleihen (was da wohl drauf stand?). Als wir dies „höflich" ablehnten, setzten sie s c h l a g e n d e Argumente ein.

Hierzu trat als Hauptschläger ein junger Mann auf, der noch bis vor kurzem in der Jungen Union gewesen ist. Auf Nachfrage beim Karnevalsvorstand über seine neuen Freunde, wurde uns geantwortet: „Aber er ist doch Arbeiter"!

Das Spiel wurde kurzfristig abgebrochen, als die Osnabrücker Linke zur Verstärkung der KB'ler dran teilnehmen wollte . Denn diese haben schon viel zu oft mit dem KBW Karneval gefeiert und deshalb wollten sie uns ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen. Sie mobilisierten vollständig für unseren Sieg.

Bemerkenswert ist noch, daß der Karnevalsvorstand nun beschließen will, daß der ARBEITERKAMPF in Osnabrück nicht mehr verkauft werden darf.

Ein Hamburger AK-Verkäufer

„Arbeiterbund" zu Kernkraftwerken:

„Für Atomenergie und Sozialismus!"

Der „Arbeiterbund" hatte in München eingeladen zu einer Diskussionsveranstaltung über das brandaktuelle Thema: „Wiederaufbau der KPD". Eingeladen waren KABD, KBW und KB. An der Veranstaltung beteiligten sich allerdings nur „Arbeiterbund" und KB; der KBW hatte sich erst gar nicht zu dem Vorschlag geäußert, der KABD hatte zunächst zugesagt, sprang dann aber einige Wochen vor der Veranstaltung ab mit der Begründung, „daß die vom Arbeiterbund vorgeschlagenen Themen nicht auf örtlicher Ebene diskutiert werden können, das muß den zentralen Ebenen der Organisationen vorbehalten sein". Außerdem sei eine solche Veranstaltung nicht an den Problemen der Arbeiterklasse orientiert! Nun gut, immerhin hatte die Veranstaltung den Vorteil, daß der „Arbeiterbund" zum ersten Mal seine tatsächlichen Positionen zum Problem der Atomenergie offen auf den Tisch legte, und er hat so klargemacht, daß er in der Anti-AKW-Bewegung nichts zu suchen hat!

Die Hauptparole heißt heute für den „Arbeiterbund" offenbar: Für Atomenergie und Sozialismus! Nach Helge Sommerrock („Arbeiterbund"-Chefin) hat die Arbeiterklasse ein lebendiges Interesse an der Entwicklung der Produktivkräfte, also auch an der Entwicklung der Atomenergie! Die größten Gegner der Atomenergie seien in Wirklichkeit die Kapitalisten! Denn die Arbeiterklasse habe noch nie Angst vor dem technischen Fortschritt gehabt, und die Probleme, die sich heute mit der Atomenergie stellen würden, hätten sich bei der Entwicklung der Elektrizität genauso gestellt!

Die heutige Anti-AKW-Bewegung hat – so der „Arbeiterbund" – im wesentlichen das Ziel, vorhandene Ängste zu schüren, rückschrittliche Interessen zu fördern und so eine maschinenstürmerische Verhunzung des Marxismus zu unterstützen. Die Menschen, die heute auf die Straße gehen, würden vor allem durch die „kleinliche Nutzung" der Atomenergie dorthin getrieben; d.h. daß bei Betrieb eines AKW eben nicht alle Wärme ausgenutzt werden kann, sondern ein Teil so abgegeben wird und dadurch Schäden anrichtet. Demgegenüber müßte die Forderung nach besseren Sicherheitsanlagen und besseren Atomkraftwerken, z.B. der Kernfusionsanlage, aufgestellt werden!

Die Kräfte, die heute in der Anti-AKW-Bewegung arbeiten, machen aus der Sicht des „Arbeiterbund" dort genau denselben Fehler wie beim Kampf gegen den § 218: Denn schon heute sei der fortschrittliche Arbeiter trotz der beschissenen Lebensbedingungen bereit, Kinder aufzuziehen, da er ja in seinen Kindern guten Nachwuchs für Revolution und Sozialismus sehen würde. (Auf den Standpunkt des „Arbeiterbund" zur besonderen Unterdrükkung der Frauen wollen wir im nächsten AK ausführlich eingehen!)

Der „Arbeiterbund" hat an dieser Frage noch einmal mehr als deutlich unter Beweis gestellt, daß er weder in der Lage ist, eine politische Analyse der Hintergründe des Atomenergieprogramms zu leisten – die Frage der Atombewaffnung wurde weder in seinen Ausführungen noch in der „KAZ" bisher jemals angeschnitten – er geht an die Frage der Atomenergie völlig klassenneutral heran und behauptet tatsächlich, daß die Arbeiterklasse am Fortschritt „an sich" schon ein Interesse hat!

Der „Arbeiterbund" will diese seine Standpunkte in der nächsten Ausgabe der „KAZ" der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung in Form einer Resolution zur Verfügung stellen. Damit wird das Loch für seinen Sarg sicher wieder ein Stück tiefer!

Eine Teilnehmerin der Veranstaltung (KB/Gruppe Nürnberg)

Die Henker kommen!



Das Aufhängen politischer Gegner – vorerst freilich nur in der Phantasie – ist derzeit beim KBW große Mode.

Zuerst war es nur der frühere Studenten-Führer und jetzige Frankfurter „Sponti"-Guru Daniel Cohn-Bendit, den der KBW im Revolutions-Fall *„an den nächsten Baum befördern"* wollte.

Inzwischen hat der KBW noch einen Zahn zugelegt, und die Revolution will er auch gar nicht mehr erst abwarten. So hat er nach der Demonstration vom 19.2. in der Wilstermarsch drei Leute namentlich genannt (einen vom KB, zwei von der „KPD"), die als *„Kettenhunde der Polizei"* die Volksmassen von der Besetzung des Brokdorfer Bauplatzes abgehalten hätten und die daher *„zum passenden Zeitpunkt"* aufgehängt werden müßten („KVZ"-Extrablatt vom 21.2.). Diese Drohung wird von führenden KBW'lern mündlich noch ausgeschmückt: Leute, die sich der Revolution (!) in den Weg stellen, müßten eben aufgehängt werden. Und nachträglich müßte man doch überlegen, ob nicht bereits am 19.2. eine Art revolutionäre Si-

lich noch ausgeschmückt: Leute, die sich der Revolution (!) in den Weg stellen, müßten eben aufgehängt werden. Und nachträglich müßte man doch überlegen, ob nicht bereits am 19.2. eine Art revolutionäre Si-

tuation bestanden hätte, sodaß die „Kettenhunde der Polizei" gleich hätten aufgehängt werden müssen!

Diese Linie ist im KBW, bzw. dem, was davon noch übrig geblieben ist, weitgehend „vereinheitlicht". So machen sich inzwischen auch einzelne Ortsgruppen des KBW schon Gedanken, wer in ihrem Ort aufgehängt werden müßte, z. B. widerspenstige BI-Mitglieder, die sich nicht davon überzeugen lassen wollen, daß die Volksmassen am 19.2. kurz vor der Besetzung des Bauplatzes waren. *„Du gehörst auch aufgehängt"*, ist derzeit das mit Abstand beliebteste Argument von KBW'lern.

Mancher mag das immer noch für witzig halten oder jedenfalls nicht sehr ernst nehmen. Das ist ganz falsch!

Es gibt in der gesamten Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung k e i n Beispiel, daß Kommunisten in dieser Weise mit „Aufhängen" gedroht hätten. Für diese Sache gibt es vielmehr nur ein historisches Vorbild, nämlich den Feme-Terror der F a s c h i s t e n und die Morde faschistischer Gruppen wie „Organisation Consul" u. ä. in den 20er Jahren. Und es wäre unserer Erfahrung nach auch falsch und gefährlich, die Ernsthaftigkeit solcher Drohungen zu unterschätzen. Gerade einige Erfahrungen der letzten Zeit unterstreichen die „Radikalisierung" des KBW in diese Richtung. Das blutigste Beispiel lieferte der KBW kürzlich in Westberlin: Dort prügelten die KBW'ler mit Eisenstangen und Fahrradketten auf eine Gruppe

unterstreichen die „Radikalisierung" des KBW in diese Richtung. Das blutigste Beispiel lieferte der KBW kürzlich in Westberlin: Dort prügelten die KBW'ler mit Eisenstangen und Fahrradketten auf eine Gruppe

„KPD"ler ein, die eine Veranstaltung des KBW über den 19.2. verlassen wollten und zwangen sie, bis zum Schluß zu bleiben. Zahlreiche „KPD" 'ler wurden dabei ernsthaft verletzt. In Hannover schlugen KBW'ler mit Bierfalschen auf Menschen ein, die die Märchen des KBW über den 19.2. nicht teilen wollten. In Hamburg unternahm der frühere Ortssekretär des KBW den Versuch, einige KB-Genossen als „leitende Leute des KB" an die Polizei auszuliefern. Namentliche Denunziationen auf Flugblättern sind eine übliche Praxis des KBW geworden.

An diesem Vorgang ist nichts Unerklärliches. Der KBW hat im vergangenen Jahr einen enormen Schrumpfungsprozeß durchgemacht. An Fragen wie Angola, Taktik in überorganisatorischen Komitees, Chile, China u. a. m. hat der KBW große Teile seiner Mitgliedschaft und vor allem seines Umfelds verloren. Innerhalb des KBW hat eine krasse „negative Auslese" stattgefunden – d. h. der „harte Kern" des KBW besteht heute aus Menschen, die entweder total skrupellos oder psychisch kaputt, oder beides zugleich sind. Zugleich hat sich der KBW immer weiter von allen anderen Organisationen isoliert und sich eine völlig feindselige Haltung diesen gegenüber hineingesteigert. Dies wiederum steigert die sektiererische Verbissenheit nach innen, bis hin zu perversen Mord-Phantasien gegen all jene, die angeblich an dem Unglück des KBW schuld sein sollen (indem sie die Volksmassen davon abhalten, endlich die Füh-

sektiererische Verbissenheit nach innen, bis hin zu perversen Mord-Phantasien gegen all jene, die angeblich an dem Unglück des KBW schuld sein sollen (indem sie die Volksmassen davon abhalten, endlich die Füh-

rerschaft des KBW anzuerkennen).

Der KBW in seiner heutigen Form ist kein Teil der Linken mehr. Obwohl er einige linke Formen bewahrt hat, handelt es sich im Wesen um gefährliche Trümmer, die so rasch wie möglich aus dem Weg geräumt werden müssen.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Erklärung zum Vorfall um das KBW-Büro Chemnitzstraße (Hamburg-Altona)

Vom KBW werden derzeit gezielt Gerüchte verbreitet, der Kommunistische Bund habe das Hamburger KBW-Büro überfallen, KBW'ler zusammengeschlagen etc. Bemerkenswert ist, daß auch die BILD vom 23.2. (siehe Faksimile-Abdruck) zu berichten hatte, wir hätten KBW'ler in ihrem Büro mit einem „Rollkommando zusammengeschlagen" und „die Büroeinrichtung des KBW wurde zertrümmert". Da diese Geschichte der BILD kaum etwas mit der Wirklichkeit gemeinsam hat, dafür aber verblüffend den vom KBW allenthalben unter der Hand verbreiteten Version ähnelt, muß man fragen, wie die BILD auf diese Geschichte gekommen ist. Stammt sie aus dem Polizei-Bericht oder stammt sie direkt aus „Auskünften" des KBW?

Der bloße Verdacht, ein KB-„Rollkommando" habe aus Protest gegen ein Flugblatt ein KBW-Büro „zertrümmert", ist mit unserer politischen Praxis unvereinbar. Daher hier ein paar Fakten über die Vorfälle:

Am 21.2. tauchte am Nachmittag das berüchtigte „KVZ"-Extra auf, in dem dazu aufgefordert wurde, einen unserer Genossen aufzuhängen. Daraufhin wurde zunächst einem KBW'ler in Hamburg-Harburg sein Packen Flugblätter abgenommen und danach weitere 3000 Exemplare des Mordaufrufs aus einer bekannten Harburger KBW - Wohnung herausgeholt. Anließend wollten einige Genossen auch im KBW-Büro in der Chemnitzstraße (Hamburg-Altona) die dort eventuell lagernden Mordaufrufe sicherstellen. Offenbar war man aber inzwischen von Harburg aus telefonisch informiert worden: Der Eingang war durch mehrere PKW's blockiert. Während unsere Genossen noch vorm Eingang beratschlagten, was nun getan werden sollte, schlugen plötzlich KBW'ler aus den Fenster des Hochpaterre mit langen Holzlatten auf die Genossen ein. Bei dem sich daraus ergebenden Gerangel gingen auch mehrere Scheiben zu Bruch (der KBW beziffert den Glasschaden auf knapp 500 Mark). Das Büro selbst wurde dabei überhaupt nicht betreten.

Kurz darauf rückte massiert Polizei an - mindestens vier Streifenwagen, zahlreiche Zivile (MEK-Typen). Der frühere Ortssekretär Rochlitz und weitere KBW'ler kamen aus dem Büro und plauderten vor der Tür mit einer Gruppe von Bullen, unsere Genossen standen teilweise noch herum.

Kurz darauf rückte massiert Polizei an - mindestens vier Streifenwagen, zahlreiche Zivile (MEK-Typen). Der frühere Ortssekretär Rochlitz und weitere KBW'ler kamen aus dem Büro und plauderten vor der Tür mit einer Gruppe von Bullen, unsere Genossen standen teilweise noch herum.

In dieser Situation kamen zwei Genossen, die inzwischen telefonisch über die Vorgänge informiert worden waren, mit dem Auto am „Schauplatz" an. Sie waren kaum aus dem Auto gestiegen, da hatte Rochlitz sie auch schon erspäht und forderte die Bullen auf, die beiden festzunehmen, da sie „führende Leute vom KB" seien. Dann stürmten R. und zwei andere KBW'ler auf unsere beiden Genossen zu, wobei sie laut den vollen Namen des einen riefen. Mehrere Bullen folgten ihnen auf dem Fuß und hielten den einen unserer Genossen zur Personalien-Feststellung fest. Diese Provokation wurde in der „KVZ"-Bezirksbeilage vom 24.2. wiederholt, wo behauptet wird: „An der Aktion beteiligt waren führende Genossen des KB(Nord). Wir erkannten zumindest..." (es folgen die Namen dieser beiden Genossen sowie als Dritter derjenige, der schon im „KVZ"-Extra zum Aufhängen vorgeschlagen worden war!). Diese säuischen Methoden gefielen dem KBW-ZK offenbar so gut, daß die Denunziation noch einmal in der „KVZ"-Gesamtausgabe vom 3.3. abgedruckt wurde!

Nur 2-3 Minuten nach dem hier geschilderten Vorfall gab es eine weitere Provokation seitens des KBW: Aus der gemischten KBW-Bullen-Gruppe heraus schlug plötzlich ein KBW'ler auf einen unserer Genossen ein, der sich dagegen zur Wehr setzte. Sofort versuchten mehrere Bullen, unseren Genossen festzunehmen. Zwar konnten wir diesen Genossen freikämpfen, dafür wurde ein anderer von uns geschnappt, von Zivilen in Handschellen über die Strasse geschleift (wobei der Wehrlose noch mißhandelt wurde) und zur Wache gebracht.

Die „KVZ" schreibt dazu zynisch (3.3.), wir hätten „vor den Augen der Bullen das Verprügeln von KBW-Genossen probiert"! Außerdem behaupten sie, s i e hätten dafür gesorgt, daß unser Genosse wieder frei kam und dabei sei noch ein KBW'ler festgenommen worden.

Richtig ist zwar, daß ca. 10 Minuten später (!) vor dem KBW – Büro eine uns unbekannte Person (warscheinlich ein KBW'ler) festgenommen wurde; zu diesem Zeitpunkt waren aber (abgesehen von einer etwas entfernten stehenden „Beobachter"-Gruppe) keine Genossen von uns mehr am Ort. Die Gründe für diese Festnahme des KBW'lers kennen wir nicht (möglicherweise hat das etwas mit der wirren Geschichte am Ende des BILD-Artikels zu tun), mit der Festnahme unseres Genossen 10 Minuten zuvor hatte die Sache jedenfalls offensichtlich nichts mehr zu tun.

Es wäre wohl auch schizophren, wenn der KBW zuerst unsere Genossen provoziert und denunziert (und diese Praxis auch in er „KVZ" noch fortsetzt) und andererseits unsere Genossen „freizukämpfen" versucht.

Als weitere Provokation ist zu erwähnen, daß KBW'ler während des Polizeiein-

Es wäre wohl auch schizophren, wenn der KBW zuerst unsere Genossen provoziert und denunziert (und diese Praxis auch in er „KVZ" noch fortsetzt) und andererseits unsere Genossen „freizukämpfen" versucht.

Als weitere Provokation ist zu erwähnen, daß KBW'ler während des Polizeiein-

satzes mit ihren Holzlatten plötzlich auf das Auto eines Genossen einschlugen und es schwer beschädigten.

Der KBW hatte nachträglich die Frechheit, uns seine Glaser-Rechnung über 500 Mark ins Büro zu tragen. Wir werden diese Rechnung natürlich nicht bezahlen und raten dem KBW auch, sich nicht zu irgendwelchen unüberlegten Handlungen (zwecks gewaltsamer „Zwangseintreibung" des Geldes) hinreißen zu lassen.

LG des Kommunistischen Bundes

aus Bild vom 23.2.77

Rote bei Roten zu Besuch — Trümmer

elü. Hamburg, 23. Februar 77
Selbst die kommunistischen Chaoten können nicht auf die verhaßte „Staatsmacht" verzichten: Mitglieder des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland" (KBW) riefen die Polizei zu Hilfe, nachdem sie in ihrem Büro in Hamburg-Altona von einem Rollommando des „Kommunistischen Bundes" (KB) zusammengeschlagen worden waren.

Knüppelschwingend schlugen die verfeindeten Brüder aufeinander ein. Eine Seite gab der anderen die Schuld daran, daß sie in Brokdorf vor der Polizei kapituliert hatten. „Ihr seid keine Genossen!" schrie einer vom KB, „ihr seid feige Hunde!"

Fenster zersplitterten, die Büroeinrichtung des KBW wurde zertrümmert, Blut floß. Als Polizisten den Namen eines Mannes ermitteln wollten, der ein ziviles Funkfahrzeug der Kripo geknipst hatte, waren sich die Parteien wieder einig: Sie schlugen zwei Beamte nieder.

Unvereinbarkeitsbeschluß gegen KBW?

Die trotzkistische GIM weiß in ihrer Zeitung „was tun" vom 3.2.77 zu berichten, wir wollten gegen den KBW in der Anti-AKW-Bewegung einen „Unvereinbarkeitsbeschluß" durchsetzen. Das aber lehnt die GIM ab und meint: **„Wir verteidigen hier nicht den KBW, sondern nur die demokratischen Prinzipien, ohne die eine Bewegung wie die Anti-AKW-Bewegung absterben wird."**

„Demokratische Prinzipien", das ist ein Wort! Sehen wir also, wie es darum steht:

1. Der KBW hat in einem Flugblatt dazu aufgerufen, einen unserer Genossen, der auch Deligierter der BUU ist, **„aufzuhängen"**. Dazu schreibt „was tun" ungeheuer witzig, daß dies **„eine falsche politische Einstellung"** sei! So kann man es natürlich auch nennen. Wir sehen allerdings in Morddrohungen nicht bloß eine „falsche politische Einstellung", sondern eine Ungeheuerlichkeit, die – um mal die GIM zu zitieren – mit den „demokratischen Prinzipien" völlig unvereinbar ist.

2. **Noch wichtiger ist die Tatsache, daß der KBW erklärtermaßen nicht bereit ist, Mehrheitsbeschlüsse der BUU (oder irgendeiner anderen Einheit, in der er mitarbeitet) zu akzeptieren.** Im Gegenteil: Sich Beschlüssen unterzuordnen, gilt im KBW als „schwere rechte Abweichung", die normalerweise zum Ausschluß des Betreffenden aus dem KBW führt! Um also auf die „demokratischen Prinzipien" zurückzukommen: Gerade s i e erfordern es selbstverständlich, daß Gruppen, die diese Prinzipien nicht anerkennen wollen (und zwar prinzipiell!), nicht Mitglied der Aktionseinheit sein können. Dasselbe gilt für Einzelmitglieder solcher Gruppen.

Die Genossen von der GIM machen es sich sehr bequem, allzu bequem: Vor dem 19.2. meinten sie, man dürfe nicht nach Brokdorf gehen, weil man sonst eine schwere Niederlage erleiden würde. Die GIM hat nichts getan, eine solche Niederlage zu verhindern, sondern ist nach Itzehoe ausgewichen. Sie hat es den anderen Organisationen überlassen, die Provokateure vom KBW unter Kontrolle zu bringen. Nachträglich tritt sie dann für das Recht der Provokateure ein, weiterhin in der BUU mitzuarbeiten – wegen der „demokratischen Prinzipien" !!

„Was tun" stellt diese Frage absurderweise auf eine Stufe mit „Unvereinbarkeitsbeschlüssen" wegen politischer Meinungsverschiedenheiten. Darum geht es aber gar nicht. Morddrohungen und provokatorische Verstöße gegen Mehrheitsbeschlüsse haben nichts mit Meinungsverschiedenheiten zu tun! Die Voraussetzung einer Aktionseinheit ist die Einhaltung gefaßter Beschlüsse, über bestehende Meinungsverschiedenheiten hinweg. Wer diese Voraussetzung prinzipiell ablehnt – wie der KBW! – kann unserer Meinung nach selbstverständlich nicht Mitglied der Aktionseinheit sein. Das ist eigentlich so banal, daß man sich nur wundern kann über die verwirrten Reaktionen, die es um diese Frage immer noch gibt.



Don Quichotte von der Wilstermarsch

Als die deutschen Imperialisten den 1. Weltkrieg verloren, erfanden sie die Dolchstoß-Legende : „Im Felde unbesiegt" sei das deutsche Heer durch „Verrat an der Heimatfront" geschlagen worden.

Was dem deutschen Imperialismus recht war, ist dem KBW billig. Er erfand eine neue Dolchstoßlegende nach der Demonstration von mehr als 30.000 Menschen am 19.2. in der Wilstermarsch gegen das geplante AKW Brokdorf. Daß es sich dabei wirklich um eine Niederlage, und nicht etwa um einen großen Erfolg, gehandelt hat, ist für den KBW von vornherein klar. Die „Niederlage" besteht darin, daß der Bauplatz nicht besetzt worden ist. Für diese „Niederlage" muß es einen Schuldigen geben. Mindestens. Oder mehrere Schuldige. Denn sicher ist für den KBW, **„daß die Festung Brokdorf am Samstag nah am Fallen war, daß die Massen die Möglichkeit hatten, diese Festung zu erobern und zu schleifen"**. „ ... *es war nicht weit weg davon, daß die Massen diese Festung geknackt hätten. Zu beweisen wird das jetzt nicht mehr sein. Es hätte nur am Samstag selber bewiesen werden können"* („KVZ"-Extrablatt, 21. 2.). Das eben ist der springende Punkt : Beweisen läßt sich gar nichts mehr, unso mehr läßt sich folglich b e h a u p t e n !

Es ist also klar, daß da jemand die Massen um den schon zum Greifen nahen Sieg betrogen hat: *„Man muß aber feststellen, daß die Massenbewegung schließlich nicht mehr weiterkam, weil sie die Führung der Opportunisten nicht abgeworfen und ihr nicht das Handwerk gelegt hat". „Ohne daß diese beiden Gruppierungen* (KB und „KPD") *jedoch sein* (Stoltenbergs) *Spiel mitgemacht hätten, wären die Drohungen verpufft und die ‚starke polizeiliche Präsenz' hätte mit einer starken Präsenz voller Hosen auf Seiten der Polizei und mit der Eroberung und Schleifung der Festung gut enden können"* („KVZ"-Extrablatt, s.o.).

KB und „KPD" haben, so behauptet der KBW, die zur Platzbesetzung drängenden Massen vom Sturm abgehalten. – Nun, wie war das? Man wird sich erinnern, daß der Demonstrationszug an einer Polizeisperre Kehrt machte, wo sich – je nach den unterschiedlichen Schätzungen – zwischen 50 und 200 Bullen mit zwei Wasserwerfern aufgebaut hatten. *„Die Schwäche der Polizeikräfte gegenüber der Masse der Demonstration ist unübersehbar"*, notiert

gegenüber der Masse der Demonstration ist unübersehbar", notiert

der KBW an diesem Punkt nachträglich („KVZ", 24.2.). Zweifellos war das so, darüber bestand am 19.2. vor der Absperrung Einmütigkeit. Angeblich soll zu diesem Zeitpunkt ein ganz verzagter Polizeioffizier erklärt haben : „Wir wissen nicht, wie wir das überstehen sollen. Auf den Angriff hier waren wir nicht vorbereitet. Der Hauptstoß sollte doch aus dem Süden kommen. Wir hatten keine Zeit mehr, hierher noch den Bundesgrenzschutz zu holen". So las man's in der „Bild am Sonntag" vom 20.2., und der KBW zitiert es bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit Genuß.

Es ist diese Äußerung ja auch gar zu logisch, wenn man bedenkt:

1. daß der ganze Aufmarsch des Zuges von N o r d e n (über Itzehoe und Wilster) für die Polizei schon Stunden vorher überschaubar war und nur sehr wenige Straßen überhaupt in das Gebiet um Brokdorf führen, und daß ferner ein Vorstoß von S ü d e n weder zu erwarten noch überhaupt möglich war;
2. daß die Polizei ohne weiteres in der Lage war, in diesem Gebiet innerhalb von höchstens 30 Minuten starke Truppen an jeden gewünschten Punkt zu transportieren.

Daß die Polizei also „nicht vorbereitet" war und „keine Zeit" für die Heranführung von Verstärkungen hatte, entlarvt sich bei nährem Hinsehen als primitiver Bluff. Daß der KBW für seine Dolchstoßlegende sogar nach derart schwachen Strohhalmen grabscht, spricht doch für sich. Nach den Angaben der bürgerlichen Presse waren insgesamt etwa 6000 Bullen (Polizei, BGS) im Raum Brokdorf-Wilster-Itzehoe konzentriert. Der KBW behauptet sogar, es seien *„rund 16000 Mann Polizeitruppen"* gewesen („KVZ"-Extrablatt, s.o.). –Sei es wie es sei : Wir wissen, daß davon 200 an der bewußten Sperre postiert waren. W o aber waren die Übrigen? Wie denkt sich das der KBW? Vielleicht waren die schon, kopflos angesichts der anrückenden Massen, in ungeordneter Flucht über die Elbe davon? ...

Wenn man die Welt nicht durch die KBW-Brille sieht, sondern so, wie sie i s t , dann liegt es auf der Hand : Tausende von Polizisten BGS'lern standen in dem Gebiet hinter der bewußten Polizeisperre noch bereit. Daß es ohne weiteres möglich gewesen wäre, davon stärkere Kräfte auch sichtbar an der bewußten Sperre zu postieren, liegt ebenfalls auf der Hand. Wenn d a s also nicht geschah und Polizeioffiziere dazu lächerliche Erklärungen abgaben („nicht vorbereitet" etc.). so ist die **F a l l e und Provokation offensichtlich, die hier vorbereitet war.**

Der KBW indessen spinnt an der Legende, als hätte sozusagen gar nicht mehr als diese in der Tat augenscheinlich läppische Polizeisperre von 50-200 Bullen zwischen uns und dem Bauplatz gestanden. Um aber die Rolle des KBW richtig zu würdigen, muß man sich auch noch folgendes in Erinnerung rufen:

- **am 30.10., als der Bauplatz tatsächlich b e s e t z t worden war, versuchte der KBW – allerdings erfolglos! – die Massen zum Abmarsch zu bewegen.**
- **am 13.11., als 30.000 Menschen am Bauplatz demonstrierten, war es der KBW, der als e r s t e r (gegen 18.30 Uhr) zum Abmarsch aufforderte und damit ein schrittweises Abbröckeln in Gang brachte.**

Das Geschrei des KBW vom Dolchstoß ist also von vornherein nicht ernst zu nehmen. Und selbst wenn es anders wäre : Worauf will denn der KBW die Behauptung stützen, daß am 19.2. eine Besetzung des Platzes noch möglich gewesen wäre, während dies am 13.11. trotz mehrstündiger Arbeiten am Zaun und Mauern nicht möglich war ?

Die Spekulation des KBW geht auf die menschliche Dummheit und ist denkbar primitiv: Auf der einen Seite stehen die enttäuschten Erwartungen mancher militanter Demonstranten, auf der anderen Seite steht die läppische Polizeisperre von 50 oder vielleicht auch 200 Bullen. Daß wir d i e s e hätten überrennen können, bezweifelt niemand. Also braucht man nur so zu tun, als wäre die Besetzung des Bauplatzes ein genauso leichtes Spiel gewesen wie das Überwinden der bewußten Sperre. Nachträglich läßt sich viel zusammenphantasieren. Und am Ende reduziert sich alles auf ein paar bösartige Individuen der Leitung des „KB Nord " (und der „KPD"), die die Demonstranten um den verdienten Erfolg brachten.

der „KPD"), die die Demonstranten um den verdienten Erfolg brachten.

Sieht man es allerdings nicht durch die KBW-Brille, sondern realistisch, so ergibt sich: Gegen 17.30 stand der Zug an der Polizeisperre und der KBW versuchte, Stimmung für einen „Durchbruch" über die Wiesen zu machen. Wäre dieser erfolgt, und wäre er nicht auf weitere Behinderungen und Widerstand durch die Polizei gestoßen, so wäre es immerhin zumindest 18.30 geworden, bis der Zug überhaupt am Bauplatz gestanden hätte. Das heißt, zu einer Zeit, wo der KBW am 13.11. schon zum Abzug blies! ... Viel wahrscheinlicher ist aber, daß der Zug in Stoßangriffen der Polizei zersprengt worden wäre, daß es in der einbrechenden Dunkelheit eine Jagd über Straßen und Wiesen gegeben hätte, daß viele Dutzende von uns festgenommen und verletzt worden wären.

Um die Schlacht nachträglich doch noch zu gewinnen, setzt der KBW wundervolle Legenden in die Welt, die durch ihren Ideenreichtum verblüffen:

1. Während der Demonstration wurden alle Entscheidungen durch einen großen Vertrauensleute-Körper aus Vertretern der beteiligten Bürgerinitiativen getroffen. Der KBW jedoch behauptet, es habe sich dabei in Wirklichkeit um *„das ‚Leitende Gremium des Kommunistischen Bundes Nord' und das ‚Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands' "* gehandelt („KVZ", 24.2.).
2. Der KBW behauptet hinsichtlich der Vertrauensleute-Beratung in Wilster: *„Auf den beiden nächstgelegenen Wegen nach Brokdorf befinden sich Polizeisperren. Es gibt die Möglichkeit, diese Sperren auf einem dritten Weg zu umgehen, ohne größeren Verzug durch Umwege in Kauf nehmen zu müssen. Der KBW tritt für diesen Weg ein"* – der böse „KB Nord" aber habe stattdessen die Massen ausgerechnet auf eine Polizeisperre zugeführt, um ein Alibi für die Verhinderung der Platzbesetzung zu haben („KVZ", 24.2.). Der Gedanke, es habe bei einem Aufgebot von 6.000 (oder gar 16.000 !) Bullen in diesem Gebiet einen freien Weg nach Brokdorf und zum Bauplatz gegeben, ist aber auch gar zu verlockend. R e a l i s t i s c h ist er freilich nicht!
3. Der KBW gibt nachträglich als seine Taktik an, *„zielstrebig die Polizei auf einem immer engeren Raum zusammenzudrängen, um über die politische Belagerung die Eroberung des Bauplatzes vorzubereiten"* (Extrablatt, s. o.). Auch hier haben wir es wieder mit reinster Phantasie zu tun: Da sich unser Zug nur auf e i n e r Straße in Richtung Brokdorf bewegte, aber m e h r e r e Straßen aus diesem Gebiet heraus (und herein) führen, konnte auch gar nicht die Rede davon sein, die Polizei „zusammenzudrängen". Der Begriff der „politischen Belagerung" führt dann vollends ins Reich der Träume. Gemeint ist dieser Begriff offenbar im Sinne der schon von früher vom KBW ausgesprochenen Behauptung: *„Der Bauplatz ist von den Volksmassen umzingelt"* („KVZ"-Extrablatt, 16.2.). Dies führt zum eigentlichen Kern der Phantasie des KBW'

KBW-Vize Fochler hatte vor dem 19.2. (in der „KVZ" vom 17.2.) zu diesem Thema folgendes geschrieben: *„Brokdorf liegt inmitten von Wiesen. Überraschend kann dort niemand hin hin, wenigstens nicht viele. Für die Polizei wäre es einfach (!!), jeden Versuch zu einer Besetzung durch*

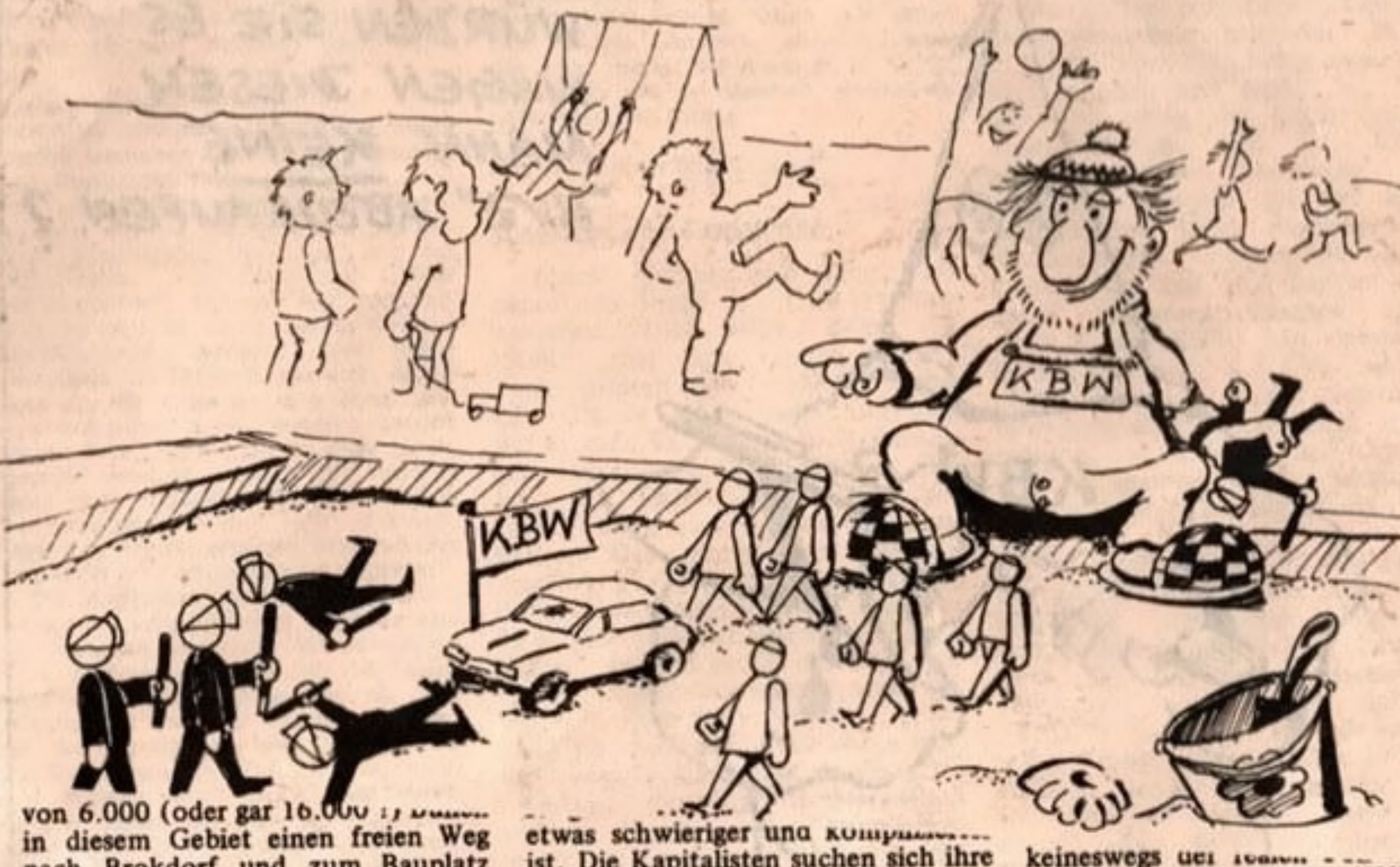
hin, wenigstens nicht viele. Für die Polizei wäre es einfach (!!), jeden

Aufmarsch starker Kräfte, Herausgreifen irgendwelcher Personen, Verurteilung dieser Personen zu Gefängnis zu unterbinden". „Es sind deswegen auch bürgerlich verwirrte Narren, die jetzt hauptsächlich darüber nachdenken, wie man sich gegen Gewaltangriffe der Polizei schützen kann. Zum Beispiel durch Gegenbewaffnung. Dies ist nicht das Problem. Wer so denkt, verschenkt einen Vorteil, den die Aktion hat".

Was er damit meint, erläutert Fochler so: *„Offene Auseinandersetzungen von Polizeikräften mit Massenaktionen führen zu erheblichem ideologischen Verschleiß dieser Polizeitruppen ... Die Polizeitruppen bestehen in ihrer Masse aus Leuten, die dem Volk entstammen und bloß dafür bezahlt sind, draufzuschlagen. Oft machen sie sich über die Gerechtigkeit der Sache, für die sie bezahlt werden, Illusionen. Diese Illusionen zerbrechen unter der Überzeugungskraft einer Massenbewegung verhältnismäßig rasch".*

Verhältnismäßig rasch – aber klar doch! Und daß sie nicht schon am 13.11. zerbrochen sind, erscheint als kaum zu lösendes Rätsel. An scheinbarer Naivität hinsichtlich der „relativ raschen" Überzeugbarkeit von Bullen erreicht der Fochler ohne weiteres die Spitzen der „Gewaltfreien". Aber im wirklichen Leben geht es anders zu als in der Phantasie von Fochler oder irgendwelcher „Pazi"-Apostel. Man hat am 13.11. (und bei vielen anderen Gelegenheiten) erlebt, wie Bullen auf Demonstranten unterschiedslos eindroschen (auch Kinder und alte Leute), wie chemical mace in die Menge gejagt wurde usw. Warum hätte es am 19.2. anders sein sollen, nach einer massiven Hetzkampagne, nach einer faktischen Spaltung der Anti-AKW-Bewegung – und nach einer (vom KBW befürworteten) gewaltsamen Überwindung einer Polizeisperre ... ?

Illusionen über die Bullen als „Söhne des Volkes" hört man doch nicht zufällig am meisten von Revisionisten und Pazifisten. Aus Erfah-



etwas schwieriger und komplizierter ist. Die Kapitalisten suchen sich ihre Leute aus und schulen sie. Das bricht nicht mal so eben mir nichts dir nichts beim ersten Ansturm zusammen. Wenn es anders wäre, so könnten wir bei nächster Gelegenheit wohl nicht bloß Brokdorf besetzen, sondern auch gleich noch die bürgerliche Klassenherrschaft stürzen.

Man sieht es gleich: Um die realen Verhältnisse dieser Welt geht es weder dem Fochler noch seinem KBW. Das Reich, in dem s i e ihre Schlachten schlagen, ist gar nicht von dieser Welt. Für sie stellt sich folglich auch nicht konkret die Frage, wie am 19.2. 30.000 oder vielleicht 40.000 Demonstranten mit 6.000 oder vielleicht 16.000 Bullen fertig werden sollten, die insgesamt weit besser ausgerüstet waren, erheblich beweglicher waren (da voll motorisiert) und die zudem erheblich besser geleitet wurden. In der realen Welt kann eine solche Konstellation nur zum Fiasko für die Demonstranten werden. Anders aber geht es im Wunderland des KBW zu: Da „zersetzen" sich die Tausende von Bullen innerhalb weniger Stunden oder Minuten, und da fällt auch Zaun und Mauer (vom Graben gar nicht zu reden), woran am 13.11. stundenlang vergeblich gearbeitet wurde.

Der Vorgang, den wir am 19.2. um ein Haar erlebt hätten, wenn

wurde.

Der Vorgang, den wir am 19.2. um ein Haar erlebt hätten, wenn

nicht das LG des KB (und auch die „KPD") es verhindert hätten, kennt in der Menschheitsgeschichte nur e i n e historische Parallele: Den Fall der Mauern von Jeircho unter dem Posaunenschall der Kinder Israels!

[…] dem […]k, und keineswegs der [illegible]. Dazu paßt es gut, daß sich die „KVZ" gern eines düster-orakelhaften oder sonntagsschulhaften Ton bedient. Welche kaum auszulotende Tiefe des Gedankens liegt beispielsweise in den folgenden Sätzen: „ ... ***Voraussetzung der Taktik war eine klare Stoßrichtung: ‚Die Richtung heißt Brokdorf, und die Massen sind findig' "***, oder **wie der KBW auf seinem am Samstag verteilten Flugblatt schrieb: *„Itzehoe-Wilster-Brokdorf"*, womit er klar machte, daß man an jeden dieser Punkte gelangen mußte, *„um erst in Brokdorf Halt zu machen"*** („KVZ"-Extrablatt, 21.2.). Diese ebenso schlichten wie tiefgründigen Worte hätten zweifellos den Schlüssel zum Erfolg und zur Besetzung des Bauplatzes enthalten.

Das Rezept des KBW ist denkbar einfach: Im Roulette des Lebens setzt er stets auf Sieg. Unverdrossen trompetet er das herum. Das begann bei jenem mittlerweile legendär gewordenen Ausspruch ***„Die Junta hat ihr Ziel nicht erreicht"***, mit dem der KBW den faschistischen Putsch in Chile kommentierte, und hat sich seither bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit fortgesetzt – sei es die „Energiekrise" 1973/74, der § 88 a, der § 218, die Bundestagswahlen oder sonst was.

Es ist gut, solange sich der KBW mit derartigen Spinnereien nur selbst

oder sonst was.

Es ist gut, solange sich der KBW mit derartigen Spinnereien nur selbst

lächerlich und unmöglich macht. Es birgt aber Gefahren, wenn er sein Garn während einer Massenaktion spinnt. Dann muß man aufpassen, damit der Spinner nicht zum Provokateur werden kann.

Da schmunzelt der AKW-Gegner

Eine neue Version über den verratenen Sieg vom 19.2. verbreitet der KBW: „... *daß Opportunismus und Klassenversöhnung verhindert haben, daß Itzehoe aus einem Ort der Spaltung zu einem Stützpunkt für den Marsch auf Brokdorf wird. Weil die Spaltung in Itzehoe unwirksam gemacht werden konnte durch Zersetzung der revisionistischen Kundgebung. Daß der KB-Nord und die Gruppe Rote Fahne den Vormarsch vor den Polizeisperren zum Stoppen bringen konnten, weil das Problem in Itzehoe nicht gelöst war. Diese Klärung versuchen die Opportunisten um jeden Preis zu vermeiden"* („KVZ"-Beilage Hamburg-Unterelbe, 3.3.).

Hinter diesen zunächst orakelhaft anmutenden Ausführungen (sie werden im Text auch nicht näher erklärt!) steht die seit kurzem – mündlich – verbreitete Version des KBW, man hätte am 19.2. zuerst nach Itzehoe gehen müssen, dort die Kundgebung „zersetzen" und dann mit allen Mann zum Bauplatz rübermarschieren können. Dies sei aber vom „KB-Nord" verhindert worden. Fakt ist: In den Vorgesprächen sind wir immer dafür eingetreten, die Anfahrt auf jeden Fall durch Itzehoe zu machen. Abgelehnt wurde dies vom KBW, der Itzehoe unbedingt „weiträumig umfahren" wollte und dafür sogar einen Riesenumweg über Neumünster vorgeschlagen hatte. Aber jetzt, nach dem 19.2., haben offenbar die Narren das Wort.

Die „KPD/ML" hatte sich ein paar Tage vor dem 19.2. verpißt, weil sie in der Brokdorf-Aktion eine „Polizei-Falle" befürchtete. Nachträglich gibt dazu der Vorsitzende Ernst Aust u.a. folgendes zum Besten: *„Machen wir uns nichts vor – auch wenn es die Zirkelführer entrüstet von sich weisen werden – sie alle, ob KBW, GRF, KB Nord usw. haben nach dem Motto ‚Hannemann, geh du voran' darauf gewartet, daß sich die Partei an die Spitze des militanten Kampfes, des Angriffs auf den Bauplatz Brokdorf stellen würde. Auch die Polizei rechnete damit, wie aus ihrem Funkverkehr hervorging, in dem sie verzweifelt und verunsichert nach den Demonstranten mit der roten Fahne mit Hammer, Sichel und Gewehr suchte. Als dies nicht geschah, kapitulierten die ‚Helden', und nur der KBW wagte noch einen Durchbruchsversuch durch die Polizeikette, wobei sich GRF und KB Nord nicht entblödeten, den ‚Bullen' Hilfsdienste zu leisten, indem sie eine Sperrkette bildeten. Was unterscheidet sie eigentlich noch von den modernen Revisionisten?*

Es ist klar: Hätte die Partei gewollt, hätte sie sich an die Spitze der Dmonstration von Wilster gesetzt, nichts, auch keine GRF und kein KB Nord, hätte sie auf dem Weg zum Bauplatz Brokdorf aufhalten können" („Roter Morgen", 4.3.).



Und es gibt doch noch ehrliche Kapitalisten! ...

„Zuckerindustrie gegen öffentliche Diskussion über Karies". Unter dieser Überschrift berichtet die „Süddeutsche Zeitung", daß die „Arbeitsgemeinschaft Zucker" es abgelehnt hat, eine *„öffentliche Auseinandersetzung mit den Zahnärtzten über die kariesfördernde Wirkung des Zuckers"* aufzunehmen. Ein solcher Streit sei *„der Sache nicht dienlich"* („SZ", 29.12.76).

Wie aus informierten Kreisen zusätzlich bekannt wurde, ist die „Arbeitsgemeinschaft Zucker" mit dieser offenen Erklärung zum ersten Anwärter auf den Preis „ehrlichster Kapitalistenverband der BRD" geworden.

Ein Kenner dieser „Szene": *„Den Preis kann den Zuckerleuten höchstens noch die Elektrizitätswirtschaft streitig machen, wenn sie sich endlich durchringt, die öffentliche Diskussion über Atomenergie abzulehnen"*.

Man wird sehen!....

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Schulkampf von rechts: und auch die Kirchenfürsten holzen mit

Die Front reaktionärer „Schulkämpfer" gegen die Einführung der Kooperativen Schule („Koop" Schule) in Nordrhein-Westfalen (s. AK 99) hat nicht unerwartet Verstärkung erhalten: Jetzt sind auch die Kirchenfürsten mit dabei.

In einer gemeinsamen (!) Erklärung der katholischen Bischöfe von Münster und Paderborn und des Chefs der evangelischen Kirche in Westfalen wurde gegen die mit der Einführung der kooperativen Schule angeblich verbundene Abschaffung des Gymnasiums protestiert: *„Wir brauchen dieses Gymnasium, um den kulturellen und technischen Standard unseres Volkes zu halten"* („Welt", 26.2.77).

Unter „Standard-Halten" ist wohl gemeint, daß an Gymnasien weiterhin eine Elite ausgebildet werden kann, die später z.B. als reaktionäre Kirchenfürsten tätig werden können. Und so wird ein düsteres Bild dessen gemalt, was übrigbleibt, wenn das herkömmliche Gymnasium in eine Kooperative Schule überführt wird, nämlich ein Gymnasium, *„dem man bildlich gesprochen, die Beine ausgerissen, den Kopf abgeschlagen und das man beim Rest halbiert, gedrittelt oder geviertellt hat"* („Welt", 26.2.77).

Da hat der Herr Bischof wohl aus seinem Handbuch der Inquisition abgeschrieben!

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg

Gericht entschied gegen Kinder

In Lüneburg entschied das Ver- Weise äußert sich der Rechtsanwalt: *dienen nicht dem Wohnen. Zwar*

Gericht entschied gegen Kinder

In Lüneburg entschied das Verwaltungsgericht: behinderte Kinder gehören nicht in ein reines Wohngebiet!

Besitzer von 4 Bungalows haben Klage dagegen erhoben, daß eine Tagesstätte für 15 behinderte Kinder in ihrer Nachbarschaft ist. Ein Bewohner (laut „Bild" vom 2.3.): *Kann ich mich denn noch in meinen Garten setzen und mich sonnen, solange D I E da sind "*. In ähnlicher Weise äußert sich der Rechtsanwalt: *„Die Kläger haben sich dort Einfamilienhäuser gebaut und durften darauf vertrauen, daß keines der Häuser zweckentfremdet (!) wurde"* (laut „LZ" vom 1.3.).

Das Verwaltungsgericht hob daraufhin die Baugenemigung wieder auf! Die 15 Kinder müssen nun also wieder umziehen! Begründung von Richter Rathesmann (laut „LZ" vom 1.3.): *„Kindertagesstätten dienen nicht dem Wohnen. Zwar erfordere das öffentliche Interesse eine derartige Tagesstätte, aber nicht zwingend an dieser Stelle"*.

Zwar hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, die für die Beibehaltung 12.000 Unterschriften gesammelt hat, aber das Gericht hat (natürlich) die Interessen von 4 Bungalowbesitzern vertreten!

KB-Gruppe Lüneburg

Staatsmedaille für Kindersegen

Die Staatsmedaille für besondere Verdienste um die bayerische Landwirtschaft nahm Karolina Stangl, Mutter von 18 Kindern, in München von Landwirtschaftsminister Dr. Hans Eisenmann entgegen („Südd. Zeitung", 30.11.76).

Wem kommen da nicht Erinnerungen an den „Mutterschaftsorden", der in jenen braunen Zeiten an besonders fruchtbare Frauen verliehen wurde? Der Vergleich ist erlaubt, denn wenn auch heute kein Faschismus in der BRD herrscht, so steckt dahinter doch dasselbe Gedankengut: die Frau sei vollwertig nur in der Mutterrolle, die Frau finde nur in der Familie ihre wahre Bestimmung und Anerkennung (wie man sieht).

Diese Richtung ist reaktionär und abzulehnen, da sie allen Forderungen nach Gleichberechtigung der Frau entgegensteht. Außerdem kann diese „geehrte Ausnahme" nicht darüber hinwegtäuschen, daß Kindererziehung, obwohl sie eine gesellschaftliche Notwendigkeit ist, vom Staat der einzelnen Frau und Mutter aufgehalst wird, was wiederum zur besonderen gesellschaftlichen Benachteiligung der Frauen beiträgt – allen schönen Reden zum Trotz.

KB-Frauen/Gruppe Bremerhaven

Spendenliste

Wie üblich, veröffentlichen wir hier die laufenden, in den letzten zwei Wochen eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen. Diese Veröffentlichung schließt an diejenige im letzten ARBEITERKAMPF an.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklassen und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können.

Die regelmäßige Veröffentlichung der eingegangenen Spenden soll der Kontrolle der Spender und Empfänger dienen. Wir werden alle Spenden ohne jeden Abzug weiterleiten.

Für PFLP, Palästina

ÖTV-Bereich, KB/Gruppe HH	40,00
BO Wandsbek, KB/Gruppe HH	5,00
Nahost-Veranstaltung Kiel	477,20
H.J.B., Westberlin	100,00
Nahost-Veranstaltung Darmstadt	150,00
Nahost-Veranstaltung Bremen	1.742,00
Nahost-Veranstaltung Köln	391,00
BO Bergedorf	76,00
Kollegin aus der Gesamt-Schullehrergruppe	50,00
KB-Sympathisanten in HH-Steilshoop	60,00
Arbeiterbuch-Sammlung	120,00
Summe	3.211,20

Damit erhöht sich unser Spendenergebnis für die PFLP auf 115.873,07

Für MIR, Chile

KB/Gruppe Hannover	71,65
Wohngemeinschaft Schweinau	15,00
H.H., Hamburg	325,00
W.B., Hamburg	3.000,00
KB Frauengruppe Darmstadt	47,00
Zwei Genossen aus Nürnberg	32,50
Summe	3.491,15

Damit erhöht sich unser Spendenergebnis für MIR auf DM 284.337,42

Für MPLA, Angola

AStA Universität Göttingen	1.190,00

Damit erhöht sich unser Spendenergebnis für die MPLA auf DM 148.726,03

Für DVR Vietnam

„Rappelkiste", Spende Sylvester-Fete	22,41

Für SWAPO, Namibia

SSB Jura, Hamburg/ Anti-Nestle-Aktion	46,31

Damit erhöht sich unser Spendenergebnis für die SWAPO auf DM 4.689,80

Für EPRP, Äthiopien

G.T., Göttingen	100,00

Für MES, Portugal

KB/Gruppe Hannover	33,94

Damit erhöht sich unser Spendenergebnis für MES auf DM 76.658,05

Für ZANU, Zimbabwe

Arbeiterbuch Hamburg, Sammlung	10,00
Verlag Arbeiterkampf/ Verkauf von 3.000 Broschüren „Schlacht um Zimbabwe"	3.000,00
Summe	3.010,00

Damit erhöht sich unser Spendenergebnis für ZANU auf DM 29.337,66

Für Frente Polisario, West-Sahara

Arbeiterbuch HH, Sammlung	10,00
R.C., Osnabrück	40,00
Frauengruppe Biologie/Uni HH Nestle-Veranstaltung, 26.1.77, Audimax	135,50
B.B., Westberlin	400,00
K.-P. F., Holzminden	6.00
Westsahara-Material, Bremen	51,00
Summe	642,50

Damit erhöht sich unser Spendenergebnis für Frente Polisario auf DM 26.110,36



Paket-Angebot zu den Auseinandersetzungen in China
10 Ausgaben des ARBEITERKAMPF, 2 Broschüren: „Die chinesische Kulturrevolution" und „Zur Außenpolitik der VR China", 1 Bildposter.



Fälscher am Werk





Das obere Bild zeigt einen Ausschnitt von den Trauerfeierlichkeiten für Mao Tse-tung im September 1976. Das Bild stammt aus der Nr. 11/1976 von „China im Bild". Im unteren

Das Bild stammt aus der Nr. 11/1976 von „China im Bild". Im unteren

Bild ist dieselbe Szene zu sehen, diesmal aus der „Roten Fahne" der „KPD" vom 22.9.76. Der Vergleich zeigt, daß im oberen Bild insgesamt vier Personen mehr oder weniger dezent wegretuschiert wurden, nämlich Yao Wen-yüan (in der kleinen Lücke links) sowie Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao und Djiang-Tjing in der große Lücke rechts.

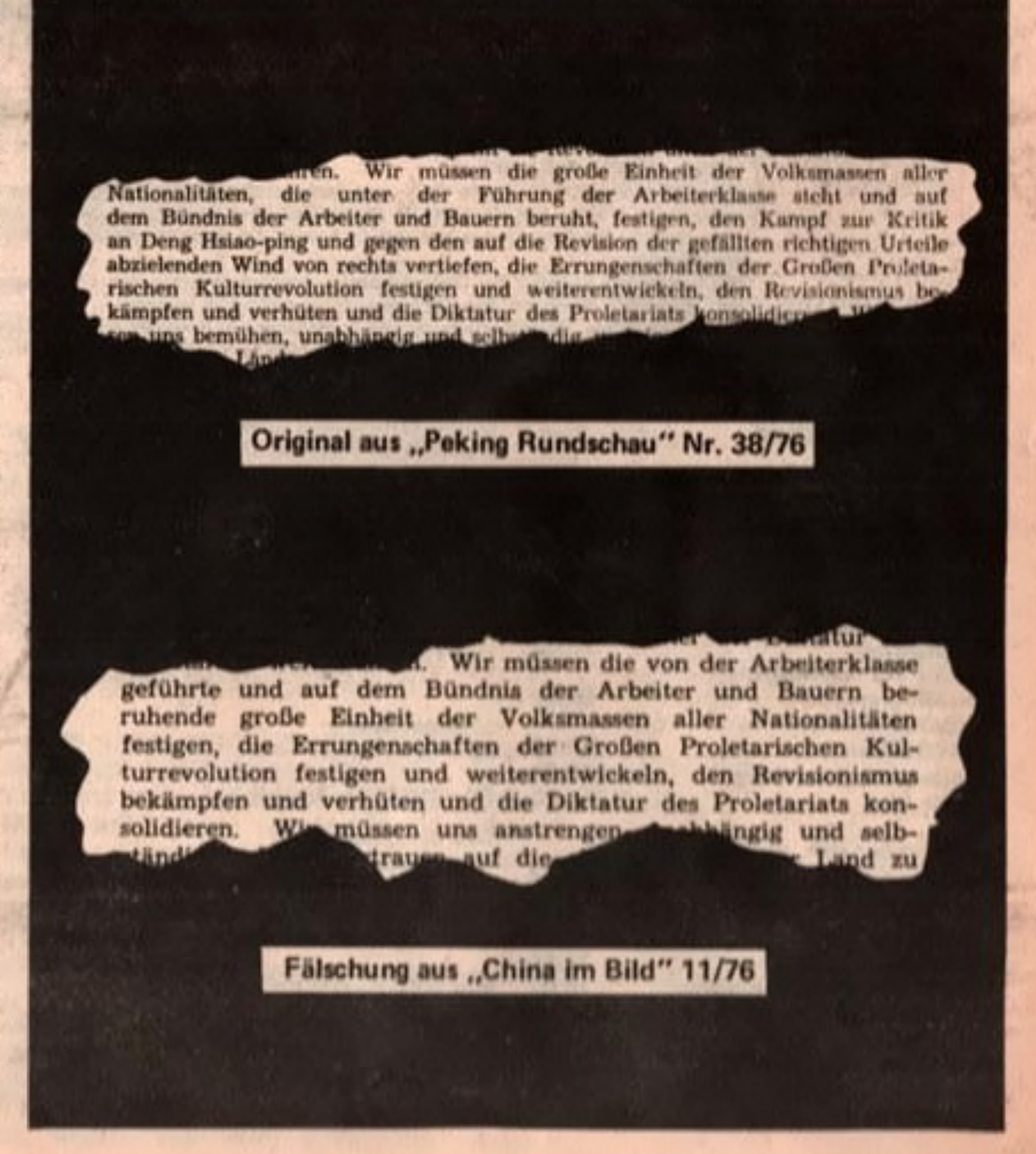
Dieses Verfahren stammt ursprünglich aus der Antike: So wurden z.B. im „alten Rom" die Portraits und Namen von in Ungnade gefallenen Personen aus den Reliefs nachträglich weggemeißelt, als ob es sie nie gegeben hätte. Schon in Ägypten wurde diese Art der Geschichtsbewältigung praktiziert. Was diese Methode allerdings mit dem wissenschaftlichen (!) Sozialismus und einer ernsthaften politisch-theoretischen Auseinandersetzung zu tun hat, ist uns ein Rätsel.

Politisch noch bedenklicher, dafür aber um einiges aufschlußreicher, ist die von den gegenwärtigen chinesischen Machthabern vorgenommene Manipulation an der Rede, die Hua Guo-feng auf der Trauerkundgebung für Mao Tse-tung im September 1976 in Peking gehalten hat.

War in der seinerzeit von Hua gehaltenen tatsächlichen Ansprache noch von der Notwendigkeit die Rede, „den Kampf zur Kritik an Deng Hsiao-ping und gegen den auf die Revision der gefällten richtigen Urteile abzielenden Wind von rechts (zu) vertiefen" und wurde darin der Reaktionär Teng noch mehrmals namentlich (zusammen mit Liu Schao-tschi und Lin Biao) als Revisionist, Konterrevolutionär und ein den kapitalistischen Weg gehender Machthaber angegriffen (nachzulesen in der „Peking Rundschau" Nr. 38/76, S. 12 ff), so wird man in der erst jetzt vorliegenden „China im Bild" vom Oktober 1976 genau **diese** Passage und den Namen Deng Hsiao-ping vergeblich suchen.

Diese ungeheuerliche **Fälschung** bringt noch einmal mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß die noch im letzten Jahr in China geführte Massenkampagne gegen Deng und den „Wind von rechts" von den jetzigen Machthabern abgeblasen wurde – und daß die Hua-Clique nicht mal mehr an ihren verbalen „Kampf" gegen die den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber erinnert werden möchte.

Warum wohl?...



...en. Wir müssen die große Einheit der Volksmassen aller Nationalitäten, die unter der Führung der Arbeiterklasse steht und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht, festigen, den Kampf zur Kritik an Deng Hsiao-ping und gegen den auf die Revision der gefällten richtigen Urteile abzielenden Wind von rechts vertiefen, die Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution festigen und weiterentwickeln, den Revisionismus bekämpfen und verhüten und die Diktatur des Proletariats konsolidieren. ... uns bemühen, unabhängig und selb... die ...

Original aus „Peking Rundschau" Nr. 38/76

...n. Wir müssen die von der Arbeiterklasse geführte und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruhende große Einheit der Volksmassen aller Nationalitäten festigen, die Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution festigen und weiterentwickeln, den Revisionismus bekämpfen und verhüten und die Diktatur des Proletariats konsolidieren. Wi... müssen uns anstrengen, ...hängig und selbständi... ...trauen auf die ... Land zu

Fälschung aus „China im Bild" 11/76



Vorwärts und nicht vergessen die

SOLIDARITÄT EXTRA

SOZIALISTISCHE STUDENTENZEITUNG

Habt keine Angst, Unruhe zu schaffen

Freund und Feind sind sich einig – so viel Unruhe wie in diesem Semester hat es seit den sechziger Jahren, der Blütezeit der Studentenbewegung, nicht mehr gegeben. Während sich die einen den Kopf darüber zerbrechen, wie man diese Bewegung wieder so in den Griff kriegen kann, daß *„sie diese Studentengeneration (nicht) erneut verlieren"* („Tagesspiegel", 10.12.), stellt sich den fortschrittlichen Studenten die Frage, wie es weitergehen soll.

Wenn heute in der bürgerlichen Presse und auch von manchen Linken die Vision einer „neuen APO" gezeichnet wird, dann ist daran sicher soviel richtig, daß an einigen Hochschulen (Westberlin, Tübingen, Göttingen, Hamburg) teilweise lange vergessene Aktionsformen der „alten" Studentenbewegung wieder neu entdeckt wurden. Allerdings hat die „neue" Studentenbewegung heute noch nicht die Breite und die Radikalität der sechziger Jahre erreicht. Soll aber tatsächlich die Chance genutzt werden, zu vergleichbaren politischen Erfolgen zu kommen wie die Studentenbewegung der sechziger Jahre, so setzt dies eine intensive Auseinandersetzung innerhalb der Linken um die Erfahrungen, die in den jetzigen Kämpfen gemacht worden sind und den Fehlern der Vergangenheit, voraus.

Streik als höchste Kampfform?

Streik als höchste Kampfform?

Zu Beginn steht die Frage, was denn so „neu" an dieser Studentenbewegung ist. Sicherlich ist dies einmal die Breite, mit der sich in den vergangenen Wochen an Streiks u.ä. Aktionen beteiligt wurde. Aber allein dies kann es nicht sein, was die reaktionären Kräfte so aufschreckt. Denn diese Aktionsform, der organisierte Boykott von Lehrveranstaltungen, kann sicherlich keinen Druck auf die Herrschenden ausüben, denn, wie der Hamburger Kultussenator Biallas dies ausdrückt, es besteht sowieso kein Vorlesungszwang und zum anderen kann den Kapitalisten durch den studentischen Streik nicht einmal materieller Schaden zugefügt werden.

Es hat sich allerdings in der Studentenbewegung eingebürgert, das Mittel des Streiks als die höchste Kampfform überhaupt zu betrachten – mit dem „bundesweiten", möglichst „unbefristeten" Streik als ultima ratio. Darüber, was ein Streik eigentlich bringen soll, gibt es sehr unterschiedliche Ansichten.

Eine sehr einfache findet sich beim KBW. *„Streik bis zur Erfüllung unserer Forderungen", „bundesweiter Streik, bis das Geld da ist", „Besetzung des OSI, bis Christoph und Peter frei sind"* schreibt z.B. die Westberliner „KHZ". Wieso es eigentlich möglich sein soll, mit Streiks an den Hochschulen die Durchsetzung bestimmter Forderungen zu e r z w i n g e n , wird vom KBW nirgends bewiesen, dafür um so häufiger schlicht behauptet oder gar als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. Wehe dem, der dies anzuzweifeln wagt – er ist auf „Unterwerfung unter den bürgerlichen Staat" aus.

In dieser Frage teilen wir den Standpunkt der SAK-Jura Westberlin, einer Sponti-Gruppe: *„Um das hier mal klar zu sagen, der ein, zwei, drei oder auch vierwöchige Streik schafft dem Rothe und auch nicht dem Bauer* (Germanistik-Profs – Anm. SOLIDARITÄT) *die politische Überprüfung vom Hals. Er hat in der bisher praktizierten From lediglich demonstrativen Charakter und kann von daher den politischen Senat zu nichts zwingen. Demonstrative Streikformen kann der Senat in sein Kalkül mit aufnehmen"* (Flugblatt der SAK-Jur, zitiert nach BUG-Info 134).

Andererseits beschränkt das SAK-Jur den Streik auf die Rolle eines *„Vehikel zur Initiierung permanenter Diskussionsprozesse zur qualitatiten Veränderung des Studiums"* (ebenda). Soweit dies die Politisierung der Studentenbewegung einschließt, ist es sicher eine Seite der Streiks, die den Herrschenden unangenehm ist.

Aber noch können sich die Hochschulpolitiker in Staat und Unibürokratie darauf verlassen, daß die Streiks Antworten auf irgendwelche Schweinereien ihrerseits gewesen sind und darüber auch kaum hinausgehen. Anlässe der Streiks waren immer konkrete Angriffe, seien es die Ersatzgelder in Tübingen, die LHG-Entwürfe, Angriffe auf die Verfaßte Studentenschaft und ihr Politisches Mandat, Berufsverbote und andere Formen politischer Disziplinierung – jedesmal richteten sich die Streiks mit bestimmten Forderungen gegen solche Schweinereien, nahmen höchstens noch gegen den Streik gerichtete Provokationen auf (Raumverbote, Geldstrafen, Bulleneinsätze in Tübingen – Verhaftungen in Westberlin), um sich daran weiter zu verbreitern. Sicher ist es ein großer Fortschritt, wenn im Kampf gegen die Berufsverbote der Boden der Resolution und der gelegentlichen Diskussionsveranstaltung verlassen wird, und die Unis

bote der Boden der Resolution und der gelegentlichen Diskussionsveranstaltung verlassen wird, und die Unis

aus Protest lahmgelegt werden. Aber auch der militanteste Streik gegen Berufsverbote oder sonst irgendwelche Angriffe wird nur eine begrenzte Zeit laufen.

Alle Erfahrungen mit studentischen Streiks der letzten Semester zeigen, daß nach einer breiten Bewegung jedesmal wieder der graue Alltag angebrochen ist, und die Linken auf den nächsten Angriff gewartet haben. Gewartet, bis die Stimmung unter den Studenten mal wieder so ist, daß ein Streik oder eine große Demonstration „in der Luft lag".

So geschieht es, daß an Hochschulen wie z.B. der Uni Tübingen, an der noch im Oktober und November eine der heftigsten Auseinandersetzungen an den westdeutschen Hochschulen insgesamt lief, heute von einem Teil der Basisgruppen die Meinung vertreten wird, die Luft sei raus, es gäbe keine Möglichkeiten für Aktionen mehr. Und dies wird ausdrücklich noch damit begründet, daß die Repressalien der Unibürokratie sich verschärft hätten. Gerade umgekehrt hatten die Tübinger allerdings die Erfahrung gemacht, daß die Ausweitung der Kämpfe gerade in der Solidarisierung gegen die Repressionen, die gegen die Ersatzgeldboykotteure angewandt wurden, bestand. Worin unterscheidet sich ein solches Vorgehen noch von der „gewerkschaftlichen Orientierung"? Doch lediglich in der Radikalität einer einzigen Aktion, während danach in der gleichen Weise vor den weiteren Angriffen zurückgewichen wird, aufs nächste Semester orientiert wird usw.

Solche einmaligen Aktionen können vom Gegner genauso ins Kalkül einbezogen werden, wie „Aktions"-tage o.ä. Was sollte auch an einem einmaligen Boykott der Lehrveranstaltungen, auch wenn dieser von einer großen Mehrheit getragen wird, so beunruhigend sein? Wenn daran der Erfolg zu messen wäre, dann war der Streik an der Bremer Uni sicher der „erfolgreichste", denn dort blieben Studenten und Hochschullehrer sogar ohne Streikposten weg. Aber nicht der Bremer Streik hat die Presse gefüllt – denn politisch hat sich in Bremen durch diesen Streik nichts getan.

„Wir sind eine kleine radikale Minderheit"

Wirklich beunruhigt wurden die Herrschenden und ihre Presseorgane erst, wenn die Studenten von der Form der Demonstration übergingen zu direkten Angriffen auf Institutionen, reaktionäre Professoren usw.

– als die Studenten Lämmert „besuchen" wollten, um von ihm die Beendigung der Polizeieinsätze zu fordern, er sich verleugnen und die Türen abschließen ließ, verschafften sich die Studenten eben Einlaß und demonstrierten damit ihren Willen zum Widerstand gegen die Polizeieinsätze weit nachdrücklicher, als dies durch tausend Resolutionen möglich gewesen wäre

– die Besetzung der Kirche in Westberlin im Anschluß an die Solidaritätsdemonstration mit den beiden Verhafteten, getragen von einer kleinen Minderheit von 200 der 6.000 Demonstranten, hat zu einer Verstärkung der Solidarität und der Öffentlichkeit mehr beigetragen als die meisten anderen Aktionen zusammen

– die Sprengung der Medizinerveranstaltungen durch Kommilitonen aller Fachbereiche trotz der brutalen Polizeieinsätze bildeten den Höhepunkt des FU-Streiks.

Alle diese Aktionen wurden zunächst nur von einer Minderheit getragen, hätte man sie auf einer Vollversammlung vorher zur Abstimmung

nächst nur von einer Minderheit getragen, hätte man sie auf einer Vollversammlung vorher zur Abstimmung

gestellt, wären sie wahrscheinlich abgelehnt worden. Erst im nachhinein solidarisierten sich viele Studenten damit.

In Göttingen wurde so z.B. noch auf der Vollversammlung, die den Streik beschloß, von der Mehrheit eine Diskussion darüber abgelehnt, ob der Streik militant durch Vorlesungssprenungen durchgesetzt werden sollte. Gerade solche Aktionen führten dann aber hauptsächlich zu einer immer zahlreicheren Beteiligung an direkten Auseinandersetzungen mit den Reaktionären an der Uni. Auch in Tübingen hatte eine Vollversammlung noch die Schließung der Rückmeldestelle durch die Studenten abgelehnt. Als diese dann von einer anfangs kleinen Gruppe trotzdem durchgeführt wurde, entzündete sich gerade an dem Vorgehen gegen diese Studenten der gesamte Konflikt. Dennoch ist auch bei Spontis immer wieder sehr stark die Tendenz vorhanden, auf Streikbeschlüsse zu warten, anstatt mit konkreten Widerstandsaktionen zu versuchen, die Diskussion in die Studentenschaft hineinzutragen und so zu einer breiten Mobilisierung zu kommen.

Natürlich wird dies zu Auseinandersetzungen innerhalb der Studentenschaft führen, aber diese Widersprüche sind ohnehin vorhanden und die Linken müssen dafür sorgen, daß sie ausgetragen werden. Ebensowenig wie die Studenten insgesamt mit Widerstandsaktionen warten können, bis die Mehrheit der Bevölkerung damit einverstanden ist, können diejenigen innerhalb der Universität, die bereit sind, den Kampf aufzunehmen gegen reaktionäre Professoren, gegen Gremienbeschlüsse zu Lasten der Studenten etc. mit Widerstandsaktionen warten, bis Urabstimmungen oder Vollversammlungen Streiks oder ähnliches beschlossen haben.

Die Parole „wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt" kann doch richtig verstanden nur bedeuten, daß der Widerstand etwas alltägliches wird, und nicht an bestimmte eigens dafür eingerichtete Tage und Wochen gebunden ist.

Das können wir auch aus den besten Zeiten der Studentenbewegung der sechziger Jahre lernen. Dort hat es nie Streiks oder „Aktionstage" gegeben und dennoch wurden Widerstandformen entwickelt, die denen der heutigen Zeit an Schärfe in nichts nachstehen, eher im Gegenteil. Häufig genug standen die Aktiven des SDS anfangs in der Minderheit, ohne sich davon abbrigen zu lassen, mit dem Kampf anzufangen.

Widersprüche verschärfen

Erklärtes Ziel der Herrschenden nach den Unruhen der sechziger Jahre war die „Befriedigung der Universitäten", die „Entpolitisierung" und „-ideologisierung". Damit war schon zu dem damaligen Zeitpunkt nicht in erster Linie gemeint, daß keinerlei Flugblätter mehr erscheinen sollten, keine politischen Veranstaltungen mehr abgehalten werden sollten oder ähnliches. Dies wäre ein zu hoch gestecktes Ziel gewesen. Die Gefahr, die in der damaligen Zeit von den Universitäten ausging, war vielmehr, daß es innerhalb der Studentenschaft einen ständigen Diskussions- und Politisierungsprozeß gegeben hat, der sich ständig in Angriffen auf die reaktionären Zustände an den Hochschulen äußerte. Gut können wir uns noch an das Gejammer vieler Reaktionäre erinnern, daß sie es gar nicht mehr wagen könnten, ihre Interessen an den Unis durchzusetzen, ohne sofort auf massive Gegenaktionen zu stoßen. Diese Unruhe meinten die Herrschenden beendet zu haben, wenn in ihrer Presse zu lesen war

Herrschenden beendet zu haben, wenn in ihrer Presse zu lesen war

„die Studentenbewegung ist tot". Daß diese Unruhe heute wieder auflebt, darin sehen sie denn auch die Hauptgefahren der augenblicklichen Bewegung.

Das setzt allerdings voraus, daß die Linke innerhalb der Studentenbewegung offensiver als bisher vorgeht. Eines der tödlichsten Dinge in den bisherigen Aktionen war, sich an einem Konflikt mit möglichst einer Forderung, von deren Erfüllung Sieg oder Niederlage abhingen, festzuklammern. Diese Strategie hat in der Regel immer dazu geführt, daß nach einem gewissen Zeitraum tatsächlich die Luft raus war. Entweder durch das schlichte „Aushungern" dieser Bewegungen, indem vom Staatsapparat überhaupt nicht reagiert wurde, oder durch gewisse Zugeständnisse, oder aber dadurch, daß an dieser einen Frage die Kraftprobe nicht weiter vorangetrieben werden konnte.

Die westberliner Aktionen dagegen haben insbesondere davon gelebt, daß nicht allein die Frage der Berufsverbote im Mittelpunkt stand, daß dies nur der Ausgangspunkt gewesen ist, von wo aus sehr schnell zu anderen Konfliktpunkten übergegangen wurde. So in der Solidaritätsbewegung mit Christoph und Peter, so die Angriffe auf Lämmert, die Auseinandersetzungen um den Medizinbereich usw.

Offensiveres Vorgehen in diesem Zusammenhang heißt, diese ständig bestehenden Konflikte bewußt aufzunehmen, von den Studenten her anzugreifen und nicht solange zu warten, bis die Unibürokratie oder andere einen Anlaß dazu bieten.

Die Frage, die sich die Linke stellen muß, ist, wie wir es schaffen, durch die Aktionen den politischen Druck so zu verstärken, daß der Gegner auch bereit ist, bestimmte Zugeständnisse zu machen.

Dies wird sicherlich nicht dadurch erreicht, daß die Aktionen vom Wohlwollen möglicher Bündnispartner abhängig gemacht werden. Ganz im Gegenteil. Nur wenn wir die Widersprüche ins gegnerische Lager selbst hineintragen, lassen sich auch Erfolge erzielen. So hatte die Kirchenbesetzung in Westberlin gerade die Wirkung, daß im bürgerlichen Lager die Diskussion darum entbrannte, wie darauf reagiert werden sollte. Polizeieinsatz schrien die einen – Vorsicht die anderen, weil sie befürchteten, die Bewegung dadurch noch weiter zu radikalisieren. Plötzlich gibt es in breiten Teilen des bürgerlichen Lagers wieder Stimmen, die den Protest ja im „Grunde berechtigt" finden. Dies wäre undenkbar ohne die radikalen Aktionen – einhellig wäre von allen der Protest gar nicht erst wahrgenommen worden.

Die Perspektive – „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt"

Eine der wichtigsten Fragen, die die Linke nach den bisher gelaufenen Aktionen bewegt, ist die nach der Perspektive der universitären Kämpfe. In der richtigen Erkenntnis, daß diese Kämpfe noch weitgehend isoliert sind von den übrigen Teilen der Bevölkerung und die Studentenbewegung sicherlich nicht die Kraft ist, die grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen wird, wird dies allerdings oft auf die bange Frage reduziert, was das ganze bringt.

Diese Unsicherheit nun nutzen die Reformisten und Revisionisten, um die politischen Kämpfe der Studentenschaft abzuschwächen. Sie sehen nicht in der politischen Zuspitzung der Konfrontation an der Universität die Aufgabe, sondern machen die Aktionen vom Wohlwollen möglicher Bündnispartner abhängig. Mit dieser

die Aufgabe, sondern machen die Aktionen vom Wohlwollen möglicher Bündnispartner abhängig. Mit dieser

Orientierung haben sie es zeitweise geschafft, große Teile der Studentenbewegung auf den „Sozialkampf" zu orientieren, immer mit dem Versprechen, damit könne die Unterstützung der Arbeiterbewegung, was bei ihnen gleichgesetzt wird mit der Zustimmung der DGB-Führung, gewonnen werden. Faktisch sieht es heute allerdings so aus, daß die Studetenbewegung trotz ihrer Beschränkung keinen Schritt weiter aus der Isolierung herausgekommen ist, als in den sechziger Jahren. Denn eine wirkliche Unterstützung von der Arbeiterbewegung hat sie nie bekommen, was beim gegenwärtgen Stand auch nicht zu erwarten ist. Im Gegenteil kann man sogar davon sprechen, daß nie so wenig über die Studentenbewegung gesprochen, geschrieben und diskutiert wurde, wie gerade in den siebziger Jahren, d.h. gerade durch diese Orientierung ist die Studentenbewegung als politischer Faktor nach außen hin kaum in Erscheinung getreten. Die Frage des Bündnisses mit anderen gesellschaftlichen Bereichen und dabei insbesondere mit der Arbeiterklasse zu diskutieren, kann für uns heute nur heißen, den politischen Kampf im eigenen Bereich voranzutreiben, um dadurch die Diskussionen auch in andere Bereiche hineinzutragen, niemals jedoch, die eigene politische Entwicklung zu stoppen, bis die „Bündnispartner" nachgezogen haben. Hieraus werden sich in bestimmten Situationen auch die Gelegenheiten entwickeln, bei denen es konkret möglich ist, zu gemeinsam getragenen Aktionen zu kommen. Erinnert werden soll in diesem Zusammenhang an die Bedeutung, die die Studentenbewegung der sechziger Jahre gerade für die Entwicklung der Bewegung unter Schülern und Lehrlingen hatte.

Parallel zu dieser Zielsetzung nach außen wurde innerhalb der Studentenschaft allein auf die Breite orientiert. Systematisch wurde die Linie hineingetragen, den kleinsten gemeinsamen Nenner a l l e r Studenten zu finden. Dies mußte notwendigerweise dazu führen, daß die Aktionen und die politischen Inhalte von den rückständigsten Teilen bestimmt wurden, was objektiv den Entpolitisierungsbestrebungen der Bourgeoisie entgegen-

kam. Heute dagegen können wir zum zweiten Mal nach den sechziger Jahren feststellen, daß hiermit keineswegs die erhoffte Verbreiterung der politischen Bewegung erreicht wird.

Eine weitere wichtige Strömung ist die, die jetzt ihr Hauptanliegen darin sieht, die Seminarstrukturen zu ändern – kurz gesagt: eine kritische Universität aufzubauen.

Richtig ist hieran, daß der Widerstand gegen die politische Unterdrükkung nicht stehenbleiben darf bei Fragen wie Berufsverboten usw., sondern sich ebenso gegen den alltäglichen Terror im Studium wenden muß. Allerdings ist diese Orientierung gleichzeitig verbunden mit der Argumentation, daß die offenen Aktionen nichts bringen würden oder zumindest nicht länger durchzuhalten seien. Hier verkehrt sich der Anspruch in sein Gegenteil. Denn wie will man eine kritische Universität aufbauen, ohne die bestehenden Strukturen und politischen Machtverhältnisse immer wieder offen anzugreifen? Auch das Ende der Studentenrevolte wurde mit einer solchen Perspektive eingeläutet. Zu tausenden strömten Studenten damals in kritische Seminare, womit die Illusion verbunden wurde, angefangen bei Kapitalschulungen, dadurch den politischen Kampf fortsetzen zu können. Die Ergebnisse sprechen heute eindeutig gegen diese Orientierung, denn was ist aus den damaligen Ansätzen eines „sozialistischen" oder „antikapitalistischen" Studiums geworden?

Auch wir halten es für dringend erforderlich, die Perspektive der weiteren Studentenbewegung zu diskutieren. Für gefährlich halten wir es nur, wenn diese Diskussionen dazu benutzt werden, von der konkreten Auseinandersetzung an den Hochschulen abzulenken, zugunsten einer abgehobenen Seminardiskussion, die zu keinerlei Handeln verpflichtet.

Noch wird in der bürgerlichen Presse versucht, die studentischen Aktionen herunterzuspielen. Systematisch wird versucht, den Protest auf die sozialen Belange zu beschränken. Gleichzeitig erheben sich aber auch schon warnende Stimmen, die darauf hinweisen, daß sich „kein Anlaß für die momentane Unruhe kurzfristig beheben läßt", daß „kein verantwortlicher Politiker ein Rezept gegen die Unzufriedenheit weiß" („Die Zeit", 10.12.76). Schon zu Beginn des vergangenen Jahres hatte der Hamburger Kultussenator die bange Frage gestellt: „Kommen jetzt die heißen Sommer?" Gleichzeitig wies er selbst aber schon darauf hin, daß die Gefahr nicht von einzelnen Aktionen ausgeht, sondern davon, daß in diesem Protest die Ablehnung des gesamten politischen Systems wachsen könnte, daß der Protest gegen einzelne Maßnahmen und Mißstände sich verbinden könnte mit einer grundsätzlichen antikapitalistischen Haltung unter breiten Teilen der Studentenschaft, wie dies auch Ergebnis der Studentenrevolte gewesen ist.

Diese Angst sollte in den kommenden Wochen und Monaten geschürt werden. Der Unmut ist heute unter den Studenten so groß, daß die Bereitschaft da ist, verhaßte Institutionen und Reaktionäre direkt anzugreifen, und dies nicht einmal pro Semester, sondern ständig. Die Linken sollten so im Sinne Mao's handeln: „Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn es nicht gestoßen wird."

Aufruf des AStA Göttingen

Wie in Westberlin und Tübingen, Hamburg, Bremen und Bochum ist es auch an der Uni Göttingen im Dezember zu einem viertägigen Streik gekommen; an der PH Göttingen wurde ein zweitägiger Warnstreik gegen Angriffe auf die verfaßte Studentenschaft durchgeführt. An den Uni-VVs nahmen 2.000 -3.000 Kommilitonen teil, 80% aller Lehrveranstaltungen fielen erzwungenermaßen aus. Den Höhepunkt unserer Aktionen bildete eine Demonstration (Uni und PH) von über 7.000 Studenten (das sind etwa ein Drittel aller Studierenden).

Der erfolgreiche Streik ist u.E. deshalb zustandegekommen, weil nach Seminardiskussion und -abstimmungen über den Streik der Weg wirklicher Kampfmaßnahmen beschritten wurde. Im Gegensatz zu den vds - „Streik- und Aktionstagen", die sich in papiernen Resolutionen, Diskussionen in Lehrveranstaltungen etc. ohne praktische Konsequenz erschöpfen, bedeutete für uns der Streik: Lahmlegung des Lehrbetriebes, teilweise Besetzung von Gebäuden, tatkräftige Unterstützung der streikenden Kommilitonen in weniger Kampfstarken Bereichen (Jura, WiWi) bei der Verhinderung von Streikbrecherveranstaltungen und Organisierung eines eigenen politischen Programms.

Das kompromißlose Durchsetzen des Streiks gegen die Provokationen und Drohungen mit Strafanzeigen von Seiten reaktionärer Profs und des RCDS hat eine breite Mobilisierung bewirkt, durch die auch Bereiche in den aktiven Streik einbezogen wurden, die anfangs als „noch nicht so streikbereit" gegolten hatten.

In Göttingen waren das geplante Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG), Polizeieinsätze und „Ordnungs"rechtsmaßnahmen die Ausgangspunkte des Streiks. Während des Streiks wurden darüber hinaus allgemeinpolitische Fragen diskutiert.

Die Diskussion mit Rechtsanwalt Groenewold über „Politische Justiz in der BRD" und Veranstaltungen gegen den Bau von Atomkraftwerken (Brokdorf!) waren ebenso Inhalte des Streiks wie der Protest gegen die weitere Formierung der Hochschulen durch das geplante NHG.

Die Vielfalt und Breite der politischen Diskussion, die Solidarität und die Entfaltung von Eigeninitiativen der Streikenden, die sich nicht auf sog. „studentische Belange" beschränkt haben, bilden für uns die wesentlichste Erfahrung des Streiks und den Ansatzpunkt, an dem wir weiter machen werden.

In der Auseinandersetzung mit der politischen Repression in diesem Land sehen wir auch Gemeinsamkeiten mit den Kämpfen an anderen Hochschulen.

Ob in Westberlin gegen Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei oder in Tübingen gegen die Ersatzgelder und den brutalen Polizeieinsatz, ob in Bochum gegen die Liquidierung der Rechte oder in Göttingen und Hamburg gegen reaktionäre Hochschulgesetze gestreikt wurde – überall standen politische Fragen im Mittelpunkt. Trotz der unterscheidlichen Ansätze dieser Streiks ist es *diese Gemeinsamkeit*, die es möglich und notwendig macht, unsere Anstrengungen zur gemeinsamen Weiterführung oder Aufnahme von Streikaktionen noch in diesem Semester zu erhöhen, um die vielfach noch spontane Orientierung des Widerstandes politisch zu festigen und zu vereinheitlichen.

Die Erfahrungen dieser Streiks zeigen, daß heute die *Möglichkeiten* für eine Ausweitung und Politisierung der Kämpfe der demokratischen Studenten bedeutend günstiger sind. Dies gilt u.E. auch für Hochschulen, an denen bislang noch nicht gestreikt wurde oder die von der ewig-öden Politik der vds - „Aktionstage" beherrscht werden.

Es liegt in jedem Fall bei den demokratischen Studenten und der Linken selbst, ob in wirklichen Massenaktionen der Widerstand entwikkelt wird oder ob „alles beim Alten" bleibt.

Gegenwärtig verfolgen die herrschenden die Taktik, den Schwung der Aktionen zu bremsen, das politische Niveau herunterzudrücken und militante Aktionen zu kriminalisieren. Sie hoffen, daß die gelaufenen Streikaktionen „Eintagsfliegen" sind, die sie ohne größere Schmerzen „verdauen" können. Dieser Taktik kommt die Politik des vds-Vorstandes entgegen, der am 15./16. Januar ein Asten-Treffen organisiert, wo über die Fortsetzung von Aktionen erst im *Sommersemester* beraten, aber keine Beschlüsse gefaßt werden sollen. Für Niedersachsen wird von Seiten der KNS (Konferenz Nds. Studentenschaften) eine zentrale Demonstration am 26.1. als alleiniger „Höhepunkt" der Aktionen gegen das NHG vorbereitet (nachdem ein Streikaufruf der KNS zu den vds-„Aktionstagen" im November völlig wirkungslos blieb).

Wir meinen, hier ist für die Studentenbewegung „mehr drin" als Diskussionen über das Sommersemester und eine zentrale Demonstration, die nicht durch radikale Aktionen und Streiks getragen wird. (In Göttingen hätten ohne konsequenten Streik wohl kaum 7.000 Studenten demonstriert).

Durch die gelaufenen Aktionen sind gute Voraussetzungen geschaffen, *noch in diesem Semester* die Aktionen auf breiter Basis fortzusetzen. Die Westberliner und Tübinger Studenten haben bereits beschlossen, im Januar erneut über einen Streik zu diskutieren und zu beschließen.

Hier stellt sich auch die Aufgabe, die Solidarität und den politischen Zusammenhalt der Kämpfe an den verschiedenen Hochschulen zu stärken. Die Hochschulen, die in den letzten Wochen vorangegangen sind, sollten ihre Erfahrungen gemeinsam verarbeiten, in neue Kämpfe einbringen und gemeinsam für die Verbreiterung der Streikbasis eintreten.

Der ASTA Uni Göttingen hat deshalb die Initiative zu einem Treffen von linken Asten, Streikräten und Gruppen (SSB Hamburg, „Unruhe"–Gruppe Bremen) am 20.12.76 ergriffen, um über koordinierte Aktionen noch im Januar zu diskutieren und einen gemeinsamen Streikaufruf vorzubereiten. Auf diesem Treffen wurde beschlossen, einen Info-Dienst aufzubauen und den Erfahrungsaustausch zu intensivieren. Unser Vorschlag eines gemeinsamen Aufrufs wurde von anderen Genossen nicht geteilt, da ihrer Meinung nach die Bedingungen für eine weitergehende Vereinheitlichung (noch) nicht gegeben seien.

Unserer Meinung nach sollten in den nächsten Tagen an allen Hochschulen Diskussionen der demokratischen Studenten über Aktionen und Streiks – entsprechend den örtlichen Bedingungen – geführt und auf den anstehenden Vollversammlungen Beschlüsse in dieser Richtung gefaßt werden. Insbesondere sollte in den Aktionen eine Erweiterung der politischen Inhalte auf Fragen des Abbaus demokratischer Rechte (Berufsverbote, Repressions- und Polizeigesetze) und den Kampf gegen die menschenfeindlichen Kernenergieprogramme angestrebt werden und zum Gegenstand auch von Aktionen gemacht werden.

Unserer Meinung nach entscheidet sich die Frage nach der Kraft und Perspektive einer „neuen" Studentenbewegung daran, ob es gelingt, in der Studentenschaft Fragen gesamtgesellschaftlicher Qualität nachhaltig zu verankern und an diesen Fronten die weitergehende Perspektive der Politisierung und Radikalisierung der Aktionen zu klären.

Packen wir es gemeinsam an!

Mit sozialistischen Grüßen
AStA Uni Göttingen

(nach „asta information")

„Wir haben die Schnauze voll"

Unter diesem Leitfaden fanden vom 14.12. bis 17.12. in Göttingen Streikaktionen in einem solchen Umfang und mit einer solchen spontanen Wucht statt, daß die grauen Betonklötze der Uni mit lange nicht gekanntem Leben, Farbe und einem Hauch neuer Studentenbewegung gefüllt wurden.

Anlaß dazu waren die seit Semestern eingeführten Prüfungs- und Leistungsverschärfungen, drei Polizeieinsätze in diesem Semester an der Uni, Ordnungsrechtsandrohungen, die Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen und zu guter Letzt die Mauschelpolitk der Landesregierung um die Vorlage eines Entwurfes zum Landeshochschulgesetz (NHG). Damit war das Faß zum Überlaufen voll.

Hatten bereits auf der ersten Uni-Vollversammlung zum NHG 1.500 Studenten die Diskussion in allen Seminaren um den Streikvorschlag des AStA befürwortet, drohte die zweite Uni-VV am 13.12., auf der der Streik beschlossen werden sollte, mit 3.000 Teilnehmern aus den Nähten zu platzen. Da das Audimax ca. 1.000 Studenten nicht mehr aufnehmen konnte, wurde spontan eine Parallel-VV organisiert. Schon hierin kam zum Ausdruck, daß die Aktion nach dem Willen der Beteiligten kein Abstimmstreik, sondern eine aktive und militante Protestaktion werden sollte. Auch die Tatsache, daß aus vielen Bereichen bereits Streikbeschlüsse gemeldet werden konnten, zeigte, daß der Mobilisierungsvorschlag des AStA in den Seminaren über den Streik zu diskutieren und abzustimmen, wesentlich mehr Kommilitonen/innen in die Auseinandersetzungen einbezogen hatte, als es eine Urabstimmung zu diesem Zeitpunkt erreicht hätte. Die überwältigende Mehrheit der Uni-VV beschloß schließlich den Streik mit dem Ziel, die zentralen Hörsaalgebäude der Uni durch einen aktiven Boykott zu besetzen, und der gesamten Uni in diesen Tagen den Stempel der demokratischen Studentenbewegung aufzudrücken, um klar zu machen, daß wir sie als unsere Uni betrachten, die wir uns jederzeit nehmen können.

Für die Streiktage selbst war von den Fachschaftsräten an den Bereichen ein Alternativprogramm entwickelt worden, ebenso auf zentraler Ebene vom AStA mit Veranstaltungen zur Politischen Justiz, zur Kernkraftfrage und zur Frauenpolitik an der Uni am Thema Frauenseminare. An sämtlichen Fragen zeigte sich ein derartiges Interesse, wie es kaum vorher auf Teach-Ins zum Ausdruck gekommen war.

Auch in den Sprengungen der Lehrveranstaltungen in den zentralen Unigebäuden entwickelten sich intensive politische Diskussion. War noch auf der VV von der Mehrheit eine Diskussion über Vorlesungssprengungen abgelehnt worden, waren es gerade diese, die den Streik auch in andere Bereiche trugen und an denen sich immer mehr Studenten beteiligten. Hervorragend war auch, daß gerade in diese Diskussionen Kommilitonen verwickelt wurden, die bisher noch nicht an politischen Auseinandersetzungen teilgenommen hatten und im Streik zum ersten Mal die Möglichkeit dafür sahen.

Aber nicht nur die politische Diskussion kennzeichnete das Leben des Streiks. Er wurde nicht nur verstanden als Protest gegen die reaktionäre Hochschulpolitik und politische Repression, er setzte auch ungeahnte Kapazitäten an Kreativität und Phantasie frei, die bisher vom Frust des Uni-Alltages erstickt worden war. Unmengen an Liedergruppen bildeten sich, Theaterstücke beschäftigten sich mit der Repression an der Hochschule, die Streiksongs der „Theologen Band" wurden an der gesamten Uni gesungen und begleiteten zum Schluß fast jede Sprengung. Und nicht zuletzt die Stimmung auf den zwei Streikfeten demonstrierte, daß die neue Studentenbewegung nicht nur feste kämpfen, sondern auch Feste feiern kann. Für vier Tage war die Uni im Besitz der Studenten, was nicht einfach eine Frage des Besetzens war, sondern das Rückgrat ausdrückte, mit dem die Studenten in den Streik getreten waren. Hiervon zeugte auch die Demo von PH (Pädagogischer Hochschule) und Uni, die mit 7.000 Teilnehmern die größte war, die Göttingen seit den 60er Jahren gesehen hatte.



Allerdings sollte mit diesen vier Tagen der Spuk nicht vorüber sein. Denn auf der Auswertungs-Uni-VV am 17.12. erklärten 2.000 Teilnehmer, daß der Widerstand mit dem Streik nicht beendet, sondern erst erwacht war: Aus fast allen Bereichen meldeten die Streikversammlungen, daß es im Januar weitergehen solle und daß die Kraft und die Entschlossenheit, die im Streik zum Ausdruck gekommen ist, in weiteren Aktionen entfaltet werden muß.

Für einen starken Bündnis-AStA

Schon während des Streiks tauchte in den Diskussionen die Frage auf, wie die Zusammenarbeit der im Streik aktiven Kommilitonen weiterentwickelt werden kann. Fast an allen Bereichen, an denen Aktionen stattgefunden hatten, sprossen Basisgruppen von 40 bis 50 Mann und Frau aus dem Boden, die sich für die Fachschaftsratswahlen aufstellten, selbst an den traditionell rechten Bereichen wie Jura und Wirtschaftswissenschaften, die vorher für „politisch tot" angesehen worden waren. Gleichzeitig ist die Diskussion um eine Sozialistische Bündnisliste (SBL) für die Wahlen zum Studentenrat (SR) aufgenommen worden. In diesen Diskussionen zeigt sich aber auch die Schwäche der augenblicklichen Bewegung. Große Teile orientieren allein auf ihre Fachbereichsprobleme, ohne die Uni als ganzes im Auge zu behalten. Während die GIM (neben dem KHB die einzige Organisation auf der SBL) aus dem Streik die Konsequenz zog, daß die „politische Diffusität der Streikbewegung" die Aufgabe stelle, an den Fragen der kapitalistischen Hochschulreform und der Verschlechterung der sozialen Lage das „politische Niveau" der Bewegung zu heben, vertrat die Mehrheit des jetzigen AStA und der KHB die Auffassung, daß gerade die intensive Auseinandersetzung um die im Streik aufgetauchten übergeordneten politischen Fragestellungen wie politische Repression und Kernkraftwerke sowie die Einbringung des NHG in den niedersächsischen Landtag zentrale Schwerpunkte der zukünftigen AStA-Politik darstellten, an denen auch die politische Stärkung der im Streik erreichten Bewegung entwickelt werden kann.

Obwohl an diesen Fragen der Streikanalyse kein Konsens erzielt weden konnte, wurde von allen Teilnehmern befürwortet, die politische Auseinandersetzung innerhalb der SBL weiterzuführen und auf der Grundlage konkreter Festlegungen der AStA-Arbeit für die nächsten Monate gemeinsam für den AStA zu kandidieren. Zu diesen Schwerpunkten der nächsten Zeit gehört die Vorbereitung neuer Kampfmaßnahmen gegen das NHG, anläßlich des 5. Jahrestages des Radikalenerlasses und die Vorbereitung der Demo in Brokdorf sowie des 2. Jahrestages des BVG-Urteils zum § 218.

Da gerade der letzte Punkt immer wieder von den Frauen auf den Tisch gebracht werden mußte und die Diskussion in der SBL über die Frauenproblematik auf einige Schwierigkeiten stieß, ebenso wie bisher im AStA, beschlossen alle Genossinnen gemeinsam einen Fraueblock zu bilden, um zu demonstrieren, daß sie es mit dem Kampf gegen ihre politische Unterbutterung auch innerhalb der SBL ernst meinen und gewappneter eine praktische Frauenpolitik durchsetzen können.

KHB Göttingen

„Studenten in Berlin proben neuen Aufstand"

(„Der Abend", 1.12.76)

„Die FU ist keine linke Hochschule mehr!" Mit dieser Erfolgsmeldung wollte der alte FU-Präsident Kreibich im November seinen Hut nehmen. Vor sieben Jahren sei er angetreten, um die damals *„fast dramatische Gesamtsituation: Chaos und Gewalttätigkeit auf dem Campus ... tiefe politische Gräben zwischen der Studentenschaft und dem konservativen Teil der Professoren"* zu beenden (Kreibich in FU-Info 17/76). Er schien Erfolg dabei zu haben. Seit 1973 gab es keine uniweiten Aktionen der FU-Studenten mehr. Die „Konsolidierungspolitik" wurde Schritt um Schritt durchgesetzt mit dem Ziel, das einstige „Sorgenkind" FU wieder konkurrenzfähig mit bayrischen Universitäten zu machen – als Stätte der Ordinarienwillkür, Staatsaufsicht und sturster Paukerei. Mit einer bisher einmaligen Berufsverbotewelle von insgesamt 22 Verfahren sollte in diesem Semester die „Konsolidierungspolitik" als Säuberung des an der FU immer noch relativ fortschrittlichen Lehrkörpers fortgesetzt werden. Da war die Ruhe hin: *„Wir haben es anscheinend mit einem großangelegten Versuch der kommunistischen und anarchistischen Gruppen zu tun, der Konsolidierungspolitik des politischen Senats eine Niederlage zu bereiten"*, ahnte FU-Prof. Nolte schon zu Beginn des Streiks Böses.

Die FU, von der schon 1967 entscheidende Impulse für die gesamte westdeutsche und Westberliner Studentenbewegung ausgegangen waren, und mit ihr alle anderen Westberliner Hochschulen waren in diesem Semester von Auseinandersetzungen geprägt, deren Lehren für die Studentenbewegung insgesamt wichtig sind. In keiner anderen Stadt oder Hochschule wurde eine vergleichbare Breite und Radikalität der Bewegung erreicht.

Der Streik der Germanisten

Den Anfang machten die Germanisten der FU. Allein an ihrem Fachbereich waren fünf Hochschullehrer vom Berufsverbot oder anderen Formen der politischen Disziplinierung betroffen. Grund: sie hatten einen Wahlaufruf zugunsten der Gruppe „KPD" unterzeichnet.



Protest Tübinger Studenten gegen Polizeiüberfälle an der Uni

Gleichzeitig war bekannt geworden, daß gegen eine Reihe weiterer Hochschullehrer aus verschiedenen Bereichen Disziplinarverfahren – meist wegen Unterstützung für SEW oder "KPD" –liefen. Daraufhin beschloß eine Germanisten-VV eine Urabstimmung über einen Streik, die innerhalb weniger Tage erfolgreich abgeschlossen wurde, so daß eine weitere Germ-VV, mit ca. 900 Teilnehmern die größte seit Jahren, am 9.11. den Streik beschloß. Vom ersten Tage an wurde das Germanische Institut, das im Verlauf des Streiks in „Peter-Paul-Zahl-Institut" umbenannt wurde, militant bestreikt.

Trotz mehrerer Versuche der ADS (SEW-nahe, dem westdeutschen MSB vergleichbar) und eines Teils der FB-Initiative, trotz der VV-Beschlüsse, Seminare mit Seminardiskussionen doch stattfinden zu lassen, wurden alle Hörsäle und Seminarräume abgesperrt, fanden keine Lehrveranstaltungen mehr statt. Ein Raum wurde als Kommunikationszentrum besetzt und ausgeschmückt.

Organisiert wurde der Streik vom Streikrat, der sich aus gewählten Seminardelegierten zusammensetzte. Auf wöchentlichen Streik-VVs wurden die Erfahrungen ausgewertet und über die Verlängerung des Streiks beschlossen.

Das Beispiel der Germanisten brachte an anderen Fachbereichen der FU und an anderen Westberliner Hochschulen die Diskussion um eigene Kampfmaßnahmen stark voran. Einige Fachbereiche (z.B. Ethnologen) beschlossen, aus Solidarität mit den Germanisten ebenfalls in den Streik zu treten, andere (OSI, Psychologen, Historiker) mobilisierten an Angriffen in ihren eigenen Bereichen ebenfalls zum Streik, beschlossen Urabstimmungen, bildeten Streikräte, beriefen VVs ein etc. In allen Fällen war es das Beispiel der Germanistikstudenten, das die Mobilisierung an den übrigen Bereichen beschleunigte.

Der Streik weitet sich aus

Zwei Wochen nach dem Streikbeginn bei den Germanisten beschlossen 4.000 Studenten auf der seit Jahren größten FU-VV, den Streik uniweit auszudehnen. Die Streikparole **„Was lange gärt, wird endlich laut"** charakterisiert die Stimmung an der FU treffend: Zuviel Unmut hatte sich im Verlauf der „Konsolidierungspolitik" des Westberliner Senats angehäuft, Unmut über die Schnüffelpraxis, über verschärfte Studien- und Prüfungsbedingungen, nicht zuletzt auch über die katastrophale soziale Lage.

Mehrheitlich beschloß die VV, nach dem Vorbild der Germanisten überall zu einem „militanten Streik" aufzufordern, d.h. daß die Studenten alle Lehrveranstaltungen mit Streikposten und Barrikaden verhindern wollten. Diesem Vorschlag des Germanistik-Streikrats, der sich mit den Vorschlägen der KB–Hochschulgruppe deckte, stand ein gemeinsamer Vorschlag der Vorbereitungsgruppen für den UStA (Unabhängiger Studentenausschuß – s.u.), der ADSen, der SEW-Hochschulgruppe und des SHB gegenüber, die die Streikform der jeweiligen Lage an den Bereichen nach verschieden halten wollten.

Für Bereiche, die als kampfschwächer eingeschätzt wurden, sollte demnach die Möglichkeit offengehalten werden, den Streik möglichst „friedlich", etwa in Form der beliebten „VDS-Aktionstage" mit Seminardiskussionen pipapo, zu gestalten. In einem Flugblatt distanzierten sich die UStA-Vorbereitungsgruppen im nachhinein von der gemeinsamen Resolution mit ADS & Co, die als Alleingang einiger Mitglieder der UStA-Gruppen entstanden und vom Plenum nicht diskutiert worden war. In der Kritik der Resolution wird allerdings auf die in der Resolution offengehaltene Abschwächung des Streiks in einzelnen Bereichen nicht eingegangen.

Irma la Douce

Der Verlauf des Streiks bewies dann auch, daß mit Ausnahme von nur zwei Bereichen alle die militante Streikform der Germanisten übernahmen. Ein gutes Beispiel, wie sich die Stimmung ausbreitete, liefern die Mathematiker. Die ADS, die vorher meistens die VV politisch beherrscht hatte, hatte mit einer Ausdehnung des Streiks auf den FB Mathematik nichts im Sinn. Propagiert wurde der Streik zunächst nur von der IRMA (Initiative Rebellierender Mathematikstudenten; Spontis und KB), deren Streikvorschlag sich auf der VV eindeutig durchsetzte. Vorbereitet hatten sie die VV mit Aktionen gegen besonders verhaßte' Professoren. Einer sah sich z.B. mit der Schwierigkeit konfrontiert, eine von böswilligen Händen nachts zuvor eingeölte Tafel mit seinem Vorlesungsstoff zu beschriften. Ein Physik-Prof scheiterte an den Tücken der Technik, war doch die bewegliche Wandtafel nicht zum Stillstand zu bewegen. Mutig forderte er die Namen der Störer. „Fritz Lümmel und das hier ist mein Bruder Friedrich". Er erstattete umgehend Strafanzeige gegen die „Gebrüder Lümmel". In der IRMA steht nun zur Diskussion, das Mathe-Institut in Gebrüder-Lümmel-Institut umzubenennen. Neben der spaßigen Seite – und auch der gemeinsame Spaß verstärkt die Solidarität – haben diese Aktionen den Effekt, daß solchen Profs, die die Studenten mit ihrer Autorität semesterlang einzuschüchtern versuchen, der Boden für ihre Politik entzogen wurde.

Eine, zwei, drei ... viele Hochschulen

Der Streikbeschluß der FU heizte auch die Stimmung an den anderen Westberliner Hochschulen an. Nur zwei Tage später faßte eine gut besuchte PH-VV (Pädagogische Hochschule) mit 770:75 Stimmen den Beschluß, ihrerseits gegen die Berufsverbote in den militanten Streik zu treten, obwohl noch kurz zuvor eine VV an diesem Punkt wegen mangelnder Beteiligung abgebrochen werden mußte. Auch die darauffolgenden Streik-VVs der PH waren mit bis zu 1.300 (von 7.000) Studenten immer gut besucht, bröckelten in der Beteiligung kaum ab trotz bis zu fünfstündiger Dauer. Der Streik wurde um eine Woche verlängert, bevor er dann mit 3/4-Mehrheit ausgesetzt wurde mit dem verbindlichen Beschluß, ihn im Januar wieder aufzunehmen. Erfolglos hatten zu dieser VV erstmals die Rechten massiv mobilisiert, um den Streikbeschluß zu verhindern.

Sämtliche Fachhochschulen und die Schulen des Zweiten Bildungsweges wurden bestreikt. Selbst die traditionell eher ruhige TU (Technische Universität) schloß sich kurz vor Weihnachten dem Streik an, nachdem zwei Fachbereiche schon vorher bestreikt worden waren. Auch an der TU wurde der Streik an den meisten Fachbereichen gut durchgehalten, bis er schließlich bis Januar ausgesetzt wurde.

Die Westberliner Streiks gingen über die einfache Nichtteilnahme an Lehrveranstaltungen weit hinaus. Zum ersten Höhepunkt wurde die Demonstration gegen politische Unterdrückung am 1.12. War schon die Teilnehmerzahl von 22.000 beeindruckend, so war es die konkrete Durchführung der Demo noch mehr. Anders als bei vielen Demonstrationen und VDS-„Sternmärschen", die oftmals einem „Trauermarsch" Durchführung der Demo noch mehr. Anders als bei vielen Demonstrationen und VDS-„Sternmärschen", die oftmals einem „Trauermarsch" ähnlicher sind als einer Kampfaktion, drückte sich die gute Stimmung in dem Gesang der Streiklieder, begleitet von Trommeln, Gitarren etc. aus. Tags darauf kommentierte „Bild": *„Studenten demonstrierten mit Sex, Schnaps, Musik"* –der Bürgerschreck wird wieder hervorgekramt. Nicht zuletzt wirkte sich diese Demo auf den VVs der folgenden Tage in eindeutigen Streikabstimmungen aus.

Den Germanistenstreik hatten Senat und Hochschulbehörde noch totlaufen lassen zu können geglaubt. Löffler betonte extra mehrmals, daß ihn das alles gar nicht beeindrucken könne. Nun, wo die ganze FU, die FHSen, (Fachhochschulen), die PH und Teile der TU streikten, zeigten sie sich doch „beeindruckt".

„Polizei, Polizei, macht brutale Schlägerei"

Nachdem sich die Mediziner-VV ebenfalls dem Streik angeschlossen hatte, rückte dieser Bereich in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Hier sollte jetzt ein Exempel statuiert werden über das Funktionieren der „Freiheit von Forschung und Lehre". Von Anfang an wurde die Polizei eingesetzt, um „lernwilligen" Streikbrechern den Zugang zu den Praktika zu ermöglichen. Öffentlich wurde den Medizinern bei Streik die Aberkennung des Semesters angedroht. Löffler und der neue eingeführte FU-Präsident Lämmert hofften so, bei den Medizinern einen Einbruch in die Streikfront zu erzielen, weil dieser Bereich ihnen als die empfindlichste Stelle erschien. Allein, die Rechnung ging nicht auf. Der überaus brutale Polizeieinsatz am ersten Streiktag, bei dem einem Kommilitonen das Nasenbein gebrochen wurde, steigerte nur noch die Wut der Studenten und schuf die Stimmung „jetzt erst recht". Bis zu 500 Kommilitonen standen ab morgens früh Streikposten vor den Uni-Kliniken. Mehrfach gelang es ihnen, bereits festgenommene Studenten wieder zu befreien. Der massive Polizeieinsatz konnte zu einem Praktikum ganzen 27 von mehreren hundert Teilnehmern den Weg bahnen. Bei einem anderen Praktikum gingen dann auch Streikende durch die Polizeispaliere und setzten im Rücken der Bullen den Streik durch.

Die Empörung über diese Polizeieinsätze bei den Medizinern war so groß, daß allein die Bekanntgabe eines erneuten Polizeieinsatzes bei den Medizinern während der FU-VV am 6.12. ausreichte, daß sich die 4.000 Teilnehmer spontan zur größten Demonstration formierten, die der FU-Campus je gesehen hatte. Der Vorschlag, nur eine Delegation zur Unterstützung der Streikposten zu schicken, wurde abgelehnt. Alle wollten die Polizei vertreiben, die angesichts der Übermacht (4.000:20) vorläufig den Rückzug antrat.

Anschließend demonstrierten die aufgebrachten Studenten zum Präsidialamt, um von Lämmert den Abzug aller Bullen zu fordern. Lämmert, obwohl im Haus, ließ sich verleugnen und die Türen abschließen. Nachdem sich die Studenten dennoch Einlaß durch Türen und Fenster verschafft hatten, um eine 200-köpfige Delegation zu Lämmert zu schicken, holte dieser abermals die Polizei „zum Schutz der Beschäftigten". Die Bullen prügelten dann in ihrem brutalsten Einsatz sogar noch auf die letzten der zur Fortführung der unterbrochenen VV abziehenden Studenten ein.



Neue Formen auch auf Demonstrationen – wie hier in Tübingen

Neue Formen auch auf Demonstrationen – wie hier in Tübingen

Dieser erzwungene Rückzug zur FU-VV schwächte die Stimmung aber nicht. Es waren eher noch mehr Teilnehmer auf der fortgesetzten VV als vorher. Lämmert, um sein liberales Image fürchtend, tauchte nun plötzlich doch auf der VV auf, um „Verständnis" für die Sorgen der Studenten zu heucheln, aber ihre Kampfmittel zu verurteilen und einige „Eskalateure" dafür verantwortlich zu machen. Wütende Proteste, wie sie das FU-Audimax lange nicht erlebt hatte, waren die Antwort.

Die Solidarität mit den Verhafteten

Als bei einer Provokation von Staatsschutz und CARP-Faschisten zwei Kommilitonen verhaftet worden waren, rückte die Solidarität mit den beiden immer mehr in den Mittelpunkt des Streiks. (CARP ist eine eng mit den imperialistischen Geheimdiensten zusammenarbeiten de klerikal-faschistische Organisation – siehe auch AK 95). Auch hier gingen die Westberliner Studenten über das bloße Mittel der Verabschiedung von Protestresolutionen hinaus und griffen zu konkreten Widerstandsaktionen. Nachdem der Versuch der 150 Studenten, die beiden unmittelbar nach ihrer Verhaftung wieder freizubekommen, gescheitert war, bildete sich ein Solidaritätskomitee, das den Fall breit bekanntmachte und Solidaritätsaktionen organisierte:

- ein Ermittlungsausschuß nahm die Arbeit auf, um möglichst viele Zeugen ausfindig zu machen und den Vorfall zu klären;
- ein Öffentlichkeitsausschuß sorgt für breite Bekanntmachung dieses Falles;
- und ein „CARP-Ausschuß" sammelt Fakten über diesen Verein, die Moon-Sekte usw.

Am 3.12. fand dann im AudiMax der FU eine erste Solidaritätsveranstaltung mit 2.000 Teilnehmern statt, die sich im Verlauf der Veranstaltung entschlossen, zur Kripo-Zentrale in der Gothaerstr. zu fahren, wo die beiden sich zu der Zeit befanden.

Als die ca. 1.500 bis 2.000 vor der Kripo Versammelten dann von dem Haftbefehl erfuhren, wurde eine spontane Demonstration zur TU durchgeführt, wo dann vor ca. 1.200 Teilnehmern die Anwälte über die genauen Vorfälle berichteten. Es wurde eine Sammlung zur Unterstützung der beiden durchgeführt, die 1.800 DM einbrachte. Am Sonnabend, dem Tag darauf, demonstrierten 1.000 Menschen spontan vor dem Knast. Die Solidaritätsbewegung verbreiterte sich schnell. Sämtliche Hochschulen beschlossen, nunmehr an erster Stelle die Freilassung von Christoph und Peter und die Rücknahme aller Strafanzeigen zu fordern. Diese Forderungen wurden auch in die Ultimaten aufgenommen, bei deren Nichterfüllung im Januar weitergestreikt werden soll. Eine Flut von Solidaritätserklärungen von demokratischen Hochschullehrern und anderen Persönlichkeiten setzte ein. Am 7.12. demonstrierten 5- 6.000 Studenten zum Knast, auch diese Demonstration war sehr kämpferisch.

Ein „Gotteshaus" wird „geschändet"

Zum Abschluß besetzten ca. 200 Kommilitonen eine Kirche in direkter Nachbarschaft des Knasts für zwei Tage, um damit ihre Forderung an die Kirche zu unterstreichen, zur CARP Stellung zu nehmen und die Forderung nach Freilassung von Christoph und Peter zu unterstützen. Diese Besetzung führte naturgemäß zu einer noch größeren Bekanntmachung des Falls in der Öffentlichkeit. Die Kirche verurteilte zwar die Besetzung, rief aber nicht die Polizei,um eine Eskalation zu vermeiden. Wann wurde zuletzt ein Kirchengebäude so nützlich verwendet? Die vorweihnachtliche Ausschmückung dieses „Gotteshauses" wich stark vom gewohnten Bild ab; überall hingen Transparente, Wandzeitungen etc.

Zu einer Pressekonferenz in der Kirche mit den Anwälten von Christoph und Peter erscheint Fernsehen und Rundfunk, „Stern", „Spiegel", „Tagesspiegel" und „Abend". Am zweiten Tag der Besetzung wird Peter freigelassen, vor Weihnachten auch noch Christoph. Die Kirchenbesetzung war innerhalb der fortschrittlichen Studenten stark umstritten, hat aber gezeigt, wie mit einer solchen Aktion die Solidaritätsbewegung noch verbreitert und das Schweigen um diesen Fall durchbrochen werden konnte.

Auch andere Organe unserer Gesellschaftsordnung fanden eine ungewohnte Nutzung. Als Beispiel drucken wir im Kasten den Verlauf eines Teils der Jugendsendung SFBeat des Sender „Freies" Berlin (SFB) ab zum Thema „Kontaktanzeigen".

Der Aufbau der Streikräte

Organisiert wurde der Streik durch die Streikräte. An den Bereichen wurden Streikräte aus Seminardelegierten gebildet (Delegiertenräte), in einzelnen Fällen auch von der VV gewählt („Aktionsräte"). Dadurch war eine große Zahl von Studenten immer in die Planung von Aktionen von vornherein einbezogen. In diesen Streikräten waren überwiegend unorganisierte Kommilitonen vertreten, die bisher in Westberlin dominierenden politischen Hochschulgruppen KSV, KHG und ADSen spielten nur eine untergeordnete Rol-

le. Diese Streikräte leiteten die VVs, veranstalteten die Streikfeten, politische Diskussionsveranstaltungen etc.

Koordiniert wurden die Aktionen an der FU über den zentralen Streikrat, der sich aus Delegierten der Bereichs-VVs, bzw. der Bereichsdelegiertenräte zusammensetzt. Um den Aufbau dieses zentralen Streikrats hatte es auf der FU-VV vom 27.11. eine Kontroverse gegeben. Entgegen dem oben angeführten vom Germanisten-Streikrat vorgeschlagenen Modell, das von den KB-Studenten unterstützt wurde, schlugen die UStA-Vorbereitungsgruppen sich selbst als zentralen Streikrat vor. *„Hierfür (für die Koordinierung und Zentralisierung) ist momentan die UStA-Vorbereitungsgruppe ein geeignetes Instrument"* (Flugblatt der UStA-Vorbereitungsgruppe und des Aktionskomitees). Zusätzlich sollten die Bereiche noch je zwei Delegierte in die UStA-Vorbereitungsgruppe schicken. Angesichts der Untätigkeit des UStAs bei der Vorbereitung des Streiks war dieser Vorschlag eine ziemliche Unverschämtheit. UStA-Vertreter hatten vor der FU-VV selbst zugestanden, sie seien von der Streikbereitschaft „überrollt" worden. Die FU-VV nahm jedoch mehrheitlich den Vorschlag der Germanisten an.

Nachdem sich der Streik auf die anderen Hochschulen ausgedehnt hatte, bildeten die einzelnen Hochschulstreikräte einen regionalen Streikrat Westberlin aus Delegierten der einzelnen Streikräte.

Dieser basisdemokratische Aufbau der Streikräte ist vorbildlich für alle anderen Hochschulen. Zwar haben die besonderen Westberliner Bedingungen (außer an der PH existiert nirgendwo eine Verfaßte Studentenschaft) die Notwendigkeit von Streikräten deutlicher gemacht als dieses an Hochschulen mit Verfaßter Studentenschaft ist, doch zeigen die Erfahrungen mit anderen Hochschulen, daß häufig irgendwelche Jusooder „GO"-Funktionäre (GO: Gewerkschaftliche Orientierung) ihre AStA-Posten nutzen, um den Streik in der Hand zu behalten und nur in Worten davon reden, „möglichst viele mit einzubeziehen". Häufig wird es sogar so sein, daß die kampfbereiten Studenten in den Streikräten sitzen und gegen den Widerstand der ASten den Streik organisieren. Auch ein Thema der „gewerkschaftlichen Orientierung" – betriebliche Streikräte machen mit der Gewerkschaftsführung häufig ähnliche Erfahrungen.

KBW – sein eigener Totengräber

Die für eine Organisation mit linkem Anspruch beschämendste Rolle spielte die KHG, die Westberliner Studentenorganisation des KBW. Konnte sie einerseits den Mund nicht voll genug nehmen, wenn es galt, die breite Bewegung in ihrem Sinne als „Kampf der besitzlosen Studentenmassen" zu interpretieren, so war die KHG an der Einleitung und Organisierung der Bewegung kaum beteiligt. Richtete sie doch ihr Hauptaugenmerk darauf, der Bewegung ihre BAföG-Linie unterzujubeln, was – wie stets beim KBW – auf „große Zustimmung unter den besitzlosen Studentenmassen stieß": Immerhin 50 von 4.000 stimmten auf der FU-VV für die KHG-Resolution. Dies war der KHG dann offenbar so zu Kopf gestiegen, daß sie nach dem Motto „ich gegen den Rest der Welt" auf einer der nächsten FU-VVs versuchte, gegen die eindeutige Mehrheitsentscheidung (2.000 zu 100) die ihr zugestandene Redezeit zu verlängern, und als das auf Widerstand der VV traf, eine Schlägerei ums Mikrofon anzettelte. Die KHG, die sich schon bei der Präsidentenwahl arg in die Nesseln gesetzt hatte (s. AK 83, 84, 85) diskreditierte sich während des Streiks völlig.

Umso wilder wurden auch die Rundumschläge gegen alle Linken in den Spalten der KVZ-Bezirksbeilage und der KHZ. Wenn die Linken vor allem den Kampf gegen die politische Unterdrückung in den Mittelpunkt stellten, dann pöbelte die KHZ: *„Der UStA findet die BaFöG-Frage nicht so wichtig, der KB-Nord gar findet das ‚Sozialkampf des KBW'. Die Studentenmassen haben gleich erkannt, daß es sich bei den Mitgliedern solcher Organisationen um die Kinder reicher Eltern handeln muß"* („KHZ", 13.12.). Die Spontis werden in der KHZ so eingestuft: *„Weniger offen, aber umso heftiger treten die Abkömmlinge und Kandidaten für die herrschende Klasse jetzt an der FU in Aktion mit der Gründung einer neuen rechten Bourgeoisparlei ....An der FU treten sie ... als Unorganisierte in Erscheinung. Bei der Prüfung erweisen sie sich als wohlorganisierte Bourgeois. Sie sind zur Zeit noch vergleichsweise locker organisiert über die Zeitschriften ‚radikal'* (linke Westberliner Zeitung – Anm. d. Verf.) *oder ‚Konsequer'* (UStA-Zeitung – Anm. d. Verf.), *so streben sie jetzt nach einer ‚umfassenden Organisierung'. Diese heißt bislang UStA. Der UStA ist geplant als die Dachorganisation allerlei rechter und bürgerlicher Studentenbünde."* Man muß sich da wundern, daß der Sprechchor „KHG in die Spree!" zur Zeit auf Westberliner VVs ziemlich populär ist?

KSV
im Gewand des Biedermanns

Geschickter verhielt sich der KSV; offensichtlich hat er aus den Zeiten, wo er – ähnlich wie heute die KHG – den Amokläufer abgegeben hatte und entsprechend gerupft worden war (mit durchschnittlich 70 Stimmen auf der FU-VV erhält der KSV heute nur noch einen Bruchteil dessen, was er früher organisiert hatte), Konsequenzen gezogen. Lautstark rührte er während des Streiks die Trommel für eine „breite Aktionseinheit von Kommunisten und Demokraten", organisierte er Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen unter der Beteiligung und „Schirmherrschaft" demokratischer Persönlichkeiten wie etwa von Ernst Bloch.

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich die „demokratische" Masche des KSV allerdings als reines Täuschungsmanöver. Namentlich versuchte der KSV, die Bewegung gegen die Berufsverbote und politische Disziplinierung in eine Bewegung gegen die Revisionisten umzufunktionieren. So schlug er etwa schlitzohrig stets solche Forderungen vor, die den Revisionisten eine Beteiligung am Kampf gegen die Berufsverbote vorab unmöglich machen sollte. Berufsverbote gegen SEWler werden vom KSV – ganz nach dem Vorbild gewisser sozialdemokratischer Interpretationskünstler – schlichtweg geleugnet: *„Hier hilft es den modernen Revisionisten auch nichts, wenn sie die gegenwärtige Auseinandersetzung bei den Psychologen um 5 Wahlaufrufunterzeichner oder Anhänger der SEW als Berufsverbote ausgeben. Hier handelt es sich nicht um politische Unterdrückung, sondern um einen Machtkampf zwischen Reaktionären, weil der SPD-Senat es nicht zulassen will, daß die modernen Revisionisten am PI vollständig die Regie übernehmen, wie sie es schon weitgehend getan haben"* (Flugblatt, November). Na – ein Glück, daß die SPD aufpaßt! Konsequenterweise stimmte der KSV auf einer Streik-VV der Germanisten gegen die von den KB-Studenten vorgeschlagene Parole „Solidarität mit allen vom Berufsverbot Betroffenen".

Zwar wurde der KSV in dieser Abstimmung klar abgebürstet, doch insgesamt wurden dem KSV diese schweinischen Praktiken nur unzureichend um die Ohren gehauen.

Ein wesentliches Ziel seines Eingreifens in die Streikkämpfe an den Westberliner Unis sieht der KSV darin, den *„Minimalkonsens des AK-KB"*, das *„Konzept der Aktionseinheit der sog. ‚Links'-Kräfte"* zu hintertreiben (Lehren und Perspektiven der Westberliner Streikkämpfe).

Denn das Aktionskomitee gegen Berufsverbote, UStA, KB, GIM, rechnet der KSV ebenfalls nicht zu den „Demokraten", sondern zu den *„opportunistischen und trotzkistischen Zutreibern"* der Revisionisten. Mit dem *„scheinradikalen"* KB z.B. könnten sich *„demokratische und fortschrittliche Studenten nicht zusammenschließen, sie begeben sich in das Fahrwasser einer Politik, die wiederum dem modernen Revisionismus dient"* (s.o.).

„Demokratisch" ist laut KSV überhaupt nur, wer sich seiner altbekannten Linie gegen „politische Unterdrückung in Ost und West" anschließt. Hauptaufgabe (! der vom KSV angepriesenen „Aktionseinheit von Kommunisten und Demokraten" soll es dementsprechend sein, eine „demokratische und antihegemonistische Bewegung" zu schaffen. Man sieht, die neue „demokratische" Masche des KSV ist nichts weiter als ein dürftig bemäntelter Versuch, fortschrittliche Studenten vor seinen vaterländischen Karren zu spannen.

Das hat nichts mehr mit Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Linken zu tun. Wer wie der KSV die politische Unterdrückung von SEW-Mitgliedern und -Sympathisanten als „Machtkampf innerhalb der Bourgeoisie" darstellt, wer den Kampf gegen politische Unterdrückung nur auf seine Fahnen schreibt, um Demokraten für seine reaktionäre Politik zu gewinnen, mit dem kann die Bewegung gegen politische Unterdrückung nicht zusammenarbeiten, wenn sie sich nicht diskreditieren will.

ADSen / SEW
eine selten schlaffe Truppe

Die mit Abstand größte politische Studentengruppe in Westberlin, die ADSen, befanden sich während der Streikkämpfe scheinbar weitgehend in Agonie. Möglicherweise gelähmt durch ihre Schwierigkeiten mit dem UStA-Aufbau, den sie erst entschieden ablehnten und dann behaupteten, sie, die ADSen seien im Grunde schon die studentische Interessenvertretung (s.AK88), um dann hinterher doch noch zu versuchen, auf den abgefahrenen UStA-Zug aufzuspringen, waren sie im Streik kaum zu sehen. Verstärkt haben sich ihre Schwierigkeiten offenbar noch durch die Ausweisung Biermanns aus der DDR, die zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der ADSen führte.

Versuchten sie anfangs noch, den Streik möglichst auf „Aktionstage"-Niveau zu halten, waren von ihnen im Dezember praktisch keine Vorschläge mehr zu sehen – bei einer Organisation von ca. 1.000 Studenten eine reife Leistung!

Lediglich sporadisch fielen sie noch auf, so als sie die Besetzung des Präsidialamtes in einem Flugblatt als „falsche Entscheidung" anpinkelten, ohne ein Wort der Begründung (!), oder als sie kommentarlos einen Beschluß des FBR Biologie abdruckten als Beispiel für Bündnispolitik, in dem dieser *„Ziele des Streiks mitunterstützt, aber Gewalt, ob von Seiten der Polizei oder* (?!) *der Studenten ausgübt, verurteilt"* (ADS-Bio-Gremieninfo, 9.12.).

Auch ihr Versuch, die Demonstration vom 1.12. für sich auszunutzen, indem sie wider die Absprachen sich einfach an die Spitze des Zugs setzten, um so das Bild der Demo zu beherrschen, scheiterte kläglich. Die Demonstranten machten kehrt, und schon zierten die ADSen das Ende.

Wenn die ADSen nach dem Streik wieder verstärkt sich als „Interessenvertreter" zu profilieren versuchen werden, dann sollte man sie an ihre kümmerliche Rolle während der Streikaktionen und ihre gelegentlichen Versuche, den militanten Streik zu „entradikalisieren" und auf das Niveau der „Seminardiskussionen" zu beschränken, nachdrücklich erinnern.



In mehreren Städten wurden während der Streiktage Institute nach dem Schriftsteller Peter Paul Zahl benannt, der durch ein wahres Gesinnungsurteil seit fünf Jahren im Knast sitzt. Wir drucken hier ein Gedicht von ihm ab, daß er den streikenden Germanisten in Hamburg und Westberlin gewidmet hat:

Westberlin gewidmet hat:

taufe

(berliner und hamburger germanisten gewidmet)

1
da haben welche
ein institut
nach mir benannt
da erörtern welche
einem literaturpreis
meinen namen zu geben
da veranstalten welche
seminare über das
was ich schrieb
da malen welche
slogans und gedichte
von mir an die wand

2
dies ist bekannt:
in diesem land
stehen nur gedichte
von toten an wänden
veranstalten sie nur
seminare über literatur
von ziemlich toten
in diesem land
werden preise und institute
nur nach denen benannt
die endgültig tot

3
entweder irren welche
sich oder irre
mich oder irgendwas
stimmt da nicht
da kneifen welche
nicht mehr
denn ich kneife
mir in den arm:
ich bin noch nicht tot

4
aber ich habe schon viele
erlebt die meinten sie lebten
und waren ziemlich tot
oder schon ganz hinüber
und andere ich kann es bezeugen
die schon hundert und mehr
jahre unterm acker die tanzten
mit uns in den straßen
und anderen wiederum
auf der nase herum

5
entweder irre ich mich
oder da irren sich welche
oder in diesem lande
hat sich tatsächlich
etwas getan
sogar bei germanisten

unterschrieben:
freiheit + glück
peter paul zahl

Gründung des SSB Westberlin

Besonders hervorgehoben findet sich in der Auswertung der bürgerlichen Presse zu den Westberliner Studentenkämpfen das Hohelied auf die „Unorganisiertheit". *„Völlig neue Gesichter unter den Diskussionsrednern und -leitern, junge Menschen, die bei öffentlichen Reden Nervosität zeigen, spontaner Aufbruch von Versammlungen gegen jede Planung von Veranstaltungsleitern – alles das zeugt von der Breite dieser Bewegung und der Schwierigkeit für interessierte kommunistische Gruppen, die Unruhe in ihrem Sinne auszunutzen. Die maoistischen kommunistischen Gruppen wie auch die SEW-nahen Aktionsgemeinschaften kommen zur Zeit bei der Masse der Studenten kaum an"*, kennzeichnet der „Tagesspiegel" die Lage nicht ganz, aber weitgehend zutreffend und knüpft daran die Hoffnung, *„diese Studentengeneration"* nicht *„erneut (zu) verlieren"*, wenn die bürgerlichen Politiker *„den suchenden Studenten Antworten geben"* („Tagesspiegel", 10.12.). Wir teilen dieses Hohelied auf die „Unorganisiertheit" nicht.

Zwar begrüßen wir es – wenn auch von einem ganz anderen Standpunkt aus – daß die selbsternannten „Avantgardeorganisationen" wie der KSV der „KPD" (Werbeslogan: „der Studentenverband der Partei") oder die KHG des KBW (mit den „besitzlosen Studentenmassen" als „natürlichem" Gefolge) mit ihrer sektiererischen, oftmals provokatorischen Politik isoliert sind wie nie zuvor, aber wir sehen dennoch die Notwendigkeit, daß die studentische Linke sich eine revolutionäre und in den Kämpfen wirklich verankerte Organisation schafft. Daß dies gegenwärtig nicht als einfacher Gründungsakt möglich ist, enthebt die Linken nicht der Aufgabe, eine Auseinandersetzung darum zu führen, wie man sich gegen die Angriffe der Herrschenden organisiert und den Kampf für den Sozialismus führt. In diesen Zusammenhang gehört auch die Aufarbeitung der Erfahrungen der „alten" Studentenbewegung und des damaligen SDS.

Wenn wir jetzt einen Sozialistischen Studentenbund Westberlin bilden, meinen wir damit nicht, dadurch die Organisation der radikalen Linken an den Westberliner Hochschulen geschaffen zu haben. Der SSB grenzt sich vielmehr von dem sektiererischen und lächerlichen Führungsgehabe des KSV oder der KHG ab und setzt sich für eine solidarische Zusammenarbeit und Diskussion mit anderen Linken ein, wie das bereits an einigen Bereichen konkret geschieht (z.B. IRMA – Initiative rebellierender Mathematikstudenten).

Der SSB setzt sich zusammen aus denjenigen Genossinnen und Genossen, die bisher als KB-Mitglieder oder -Sympathisanten Hochschulpolitik gemacht haben. Er versteht sich als Studentenorganisation auf der Linie des Kommunistischen Bundes und wird mit diesem entsprechend eng zusammenarbeiten.

Nach dem SSB Hamburg und dem KHB Göttingen ist der SSB Westberlin die dritte Gruppe mit dem KB sympathisierender Studentengenossen. An einigen weiteren Hochschulen wird es im Laufe der nächsten Monate ebenfalls möglich sein, SSB-Gruppen zu bilden. Diese Gruppen werden sich eine geeignete überregionale Struktur geben und die SOLIDARITÄT herausgeben (bisher die Zeitung des SSB Hamburg).

Kontaktadressen:

SSB-Hamburg
Schlüterstraße 4
2 Hamburg 13

SSB-Westberlin
C/o A. Radtke
Thomasiusstraße 21
1 Westberlin 21

KHB Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
34 Göttingen



Frauen



8. März - Internationaler Frauentag

Seit langem, genau seit 1921, wird der 8. März als internationaler Frauentag begangen. Grund genug für uns, an diesem Tag die weltweiten Erfolge der Frauenbewegung zu feiern und Kräfte zu sammeln für die anstehenden Aufgaben.

Der Kampf der Frauen ist weltweit!

Ein Sieg der internationalen Solidarität ist die Freilassung von Gladys Diaz aus chilenischer Gefangenschaft. Seit sie 1975 von der DINA verhaftet wurde, fürchteten wir um ihr Leben, zumal sie mehrmals spurlos verschwunden war.

Während der fast zwei Jahre Konzentrationslager ist die Genossin Gladys Diaz hart gefoltert worden, da man hoffte, von ihr Informationen zu erhalten. Sie hat allen Foltern standgehalten, ohne eine Information preiszugeben! Ihr Kampfgeist ist ungebrochen.

Im Gefängnis hat Gladys Diaz wesentlich dazu beigetragen, die Resignation ihrer Mithäftlinge aufzufan-

Im Gefängnis hat Gladys Diaz wesentlich dazu beigetragen, die Resignation ihrer Mithäftlinge aufzufangen und die Organisierung der Gefangenen voranzutreiben.

Die Freude über die Freilassung der Genossin Gladys wird allerdings getrübt durch das weitere massenhafte Leiden der Frauen in Chile unter der blutigen Diktatur Pinochets. Unsere Solidarität gilt all den unbekannten Kämpferinnen, die sich dem Widerstand gegen die Faschisten angeschlossen haben.

Auch die Frauen in der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" nehmen mehr und mehr aktiv am Befreiungskampf teil. Sie spielen eine wichtige Rolle im Lagerleben, tragen dort wesentlich die Mobilisierung, sie übernehmen Aufgaben für die Versorgung der Front und stehen auch im bewaffneten Kampf. Um diese Teilnahme am Kampf wird ebenfalls der Kampf geführt. „Wenn die Tradition uns hindert, an der Revolution teilzunehmen, muß die Tradition geändert werden".

Ähnliche Probleme haben die palästinensischen Frauen; auch sie behindert der soziale Status in der Teilnahme an der politischen Arbeit und am Kampf. Im Lager Tell al Zaatar waren es die Frauen, die bis zuletzt unter dem Kugelhagel der Faschisten versuchten, Wasser zu holen. Die Opfer, die die Frauen bringen, sind hoch.

Die Angst der Frauen um ihre Kinder und Männer und der berechtigte Wunsch nach Frieden, wird von der Bourgeoisie in Nordirland auf besonders üble Weise benutzt. An den Sorgen und Wünschen der Frauen wird von der Initiative „Mütter für den Frieden" angeknüpft, um die angeblich ‚friedliebenden' Frauen gegen die ‚verhetzten, terroristischen' Männer zu mobilisieren. Die Forderungen des ‚Peace Movements' sind aber nicht die Beendigung der Schießereien und der Abzug des britischen Militärs, sondern sie richten sich einseitig gegen die IRA und gegen den Kampf der Bevölkerung gegen die britische Besatzung. Diese ‚Friedensbewegung' wird von der bürgerlichen Presse hochgejubelt und soll uns als beispielhafte Frauenbewegung verkauft werden. Nein danke, so nicht!

Der Kampf der Frauen gegen das Abtreibungsverbot hat im letzten Jahr in einigen Ländern einen Höhepunkt erlebt. So fanden in England, Italien und den Niederlanden Massendemonstrationen gegen das Abtreibungsverbot statt. In den Niederlanden fand mit 20.000 Beteiligten die bisher größte Demonstration für eine freiere Handhabung der Abtreibung statt.

In Italien hat sich die Frauenbewegung z.T. selbstverwaltete Zentren erkämpft, wo in Selbsthilfe Untersuchungen und Abtreibungen vorgenommen werden. Die größte Demonstration gegen Überfälle und Provokationen gegen die Selbsthilfeeinrichtungen und gegen das Abtreibungsverbot fand in Rom mit 100.000 Teilnehmern statt.

In der BRD leiden die Frauen nach wie vor unter dem § 218. Die „Reform", die uns mit vielen Versprechungen schmackhaft gemacht werden sollte, zeigt sich immer deutlicher als Unterdrückungsinstrument. Nach wie vor gilt es, den Kampf gegen das Abtreibungsverbot und für das Selbstbestimmungsrecht der Frau zu führen.

Im Zuge der Wahl hat es im letzten Jahr wieder eine Reihe von Versprechen und schönen Worten für die Frauen gegeben, eine Partei übertrumpfte die andere. Geblieben ist von dieser Schaumschlägerei, wie könnte es auch anders sein, nichts. Stattdessen wird den Frauen eine immer steigende Arbeitslosigkeit beschert. Durch die Sparmaßnahmen des Staates im sozialen Bereich wie z.B. Kindergärten, sind die Frauen besonders betroffen, denn sie sind es, die der Kinder wegen die Arbeit aufgeben müssen und sich in die Fessel von Heim und Herd zurückbegeben.

In diesem Zusammenhang ist auch die verstärkte Propagierung von Arbeitsplätzen für Frauen in der Bundeswehr nicht unbedeutend. Andere kapitalistische Länder sind uns in der Militarisierung der Frauen schon weit voraus (Israel, USA).

Ein Ereignis hat uns mit erschreckender Deutlichkeit die Situation der weiblichen Gefangenen, speziell der politischen, vor Augen geführt: der Tod von Ulrike Meinhof. Angeblich Selbstmord durch Erhängen. Die widersprüchlichen Aussagen darüber, wie es angeblich dazu kam, haben unterdessen dazu geführt, daß eine internationale Untersuchungskommission die Umstände ihres Todes klären soll. Fast vier Jahre Untersuchungshaft unter unmenschlichen Bedingungen mit dem Ziel der psychischen und physischen Zerstörung von Ulrike Meinhof waren bis dahin vergangen.

Aber auch Frauen, die nicht gegen die Zustände im Knast aufbegehren, aber sonst nicht der ‚Norm' entsprechen, werden menschenunwürdig behandelt. So die dänische Strafgefangene Judy Anderson, die diskriminierenden Haftbedingungen ausgesetzt ist, weil sie lesbisch ist. Ein Antrag, sie in ein dänisches Gefängnis zu überführen, in dem sie diesen diskriminierenden Maßnahmen nicht ausgesetzt ist, wurde abgelehnt, obwohl ihre physische und psychische Verfassung sehr schlecht ist. Einen Selbstmordversuch hat sie bereits hinter sich und ihr Leben ist weiterhin ernsthaft in Gefahr.

Es ist Zeit, daß wir uns wehren!

Die doppelte Unterdrückung wird nicht mehr stillschweigend hingenommen, die Frauen nehmen den Kampf auf und wehren sich.

Polizei und Staatsgewalt versuchen, diese Frauen einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Frauenzentren werden durchsucht und Materialien und Karteien beschlagnahmt, die Frauen werden bespitzelt und bei Info-Ständen in der Stadt fotografiert.

In den Anti-AKW-Kämpfen haben viele Frauen ihre Kraft erkannt und sich organisiert am Kampf beteiligt. In Wyhl waren es die Frauen, die maßgeblich zum Erfolg der Besetzung beigetragen haben. Sie sorgten für Essen auf dem Bauplatz und stellten sich vor die Baumaschinen. In Wyhl, in Brokdorf und wo sonst immer ein AKW entstehen soll, haben Frauen ihre Aufgabe und ihren Platz im Kampf dagegen!

Die Frauenbewegung gerät in Bewegung. Es gibt eine Reihe neuer Frauenzeitungen, die unterschiedliche Strömungen repräsentieren und

an denen Differenzen innerhalb der Frauenbewegung deutlich werden, die nicht so einfach mit der allum-

an denen Differenzen innerhalb der Frauenbewegung deutlich werden, die nicht so einfach mit der allumfassenden Frauensolidarität unter den Tisch zu wischen sind, und die auf jeden Fall öffentlich ausgetragen werden müssen.

Die unterschiedlichen Strömungen reichen von ‚Selbsterfahrung', ‚neue Innerlichkeit', der Flucht vor der politischen Auseinandersetzung in den Schoß von Mutter Natur inklusive Selbsthilfe nach mittelalterlicher Rezeptur, zu solchen, die als mildeste Maßnahme die Kastration aller Männer fordern, bis hin zur Ausrottung des männlichen Geschlechts.

Hier gilt es einen entschiedenen Kampf um die Frauenbewegung zu führen und diese menschenfeindlichen ‚Schwanz- und Kopf ab'-Strömungen zu isolieren und unschädlich zu machen.

Als weitere Aufgabe steht an, die Arbeit, die mit dem Frauentribunal in Brüssel begonnen wurde, weiterzuführen. Das Tribunal war eine Anklage gegen die tagtäglich an Frauen begangene Gewalt: Gewalt in der Ehe, physische und psychische Gewalt, gegen die sexuell pornographische Rolle von Frauen in Film und Werbung, gegen die Verbrechen des ‚Rechtsstaates' und der ‚freien' Wirtschaft an Frauen, Gewalt gegen politische und andere Gefangene, gegen Vergewaltigung.

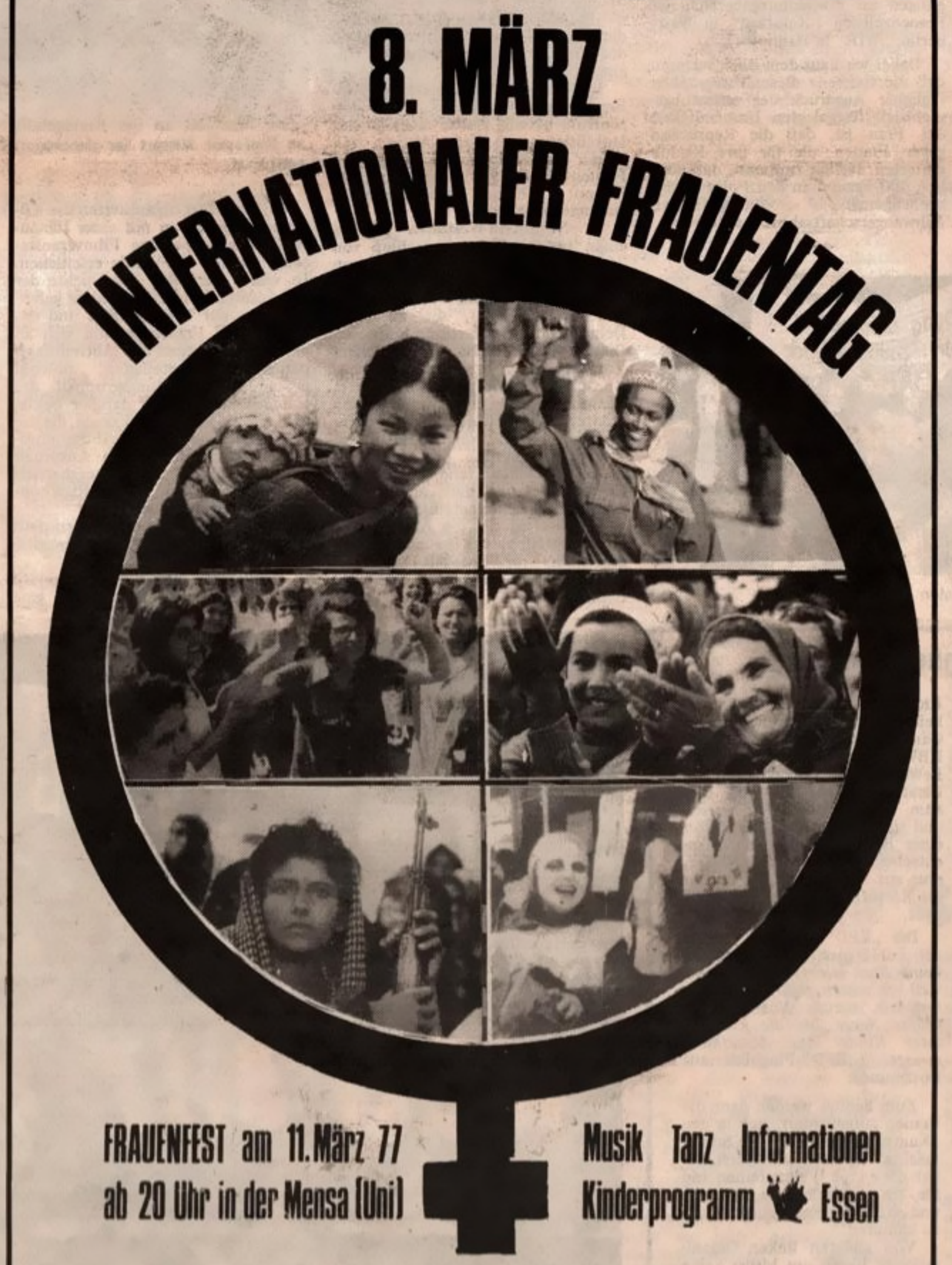
Nur zwei Zahlen zur Veranschaulichung: Alle 15 Minuten wird in der BRD eine Frau vergewaltigt, jede dritte Ehefrau wird geprügelt.

Angesichts dieser Tatsache sind die Frauenhäuser, die nach englischem Vorbild auch in der BRD aufgebaut werden, eine gute und leider notwendige Einrichtung. Wir sollten darauf achten, daß sie in den Händen der Frauen bleiben. Wir brauchen selbstverwaltete Frauenhäuser und nicht wie in Berlin, wo Frauen aus dem „Öffentlichen Leben" die Sache in der Hand haben. Eine Initiative zur Weiterführung und Verbreiterung der Arbeit ist die Internationale Frauenkonferenz, die Pfingsten in Paris stattfinden wird, und auf der Frauengruppen aus verschiedenen Ländern über ihre Arbeit berichten und diskutieren wollen.

Eine weitere wichtige Aufgabe für uns ist die Arbeit im Rahmen des Russelltribunals über die politische Unterdrückung in der BRD. Die Repression gegen Frauen sollte besonders hervorgehoben werden; sie findet in allen Bereichen statt: Kriminalisierung der Frauenbewegung, Unterdrückung im Rahmen des § 218, Berufsverbote für Frauen usw. Die Materialien müssen gesammelt werden und dem Tribunal vorgelegt werden.

Frauen an die Arbeit, es gibt viel für uns zu tun!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg



Zwei Jahre BVG-Urteil – der Kampf muß weitergehen!

Der 25.2.1975 - der Tag, an dem das Bundesverfassungsgericht die Fristenlösung für „verfassungswidrig" erklärte - wurde auch in diesem Jahr wieder zum Kampftag gegen den § 218.

Die Bewegung gegen den § 218, die am 25.2.1975 einen ihrer Höhepunkte hatte, verfiel erst einmal in Ratlosigkeit, wie der Kampf gegen den § 218 in Zukunft zu führen sei.

Der KBW tauchte zu diesem Zeitpunkt mit der Wunder-Parole „Volksentscheid gegen den § 218" auf, womit er noch einmal im Herbst '75 eine nationale Massendemonstration durchführen konnte.

Wir vertraten zu diesem Zeitpunkt die Meinung, daß trotz einer verlorenen Schlacht (BVG-Urteil) der Kampf gegen den § 218 nicht verloren sei und daß es außerdem in Zukunft darum gehen müßte, der zu erwartenden Kriminalisierung und weiteren Verschärfung der Anwendung des § 218 die Stirn zu bieten.

Verabschiedung des neuen Gesetzes

Am 21. Juni '76 trat das sogenannte „Indikationsmodell" in Kraft. Dies ist als Antwort auf die Kämpfe der Frauenbewegung zu sehen, entspricht aber in keiner Weise den Forderungen der Frauen, denn die Hauptparole der Frauenbewegung war und ist: WEG MIT DEM § 218!

Seit der „Neuregelung" des Paragraphen versuchen SPD und DGB, ihn als „machbare Reform" zu verkaufen. Diese „Reform" hat das Ziel gehabt, Illusionen bei uns über eine „freiere Abtreibungspraxis" zu wecken und damit die Bewegung gegen den § 218 zu schwächen und zu spalten. Insbesondere dort, wo die SPD an der Regierung ist und auch dort wo es eine breite Frauenbewegung gibt, versuchen die Herrschenden durch Scheinzugeständnisse in Form einer liberaleren Handhabung" die Bewegung ruhig zu halten. Doch machen wir uns nichts vor:

Jede noch so liberale Handhabung stellt letztlich eine Bevormundung für die Frauen dar und enthält ihnen ihr fundamentales Recht vor - nämlich selbst zu entscheiden über ihren Körper und ihr eigenes Leben! Nach 6 Monaten Praxis des neuen Gesetzes hat sich gezeigt, daß von einer in der Neufassung versprochenen Reform nicht die Rede sein kann, sondern daß es in der Praxis weiterhin darum geht, den Frauen die Abtreibung nicht zu bewilligen. In vielen Fällen wird versucht, die nach dem Gesetz geschaffenen Möglichkeiten einer sozialen Indikation wieder rückgängig zu machen, um so das Gesetz zu unterlaufen. Daß sich die Situation für Frauen, die einen legalen Schwangerschaftsabbruch wollen, vielerorts tatsächlich verschlechtert hat, wird durch die Presseerklärung, die von 17 Beratungsgruppen aus Frauenzentren in der BRD im September herausgegeben wurde, bestätigt. Dennoch hat sich die irreführende Berichterstattung in der bürgerlichen Presse und den Gewerkschaftsorganen, daß eine „Liberallisierung" stattgefunden hätte, auch im Bewußtsein von Teilen der Frauenbewegung niedergeschlagen.

Nicht nur in der Auseinandersetzung mit den Frauengruppen, sondern selbst von unsererm eigenen Genossinen vernehmen wir, daß „mit dem § 218 doch sowieso kein Hund mehr hinter dem Ofen vorzulocken ist"! Da kamen Argumente wie: „Hier in ... werden doch 90% der Abtreibungen eh genehmigt, wie soll denn da noch was los sein?". Da kann man nur drauf antworten, 90% sind schon fast 100%, da können wir ja ganz zufrieden sein.

Diese Argumente beweisen, daß viele Frauen, die noch vor einiger Zeit sehr aktiv in der Bewegung gegen den § 218 gearbeitet haben, sich heute mit seiner Existenz nicht nur abgefunden, sondern teilweise sogar angefreundet haben, weil es angeblich speziell bei ihnen eben nicht gar so schlecht aussieht wie in anderen Städten oder Bundesländern.

Auch ein Überblick über die in der BRD erscheinenden Frauenzeitungen ergibt, daß der § 218 kaum mehr Thema der Frauenbewegung ist. Wenn überhaupt etwas dazu erscheint dann nur in Form eines Erfahrungsberichts über die Abtreibungsbedingungen im Erscheinungsbereich der Frauenzeitung („Courage" in Westberlin, „WIR" in Hannover).

Dabei wird aus dem Blick verloren, daß die Existenz dieses Paragraphen täglicher Ausdruck der verfassungsrechtlich festgelegten Unmündigkeit der Frau ist, daß die Repression gegen Frauen, die für ihre Rechte eintreten, täglich zunimmt, daß jährlich 500 Frauen an den Folgen eines unsachgemäß durchgeführten Schwangerschaftsabbruchs sterben.

Bei diesen gesellschaftlichen Zuständen nützt es gar nicht so sehr viel wenn wir statt auf Abhilfe auf Selbsthilfe sinnen. Vielfach wird eine „neue Weiblichkeit", „neue Innerlichkeit" propagiert, die uns helfen soll, uns mit unserer Unterdrückung abzufinden und es uns dennoch ganz schön zu machen.

Doch es wird uns letztendlich nicht gelingen uns so eine Oase in dieser Gesellschaft zu schaffen, denn wir werden immer wieder mit den gesellschaftlichen Bedingungen konfrontiert: Überfälle auf Frauenzentren, auf Alternativprojekte usw. sind heute auf der Tagesordnung. Die bürgerliche Presse hat es sich zur Aufgabe gemacht, wo immer es geht, fortschrittliche Menschen zu diffamieren und deren Initiativen in Mißkredit zu bringen. Wir können nicht vor diesem Staat und seiner Macht fliehen, wir können uns nur damit abfinden oder den Kampf dagegen aufnehmen!



Kundgebung gegen den § 218 in Bremen: HfSS-Frauen, KB-Frauen, Krankenhausfrauen und Unorganisierte machen Straßentheater...

Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!

Es hat sich gezeigt, daß in diesem Jahr zum Kampf gegen den § 218 nur etwas in Gang gesetzt werden konnte, wenn man den Kampf gegen die verbreitete Resignation aufnahm und sich mit ihr auseinandersetzte.

In vielen Städten der BRD fanden am 25. und 26.2. Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen statt, die zwar nicht die Breite der letzten Jahre aufweisen konnten, aber dennoch Zeugnis ablegen von der Tatsache, daß die Frauen nach wie vor bereit sind, sich gegen ihre Unterdrückung zu wehren.

In Hamburg fand am 25.2. eine von der Aktionseinheit Hamburger Frauengruppen initiierte Demonstration statt, an der sich 2000 Menschen beteiligten, trotz extrem schlechten Wetters. Nach der Rede der Frauen-AE wurde eine Grußadresse der Jungdemokraten verlesen, in der sie auf die klassenbedingte Unterdrückung der Frau in dieser Gesellschaft eingingen.

In Westberlin demonstrierten 400 Frauen gegen den § 218. Das Frauen zentrum beteiligte sich nicht an der Mobilisierung zu dieser Aktion, weil in der die Demonstration tragenden Frauen-AE KB-Frauen sind und das FZ mit „K-Frauen" nichts gemeinsam machen will!

In Nordrhein-Westfalen gab es einen breiten Zusammenschluß von 26 Frauengruppen, Frauenzentren
und Frauenzeitungskollektiven und
einen breiten Zusammenschluß von 26 Frauengruppen, Frauenzentren
und Frauenzeitungskollektiven und einigen Organisationen wie KB, GIM und MIR (Chile), die zu einer Demonstration in Dortmund aufriefen. Diesem Aufruf folgten 800 Menschen. Vorausgegangen war dieser Demonstration eine große Anzahl kleinerer Aktionen in den umliegenden Städten NRW's, wie Köln, Mönchengladbach, Waltrop, Hattingen, Castrop-Rauxel u.a..

In Aachen fand sogar eine Kirchenbesetzung statt, an der sich ungefähr 40 Leute beteiligten.

In Bielefeld rief die Abtreibungsberatungsgruppe des Frauenzentrums gemeinsam mit den KB-Frauen zu einer Veranstaltung auf, zu der 100 Leute kamen.



...im Anschluß an die Kundgebung findet eine spontane Demonstration zu Professor Niesert (er denunzierte eine Frau, illegal abgetrieben zu haben) statt.

In Frankfurt organisierten die KB-Frauen gemeinsam mit einer Hanauer Frauengruppe eine Filmveranstaltung, zu der 100 Leute erschienen.
Es wurde der Film „Geschichte der
er Frauengruppe eine Filmveranstaltung, zu der 100 Leute erschienen.
Es wurde der Film „Geschichte der A." gezeigt. Leider ist es nicht gelungen, daß der Frauen-AStA und das Frankfurter Frauenzentrum sich an einer Aktion gegen den Abtreibungsparagraphen beteiligten, obwohl gerade die Beratungsgruppen des Frauenzentrums sich darüber beklagen, daß sie von vielen Frauen, die die von ihnen organisierten Abtreibungsfahrten nach Holland in Anspruch nehmen, als Dienstleistungsbetrieb betrachtet werden, keine Rückkoppelung stattfindet usw.

In Stuttgart und Darmstadt machten einige Frauen Straßenagitation gegen den § 218.

In Bremen hatten sich ungefähr 30 Frauen zusammen auf eine Straßenagitation vorbereitet, die sie mit Musik und Theater in der Bremer Innenstadt vorführten. Weil sie in der Bremer Innenstadt eine Kundgebung
nicht genehmigt bekommen hatten.
Innenstadt vorführten. Weil sie in der Bremer Innenstadt eine Kundgebung
nicht genehmigt bekommen hatten, formierten sie sich zu einer kleinen Demonstration, der sich spontan Menschen anschlossen, so daß an der Kundgebung ungefähr 100 Menschen teilnahmen, die die vorbereiteten Liedertexte nahmen und mitsangen. Nach der offiziellen Kundgebung wurde ncoh eine kleine Ansprache zu einem Professor gehalten, der schuld war an der Verurteilung einer Frau wegen Beihilfe zur Abtreibung. Spontan wurde beschlossen, diesem Herrn gleich einen Besuch abzustatten. Da die Demo nicht angemeldet war, versuchten zunächst 2 Polizisten, sie anzuhalten, was ihnen aber nicht gelang. Vor dem Hause des Herrrn Professors wurde eine kurze



218-Demonstration in Nordrhein-Westfalen

Die westdeutsche „Linke" zum 25.2.

Der KBW ließ es sich auch in diesem Jahr nicht nehmen, gegen die Frauen zu pöbeln. So wurden den Demonstrationsteilnehmer als „bürgerlich" angemacht, weil sie für das Selbstbestimmungsrecht der Frau und nicht für „Volksentscheid" eintreten. Dabei ist doch - nach Meinung des KBW - die Forderung nach „Volksentscheid" die einzige Forderung, unter der sich die Einheit herstellen läßt. Aber das kennen wir ja schon.

Ebenfalls bekannt war uns das Argument, daß die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Frau „bürgerlich" sei, weil die Frauen Kinder haben wollen und nur durch die sozialen Bedingungen gezwungen werden zur Abtreibung. Nach Meinung des KBW braucht man nur die sozialen Bedingungen zu schaffen, in denen die Frauen ein Kind nach dem anderen haben wollen, weil es ja ihre ursprüngliche Bestimmung ist, Kinder zu kriegen, und gegen „die Natur" wollen wir uns doch nicht etwa wehren, oder? Ein dritter Einwand gegen die Aktion zum Jahrestag war, daß zur Zeit keine Bewegung da sei. Richtig ist, daß wir Schwierigkeiten hatten, Aktionen in Gang zu setzen, aber redet der KBW nicht immer von einer Bewegung des Volkes gegen die Beratungsstellen, die von ihm zum Sturm auserkoren waren, und spricht er nicht dauernd von einer Bewegung für den Volksentscheid gegen den § 218? Tja, raus aus den Kartoffeln, rein in die Kartoffeln, je nachdem wie's paßt.

Die „KPD" „kämpft" gegen den § 218 „*weil wir wissen, daß keine Frau leichtfertig abtreibt, weil wir wissen, daß die Arbeitslosigkeit, soziale Not und die größte Sorge um die Zukunft ihrer Kinder zur Abtreibung zwingt...*"(„KPD"-Flugblatt aus Dortmund).

Zum Schluß werden dann die Frauen aufgefordert, sich in den „Kampf gegen die beiden Supermächte" (speziell selbstverständlich die eine!) einzureihen und für ein „unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland" zu kämpfen.

Von anderen linken Organisationen liegen uns bisher keine Stellungnahmen o.ä. vor.



ca. 2.000 Menschen auf der Demonstration in Hamburg

Kundgebung gehalten, nachdem ihm zur Erinnerung zwei Stellschilder an die Tür gehängt worden waren. Auf dem Rückweg kamen 4 Überfallwagen auf den Demonstrationszug zu. Die Bullen bezichtigten die Demonstrationsteilnehmer des Hausfriedensbruchs (wegen der Stellschilder an der Haustür) und wollten deren Personalien aufnehmen. Die Frauen ließen sich jedoch nicht einschüchtern, sondern fingen wieder an zu singen „Frauen kommt her" und marschierten weiter. Die Bullen zogen unverrichteter Dinge wieder ab. In guter Stimmung feierte dann ein Gutteil der Demo-Teilnehmer in einer Kneipe die gelungene Aktion, an der sich nur einzelne Frauen des Bremer Frauenzentrums beteiligt hatten.

In Oldenburg haben unsere Genossinnen, die Werkstattfrauengruppe und die „Aktion gegen den § 218" eine Verkleidungsaktion durchgeführt.

In Göttingen machten die KB-Frauen gemeinsam mit der Frauengruppe Medizin eine Veranstaltung, zu der ungefähr 50 Menschen erschienen.

In Hannover wurde von unseren Genossinnen lediglich ein Flugblatt verteilt, nachdem das Frauenplenum sich geweigert hatte, gemeinsam mit „K-Frauen" eine Veranstaltung oder Demonstration vorzubereiten. Einige Frauengruppen aus dem Frauenplenum werden jetzt Anfang März in verschiedenen Stadtteilen Veranstaltungen zum § 218 und anderen Themen machen.

In Kassel fand eine von unserer Frauengruppe und der Frauenarbeitsgruppe getragene Veranstaltung statt, an der 80 Menschen teilnahmen. Vorausgegangen war dieser Veranstaltung eine Auseinandersetzung mit dem Frauenzentrum, das eine Teilnahme an der Veranstaltung mit verschiedenen Argumenten ablehnte: „218 interessiert uns nicht mehr", „Ihr wollt nur unserer guten Namen mißbrauchen".(Wofür?)

In Flensburg folgten dem Aufruf zur Demonstration 180 und dem Aufruf zur Veranstaltung 100 Menschen. Getragen wurden die Aktionen vom KB, von der Flensburger Frauengruppe und von den Frauengruppen Kappeln, Niebüll und Westerland. Aufgrund dieser gemeinsamen Aktion haben die Frauen beschlossen, in Schleswig-Holstein eine Frauenaktionseinheit zu bilden.

In Lübeck beteiligten sich an der vom Frauenzentrum organisierten Demo 150 Menschen, an einer Veranstaltung 170. Wohlwollende Unterstützung erfuhren die Frauen aus dem FZ von Journalistinnen, die über die Aktion berichteten, und von der Humanistischen Union.

In Kiel fand eine Demo mit 60 Leuten statt, zu der der KB und der „Arbeitskreis Frauen gegen AKW" aufgerufen hatten.

In Anbetracht der Tatsache, daß es zum Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen von Seiten der Frauenbewegung in letzter Zeit kaum Aktivitäten gegeben hat, können die Aktionen, die zum diesjährigen 25.2. stattgefunden haben, als Erfolg gewertet werden, den es weiter auszubauen gilt. Der Kampf gegen den § 218 ist nicht zu Ende, er muß wieder entfacht werden, bis dieser frauenfeindliche Paragraph gefallen ist.

Weg mit dem § 218!
Für die vollständige Legalisierung der Abtreibung!
Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau!



Demo in Flensburg
Demo in Flensburg

Aktion in Darmstadt

Mit Liedern gegen den § 218 und gegen die Unterdrückung der Frau protestierten Frauen in der Innenstadt Darmstadts am 25.2. gegen den § 218. Diese Aktion wurde von der KB-Frauengruppe organisiert, aber auch von Unorganisierten getragen.

Mit weiß geschminkten Gesichtern, dicken Bäuchen und auffälligen Kleidern zogen wir durch die Einkaufspassagen. Durch unsere Lieder und Aussehen erregten wir größeres Aufsehen, viele Leute wir zu singen hatten und nahmen unsere Flugblätter, in denen wir die Verschärfung der Abtreibungssituation durch den „reformierten" § 218 darstellten und die Notwendigkeit, uns gegen diesen Unterdrückungsparagraphen wieder stärker zu wehren.

Uns allen hat diese Sache großen Spaß gemacht und vor allem ermutigt, öfters „Aufsehen zu erregen".

Frauen im KB/Gruppe Darmstadt

Was frau/man erleben kann

auf der Suche nach Bündnispartnern für den Kampf gegen den §218!

Wir wollten viele Gruppen selbst aufsuchen, um mit ihnen über den Kampf gegen den § 218 diskutieren zu können. Hier ein Teil unserer Erfahrungen:

Fachschaftsliste Bochum: Die Fachschaftsliste (FSL) unterstützte das erste Treffen mit einem eigenen Flugblatt. Aber ein Teil der Flugblätter wurde gar nicht verteilt. Die angekündigte Delegierte der FSL erschien zu keinem Treffen. Eine Diskussion in der FSL über den § 218 wurde zuerst verschoben – und fiel dann aus! Wir schließen daraus, daß für die FSL der Kampf gegen den § 218 uninteressant ist, zumindest für diejenigen, die sich zur Zeit dort noch durchsetzen können.

MSB Bochum: Der MSB hatte die Herausgabe eines ASTA-Infos über unseren Aufruf abgelehnt, da in ihm den Fristenreglern die Spaltung vorgeworfen würde. Das sei aber falsch, denn die § 218 - Bewegung sei schon immer für die Fristenregelung gewesen. Sie selber machten gar nichts zu § 218.

Uni-VV Bochum: Die Mehrheit der Uni-VV stimmt dagegen, eine § 218-Resolution zusätzlich auf die Tagesordnung zu setzen. Alles ohne Diskussion. Ein großer Teil der FSL enthält sich der Stimme.

KABD/Bochum (Studentenorganisation): Wir erhielten einen kurzen Lehrgang darüber, wie Kommunisten in spontanen Bewegungen arbeiten müssen. Aber gegen den § 218 seien sie auch. Aktivitäten: keine!
keine!

Arbeiterbund/Bochum (Studentenorganisation): Unser Aufruf entspräche nicht ihren Anforderungen. Die Frauenbewegung sei kleinbürgerlich, und Arbeiterfrauen müßten im Kampf der Arbeiterklasse einbezogen werden. Das könne man aber nicht im Kampf gegen § 218, sondern an anderen Problemen, zum Beispiel der Frauenarbeitslosigkeit. Speziell zum § 218 würden sie nichts machen, weil sie andere Schwerpunkte setzen.

Gruppe „Rheinische Zeitung": Bochum: Der Kampf gegen den § 218 ist k e i n e sozialistische Politik! Weil der Kampf gegen den § 218 von den Frauen ausgeht, sei er eine bürgerliche Interessenvertretung. Außerdem sei der § 218 im Rahmen des bürgerlichen Staates zu lösen. Es sei insgesamt unverständlich, wieso das Kapital diesen Paragraphen brauchen soll. Also: der § 218 ist kein Klassenparagraph!

Und aus obengenannten Gründen würden sie sich auch nicht an § 218-Aktivitäten beteiligen! Ihre Standpunkte wollen sie demnächst veröffentlichen!

Dieser Überblick zeigt deutlich das Desinteresse vieler Organisationen in dieser Frage. Wir werden aber trotzdem dafür kämpfen, daß sich auch gemischte, fortschrittliche Gruppen an den Frauenkämpfen beteiligen.

Frauengruppe im KB/Gruppe Bochum
KB/Gruppe Bochum

Pfarrkirche in Aachen besetzt!

Am 25.2., dem Jahrestag des reaktionären Bundesverfassungsgerichtsurteils, besetzte das Frauenzentrum Aachen die katholische Pfarrkirche St. Foillan, ein zentraler Ort in der Mitte des Einkaufsgebietes, direkt neben dem Aachener Dom. Vor der Kirche wurden Flugblätter verteilt, in denen gegen das Indikationsmodell protestiert wurde und Informationen über die Anwendung des „neuen" § 218 speziell in Aachen gegeben wurden. Weiterhin wurde konkret auf die Kirchenbesetzung eingegangen und erklärt, daß mit dieser Aktion nicht die Glaubensfreiheit des einzelnen angegriffen werden solle, sondern daß sich der Protest gegen die Institution Kirche, speziell in ihrer Rolle in der Auseinandersetzung um den § 218, richtete. Sowohl in als auch vor der Kirche erklangen Frauenlieder, die sehr zur kämpferischen Stimmung beitrugen. Mit Megaphon wurde daneben über das Karlsruher Urteil und die miese Lage der Frauen in Aachen, die eine Abtreibung vornehmen lassen wollen, informiert.

Es gibt in Aachen nur ein staatliches Krankenhaus, das Abtreibungen überhaupt durchführt, nämlich die Uni-Klinik. Alle anderen Krankenhäuser sind konfessionell und weigern sich strikt, eine Schwangerschaftsunterbrechung vorzunehmen. Die einzige anerkannte, nicht konfessionelle Beratungsstelle ist Pro Familia. Hier werden soziale Indikationen ausgestellt, doch nicht jede Frau erhält auch tatsächlich eine Notlagenindikation. Teilweise werden die Frauen zudem aufgefordert, ihre Namen anzugeben, was eine Registrierung in einer Kartei bedeutet.

Da außer in der Uni-Klinik keine Möglichkeit besteht, eine Abtreibung vornehmen zu lassen und der Chefarzt der Gynäkologie nur Indikationen von „Ärzten seines Vertrauens" akzeptiert, sind viele Frauen gezwungen, entweder in das fünf Kilometer entfernte Holland zu fahren oder in Aachen illegal abzutreiben. Dies bedeutet aber ein großes finanzielles Problem und ist für die Masse der Frauen nicht möglich. Während der Diskussionen mit den Passanten wurde dies auch mehrmals angesprochen und auch viele ältere Frauen stimmten den Parolen „Weg mit dem BVG-Urteil" und „Weg mit dem § 218" zu.

KB-Sympathisanten Aachen



Aachen: Vor der Kirche St. Foillan: Frauen demonstrieren

England: Abtreibungsgesetz soll verschärft werden

Gegen das relativ liberale englische Abtreibungsgesetz ist in der zweiten Lesung im Unterhaus mit Mehrheit ein sogenannter „Reformentwurf" angenommen worden, mit dem die Reaktionäre ein Verbot der Abtreibung anstreben.

„Nach dem alten englischen Abtreibungsgesetz ist der Schwangerschaftsabbruch in den ersten 28 Wochen erlaubt, wenn zwei Ärzte einen solchen Eingriff befürworten. Die Gründe für die Befürwortung können medizinisch als auch sozial sein. In der Praxis wird in 90 % aller Fälle ‚Gefahr für die seelische Gesundheit der Mutter' angegeben. Eine nach dem Gesetz von 1967 befürwortete Abtreibung wird kostenlos zu Lasten des nationalen Gesundheitsdienstes vorgenommen. Daneben haben sich freilich Privatärzte das liberale Gesetz zunutze gemacht, indem sie Abtreibungen gegen Honorar – besonders an Ausländerinnen – vornahmen".

In dem reaktionären Gesetzesvorschlag soll die Frist für erlaubte Abtreibung von 28 auf 20 Wochen verkürzt werden. Ärzte, die als Gutachter für den Eingriff fungieren, sollen eine Berufspraxis von mindestens fünf Jahren nachweisen.

Der größte Hammer ist allerdings, daß der POLIZEI die Vollmacht gegeben werden soll, Kliniken zu inspizieren und die medizinischen Akten von Patienten einsehen zu können!

Für ausländische Patienten soll es erschwert werden, eine Abtreibung in England zu erhalten (zitiert nach „Frankfurter Rundschau", 2.3.77).

Die endgültige Verabschiedung des Gesetzes steht noch aus.

KEIN ABTREIBUNGSVERBOT IN ENGLAND UND AUCH NICHT ANDERSWO!

Arbeitsgruppe Frauen/ KB/Gruppe Hamburg

Irren ist ärztlich!

Im Sommer machte ich eine Pillenpause. Meine Regel setzte pünktlich ein, jedoch das zweite Mal blieb sie aus. Ich ging zu einem mir empfohlenen Gynäkologen. Der untersuchte mich, konnte nichts feststellen und schob das Ausbleiben der Regel auf mein Examen, in dem ich gerade stand. Ich ließ sicherheitshalber einen Schwangerschaftstest in der Apotheke machen, der auch negativ ausfiel. Als dann meine Regel wiederum ausblieb und ich Schmerzen im Unterleib bekam, ging ich wieder zum Arzt. Wiederum konnte er nichts feststellen und schob meine Schmerzen auf die ausgebliebene Regel. Er verschrieb mir Tabletten, durch die eine Blutung hervorgerufen wird. Diese Tabletten nahm ich und bekam dann auch eine Blutung. Am nächsten Tag gegen Abend bekam ich furchtbare Krämpfe im gesamten Leib; ich konnte gar nicht lokalisieren, von welcher Stelle das überhaupt ausging. Mein Freund fuhr mich zum Notarzt, der mir eine Spritze gegen Krämpfe gab. Dem erzählte ich die ganze Geschichte und er riet mir dringend, so schnell wie möglich zum Gynäkologen zu gehen. Das tat ich natürlich, doch mein guter Gynäkologe, so schien es mir, wußte mit mir überhaupt nichts anzufangen.

Es machte mir ziemlich Mühe, auf den Untersuchungsstuhl zu klettern und während der Untersuchung hatte ich ziemliche Schmerzen. Ja, die kämen daher, meinte der Arzt, weil ich nun endlich eine Blutung hätte und da wäre alles etwas druckempfindlich. Zu meinen Krämpfen konnte er leider gar nichts sagen; ich solle mich in einer Woche nochmal melden.

Was passierte weiter? Ich ging zu einem Urologen, den ich bereits kannte. Der untersuchte mich, überwies mich sofort ins Krankenhaus, in das ich mit Blaulicht gefahren wurde. Dort wurde ich nach etwa 30 Minuten, nachdem ich untersucht worden war, operiert. Tatsache war, ich hatte eine Eileiterschwangerschaft und die Operation war sozusagen auf den letzten Drücker erfolgt.

Ich glaube nicht, daß sich die ganze Sache abtun läßt mit dem Satz, daß Ärzte auch nur Menschen sind und sich irren können. Meiner Meinung nach hat dieser Gynäkologe extrem fahrlässig gehandelt. Hätte ich ihm bedingungslos vertraut, wie das noch viele Menschen ihren Ärzten gegenüber tun, hätte ich mit ziemlicher Sicherheit ins Gras gebissen.

Eine Braunschweiger Genossin

Eine „kleine" Schlamperei...

Nachdem sich meine Regel etwa um eine Woche verzögert hatte, las ich mir die Gebrauchsanweisung meiner Pille durch, um festzustellen, ob ich Fehler bei der Einnahme gemacht hatte.

Dabei stieß ich auf folgenden Absatz *„Bitte vergessen Sie auf keinen Fall, Ihren Arzt zu informieren, ob sie Medikamente einnehmen, die die Wirkung von Yeronil beeinträchtigen können. Solche Medikamente sind z.B. barbitursäurehaltige Schlafmittel etc. In diesen Fällen dürfen Hormonpräparate entweder gar nicht oder nur unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen angewendet werden".*

Darauf hatte mich der Arzt jedoch mit keinem Wort hingewiesen, der mir makabrerweise am gleichen Tag, als er mir ein barbitursäurehaltiges Schlafmittel verschrieb, ein neues Rezept für die Pille ausstellte.

Als er vor kurzem zur Rede gestellt wurde, meinte er nur, daß deshalb auf keinen Fall eine Schwangerschaft eingetreten sein könne, obwohl der Arzt, zu dem ich übergewechselt bin, sofort bestätigte, was in der Gebrauchsanweisung stand.

In der Flensburger Frauengruppe wollen wir in Zukunft solchen Typen zu zweit oder zu mehreren auf den Pelz rücken, um selbstbewußter ihre Behandlungsweisen zu kontrollieren.

Eine Flensburger Genossin

(Himmlischer) Lohn für Hausarbeit?

Eine besonders depperte Variante christlicher Frauenverarschung fanden wir im „Wachtturm" vom Oktober '76, dem Blatt der Zeugen Jehovas. Ein Artikel „Gute Hausfrauen" verbrät schlimmste Hausfrau- und Mutterideologie, und alles mit Hilfe und Unterstützung eines Uraltexperten in Sachen Frauenfragen, eines biblischen Sprücheklopfers namens König Lemuel. Wo seine Sprüche nicht reichen, wird noch etwas unter- und ausgelegt, auf die heutige Zeit interpretiert, und es erscheint der Wachtturm-Herren Super-(Haus) Frau-Idol – zum Wohl der(s) Herren, im Himmel wie auf Erden.

Das hört sich nach „Sprüche Lemuels" etwa wie folgt an: „*Eine tüchtige Ehefrau, wer kann sie finden? Ihr Wert geht weit über den von Korallen. Auf sie hat das Herz ihres Besitzers* (!) *(ihres Mannes) vertraut und es mangelt nicht an Gewinn*". Sie ist „*aber nie auffällig und unschicklich angezogen*" ..; „*auch steht sie auf, während es noch Nacht ist und gibt ihren Hausgenossen Speise*", „*ihre Hände hat sie nach dem Spinnrocken ausgestreckt*".

Und breit werden Lemuels Andeutungen ausgedeutet: „*Als treue Ehefrau und Mutter hilft sie ihrem Mann, die Kinder zu belehren und ermuntert diese auch, die Zucht und Belehrung des Vaters anzunehmen. Sie ist nicht selbstsüchtig, sondern sehr gütig und großzügig*". Und, ganz weltlich, wird ihre Rolle als Zuverdienerin mit freundlicher Genehmigung des Herrn feinsinnig umschrieben: „*Ihr Mann vertraut ihr in Verbindung mit der Haushaltsführung auch gewisse andere Geschäfte an. Sie erledigt sie alle mit seiner Zustimmung und unter seiner Leitung*". Wenn sie sein Haus in Schuß hat, alle umsorgt und liebevoll und gütig behandelt wurden, ihr Tag vom Morgengrauen bis zur Nacht dauerte, darf sich ihr Wirken auch noch über das Haus hinaus erstrecken, zum Zwecke der Vermehrung seines Reichtums; oder wie Lemuel es biblisch ausdrückte: Auch ein paar selbstgefertigte Gürtel und gewebte Untersachen an die Händler verscherbeln.

Stutzig macht allerdings, wenn die Wachttürmler etwas wehmütig von den alten Zeiten schwärmen: „*Auf alle Fälle konnte sich der Mann, wenn er das Haus verließ, um zur Arbeit zu gehen, darauf verlassen, daß sich seine tüchtige Frau richtig um den Haushalt kümmern würde. Am Ende des Tages graute ihm nicht davor, nach Hause zu gehen, denn er kam nicht in eine ungemütliche, von einer faulen Frau vernachläßigte Wohnung. Nein, seine Gehilfin* (!) *teilte ihre Arbeit so ein, daß sie nichts vernachlässigte und ihm so keinen Anlaß zur Unzufriedenheit gab. Der Mann freute sich daher, in sein gemütliches, gepflegtes Heim zurückzukehren*".

Das klingt ja fast so, als gäb's Anlaß zum Klagen? Rebellieren jetzt auch schon die Zeuginnen Jehovas? Müssen die Herren etwa mit Löchern in den Strümpfen losziehen, wird das Mahl nicht mehr köstlich bereitet? ... Wir hegen Hoffnungen. Hoffnungen, daß die frommen Wünsche, die im Schlußsatz ausgesprochen werden – „*das Wichtigste aber ist, daß diese christlichen Frauen die Genugtuung haben können, als ‚gute Hausfrauen' Jehova Gott zu gefallen*" – der Teufel hole und daß auf himmlisches „Vergelt's Gott" keine Frau mehr hereinfällt.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frauenfest in Bremen

Am 12.2. fand in Bremen das erste Frauenfest statt, veranstaltet vom Frauenzentrum. Während das Fest nachmittags hauptsächlich von Müttern mit ihren Kindern besucht wurde, kamen abends über 300 weitere Frauen. Es gab zu Essen, zu Trinken, es wurde gesungen und getanzt und gelacht. Ein Film über das Frankfurter Frauenzentrum stieß auf reges Interesse bei den Besucherinnen.

Etwas fehlte allerdings auf diesem Fest: Es gab keinerlei Informationen über das Frauenzentrum und über die verschiedenen Frauengruppen – nur die Frauen der Hausfrauengruppe hatten mit einer sehr schönen Fotomontage ihre Probleme dargestellt. Wir meinen allerdings, daß gerade zu einem Fest, zu dem viele Frauen kommen, die noch nie im Frauenzentrum waren, Informationen über die Gruppen und deren Arbeit gehören, daß auch die Auseinandersetzung mit anderen Gruppen dorthin gehört.

Wir (die KB-Frauen) wollten auf diesem Fest einen Frauenbüchertisch aufbauen, der vorher von uns angekündigt und „genehmigt" worden war. Auf dem Fest dann wurde er uns von einigen Frauen verboten, mit Begründungen wie: wir würden im Frauenzentrum keine Beiträge bezahlen, wir hätten den Tisch nicht angemeldet (was beides nicht zutrifft!), wir würden das Geld, das wir einnehmen, nicht spenden (der Erlös dieses Festes sollte zur Hälfte einem neuen Frauenzentrum zugutekommen, zur anderen Hälfte dem Frauenhaus).

Von einer Frau kam die Begründung: „Politische Organisationen haben hier nichts zu suchen". „Wir wollen hier keine Kommunisten".

Wir sind eine Gruppe im Frauenzentrum und wir wissen, daß nicht alle Frauen mit uns übereinstimmen; wir wissen aber auch, daß es keinen einheitlichen Standpunkt im Frauenzentrum gibt. Wenn diese unterschiedlichen Standpunkte nicht einfach mit „dem Mantel der Liebe" zugedeckt werden sollen, ist es notwendig, eine Auseinandersetzung zu führen.

Daß anstelle einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit uns und unserer Frauenarbeit ein Verbot unseres Auftretens oder Zensur tritt, liegt unserer Meinung nach daran, daß es den Frauen unangenehm ist, immer wieder von uns angepiekst zu werden, aktiv zu werden.

Deutlich geworden ist das an unserer § 218-Aktion, zu der wir ständig versucht hatten, die Frauen aus dem Zentrum zu begeistern, mitzumachen. Es gab keine Resonanz. Da wir uns unserer Sache kurz vor der Aktion sehr sicher waren, berichteten wir im Frauenzentrum begeistert davon. Reaktion: „Wir wollen nicht immer moralisch von euch unter Druck gesetzt werden!"

Das heißt, allein die Tatsache, daß wir etwas machen, setzt die Frauen moralisch unter Druck. Unsere § 218-Aktion war übrigens ein voller Erfolg; leider hatten sich nur sehr, sehr vereinzelt Frauen aus dem Frauenzentrum beteiligt.

AG Frauen
KB/Gruppe Bremen

Dokumentation Judy Anderson

an alle frauenzentren, -gruppen und frauenprojekte,

wir wollen eine dokumentation zum „fall" judy anderson erstellen, um damit eine breitere öffentlichkeit zu erreichen, um damit die verlegung nach dänemark zu unterstützen, um aufzuzeigen, wie ungerecht frauen, homosexuelle frauen von der männerjustiz behandelt werden. die herstellung der dokumentation wird von einer initiativgruppe getragen.

wir bitten euch um gesammelte zeitungsausschnitte, bilder, fotos, artikel usw.. wir wollen nach möglichkeit den prozeßverlauf, die haftbedingungen, die täglichen schikanen, die vorstellungen von judy anderson dokumentieren. bitte unterstützt dieses vorhaben mit materialien, arbeit, spenden (verlag frauenpolitik, volksbank münster, nr. 800 006 400, stichwort judy anderson).
adresse: verlag frauenpolitik, wolbeckerstraße 78, münster.

Faschistische „Bevölkerungspolitik"

In Peru sind der Verkauf und Erwerb von empfängnisverhütenden ihre Sexual-Funktionen festzulegen, ihnen noch weiter das Recht tion von Koli-Bakterien gemessen wurde, beschränkte sich die Ge-

vertraut ihr in Verbindung mit der Haushaltsführung auch gewisse andere Geschäfte an. Sie erledigt sie alle mit seiner Zustimmung und unter seiner Leitung". Wenn sie sein Haus in Schuß hat, alle um- len" – der Teufel hole und daß auf himmlisches „Vergelt's Gott" keine Frau mehr hereinfällt.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

„Das Schweigen über Vergewaltigungen muß ein Ende haben!"

Unter dieser und anderen Parolen demonstrierten am 1.3. in Westberlin gut 1.200 Frauen. Anlaß war der Tod der 26jährigen Susanne Schmidtke, die am 3.2. vergewaltigt und durch Tritte und Schläge so mißhandelt wurde, daß sie drei Wochen später starb.

Organisiert wurde die Demonstration von einer Charlottenburger Frauengruppe (der Stadtteil, in dem die Vergewaltigung passierte), sie schrieben u.a. in dem Flugblatt zur Mobilisierung:...„*das ist kein Einzelfall...alle Viertelstunde wird eine Frau vergewaltigt.... Vergewaltigung wird in unserer Gesellschaft als rein sexuelles Delikt hingestellt, das dadurch entschuldigt wird: ‚Er brauchte halt eine Frau' oder den Frauen wird zynischerweise unterstellt, ‚sie haben's ja ganz gern' ... Vergewaltigung ist Gewalt gegen Frauen. Sie ist die krasseste Form der Machtausübung und Unterdrückung von Männern gegenüber Frauen...nicht erwähnt in den offiziellen Statistiken sind die Vergewaltigungen in der Ehe, da nach unseren bestehenden Gesetzen die Frau jederzeit ‚ihre ehelichen Pflichten' erfüllen muß. Vergewaltigungen in der Ehe sind die weitaus meisten Fälle der Vergewaltigung. Ein Beispiel dafür ist der Fall einer Frau, die zwei Tage nach ihrer Scheidung von ihrem Ehemann zum Geschlechtsverkehr gezwungen wurde. Sie erstattete Anzeige. Im Gerichtsverfahren wurde der Mann mit der Begründung vom Richter freigesprochen, das Scheidungsurteil sei noch nicht rechtskräftig. Solange hat der Mann also ein ‚Recht' auf den Körper ‚seiner' (!) Frau!*"

Obwohl die Demonstration nur sehr kurzfristig geplant werden konnte, kamen über 1.000 Frauen. Wir zogen mit Fackeln durch Charlottenburg; fast alle Frauen sangen das bekannte, zu diesem Zweck abgeänderte Widerstandslied „Wehrt euch – leistet Widerstand, gegen Vergewaltigung im Land...Schließt euch fest zusammen...".

Weitere Parolen waren:
- *Verwandelt Angst in Wut! Frauen wehrt euch gegen Vergewaltigung!*
- *Frauen, hört ihr Frauen schrein – laßt die Frauen nicht allein!*
- *Wenn wir Frauen NEIN sagen, dann meinen wir auch NEIN!*
- *Frauen gemeinsam sind stark!*

Auf der Abschlußkundgebung haben die Charlottenburger Frauen in zwei Reden u.a. aufgezeigt, daß Vergewaltigung nur eine (besonders krasse) Form der Unterdrückung ist. Andere sind: Leichtlohngruppen, § 218 usw. Sie zeigten auf, daß wir Frauen von Anfang an als ängstliche Wesen erzogen werden und daß dies eine starke Waffe der Herrschenden ist, denn „diese Angst ist uns so selbstverständlich, daß wir kaum noch drüber reden". Sie riefen dazu auf, sich gemeinsam und kämpferisch gegen die besondere Unterdrückung zu wehren.

Natürlich konnten sich am Rande des Demonstrationszuges eine Reihe von provokatorischen Frauenfeinden nicht entblöden und pöbelten die Frauen aufs Widerwärtigste an. Kaum besser waren aber auch in der Demonstration getragene Parolen wie:
- „In jedem Mann steckt ein Vergewaltigter", und
- „Entwaffnet Vergewaltiger"
- diese Parole war verziert mit einer Schere und einem Hackebeilchen! Wem das noch nicht klar genug war: „Schnipp, schnapp – Schwanz ab!"

Wie ernst einige (zum Glück wenige) Frauen dies meinen, bewiesen sie auch praktisch: Ein Mann, der sich aus Solidarität an der Demonstration beteiligen wollte, wurde mit einer brennenden Fackel aus dem Demo-Zug gejagt! Obwohl nur ein geringer Teil der Frauen solche Parolen riefen und auch einige Männer, die sich solidarisierten, in den Zug haben reinkommen können, ist auf der Kundgebung lediglich die Methode (mit brennenden Fackeln) verurteilt worden – prinzipiell wurden die Positionen, die dahinterstehen, geduldet.

Wir müssen sogar sagen, daß die Position „reine Frauen-Demo" bis in unsere Reihen vertreten wurde (und wird). Anstatt eine Auseinandersetzung darüber zu führen, daß wir für unseren Kampf auch jetzt schon Bündnispartner haben, haben wir uns opportunistisch der Anweisung „reine Frauen-Demo" gebeugt. Ganz zu schweigen von den Genossen! Sie sind lieber gleich zu Hause geblieben, anstatt – wie einige wenige andere Männer – den Frauen auf der Demonstration zu zeigen, daß es im Grunde keine Aufspaltung in „Frauenkampf" auf der einen und „Männerkampf" auf der anderen Seite geben darf!

Eine Westberliner Genossin

Faschistische „Bevölkerungspolitik"

In Peru sind der Verkauf und Erwerb von empfängnisverhütenden Mitteln verboten worden. Gleiche Maßnahmen wurden zuvor schon in den Nachbarländern Brasilien, Chile und Bolivien getroffen. Angeblicher Grund: Die Gebiete am Amazonas sollen dichter besiedelt werden („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 30.12.76).

Diesem Beispiel folgte die Regierung von Uruguay („FAZ", 15.1.77). Die Herstellung und der Verkauf von Verhütungsmitteln werden seither scharf kontrolliert, Ringe und Spiralen dürfen nur noch von Ärzten des öffentlichen Gesundheitsdienstes eingesetzt werden, also durch Personal, das unter direkter Kontrolle der Faschisten steht. Zusätzlich sollen Frauen unter 21 Jahren noch eine schriftliche Genehmigung beider Elternteile beibringen. Grund: Auch die Regierung von Uruguay fühlt sich etwas einsam und möchte mehr Menschen um sich haben; sie beklagt sich über zu geringen Geburtenüberschuß.

Es ist grundsätzlich eine Sauerei, Frauen ungewollte Schwangerschaften aufzuzwingen. Angesichts des in all diesen Ländern bestehenden Massenelends können für diese Maßnahme allerdings noch nicht einmal bevölkerungspolitische Gründe angeführt werden. Es wird darin vielmehr die zynische Absicht deutlich, die Frauen noch stärker zu demütigen und auf ihre Sexual-Funktionen festzulegen, ihnen noch weiter das Recht über den eigenen Körper einzuschränken. Zugleich soll damit das traditionell-chauvinistische Männerbild gestärkt werden, um die Spaltung des Volkes zu vertiefen.

Daß es um alles andere als um Bevölkerungswachstum geht, sei kurz für die einzelnen Länder belegt.

Chile: Seit der Herrschaft der Faschisten ist die Säuglingssterblichkeit stark angestiegen; der Masse der Bevölkerung wird eine medizinische Versorgung vorenthalten (siehe „Frauen in Chile", August 1976). Laut „Stern" vom 3.2.77 leiden in den Arbeitervierteln bis zu 80 % der Kinder an Unterernährung. Sollten sie überleben, werden sie teilweise geistige und körperliche Schäden nachbehalten.

Brasilien: In der Rangliste der volkreichsten Länder der Erde steht es auf Platz sieben! Vier Millionen Einwohner von Rio hausen in Slums. „*Als Abwässer den Strand von Copacabana* (beliebter Aufenthaltsort des internationalen Jet-Set, Anm. d. Verfasser) *verpestet hatten, war umgehend eine Rohrleitung gelegt worden, die die Fäkalien weit hinaus ins Meer schwemmte. Als dagegen in der Bucht von Guanabara, wo am Wochenende bis zu 300.000 Menschen aus den Armenvierteln in einer schmutzigen Brühe baden, eine lebensgefährliche Konzentration von Koli-Bakterien gemessen wurde, beschränkte sich die Gesundheitsbehörde auf den Ratschlag: Man solle mit geschlossenem Mund schwimmen. 60 % der Bevölkerung von Groß-Rio haben in ihren Behausungen bis heute weder fließend Wasser noch sind sie an die städtische Kanalisation angeschlossen. ... Oberbürgermeister Tamoyo zum Stern: ‚Wir sind in einem ständigen Wettlauf gegen die Bevölkerungsexplosion. Jedes Jahr wächst die Stadt um knapp eine halbe Million Menschen. ... Aus dem Landesinnern drängt ein Strom von Arbeitslosen in die Städte*" („Stern", 30.12.76).

Seit Jahren betreibt die brasilianische Militärdiktatur eine Völkermordpolitik im Amazonasgebiet, Indianerdörfer wurden mit Napalm bombardiert, „Geschenkpakete" mit vergifteten Lebensmitteln verteilt; die Indianer werden als „ein ethnisches Geschwür, ein Hindernis für den nationalen Fortschritt" von den in Brasilien herrschenden Faschisten bezeichnet (siehe ausführlich AK 74). Der VW-Konzern hat zur Errichtung einer Rinderfarm 135.000 ha Land im Amazonasgebiet mit allem, was darin lebte, niederbrennen lassen.

Daß durch Verbot von Verhütungsmitteln besonders die Bevölkerung im Amazonasgebiet ansteigen soll, kann doch wohl nicht so ernst gemeint sein.

Uruguay: Wie lebenswert die Verhältnisse in diesem Land sind, das seit Jahren unter einer faschistischen Diktatur leidet, zeigen die brutalen Folterungen, die hier an der Tagesordnung sind. Bei einer Bevölkerungszahl von ca. drei Millionen registrierte die kubanische Zeitung „Granma" 1975 40.000 Verhaftungen. 7.000 Menschen sind in KZ's (siehe AK 83), 400.000 Menschen sind aus diesem Land geflüchtet.

Peru: Auch hier muß es für die Mehrzahl der Frauen eine „wahre Lust" sein, Kinder zu bekommen. Die Masse des Volkes besitzt nicht einmal das Existenzminimum, der überwiegende Teil der Bevölkerung der Hauptstadt Lima z.B. lebt in Slums. In einem Interview mit „Le Monde" vom 29./30.8.76 sagte der Präsident Morales Bermudez dazu, wie die Krise des Landes zu bewältigen sei: „*Es gibt nur eine Alternative. Man kann versuchen, die Krise in progressiver Weise zu lösen, oder man muß drakonische Maßnahmen durchführen. Wir haben uns für die zweite Lösung entschieden*". Um die Probleme, die Herren vom Schlage eines Bermudez den Frauen bereiten, zu lösen, werden die Frauen ebenfalls zu drakonischen Maßnahmen greifen müssen!

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg

